



böhlau

# HISTORISCH- POLITISCHE MITTEILUNGEN

ARCHIV FÜR  
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE  
POLITIK

23 / 2016

# HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

## Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
herausgegeben von  
Thomas Brechenmacher, Günter Buchstab,  
Hans-Otto Kleinmann und Hanns Jürgen Küsters

23. Jahrgang  
2016



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

## HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

23. Jahrgang 2016

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

herausgegeben von

Prof. Dr. Thomas Brechenmacher, Dr. Günter Buchstab,

Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann und Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters

Redaktion: Dr. Wolfgang Tischner, Christopher Beckmann M. A.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin

Tel. 02241 / 246 2240

Fax 02241 / 246 2669

e-mail: zentrale-wd@kas.de

Internet: www.kas.de

© 2016 by Böhlau Verlag GmbH & Cie., Köln Weimar Wien

Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten

Satz: Satzpunkt Ursula Ewert GmbH, Bayreuth

Druck: Strauss, Mörtenbach

ISSN: 0943-691X

ISBN: 978-3-412-50799-2

Erscheinungsweise: jährlich

Preise: € 19,50 [D] / € 20,10 [A]

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder direkt beim Böhlau Verlag unter:

vertrieb@boehlau-verlag.com, Tel. +49 221 91390-0, Fax +49 221 91390-11

Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

## Inhalt

### 40 JAHRE ARCHIV FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE POLITIK

<i>Hans-Peter Schwarz</i> . . . . .	1
Die Rolle von Parteistiftungen für die deutsche und europäische Zeitgeschichtsforschung	

### ESSAYS

<i>Richard Overy</i> . . . . .	17
The End of World War II and the Division of Europe: Aspects of a European Culture of Remembrance	
<i>Günther Heydemann</i> . . . . .	25
Die Krise in der Ukraine – eine Zwischenbilanz	

### AUFSÄTZE

<i>Horst Friedrich Wünsche</i> . . . . .	39
Zur Ideengeschichte der Sozialen Marktwirtschaft	
<i>Oliver Salten</i> . . . . .	77
Der Arbeitskreis „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ und der Wissenschaftliche Arbeitskreis der CDU in der DDR (1948–1954)	
<i>Gerhard Wettig</i> . . . . .	115
Der Höhepunkt der Berlin-Krise 1961	
<i>Torsten Kathke</i> . . . . .	139
„Daß es ein Wahnsinn ist, wie wir zur Zeit die Welt bewirtschaften“: Herbert Gruhl und <i>Ein Planet wird geplündert</i>	
<i>Anselm Kipp</i> . . . . .	159
Die Forderung nach einer menschlichen Arbeitswelt in der CDU- Programmatik der 1970er Jahre	
<i>Peter Rütters</i> . . . . .	185
Nach der Wahl in Thüringen 2014: Zum Sozialprofil der Abgeordneten des 6. Landtags	

## DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

## XV. Helmut Kohl und Israel

<i>Hanns Jürgen Küsters</i> . . . . .	209
Einführung	
<i>Andreas Wirsching</i> . . . . .	215
Helmut Kohls Israelbild – Historisches Erbe, politische Verpflichtung	
<i>Mordechay Lewy</i> . . . . .	229
Helmut Kohl und die deutsch-israelischen Beziehungen aus israelischer Perspektive	
<i>Johannes Gerster</i> . . . . .	241
Deutschland und Israel vor und nach der Wiedervereinigung. Erfahrungen aus der Sicht des Deutschen Bundestages	

## ZUR PERSON

<i>Brigitte Kaff</i> . . . . .	253
Richard Kantorowicz (1876–1949). Tierarzt und CDU-Mitgründer in Berlin	
<i>Erik Lommatzsch</i> . . . . .	261
Wilhelm Hahn (1909–1996). Ein Kultusminister im Spiegel seiner Erinnerungen	

## NEUERSCHEINUNGEN ZUR CHRISTLICHEN DEMOKRATIE . . . 287

Abstracts – Résumés – Zusammenfassung . . . . . 303

Mitarbeiter dieses Bandes . . . . . 321

# 40 JAHRE ARCHIV FÜR CHRISTLICH- DEMOKRATISCHE POLITIK

## **Die Rolle von Parteistiftungen für die deutsche und europäische Zeitgeschichtsforschung<sup>1</sup>**

**Hans-Peter Schwarz**

Wir sind zur Feier eines runden Geburtstags zusammengekommen. Aus meiner Warte sind 40 Jahre zwar nicht allzu viel. Immerhin ist jetzt das Schwabenalter erreicht.

Doch, Spaß beiseite. Einer der in jeder Hinsicht gewichtigen Editionen des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, den Protokollen des CDU-Bundesvorstandes unter Adenauer in den Jahren 1953 bis 1957, hat der Herausgeber Günter Buchstab das selbstzufriedene Adenauer-Wort vorangestellt: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“

Man soll immer sparsam mit Lob sein und viel lieber mit Kritik nicht sparen. Doch heute verdient das ACDP nachdrückliches Lob: Hier wurde in 40 arbeitsamen Jahren wirklich etwas geschaffen.

Ich werfe mich also zum Sprecher aller Historiker, Politologen, Ökonomen, Journalisten, Memoirenschreiber und aller derer auf, die bei ihren Forschungen diese ausgezeichnete wissenschaftliche Service-Einrichtung schätzen gelernt haben und rufe allen stets freundlichen, kompetenten und hilfreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, nicht zuletzt dem Archivleiter, Professor Hanns Jürgen Küsters, zu: Herzliche Glückwünsche zum Geburtstag, schönsten Dank für die kompetente Arbeit im Dienst der Wissenschaft und ad multos annos!

Archive sind ja nicht allein, wie man so sagt, das Gedächtnis von Institutionen, somit Hüter der Überlieferung und der Traditionen. In unserer schnelllebigen Welt ist das nur möglich, wenn sich der Dienst an der Vergangenheit mit Modernität verbindet – technische Modernität und Modernität der Kommunikation.

In diesem Sinn sind Sie, lieber Herr Küsters, und die Teams des ACDP tätig. So haben auch Ihre beiden Vorgänger, Dr. Klaus Gotto und Dr. Günter Buchstab, mitsamt ihren Mitarbeiter-Teams ihre Aufgabe verstanden. Dank also auch allen, die über 40 Jahre hinweg einem buntscheckigen Völkchen von Benutzern bei der Quellensuche und bei der historischen Wahrheits-

---

1 Vortrag im Rahmen der Festveranstaltung zum 40jährigen Bestehen des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung am 17. Oktober 2016 in Berlin.

findung gedient haben. Zu danken ist auch, ich komme gleich noch darauf, den Häuptlingen der Konrad-Adenauer-Stiftung, die beim Einsatz der verfügbaren Ressourcen die Bedeutung eines politischen Archivs begriffen haben.

Doch nach diesem Dank eines, so denke ich, fleißigen Benutzers des Archivs für Christlich-Demokratische Politik nun zu meinem Thema: Welche Rolle spielen die Parteistiftungen für die Zeitgeschichtsforschung? Welche sollten sie spielen?

Ich möchte mich diesen Fragen nicht mit theoretischen Überlegungen nähern, sondern induktiv, indem ich zuerst aus gegebenem Anlass des 40. Geburtstags die interessante Entstehungsgeschichte des „Archivs für christlich-demokratischen Politik“ in Erinnerung rufe.

### *I. Die Gründungsphase 1973–1977*

Was uns heute selbstverständlich erscheint, ein vergleichsweise riesiges, alle einschlägigen Quellen beinhaltendes Parteiarchiv, das nach allen Regeln archivischer Kunst des frühen 21. Jahrhundert arbeitet, war in den frühen 1970er Jahren noch ein Wunschtraum. Erste Ansätze, nach Gründung der Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahr 1964 eine Dokumentationsstelle und ein Archiv aufzubauen, waren rasch versandet. Es fehlte an Geld, es fehlte an den Unterbringungsmöglichkeiten, denn ein Archiv braucht bekanntlich viel Platz in genau temperierten Kellergewölben, es fehlte an vielem, nicht zuletzt am unwiderstehlichen politischen Willen.

Erst in den Jahren 1973 bis 1977 war die Gründungsphase erreicht. Der Historiker weiß, dass bei wichtigen Vorgängen, wozu auch die Errichtung dauerhafter Institutionen gehört, meist viele Faktoren und Personen zusammenwirken. So verhielt es sich auch beim Archiv für christlich-demokratische Politik, und ich werde gleich auf die Vielfalt der Gründungsimpulse eingehen.

Es gab aber, das sei vorweg geschickt, *einen* ausschlaggebenden Hauptfaktor, und dieser Hauptfaktor hatte auch einen Namen: Helmut Kohl. Wenn man in den verfügbaren Quellen des ACDP der Vielzahl von Impulsen und Impulsgebern nachgeht, dann führen diese meist direkt oder auf Umwegen zu Kohl, aus dem 1973 die Zentralgestalt der CDU wurde.

Eigentlich versteht sich das von selbst. Nur ein Parteivorsitzender konnte mit seiner geballten, im Fall Helmut Kohls einer Dampfwalze gleichenden Autorität alle Widerstände beiseite räumen, die sich auf Ebene der Bundespartei, bei den selbstbewussten, rechtlich unabhängigen Landesverbänden, bei den Kreisverbänden bis hin in die Ortsverbände, bei den innerparteilichen Vereinigungen und Arbeitskreisen einer Abgabe der eigenen Quellenbestände an ein zentrales Archiv entgegenstanden. Nur ein Parteivorsitzender, der zugleich,

wie Helmut Kohl seit Herbst 1976, auch Fraktionsvorsitzender war, konnte die Abgabe der Fraktionsakten durchsetzen (wobei der CSU-Teil in der Gesamtfraktion natürlich ein apartes Sonderproblem aufwarf). Man schmälert also den Anteil aller anderen an der Gründung Beteiligten nicht, wenn man feststellt: Wie so vieles hat Helmut Kohl auch das ACDP mit der für ihn charakteristischen Mischung von Ungeduld und Weitsicht auf den Weg gebracht. Er ist der eigentliche Archivgründer.

Dies gesagt, nun zu einer Anzahl weiterer Faktoren, die gleichfalls zur Gründung beigetragen haben. Beginnen wir mit einem Faktor, der manchmal vergessen wird: der Rolle der Senioren der CDU – Abgeordnete, Minister, Funktionäre, Aktivisten an der Basis – die seit 1945 am Aufbau und an der Orientierung der Partei gearbeitet hatten. Ein erheblicher Teil von ihnen befand sich schon im Unruhestand der Pensionierung, viele verfügten über mehr oder weniger wertvolle Privatarchive, die sie der Obhut eines Archivs anvertrauen wollten. Nicht wenige waren auch mit dem damals vorherrschenden Zeitgeist zerfallen, aber davon überzeugt, dass ihre Erfahrungen und Leistungen auch von der neuen Generation zur Kenntnis genommen werden sollten.

Repräsentant dieser Gründergeneration war Heinrich Krone, politisches Urgestein der CDU (so wie Herbert Wehner bei der SPD, mit dem er irgendwie befreundet war), eine ausgleichende Persönlichkeit von hohem Ansehen und noch nicht erloschener Dynamik, die übrigens bemerkenswert wenige Feinde hatte. 1970 gründete er den sogenannten Krone-Kreis, aus dem später der Ältestenrat der CDU hervorging. In den folgenden Jahren gehörte er in den Spitzenzirkeln der Partei zu jenen, die auf Errichtung eines Parteiarchivs bei der Konrad-Adenauer-Stiftung drängten und an die Bedeutung dessen erinnerten, was man später „Geschichtspolitik“ genannt hat.

Was er darunter verstand, geht aus einem Brief hervor, den er am 4. Februar 1974, als die von ihm betriebene Archivgründung wieder einmal an der Finanzierungsproblematik zu scheitern drohte, an Helmut Kohl richtete. Es lohnt sich, eine Passage dieses Briefes wörtlich zu zitieren: „Mich beunruhigt, daß es bisher keine Institution unserer Partei gibt, die, ähnlich wie das Archiv der sozialen Demokratie der SPD, sich um die geschichtliche Darstellung und Wertung dessen kümmert, was die Union in Bund und Ländern in der vergangenen Zeit geleistet hat. Ich befürchte, daß das Geschichtsbild der Bundesrepublik in absehbarer Zukunft ausschließlich durch Materialien und Publikationen der anderen Parteien bestimmt wird, wenn wir nicht bisher Versäumtes umgehend nachholen. Schon jetzt ist festzustellen, wie die großen geschichtlichen Leistungen der Union verzerrt und wahrheitswidrig dargestellt werden. (...) Meines Erachtens muß eine Institution ‚Archiv der Christlichen Demokratie‘ gegründet werden, die Materialien zur CDU-Geschichte systematisch sammelt, sie in eine geeignete archivalische Ordnung bringt und für die Auswer-



tung vorbereitet und die dann, und das nicht zuletzt, ihre geschichtliche Darstellung anregt.“<sup>2</sup>

Knapper und klarer, meine Damen und Herren, lässt sich die Aufgabe eines Parteiarchivs aus Sicht der Partei nicht formulieren!

Dieser Brief erwähnt einen Faktor, der in unserem Zusammenhang gleichfalls nicht unerwähnt bleiben darf: das Modell „Archiv der sozialen Demokratie“ bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Thema meines Vortrags ist bereits angedeutet, dass man die Parteistiftungen im Zusammenhang sehen muss. Bis heute treten sie sozusagen im Rudel auf. Die Bundestagsparteien konkurrieren gegeneinander, sie kohabitierten aber zugleich untereinander, bald mit der, bald mit jener. Die Sache der „Lebensabschnittspartnerschaft“ war im Koalitionssystem der parlamentarischen Demokratie schon lange erfunden, bevor der Begriff die Zerrüttung des ursprünglich auf lebenslängliche Treue angelegten christlichen Eheverständnisses signalisierte. Diese Grundbedingung der Parteiendemokratie strahlt auf die Parteistiftungen aus und hat sich bei deren Gründung bemerkbar gemacht. Sie konkurrieren untereinander in Maßen, wirken aber vor allem zusammen. In Bezug auf Sammlung, Aufbewahrung und Auswertung der archivalischen Quellen weisen die politischen Stiftungen durchgehende Gemeinsamkeiten auf.

Aus Gründen, die ich hier beiseitelassen muss, hatte in der Gründungsphase der Parteiarchive die Friedrich-Ebert-Stiftung die Nase vorn. Sie war 1925, unmittelbar nach dem Tod von Reichspräsident Ebert, als Stipendienstiftung für junge Sozialdemokraten errichtet und 1946 wiedergegründet worden. Die Osmose mit der Partei war sehr eng. Die maßgebliche Persönlichkeit bei diesem Vorbild für alle späteren Parteistiftungen war Alfred Nau, 1946 bis 1975 Kassierer beziehungsweise Schatzmeister der SPD, seit 1958 mächtiger Aufsichtsratsvorsitzender der Konzentrations GmbH, in der die SPD ihre zahlreichen Wirtschafts- und Verlagsunternehmen zusammengefasst hatte. 1970 bis 1985 war er Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Alfred Nau war auch die treibende Kraft bei der Errichtung des „Archiv der sozialen Demokratie“. Dieses war am 5. Juni 1969 von dem Parteivorsitzenden Willy Brandt (damals noch Bundesaußenminister im Kabinett Kiesinger) eröffnet worden, wobei die SPD von Anfang an große Sammlungen zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegungen, zur Gewerkschaftsgeschichte und zur Friedensbewegung einbrachte.

Naus Konzept war ebenso einfach wie einleuchtend. Die Bundesrepublik Deutschland war auch, wenngleich nicht ausschließlich, eine Parteiendemo-

---

2 Heinrich Krone an Helmut Kohl, 4. Februar 1974. ACDP NL Heinrich Krone 01-028-027/1. Zur weitverzweigten Gründungsgeschichte des ACDP siehe den reichhaltigen Aufsatz von Carsten Pickert: Der Gründungsprozess und die Etablierung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, in: HPM 20 (2013), S. 397–422.

kratie, gestützt auf Artikel 21 (1) GG. Deshalb sollten Parteistiftungen bei ihren vielfältigen Aktivitäten im Inland und im Ausland aus Bundesmitteln finanziert werden. Auch die Archivalien der Parteien gehörten nicht in die Staatsarchive, sondern in bei den Parteistiftungen einzurichtende, vom Bund zu finanzierende Parteiarchive, die neben der Sammlung auch die Aufgabe wahrnehmen sollten, einerseits eigene Forschungen zu generieren, andererseits aber auch unabhängigen Forschern als Serviceeinrichtungen zu Diensten sein. Für dieses Konzept suchte er auch die CDU zu gewinnen, und diese ging sehr gern darauf ein.

Kai-Uwe von Hassel, einer jener Spitzenpolitiker, die auf Errichtung eines Archivs für christlich-demokratische Politik drängten, berichtete Bruno Heck von einem Besuch im Frühjahr 1972 bei Alfred Nau. Dieser, so von Hassel, „ging bereits bei seinen Überlegungen davon aus, daß die Mittel in einer Position im Etat des Deutschen Bundestages auszubringen seien. Er glaubte, daß als Zeitpunkt der Verankerung dieser Position im Haushalt die 25. Wiederkehr des Tages des Grundgesetzes – damit also der Etat 1974 – vorgesehen werden solle.“<sup>3</sup>

Das von der Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Patronat Willy Brandts erfundene Modell hat auch Helmut Kohl eingeleuchtet. In einem entsprechenden Brief vom Herbst 1973 an Bruno Heck, den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, wies er ausdrücklich auf dieses Vorbild hin: „Die SPD hat diese Frage, wie mir scheint, hervorragend gelöst. Schräg gegenüber vom Konrad-Adenauer-Haus befindet sich in einem großen Gebäude das Archiv für soziale Demokratie, das mit Stiftungs- und öffentlichen Geldern gespeist wird und bereits eine Fülle von Publikationen vorgelegt hat. Ich wäre Dir dankbar, wenn Du prüfen würdest, ob und welche Möglichkeiten zu einem ähnlichen Projekt im Rahmen der Konrad-Adenauer-Stiftung bestehen würden.“<sup>4</sup>

In diesem Zusammenhang taucht übrigens auch Hans-Dietrich Genscher in der Gründungsgeschichte des ACDP auf, damals Bundesminister des Innern in der Regierung Brandt. Heck hatte den für den Stiftungsetat zuständigen Genscher im Herbst 1973 darauf angesprochen und von ihm gehört, „er sehe im Prinzip keine Schwierigkeiten, ab 1974 einen Etatposten dafür bereitzustellen“. Dieser vergaß aber nicht den Hinweis, die Zuwendung müsse dann entsprechend auch für die Friedrich-Naumann-Stiftung gelten (das „Archiv des Liberalismus“ war 1968 errichtet worden, ist also, streng genommen, das ältes-

---

3 Kai-Uwe von Hassel an Bruno Heck, 18. Juni 1973. ACDP Bestand Konrad-Adenauer-Stiftung 12-001-1371.

4 Helmut Kohl an Bruno Heck, 22. Oktober 1973. Ebd. Schon am 13. September hatte Kohl im Bundesvorstand der CDU auf die Errichtung eines Archivs gedrängt. Kohl: „Wir haben alle Chancen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1973–1976. 1. Halbband 1973–1974. Bearbeitet von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 67/1). Düsseldorf 2015, S. 103f.

te der Parteiarchive). Genscher habe zudem „mit Nachdruck“ darauf bestanden, „daß die Mittel für die Archive über die Stiftungen und nicht über die Parteien laufen, um für rechts- und linksradikale Parteien keine Berufungsfälle zu schaffen“. Heck, auch er gehört zu den Gründervätern des ACDP, empfahl daraufhin Kohl, bei allernächster Gelegenheit unter Bezugnahme auf dieses Gespräch auf eine rasche Entscheidung zu drängen, „denn ich sehe in der Tat im ‚Archiv für christlich-demokratische Politik‘ eine der Schwerpunktaufgaben, die die Konrad-Adenauer-Stiftung für die Partei übernehmen kann“.<sup>5</sup>

Jetzt ist noch ein weiterer Faktor zu nennen, der auf die Gründung einwirkte: die Impulse vonseiten der Geschichtswissenschaft. Natürlich war das Feld der Zeitgeschichte zwischen 1945 und den frühen 1970er Jahren alles andere als ein unerforschtes Gelände. Neben der zeitgenössischen Politik, dem Journalismus und der Publizistik war die Analyse von Politik und Gesellschaft in der sogenannten Ära Adenauer und danach vor allem von zwei Disziplinen betrieben worden: von der Politischen Wissenschaft und von der Soziologie. Bei beiden Fächern standen naturgemäß systematische oder aber aktuelle Fragen im Fokus. In den späten sechziger Jahren fanden einige jüngere Professoren der professionellen Geschichtswissenschaft, es sei hoch an der Zeit, die neueste Zeitgeschichte mit einer strengeren historiographischen Methodik zu erfassen. Voraussetzung dafür war aber die Erschließung neuer, interner Quellen, die dann auch neue Fragestellungen generieren könnten.<sup>6</sup> Von solchen Überlegungen gingen vor allem Konrad Repgen und Rudolf Morsey aus. Repgen hatte in der Kommission für Zeitgeschichte (Bonn) die neueste katholische Kirchengeschichte mit reformerischen Fragestellungen aufgemischt, Morsey in der Parlamentarismus-Kommission (Bonn) die Zentrumsgeschichte. Beide plädierten dafür, nun auch die Erforschung der Ära Adenauer voranzubringen. Geschäftsführer der Kommission für Zeitgeschichte war Klaus Gotto.

Bisher war, sagen wir einmal, vom „dunklen Drang“ der Politik die Rede, irgendwie im Rahmen der in rascher Ausdehnung befindlichen Konrad-Adenauer-Stiftung auch eine quellengestützte Erforschung des ersten Vierteljahrhunderts der CDU-Geschichte in Gang zu bringen. Doch erfahrungsgemäß bedarf es wissenschaftlicher Vordenker, die den politischen Häuptlingen zeigen, wie das konkret umgesetzt werden könnte. Das war die Funktion einer kleinen Gruppe von Professoren, ganz besonders aber von Klaus Gotto, der Heinrich Krone, Helmut Kohl, Bruno Heck und die jeweiligen Geschäftsfüh-

5 Bruno Heck an Helmut Kohl, Vertraulich, 5. November 1973. ACDP 12-001-1371.

6 Vorwort von Rudolf Morsey und Konrad Repgen zu Adenauer-Studien I. Hg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der katholischen Akademie in Bayern, Reihe B: Forschungen, Bd. 10). Mainz 1971, S. V–VII.

rer in der KAS mit Denkanstößen, Denkschriften, ständigen Besprechungen und Telefonaten auf Trab hielt.

Die CDU solle, so seine Denkschrift vom Juni 1972, „statt des bisherigen Wildwuchses ein sammelndes, archivierendes und initiierendes ‚Archiv der christlichen Demokratie‘ einrichten“ mit den konkreten Aufgaben: 1) Sammlung und Aufbewahrung der Partei- und Fraktionsakten, 2) systematische Suche nach Materialien, vor allem Nachlässe und deren Übernahme, 3) Anregung zu publizistischer und wissenschaftlicher Auswertung des archivierten Materials, 4) eigenständige Publikationstätigkeit a) durch Herausgabe eines Jahrbuchs der christlichen Demokratie (daraus wurden dann die 1994 begründeten Historisch-Politischen Mitteilungen), b) durch Publikation von Editionen und Monographien. Dieses Archiv sei als „eigenständiges Institut“ in die Konrad-Adenauer-Stiftung einzugliedern. Als Kostenrahmen für die personelle und sachliche Ausstattung waren 550.000 DM veranschlagt.<sup>7</sup> Gotto rechnete mit einer Anlaufzeit von zwei Jahren und unterstrich, die Errichtung eines Archivs sei nur dann sinnvoll, wenn „Partei und Fraktion ihre historischen Materialien dem Archiv zur Verfügung stellen und laufend durch aktuelles Material ergänzen. Das bedeutet, daß eine klare Kompetenzabgrenzung vorgenommen werden muß“.<sup>8</sup> Das Memo überzeugte alle maßgeblich Beteiligten. Sie sahen auch ein, dass Klaus Gotto der richtige Mann für diese Aufgabe war.

Wie zumeist, wenn Spitzenpolitiker zu zügigem Handeln veranlasst werden sollen, war jetzt ein Termin zur Hand – der hundertste Geburtstag Konrad Adenauers. Der Gründungskanzler Adenauer war, das muss man beim Rückblick auf jene Jahre hinzufügen, von einer breiten Öffentlichkeit inzwischen ziemlich vergessen worden. Die „Achtundsechziger“, die in der Publizistik starkes Echo fanden, hatten die Ära Adenauer zu einer Periode finsterster Restauration erklärt, und im Übrigen verhielten sich die Medien so, wie sie immer sind: die Tagesgrößen Brandt, Heinemann, Scheel, Helmut Schmidt, Schiller, Barzel, Strauß interessierten – Adenauer war passé.

In der CDU gab es aber einen Spitzenpolitiker, der in Sachen Adenauer anders dachte. Das war Helmut Kohl. Ihn brauchte man nicht groß zu überzeugen, dass die historiographische Wiederbelebung des scheinotenen Konrad Adenauer und die gleichzeitige Gründung eines Parteiarchivs mit den eben skizzierten Zielvorstellungen hohe Priorität haben sollte. So wurde das Jahr 1976 zu einem vielfach denkwürdigen Jahr: Es war nicht allein das Jahr der Bundestagswahl 1976, in der Kohl fast obsiegte, es war nicht nur das Jahr des CDU/CSU-Zerwürfnisses über Kreuth. Es war auch das Jahr der Gründung

7 Denkschrift Klaus Gotto vom Juni 1972. ACDP 12-001-1278.

8 Vermerk Könitz an Philipp Ludwig über eine Besprechung zwischen Ludwig, Giso Deussen, Gotto und Barbara Könitz über den Aufbau eines Parteiarchivs, 15. Oktober 1974. Ebd.

des Archivs für Christlich-Demokratische Politik und es war das Jahr der historiographischen Wiederauferstehung Adenauers.

Zu Beginn des Haushaltsjahrs 1976 erhielt das Archiv für Christlich-Demokratische Politik den Status eines selbständigen Instituts der KAS.<sup>9</sup> Im Frühjahr 1976 brachte es bereits einen umfangreichen Band „Konrad Adenauer und seine Zeit“ heraus mit Beiträgen aller pensionierten oder noch amtierenden Spitzenpolitiker, Erzbischöfe, Generale, Diplomaten, Publizisten und Wirtschaftsführer, die zum Thema Adenauer etwas zu sagen hatten – also von Lucius D. Clay und John McCloy über Anthony Eden, Erzbischof Frings und Hermann Josef Abs über Willy Brandt und Hans Dietrich Genscher bis Gerhard Schröder, Franz Josef Strauß, Walter Hallstein und Wilhelm Grewe.<sup>10</sup> Im Herbst 1976 erschien Band II, betitelt „Beiträge der Wissenschaft“ – ein weitgespannter, interdisziplinärer, durchaus auch kritischer Sammelband, von dem viele weitere wissenschaftliche Studien über Adenauer ihren Ausgang nahmen.

1976 war aber nicht nur das Jahr der Wiederauferstehung Adenauers aus längerer historiographischer Vergessenheit. Schon am 20. Januar 1976 fand eine Landesgeschäftsführerkonferenz der CDU statt, auf der Klaus Gotto, eingeführt vom Generalsekretär Kurt Biedenkopf, die Landesgeschäftsführer vom Wunsch des Höchsten aller Reußen unterrichtete: „Parteigliederungen und Fraktionen müssen dem Archiv ihre historischen Materialien zur Verfügung stellen und in gewissem Abstand ergänzen.“<sup>11</sup>

Ich füge hinzu: Das Thema „in gewissem Abstand ergänzen“ ist auch heute noch aktuell. Anders als für Bundesministerien und Behörden des Bundes gibt es für die CDU kein Bundesarchivgesetz von 1988 in der Neufassung von 2013, in dem diese zur zeitgerechten Abgabe ihrer Akten verpflichtet werden. Nach wie vor besteht die CDU aus einer Vielzahl von Rechtsträgern, die man – im Interesse der Erhaltung des Gedächtnisses der Partei und der wissenschaftlichen Forschung – nur freundlichst bitten kann, „die Bestände zu ergänzen“. Als Historiker sage ich: Sie sollten sich nicht zu lange bitten lassen und vielleicht sollten die allerhöchsten Instanzen wieder einmal ein freundlich bitendes Machtwort sprechen wie einstmals Helmut Kohl!

1977 fiel auch die endgültige Entscheidung zur Übernahme des Fraktionsarchivs der CDU/CSU-Fraktion, gefolgt von komplizierten aber letztlich erfolgreichen Verhandlungen über die Übernahme des Parteiarchivs der CDU. Im

9 Bruno Heck an Klaus Gotto, 10. März 1975. Ebd.

10 Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen. Hg. von Dieter Blumenwitz u. a. (Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Archiv für Christlich-Demokratische Politik). Stuttgart 1976.

11 Ergebnisprotokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz vom 20. Januar 1976 in Bonn. ACDP Bestand CDU-Bundespartei 07-001-524.

Mai 1977, bei der Einweihung des neuen Gebäudes der KAS in Sankt Augustin, erhielten die Archivalien auch jene ausgedehnten Räume im Kellergeschoss, wo sie bis heute und wohl noch für einen längeren Zeitraum lagern.

Hinzugefügt sei noch zum Thema Parteistiftungen, dass 1980 auch das „Archiv für Christlich-Soziale Politik“ (ACSP) der Hanns-Seidel-Stiftung errichtet wurde. Damit war die erste Gründerphase erst einmal abgeschlossen.

Wie wir wissen, ist die Gründerzeit der Parteistiftungen jedoch „open ended“. Der Vorgang ist stets derselbe. Erst polemisieren die Anti-Establishment-Parteien gegen die inzwischen schon klassischen Parteistiftungen. Haben sie es aber erst einmal ohne Unterbrechung in eine zweite Legislaturperiode des Deutschen Bundestags geschafft, bauen sie gern nach dem inzwischen erprobten Modell auf der bewährten Vereinsbasis und als aus Bundesmitteln finanzierte Tendenzbetriebe ihre eigenen Stiftungen und ihre eigenen Parteiarchive auf – das Archiv „Grünes Gedächtnis“ der Heinrich-Böll-Stiftung und das „Archiv Demokratischer Sozialismus“ (ADS) der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Soviel am Beispiel des ACDP zur Gründungsgeschichte, zum Selbstverständnis und zur Organisationsform von Parteiarchiven.

## *II. Heutige Rolle und Aufgaben der Parteiarchive*

Jetzt bitte ich, meine Damen und Herren, geistig einen großen Sprung zu tun vom Gründungsjahr des ACDP 1976 in unsere Gegenwart. Welche Rolle spielen die Politischen Stiftungen heute – genau 40 Jahre später – im Jahr 2016 für die Zeitgeschichtsforschung?

Mein erster Hauptpunkt im Zusammenhang dieser Frage: Die Archive der Parteistiftungen erfüllen heute eine wichtige *gesamtstaatliche Aufgabe*, die weit über die individuellen Interessen der jeweiligen Partei oder der jeweiligen Stiftung hinausgeht.

Der im weitesten Sinne politischen Forschung zum politischen System stehen in Deutschland vier große Gruppen von Archiven zu Gebote: erstens die Staatsarchive (Bundesarchiv, Staatsarchive der Länder), zweitens die Parlamentsarchive (Deutscher Bundestag und Landtage), drittens die sechs Parteiarchive, unser Thema, und schließlich viertens die zahlreichen, für das Verständnis von Politik und Gesellschaft gleichfalls wichtigen Kommunalarchive. Ich lasse die Zeitungs- und Medienarchive, die Verbandsarchive, die Wirtschaftsarchive, die Universitätsarchive und die sozialwissenschaftlichen Archive einmal beiseite, obschon auch sie wichtige Informationen zum politischen System enthalten.

Jedenfalls sollte man erkennen, dass die Archive der Parteistiftungen Teil eines umfassenden Systems staatlich unterhaltener Archive sind. Wenn die Leitungen der politischen Stiftungen und die Financiers beim Bundesministe-

rium des Innern und beim Deutschen Bundestag die Stiftungshaushalte festlegen, sollten sie nicht vergessen, dass der Titel „Archive“ nicht allein die jeweilige Stiftung angeht, sondern Teil einer gesamtstaatlichen Aufgabe ist. Anfangs ungeplant, inzwischen aber deutlich erkennbar, nehmen die Stiftungen mit ihren umfassend ausgestatteten Parteiarchiven eine öffentliche Aufgabe für die Zeitgeschichtsforschung wahr. Die Parteien haben es für richtig gehalten, ihre Archivalien, in die Hunderte gehende private Nachlässe mit inbegriffen, in die Obhut der Parteistiftungen zu geben. Das kostet aber, und im Zeitalter der Digitalisierung sind die Kosten nicht rückläufig, sondern sie nehmen eher zu.

Doch das ist ein Service für die Öffentlichkeit, der Teil unserer politischen Kultur ist. Die Zeitgeschichtsforschung insgesamt gehört zu jenen Institutionen, die das Selbstbewusstsein einer freien, kritischen, aufgeklärten, wertorientierten Gesellschaft konstituieren. Mit ihren Archiven leisten die Parteistiftungen somit – ähnlich wie die Staatsarchive oder die Parlamentsarchive – Servicefunktionen für eine unabhängige, nach Wahrheit strebende und im Streit um die Wahrheit sich entwickelnde Wissenschaft. Die Arbeiten dieser Wissenschaft tragen auch zum politischen Bewusstsein im pluralistischen, demokratischen Verfassungsstaat bei.

Dieses System der Parteistiftungen, dies der zweite Hauptpunkt, ist seit gut fünfzehn Jahren ins Zeitalter der *digitalen Vernetzung* eingetreten. Das eröffnet bisher beispiellose, noch nicht voll ausgeschöpfte Möglichkeiten, es ist aber – wie schon angedeutet – mit hohen Kosten verbunden. Auch die Parteiarchive werden nicht billiger, sie werden teurer, und wer sie auf globalem Niveau halten möchte, muss diese Ausgaben aufbringen. Ich kann und will hier nicht ins Detail gehen: Retrodigitalisierung der bisherigen Bestände, Vernetzung der Findmittel, Online-Stellung umfassender Protokollbände der Spitzengremien der Parteien, von Pressemitteilungen, von Statistiken, Fotos, Plakaten usw. Nicht zuletzt müssen die eigenen Forschungen der Parteiarchive (Quellen-Editionen, Monographien, Jahrbücher, Sammelbände, Arbeitsergebnisse von Tagungen oder Workshops) dem interessierten deutschen und internationalen Publikum zugänglich gemacht werden.

Was ich eben über die jeweiligen Gruppen von staatlich finanzierten Archiven, auch über die Gruppe von Parteiarchiven, angedeutet habe, ist auch für die Digitalisierung von Bedeutung. Die Zukunft gehört systematisch angelegten Netzwerken zwischen den Archiven, den Datenbanken, in die unterschiedlichste Archive ihre Daten eingeben, aus denen sie aber zugleich für eigene Forschungen Nutzen ziehen. Woran sich die Parteiarchive jeweils beteiligen, auf welche Kooperationen sie sich einlassen, wie sie kooperieren, dabei zugleich aber das eigene Profil beibehalten und verstärken – das ist ihre Sache. An der Digitalisierung und Vernetzung selbst aber führt kein Weg vorbei. Archive, die sich dieser Herausforderung nicht stellen, werden binnen kurzem marginalisiert.

Die Nutzer der Internetplattformen des ACDP – deutsche und ausländische Historiker, Sozialwissenschaftler, Ökonomen, Journalisten, Lehrer, Studierende und Schüler – wissen es zu schätzen, dass das Archiv für Christlich-Demokratische Politik in der Ära Buchstab und jetzt in der Ära Küsters bei der digitalen Modernisierung führend war und ist. Doch alle Verantwortlichen müssen sich darüber im Klaren sein: das kostet.

Dritter Hauptpunkt: Die Parteiarchive sind schon seit langem in die Phase der *Europäisierung* eingetreten, müssen aber weiterhin bestrebt sein, dabei Schritt zu halten.

Vor 40 Jahren, als die Parteiarchive in den 1970er Jahren ihre Arbeiten aufnahmen, war die kooperative Europäisierung bereits im Gang. Ich erinnere mich, wie wir damals in meinem Kölner Forschungsinstitut mit Hanns Jürgen Küsters und dem früh verstorbenen Peter Weilemann eine Reihe von Monographien zu den Anfängen der deutschen EWG-Politik erarbeitet haben oder wie wir in einer multi-national zusammengesetzten „Groupe de liaison“, finanziert von der EG-Kommission, die transnationale Europaforschung auf den Weg zu bringen suchten. Bei der Quellensammlung der Stiftungen waren jedoch die Anfänge des supranationalen Europa damals allenfalls von marginalem Interesse. Das hat sich bekanntlich verändert.

Seit den frühen 1990er Jahren ist das Mehr-Ebenen-System der Europäischen Union eine Tatsache. Anders als viele deutsche Zeithistoriker, die sich mehrheitlich immer noch am liebsten in den Korridoren der Nachgeschichte des Dritten Reiches oder der DDR oder der frühen und mittleren Bundesrepublik herumtreiben, haben die Parteistiftungen, insbesondere die Konrad-Adenauer-Stiftung, seit gut zwei Jahrzehnten die Aufgabe erkannt, alle EWG-, EG- und EU-bezogenen Parteiquellen zu sammeln und mit den originär deutschen Quellen für die Forschung aufzubereiten. Auch eigene Forschung und Forschung im europäischen Verbund zur Integrationspolitik findet statt. Hier könnte gerade das ACDP weiterhin eine Pionierrolle spielen – konzeptionell, impulsgebend und durch beispielhafte eigene Monographien. Doch auch das, meine Damen und Herren, kostet Geld. Transnationale europäische Forschung ist personell aufwendig, sie erfordert mehr Zeit und mehr Sachmittel als schlichte nationale Forschung zur Geschichte der Bundesrepublik oder der DDR.

Die Europaforschung stößt übrigens auch auf eine Schwierigkeit, die nicht ganz unerwähnt bleiben sollte. Hinsichtlich der Zugänglichkeit der Quellen ist es vergleichsweise einfach, über die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, über die Europäische Volkspartei oder über Europawahlen zu arbeiten. Doch wer über das Entscheidungssystem der Europäischen Kommission oder über den Europäischen Rat oder über den Europäischen Gerichtshof zeitgeschichtlich arbeiten möchte, stößt auf Barrieren zu den amtlichen Archiven, wie sie in der Zeit vor dem Ersten oder dem Zweiten Weltkrieg für die Natio-



nalarchive kennzeichnend waren. Das ist nicht unser Thema. Doch gerade die europäisch arbeitenden Parteiarchive könnten eine ihrer Aufgaben darin sehen, in diesem Punkt auf mehr archivalische Transparenz und frühzeitige Öffnung zu drängen.

Viertens und letztens schließlich kein Hauptpunkt, sondern eine Frage. Wenn Parteiarchive gut sind, so sagten wir, sind sie tadellos organisierte, offene, freundliche Serviceeinrichtungen für die Geschichtsforschung. Sie sind aber auch, und dies in durchaus positivem Sinn, Tendenzbetriebe. Was ist zu bedenken, so die Frage, wenn Parteistrategen mit Hilfe der politischen Stiftungen das betreiben wollen, was sie gern etwas großmäulig „Geschichtspolitik“ nennen?

Vor jeder Antwort auf diese Frage muss man an die recht eingeschränkten Möglichkeiten sogenannter „Geschichtspolitik“ in pluralistischen Gesellschaften verweisen. Hier finden sich nämlich viele Institutionen und Personen, die mit ihren Möglichkeiten auf Deutung, Bewertung, Einordnung historischer Vorgänge Einfluss nehmen möchten, bei denen Parteien und Parteipolitiker eine wichtige Rolle spielten. Wenn Parteien sich um Geschichtspolitik kümmern, sollten sie zuallererst erkennen, dass sie selbst es sind, die durch das, was sie in Regierungsfunktionen oder in der Opposition tun, durch das, was sie nicht tun, auch durch das, was sie verkehrt machen, ihr eigenes Geschichtsbild im Bewusstsein der Öffentlichkeit entscheidend befestigen oder verändern. Ein in der Vergangenheit erworbenes Image, Parteitraditionen, auch die Reputation der bedeutenden Ehemaligen, ist nicht ein für allemal deutungsfrei gegeben, wird vielmehr durch die jeweils aktuelle Politik bestätigt oder verdüstert. Wenn Parteien in bestimmten Fragen – Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Europapolitik, Außenpolitik, Flüchtlingspolitik, Technologiepolitik – Fehler von historischer Tragweite machen, brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn sich ihr Geschichtsbild verdüstert und wenn sie sich auf den selbst verschuldeten Sinkflug in der Meinung ihrer einstigen Wähler begeben.

Natürlich hängt auch viel von den Umständen ab, deren Eintreten Parteien nicht und Parteistiftungen schon gar nicht kontrollieren können. Ich erinnere in diesem Zusammenhang gern an einen Ausspruch des britischen Premierministers Macmillan, der nach dem Ende seiner Amtszeit von einem Journalisten nach seinen schlimmsten Erfahrungen gefragt wurde und nur seufzend zur Antwort gab: „Events, dear friend, events.“

Es ist also festzuhalten: Die beste „Geschichtspolitik“ von Parteien besteht darin, eine gute Politik zu machen, die eine breite Öffentlichkeit überzeugt, nicht zuletzt die eigenen Anhänger und Wähler.

Im Übrigen aber sollten sich die Parteistiftungen darüber klar werden, wie viele oft übermächtige Impulsgeber an dem Geschichtsbild der jeweiligen Partei arbeiten, die völlig autonom operieren. Mit die wichtigsten Geschichtsbild-Produzenten sind bekanntlich die Medien. Die Redaktionen beim ZDF oder die Ko-

ordinationsgremien bei der ARD, die über die Produktion und über die Produzenten zeitgeschichtlicher Doku-Filme oder über die Vergabe, die Aufnahme und die Bewerbung von Geschichtsfilmen entscheiden, sind geschichtspolitisch wahrscheinlich zehn-, zwanzig- und dreißigmal mächtiger als geschichtspolitisch ambitionierte Vorstände oder Fachreferenten von Parteistiftungen. Vergessen wir auch nicht die Redakteure bei den großen Tageszeitungen, die für die Sparten Zeitgeschichte und für die entsprechenden Rezensionen zuständig sind, oder die Redaktionen bei den zeitgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Verlagen, oder die großen Stiftungen und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die zeitgeschichtliche „Großprojekte“ genehmigen oder ablehnen, oder die zeitgeschichtlichen Projekte großer Verbände, auch der Kirchen, und nicht zu vergessen die Universitäten. Vergessen wir aber auch nicht öffentlich stark wahrgenommene Historiker und Sozialwissenschaftler, die ihre jeweiligen Narrative in den Meinungsbildungsprozess einspeisen. Das Geschichtsbild der Heranwachsenden wird zudem wie zu Urgroßväterzeiten durch die Abteilungsleiter und Referenten der Kultusministerien bestimmt, die Unterrichtsinhalte und Vermittlungsmethoden festlegen, aber auch durch Schulbuchverlage. Sie alle, und manche andere, betreiben auf ihre Weise „Geschichtspolitik“.

Heißt dies, dass die parteinahen Stiftungen resignieren müssen? Keineswegs. Sie sollten aber erkennen, was möglich ist und was nicht.

1. Möglich ist (hier wiederhole ich mich ganz absichtlich) eine tadellose Wahrnehmung der Service-Funktion. Service an den Parteien und an den Individuen, die ihre Archivalien zur Verfügung stellen. Service an den deutschen und den internationalen Forschern, die für die wichtige, spannende, forschungsbedürftige und forschungswürdige Geschichte der jeweiligen Partei interessiert werden sollen. Da ich selbst in vielen deutschen und außerdeutschen Archiven gearbeitet habe, darf ich vielleicht sagen: Guter Service der Archive ist auch eine Empfehlung für die jeweilige Institution, in unserem Fall für die jeweilige Partei. Die Internationale der Zeithistoriker und der Sozialwissenschaftler ist heute eine globalisierte, aber auch überschaubare Gemeinde. Gute Erfahrungen, ein gutes Image der Archive machen schnell die Runde, und schlechte Erfahrungen, wie man weiß, noch schneller.

In dieser Hinsicht möchte ich eine Feststellung nicht unterdrücken. Parteiarchive gehören in die jeweilige Hauptstadt. Es ist gewiss nachvollziehbar, wenn die beiden großen, klassischen Parteistiftungen – die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung – aus Kostengründen ihre Archive erst einmal in beziehungsweise bei Bonn belassen haben. Aber ist das wirklich weitsichtig? Die neuen, zusehends attraktiven Archive der Heinrich-Böll-Stiftung und auch der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind mit ihrem Service in der Hauptstadt präsent, können somit auf die internationale Forschung und das Geschichtsbewusstsein in der Hauptstadt ganz anders einwirken. Man darf sich nicht nur darauf verlassen, im Internet überzeugend präsent zu sein.

Im Übrigen habe ich auf die Wichtigkeit der Internet-Auftritte schon hingewiesen. Geschichts- und Sozialkundeführer, auch ältere Schüler und Studierende, sind kritische, aber auch für reichlich dargebotene Materialien empfängliche Leute. Sie verstehen zu unterscheiden, und wenn die Stiftungen solide Materialien anbieten, werden diese auch angenommen.

2. Zu den Möglichkeiten von „Geschichtspolitik“ parteinaher Stiftung gehört auch die mit eigenen Kräften betriebene, überzeugende Forschung. Die klassischen Stiftungen haben darauf von Anfang Wert gelegt – Quelleneditionen, gehaltvolle Jahrbücher, eigene Publikationsreihen. Der Anfall großer Quellenmengen und die Digitalisierung zwingen auch hier zu teilweise veränderten Formen der Präsentation. Doch auch das ist ein Service für die Zeitgeschichtsforschung, der bleibt und der seine Wirkung tut. Die Stiftungen tun also besser daran, die stets begrenzten Mittel auf derart seriöse Produkte zu verwenden als auf Produktion und Versand substanzloser, schönbebildeter Hochglanzbroschüren, die verdientermaßen meist ungelesen in den Papierkörben der Adressaten landen.

3. Eine weitere Möglichkeit, die Forscher auf die Bedeutung der jeweiligen Parteigeschichte aufmerksam zu machen und bei ihnen oder bei ihren Studierenden entsprechende Forschungen zu generieren, sind deutsche und internationale Workshops, regelmäßige Arbeitsgemeinschaften zum Informationsaustausch und Tagungen. Das ist wahrlich nichts Neues. Aber so strahlt eben Wissenschaft aus und so tragen Archive dazu bei, dass ihre Schätze gehoben werden. Professoren, Nachwuchswissenschaftler, Doktoranden sind – jeder weiß das – Individualisten. Doch auch Individualisten finden sich gern dort ein, wo sie andere interessante Individualisten treffen, mit denen sie sich austauschen und mit denen sie raufen können. Dass die Parteistiftungen über die Möglichkeit verfügen, Verbindungen zu Zeitzeugen herzustellen und „oral history“ zu betreiben, ist ein zusätzlicher Charme. So arbeiten die Parteistiftungen, seit ich sie kenne. Das ist unspektakulär, lässt sich gewiss nicht unter das großartige Schlagwort „Geschichtspolitik“ bringen, aber es ist nachhaltig.

4. Eine weitere Möglichkeit sei nur knapp erwähnt: Verbundforschung – mit Universitäten, mit Forschungsinstituten, mit Großforschungsprojekten Dritter, dies national und international. Historiker und Sozialwissenschaftler sind heute bestens darauf eingestellt, auch die Parteistiftungen. Auch in dieser Beziehung nur eine Bemerkung: Verbundforschung kostet, sie kostet Geld, sie kostet vor allem aber viel Zeit und oft ist auch viel Leerlauf damit verbunden.

5. Lassen Sie mich ein fünftes und letztes Stichwort nennen: kritische Beobachtung der Zeitgeschichtsforschung, überhaupt: wissenschaftlich fundierte Zeitkritik. Ich möchte das an einem Beispiel illustrieren. Im vergangenen Jahr ist Jörg-Dieter Gauger verstorben, viel zu früh. Er hat Jahrzehnte hindurch für die Stiftung die Gesellschaftsentwicklung, vor allem die von der CDU seit Jahrzehnten vernachlässigte Schulpolitik, kritisch beobachtet. Einer seiner

letzten Aufsätze hatte den Titel: „Kultur und Schule: Vom Verschwinden des kulturellen Gedächtnisses“<sup>12</sup>. Kritische Beobachtung und frisch-fröhliche Auseinandersetzung mit verkehrten Tendenzen, das ist eine Aufgabe, der sich die Stiftung nicht entziehen darf, will sie wirklich „Geschichtspolitik“ betreiben.

Lebendige Zeitgeschichtsforschung ist immer auch strittige Zeitgeschichtsforschung. Auch die Parteistiftungen, was immer auch ihre Tendenzen sein mögen, bleiben nur lebendig, wenn sie die zeitgeschichtliche Auseinandersetzung nicht scheuen, wenn sie Wissenschaftler einstellen und fördern, die am strittigen Diskurs Freude haben und wenn sie Instrumente entwickeln, um die eigene Kritik an Tendenzen zu verbreiten, die sie für fatal halten.

Ich habe eben einige Beispiele für die pluralistische Vielfalt jener Institutionen benannt, die „Geschichtspolitik“ betreiben. Jede der erwähnten Einrichtungen verdient kritische Observierung: die Medien, wo es von oberflächlichen, tendenziösen Fernsehfilmen und Doku-Reihen wimmelt; die Forschung, wo nicht nur Bedeutendes zu beobachten ist, sondern auch windschiefe, verunglückte Großprojekte; die Lehrpläne und Schulbücher mit ihren häufig versimpelten Narrativen; die dominierenden Paradigmen; die Geschichtsmuseen, historische Ausstellungen, nicht zuletzt das zeitgeschichtliche Theater, das offenbar unter Naturschutz steht. Die Latte ist lang.

Das ACDP feiert eben seinen 40. Geburtstag. Da darf man ihm etwas wünschen. Ich wünsche ihm also breit gebildete, kritische und streitfreudige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nach Art von Herrn Gauger, vielleicht sogar ein Publikationsorgan, sei es eine Zeitschrift, sei es ein Jahrbuch, mit dem Titel „Kritik der Zeitgeschichte“. Es gibt auch noch andere politische Felder, auf denen kritisches Tiefpflügen von Nutzen wäre. Jeder hier im Raum weiß Bescheid. Doch mein heutiges Thema war die Zeitgeschichtsforschung. Jedenfalls wünsche ich dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik, unbeschadet der eher unspektakulären, aber nachhaltigen Arbeiten, wie ich sie eben erwähnt habe, doch auch viele Workshops und Tagungen, die heiße Eisen anpacken, die auf Fehlentwicklungen aufmerksam machen und die in der breiten Öffentlichkeit, doch hoffentlich auch da und dort in der Partei, Anstoß erwecken. Ohne Fleiß, so heißt es, kein Preis. Ohne fundierte und zugleich angriffslustige Kritik ist auch keine wirksame Geschichtspolitik zu haben. Stiftungen, die vor der kritischen Prüfung und Auseinandersetzung mit dominanten negativen Tendenzen kneifen, marginalisieren sich selbst. Das Schwabenalter ist erreicht. Doch, meine Damen und Herren, ein 40. Geburtstag ist noch kein Freibrief, sich behäbig, nach allen Seiten konsens-orientiert und anschlussbereit zur Ruhe zu setzen.

---

12 Jörg-Dieter Gauger: Kultur und Schule. Vom Verlust des kollektiven Gedächtnisses. In: Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren. Köln 2008, S. 637–654.



## ESSAYS

### **The End of World War II and the Division of Europe: Aspects of a European Culture of Remembrance<sup>1</sup>**

**Richard Overy**

In a small cemetery in the town of Latsch (Laces in Italian) in Südtirol a monument has recently been installed with a long list of all the military dead from the Second World War. On the surface it is a simple and discreet memorial to the high proportion of the village's young men who died in the fighting. But it masks a great deal of complicated history about how the war should be remembered. The soldiers were killed or died in a variety of conflicts: some were lost in Africa fighting to build Mussolini's new empire; some died in Sicily in combat against the Anglo-American invasion; some died on the German-Soviet front, doomed members of Mussolini's contribution to the Barbarossa campaign; others died in Germany as captive POWs after the Italian capitulation; but because they were mostly German speakers, some were recruited into the Wehrmacht in 1943, fighting in Eastern Europe. The last soldiers on the list died in Slovakia and Croatia in the final desperate defence of what remained of the German 'New Order'. Death was all that united them.

This is a small example to illustrate a much larger problem about how the war and the post-war division of Europe should be remembered. In Italy, public commemoration of the war years is profoundly ambivalent. After 1945 Italy was an ally of the major Western powers and had a special interest in forgetting the years of Italian imperial aggression and Axis warfare; hundreds of thousands of Italian soldiers were regarded as 'victims' of the German war because they were deported to Germany in 1943, and in some cases murdered by their former German comrades, which also helped to distance Italy from responsibility for co-operating with Germany's war beforehand; some Italian soldiers, almost entirely erased from the historical narrative, fought with British Empire and American forces in the long campaign fought along the Italian peninsula to liberate the rest of Italy. Italian society had also been deeply divided during the later stages of the war between a hard core of Fascist supporters and the partisans of the democratic and revolutionary left. After 1945 the Fascist dead from Italy's civil war were not commemorated, while memory of the Resistance re-

---

<sup>1</sup> Vortrag zur Eröffnung des von der Arbeitsgruppe Zeitgeschichte der Konrad-Adenauer-Stiftung am 2./3. November 2015 in Berlin veranstalteten Symposiums „Das Ende des Zweiten Weltkrieges und die Spaltung Europas. Aspekte einer europäischen Erinnerungskultur“.

mained a rallying point for the Italian left, and has remained so ever since. The small memorial at Latsch is unusual for its candid remembrance of conflicts most Italians would prefer to forget, and a reminder that German-speaking Italians had loyalties distinct from those of most of their Italian-speaking compatriots.

Only in the United Kingdom is the memory of the war in Europe relatively unambiguous because there was no invasion, no occupation, no divisive civil war. In Britain the widespread public awareness of the war derives from an enduring sense that Britain liberated Europe from tyranny. British memory culture is still triumphalist even where, as in the case of the memory of the bombing war, the emphasis is on British stoical resistance during the Blitz rather than the mass bombing meted out to German cities. British area bombing does not fit the heroic narrative so well, which is why it took seventy years before a national monument to the dead of Bomber Command was constructed, and even then it was paid for by voluntary contributions. But that aside, British memory of the war remains an important element in British national identity, a form of compensation for the relative decline of British power and the end of empire.

The Soviet Union, and now Russia, also generated a simplified version of the war narrative. Remembrance of the Great Patriotic War against fascist imperialism glossed over all the less glorious aspects of the Soviet war effort, Soviet aggression against Poland and Finland, the GULag system with its millions of camp prisoners, the mass deportations and the awkward reality of the German-Soviet Pact of August 1939. Many of these things can still not be discussed easily in Russia, even in academic circles. The recent celebration in Moscow to mark the 70<sup>th</sup> anniversary of the end of the war demonstrates the extent to which remembrance of the war has retained a strong political imperative beyond any simple commemoration of the millions of Soviet dead. The culture of remembrance in Russia is bound up with problems of modern Russian identity after the crumbling of the Soviet Empire and the end of the revolutionary state. In the Lenin Museum outside Moscow the small museum shop sells metal figurines to tourists, but they are models of Stalin and Zhukov. There is no Lenin model.

Elsewhere in Europe, memory of the end of the war and its post-war political consequences is affected by differing historical realities, both external and internal. German defeat, for example, produced a literal political division that remained for forty-five years; memory of the war in the two Germanies differed substantially. The eastern zones were 'liberated' from fascism and imperialism in order to become Communist; the western zones were conquered by the West and within a decade had become a proxy for Western strategy against the Soviet bloc. The war in the Democratic Republic became an imperialist war (as it had been in Soviet discourse between 1939 and 1941), making little

distinction between National Socialist imperialism and the new imperialism of the capitalist West. In the Federal Republic the war played a less public role, and if the degree of collective amnesia has been exaggerated by historians, there was little to be gained by generating a public memory culture around the dictatorship, war and genocide and much more to be gained from integration into the Western democratic world and the global economy. It is significant here that the United States military had no difficulty absorbing German scientists into the rocket programme or using senior German officers to offer advice on military organization and operational practice now that the new enemy was the Soviet Union. This somehow validated the German war and avoided awkward questions. In 1955 Field Marshal Erich von Manstein was even able to publish his memoirs under the tendentious title *Verlorene Siege*. The twin concepts of a criminal regime but a clean Wehrmacht made it possible for the war to be remembered as a Faustian fable. Only years later, was Manstein's complicity with the criminal orders of the regime unearthed by historians. The exhibition of the 'Crimes of the Wehrmacht' which opened in Hamburg in March 1995 inaugurated a new era in confronting the harsh reality of the war years.

The problem of an internally divided legacy is true across all of Axis-occupied Europe where resistance movements fought against the occupier or, in many cases, in a civil war between rival ideological movements. In the immediate post-war period, identification with the resistance movement could be advantageous. In Bulgaria, for example, much of the resistance movement was communist, so too in the Czech Protectorate and Slovakia. Across Eastern Europe nationalist resistance was heavily penalized in the Soviet satellite states (and later, in the final Stalin years, or the Hungarian revolution of 1956, native communists too). In Western and Southern Europe, however, resistance movements were divided politically between nationalists, liberal democrats, socialists and communists. In Greece the communists were finally defeated in a savage civil war and memory of the war became focused on nationalist resistance to the Italian invasion and the German occupation. In Italy an open civil war developed between Italian communists and the remnants of the Fascist regime in 1944/45, but post-war communists were condemned for their violence, some put on trial, a few imprisoned. Memory of the resistance became a political instrument, supported by the democratic and communist left in Italy, but shunned by the right, a situation that has persisted until today, making a collective and agreed memory culture impossible to secure.

In France the memory of the resistance is more complex still: resistance around the figure of General de Gaulle and the 'Fighting French' was nationalist; communist resistance was distrusted, while in turn communists tried to distance themselves from close identification with those loyal to de Gaulle. The Vichy regime was home to a different brand of French nationalism and quasi-fascism and had to be rejected entirely in 1945. The post-war political



defeat of communism allowed memory of the war to focus on a heroic and patriotic resistance movement, but even this was overshadowed by the defeat of 1940, which raised difficult questions about so-called French 'decadence', and then by the wars in Vietnam and Algeria, which have arguably played a larger part in collective memory of conflict than the Second World War. It is interesting to reflect that in French public history the liberation by the Allies has attracted greater attention. The museums in Normandy dedicated to remembering the Overlord campaign and the recent festivals of commemoration at the Normandy beachhead or for the liberation of Paris can be celebrated without the ambiguities present in remembering French participation in Vichy or the tensions between the different resistance organizations. Even then, memory of the Allied liberation has recently raised the question of Allied bombing. Over 60,000 French civilians died in the bombing but the scale and intensity of the bombing campaign has only attracted public attention over the last twenty years, and the first scholarly histories only in the last five. The questions asked by the Vichy regime during the war about whether bombing civilians and the promise of liberation were compatible have been raised again, adding a further awkward dimension to the way the war is remembered.

The French example has been particularly important in raising fundamental questions about individual wartime experience. While a small number resisted, many people collaborated actively with the Vichy regime and the German occupiers, from those who joined the Vichy militia or fought in the French 'Blue Legion' to officials and policemen who endorsed campaigns against the left and the Gaullists, and who worked willingly with the Gestapo. Other forms of collaboration were involuntary rather than active. Workers in factories supplying the Wehrmacht found themselves the victims of Allied bombing, but they had few opportunities to do anything different. French women found German soldiers as lovers and companions but did not see themselves as collaborators. Disobeying the German occupiers carried all kinds of risks, and most of the populations under German rule demonstrated a public conformity whatever their private reservations. These dividing lines are difficult to reconcile with any shared narrative of the war years because they expose moral choices that reflect human weaknesses rather than the convenient story of heroic resistance. In the French case, it has proved easier to remember the atrocious behaviour of the occupier, because this removes the spotlight from the behaviour of the occupied. The sombre memorial chapel to the French civilians who died as forced labourers in Germany, built just behind Notre Dame in Paris, is a good example. But many more workers survived the war labouring in fields and factories in France to feed the German war machine. The integration of both collaborators and resisters into a common national memory of the war cannot be done easily, because public recognition that a fraction, probably a large fraction, of the wartime population collaborated willingly or unwillingly with the enemy is

a difficult reality for any nation to admit openly without compromising the basis for remembrance.

This difficulty is nowhere more obvious than in historical memory of the Holocaust. The historian Raul Hilberg claimed twenty years ago, writing about the genocide of the Jews, that wartime populations in the Axis New Order were divided into three categories: perpetrators, victims and bystanders. He might have added resisters, since it is well known that thousands of Europeans, including Germans, hid Jews, provided them with false papers, passed food through the ghetto walls, or like the famous Oskar Schindler, kept them working in order to avoid the death camps. Most people did not resist and thousands across Europe, from conviction or self-interest, aided and abetted the German and Italian authorities in identifying Jewish families and facilitating their transport to the East. Even after the war the Holocaust did not immediately become an integral part of the collective memory of the war years, even in Germany where the genocide was initiated, or in Italy where Mussolini mimicked German racism. Though the Anglo-Saxon allies now imply that the war was, among other things, about saving the Jews, the war was fought for quite different reasons. Indeed, American and British anxiety that making too much publicity about the fate of the Jews would stir up domestic anti-Semitism inhibited a more active policy to highlight what was going on in Europe. The genocide of the Jews was added only at the last moment to the indictment served on the major war criminals at Nuremberg. It featured less in the subsequent proceedings than might have been expected. For a long time after the war, collective memory of the genocide was limited. Now Holocaust memorials and museums are to be found all across the Western world and in the former Soviet bloc; since 2001, Britain has marked 27 January as Holocaust Memorial Day; tourist trips to Auschwitz are organized by schools. What Norman Finkelstein some years ago controversially called the 'Holocaust industry' has transformed public consciousness of the genocide. From limited public awareness, the Holocaust has become for many modern Europeans the principal reference point for understanding the war years.

It is worth exploring more carefully the explanation for the wide public concern for the Holocaust as an element of collective memory. It is partly because the movement to remember the genocide is genuinely international, or more correctly transnational. It is something on which all European populations can agree and it helps to integrate not only memory of the war years but also a collective commitment to human rights and respect for ethnic difference. As such, memorializing the Holocaust, whether through public monuments or museum exhibitions or Holocaust days at school, has a wider civic purpose than simply recalling the horrors of seventy years ago. It ought, of course, to make European populations more sympathetic to the plight of contemporary refugee populations fleeing violence or persecution, but it remains to be seen if that

will be the case. The current political concern that too many refugees will cause problems in the European labour market or provoke domestic hostility to the refugee communities has echoes of the reaction of many states to the pressure to take more Jewish immigrants in the 1930s. For all its high profile, the current public history based around the Holocaust has evident limits when it comes to learning lessons from the past.

The timing of the wave of Holocaust remembrance has much to do, however, with the collapse of the Soviet bloc in 1989–90 and the end of European Communism. After 1990 it was possible to access many of the records of the Jewish persecution that had been sealed in archives in the Soviet bloc. For decades the formal Soviet position was to commemorate the deaths of millions of Soviet citizens, rather than single out the Jews in particular. The disappearance of the formal party line opened the way to a fuller understanding of the genocide. The Black Book of Soviet Jewry, banned by Stalin and available only covertly in the Cold War era, was published in a complete version in the United States in 2002, revealing a catalogue of shocking detail about the atrocities in the East. Historians flocked to exploit the new research materials and some of the best recent history on the war years has been focused on what the American historian Timothy Snyder has called the ‘Bloodlands’. The ‘Crimes of the Wehrmacht’ exhibition, despite the controversy surrounding it, was another milestone in constructing the present-day image of the Holocaust as a central aim of Hitler’s war-making. Yet the wide interest in what really happened in the East during the war, whatever it has contributed to raising Holocaust awareness in Western Europe, has also exposed new layers of complexity for the former Soviet bloc in coming to terms with their wartime past.

One of the consequences of Soviet domination of Eastern Europe was the effective stifling of public discussion about the war and wartime allegiances. The Holocaust, to the extent that it was acknowledged, was a German crime. The fact that Hungary, Slovakia, Romania and Bulgaria were Axis allies was glossed over or blamed on traditional nationalist elites, who were eliminated after 1945. The end of communism suddenly exposed the former Soviet bloc countries to historical scrutiny. Anti-Semitism in Romania, Hungary, Slovakia and Bulgaria either allowed states to pursue their own share of the genocide (as in the case of Romania) or to contribute their Jewish communities to the forced labour and murder regimes run by the SS. In Poland, historians found instances of spontaneous anti-Semitic violence – Jan Gross, for example, in his book *Neighbours* about the massacre at Jedwabne – which seemed to implicate Poles in the Holocaust despite the suffering inflicted on Poland by the partition in 1939 between the two dictatorships. There has been vigorous denial about Polish complicity and also about the Romanian deportation and murder of Romanian and Ukrainian Jews. The new Polin Museum of the history of Jewish life in Poland, which opened in Warsaw last year, has tried to avoid focusing on

the contentious areas of modern memory by looking at Jewish history over the past 800 years, but one of the effects of this approach is to reinforce the idea that stigmatization and persecution of the Jews has a very long history, unintentionally placing the Holocaust into an awkward historical perspective at the end of centuries of ethnic conflict.

There are other problems for the former Soviet bloc to overcome from the wartime experience and the long Cold War division of Europe. The natural tendency in public debate is to discuss the two dictatorships, Soviet and German, as if they were varieties of the same twentieth-century totalitarian model. This elides two different systems, and masks the extent to which there was active support for the German alliance during the war from Axis allies, and active collaboration with the Holocaust. This interpretation also highlights the role of nationalist resistance against dictatorship though there is no reason to believe that nationalists in Poland, or Ukraine or the Baltic States were any more likely to be good liberals and democrats if they had come to power. The revival of enthusiasm in Ukraine for Stepan Bandera, leader of the Ukrainian National Army, raises issues about the attitude of Ukrainian nationalists during the war to Poles, Jews and many fellow Ukrainians, who were victims of UNR violence. The problem of deciding on who should be remembered honourably and who should not is not just an Eastern European problem but it has a high visibility in former Soviet bloc countries trying to come to terms with a past blighted by war and dictatorship in which defining the perpetrator and the victim is not as easy as it looks. In one of the first conferences of the Warsaw-based European Network of Remembrance and Solidarity held in 2012, the theme was the 'Unnumbered dead' and the object was to try to find ways of reconciling national histories of the war by defining the range and number of victims. It proved a difficult exercise because it soon became clear that some of those present had a hierarchy of victimhood that they wished to promote while others favoured the controversial idea that after seventy years it was better to simply see everyone as a victim of war itself, whatever side they had been on, victim and perpetrator alike. The issue of how to treat perpetrators in national narratives of the war is a difficult one; nothing is gained by overlooking the crimes or those who committed them, but on the other hand presenting the perpetrators as an integral part of the narrative can seem offensive to the memory of those they victimized.

One of the things evident from my comments is the difficulty of imagining a 'European' culture of remembrance when there remain so many national divisions and domestic arguments about how the war should be remembered, about who should be remembered, and about who is doing the remembering. It is tempting for modern audiences to lay blame on the wartime populations for not resisting more and collaborating less, for abetting the genocide, for acts of savage perpetration, for punitive operations in the name of liberation. Remem-

bering the victims is also not easy where the victims are civilians who were killed in the act of being liberated, like the 130,000 French, Italians, Dutch and Belgians killed by Allied bombing, or targeted because they lived in enemy cities, like the 350,000 killed by bombs in Germany. The moment has perhaps come to recognize that war itself as a European-wide phenomenon, whether the Great War or the Second World War or the Cold War, should be treated by a culture of remembrance that deplors war as a solution and highlights with as much historical honesty as possible the profound dilemmas faced by many Europeans at the time when it came to taking sides, seizing opportunities, committing crimes, or acting with discretion, compassion and courage. There are no easy answers when it comes to constructing public memory of conflict. Public arguments about the past are a healthy sign of civic engagement and should not be avoided in preference for an uncritical and distorted consensus, which is the memory culture of dictatorship. Acknowledgement of human frailty in the vortex of war should be an important and humbling lesson for today's Europeans when they contemplate the legacy of the war and the post-war years. At the heart of that culture of remembrance is the awkward question: 'What would I have done?'

# Die Krise in der Ukraine – eine Zwischenbilanz

Günther Heydemann

Angesichts der Zuspitzung der politischen und militärischen Lage im Nahen und Mittleren Osten und des daraus resultierenden Flüchtlingsproblems ist die fortdauernde Krise in der Ukraine gegenwärtig in den Hintergrund des weltpolitischen Interesses getreten, obwohl militärische Kampfhandlungen nahezu täglich stattfinden. Erst im August 2016 hat die nach russischer Darstellung erfolgte „Aushebung einer Gruppe terroristischer Diversanten“ aus der Ukraine auf der besetzten Krim dazu geführt, dass Präsident Poroschenko die ukrainischen Truppen in der Krim-Region sowie im Osten des Landes in höchste Gefechtsbereitschaft versetzen ließ.

Allein das zeigt, dass der Konflikt keineswegs gelöst ist, sondern weiter besteht. Die zur Zeit existente Patt-Situation bietet daher die Gelegenheit, eine nüchterne Zwischenbilanz zu ziehen und die verschiedenen, mit einander verwobenen Probleme heraus zu arbeiten und zu analysieren.

## I.

Wie auch immer in nächster Zukunft das zweite Minsker Abkommen vom 12. Februar 2015, das vom russischen Präsidenten Putin, vom französischen Präsidenten Hollande, vom ukrainischen Präsidenten Poroschenko und Bundeskanzlerin Merkel ausgehandelt wurde, eingehalten oder nicht eingehalten wird – der Kern des Konflikts um die Ukraine besteht in einer antagonistischen Interessenlage, die in folgendem, letztlich unvereinbaren Grundpositionen zum Ausdruck kommt:

### *1. Sicherheitspolitische Gründe*

Russland unter Putin betrachtet die Ukraine unzweifelhaft als sicherheitspolitisches Vorfeld, als Glacis; dementsprechend wird eine ukrainische Mitgliedschaft in der NATO kategorisch abgelehnt, da dies nach russischer Auffassung die eigene Sicherheit massiv bedrohen würde. Außenminister Lavrov hat dies unmittelbar nach Minsk II noch einmal eindringlich wiederholt. Demgegenüber beharren der Westen und die Ukraine auf der grundsätzlich autonomen Souveränität eines Staates, dessen Bündnisfreiheit durch die KSZE-Schlussakte von Helsinki aus dem Jahre 1975 völkerrechtlich garantiert wird; hier handelt es sich um ein internationales Vertragswerk, das noch vom Vorgängerstaat Russlands, der Sowjetunion, unterzeichnet und dadurch völkerrechtlich anerkannt wurde. Das gilt nach amerikanisch-europäischer Auffassung ohne jede Abstriche auch für die Ukraine.

Hinzu kommt, dass sich die Ukraine, Russland, die USA und Großbritannien im Budapester Memorandum vom 5. Dezember 1994 dazu verpflichtet haben, die territoriale Integrität sowie die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Länder Kasachstan, Weißrussland und der Ukraine zu achten. Im Gegenzug verzichteten diese Länder auf Nuklearwaffen. Auch dieses Abkommen wurde von Moskau gebrochen, so dass sich die Ukraine in einer sicherheitspolitisch inferioren Position gegenüber Russland befindet.

## 2. Wirtschaftspolitische Gründe

Die faktische Nichtanerkennung der Souveränität der Ukraine durch Russland resultiert aber auch aus wirtschaftspolitischen Motiven. In den Moskauer Planungen für den Aufbau einer von der Russischen Föderation geführten Eurasischen Wirtschaftsunion soll(te) die Ukraine einen zentralen Platz einnehmen. Eine Assoziierung der Ukraine mit der, noch mehr jedoch ihre, wenn auch erst später erfolgende Mitgliedschaft in der EU wird von Moskau entschieden abgelehnt, da dies den wirtschaftspolitischen Planungen und ökonomischen Interessen Russlands zuwiderläuft.

Zudem ist damit die russische Befürchtung verbunden, dass die Assoziierung und spätere Vollmitgliedschaft der Ukraine bei der EU zu einem wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung des Nachbarlandes führen könnte, wie zum Beispiel inzwischen in den 2004 beziehungsweise 2007 neu eingetretenen EU-Mitgliedstaaten des früheren Ostblocks geschehen. Dies könnte, analog zur wachsenden politischen und wirtschaftlichen Prosperität in den baltischen Staaten, in Polen, Tschechien und der Slowakei, in Rumänien und Bulgarien, dazu führen, dass die Ukraine zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort wird, der russische Bevölkerungsteile zur Abwanderung dorthin veranlasst. Zwar ist diese Gefahr gegenwärtig nicht gegeben, da die heruntergewirtschaftete und

*Zufriedenheit mit der Lebensqualität innerhalb der Nachbarländer der Ukraine<sup>1</sup>  
(Angaben in Prozent)*

	2010	2012	2014
<b>Polen</b>	79	78	79
<b>Slowakei</b>	75	69	72
<b>Ungarn</b>	50	48	62
<b>Rumänien</b>	36	44	55

1 Quelle: Standard-Eurobarometer 73 (2010) S.16; 78 (2012) S. 8; 81 (2014) S.55. „Die Öffentliche Meinung in der Europäischen Union“. Halbjährliche Umfrage durchgeführt von TNS opinion & social im Auftrag der Europäischen Kommission.

im Osten kriegszerstörte Ukraine mindestens eine Generation braucht, um jenen soziökonomischen Stand zu erreichen, den inzwischen die neuen östlichen EU-Mitgliedstaaten erreicht haben, doch potenziell ist diese Gefahr – zumindest aus russischer Sicht – gegeben.

### 3. *Historische Gründe*

In der Ukraine nahmen die Gründung und der Aufstieg Russlands zu einem Staat und späteren Machtstaat seinen Anfang. Entsprechend wird die „Kiewer Rus“ als Keimzelle sowohl Russlands als auch der Ukraine gesehen. Nachdem die Ukraine 1569 Teil des Königreiches Polen geworden war, kamen ihre östlichen Gebiete Ende des 17. Jahrhunderts unter russische Herrschaft, wobei sich die dort ansässige Bevölkerung bald einer verstärkten Russifizierung ausgesetzt sah. In den polnischen Teilungen (1772, 1793 und 1795) wurde die westliche Ukraine dem Kaiserreich Österreich zugeteilt und blieb österreichisches Staatsgebiet (= „Ruthenien“) bis 1918; hier kam es allerdings im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bereits zu intensiven Bestrebungen einer „nationalen Wiedergeburt“ des ukrainischen Volkes. Fünf Jahre nach der Russischen Oktoberrevolution von 1917 wurde die Ukraine Sowjetrepublik. Im Zuge der forcierten sozialistischen Umgestaltung der jungen Sowjetunion (Kampf gegen die „Kulaken“) verhungerten im Holodomor zwischen 1931 und 1933 rund 3,5 Millionen Menschen in der Ukraine. Schwer von den jahrelangen Kampfhandlungen im Zweiten Weltkrieg gezeichnet, erhielt die ukrainische Sowjetrepublik im Jahre 1954 anlässlich des 300jährigen Jubiläums der russisch-ukrainischen Einheit von Parteichef Chruschtschow die Krim zugesprochen. Erst 1991, nach Auflösung der Sowjetunion, errang die Ukraine ihre staatliche Unabhängigkeit.

Aus dieser höchst wechselvollen Historie ergeben sich spezifische Merkmale und Charakteristika der ukrainischen Geschichte: Die Ukraine hat sich letztlich nie zu einem eigenständigen Staat entwickeln können, sondern war immer anderen Mächten unterworfen, insbesondere durch das zaristische Russland beziehungsweise die Sowjetunion; aus russischer Perspektive war die Ukraine immer mit Russland oder der Sowjetunion aufs Engste verbunden. Aus politischer und historischer Sicht hat Moskau daher einen eigenen ukrainischen Staat immer sehr kritisch gesehen, im Grunde a priori abgelehnt und ukrainische Autonomiebestrebungen nie wirklich anerkannt. Entsprechend wird die russische Annexion der Krim, ihre „Heimholung“ vor gut zweieinhalb Jahren (27./28. Februar 2014), nicht als völkerrechtlicher Verstoß betrachtet, sondern als überfällige Korrektur eines anomalen Zustandes; für Moskau war die Krim immer genuiner Bestandteil des Staatsgebietes Russlands. Dessen ungeachtet ist die Krim „der erste Fall einer offenen Annexion fremden Territoriums in Europa seit 1945“ (Martin Malek). Die nur kurze staatliche Autonomie der



Ukraine stellt daher – nicht zuletzt bei Verhandlungen mit Moskau – auch einen politisch-psychologischen Nachteil dar, wobei hinzu kommt, dass die Bevölkerung im Süden und Osten dieses großflächigen Staates sprachlich und kulturell eher von Russland geprägt ist, während der westliche Teil sich stärker zum Westen hin orientiert.

## II.

Aus diesem letztlich zwischen der Russischen Föderation, der Ukraine und den westlichen Staaten bestehenden Interessenantagonismus hat sich bis zum zweiten Minsker Abkommen folgende Gesamtlage entwickelt:

Zuallererst sind nach dem jüngsten Bericht der UN die rund 7.000 Menschenleben zu nennen, welche die Kampfhandlungen in der Ostukraine unter Soldaten, paramilitärischen Einheiten und der Zivilbevölkerung bisher gefordert haben; auch nach dem zweiten Minsker Abkommen gibt es weiterhin Todesopfer. Der Krieg hat zudem zu rund 15.000 Verletzten geführt und rund 1 Million Menschen zu Binnenvertriebenen gemacht. Ebenso wenig darf das furchtbare Leid der überlebenden Zivilbevölkerung vergessen werden, die unter oft inhumansten Bedingungen nach dem Verlust ihrer Häuser und Wohnungen bei mangelnder materieller und medizinischer Versorgung diesen Krieg zu überstehen sucht.

Was die politischen und militärischen Zielsetzungen des von Putin und seiner oligarchischen Elite gelenkten Russland angeht, so haben sich seit dem Beginn des Konflikts folgende herausgeschält:

- Die russische Expansionspolitik mit der staatlichen Einverleibung der Krim und der faktischen Besetzung insbesondere der Regionen um Donezk und Lugansk zielt politisch-strategisch dauerhaft auf eine Destabilisierung der Ukraine ab. Entscheidendes Instrument hierfür ist das jederzeit mögliche militärische Eingreifen Russlands, das inzwischen mehrfach praktiziert worden ist. Flankiert wird dies durch ebenso jederzeit mögliche wirtschaftliche Sanktionen, insbesondere durch den Stopp von Gaslieferungen, von denen die Ukraine abhängig ist.
- Dadurch soll die Ukraine weiterhin in den Status eines von der Russischen Föderation abhängigen Staates gezwungen werden mit der Funktion der bereits genannten sicherheitspolitischen Pufferzone zwischen Russland und den osteuropäischen Mitgliedstaaten der NATO und der EU.
- Angesichts der permanent überlegenen militärischen Dominanz Russlands sowie jederzeit möglicher wirtschaftspolitischer Sanktionen soll die Ukraine daher in einem nur teilautonomen, teilsouveränen Status verbleiben, was wiederum ihren möglichen NATO-Beitritt ebenso verhindert wie eine wie auch immer geartete engere Bindung an die EU.
- Indem der Ukraine diese Bündnisoptionen verwehrt werden, lassen sich aus russischer Perspektive zwei grundsätzliche Gefahren vermeiden. Das betrifft

aus sicherheitspolitischen Gründen die Tatsache, dass sich die Ukraine als eventuelles NATO-Mitglied gleichsam ins Zentrum des russischen Staatsterritoriums hineinschieben könnte und dadurch die sicherheitspolitische Lage Russlands erheblich verschlechtern würde. Darüber hinaus würde es der Beitritt der Ukraine zur EU mit sich bringen, dass diese nach einem entsprechenden umfassenden Modernisierungs- und Reformprozess tatsächlich zu einem demokratischen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Staat wird, der für russische Staatsbürger zunehmend attraktiv werden könnte. Stattdessen soll gerade die bislang praktizierte russische Immunabwehr, die im Kern der Aggressionspolitik Russlands liegt, dazu beitragen, dass die Ukraine nicht zu einem westlichen demokratischen Staat und dadurch zu einer Insel des Wohlstandes wird, sondern auf einem sozioökonomischen Niveau verharrt, das dem in der Russischen Föderation entspricht.

- Die bisher erfolgreiche Aggressionspolitik Putins mit der staatlichen Einverleibung der Krim und der politischen und militärischen Kontrolle der ostukrainischen Gebiete Donezk und Lugansk, die nach pseudodemokratischen Wahlen inzwischen zu „Volksrepubliken“ ernannt wurden und auch als „Neurussland“ bezeichnet werden, bedient darüber hinaus stark verbreitete Aspirationen national beziehungsweise nationalistisch gesonnener Gesellschaftsschichten in Russland, die sich nach wie vor nicht mit dem Verlust der sowjetischen Hegemonialstellung seit 1991 insgesamt, besonders aber in Europa abfinden können. Häufig basieren diese Einstellungen auf älteren, historisch tradierten Vorstellungen eines „Groß-Russland“.
- Der Erfolg der russischen Annektierung der Krim und die faktische Destabilisierung der Ukraine dienen zugleich auch der innenpolitischen und sozialpsychologischen Stärkung der Machtstellung Putins und seines autoritär-oligarchischen Herrschaftssystems sowie seiner plebiszitären Fundierung als „gelenkte Demokratie“ (= „Putinismus“). Nachdem seine Umfragewerte 2013 auf einem historischen Tief gestanden hatten, stießen Putin und seine Politik nach der Einnahme der Krim auf breite Zustimmung in der russischen Bevölkerung, teilweise mit Werten bis zu 87 Prozent (August 2014). Militärische Aggressionspolitik und innenpolitische Legitimierung und Stabilisierung bilden somit zwei Seiten einer Medaille.
- Die Wirtschaftssanktionen, die inzwischen seitens der EU und der USA gegenüber Russland verhängt worden sind, haben daher bei einer großen Mehrheit der russischen Bevölkerung längere Zeit eher eine nationale Trotzreaktion als Zweifel an der Politik Putins hervorgerufen. Inzwischen hat sich aber die wirtschaftliche und soziale Lage breiter Schichten spürbar verschlechtert; dies ist nicht nur eine Folge der westlichen Wirtschaftssanktionen und ausbleibender Investitionen, sondern auch des Verfalls des Ölpreises und der relativ hohen Inflation des Rubels. Gleichwohl kann Putin

Putins Rating 1999–2015 (Frage: »Heißen Sie Putins Tätigkeit als Präsident/ Ministerpräsident gut oder nicht?« Anteil der positiven Antworten in %, Umfrage des WZIAM)



Quelle: <<http://wziom.ru/index.php?id=236&uid=115478>>, 25. November 2015

nach wie vor auf eine beträchtliche Unterstützung seiner Politik bauen. Die Frage ist allerdings, wie lange die russische Bevölkerung diese noch mitträgt, zumal sie inzwischen unter einem spürbaren Kaufkraftverlust leidet und das Bruttosozialprodukt allein im letzten Jahr um 3,7 % in Russland geschrumpft ist.

- Darüber hinaus ist die in der russischen Bevölkerung existente und weit verbreitete Unterstützung der Politik Putins zugleich auf eine gezielte Desinformation und permanente Verdrehung der Tatsachen zurück zu führen, die in medialer Hinsicht äußerst geschickt vorgenommen wird, vor allem im und durch das Fernsehen. In gewisser Weise lässt sich von einer neo-sowjetischen Propaganda sprechen, die, wie es Ulrich Schmid formuliert hat, als „gezielte Realityshow-Verdummung“ bezeichnet werden kann.<sup>2</sup> Diese Propaganda bedient sich aller modernen sozialen Medien, also Blogs, Apps usw. Man hat dafür inzwischen den Begriff „Hybrider Krieg“ geprägt. Darunter wird eine effektive, oft überraschende Mischung von militärischen und nichtmilitärischen, konventionellen und irregulären Methoden verstan-

2 Vgl. ders.: „Technologien der Seele“. Vom Verfertigen der Wahrheit in der russischen Gegenwartskultur. Berlin 2015, die bisher tiefendste Analyse dieser Propaganda, in der der Westen zugleich als korrupt und Russland als aufsteigende Zivilisation stilisiert werden.

den. Zu der Funktionalisierung dieser Medien gehören auch gezielte Cyber-Angriffe auf Einrichtungen des Westens, wie zum Beispiel das „Hacken“ der Server der Demokratischen Partei Mitte Juli 2016 in den USA und die Veröffentlichung von vertraulichen Informationen auf der Enthüllungsplattform Wikileaks zur Störung des amerikanischen Wahlkampfes. Bereits im Herbst 2014 hatten russische Cyber-Angriffe den Server der ukrainischen Wahlkommission just vor der Parlamentswahl lahm gelegt, Mitte Mai 2015 wurde der Hauptserver des Deutschen Bundestages geknackt, einen Monat zuvor war der französische Fernsehsender TV5 Monde für mehrere Stunden außer Funktion gehackt worden. Eine ganze Reihe weiterer „Vorfälle“ weltweit kommen hinzu.

Für die Indoktrinierung der eigenen Bevölkerung wird ein Narrativ angeboten, das stark konstruiert ist und in wesentlichen Punkten eine völlige Verdrehung der tatsächlichen politisch-militärischen Sachverhalte zum Inhalt hat.

Die wichtigsten propagandistischen Elemente dieses Narrativs sind:

- Der bestehende Konflikt sei ein von den USA angezettelter Krieg einer Kiewer Putschistenclique gegen das eigene Volk; das habe in der Ukraine zu einem Bürgerkrieg geführt. Als Folge würden ethnische Russen und Russischsprachige diskriminiert und unterdrückt. Um deren Schutz sicher zu stellen, seien russische Patrioten in östliche Gebiete der Ukraine eingedrungen. Dabei handle es sich ausschließlich um „Kräfte der Selbstverteidigung“. Putin selbst hat am 17. April 2014 festgestellt, dass es im Donbass „keine russischen Verbände, keine Instrukteure gibt! Das sind alles Bürger von dort!“
- Die „Kräfte der Selbstverteidigung“ würden, so die russische Propagandaformel, im Westen nach Moskauer Auffassung fälschlich als „Separatisten“ bezeichnet; jedoch stammten die von ihnen eingesetzten Waffen, so erneut die russische Propaganda, allesamt aus Beständen der ukrainischen Armee.

Obwohl diese Behauptungen inzwischen mehrfach widerlegt wurden, wird an dieser Deutung festgehalten. Tatsächlich jedoch hat Putin inzwischen selbst offen zugegeben, dass die Besetzung der Krim, die innerhalb von zwei Tagen vollzogen wurde, von langer Hand geplant war. Ebenso ist mehrfach bestätigt, dass russische Luftlandetruppen aus Pskov und Motorschützenbrigaden aus Tschetschenien als reguläre Einheiten der russischen Streitkräfte an den Kämpfen in der Ukraine entscheidend beteiligt waren.

### *III.*

Was sind die Folgen der gegenwärtigen Ukraine-Krise und welche Auswirkungen haben sie auf das internationale und europäische Staatensystem?

- Putins Aggressionskrieg gegenüber dem Nachbarland Ukraine stellt nicht nur einen „eklatanten Bruch des Völkerrechts“ (Bundesaußenminister Steinmeier), sondern auch einen Angriff auf die seit 1991 etablierte europäische Friedensordnung dar; dadurch wurde der bisherige außen- und sicherheitspolitische Grundkonsens zwischen den westlichen Staaten und Russland verlassen. Die bestehende gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur nach 1989/91 ist durch die Ukraine-Krise, die im Kern jedoch eine Russland-Krise darstellt, in Frage gestellt worden. Dahinter steckt nicht nur ein völlig anderes Politikverständnis, sondern auch eine andere Wertehierarchie.
- Zugleich hat der gegenwärtige Konflikt gezeigt, dass Putins Russland über eine permanente „Eskalationsdominanz“ (Berthold Kohler) verfügt. Während Moskau den bestehenden Konflikt zu jeder Zeit, zumindest mittelfristig, militärisch ausweiten beziehungsweise wieder neu anfachen kann, um ihn politisch zu nutzen, ist dem Westen eine analoge Option nicht möglich.
- Ein militärisches Eingreifen des Westens in der Ukraine könnte zu einer nicht mehr kontrollierbaren weltpolitischen Konfliktslage führen. Daher verbleibt den westlichen Staaten und den USA nach Lage der Dinge nur die Reaktion auf russische Aktionen. Somit resultiert aus der gegenwärtigen Ukraine-Krise eine politisch-militärische Asymmetrie.

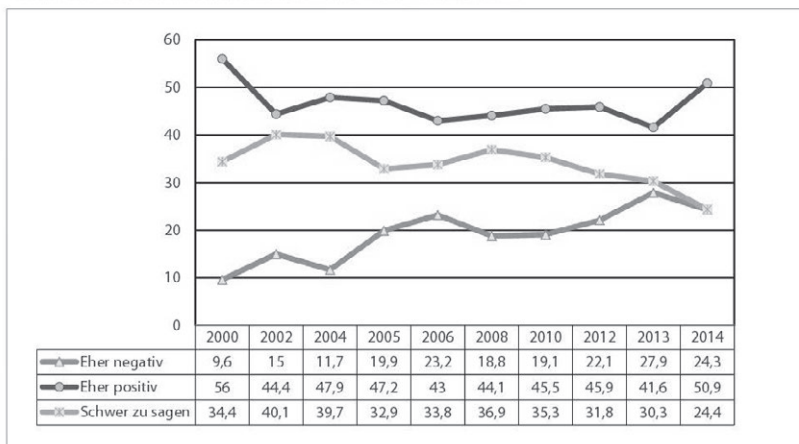
#### IV.

Damit zum Verhältnis zwischen der EU und der Ukraine. Während es bis 2010/11 noch keine eindeutige Präferenz in der ukrainischen Bevölkerung für die EU gab, hat sich das seither geändert.

Das hat zunächst damit zu tun, dass die insgesamt positiv verlaufende Wirtschaftsentwicklung in den EU-Anrainerstaaten der Ukraine, also vor allem Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien, den Wunsch in der ukrainischen Bevölkerung verstärkt hat, durch eine Assoziierung, die inzwischen erfolgt ist (Ratifizierung im September 2014), sowie durch eine spätere Mitgliedschaft ebenfalls ein höheres Wohlstandsniveau zu erreichen. Der rege Austausch sowie viele persönliche Kontakte zwischen den östlichen EU-Grenzregionen und vor allem der West-Ukraine haben dazu stark beigetragen. Ganz eindeutig ist somit eine „Sogwirkung“ der EU auf die Ukraine zu konstatieren. Inzwischen arbeitet nahezu eine Million Ukrainer, fast durchweg als Schwarzarbeiter, in Polen. Während die gesamtwirtschaftliche und soziale Lage in beiden Ländern bis 1989/90 beziehungsweise 1991 annähernd gleich – schlecht – war, hat Polen mit hohen Wachstumsraten, vor allem seit seinem Beitritt zur EU 2004, enorme Fortschritte gemacht und weist inzwischen einen erheblich höheren Lebensstandard als der ukrainische Nachbar auf.

Die in der Ukraine allerdings schon länger bestehende Staatskrise, die wiederholt zu Protesten gegen mangelnde Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, stagnierendes Wirtschaftswachstum, Korruption und Oligarchenwirtschaft geführt hatte, entlud sich daher vehement, als der Russland zugeneigte ukrainische Präsident Viktor Janukowytsch auf dem Gipfel der sogenannten Östlichen Partnerschaft in Vilnius am 29. November 2013 die Unterschrift unter ein Assoziierungsabkommen mit der EU verweigerte. Das bewirkte umgehend den Ausbruch der Revolution auf dem Majdan in Kiew. Die wochenlangen Demonstrationen mit über 100 Toten führten mit der Absetzung und Flucht von Janukowytsch am 21. Februar 2014 und der russischen Einnahme der Krim nur wenige Tage später zu einer Umkehrung der bisherigen ukrainischen Politik, nämlich zu einer klaren Westorientierung mit den Fernzielen einer Vollmitgliedschaft in der EU und der NATO. Insofern war die praktizierte russische Aggressions- und Expansionspolitik sogar kontraproduktiv, indem sie dazu beigetragen hat, dass inzwischen eine Mehrheit der Ukrainer für eine engere Partnerschaft mit der EU und der Nato votiert. Die Zustimmung zu einer Westorientierung der Ukraine überwiegt daher in der Bevölkerung. Das wird aus den folgenden Grafiken ersichtlich:

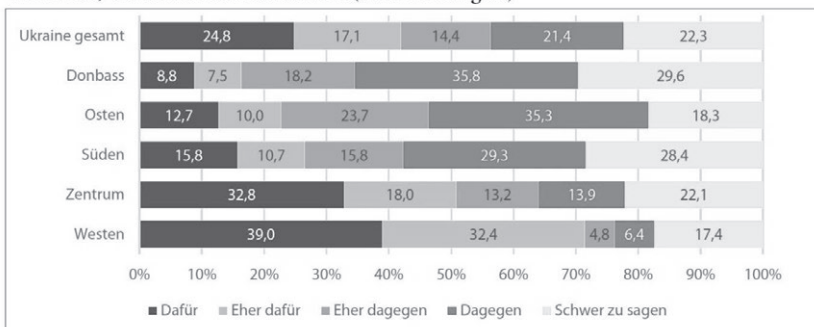
Wie stehen Sie zu der Idee des Beitritts der Ukraine zur EU?



Anmerkung: »Keine Antwort« wurde nicht in die Auswertung aufgenommen.

Quelle: repräsentative Umfrage des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, »Ergebnisse der nationalen Umfragen 1992–2014 // Ukrainische Gesellschaft: Monitoring des sozialen Wandels«, S. 29.

Wenn in naher Zukunft ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur NATO stattfände, wie würden Sie abstimmen? (% aller Befragten)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%).

Quelle: Repräsentative Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <[http://www.uceps.org/upload/1442994887\\_file.pdf](http://www.uceps.org/upload/1442994887_file.pdf)>

Bei den Kommunalwahlen in der Ukraine am 25./26. Oktober 2015 erwies sich die regional unterschiedliche politische Einstellung der Bevölkerung. Denn in den ost- und südukrainischen Städten und Gemeinden gewannen meistens prorussische frühere Unterstützer des Regimes von Janukowytsh. Diese Regionen stehen der gegenwärtigen Regierung unter Präsident Poroschenko in Kiew skeptisch bis ablehnend gegenüber und erschweren dadurch deren weitere Stabilisierung.

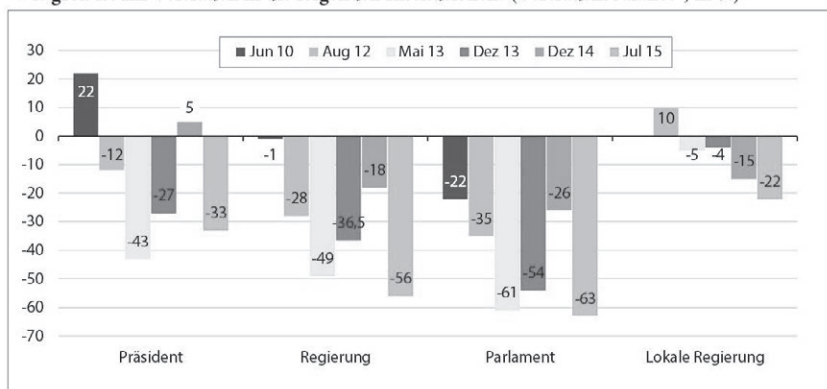
V.

Voraussetzung für eine Vollmitgliedschaft der Ukraine in der EU sind jedoch voraussetzende Reformen. Tatsächlich muss dieser unabdingbare Modernisierungsprozess auf nahezu allen Ebenen stattfinden. Die Beseitigung der grassierenden Korruption in vielen Bereichen stellt sicherlich das schwierigste Problem dar, da es sich hierbei um eine traditionelle Praxis und mentale Einstellung handelt. Den eigentlichen Nährboden hierfür stellt das seit den 1990er Jahren aus ehemaligen sowjetischen Funktionären, Staatsbediensteten, Geschäftemachern und Kriminellen entstandene Milieu dar, das ihnen ermöglichte, sich Staat und Wirtschaft der Ukraine nicht selten gewaltsam anzueignen. Gleichzeitig findet nach wie vor ein permanenter Kampf um Einfluss zwischen großen und kleineren Oligarchen statt, welche die von ihnen benötigten und gleichzeitig abhängigen Klientelen mit Ämtern, Privilegien und Geld „schmier“ müssen, um ihren ökonomischen wie politischen Einfluss zu sichern.

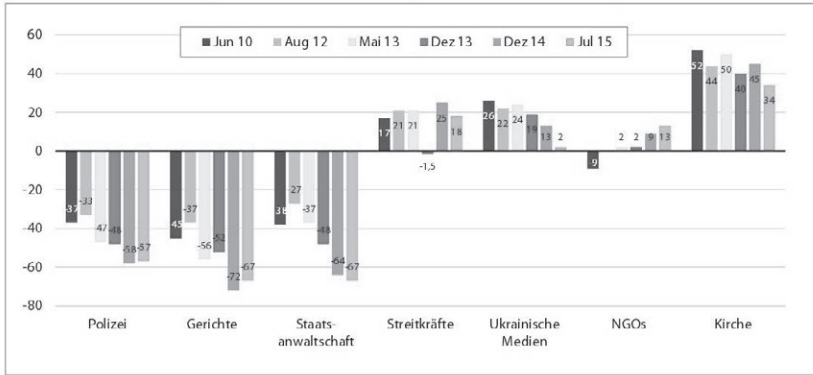
Unerlässlich ist zum Beispiel die Regulierung des Bankensektors, der zum Teil hochgradig kriminell strukturiert ist. So haben eine Reihe von Oligarchen Banken gegründet und sich dadurch selbst enorme Kredite verschafft, um über Holdings und Kapitalgesellschaften Geschäfte zu finanzieren und sich politischen und medialen Einfluss zu sichern. Die beschlossenen und bereits begonnenen Reformen der Kiewer Regierung sollen zu einer Entflechtung des ukrainischen Bankensystems und einem auf Wettbewerb ausgerichteten Finanzwesen führen. Analoges gilt für eine umfassende Neuorganisation und Reform der Polizei, die frei von jeglicher Korruption sein und zum Schutz der Bürger und nicht zu deren Einschüchterung agieren soll. Die Ukraine benötigt zudem eine Justizreform, die zu einem unabhängigen Justizwesen führen muss; bis heute besteht noch immer eine traditionelle Abhängigkeit vom Präsidialamt, auch unter dem jetzigen Präsidenten Poroschenko, der selbst ein Oligarch ist.

Doch das sind nur die wichtigsten Reformen. Immerhin hat sich in der Ukraine eine lebendige Zivilgesellschaft herausgebildet, die den nötigen politischen Druck schafft, um dieses schwierige Reformpaket zu realisieren. Der „latente Krieg“ mit Russland erschwert jedoch die Durchführung dieser Reformen, denn er verschlingt einen großen Teil der Finanzen, welche die Ukraine zum Schutz und zur Sicherung ihres (verbliebenen) Staatsterritoriums benötigt und daher nicht für notwendige strukturelle Investitionen einsetzen kann. Es bleibt deshalb abzuwarten, ob der gegenwärtigen Regierung die unumgängliche Modernisierung unter den bestehenden Umständen gelingt. Die Voraussetzungen dafür stehen allerdings auch in innenpolitischer Hinsicht unter sehr ungünstigen Vorzeichen. Meinungsbefragungen aus den letzten fünf Jahren haben ergeben, dass das Misstrauen gegenüber dem Präsidenten, der Regie-

Wie groß ist Ihr Vertrauen in die folgenden Institutionen? (Vertrauensbalance\*, in %)







\*Differenz zwischen den Antworten »Vertraue [der Institution] völlig«/»Vertraue [der Institution] eher« und »Vertraue [der Institution] gar nicht«/»Vertraue [der Institution] eher nicht«

Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015. <[http://dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/komu-bilshe-dovirjayut-ukrainci--vladi\\_gromadskosti\\_-zmi\\_...htm](http://dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/komu-bilshe-dovirjayut-ukrainci--vladi_gromadskosti_-zmi_...htm)>

rung, dem Parlament und lokalen Regierungen, einschließlich der Polizei, dem Gerichtswesen und der Staatsanwaltschaft nach wie vor stark ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass der umfassende Reformprozess in Richtung auf ein westliches Demokratiemodell mit Rechtsstaat, Medienvielfalt und sozialer Marktwirtschaft letztlich die Spannungen mit Russland erhöht, da gerade diese Form einer tatsächlich demokratischen und rechtsstaatlichen Modernisierung von Moskau strikt abgelehnt wird.

## VI.

Die jüngste Entwicklung im russisch-ukrainischen Dauerkonflikt bestätigt im Wesentlichen die bisherigen Feststellungen.

Tatsache ist und bleibt zunächst, dass Russland durch sein politisches und militärisches Vorgehen in der Ukraine, wie es Bundeskanzlerin Merkel formulierte, „Vertrauen in Europa zerstört hat“, indem es „die Geltung des Rechts und die Unverletzlichkeit der Grenzen durch Worte und Taten in Frage gestellt“ hat (Regierungserklärung vom 7. Juli 2016 vor dem Deutschen Bundestag). Diese Aussage habe auch dann Bestand, so Merkel, wenn man akzeptiere, dass Sicherheit in Europa nur mit, aber nicht gegen Russland hergestellt werden könne.

Immer wieder aufflammende Kämpfe in der Ostukraine belegen zudem, dass Russland an seiner politisch-militärischen Praxis festhält, die Ukraine zu schwächen, um so zu deren permanenter Destabilisierung beizutragen. Das hat dazu

geführt, dass die 28 EU-Mitgliedsstaaten am 21. Juni 2016 in Brüssel einstimmig für die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland um sechs Monate bis Ende Januar 2017 votierten. Der nur zwei Wochen später folgende Gipfel der NATO-Mitglieder in Warschau am 8. und 9. Juli 2016 folgte im Prinzip dieser Linie. Das kam auch darin zum Ausdruck, dass NATO und EU eine gemeinsame Erklärung zur engeren Zusammenarbeit unterzeichneten. Wie EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker feststellte, bedeute eine stärkere EU auch „eine stärkere NATO und eine stärkere NATO eine stärkere EU“.

Beschlossen wurde in Warschau, in den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie in Polen multinationale Bataillone mit jeweils rund 1.000 Soldaten zu stationieren mit der Funktion „militärischer Vorpräsenz“. Wie es NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg formulierte, gehe es mit der Aufstellung dieser quantitativ geringen Truppen nicht um ein militärisches Potenzial als solches, sondern um die Botschaft an Moskau, „dass ein Angriff auf einen Alliierten als Angriff auf die gesamte Allianz betrachtet würde“. In der Tat stellen die insgesamt 4.000 Soldaten keine reale militärische Bedrohung für Russland dar, das an seiner Westgrenze erheblich stärkere Kräfte unterhält. Nicht zuletzt aus leidvoller historischer Erfahrung und aus der Tatsache heraus, dass große russophone Minderheiten – vor allem in Estland und Lettland – in ihren Ländern leben, verspüren die baltischen Staaten ein verstärktes sicherheitspolitisches Bedürfnis gegenüber Russland.

Die Aufstellung dieser multinationalen Einheiten durch die NATO hat in der bundesdeutschen Regierungskoalition divergente Reaktionen und Einschätzungen hervorgerufen. Während das Kanzleramt den in Warschau getroffenen Beschluss nicht kommentierte und dadurch seine volle Zustimmung zum Ausdruck brachte, hatte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier bereits im Vorfeld des Gipfels eine Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes herausgegeben (19. Juni 2016), in der es hieß: „Was wir jetzt allerdings nicht tun sollten, ist durch lautes Säbelrasseln und Kriegsgeheul die Lage weiter anzuheizen. Wer glaubt, mit symbolischen Panzerparaden an der Ostgrenze des Bündnisses mehr Sicherheit zu schaffen, der irrt. Wir sind gut beraten, keine Vorwände für eine neue, alte Konfrontation frei Haus zu liefern.“ In eine ähnliche Richtung ging ein Interview des Russland-Beauftragten der Bundesregierung, Gernot Erler, der konstatierte: „Objektiv darf dabei keine Rüstungsspirale entstehen, die aus den Fugen gerät und die im Grunde genommen einer politischen Rationalität nicht mehr folgt“ (Interview im Deutschlandfunk vom 8. Juli 2016).

Die Äußerungen beider SPD-Politiker, zu denen die von Vize-Kanzler und Bundeswirtschaftsminister Siegmund Gabriel hinzuzufügen wäre, dass eine Aufhebung der Sanktionen ins Auge zu fassen sei, sind nicht nur in den baltischen Staaten und Polen, sondern auch in der Bundesrepublik auf scharfe Kritik gestoßen – und das zu Recht. Denn in Hinsicht auf eine gemeinsame, klare Position der Bundesregierung im russisch-ukrainischen Konflikt sind sie kon-

traproduktiv; zudem wird der Aufstellung von 4.000 NATO-Soldaten ein politisch-militärisches Eskalationspotential beigemessen, das schlicht nicht vorhanden ist. Erler hat nämlich im besagten Interview selbst festgestellt, dass „die Zahlen (tatsächlicher Truppengrößen zwischen dem Westen und Russland; G.H.), zwischen dem, was Russland da bewegt und was der Westen macht, nicht vergleichbar sind“. Auch läuft das permanente Angebot zum Dialog mit Russland, das zweifellos in der Sache richtig ist und im Grunde auch fortwährend praktiziert wird, Gefahr, die eigene (deutsche) Position zu relativieren. Angesichts der weltpolitischen Brisanz des Ukraine-Konflikts sollte die Bundesregierung daher rasch zu einer einheitlichen politisch-diplomatischen Positionierung zurückfinden.

### *VII. Aktuelle Bilanz und mögliche Perspektiven*

- Die geopolitische und geostrategische Lage der Ukraine zwischen dem Westen und Russland wird auch in Zukunft ein ungelöstes sicherheitspolitisches Problem zwischen beiden Seiten – unabhängig von Putin – bleiben, weil jede weitere Anbindung der Ukraine an NATO und EU von Moskau als essentielle Bedrohung der eigenen Sicherheit betrachtet wird.
- Unterstützt wird diese Sicht von einer Mehrheit der russischen Bevölkerung, die aufgrund gezielter und permanenter Desinformation diese Politik mitträgt. Abzuwarten bleibt, inwieweit bei einer Verschlechterung der russischen Wirtschaftslage diese Unterstützung zu erodieren beginnt.
- Die Syrien- und die daraus resultierende Flüchtlingskrise spielen der Moskauer Politik gegenüber der Ukraine zurzeit in die Hände, zumal der russisch-ukrainische Konflikt dadurch gleichsam „camoufliert“ wird, obwohl er nach wie vor virulent ist. Das Vorgehen in Syrien wird überdies von einer breiten Mehrheit der russischen Bevölkerung unterstützt und als Beweis wiedergefundener Stärke Russlands empfunden. Weit verbreitet ist die Anschauung, dass Putins Politik Russland wieder zu einem „world player“ gemacht habe.
- Die militärische Mitwirkung Russlands im Syrien- und Nah-Ost-Konflikt birgt aus Moskauer Sicht die Chance, dass der Westen hierfür einen Preis bezahlt, nämlich die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen.
- Doch für den existenten russisch-ukrainischen Konflikt bleibt entscheidend, dass Russland jederzeit die militärische Aggression gegen die Ukraine wieder aufnehmen kann, um diese zu schwächen – Stichwort „Eskalationsdominanz“. Das würde zwar die Position Moskaus gegenüber dem Westen erneut diskreditieren, aber die von der Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung erwünschte wirtschaftliche und militärische Anbindung an und Integration in den Westen (EU/NATO) verhindern oder zumindest hinauszögern.

# AUFSÄTZE

## Zur Ideengeschichte der Sozialen Marktwirtschaft

Horst Friedrich Wünsche

### *1. Soziale Marktwirtschaft im heutigen Verständnis*

„Soziale Marktwirtschaft“ – die von Ludwig Erhard verwendete Bezeichnung für seine Politik – ist heute ein geläufiger, gelegentlich sogar inflationär verwendeter Begriff, aus dem jedoch Erhards Vorstellungen von freiheitlicher und sozial verpflichteter Politik fast vollständig verdrängt sind. Auch die theoretische Begründung von Sozialer Marktwirtschaft wird in der Regel nicht mehr bei Erhard gesucht. Dieser wird häufig nur noch als Politiker angesehen, der Konzepte von wissenschaftlichen Politikberatern in praktische Politik umgesetzt habe. Eine Rekapitulation der politischen Motive und theoretischen Überzeugungen von Ludwig Erhard erscheint somit nicht nur historisch geboten, sondern auch politisch bedeutsam, zumal jüngste Nachforschungen auf interessante, noch wenig bedachte Aspekte der Erhardschen Politik aufmerksam gemacht haben.

### *60 Jahre Kontinuität?*

In politischen Äußerungen wird nicht selten der Eindruck erweckt, als bestünde in der deutschen Wirtschaftspolitik eine Kontinuität, die bis zu Ludwig Erhard zurückreicht und an der sich die aktuelle Politik orientiere. So erklärt beispielsweise das Bundesministerium für Wirtschaft auf seiner Informationsplattform im Internet: „Die deutsche Wirtschaftspolitik orientiert sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts am Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Es geht zurück auf Ludwig Erhard, der von 1949 bis 1963 der erste Bundeswirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland war.“<sup>1</sup>

Mit dieser Kontinuitätsthese werden grundsätzliche Brüche in der deutschen Wirtschaftspolitik geleugnet und vor allem die Einführung der „Neuen Wirtschaftspolitik“ außer Betracht gelassen, die 1967 – kurz nach Erhards Rücktritt als Bundeskanzler – mit dem „Gesetz zur Sicherung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“<sup>2</sup> erfolgte. Erhard hielt diese neue Politik für unver-

---

1 [www.bmwi.de/DE/Themen/Wirtschaft/soziale-marktwirtschaft](http://www.bmwi.de/DE/Themen/Wirtschaft/soziale-marktwirtschaft) (Abruf 15.02.2016).

2 Gesetz zur Sicherung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabWG) vom 8. Juni 1967.

einbar mit marktwirtschaftlichen Prinzipien, weil mit ihr eine Einschränkung der marktwirtschaftlichen Steuerung durch „Globalsteuerung“ und eine „Konzertierte Aktion“ beabsichtigt war, so dass nicht mehr Angebot und Nachfrage allein, sondern auch Staat und Wirtschaftsverbände über das wünschenswerte Wachstum und den strukturellen Aufbau der Wirtschaft zu entscheiden hätten.<sup>3</sup> Dass Wirtschaftspolitiker nach 1967 dennoch weiterhin von Sozialer Marktwirtschaft sprachen, nannte Erhard einen „Etikettenschwindel“: „Die liberale Epoche nach dem Kriege in Deutschland scheint mir heute abgelöst. Dem wahren Liberalismus war es nur vergönnt, sich hin und wieder in der deutschen Geschichte zu manifestieren. Vielleicht aber müssen wir uns bescheiden, liberale Ideen verwirklichen zu wollen, um den Wert dieses Geistes lebendig zu erhalten und damit die Verirrungen der folgenden Epoche in Grenzen zu halten und sie vor allem dem Menschen erträglich zu machen.“<sup>4</sup>

Erhards Einwände blieben unbeachtet, während sich die Kontinuitätsthese als vermeintlich feststehende Tatsache etabliert hat. Die Folge ist: Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft beschreibt gegenwärtig nicht mehr das, was Erhard unter ihm verstanden hat. Er umfasst nunmehr auch die seit 1967 betriebene Politik, die Erhard für einen Rückfall in staatliche Wirtschaftsförderung und Wirtschaftslenkung hielt, wie sie im 19. Jahrhundert betrieben wurden. Diese Umdeutung verführt zu zahlreichen Fehleinschätzungen:

- Mit der Behauptung, dass in Deutschland durchgängig eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft betrieben worden sei, wird verdrängt, dass Erhards Politik grundsätzlich anders konzipiert war als die Politik, die 1967 eingeführt und an der im Prinzip bis heute festgehalten wurde. Die anfänglich auf die Nachfrageseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung konzentrierte Wirtschaftslenkung erwies sich zwar schnell als unzureichend, vor allem, weil unerwünschte Nebenwirkungen auftraten. Schon zu Beginn der 1970er Jahre wurde vom Scheitern der Globalsteuerung gesprochen, und 1972 trat der einflussreichste Mentor dieser Politik, Karl Schiller, von seinem Amt als Bundesminister für Wirtschaft zurück. Doch in der Folgezeit wurde die Globalsteuerung lediglich auf angebotsorientierte, das heißt auf umsatz- und investitionsfördernde Maßnahmen umgestellt; das grundsätzliche Konzept einer Kombination von Marktwirtschaft und staatlicher Wirtschaftslenkung wurde nicht in Frage gestellt.

3 Die Maßnahmen zur Globalsteuerung sind in §§ 4 bis 25 StabWG ausführlich beschrieben. Die Konzertierte Aktion wird in § 3 StabWG als Institution definiert, die ein „abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände“ im Hinblick auf die Ziele der Globalsteuerung sichern soll.

4 Ludwig Erhard: Lebensordnung im Geiste der europäischen Freiheit. Rede bei der Verleihung des Freiherr-vom-Stein-Preises am 6. November 1974 im Schloss Auel/Wahlscheid an der Sieg. Privatdruck der Freiherr-vom-Stein-Stiftung. Hamburg 1974, S. 25.

- Die Überzeugung, dass sich die Wirtschaftspolitik in Deutschland inhaltlich stets an Erhards Konzeption orientiert habe, schließt aus, dass die Ursachen der Schwierigkeiten und Krisen, die in den vergangenen Jahren aufgetreten sind, in wirtschafts- und sozialpolitischen Eingriffen des Staates gesehen werden, die nicht im Einklang mit Erhards Politik der Sozialen Marktwirtschaft standen.
- In dieser Sicht erscheinen Probleme, die mit den gängigen staatlichen Interventionen nicht lösbar sind, als Herausforderungen, die im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft nicht bewältigt werden können und denen folglich auch Erhard ohnmächtig gegenüber gestanden hätte. Dies macht es leicht, neue, vertiefte oder verschärfte Lenkungsmaßnahmen durchzusetzen, die marktwirtschaftlichen Prinzipien widersprechen.

Die damit entstandene Tendenz zur Ausweitung der staatlichen Wirtschaftslenkung scheint derzeit in eine gefährliche Phase geraten zu sein: Gegenwärtig wird erwo-gen, im Rahmen einer „makroprudenziellen Politik“ Aufsichts- und Kontrollorgane zu schaffen, die Turbulenzen und Krisen verhindern sollen, wie sie das Finanzwesen und die Wirtschaft nach der Jahrtausendwende erschüttert haben.<sup>5</sup> Es ist jedoch kaum zu erwarten, dass mit staatlicher Aufsicht und Kontrolle die Ursachen von Krisen beseitigt werden können, die auf einfallsreiche, nicht vorhersehbare Entscheidungen von Wirtschaftssubjekten zurückzuführen sind, oder dass sich damit Turbulenzen ausschließen lassen, die im komplexen, undurchsichtig verwickelten Wirtschaftsgeschehen entstehen. Zu fürchten ist vielmehr, dass der verständliche Wunsch, unvorhersehbare Entwicklungen zu unterbinden, um auf den Finanzmärkten dauerhaft Sicherheit und Stabilität zu garantieren, dazu führen wird, die neu geschaffenen Kontroll- und Aufsichtsorgane mit immer weiter reichenden Kompetenzen auszustatten, so dass – wie Franz Böhm schon Mitte der 1950er Jahre gewarnt hat – eine nicht mehr kontrollierbare „Kommandogewalt der Exekutive“ entsteht.<sup>6</sup>

### *Die verlorene marktwirtschaftliche Grundorientierung*

Angesichts des inzwischen erreichten Ausmaßes von staatlicher Wirtschaftslenkung und der Tendenz zu ihrer weiteren Ausdehnung erscheint es geboten, den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft wieder auf seine ursprüngliche Bedeutung zurückzuführen und die grundsätzliche Frage zu stellen, ob der Über-

---

5 Vgl. Horst Friedrich Wünsche: Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft: Wissenschaftliche Grundlagen und politische Fehldeutungen. Reinbek 2015, S. 105ff.

6 Vgl. Franz Böhm: Der Rechtsstaat und der soziale Wohlfahrtsstaat, in: Woldemar Koch (Hg.): Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung. Ein Vortragszyklus, veranstaltet von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin. Berlin 1954, S. 96–174, hier 109ff., 162f.

gang von der prinzipiell marktwirtschaftlichen Steuerung, wie sie im Rahmen von Erhards Sozialer Marktwirtschaft stattfand, zur Globalsteuerung nicht in eine gefährliche Sackgasse geführt hat. Dabei geht es weder um Erhard und dessen Reputation noch um die häufig gestellte Frage: „Was würde Erhard heute tun?“, die in der Regel nur darauf hinaus läuft, bestimmte, meist aus interessenpolitischer Sicht erwünschte Maßnahmen zu rechtfertigen. Es geht auch nicht darum, das Maßnahmenbündel zu rekonstruieren, das Erhard einst erfolgreich eingesetzt hat. Es geht in erster Linie um die Revitalisierung der marktwirtschaftlichen Prinzipien, die der Erhardschen Politik zugrunde lagen. Die Unterscheidung von Maßnahmen und Prinzipien ist bei der Erörterung von ordnungspolitischen Fragen außerordentlich wichtig<sup>7</sup>: Politische Maßnahmen können nur erfolgreich sein, wenn sie zeit- und sachgerecht ausgestaltet sind. Das bedeutet, dass es nicht erfolversprechend sein kann, Maßnahmen wiederholen zu wollen, weil sie früher erfolgreich waren. Eine erfolversprechende Politik muss ihre Maßnahmen fortlaufend den jeweils herrschenden Umständen anpassen; zugleich muss sie aber auch uneingeschränkt an den Prinzipien festhalten, die grundsätzliche, also überzeitliche Gültigkeit besitzen.

Erhards Politik war erfolgreich, weil es ihm gelungen ist, an marktwirtschaftlichen Grundsätzen festzuhalten und sie zeit- und sachgerecht in wirkungsvolle politische Maßnahmen zu übersetzen. Der aktuellen Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland fehlt jedoch zur Entwicklung ihrer Maßnahmen eine zureichende marktwirtschaftliche Orientierung, denn sowohl die 1967 eingeführte keynesianische Politik als auch deren angebotsorientierte Fortentwicklung waren keine marktwirtschaftlichen Konzeptionen. Im Gegenteil. Mit ihnen wurde die marktwirtschaftliche Steuerung eingeschränkt und fortgesetzt durch neue staatliche Lenkungsmaßnahmen verdrängt.

In den vergangenen Jahrzehnten hat es in Deutschland nie an programmatischen Ideen und Vorschlägen zur Verbesserung wirtschaftslenkender Maßnahmen gefehlt. Das Defizit der Wirtschaftspolitik lag jedoch im Grundsätzlichen: in der unzureichenden bzw. fehlenden ordnungspolitischen Begründung dieser Maßnahmen und in der damit verbundenen Neigung, politische Absichten und Interventionen pragmatisch zu rechtfertigen und sie – wie es Erhard kritisiert hat – mit „verwerflichem Opportunismus und verderblichem Konformismus“ durchzusetzen.<sup>8</sup>

---

7 In der Terminologie von Walter Eucken geht es hierbei um die Unterscheidung zwischen „Prinzipien“ und ihrer Anwendung in „historischen Momenten“. Vgl. Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen/Zürich 1968, S. 250ff.

8 Ludwig Erhard: Präambel zur Satzung der Ludwig-Erhard-Stiftung. Bonn 1967.

*Leichtfertige Zweifel an der Wirksamkeit der Sozialen Marktwirtschaft*

Erhard hat die Kernpunkte seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik in vielen Reden vorgetragen und erläutert und sie in zahlreichen Aufsätzen beschrieben. Er hat während seiner Amtszeit als Bundesminister für Wirtschaft und als Bundeskanzler fortlaufend betont, dass es bei seiner Politik nicht vorrangig um materiellen Wohlstand gehe, sondern dass er in erster Linie die individuelle Freiheit und die persönliche Autonomie jedes Einzelnen sichern wolle, aus der selbstgeschaffener „Wohlstand für alle“ entstehe. Er habe dementsprechend vorwiegend darauf zu achten, dass staatliche Interventionen, Regulierungen und bürokratische Gängeleien unterbleiben und sich der Staat nicht anmaße, die Wirtschaft besser lenken zu können, als es die Wirtschaftenden selbst zu tun vermögen. Als Hauptziele seiner Wirtschaftspolitik hat er demzufolge nicht Wirtschaftswachstum, sondern Vollbeschäftigung, leistungsgerechte Entlohnung, Preisstabilität und verschuldungsfreie öffentliche Haushalte genannt, und in seinen sozialpolitischen Vorstellungen hat er nicht den durch Wirtschaftswachstum vergrößerten Umfang staatlicher Sozialleistungen, sondern die größeren Möglichkeiten und die Vorzüge der Selbstvorsorge hervorgehoben.

Für Erhards Hörer und Leser scheinen diese Darlegungen in den 1950er Jahren zunehmend weniger interessant geworden zu sein. Ihre Sorge war damals, dass nach der Befriedigung des kriegsbedingten Nachholbedarfs, der Beseitigung von Trümmern und dem Wiederaufbau der Fabriken das „deutsche Wirtschaftswunder“ beendet sein könnte. Man fürchtete, dass die Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts einbrechen, die Produktion gedrosselt und Betriebe geschlossen werden müssten, so dass Massenarbeitslosigkeit entstünde.

Wirtschaftswissenschaftler warnten eindringlich vor einer solchen Nachkriegskrise. Sie verwiesen auf die Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg, insbesondere auf die im Juli 1922 ausgebrochene Hyperinflation und auf die zehn Jahre nach Kriegsende eingetretene Weltwirtschaftskrise. Sie erinnerten damit an traumatische Erlebnisse und empfahlen Erhard dringend, seine auf Selbststeuerung ausgerichtete marktwirtschaftliche Politik aufzugeben und Vorbereitungen für die Durchführung einer keynesianischen Wirtschaftssteuerung zu treffen. Politiker griffen diese Forderung auf. So brachte die FDP 1955 einen Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag ein, der die Bildung eines speziellen wissenschaftlichen Konjunkturbeirates beim Bundesministerium für Wirtschaft vorsah. Am 6. Juni 1956 legte die SPD den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des stetigen Wachstums der Gesamtwirtschaft vor. Sie wollte die Bundesregierung gesetzlich zur keynesianischen Wirtschaftssteuerung verpflichten, damit „stetiges Wachstum des Sozialproduktes erreicht wird“ und „konjunkturelle Störungen des Wirtschaftsablaufes möglichst vermieden werden“.



Für vom Keynesianismus faszinierte Politiker und Politikberater, aber auch für die Bevölkerung war es irritierend und enttäuschend, dass Erhard die Warnungen vor einer angeblich bevorstehenden schweren Krise nicht ernst nahm und das keynesianische Konzept, das die dauerhafte Stabilisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten auf hohem Niveau zu versprechen schien, schroff zurückwies. Inzwischen weiß man, dass es besser gewesen wäre, Erhards Skepsis ernst zu nehmen und ihre Gründe zu verstehen: Die Staatsschuldenkrise nach der Jahrtausendwende hat deutlich gezeigt, dass hohe Staatsschulden das Wirtschaftsgeschehen umfassend und nachhaltig stören können. Leider wurde noch nicht vermerkt, dass sich eine Staatsschuldenkrise in verlässlicher Weise nur durch strikte Einschränkung der staatlichen Kreditaufnahme vermeiden lässt. Folglich wurde auch noch nicht konstatiert, dass die Kumulation von Staatsschulden in Deutschland erst 1967 begann, nämlich mit dem keynesianischen „deficit spending“, das heißt mit der Einführung der kreditgestützten Konjunktur- und Wachstumspolitik. Bis dahin galt der jährliche Ausgleich der regulären öffentlichen Haushalte bzw. die Anpassung der Staatsausgaben an das laufende Steueraufkommen als unantastbares Prinzip der Finanzpolitik. Erst im Zuge der Verabschiedung des StabWG wurde dieses im Grundgesetz verankerte Gebot aufgehoben.<sup>9</sup>

Aus heutigen Erkenntnissen heraus müsste Erhard für die Weitsicht und Entschlossenheit gelobt werden, mit der er von seinem Amt als Bundeskanzler zurücktrat, als ihm klar wurde, dass er den verhängnisvollen Weg in den Schuldenstaat nicht blockieren konnte. Damals wurde über seine Unbeugsamkeit, seinen Starrsinn und seine bissigen Kommentare zur „Neuen Wirtschaftspolitik“ jedoch gespottet.<sup>10</sup> Auch an Erhards wissenschaftlicher Kompetenz wurde gezweifelt. Man vermutete, dass er den Stand der modernen ökonomischen Forschung nicht kenne und fragte sich, ob denn das „deutsche Wirtschaftswunder“ wirklich so, wie es Erhard beschrieb, durch „eine wohlbedachte Politik“ bewirkt worden sei. Es erschienen Schriften, die auf günstige Umstände verwiesen und den unerwartet zügigen Wiederaufbau in Westdeutschland als einen nach Kriegen automatisch einsetzenden Rekonstruktionsprozess schildern

---

9 Mit dem Fünfzehnten Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 8. Juni 1967 wurde in Artikel 109 GG eingefügt: „Bund und Länder haben bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen.“ Zur Abwehr von Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts wurde die „Aufnahme von Krediten durch Gebietskörperschaften und Zweckverbände“ ermöglicht.

10 „Wir können nicht zurück zu Opas Marktwirtschaft. Opas Marktwirtschaft ist tot“, sagte beispielsweise Otto Schlecht, der nach Erhards Rücktritt die Leitung der Abteilung Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft übernommen hatte und 1973 zum Staatssekretär ernannt wurde. Vgl. Schlecht: Erfahrungen und Lehren aus dem jüngsten Konjunkturzyklus. Tübingen 1972, S. 66.

ten<sup>11</sup> oder mit Sachverhalten erklärten, die Erhard nicht beeinflusst haben konnte<sup>12</sup>.

Derartige Erörterungen haben dem legendären Ruf von Erhard sehr geschadet. Schlimmer war jedoch, dass die Debatte um die Inhalte und die Leistungskraft der Sozialen Marktwirtschaft nicht zu Ende geführt wurde, sondern in einer Kompromissformel verebbte, bei der Erhard als „Vater des Wirtschaftswunders“ gerühmt, ihm aber jede Leistung als Wissenschaftler aberkannt wurde. Seit den 1980er Jahren ist diese Formel in vielen historischen Darstellungen in ähnlicher Weise zu lesen wie bei Wolfgang Benz: „Ein Theoretiker war Erhard auf keinen Fall, und er hat auch später, als er als ‚Vater des Wirtschaftswunders‘ populär und legendär war wie kein zweiter Nachkriegspolitiker in Deutschland, zwar immer auf den schmückenden Professorenhabitus geachtet, aber nie einen theoretischen Beitrag zur Wirtschaftspolitik geleistet. Seine Leistung bestand vielmehr darin, dass er die Quintessenz der Lehrmeinungen der neoliberalen Richtung in der Praxis durchsetzte. Erhards Verdienst war es, die Theorien und Konzepte, die (...) von Walter Eucken und Gelehrten wie Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und Alfred Müller-Armack ausgestaltet wurden, in die Tat umzusetzen.“<sup>13</sup>

### *Die Zuordnung der Sozialen Marktwirtschaft zum Neoliberalismus*

Die Behauptung, dass Erhard kein Theoretiker gewesen sei, dass er keine eigene Theorie der Sozialen Marktwirtschaft entwickelt, sondern seine Politik an neoliberalen Politikempfehlungen orientiert habe,<sup>14</sup> hat sich durchgesetzt, obwohl es theoretische Gründe waren, die Erhard zur Ablehnung der angeblich so viel versprechenden keynesianischen Politik und der mit ihr verbundenen staatlichen Wirtschaftslenkung und Staatsverschuldung veranlasst haben. Zudem haben die Erfahrungen mit der keynesianischen Politik gezeigt, dass Erhard mit seiner negativen Beurteilung richtig lag. Die damals aufgekommenen Zweifel an Erhards wissenschaftlicher Kompetenz waren aber nicht nur unbe-

---

11 So Werner Abelshauer: *Wirtschaft in Westdeutschland. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*. Stuttgart 1975.

12 Vgl. etwa Egon Tuchtfeldt: *Soziale Marktwirtschaft und Globalsteuerung* (zuerst erschienen 1973), in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hg.): *Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft*. Band 1: Zeugnisse aus zweihundert Jahren ordnungspolitischer Diskussion. Stuttgart/New York 1981, S. 83–104, hier 87f.

13 Wolfgang Benz: *Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik, Stationen einer Staatsgründung 1946–1949*. Frankfurt am Main 1985, S. 125.

14 Neben den von Wolfgang Benz Genannten werden häufig auch Franz Böhm, Constantin von Dietze, der 1944 gefallene Hans Großmann-Doerth, Friedrich A. von Hayek und dessen Mentor Ludwig von Mises sowie Adolf Lampe und Leonhard Miksch als wissenschaftliche Berater Erhards erwähnt.

gründet.<sup>15</sup> Sie waren auch in sich widersprüchlich und schon deshalb nicht haltbar.

Benz spricht in der oben zitierten Passage zurecht von unterschiedlichen neoliberalen Lehrmeinungen: Die Neoliberalen der Gründergeneration waren sich bewusst, dass ihr Kreis lediglich durch ein locker geknüpftes, abstraktes Bekenntnis zur Wirtschaftsfreiheit zusammengehalten wurde und dass in konkreten Fragen zwischen ihnen ein breites Spektrum unterschiedlicher und gegensätzlicher Meinungen bestand.<sup>16</sup> Aus dieser Tatsache folgt: Erhard hätte allein schon deshalb Theoretiker sein, ja sogar über ein hohes Maß wissenschaftlicher Kompetenz verfügen müssen, um „die Quintessenz“ der unterschiedlichen neoliberalen Lehrmeinungen überhaupt ermitteln und in die Praxis umsetzen zu können. Nicht einmal die Neoliberalen selbst haben es vermocht, die unter ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu klären und eine einheitliche neoliberale Politikkonzeption zu vertreten.<sup>17</sup>

Auch im Hinblick auf Erhards Politik herrschten unter den Neoliberalen unterschiedliche Meinungen: Einige hielten Erhards Soziale Marktwirtschaft für ein sozialistisch eingefärbtes Konzept und ein Einfallstor für Kollektivismus und Planwirtschaft.<sup>18</sup> Für andere war es ein politisches Schlagwort mit schillernd wechselnden Inhalten, das sich jeder wissenschaftlichen Analyse entzieht.<sup>19</sup> Einige haben Erhards Politik positiv beurteilt, ihr Urteil aber später

---

15 Auch die jüngst von Julian Dörr vertretene Ansicht, dass Erhard nicht als Wissenschaftler in Betracht zu ziehen sei, weil Erhards Vita „keine typische Gelehrtenlaufbahn aufweist“ und bei ihm „zu keiner Zeit die klassischen institutionellen Bedingungen für eine umfangreiche Forschungstätigkeit vorlagen, wie sie etwa Walter Eucken oder Alexander Rüstow als Lehrstuhlinhaber für viele Jahre hatten“, kann nicht akzeptiert werden, denn entscheidend für eine wissenschaftliche Leistung ist nicht die Teilnahme am etablierten akademischen Leben, sondern das Ergebnis von Denkbemühungen. Vgl. Dörr: Der verkannte Ludwig Erhard? In: *Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 66 (2015), S. 303–310, hier 304.

16 Das wurde besonders deutlich bei der Gründung der „Mont Pèlerin Gesellschaft“ 1947. Angesichts der dort geführten kontroversen Debatten spricht Hans Jörg Hennecke von einer „Ansammlung von liberalen Individualisten“ und von einem Meinungsspektrum, „das weitaus heterogener war, als man denken mag“. Vgl. Hennecke: Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit. Düsseldorf 2000, S. 224.

17 Aufgrund des bestehenden breiten Meinungsspektrums hat Karl Popper vorgeschlagen, die „Mont Pèlerin Gesellschaft“ als „Allianz von Liberalen und Sozialisten“, zumindest aber als einen „ideologisch unverbindlichen Debattierclub“ zu gründen, der die Teilnahme von Sozialisten oder dem Sozialismus nahe stehenden Persönlichkeiten ermöglicht. Ebd., S. 223f.

18 Diese Ansicht stützt sich in der Regel auf Ludwig von Mises, der die „sozialpolitischen Bekenntnisse aller jener kirchlich gesinnten oder konservativen Kreise, die sich nicht dem christlichen Sozialismus oder dem Staatssozialismus angeschlossen haben,“ zu „pseudosozialistischen Gebilden“ gerechnet hat. Vgl. Mises: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. Jena 1932, S. 234.

19 Vgl. Friedrich A. von Hayek: Was ist und was heißt „sozial“? In: Albert Hunold: Masse und Demokratie. Erlenbach-Zürich 1957, S. 71–84, hier 72, sowie ders., Wissenschaft und Sozialismus. Freiburg 1979, S. 16.

revidiert.<sup>20</sup> Andere haben lediglich einzelne, willkürlich ausgewählte Aspekte der Erhardschen Politik betrachtet und auf Parallelen zu ihren Ansichten verwiesen. Erhard hatte Vollbeschäftigung, Stabilität, Wohlstand für alle und soziale Zufriedenheit herbeigeführt. Kein Neoliberaler aus dem Gründerkreis wollte sich von dieser so erfolgreichen Politik distanzieren. Aber keiner sah in ihr eine Politik, die mit seiner Lehrmeinung perfekt übereinstimmt.

Die Neigung, Erhards Soziale Marktwirtschaft pauschal dem deutschen Neoliberalismus zuzuordnen, ist erst in den jüngeren Generationen der Neoliberalen entstanden. Aber auch hier ist eine Spaltung deutlich erkennbar. So halten die nachgewachsenen Vertreter der Freiburger Schule, vor allem die am Walter-Eucken-Institut in Freiburg Beschäftigten, Eucken und seine Schüler für die Vordenker von Erhards erfolgreicher Politik, während die Schüler von Alfred Müller-Armack, die an diversen Lehrstühlen, unter anderem in Köln, Tübingen und Jena tätig sind und in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft tonangebend wirken, diese Ehre ihrem Mentor zuschreiben.

Angesichts dieser Divergenzen kann es nicht richtig sein, dass Erhards Soziale Marktwirtschaft die „Quintessenz der Lehrmeinungen der neoliberalen Richtung“ darstellt. Unbestreitbar ist lediglich, dass die angesprochenen Neoliberalen in allgemeinen Grundsätzen übereinstimmen, und insofern kann auch Erhard zur Gruppe dieser Neoliberalen gerechnet werden. Das heißt dann aber, dass auch Erhard – wie alle Neoliberalen – im Konkreten eigene politische Vorstellungen vertreten hat. Sie zu untersuchen, ist besonders interessant, weil Erhard – und das im Gegensatz zu den anderen Neoliberalen – seine politischen Vorstellungen mit beispiellosem praktischem Erfolg durchgesetzt hat.

Um Erhards eigene politische Ansichten erkennen zu können, muss jedoch das Vorurteil beseitigt werden, das gegenwärtig den Blick auf seine politischen Motive und Überzeugungen versperrt bzw. auf ihm fremde Vorstellungen umlenkt.

## 2. *Die Fehlinterpretation: Soziale Marktwirtschaft als neoliberales Konzept*

Im Folgenden wird überprüft, welche Bedeutung die neoliberalen Politiküberlegungen für Erhards Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft hatten. Die Untersuchung besteht aus zwei Abschnitten:

---

20 Wilhelm Röpke hatte 1950 zur Frage „Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?“ ein Gutachten geschrieben, in dem er Erhards Politik uneingeschränkt befürwortet und sie als „Experimentalbeweis für die Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Wirtschaftsprinzips“ bezeichnet hat. Vgl. Röpke: *Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Analyse und Kritik*. Stuttgart/Köln 1950, S. 18. Zehn Jahre später verwarf er dieses Urteil. Vgl. ders.: *Die Laufbahn der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Franz Greiß/Fritz W. Meyer: *Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur*. Berlin 1961, S. 3–9, hier 8.

- Im ersten Abschnitt werden die gängigen Behauptungen über die Einflussnahme der ordoliberalen Wissenschaftler der „Freiburger Schule“<sup>21</sup> auf Erhards Politik mit Daten und Fakten konfrontiert und abgeschätzt, ob diese Beeinflussung tatsächlich stattgefunden hat bzw. ob sie wirkungsvoll war.
- Im zweiten Abschnitt werden die Ausgangspunkte und Grundzüge der politischen Vorstellungen der namhaftesten neoliberalen Wissenschaftler betrachtet.<sup>22</sup> Das Ergebnis dieser Darstellung – die Beschreibung von politischen Maßnahmen, die dem jeweils betrachteten Neoliberalen besonders wichtig schienen – offenbart viele weitsichtige und bedenkenswerte Vorschläge zur Ausgestaltung der praktischen Politik, aber keine in sich geschlossene politische Konzeption.

Nach einer knappen Zusammenfassung der in diesen beiden Abschnitten gefundenen Ergebnisse werden im abschließenden Kapitel einige neu entdeckte Kernpunkte von Erhards Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft aufgelistet und erläutert.

Methodologisch orientiert sich die nachfolgende Darstellung an den Grundsätzen, die vor allem Quentin Skinner in der „Cambridge School der politischen Ideengeschichte“ entwickelt hat.<sup>23</sup> Hiernach ist streng darauf zu achten, dass es bei Textinterpretationen nicht Vorurteile und Erwartungen zu begründen oder zu belegen gilt, sondern dass Absichten und Motive verstanden werden sollen. Demzufolge dürfen Argumente nicht aus Halbsätzen oder passenden Zitaten zusammengeschnürt, kohärent ergänzt oder mit Interpretationen aus der Sekundärliteratur begründet werden. Vor allem aber sollte vermieden werden, politische Stellungnahmen und Überlegungen allein deshalb als irrelevant anzusehen, weil sie dem Zeitgeist oder herrschenden Moden widersprechen.

---

21 Dabei geht es in erster Linie um die Einflussnahme, die angeblich Walter Eucken, Adolf Lampe und Leonhard Miksch – direkt oder über den Wissenschaftlichen Beirat bei der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes – auf die Gestaltung der Erhardschen Wirtschaftsreform 1948 ausgeübt haben.

22 Zu dieser Gruppe zählen neben Walter Eucken Franz Böhm, Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow.

23 Vgl. Quentin Skinner: Bedeutung und Verstehen in der Ideengeschichte, in: Martin Mulsow/Andreas Mahler (Hg.): Die Cambridge School der politischen Ideengeschichte. Berlin 2010, S. 21–87.

## 2.1 Die angebliche Beeinflussung von Erhards Wirtschaftsreform 1948

### *Das währungspolitische Gutachten der Freiburger Schule von 1947*

Es wird oft gemutmaßt, dass Erhards legendäre Liberalisierungen im Juni 1948 – die Freigabe von Preisen und die Aufhebung von Bewirtschaftungen – maßgeblich durch die Freiburger Schule beeinflusst worden seien. In dieser Überzeugung hat beispielsweise Christine Blumenberg-Lampe 1986 ihre Edition der Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath unter dem Titel „Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft“ herausgebracht.<sup>24</sup>

Behauptet wird damit, die Freiburger Schule – das heißt in diesem Fall: die Freiburger Gruppe der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath<sup>25</sup> – habe im August 1947 ein Gutachten zur Währungsreform erstellt<sup>26</sup>, das im September der Tagung volkswirtschaftlicher Hochschullehrer in Rothenburg ob der Tauber vorgelegt und anschließend Erhard als dem Leiter der deutschen Expertenkommission zur Vorbereitung der Währungsreform übergeben worden sei.

An dieser Schilderung ist unstrittig, dass ein Mitglied der Freiburger Gruppe, Adolf Lampe, der Rothenburger Tagung Diskussionsmaterial übergeben hat,<sup>27</sup> das in Freiburg erörtert worden war. Lampes Materialien wurden auf der

---

24 Vgl. Christine Blumenberg-Lampe: *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft*. Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943–1947. Stuttgart 1986.

25 Die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath war im März 1943 gegründet worden, um die Diskussionen fortzuführen, die in der „Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre“ der „Akademie für Deutsches Recht“ seit 1941 geführt worden waren. Die Akademie war zum 1. März 1943 als nicht kriegswichtig geschlossen worden. Vgl. Blumenberg-Lampe: *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft*, S. 10. Der Freiburger Gruppe der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath gehörten die Freiburger Professoren Constantin von Dietze, Walter Eucken und Adolf Lampe an.

26 Die Freiburger Gruppe der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath hatte schon im Juli und September 1944 Fragen der Währungsreform erörtert. Die Diskussionsgrundlagen hierfür hatte Adolf Lampe erstellt. Vgl. Dok. 42, 44, 45 bei Blumenberg-Lampe: *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft*. Lampe hat auch die Gutachten verfasst, die im August 1945 der amerikanischen Militärregierung („Währungssanierung durch Kaufkraftabschöpfung mit anschließender Geldumlaufauffüllung“, Dok. 46, ebd.) und im Januar 1946 der Französischen Militärregierung übergeben wurden („Währungsordnung = Wirtschaftsordnung“ sowie „Währungsordnung und Wirtschaftsordnung“, beide mit Absender „Comité d'Etudes Economiques“, Dok. 47, 48, ebd.).

27 Adolf Lampe hat den Teilnehmern der Rothenburger Tagung zunächst drei Texte übersandt: „Entscheidung für vorgeifende und abschließende Währungssanierung“ (Material 1), „Zur Problematik der deutschen Währungssanierung“ (Material 2) und „Kurzfassung der Anregungen für ein Gutachten zur vorgeifenden Währungssanierung“ (Material 3). Nachgereicht hat er Material 4: „Allgemeine Bemerkungen“ und Material 5: „Einige Thesen zum Problem der Währungssanierung“. Diese fünf Texte sind als Dok. 49–53 abgedruckt bei Blumenberg-Lampe: *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft*. Material 2 ist als „Lampe-Plan“ mit dem Titel „Zur Problematik der deutschen Währungssanierung. Anregungen für ein Gutachten zur vorgeifenden Währungssanierung“ abgedruckt bei Hans

Rothenburger Tagung jedoch kontrovers diskutiert und nicht verabschiedet. Erst zum Jahresende 1947 gelang es Lampe, für eine von Gerhard Albrecht<sup>28</sup> angefertigte thesenhafte Zusammenfassung seiner Papiere die Unterschriften von 48 Hochschullehrern zu sammeln und den Text Erhard zu senden.<sup>29</sup>

Erhard war über die disparaten Diskussionen auf der Rothenburger Tagung schon von Heinz Saueremann, seinem Sekretär bei der „Sonderstelle Geld- und Kredit“, unterrichtet worden. Er wusste also, dass der „Lampe-Plan“ unter den Hochschullehrern umstritten war. Zudem gehörte Lampes Ausarbeitung zu den fast 250 Gutachten und Plänen, die vor der Währungsreform kursierten.<sup>30</sup> Auch Erhard selbst hatte an der Erstellung eines solchen Gutachtens mitgewirkt und es bereits im Juli 1945 der amerikanischen Militärverwaltung in Frankfurt am Main persönlich übergeben.<sup>31</sup>

Für die Einschätzung der Bedeutung von Lampes Gutachten für Erhard ist besonders wichtig, dass dieser im Januar 1948, also in den Tagen, in denen ihm das Lampe-Albrecht-Papier zugestellt wurde, das vorläufige Beratungsergebnis der „Sonderstelle Geld und Kredit“, den „Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Homburger Plan)“, der bizonalen Kontrollstelle der Alliierten übergeben hat. Dieser „Homburger Plan“ war schon im November 1947 weitgehend fertiggestellt. Die Freiburger Ausarbeitung konnte also schon rein chronologisch gesehen die Diskussion des „Homburger Plans“, in den Erhards Reformvorstellungen eingegangen waren, nicht beeinflussen.

Zu vermerken ist ferner: Während Erhards Reformansichten im Homburger Plan abschließend beschrieben werden, weist Lampe in einer Vorbemerkung zu dem Papier, das er Erhard zugestellt hat, auf „vergleichsweise untergeordnete Meinungsverschiedenheiten“ unter den Unterzeichneten und auf diverse Sachverhalte hin, die noch „der Klärung durch sorgfältige Gutachterarbeit be-

---

Möller: Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark: Die Währungsreformpläne 1945–1948. Basel/Tübingen 1961, S. 349–372.

28 Gerhard Albrecht war von 1948 bis 1954 Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik, dessen Wiedergründung er auf der Rothenburger Tagung vorschlug und die dort beschlossen wurde.

29 Vgl. „Sanierung der deutschen Wirtschaft. Grundsätze eines wirtschaftspolitischen Sofortprogrammes“, abgedruckt als Dok. 54 bei Blumenberg-Lampe: Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft.

30 Bei dieser Zahl handelt es sich um 218 nachgewiesene und im Wortlaut festgestellte sowie um 24 nicht aufgefundene, aber in ihrer Existenz nachgewiesene Währungsreformpläne. Vgl. Möller: Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark, S. 6.

31 Es handelt sich dabei um den „Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des deutschen Geldwesens“, den die von Adolf Weber gegründete „Volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Bayern“ (AGFB) am 13. Juli 1945 vorgelegt hat. Der AGFB-Entwurf ist abgedruckt bei Möller: Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark, S. 407–419. Er war Grundlage für den von Münchener Gewerkschaften im September 1945 vorgelegten Plan G. Vgl. ebd., S. 46–57.

dürfen“. Nicht von ungefähr wurde der „Lampe-Plan“ bei Möller mit dem Untertitel „Anregungen für ein Gutachten“ abgedruckt.<sup>32</sup>

*Walter Euckens Auftritt bei der „Sonderstelle Geld und Kredit“*

Nachdem Erhard 1944 seine im Auftrag der Reichsgruppe Industrie angefertigte Studie „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“ vorgelegt hatte,<sup>33</sup> galt er als Experte für geld- und währungspolitische Fragen. Dieser Umstand war ausschlaggebend dafür, dass Erhard 1945 zur Ausarbeitung des oben erwähnten AGFB-Entwurfs herangezogen wurde, der von den Gewerkschaften als „Plan G“ übernommen wurde, und für seine Berufung zum Leiter der „Sonderstelle Geld und Kredit“ im September 1947.<sup>34</sup> In diesem Zusammenhang wird gelegentlich behauptet, Erhard habe Eucken als Gutachter zu den Beratungen der „Sonderstelle Geld und Kredit“ beigezogen.

Tatsache ist, dass Eucken auf Einladung von Erhard am 6. November 1947 an einer der 53 Sitzungen der „Sonderstelle Geld und Kredit“ in Bad Homburg teilnahm. Zu dieser Anhörung waren neben Eucken drei andere wissenschaftliche Sachverständige geladen worden, nämlich die Professoren Adolf Weber, Fritz Terhalle und Wilhelm Gerloff.<sup>35</sup>

Aus dem stenographischen Bericht über diese Sitzung geht hervor, dass Eucken bei dieser Gelegenheit nicht versucht hat, Erhards währungs- oder ordnungspolitische Vorstellungen in einer bestimmten Richtung zu beeinflussen. Man erörterte vor allem Einzelfragen und stritt sich hierüber teilweise heftig. Zu grundsätzlichen Fragen äußerte sich Eucken erst zum Schluss der Anhörung und das nur knapp.

Das Protokoll vermerkt, dass Erhard den geladenen Professoren zunächst die Überlegungen vorstellte, die in der „Sonderstelle“ im Hinblick auf die Währungsreform und den Lastenausgleich angestellt wurden und die damals schon weitgehend in einem Gesetzentwurf, dem späteren „Homburger Plan“,

32 Vgl. ebd., S. 349.

33 Vgl. Ludwig Erhard: Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung, Denkschrift von 1943/44. Veröffentlicht als Faksimiledruck durch die Ludwig-Erhard-Stiftung. Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1977.

34 Der Ende Mai 1947 neu geschaffene Frankfurter Wirtschaftsrat hatte am 23. Juli 1947 beschlossen, „in organisatorischer Anlehnung an die Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes eine besondere Stelle zur Leistung von Vorarbeiten hinsichtlich Währungsreform, Finanzreform, Besitz- und Lastenausgleich sowie für daraus resultierende Veränderungen im Bereich der Haushalts- und Kreditpolitik“ einzurichten. Erhard war am 30. September 1947 zum Leiter dieser „Sonderstelle Geld und Kredit“ berufen worden. Vgl. Protokoll der 47. Sitzung des Exekutivrates in Frankfurt am Main am 30. September 1947, in: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. Hg. vom Bundesarchiv. Band 3: Juni bis Dezember 1947. München 1982, S. 535f.

35 Erhard begegnete Eucken an diesem Tag zum ersten und einzigen Mal persönlich. Eucken verstarb am 20. März 1950.



paraphrasiert waren. Offensichtlich war Erhard besonders daran gelegen, mit den Wissenschaftlern den Zeitpunkt zu erörtern, zu dem die Preise freigegeben und die Bewirtschaftung aufgehoben werden sollte. Erhard fragte – und er fragte so, dass man fast schon wissen konnte, welche Antwort er zu erhalten wünschte: „Wenn wir morgen in die Lage versetzt sein sollten, zu sagen: ‚Jetzt bleibt nur noch die Währungsreform übrig‘ ... Ich wollte gewissermaßen von Ihnen hören, dass auch Sie der Meinung sind, dass man es wagen müsste, auch wenn die materiellen Voraussetzungen denkbar schlecht wären.“<sup>36</sup>

Eucken antwortet darauf als erster, prompt und eindeutig: „Diesem stimme ich vollkommen zu. Ich würde so sagen: Der Zeitpunkt ist sofort. Vor einem Jahr hätte ich dies noch nicht gesagt. Damals hätte ich es vielleicht von gewissen Voraussetzungen abhängig gemacht (...).“

Zur Begründung seiner Ansicht führte Eucken aus: Der Sinn der Währungsreform sei, „dass wir wieder richtige Preisrelationen bekommen“. Offensichtlich war Erhard mit dieser Antwort nicht zufrieden. Er fühlte sich missverstanden und stellte fest: „Es ist in diesem Kreis selbstverständlich völlig klar, dass wir nicht so lange warten können, bis etwa die Ware wieder im Schaufenster liegt (...). Dass die Währungsreform so durchgeführt werden muss, dass sich freie Preise bilden können, darüber sind wir uns einig (...). Aber durch die Politik der freien Wirtschaft könnten sich dann Verhältnisse ergeben, die sozialwirtschaftlich beängstigend sind, wo im Zweifelsfall die Frage auftaucht: Kann man die Dinge wirklich schon so loslassen, wie man es wünscht? So viel eine Währungsreform auch Klarheit schaffen mag: Ob sie sofort die von uns erstrebte Klarheit schaffen wird, das möchte ich weiter zur Diskussion stellen.“<sup>37</sup>

Dem Protokoll zufolge hat Eucken an der von Erhard gewünschten Diskussion nicht teilgenommen. Er hat in die Debatte erst später mit dem Gedanken eingegriffen, statt der beabsichtigten Währungsreform eine Dollar-Währung einzuführen und eine amerikanisch-deutsche Währungsunion zu gründen, „bei der man nicht in allen Punkten verpflichtet wäre, die amerikanische Wirtschaftspolitik zu machen“.<sup>38</sup> In einer solchen Union ließe sich die Kaufkraft des Geldes durch die Bestimmung des Dollar-Kurses relativ leicht regulieren und überschüssige Geldmengen abschöpfen.

---

36 Vgl. Stenographischer Bericht über die Sitzung vom 6. November 1947 der „Sonderstelle Geld und Kredit“ in Bad Homburg (35 Seiten plus 4 Seiten Ergänzung), in: Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung, NE 2A, Blatt 103. Erhards Fragestellung zeigt, dass es für ihn klar war, dass in Verbindung mit der Währungsreform auch eine Wirtschaftsreform mit Preisfreigaben und der Aufhebung von Bewirtschaftungsvorschriften durchgeführt werden muss.

37 Ebd., Blatt 106.

38 Ebd., Blatt 113.

Dieser Vorschlag wurde von Erhard, aber auch von Heinz Sauermann, Fritz Terhalle und Adolf Weber zurückgewiesen. Eucken sah sich daraufhin veranlasst, einige grundsätzliche Bemerkungen vorzutragen. Er meinte, dass der Diskussion „eine große Differenz“ zugrunde liege. Man versuche die grundsätzliche Frage „Zentral gelenkte oder liberale Wirtschaft“ beiseite zu schieben und nach dem Motto zu argumentieren: „Wir stehen in einer Notlage, und da wird einfach das getan, was zur Rettung erforderlich ist.“ So habe man gefragt: „Was machen wir mit der Währungsreform? – Wenn wir sie hastig durchführen, verschlimmern wir die Situation. Wir brauchen ja auf vielen Gebieten noch die zentrale Lenkung. Im Übrigen sind die politischen Voraussetzungen gar nicht gegeben. Also: Vorsicht!“ Verkannt werde dabei, dass er gar keinen liberalen Standpunkt, sondern „den Gedanken der Wettbewerbsordnung“ vertrete. Er wolle „eine anständige Lenkung: eine ordentliche Lenkung, die eine wirklich organische Wirtschaft ermöglicht.“ Zudem – und damit zielte er wohl auf die von Erhard angedeutete Furcht vor einer „sozialwirtschaftlich beängstigenden Entwicklung“ – sei die Währungsreform als solche schon „sozial“, denn: „Wir haben ja das unsozialste System, was es gibt, denn wer arbeitet, bekommt Geld, womit er nichts anfangen kann.“ Erst durch die Währungsreform werde „die große soziale Basis für die richtige Verteilung des Produkts gegeben“.<sup>39</sup>

Interessant ist, dass Günter Keiser Euckens Darlegungen recht polemisch zurückwies,<sup>40</sup> während Erhard Eucken erklärte, dass „die Meinungen von Herrn Dr. Keiser selbstverständlich keine feststehende Ansicht der Sonderstelle sind“<sup>41</sup>. Aus dieser Einrede lässt sich erkennen, dass Erhard die Darlegungen von Eucken ernst genommen hat. Allerdings lässt sich daraus nicht schließen, dass diese Erhards Wirtschaftsreformpläne angeregt oder beeinflusst haben.

#### *Leonhard Miksch und das Leitsatzgesetz vom 24. Juni 1948*

Gelegentlich wird behauptet, Eucken habe nicht selbst, sondern über seine Schüler auf Erhards Politik eingewirkt. So habe Leonhard Miksch das Leitsatzgesetz verfasst, das die Grundlage für die Preisfreigaben und die Aufhebung der Rationierung war, die in Zusammenhang mit der Währungsreform verfügt wurden.<sup>42</sup>

---

39 Ebd., Blatt 118.

40 Günter Keiser war Mitglied der Sonderstelle. Er bezeichnete sich selbst als „Vertreter einer gelenkten Wirtschaft“. Das war ohne Zweifel berechtigt: Keiser war unter Victor Agartz Leiter der Sonderabteilung Wirtschaftsplanung im Verwaltungsamt für Wirtschaft in Minden.

41 Stenographischer Bericht, Blatt 120.

42 Diese Ansicht vertritt neuerdings Uwe Dathe, der behauptet, Ludwig Erhard habe mit der Freigabe vieler Preise und der Einstellung des Systems der Bewirtschaftung „Ideen in die

Leonhard Miksch war nicht von Erhard in die Verwaltung für Wirtschaft der Bizone berufen worden. Miksch, der SPD angehörte, war seit 15. Juli 1946 im Zentralamt für Wirtschaft der britischen Besatzungszone in Minden tätig, deren Direktor, Victor Agartz, zum marxistischen Flügel der SPD gerechnet wurde. Nach Schaffung der Bizone wurde Miksch in das bizonale Verwaltungsamt in Minden und am 17. Juni 1947 in die Frankfurter Wirtschaftsverwaltung übernommen. Er leitete dort die Abteilung „Preiswirtschaftliche Grundsatzfragen“. Erhard hatte nach eigenem Bekunden erst ab Februar 1948 Kontakt mit ihm.<sup>43</sup>

Auch bei dieser Darstellung ist unstrittig, dass Miksch als Mitarbeiter der Verwaltung für Wirtschaft, der Erhard seit März 1948 als Direktor vorstand, an der Ausformulierung des Leitsatzgesetzes beteiligt war. Das bedeutet aber nicht zwingend, dass er Erhards währungs- und wirtschaftspolitische Vorstellungen beeinflusst hat. Im Gegenteil: Vieles spricht dafür, dass Miksch Erhards Überzeugungen lediglich gesetzestechisch ausformuliert hat. Zum einen finden sich schon im Arbeitsprogramm, mit dem Erhard die Tätigkeit seines „Instituts für Industrieforschung“ 1942 umschrieben hatte, Formulierungen, die in das Leitsatzgesetz eingeflossen sind.<sup>44</sup> Zum anderen hat Erhard in einer Besprechung mit den Wirtschaftsministern der Länder der Bizone im März 1948 betont, dass er „die Bewirtschaftung bewusst lockern und sich auf die Festlegung von Richtlinien beschränken“ werde.<sup>45</sup>

Besonders interessant ist, dass sich Miksch fast zu gleicher Zeit in einem Gutachten skeptisch zu Liberalisierungsabsichten äußerte, wie sie im Leitsatzgesetz vorgesehen waren und wie sie Erhard durchführen wollte und im Juni 1948 dann auch durchgeführt hat. Miksch schrieb: „Nur bei Gleichgewichtspreisen können Rationierung und Preisbeeinflussung beseitigt oder auf ein vertretbares Minimum beschränkt werden.“ Es sei aber „sehr unwahrscheinlich“, dass „die Reform unmittelbar zu Gleichgewichtspreisen führt, bei denen Ange-

---

politische Praxis umgesetzt, die er Entwürfen und Ausarbeitungen von Leonhard Miksch entnommen hatte.“ Dathe: Leonhard Miksch (1901–1950): Leben und Werk. Ein Überblick, in: Lars Feld/Ekkehard A. Köhler (Hg.): Wettbewerbsordnung und Monopolbekämpfung. Zum Gedenken an Leonhard Miksch (1901–1950). Tübingen 2015, S. 7–35, hier 7.

43 Vgl. das am 23. Dezember 1950 von Erhard ausgestellte Zeugnis im Staatsarchiv Freiburg C 25/2, Nr. 137.

44 In diesem Arbeitsprogramm von 1942 – abgedruckt in: Wünsche: Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft, S. 218–225, hier 225 – stellt Erhard fest, dass in der zukünftigen Wirtschaftsordnung der „freien Preisbildung gegenüber einer starren Preisbindung grundsätzlich der Vorzug gebührt“. In der Anlage zum Leitsatzgesetz vom 24. Juni 1948, „Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform“, Absatz II, Ziffer 1, heißt es fast wortgleich: „Der Freigabe der Preise ist vor der behördlichen Festsetzung der Vorzug zu geben.“

45 Vgl. Protokoll der Besprechung der Wirtschaftsminister mit dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft am 19. März 1948 in Frankfurt a. M./Höchst. Bundesarchiv Z 13/699.

bot und Nachfrage ausgeglichen sind“. Es sei ein Denkfehler, den Erfolg vorzusetzen, den man sich wünsche.<sup>46</sup> Offensichtlich hat Miksch nicht zu denen gehört, die wie Eucken die Freigabe der Preise „so rasch wie möglich“ und ohne irgendwelche Vorkehrungen forderten, weil es „Sinn der Währungsreform ist, dass wir wieder richtige Preisrelationen bekommen“.<sup>47</sup>

### *Die Rolle des Wissenschaftlichen Beirats*

Auf Initiative des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Johannes Semler, waren für den 23. und 24. Januar 1948 Wissenschaftler zusammengerufen und gebeten worden, sich zu „Umfang und Methoden der Preispolitik vor und nach der Währungsreform“ sowie zu „Umfang und Methoden der Bewirtschaftung nach der Währungsreform“ zu äußern. Semler fürchtete, dass die schmerzhaften Maßnahmen, die im Zuge der anstehenden Währungsreform durchgeführt werden mussten, erhebliche Widerstände in der Bevölkerung auslösen würden. Er hoffte, dass ein sachkundiges Gremium, das unabhängig von Interessen das Notwendige erörtert, helfen würde, allzu heftige Proteste zu vermeiden. Er mahnte die versammelten Wissenschaftler ausdrücklich: „Es handelt sich nicht darum, eine wissenschaftliche Kontroverse auszutragen, sondern zu praktischen Ergebnissen zu kommen, die in die Tat umgesetzt werden können.“<sup>48</sup>

Semlers Mahnung konnte nicht verhindern, dass die Beratungen des Beirats mit einer Grundsatzdebatte begannen, die allerdings schnell abgebrochen und erst viel später – ab 1953 in einer speziellen Kommission – fortgeführt wurde.<sup>49</sup>

Schon am Tag nach der konstituierenden Sitzung des Beirats musste Semler sein Direktoren-Amt niederlegen. Sechs Wochen später, am 2. März 1948, wurde Ludwig Erhard, bisher Leiter der „Sonderstelle Geld und Kredit“, zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft gewählt.

Erhard hatte großen Respekt vor wissenschaftlicher Arbeit und wissenschaftlichen Gutachten, doch im Hinblick auf den Beirat hegte er gewisse Zweifel. Er fürchtete, dass gerade die paritätische Besetzung mit liberal und sozialistisch orientierten Mitgliedern Anlass zu ideologischen Debatten geben und die Lösung von Sachfragen behindern könnte.<sup>50</sup> Zudem war er aufgrund

46 Leonhard Miksch: Bemerkungen zur Frage der Währungsreform, in: Möller: Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark, S. 378–385, hier 381.

47 Vgl. Stenographischer Bericht, Blatt 104.

48 Protokoll der 1. Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats bei der Verwaltung für Wirtschaft, Institut für Zeitgeschichte, NL Möller 150/30.

49 Vgl. unten Punkt 2.2, Abschnitt „Franz Böhm“.

50 Zum Spektrum der ordnungspolitischen Ansichten, die im Wissenschaftlichen Beirat vertreten wurden, vgl. Detlef J. Blesgen: Erich Preiser. Wirken und wirtschaftspolitische Wirkungen eines deutschen Nationalökonomens. Berlin/Heidelberg/New York 2000, S. 223f.

seiner Erfahrungen in der „Sonderstelle Geld und Kredit“ der Ansicht, dass die mit der Währungsreform aufgeworfenen Fragen nicht allein von Hochschullehrern erörtert werden sollten. Vor allem aber meinte er, dass die Fragen, die Semler dem Beirat gestellt hatte, schon im Gesetzentwurf der Sonderstelle – dem Homburger Plan – umfassend beantwortet worden seien.

Der Beirat war nicht von Erhard berufen worden, und Erhard bezweifelte seine Notwendigkeit. So kommt es nicht von ungefähr, dass er sich in seinen Reden und Aufsätzen nie auf Gutachten dieses Gremiums bezogen hat. Gerade im ersten Gutachten, „Maßnahmen der Verbrauchsregelung, der Bewirtschaftung und der Preispolitik nach der Währungsreform“, das der Beirat am 18. April 1948 vorgelegt hat,<sup>51</sup> konnte Erhard nicht – wie es heute oft heißt – die entscheidende Wegweisung für seine Politik oder gar ein Dokument sehen, das die Reformmaßnahmen, die er durchführen wollte, ermöglichen würde<sup>52</sup>.

Es ist schwer verständlich, dass dieses erste Gutachten als Manifest liberaler Anschauungen angesehen und der Freiburger Schule zugeordnet wird, denn in keinem seiner 14 Punkte ist das liberale Vertrauen in die Kräfte der Marktwirtschaft eindeutig formuliert. Neben einigen Selbstverständlichkeiten wie der Feststellung, dass erfolgreiche Maßnahmen „eine Koordination sämtlicher wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen“ erfordern (Punkt 1) und dass die Maßnahmen, die mit der Währungsreform und der Preisfreigabe verbunden sind, „zweifelloso Umstellungsschwierigkeiten mit sich bringen“ (Punkt 4), enthält das Gutachten nur wenige konkrete Aussagen. Die meisten Punkte sind abwägend und unentschlossen formuliert: Nicht die Verbrauchsregelung als solche, sondern nur die „totale Verbrauchsregelung“ solle entfallen (Punkt 2). Die Freigabe der Preise solle nicht unbedingt, sondern nur „in möglichst weitem Umfang zur Geltung kommen“ (Punkt 3). Die Bewirtschaftung solle nicht aufgehoben, sondern nur eingeschränkt werden, denn „Sonderregelungen auf Einzelgebieten“ und „gewisse mengenmäßige Verbrauchsrationierungen“ schienen „erforderlich“ oder „unerlässlich“ (Punkt 6).

Im Hinblick auf die Behauptung, dass die Freiburger Schule im Wissenschaftlichen Beirat dominant gewesen sei<sup>53</sup> und dass Freiburger Professoren über diesen Kanal die Grundsätze der Erhardschen Politik bestimmt hätten, ist

51 Abgedruckt in: Bundesministerium für Wirtschaft (Hg.): Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft: Sammelband der Gutachten von 1948 bis 1972. Göttingen 1973, S. 1–6. Dieses Gutachten wird in der Regel mit „1. April 1948“ datiert. Unterzeichnet wurde es jedoch vom Vorsitzenden, Heinz Saueremann, erst am 18. April 1948.

52 Vgl. Geleitwort des Bundesministers für Wirtschaft, Hans Friderichs, in: Ebd., S. XIII.

53 Zweifel an dieser Dominanz sind auch aus personellen Gründen berechtigt: Adolf Lampe, der an der konstituierenden Sitzung des Beirats teilgenommen hat, verstarb zwei Wochen später, am 9. Februar 1948. Walter Eucken hat an den Sitzungen des Beirats nicht regelmäßig teilgenommen. Er ist am 20. März 1950 verstorben. Kurze Zeit später, am 19. September 1950, verstarb auch Leonhard Miksch.

Punkt 4 besonders befremdlich. In ihm wird betont, dass bei künftigen Reformmaßnahmen die entscheidende ordnungspolitische Frage offen gehalten werden müsse: „Die Steuerung durch den Preis dient dazu, das Sozialprodukt zu steigern. Dies ist die wichtigste sozialpolitische Aufgabe des Augenblicks. Dabei bleibt die weitere Frage offen, welche Wirtschafts- und Sozialordnung auf die Dauer angestrebt werden soll.“

Viel wahrscheinlicher wäre anzunehmen, dass sich andersherum Erhard bemüht hat, die Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats zu beeinflussen, denn schon das zweite und dritte sowie auch einige spätere Gutachten des Beirats haben sich mit Fragen beschäftigt, die mit dem speziellen Wiederaufbauprogramm aufgeworfen wurden, das Erhard entwickelt hatte. Dieses Programm war damals sehr umstritten. Es wurde gelegentlich als so abwegig angesehen, dass sogar Erhards Wahl zum Direktor der Wirtschaftsverwaltung eine Zeit lang in Frage gestellt wurde.

Erhard meinte, der Wiederaufbau müsse auf der Konsumgüterseite beginnen, denn nur dann könne sich die Wirtschaft gleichgewichtig und selbsttragend entwickeln. Vielen erschien das absurd. Walter Strauß, damals Stellvertreter des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft, sagte beispielsweise am 23. Februar 1948 vor der CDU/CSU-Fraktion im Wirtschaftsrat: „Das Programm Dr. Selters muss durchgehalten werden: Zuerst ist die Wiederinstandsetzung der Produktionsgüterindustrie, dann die der Konsumgüterindustrie zu betreiben. Professor Erhard ist da gegenteiliger Meinung.“ In der Diskussion zu diesem Punkt wurde Erhard als weltfremder und unbelehrbarer Professor bezeichnet und vorübergehend aus der Liste der Kandidaten für das Amt des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft in der Bizone gestrichen.<sup>54</sup>

## 2.2 Die divergenten Politikempfehlungen neoliberaler Wissenschaftler

### *Walter Eucken*

Walter Euckens „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ sind 1952, zwei Jahre nach seinem Tod erschienen.<sup>55</sup> Sie wurden alsbald als ein Werk gerühmt, in dem über „den Gesamtaufbau (...) und die wissenschaftliche Begründung“ der Politik unterrichtet werde, mit der Erhard „jene schlagartige Sanierung der

---

54 Vgl. Rainer Salzmann: Die CDU/CSU-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949. Düsseldorf 1988, S. 144.

55 Bei der Arbeit mit Euckens Buch „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ muss darauf geachtet werden, dass die sozialpolitischen Kapitel mit ihren teilweise recht apodiktisch formulierten Aussagen nicht von Eucken, sondern von Euckens Schüler, K. Paul Hensel, verfasst wurden.

völlig zerrütteten Wirtschaft gelang, die von der ganzen Welt als deutsches Wirtschaftswunder bestaunt und bewundert wird“.<sup>56</sup>

Diese Beurteilung ist recht befremdlich, denn Euckens „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ sind weder als „wissenschaftliche Begründung“ von Erhards Politik konzipiert, noch findet sich in ihnen auch nur ein Wort zu Erhards Wiederaufbaupolitik. Eucken beschreibt in ihnen vielmehr eine Politik, die er aus einer spezifisch theoretischen Sicht, nämlich aus einer marktmorphologischen Betrachtungsweise entwickelt hat.<sup>57</sup> Er hält die Morphologie für ein „universales Erkenntniswerkzeug“, und er hat diese Ansicht schon 1939 vertreten: „Alle wirtschaftliche Wirklichkeit kann durch Anwendung dieses Werkzeugs wissenschaftlich erkannt werden.“<sup>58</sup> In den „Grundsätzen“ spitzt er sein Urteil lediglich zu. Er schreibt: „Ohne sie [die Morphologie] ist die Erkenntnis der wirtschaftlichen Wirklichkeit unmöglich.“<sup>59</sup>

Eine ausgiebige Betrachtung der „drei Lenkungsmethoden (...), die für den industriellen Wirtschaftsprozess in Frage kommen: Leitung durch staatliche Zentralstellen, durch Gruppen, durch Konkurrenz“<sup>60</sup> führt Eucken zur Feststellung der Vorzüge der Wettbewerbsordnung, also der Marktwirtschaft. Dass in ihr die „Marktform der vollständigen Konkurrenz“<sup>61</sup> dominieren sollte, begründet er mit der Schilderung der Nachteile von Monopolen: „In Monopolkämpfen entscheiden nicht die Leistungen für die Konsumenten, sondern die Stärke der vorhandenen Machtpositionen.“ Zudem gelte: „Je stärker sich die Monopole in einem Lande vermehren, um so größer sind die Gleichgewichtstörungen, die entstehen.“<sup>62</sup> Ein wichtiger Vorzug der Marktform der vollständigen Konkurrenz ist für Eucken auch, dass sich mit ihr – „was nur wenige

56 Alexander Rüstow: Grundsätze des Neoliberalismus, in: Die Neue Zeitung vom 25. April 1953.

57 Marktmorphologie ist die Erklärung der Preisbildung auf typischen Märkten.

58 Walter Eucken: Die Grundlagen der Nationalökonomie (zuerst erschienen 1939). Berlin/Heidelberg/New York u. a. 1989, S. 228. Im Tagebuch von Leonhard Miksch findet sich unter dem 11. Juli 1949 ein Eintrag, in dem Eucken die Bedeutung der Freiburger Schule auf das morphologische Denken zurückführt: „Diese morphologische Apparatur gibt uns eine große Überlegenheit.“ Vgl. Nils Goldschmidt: Leonhard Mikschs Beitrag zur Ordnungstheorie und -politik. Einsichten in sein Tagebuch nach 1945, in: Feld/Köhler (Hg.): Wettbewerbsordnung und Monopolbekämpfung, S. 37–52, hier 48.

59 Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 23.

60 Ebd., S. 243.

61 Vollständige Konkurrenz ist die Marktform, bei der Konkurrenz sowohl auf der Anbieter- als auch auf der Nachfragerseite eines Marktes besteht. Stackelberg nennt „einen Markt, auf dem die Preisbildung der vollständigen Konkurrenz allein in Frage kommt, einen Normalmarkt.“ Vgl. Heinrich von Stackelberg: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre. Bern 1948, S. 232.

62 Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 43.

wissen“<sup>63</sup> – „weitaus die exakteste Lenkung des Wirtschaftsprozesses vollzieht“.<sup>64</sup>

Nach diesen Begründungen verlangt Eucken, dass „die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz zum wesentlichen Kriterium jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme gemacht wird. Dies ist das wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip“.<sup>65</sup>

Um die Marktform der vollständigen Konkurrenz im Wirtschaftsalltag durchzusetzen, müsste – wie der Begründer der Marktformenlehre, Heinrich von Stackelberg, betont hat – dafür gesorgt werden, „dass jeder Anbieter am Gesamtabsatz und jeder Nachfrager am Gesamtbezug nur mit einem unerheblichen Bruchteil beteiligt ist“.<sup>66</sup> Das könnte entweder mit strukturpolitischen Maßnahmen erreicht werden, die darauf hinauslaufen, dass auf allen Märkten nur Kleinstanbieter und Kleinstnachfrager agieren können, oder durch Maßnahmen, mit denen die Verhältnisse der vollständigen Konkurrenz nachgebildet werden, mit denen also eine „Als-ob-vollständige Konkurrenz“ geschaffen wird. Beides wären mit Sicherheit keine „freiheitlichen Politiken“.<sup>67</sup>

In Euckens Schriften fehlen Beschreibungen derartiger Politiken. Er listet stattdessen die Bedingungen auf, die selbständiges Wirtschaften ermöglichen, zum Beispiel Geldwertstabilität, Privateigentum, Vertragsfreiheit, freier Marktzugang und persönliche Haftung sowie eine jederzeit berechenbare staatliche Wirtschaftspolitik – und zwar alles in möglichst strikter Form, damit jede fremde Einflussnahme auf Wirtschaftsentscheidungen ausgeschlossen ist. Nun ist unbestreitbar, dass freier Marktzugang Voraussetzung für jeden Markthandel ist und dass in Marktwirtschaften Betriebsleiter und Haushaltsvorstände nur selbständig agieren können, wenn sie Privateigentum besitzen, Verträge schließen können, keinen Störungen durch staatliche Eingriffe ausgesetzt sind und für ihre Entscheidungen persönlich haften. Aber diese Bedingungen sind keine spezifischen Kennzeichen der angestrebten „Wettbewerbsordnung der vollständigen Konkurrenz“. Sie beschreiben lediglich die Möglichkeiten und Grenzen von selbständigem wirtschaftlichem Handeln.

Die Anerkennung, die Euckens „Grundsätze“ gefunden haben, hat sich vor allem auf seine Zusammenstellung der konstituierenden Prinzipien bezogen, die im Wesentlichen den Begriff der Wirtschaftsfreiheit in sechs theoretisch

---

63 Ebd., S. 192.

64 Ebd., S. 135. Auf S. 198 wird diese Aussage ergänzt: „Die vollständige Konkurrenz hat infolge des eigenartigen Arbeitens des Lenkungssystems der Preise eine Mechanik, die zum Gleichgewicht des Wirtschaftsprozesses hinführt und deshalb auch der Wirtschaftsordnung Stabilität verleiht.“

65 Ebd., S. 255.

66 Stackelberg: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, S. 236, 185.

67 Eine „Als-ob-vollständige Konkurrenz“ würde auf das Verbot hinauslaufen, Preise individuell zu setzen, also auf eine staatliche Preistaxierung.



eindeutige Maximen übersetzen. Fraglich ist dabei, ob Eucken damit einen positiven Beitrag zur praktischen Wirtschaftspolitik geleistet oder im Gegenteil einen Beweis für die Unmöglichkeit geliefert hat, Wirtschaftsfreiheit in theoretisch striktem Sinn zu verwirklichen, denn – um nur ein Beispiel anzuführen – Privateigentum, über das ein Einzelner wirklich frei, also völlig unabhängig von den Interessen anderer verfügen kann, ist in der modernen Wirtschaft kaum vorhanden. Fast jeder benötigt zum Wirtschaften Fremdkapital und ist damit von den Dispositionen anderer abhängig.

Die Inkonsistenz in Euckens Argumentation war wohl ausschlaggebend dafür, dass er und mit ihm die Freiburger Schule und der Ordo-Liberalismus bis heute als Schöpfer eines wirtschaftspolitischen Ideals gerühmt werden, dass es aber niemals ernsthafte Bemühungen gab, eine Wettbewerbsordnung der vollständigen Konkurrenz praktisch durchzusetzen.<sup>68</sup> Die Wirtschaftspolitik in Westdeutschland und der Bundesrepublik hat sich stattdessen stets auf den Kampf gegen Wettbewerbsbeschränkungen konzentriert. Und auch die Wirtschaftsjuristen unter den Gründern der Freiburger Schule, Hans Großmann-Doerth und Franz Böhm, haben gegen Kartelle und private Wirtschaftsmacht, nicht aber im Sinne von Eucken für die Verwirklichung einer Wettbewerbsordnung der vollständigen Konkurrenz gekämpft.<sup>69</sup>

### *Alfred Müller-Armack*

Alfred Müller-Armack hat in einem längeren Artikel 1947 seine Überzeugung vorgetragen, dass die marktwirtschaftliche Ordnung den überkommenen Arten von Wirtschaftslenkung vorzuziehen sei und darin erstmals den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft verwendet.<sup>70</sup> Er geht dabei von einer eigentümlichen Interpretation von Marktwirtschaft aus: „Der wesentliche und gleichsam überzeitliche Gehalt der marktwirtschaftlichen Ordnung liegt (...) in ihrem durch ein variables Rechnungssystem zusammengehaltenen Austauschgefüge, des-

68 Zum 30. Jahrestag der Währungsreform hat der damalige Bundesminister für Wirtschaft, Otto Graf Lambsdorff, die Anwendung von Euckens konstituierenden Prinzipien bilanziert. Er hat festgestellt, dass die meisten dieser Grundsätze „nicht mehr als selbstverständlich angesehen“ und in der Politik auch nicht beachtet würden. Er beklagte, dass dadurch „die Substanz der marktwirtschaftlichen Ordnung (...) zusehends ausgehöhlt“ werde. Vgl. Ansprache beim Festakt „30 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ am 20. Juni in der Frankfurter Paulskirche. Frankfurt a. M. 1978, S. 39f.

69 Vgl. Franz Böhm: Die Forschungs- und Lehrgemeinschaft zwischen Juristen und Volkswirten an der Universität Freiburg in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts, in: ders.: Reden und Schriften. Über die Ordnung einer freien Gesellschaft, einer freien Wirtschaft und über die Wiedergutmachung. Karlsruhe 1960, S. 161.

70 Zur sachlich kaum relevanten, aber dennoch heftig umstrittenen Urheberchaft des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ vgl. Wünsche: Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft, S. 227, Anm. 71.

sen Wertbewegungen Produktion und Konsum bestimmen und in hohem Grade Klarheit über die Wirtschaftlichkeit jedes Einzelvorganges schaffen.“<sup>71</sup> Die Marktwirtschaft sei „nur ein überaus zweckmäßiges Organisationsmittel, aber auch nicht mehr (...). Ihr Kennzeichen ist die Ausgestaltung einer beweglichen Preis- und Wertrechnung, durch die dem Konsum und der Produktion die Dinglichkeit der volkswirtschaftlichen Verwendungsbegehren auf der einen Seite und der Knappheitsgrad der Erzeugungsmittel auf der anderen Seite signalisiert wird.“<sup>72</sup>

Müller-Armack fordert, dass das „überaus zweckmäßige Organisationsmittel“, das die Marktwirtschaft bietet, für soziale Zwecke eingesetzt wird, denn: „Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken. Es ergab sich daraus eine Verkenning der echten Notwendigkeit eines sozialen Einkommensausgleichs wie auch einer Berücksichtigung der staatlichen Erfordernisse.“<sup>73</sup> Des weiteren stellt Müller-Armack fest, dass sich die „Einsicht in die technischen Vorzüge eines konkurrenzwirtschaftlichen Austausches“ durchaus mit „der Notwendigkeit, den Wirtschaftsprozess durch eine gewisse planerische Gestaltung des Wirtschaftsraumes bestimmte Bahnen zu weisen“, vertrage.<sup>74</sup>

Wichtig bei der Durchführung der notwendigen sozialen Steuerung sei lediglich, dass nicht versucht werde, „Ziele durch Aufhebung der variablen Wirtschaftsrechnung zu erreichen“: „Wir können als marktgerecht alle jene wirtschaftspolitischen Maßnahmen bezeichnen, die die Funktion einer variabel gehandhabten Wirtschaftsrechnung nicht gefährden.“<sup>75</sup>

---

71 Alfred Müller-Armack: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft (zuerst erschienen 1947), in: ders.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration. Bern/Stuttgart 1976, S. 19–170, hier 92.

72 Ebd., S. 106, 112.

73 Ebd., S. 106.

74 Ebd., S. 107. Man beachte Müller-Armacks sorgsame Umschreibung von Wirtschaftslenkung.

75 Ebd., S. 115. Müller-Armack bezieht sich hierbei auf Wilhelm Röpke: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart. Bern/Stuttgart 1979 (zuerst erschienen 1942), der „in diesem Zusammenhang von konformen Maßnahmen gesprochen hat“ (S. 111). Der Vorschlag, unerwünschte Ergebnisse, die im marktwirtschaftlichen Prozess entstehen, durch „marktkonforme“ Staatseingriffe zu beseitigen, ist logisch problematisch. Röpke hat das mit der Feststellung berücksichtigt, dass es sich von selbst verstehe, „dass der konforme Charakter eines Staatseingriffs noch keineswegs genügt, um ihn zu empfehlen, so wenig die Unterscheidung zwischen Methyl- und Äthylalkohol die Empfehlung zur Trunksucht in sich schließt.“ Vgl. ders.: Civitas humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform. Bern/Stuttgart 1979 (zuerst erschienen 1944), S. 78.

Das Prinzip der „Marktkonformität“ dient Müller-Armack zur Rechtfertigung einer großen Zahl von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft. Er sagt das deutlich: „Theoretisch gesehen, könnte der Staat durch scharfe Erfassung aller höheren Einkommen eine Kaufkraftumleitung ins Werk setzen, die die denkbar stärkste Nivellierung zur Folge hätte. Wir wollen hierbei von der Frage, ob dies erwünscht ist und ob sich dabei die Leistungsanreize der höheren Einkommen erhalten lassen, absehen. Auf jeden Fall ließe sich auf dem Wege einer solchen Einkommensumleitung jeder gewünschte soziale Ausgleich durchsetzen, ohne mit den Spielregeln des Marktes in Widerspruch zu geraten. Die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft steht in einer solchen sozialen Konstruktion nach wie vor zu Gebote.“<sup>76</sup>

Bei seiner umfangreichen Auflistung der Bereiche, in denen eine „mit den marktwirtschaftlichen Grundsätzen verträgliche Wirtschaftssteuerung“ stattfinden sollte, plädiert er seltsamerweise auch für preispolitische Eingriffe, denn „auch der bemerkenswert gut funktionierende Marktmechanismus weist gewisse konstruktive Mängel auf, die nicht von innen her überwunden werden können, sondern bestimmte wirtschaftspolitische Eingriffe und konstruktive Stützungen erfordern“.<sup>77</sup>

Müller-Armack wird häufig als Erhards „Ideengeber“ bezeichnet. Im Allgemeinen wird das damit begründet, dass er sich mit einigem Recht als Schöpfer des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ bezeichnet hat und einige Jahre lang in Erhards Ministerium tätig war. Unbeachtet bleibt dabei, dass sich Erhards und Müller-Armacks Ansichten über Soziale Marktwirtschaft unvereinbar gegenüberstehen: Während Müller-Armack im „sozialen Ausgleich“, das heißt in der Einkommensumverteilung das Grundanliegen der Sozialen Marktwirtschaft sah, hat Erhard jede Art von Umverteilungspolitik strikt abgelehnt. Für ihn galt: „Dieses gewiss sozial gemeinte Umlageverfahren muss mit einem hohen Preis bezahlt werden. (...) Die wachsende Sozialisierung der Einkommensverwendung, die um sich greifende Kollektivierung der Lebensplanung, die weitgehende Entmündigung des Einzelnen und die zunehmende Abhängigkeit vom Kollektiv oder vom Staat sind die Folgen dieses gefährlichen Weges hin zum Versorgungsstaat.“<sup>78</sup>

Die Umstände, die Müller-Armack trotz seiner mit marktwirtschaftlichen Überzeugungen kaum kompatiblen Ansichten in das Bundesministerium für Wirtschaft gebracht haben, sind kaum bekannt. Ausgangspunkt war die Kritik,

76 Müller-Armack: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, S. 144.

77 Ebd., S. 120.

78 Ludwig Erhard: Wohlstand für alle. Düsseldorf/Wien 1964 (zuerst erschienen 1957), S. 250, 252. Abgesehen von solchen schriftlich niedergelegten Aussagen hat sich Erhard in fast allen seinen Wahlkundgebungen und bei vielen Reden von jeglichen Umverteilungsabsichten distanziert und betont, dass er soziale Probleme im Rahmen der Wirtschaftspolitik lösen wolle, denn: „Gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik“.

die Müller-Armack Anfang der 1950er Jahre an Erhards Politik übte. Er schrieb beispielsweise 1952: „Was seit 1948 in Deutschland wirtschaftspolitisch geschah, kann nicht einfach mit Sozialer Marktwirtschaft als geistiger Konzeption gleichgesetzt werden.“<sup>79</sup>

Angesichts der 1953 anstehenden Bundestagswahl fiel diese Kritik Konrad Adenauer unangenehm auf. Er forderte Erhard auf, sich um „diesen missliebigen Kritiker“ zu kümmern. Erhard bot Müller-Armack daraufhin an, die Leitung der Grundsatzabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft zu übernehmen.<sup>80</sup> Nach Übernahme dieses Amtes band er diesen in die Verhandlungen um die Römischen Verträge ein, für die das Bundesministerium für Wirtschaft die Federführung erhalten hatte.<sup>81</sup> Durch Kabinettsbeschluss wurde Müller-Armack später, am 29. Januar 1958, mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines zweiten Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft betraut.<sup>82</sup>

---

79 Alfred Müller-Armack: Stil und Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft (zuerst erschienen 1952), in: ders.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, S. 231–241, hier 232.

80 Vgl. Rolf Kowitz: Alfred Müller-Armack: Wirtschaftspolitik als Berufung. Zur Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft und dem politischen Wirken des Hochschullehrers. Köln 1998, S. 225. Die mit Konrad Adenauer abgesprochene, zunächst nur kommissarische Anstellung von Müller-Armack als Abteilungsleiter wurde am 7. November 1952 im Bundeskabinett erörtert und bestätigt. Vgl. Bernhard Löffler: Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard. Wiesbaden 2002, S. 109.

81 Erhard hat mit der Berufung von Müller-Armack in das Bundesministerium für Wirtschaft bewirkt, dass Müller-Armacks Kritik an Erhards Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft verstummte – allerdings nur, nachdem er 1956/57 noch einmal eine Auseinandersetzung mit ihm über die Definition von Sozialer Marktwirtschaft geführt hatte. Müller-Armack hatte in einem Handwörterbuch-Artikel 1956 geschrieben: „Sinn der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleich zu verbinden.“ Vgl. Müller-Armack: Soziale Marktwirtschaft, in: ders.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, S. 243. Erhard hatte diese Definition zurückgewiesen und versucht, sie wenigstens im Hinblick auf den „sozialen Ausgleich“ zu relativieren: „Der tiefe Sinn der Sozialen Marktwirtschaft liegt darin, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs und der sittlichen Verantwortung jedes einzelnen dem Ganzen gegenüber zu verbinden.“ Vgl. Ludwig Erhard: Wirtschaft und Bildung (zuerst erschienen 1957), in: ders.: Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften. Düsseldorf 1988, S. 513–517, hier 515.

82 Erhard übertrug ihm durch Rundverfügung am 10. Februar 1958 „die Zuständigkeit für die Arbeitsbereiche der Europa-Abteilung“, beließ ihm aber zunächst auch die Zuständigkeit für die Abteilung Wirtschaftspolitik, die er jedoch einschränkte, indem er sie dem Verantwortungsbereich des ersten Staatssekretärs, Ludger Westrick, zuordnete, bevor er sie Anfang Juli 1958 Wolfram Langer übertrug. Diese Vorgänge zeigen insbesondere, dass Müller-Armack – entgegen der oft benutzten Titulierung – als Staatssekretär niemals für Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik zuständig war. Erhard hatte ihn von diesem Aufgabenbereich faktisch schon frühzeitig durch Übertragung von anderen Aufgaben und spätestens 1958 auch ausdrücklich „entbunden“.

*Franz Böhm*

Franz Böhm hat berichtet, dass schon bei der konstituierenden Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats verlangt wurde, „die Verschiedenheit der Grundsatzzpositionen offen klarzulegen und von den letzten Prämissen her einen Brückenschlag ohne Hintertüren und geheime Vorbehalte zu versuchen“.<sup>83</sup> Walter Eucken sei diesem Vorschlag mit Entschiedenheit entgegen getreten, „und zwar mit dem Argument, dass (...) man gezwungen sei, unter der Nötigung einer ganz bestimmten geschichtlichen Situation zu kooperieren und zu diskutieren“. „Diese Ansicht drang damals durch.“<sup>84</sup> Aber, so Böhm: „Es zeigte sich dann doch, dass bei der Arbeit an jeweils konkreten Problemen manches und sehr Wichtiges unter den Tisch fällt.“ Einige Beiratsmitglieder hätten die Empfindung gehabt, „dass sozusagen ganze Problemgruppen von den Beratungen des Wissenschaftlichen Beirats ferngehalten werden, und zwar gerade solche, an denen sich die immer noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten über letzte Grundfragen entzünden“.<sup>85</sup> Unter diesem Eindruck habe der Wissenschaftliche Beirat eine vierköpfige Kommission eingesetzt, von der die Grundlagen für eine umfassende Grundsatzdiskussion und -besinnung erarbeitet werden sollten.<sup>86</sup>

Über die Erkenntnisse, die er als Mitglied der Grundsatzkommission des Wissenschaftlichen Beirats gewonnen hat, hat Franz Böhm ausführlich berichtet. Er hat dabei Feststellungen getroffen, die bislang noch kaum beachtet wurden. Bemerkenswert ist schon sein Ausgangspunkt: Er greift die aus sozialistischer Sicht häufig geäußerte Kritik an Markt- und Wettbewerbswirtschaften auf und bestätigt sie in allen Punkten: Er nennt sie „soziale Notstände“, die in ansonsten zufriedenstellend funktionierenden Marktwirtschaften entstehen können und korrigiert bzw. verhindert werden müssen:

- In Marktwirtschaften entstehe Kaufkraft nur aus der Teilnahme an der Produktion: „Menschen (...), deren Leistungen von den Betrieben nicht benötigt werden, verdienen keinen Pfennig.“

---

83 Franz Böhm: *Freiheitsordnung und soziale Frage*, in: Koch: *Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung*, S. 71–95, hier 72.

84 Dieser Beschluss entsprach der Bitte von Johannes Semler, „keine wissenschaftliche Kontroverse auszutragen, sondern zu praktischen Ergebnissen zu kommen“. Für Eucken dürfte jedoch entscheidend gewesen sein, dass aus seiner dichotomischen Sicht der Gegensatz zwischen Sozialismus (Zentralverwaltungswirtschaft) und Liberalismus (Wettbewerbsordnung) unüberbrückbar ist und Erörterungen über einen Brückenschlag daher unergiebig sind. Bemerkenswert ist, dass Lampe Eucken widersprochen hat und eine Grundsatzzdebatte führen wollte. Vgl. Blesgen: *Erich Preiser*, S. 455.

85 Böhm: *Freiheitsordnung und soziale Frage*, S. 73.

86 Die vier Mitglieder dieser Grundsatzkommission waren Franz Böhm, Helmut Meinhold, Oswald von Nell-Breuning und Gerhard Weisser.

- „Darüber, wer reich und wer arm ist, entscheiden keineswegs etwa allein das Verdienst, die Tüchtigkeit und der menschliche Rang, sondern in hohem Grade Glücksumstände und der jeweilige Status der sehr ungleich verteilten Ausgangschancen.“<sup>87</sup>
- Die Auswahl der Betriebsleiter sei „im wesentlichen der Schicht der Vermögenden vorbehalten“. Die Arbeiter seien hingegen – in der Regel für die Dauer ihrer Arbeitsfähigkeit – „in wechselnde Subordinationsverhältnisse eingebunden“.

Böhm hält es für verständlich, wenn die Marktwirtschaft aufgrund solcher Tatsachen gelegentlich als „unehrliche Freiheitsordnung“ oder als „verschleierte Machtordnung“ bezeichnet wird.<sup>88</sup> Zum Phänomen der Wirtschaftskrisen, die Böhm „eine echte Systemnot“ nennt, erklärt er: „Die ungemeine Schwierigkeit des Problems und gewisse Mängel unseres theoretischen Erkenntnisvermögens und Wissens erklären es, dass alle bisherigen Versuche, diesem Phänomen beizukommen, entweder gescheitert sind oder andere schwere Missstände erzeugt haben.“<sup>89</sup> Zu den sozialen Notständen, mit denen in einer Marktwirtschaft gerechnet werden muss, zählt er schließlich auch die Schwierigkeiten, Tendenzen zur Monopolisierung zu unterbinden: Vor allem Vermögende und Unternehmer würden „den Prinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung ganz unverblümt den Gehorsam aufkündigen und sich jedem Versuch des Staates und der Gesellschaft widersetzen, diesen Prinzipien Geltung zu verschaffen“.<sup>90</sup>

Böhm hält in allen diesen Fällen staatliche Interventionen für nötig. Er betont jedoch, dass bei ihrer Erörterung davon ausgegangen werden müsse, dass nur Lösungen im Rahmen der Marktwirtschaft in Frage kommen: „Intervenieren setzt eine Wirtschaft voraus, die durch Automatismen gesteuert wird, wenn und solange man sich jedes Eingriffs enthält.“<sup>91</sup>

Er erwähnt bei dieser Gelegenheit die „Methode der sogenannten marktformen Interventionen“ und verwirft sie.<sup>92</sup> Er verlangt demgegenüber, dass sämtliche erforderlichen Staatseingriffe – nach Zweck und Umfang geordnet – einer strengen rechtsstaatlichen Kontrolle unterworfen werden, denn es bestehe die Gefahr, dass Staatseingriffe überhand nehmen und sich zu einem umfassenden System staatlicher Planung entwickeln. Die Schritte von einem einzelnen punktuellen Eingriff zu weiteren und damit zur Notwendigkeit, die

87 Böhm: Freiheitsordnung und soziale Frage, S. 76f.

88 Ebd., S. 79, 81.

89 Ebd., S. 82f.

90 Ebd., S. 83. Bemerkenswert ist, dass Böhm, der neben Eucken als Gründer der Freiburger Schule gilt, nie von der Marktform der vollständigen Konkurrenz, sondern allenfalls von der „Marktform einer zureichend wirksamen Konkurrenz“ spricht.

91 Ebd., S. 89.

92 Ebd., S. 88.

Einzeleingriffe zu koordinieren und von da zur volkswirtschaftlichen Gesamtplanung voranzuschreiten seien kurz und schnell getan.

Seiner relativ knappen Schilderung der Systemmängel einer marktwirtschaftlichen Ordnung schließt Böhm eine umfangreiche Darstellung an, in der er die „Fundamentalsätze des Rechtsstaatsdenkens“ erläutert. Er hebt hervor, dass der Rechtsstaat kein „Obrigkeits- und Aktionsstaat“ sei. Er gebiete den Menschen weder gemeinnütziges, noch verbiete er ihnen gemeinschädliches Handeln. Die Absicht des Rechtsstaates<sup>93</sup> sei vielmehr, „Menschen im Verhältnis zueinander in eine soziale Lage zu versetzen, die es dem einzelnen unmöglich oder doch schwer macht, durch unmoralisches und egoistisches Individuerverhalten den Frieden und die Ordnung der Gesellschaft fühlbar zu stören“.<sup>94</sup>

Dem Rechtsstaat gehe es darum, Elemente der Macht zu eliminieren und im Bereich der Wirtschaft das Entstehen von Monopolsituationen zu verhindern. Mit deutlichem Bezug auf Euckens konstituierende Prinzipien der Wettbewerbsordnung, jedoch mit sorgsam bedachten, praxisnahen Konkretisierungen beschreibt Böhm Maßnahmen, mit denen im Rechtsstaat ein „sozialer Kooperationsprozess zwischen frei und autonom planenden Privatrechtssubjekten“ angeregt und geordnet werden kann: „Einrichtungen wie das Privateigentum, die beschränkt dinglichen Rechte, der voll entgeltliche Austauschvertrag, die rechtsübertragenden Verfügungen, die unbeschränkte Haftung für Geschäftsschulden, der Wettbewerb, das Recht der ungerechtfertigten Bereicherung, das Deliktrecht üben auf das Planen und Handeln der Rechtssubjekte in der Gesellschaft eine mittelbare lenkende Wirkung aus.“<sup>95</sup>

Böhms ausführliches Plädoyer für den Rechtsstaat mündet in eine Schilderung der Gefahren, die ihm von Regierung und Verwaltung her drohen. Er warnt dabei zum einen vor der Illusion, der Rechtsstaat könne durch demokratische Institutionen und Legitimationen geschützt werden, zum anderen vor der verführerischen Kraft der wirtschafts- und sozialpolitischen Steuerungskonzepte, die von „gemäßigten Sozialisten“ vorgetragen werden. Am Ende seiner Ausführungen beklagt er, dass der Rechtsstaat, wäre er einmal verwirklicht, ein höchst verletzliches Gebilde sei, das nur unter besonderen gesellschaftspolitisch garantierten Bedingungen lebensfähig sei: „Eine solche Politik verspricht natürlich nur dann Erfolg, wenn die Nation von der Richtigkeit dieser Grundsätze überzeugt ist, wenn die öffentliche Meinung grundsätzlich Privilegien und exekutiven Ausnahmemaßnahmen abgeneigt und vor allem gewohnt ist, die Tatsache in Rechnung zu stellen, dass Regierungen und Parteien und Interessenorganisationen immer geneigt und bereit sind, die gesellschaftlichen und politischen Zustände künstlich zu dramatisieren, um ihre Befugniss-

---

93 Böhm spricht im gleichen Sinn auch von einer „Privatrechtsordnung“.

94 Böhm: Der Rechtsstaat und der soziale Wohlfahrtsstaat, S. 119.

95 Ebd., S. 122.

se und ihren Einfluss zu vermehren. – Werden diese Grundsätze nicht beachtet, dann ist es unausweichlich, dass jede soziale Gruppe, dass alle Gruppen der Bevölkerung nach gesetzlichen Sicherungen verlangen werden, die ihre wirtschaftliche Lage befestigen und verbessern.“<sup>96</sup>

### *Wilhelm Röpke*

Ludwig Erhard war während der Kriegszeit in den Besitz einiger Bücher von Wilhelm Röpke gelangt. Er schreibt, er habe sie „wie die Wüste das befruchtende Wasser in sich aufgesogen“.<sup>97</sup> Erhard dürfte wohl vor allem von Röpkes Forderung nach einem „neuen Typus der Wirtschaftspolitik, der in keines der bisher üblichen Schemata hineinpasst“, beeindruckt gewesen sein, denn er hat seine programmatischen Grundsätze 1948 ganz ähnlich wie Röpke beschrieben. Auch er wollte eine neuartige Wirtschaftspolitik – „eine Marktwirtschaft moderner Prägung“ – verwirklichen,<sup>98</sup> und seine Beschreibung entspricht Röpkes Forderungen: Die zukünftige Wirtschaftspolitik müsse eine Wirtschaftspolitik sein, die „in der Verteidigung der letzten Werte und Prinzipien einer freien Persönlichkeitskultur ihr höchstes unverrückbares Ziel erblickt“.<sup>99</sup>

Röpke spricht von einer Ordnung, in der eine „dem Menschen angemessene Ausgewogenheit von Freiheit und Bindung“ besteht. Auch das sind Begriffe, die Erhard in seinen Programmreden häufig benutzt hat. Das Problem ist jedoch, dass Röpkes Schilderung des anzustrebenden Ideals – seiner gut formulierten, scharfen Kritik an den populären Vorstellungen von Wirtschaftsfreiheit und Liberalismus und seiner überzeugenden Diagnose der herrschenden Gesellschaftskrise – kein ebenso schlüssiger Therapievorschlag folgt. Besonders deutlich wird das in seinem Buch „Civitas humana“. Dort beschreibt er als konkretes Beispiel für seine Zielsetzungen die Gegebenheiten eines Schweizer Bergdorfs. Er zählt alles auf, was es da Gutes und Schönes gibt. Aber er behandelt nicht die politisch entscheidende Frage, auf welchem Weg sich ein solches Ideal verwirklichen lässt.<sup>100</sup>

---

96 Ebd., S. 163f. Ähnliche Ansichten hat Ludwig Erhard 1965 mit seiner Beschreibung des Ideals einer „Formierten Gesellschaft“ vorgetragen. Vgl. Rede vor dem 13. Bundesparteitag der CDU am 31. März 1965 in Düsseldorf, in: ders.: Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 915ff.

97 Vgl. Ludwig Erhard: Wilhelm Röpke zum Gedächtnis. Ansprache am 17. Juni 1967 in Marburg, in: ders.: Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 1026–1036, hier 1027. Es handelt sich um Röpkes Bücher Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart (1942), Civitas humana (1944) und Internationale Ordnung (1945).

98 Vgl. Ludwig Erhard: Rede auf dem 2. Parteikongress der CDU der britischen Zone am 28. August 1948 in Recklinghausen, in: ders.: Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 134–151, hier 135.

99 Vgl. Röpke: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, S. 41.

100 Röpke: Civitas humana, S. 81.



Die liberale Politik, die darauf vertraue, dass sich die gewünschten Verhältnisse von selbst ausbilden, bezeichnet er als verfehlt, denn mit ihr entstehe statt einer „echten Integration durch wirkliche Gemeinschaft, die das Band der Nähe, der Natürlichkeit des Ursprungs und die Wärme der unmittelbaren menschlichen Beziehung braucht“, nur eine „Pseudointegration durch Markt, Konkurrenz, zentrale Organisation“.<sup>101</sup> Er fordert stattdessen eine „Strukturpolitik“, für die „der Ausdruck ‚Wirtschaftshumanismus‘ kein schlechter Name“<sup>102</sup> sei – und wiederum belässt er es bei dieser Feststellung. Er verzichtet auf jede Beschreibung der erforderlichen strukturpolitischen Maßnahmen. Das bedeutet: Röpkes Schriften sind bewundernswerte Schilderungen, voll von überzeugender Kritik an gesellschaftlichen Zuständen und voll von beherzigenswerten Appellen an Menschlichkeit und Gemeinsinn. Aber als Ratgeber für die Politik sind sie nicht geeignet.

### *Alexander Rüstow*

Alexander Rüstow hat sich vor allem durch seinen Auftritt 1932 bei der Tagung des Vereins für Socialpolitik in Dresden als Neoliberaler ausgezeichnet: Er hat dort die zunehmenden staatlichen Interventionen und Subventionen kritisiert und gesagt, dass sie gewöhnlich dadurch ausgelöst würden, „dass durch irgendeine, meist von außen kommende Strukturveränderung die Konkurrenzbedingungen für irgendeinen Teil der nationalen Wirtschaft verschlechtert sind und zur Kompensation dieser Verschlechterung (...) eingegriffen wird“.<sup>103</sup>

Rüstow hat diese Eingriffe, aber auch die Laissez-faire-Haltung abgelehnt, die darauf setze, dass sich nach einer exogenen Störung des Wirtschaftsablaufs ein neuer Gleichgewichtszustand ausbilden werde. Er meinte, solche Anpassungsprozesse würden in der Regel ein lang andauerndes Elend und einen verzweifelten Existenzkampf mit sich bringen. Er verlangte, dass der Staat zu Gunsten der Betroffenen mit „liberalen Interventionen“ eingreift: Den Betroffenen dürften zwar keine Hilfen zur Erhaltung alter Strukturen gewährt werden. Sie müssten aber Hilfen zur Anpassung an die neue Situation erhalten.

Um diesem Vorschlag folgen zu können, müsste der Staat zwischen widersinnigen Erhaltungs- und sinnvollen Anpassungssubventionen unterscheiden und die Zukunftschancen von Betrieben verlässlich vorhersagen können. Erhard hielt das für unmöglich, und demzufolge hat er Rüstows Vorschlag nie aufgegriffen. Erst nach Erhards Rücktritt als Bundeskanzler wurde die Bundesregierung verpflichtet, alle zwei Jahre einen Subventionsbericht vorzulegen, in dem

101 Röpke: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, S. 24.

102 Röpke: Civitas humana, S. 79f.

103 Rüstow: Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus, in: ders.: Rede und Antwort, Ludwigsburg 1963. S. 249–258, hier 250.

die praktischen Erfahrungen mit der Rüstowschen Unterscheidung von Erhaltungs- und Anpassungssubventionen dargestellt werden.<sup>104</sup> Inzwischen hat die Bundesregierung mehr als zwei Dutzend dieser Subventionsberichte vorgelegt. Sie versucht darin – der Rüstowschen Kritik entsprechend – die gewährten Subventionen in möglichst überzeugender Weise als Anpassungshilfen zu deklarieren. Tatsache ist jedoch, dass die gewünschten Anpassungen trotz der staatlichen Beihilfen nur selten stattfinden und viele Subventionen von Jahr zu Jahr prolongiert werden und damit offensichtlich Erhaltungssubventionen sind.

Weniger bekannt als Rüstows Forderung nach „liberalen Interventionen“ ist sein Bekenntnis zum Sozialen der Sozialen Marktwirtschaft, das aus Erhards Sicht zwiespältig beurteilt werden muss.<sup>105</sup> Rüstow hat Erhard zwar ausdrücklich zugestimmt: Im Begriff der Sozialen Marktwirtschaft müsse „Sozial“ groß geschrieben werden, und nicht nur das: Sozial müsse auch „dick rot unterstrichen werden“, und man müsse alles daran setzen, dass der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft „keinesfalls zu einem neuen Etikett für die altbekannte Laissez-faire-Wirtschaftsform verkommt“.

Rüstow hat sich häufig im Sinne von Erhard für „Eigenverantwortung der Bürger“ und ein „Maximum an Selbstfürsorge“ ausgesprochen. Aber er hat das soziale Ziel der Sozialen Marktwirtschaft auch im Gegensatz zu Erhard in der Verwirklichung von Startgerechtigkeit gesehen und zwar „sowohl in Bezug auf Bildung als auch auf Vermögen und Eigentum“. Er hielt diese – wie er offen bekundet hat –, „Gerechtigkeitsforderung des Sozialismus“<sup>106</sup> für absolut gerechtfertigt und vertrat damit eine Position, die nicht nur weit über Erhards Ziel von „Wohlstand für alle“ hinausging, sondern dessen Überzeugung von freiheitlicher Politik widersprach, denn mit der Forderung nach Startgerechtigkeit ist nicht nur die denkbar am weitesten reichende Umverteilung von Eigentum und Vermögen verbunden, sondern auch eine „egalisierende Erziehung“, die Erhards Menschenbild widersprach und die er stets entschieden abgelehnt hat.

---

104 Vgl. StabWG, § 12.

105 Die Rüstow-Biographin Kathrin Meier-Rust hat zu Recht darauf verwiesen, dass Rüstows „soziales Engagement unter den Neoliberalen einzigartig war und ihn nicht nur in Konflikt mit den klassizistischen Laissez-faire-Verfechtern um Hayek, sondern auch mit Wilhelm Röpké brachte“. Meier-Rust: Alexander Rüstow. Geschichtsdeutung und liberales Engagement. Stuttgart 1993, S. 91.

106 Alexander Rüstow: Wirtschaftsordnung und Staatsform (zuerst erschienen 1951), in: ders.: Rede und Antwort, S.246.

### 2.3 Zusammenfassung

Allen im ersten Abschnitt referierten Behauptungen, Erhards Reformmaßnahmen seien 1948 maßgeblich von Wissenschaftlern beeinflusst worden, die der Freiburger Schule angehörten, liegen Überinterpretationen zugrunde:

- Adolf Lampe und Walter Eucken haben sich zu Fragen der Währungsreform zwar gutachterlich geäußert. Sie wollten Erhard beraten und haben ihm in dieser Absicht eines ihrer Gutachten geschickt. Dieses Freiburger Gutachten war für Erhard aber nur eines unter Hunderten, die ihn erreichten. Vor allem aber hatte Erhard, als es ihm zuzuging, seine Reformvorstellungen bereits in einem Gesetzentwurf niedergelegt.
- Erhard hat Eucken zu einer Sitzung der „Sonderstelle Geld und Kredit“ geladen, in der Fragen der Währungs- und Wirtschaftsreform erörtert wurden. Diese Sitzung war eine von 53, und Eucken war einer von vier zu diesem Termin geladenen Professoren. Dem Protokoll zufolge hat ein reger Gedankenaustausch stattgefunden, aber Eucken hat bei dieser Anhörung nichts vorgetragen, was Erhard hätte neu, zukunftsweisend oder bedenkenswert erscheinen können.
- Leonhard Miksch hat als Leiter der Abteilung „Preiswirtschaftliche Grundsatzzfragen“ der Verwaltung für Wirtschaft an der Formulierung des Leitsatzgesetzes mitgewirkt, das die legislative Basis für Erhards Wirtschaftsreform war. Miksch stimmte mit Erhards Reformabsichten allerdings nicht überein. Er hat seine Bedenken in einem eigenen Gutachten festgehalten und sich darin auch von Vorstellungen Euckens distanziert. Das Leitsatzgesetz hat er aufgrund von Erhards Vorgaben formuliert, wobei er nachweislich auf Bausteine aus Erhards Texten zurückgegriffen hat.
- Das erste Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats bei der Verwaltung für Wirtschaft, kurz vor der Währungsreform erstellt, spiegelt keinen liberalen Reformeifer wider. Es ist fraglich, ob die Freiburger Ordo-Liberalen in diesem Beirat – damals oder später – einen dominanten Einfluss gegenüber den sozialistisch orientierten Beiratsmitgliedern ausüben konnten.

Bei den Grundpositionen der fünf am häufigsten genannten deutschen Neoliberalen, die im zweiten Abschnitt betrachtet wurden, zeigt sich vor allem, dass diese Wissenschaftler in konkreten Fragen unterschiedliche, ja, Ansichten vertreten haben, die unvereinbar miteinander waren. Darüber hinaus enthalten die einzelnen politischen Empfehlungen auch charakteristische Schwächen:

- In Euckens „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“ wird ein „funktionsfähiger Preismechanismus“ als Grundbedingung für das reibungslose Funktionieren einer arbeitsteiligen Wirtschaft genannt. Eucken folgert daraus: „Die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz“ sei die „Kernfrage der modernen Wirtschaftspolitik“. Er nennt Prinzipien,

mit denen diese vollständige Konkurrenz seiner Meinung nach hergestellt werden kann. Diese „konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung“ beschreiben jedoch nicht die Existenzbedingungen der Marktform, die Eucken anstrebt, sondern die Voraussetzungen für strikt autonomes wirtschaftliches Handeln. Das heißt: Das von Eucken genannte Ziel kann mit den Mitteln, die er vorschlägt, nicht erreicht werden.

- Alfred Müller-Armack versteht unter Sozialer Marktwirtschaft eine Güterverteilung, die durch konsequente Umverteilung von Einkommen erreicht wird. Diese Forderung steht im Widerspruch zum marktwirtschaftlichen Prinzip leistungsgerechter Entlohnung. Müller-Armack erörtert diesen Widerspruch nicht, weil er glaubt, dass sich Korrekturen der marktwirtschaftlichen Einkommensverteilung durch „marktkonforme Maßnahmen“ bewirken lassen. Das dürfte jedoch eine Illusion sein, denn Eingriffe, mit denen Marktergebnisse verändert werden sollen, können definitionsgemäß nicht „marktkonform“ sein. Ihr Zweck ist ja gerade, Marktergebnisse direkt oder indirekt – durch Änderung der Marktbedingungen – zu ändern.
- Auch Franz Böhm findet die Verteilungsergebnisse der Marktwirtschaft korrekturbedürftig. Er distanziert sich jedoch von instrumentalenden Interpretationen der Marktwirtschaft, wie sie Müller-Armack vertritt.<sup>107</sup> Auch der – wie er sagt – „sogenannten marktkonformen Methode“ vertraut er nicht. Er glaubt vielmehr, dass sich soziale Zufriedenheit ergeben würde, wenn konsequent an einer marktwirtschaftlichen Ordnung festgehalten und ihr Zeit gegeben wird, sich bis zur vollen Blüte zu entwickeln. Böhm erörtert dementsprechend die Motive, die zu einer vorschnellen Abwendung von der marktwirtschaftlichen Ordnung veranlassen können. Er sieht sie vor allem in der weit verbreiteten Neigung, sich über politische Wege Vorteile und Privilegien zu verschaffen. Für ihn kommt es bei einer erfolversprechenden marktwirtschaftlichen Politik deshalb vor allem darauf an, den Rechtsstaat zu verteidigen, der ausschließt, dass sich Einzelne auf Kosten von anderen bereichern. Böhm fordert nachdrücklich, dieser Aufgabe uneingeschränkte Aufmerksamkeit zu widmen. Seine Gedanken ähneln in bemerkenswerter Weise den gesellschaftspolitischen Überlegungen von Ludwig Erhard.
- Die Wirtschafts- und Sozialstrukturen, die Röpke beschreibt, erscheinen überaus erstrebenswert. Er kritisiert Zustände und beschreibt ein Ideal, erwägt aber keine Maßnahmen, um das Kritisierte zu beseitigen und das Ideal zu verwirklichen.
- Zur Durchsetzung von Rüstows Forderung, die Anpassung von Unternehmen durch staatliche Subventionen zu fördern, aber keine Erhaltungssub-

---

107 Vgl. hierzu insbesondere Franz Böhm: Marktwirtschaft von links und von rechts, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Oktober 1953.

ventionen zu gewähren, müsste der Staat in der Lage sein, die Zukunftsfähigkeit wirtschaftlicher Betriebe abzuschätzen. Diese Aufgabe widerspricht sowohl marktwirtschaftlichen Überzeugungen als auch den Erfahrungen mit staatlicher Wirtschaftslenkung. Auch Rüstows Ansicht, dass eine Marktwirtschaft erst nach Herstellung von Startgleichheit zufriedenstellend funktionieren kann, lässt sich nicht in das Spektrum marktwirtschaftlicher Überzeugungen einbauen, allein schon, weil eine einmal erreichte Startgleichheit in einer Marktwirtschaft, die sich dynamisch entwickelt, kein Dauerzustand sein kann. Um sie zu erhalten, müssten fortlaufend neue Sozialisierungen und Egalisierungen durchgeführt werden.

### 3. *Kernpunkte von Erhards Sozialer Marktwirtschaft*

#### *Der sozialphilosophische Hintergrund*

In meinem Buch über Erhards Soziale Marktwirtschaft<sup>108</sup> habe ich einige auffällige Besonderheiten in Erhards politischen Stellungnahmen und seine häufig geäußerte Skepsis gegenüber Politikempfehlungen aus wirtschaftswissenschaftlichen Kreisen näher betrachtet und versucht, ihre Hintergründe auszuleuchten. Besonders aufschlussreich erscheint mir die Entdeckung, dass Erhards Denken stark von Akademikern beeinflusst wurde, die der historischen Schule der Nationalökonomie angehörten. Ich halte diese Entdeckung für den Schlüssel zum Verständnis von Erhards Ansichten und Handeln: Offensichtlich blieb Erhard diesem Denkansatz lebenslang verbunden, während sich die Ökonomie nach einem länger währenden Methodenstreit und heftigen Auseinandersetzungen über die Zulässigkeit von Werturteilen in wissenschaftlichen Argumentationen zu der wertfrei und modelltheoretisch arbeitenden Neoklassik entwickelt hat, die in der Ökonomie gegenwärtig noch immer dominiert.<sup>109</sup>

Die Nürnberger Handelshochschule, an der Erhard sein Studium als einer der ersten Studenten begann,<sup>110</sup> war insbesondere unter dem Einfluss von Wilhelm Rieger<sup>111</sup> zu einer Art Refugium, zu einer der letzten Bastionen der histo-

108 Wünsche: Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft.

109 Vgl. ebd., S. 161ff., 168ff.

110 Erhard war einer von 174 Studenten und sechs Studentinnen, die sich nach der Eröffnung der Nürnberger Handelshochschule im Oktober 1919 für das erste Semester eingeschrieben haben. Er wurde im Studentenregister mit der Matrikelnummer 9 eingetragen. Vgl. ebd., S. 121.

111 Wilhelm Rieger, der Gründungsdirektor der Nürnberger Handelshochschule, hatte Erhard zum Studium veranlasst. Erhard blieb ihm lebenslang treu verbunden und nannte ihn unter seinen akademischen Lehrern stets an vorderster Stelle. Vgl. ebd., S. 363f.

rischen Schule der Nationalökonomie geworden.<sup>112</sup> Kennzeichen der in Nürnberg vertretenen Wirtschaftslehre war, dass die untersuchten Phänomene als von Menschen gestaltet und in einem historischen Prozess gewachsen angesehen und behandelt wurden. Mit diesem Denkansatz ist eine gewisse konservative Haltung begründet, denn er gebietet Achtung des historisch Gewordenen und verlangt, dass Reformabsichten zureichend begründet werden.

Die bemerkenswerte Zurückhaltung, die Erhard bei politischen Eingriffen geübt hat – sein prinzipielles Vertrauen in die Selbststeuerungskräfte von „gesellschaftswirtschaftlichen“ Prozessen und Entwicklungen und sein notorisches In-Frage-Stellen von neoklassischen Politikvorschlägen –, ist allerdings mit einer diffusen liberal-konservativen Grundhaltung nicht hinreichend erfasst. Sie beruht letztlich darauf, dass Erhard die Kritik der historischen Schule an den zu leichtfertig in die Wirtschaftspraxis übertragenen Postulaten der klassischen Freihandelslehre präzisiert hat.<sup>113</sup> Er hat dabei insbesondere betont, dass die in der Wirtschaftspraxis oft und mit großer Selbstverständlichkeit erhobene Forderung nach „Wirtschaftsfreiheit“ einseitig sei und deshalb nicht als Prinzip einer Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik taugte, die ernsthaft freihetlichen Grundsätzen verpflichtet ist. Freiheit müsse in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gleichermaßen geachtet werden:

- Freiheit sei Ausdruck der menschlichen Würde, also ein „originäres Recht“, das jedem Menschen gleichermaßen zustehe und das nicht als ein Privileg angesehen und obrigkeitlich oder mittels demokratischer Legitimationen Einzelnen zugeteilt oder entzogen werden dürfe.<sup>114</sup>
- Freiheit sei überdies unteilbar. Sie dürfe folglich im Wirtschaftsbereich nicht anders ausgestaltet werden als in anderen Lebensbereichen. Mit diesem Argument hat Erhard in den 1950er Jahren beanstandet, dass die für den Wirtschaftsbereich reklamierte Freiheit in der Sozialpolitik allzu leichtfertig durch bürokratische Fürsorge und Betreuung ersetzt werde. Später hat er generell beklagt, dass die wachsende Fürsorge und die zunehmende Gängelung durch Gesetze und Verordnungen zur Entmündigung der Bürger führt.

---

112 Zur Gründungsgeschichte der Nürnberger Handelshochschule vgl. ebd., S. 122ff. Erhards Denken wurde in Nürnberg in erster Linie von Wilhelm Rieger, aber auch von Adolf Günther und Karl Theodor von Eheberg – von diesem auch während Erhards einsemestrigem Post-Graduierten-Studium in Erlangen – sowie später in Frankfurt am Main von Franz Oppenheimer geprägt. Der „liberale Sozialist“ Franz Oppenheimer lässt sich ohne weiteres der historischen Schule zurechnen, deren Angehörige in der Regel als „Katheder-Sozialisten“ bezeichnet werden.

113 Vgl. ebd., S. 130f.

114 In diesem Sinne hat Erhard die häufig vertretene Ansicht, dass der Staat Freiheit „gewähren“ könne, als angemäße „Berechtigung zur Zuweisung von Bewegungsspielräumen“ zurückgewiesen. Vgl. ebd., S. 372.

- Freiheit müsse überall – das heißt: selbstverständlich auch in der Wirtschaft – gewährleistet und geachtet werden. Mit dem Begriff der Wirtschaftsfreiheit werde jedoch eine zweckorientierte Interpretation von Freiheit befürwortet. Bei ihr gehe es nicht um Freiheit als solche, sondern in erster Linie um materielle Interessen, zum Beispiel um das Interesse an Wirtschaftsförderung und wirtschaftlichem Wachstum. Was im Einzelnen auch immer bezweckt werde: Jedes instrumentalisierte Bekenntnis zur Freiheit münde in politische Forderungen – entweder nach Ausdehnung oder nach Einschränkung, Kontrolle oder Regulierung von Freiheit. Wenn solchen Forderungen gefolgt werde, bedeute das, dass der Staat nicht jedermanns Freiheit schütze, sondern sie nur zweckentsprechend ausgestalte und zuteile.

### *Gesellschafts- und wirtschaftspolitische Folgerungen*

Die Grundlage von Erhards Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ist das in der historischen Schule der Nationalökonomie gepflegte Verständnis von einer freiheitlichen Gesellschaft: einer Gesellschaft, die in einem zivilisatorischen Entwicklungsprozess egoistische und selbstsüchtige Züge abgelegt und sich zu einer friedvollen Gemeinschaft „formiert“ hat.<sup>115</sup> Erhard glaubte, dass Freiheit nur in einer Gesellschaft existieren kann, in der jedem die Rücksicht auf andere und die Solidarität mit anderen selbstverständlich sind und jeder darauf bedacht ist, keinem anderen zu schaden: Individuelle Freiheit muss untrennbar mit sozialer Verantwortung verwachsen sein.<sup>116</sup>

Es lag nahe, Erhard vorzuhalten, dass seine „Formierte Gesellschaft“ ein hohes moralisches Niveau erfordere, das nur durch entschlossene obrigkeitliche Erziehungsmaßnahmen erreicht werden könne. Dieser Vorwurf war jedoch nicht zutreffend. Erhard ging realitätsnah davon aus, dass sich in modernen Gesellschaften ein ausgeprägter Drang zu eigenständiger Lebensführung sowie eine starke Abscheu entwickelt haben, sein Leben auf Kosten oder zu Lasten anderer zu führen. Dementsprechend verlangt sein Konzept keine Erziehungsmaßnahmen, sondern lediglich, dass allgemein anerkannte Verhaltensregeln vorhanden sind, die sich legislativ festhalten lassen, um mit ihnen dem Aufkom-

---

115 Aufgrund dieser Denkweise wurde die historische Schule häufig als ethisch orientierte Nationalökonomie bezeichnet. Zu Erhards „Formierter Gesellschaft“ vgl. Horst Friedrich Wünsche: Von Ludwig Erhards Sozialer Marktwirtschaft zur marktwirtschaftlichen Wirtschaftslenkung. Der Weg vom Wirtschaftswunder zur Schuldenkrise. Mit einem Exkurs über das Spektrum des Neoliberalismus zwischen Friedrich A. von Hayek und Ludwig Erhard. Fürth 2012, S. 14f.

116 In dieser Haltung spiegelt sich statt Selbstsucht und Egoismus ein naturgemäßes Streben nach Selbsterhaltung und Selbsthilfe wider.

men und der Ausbildung von sozial ignoranten Verhaltensweisen begegnen zu können.<sup>117</sup>

Erhard hat seine sozialphilosophische Position wirtschaftspolitisch konkretisiert, indem er vor allem aufgrund der Erfahrungen mit der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre die Bedingungen bedacht hat, die erfüllt sein müssen, damit es im Prinzip jedem Einzelnen möglich ist, seine Existenz eigenständig zu führen.<sup>118</sup> Aufgrund dieser Überlegungen konnte er schon bei seinen ersten Auftritten als Politiker 1948 das Programm einer „Marktwirtschaft moderner Prägung“ skizzieren: „Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht das ‚freie Spiel der Kräfte‘ und dergleichen Phrasen, mit denen man hausieren geht, sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen lässt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt und der Leistung den verdienten Ertrag zugutekommen lässt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung.“<sup>119</sup>

Erhards wirtschaftspolitische Überlegungen zielen im Kern auf eine Wirtschaftsordnung, in der es prinzipiell jedem möglich ist, am wirtschaftlichen Geschehen teilzunehmen, in der also Vollbeschäftigung herrscht. Vollbeschäftigung heißt, dass jeder, der nicht hilfsbedürftig ist, der also nicht auf die Fürsorge anderer angewiesen ist, seine Existenz durch eigenes Einkommen sichern kann. Nach Erhards Überzeugung ist mit dem Erreichen von Vollbeschäftigung auch eine leistungsgerechte Entlohnung und damit die Teilhabe aller Werktätigen an wirtschaftlichen Fortschritten garantiert, denn bei Vollbeschäftigung herrschen für die Arbeitnehmer günstige Bedingungen: Zu jeder Tätigkeit und zu jedem Arbeitsplatz gibt es leicht greifbare Alternativen. Somit besteht eine latente Bereitschaft zum Wechsel von Arbeitsplätzen. Dieser Wechselbereitschaft entspricht der Eifer der Unternehmer, Arbeitskräfte zu halten, indem ihnen höchstmögliche Löhne gezahlt und bestmögliche Arbeitsbedingungen, Fortbildungsmöglichkeiten und Ausbildungsstellen geboten werden.

Für Erhard war Vollbeschäftigung eine unverzichtbare Grundbedingung einer Wirtschaftsordnung, in der Wohlstand und soziale Sicherheit für alle gesichert sind. Er war überzeugt, dass eine marktwirtschaftliche Ordnung zur Vollbeschäftigung tendiert, wenn es gelingt, allfällige Störpotentiale auszuschalten, während staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und kreditfinanzierte

---

117 Alfred Döblin hat diese Existenzbedingung einer freiheitlichen Gesellschaft trefflich in den Pflichten gesehen und beschrieben, die ein „rechtsbildendes Volk“ empfindet. Vgl. ders.: November 1918. Band II (zuerst erschienen 1948). Berlin 1981, S. 419.

118 Vgl. Ludwig Erhard: Die Überwindung der Wirtschaftskrise durch wirtschaftspolitische Beeinflussungen (alternativer Titel: Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit), Typskripte ohne Datum (ca. 1930) im Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung.

119 Erhard: Rede auf dem 2. Parteikongress der CDU am 28. August 1948, S. 135.



staatliche Investitionen das marktwirtschaftliche System unterminieren und Vollbeschäftigung illusionär werden lassen. Um Situationen mit Massenarbeitslosigkeit ausschließen zu können, hat Erhard die Mechanik und die stör-anfälligen Punkte im wirtschaftlichen Kreislauf intensiv studiert.<sup>120</sup>

Die Erfahrung hat gezeigt, dass Erhards theoretische Erkenntnisse nicht falsch gewesen sein können: Zum einen hat er mit seiner marktwirtschaftlichen Politik unter schwierigen Bedingungen Vollbeschäftigung erreicht und danach gesichert. Er hat die Arbeitslosenquote, die 1949 weit über zehn Prozent lag, bis 1960 in stetigen Schritten auf das unvermeidliche Niveau der Fluktuations-Arbeitslosigkeit gesenkt und bei knapp einem Prozent stabilisiert. Zum anderen ist nach Erhards Rücktritt trotz staatlicher Wirtschaftsförderung und trotz vieler Beschäftigungsprogramme die Arbeitslosenquote drastisch gestiegen. Mitte der 1990er Jahre überschritt sie die Zehn-Prozent-Marke, und noch heute, zwanzig Jahre später, herrscht mit 2,6 Millionen Arbeitslosen und 4,8 Millionen nur geringfügig entlohten Beschäftigten eine beklagenswerte Situation – eine Situation, in der das Grundziel von Erhards Sozialer Marktwirtschaft unerreicht bleibt, durch Vollbeschäftigung „Wohlstand für alle“ und damit für jeden eine der menschlichen Würde entsprechende Autonomie zu garantieren.

---

120 Vgl. Wünsche: Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft, S. 406ff.

## **Der Arbeitskreis „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ und der Wissenschaftliche Arbeitskreis der CDU in der DDR (1948–1954)**

**Oliver Salten**

Zwischen 1948 und 1954 wurde die CDU in der SBZ/DDR von einer Partei mit der Ausrichtung auf einen christlich geprägten Sozialismus zu einer Blockpartei im marxistisch-leninistisch geprägten System des SED-Staates transformiert. Diese Entwicklung erfolgte auf verschiedenen Ebenen, personell, institutionell und programmatisch. Während die ersten beiden Bereiche bereits die Aufmerksamkeit der Forschung auf sich ziehen konnten,<sup>1</sup> hat der programmatische Wandel von einer christlich geprägten demokratischen Partei zu einer marxistisch-leninistisch ausgerichteten Blockpartei im SED-Staat bislang keine gesonderte Untersuchung erfahren. Dabei ist gerade dieser Aspekt überaus wichtig, da er die Identität und die Werte der Partei, ihrer Mitglieder und Anhänger betraf.

Wenn man diesen Wandel näher betrachtet, fällt rasch auf, dass zwei Arbeitskreise für diesen Prozess von zentraler Bedeutung waren, nämlich der 1949 eingerichtete Arbeitskreis „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ und der ihn im folgenden Jahr ersetzende Wissenschaftliche Arbeitskreis der CDU. Es soll daher im Folgenden erstmals auf Grundlage eines Aktenstudiums die Entwicklung dieser beiden Gremien nachgezeichnet und ihre Bedeutung für die Transformation der programmatischen Grundlagen der CDU herausgearbeitet werden.

*In der Tradition Jakob Kaisers (1948–1949)*

Die Absetzung Jakob Kaisers und Ernst Lemmers als Vorsitzende der CDU in der SBZ (Sowjetischen Besatzungszone) durch die SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) im Dezember 1947 führte innerhalb der Partei nicht nur zu einer personellen und institutionellen Krise, sondern entschied auch im Grundsatz die bislang in der Schwebe gehaltene Frage nach den programmatischen Prinzipien der CDU. Die Idee des „Christlichen Sozialismus“

---

1 Vgl. etwa Michael Richter: Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19). Düsseldorf <sup>2</sup>1991; Frank Dietze: Entscheidungsstrukturen und -prozesse in der Ost-CDU 1945–1952, in: Michael Richter/Martin Reißmann (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 2). Weimar u. a. 1995, S. 47–62.

bzw. des „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“,<sup>2</sup> die als Alternative zum marxistischen Sozialismusbegriff formuliert worden war und im Zusammenspiel mit der Vorstellung der zukünftigen Rolle Deutschlands als einer Brücke zwischen Ost und West dem sozialistisch geprägten „Zeitgeist“ entgegenkam,<sup>3</sup> war ab Mitte 1947 nicht mehr öffentlich propagiert worden. Dafür dürften verschiedene Gründe bestimmend gewesen sein.

Zum einen war es nicht gelungen, eine klare programmatische Linie für den christlichen Sozialismus zu entwickeln. Grundsätzliche Aspekte, wie sie Jakob Kaiser bereits in seiner Rede vor dem Parteivorstand der CDU in der SBZ am 13. Februar 1946 formuliert hatte,<sup>4</sup> etwa „die unabänderliche Bedeutung und Würde der Persönlichkeit“, „die Verbindung von Sozialismus und Demokratie“, eine am Gemeinwohl orientierte demokratisierte Wirtschaft bei gleichzeitiger grundsätzlicher Bejahung des Privateigentums, waren zwar unbestritten, wurden aber nicht konsequent zu einem Programm weiterentwickelt. Vor allem aber standen die maßgeblichen Vertreter der CDU in den Westzonen einer sozialistischen Konzeption zunehmend ablehnend gegenüber,<sup>5</sup> ebenso der Vatikan, der dies Kaiser im August 1947 durch den sozialpolitischen Berater Papst Pius XII., Pater Gustav Gundlach, übermitteln ließ<sup>6</sup>. Der Begriff des „Christlichen Sozialismus“ wurde damit wesentlicher Stützen beraubt und fiel als ideelles Fundament aus.

2 Was genau unter diesen Begriffen zu verstehen war, war innerhalb der Partei nicht unumstritten. Vgl. Bernd Uhl: Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland (Beiträge zu Wissenschaft und Politik 11). Mainz 1975, S. 127–151; Franz Focke: Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU. Wuppertal 1978, S. 227–235; Rudolf Uertz: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43). Stuttgart 1981, S. 67–71; Wolfgang Tischner: Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte B 90). Paderborn u. a. 2001, S. 225–227. Vgl. auch Johann Baptist Gradl: Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Köln 1981, S. 55–57.

3 Ralf Thomas Baus: Die Christlich–Demokratische Union in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 36), Düsseldorf 2001, S. 256–268. Vgl. auch Hans-Peter Schwarz: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949 (Politica 38), Neuwied u. a. 1966, S. 297–344.

4 Christlicher Sozialismus und Einheit, in: Tilman Meyer (Hg.): Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot. Eine Werktauswahl. Köln 1988, S. 212–230. Vgl. auch: Werner Conze: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949. Stuttgart u. a. 1969, S. 65–68; Focke: Sozialismus, S. 230–232.

5 Baus: Christlich–Demokratische Union, S. 264–266.

6 Tischner: Kirche, S. 233–235.

Hinzu kam, dass die SED selbst inzwischen versucht hatte, das Schlagwort „Christlicher Sozialismus“ für sich zu vereinnahmen.<sup>7</sup> Im Juni 1946 wurde die „Kommission Kirche und Religion“ gegründet, später umbenannt in „Kommission Kirche und Christentum“, deren Mitglieder hauptsächlich aus dem protestantisch geprägten „Bund der religiösen Sozialisten“ stammten und durch die Zwangsvereinigung von SPD und KPD im April 1946 aus der SPD in die SED gelangt waren. Mittels einer Kampagne wurde insbesondere im Vorfeld der Landtagswahlen 1946 der christliche Sozialismus der CDU scharf angegriffen und die Vereinbarkeit von Christentum und Marxismus betont. Die Kommission scheint 1949 oder 1950 im Rahmen der Stalinisierung der SED aufgelöst worden zu sein.

Der Koordinationsausschuss unter Hugo Hickmann und Otto Nuschke, der nach dem Sturz Kaisers auf Anweisung der SMAD die Führung der CDU in der SBZ übernommen hatte,<sup>8</sup> stand also nicht nur vor dem Problem, sich innerparteilich Autorität zu verschaffen, sondern musste der desorientierten Partei auch eine politische Richtung weisen. Nachdem Hugo Hickmann vor dem sächsischen Landesvorstand bereits am 6. Februar 1948 betont hatte, dass man der Linie des christlichen Sozialismus treu bleiben werde,<sup>9</sup> bemühte man sich auch parteiöffentlich mittels eines Artikels im Funktionärsmagazin „Union teilt mit“ (Utm) im März 1948 klar Position zu beziehen<sup>10</sup>. Innerhalb des Vorstandes sei wieder das Bekenntnis zu einem Sozialismus aus christlicher Verantwortung laut geworden. Man müsse in „einen echten geistigen konstruktiven Wettbewerb mit den Kräften des Marxismus treten“, damit klar werde, welcher Bewegung das deutsche Volk mehrheitlich zuneige. Gleichzeitig müsse klar sein, dass Frieden und Wohlergehen nur über eine Verständigung mit den Westmächten, aber insbesondere auch mit der Sowjetunion zustande kämen. Es wurde deutlich, dass Hickmann und Nuschke sich darum bemühten, innerhalb der Partei als legitime Sachwalter der ursprünglichen Konzepte Kaisers zu erscheinen, die den Sozialismus aus christlicher Verantwortung und die „Brückenkonzeption“ weiterhin vertraten und es ablehnten, sich „ausschließlich auf einen Gegensatz, auf eine Negation“ auszurichten.

Da die genauen Inhalte eines „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“, der als Begriff endgültig an die Stelle des „Christlichen Sozialismus“ getreten war, jedoch weiterhin unklar blieben, war es dringend geboten, verbindliche

7 Zum Folgenden ebd., S. 229–233.

8 Richter: Ost-CDU, S. 35–36.

9 Mitschrift der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes mit den Kreisverbandsvorsitzenden am 6. Februar 1948 in Dresden, in: Archiv für Christlich–Demokratische Politik (ACDP) Nachlass Johann Baptist Gradl 01–294–023/1.

10 Unbeirrbar sozialistisch, in: Union teilt mit, Nr. 3, März 1948, S. 1–2.

Aussagen in dieser Hinsicht zu treffen.<sup>11</sup> Hier trat nun Gerhard Desczyk (1899–1983) in den Vordergrund. Desczyk, der vor 1933 1. Landessekretär der sächsischen Zentrumspartei gewesen war und 1945 Abteilungsleiter für Kultur in der Hauptgeschäftsstelle der CDU in Berlin wurde, hatte bereits 1946 die Ausarbeitung einer relativ umfangreichen Abhandlung mit dem Titel „Grundbegriffe des christlichen Sozialismus“ unternommen.<sup>12</sup> Deren Grundgedanken verwendete er für ein Referat vor dem Landesparteitag der CDU Thüringen am 22. Mai 1948, das bald darauf als Broschüre unter dem Titel „Sozialismus des christlichen Arbeiters“ erschien.<sup>13</sup>

Gemäß seinen Ausführungen wäre auf dem „Fundament des sozialen Rechtsstaates, der die demokratischen Grundrechte, insbesondere das Recht auf Leben, Arbeit und Freiheit“ verwirkliche, eine Demokratisierung der Wirtschaft durchzuführen, in deren Rahmen nicht nur die Mitbestimmung der Arbeiter, sondern auch genossenschaftliche Formen der Betriebsleitung verwirklicht werden könnten. Dabei betonte Desczyk jedoch ebenfalls die Bedeutung des Privateigentums, solange dieser Eigentumsbegriff nicht übersteigert sei. Er sah fundamentale Unterschiede zwischen dem marxistischen und dem christlichen Sozialismusbegriff, insbesondere lehnte er die Idee des Klassenkampfes ab. Gleichzeitig betonte er den christlichen Ursprung des Begriffes „Sozialismus“, der von den Marxisten einfach übernommen worden sei. Einer Zusammenarbeit mit dem Marxismus stand er grundsätzlich positiv gegenüber, da man eine Synthese zwischen westlichen und östlichen Ideen erlangen und so die Einheit Deutschlands sichern müsse. Desczyk sah die Verfassung der Sowjetunion als Vorbild in den Bereichen der Verwirklichung der Grundrechte und der Verwaltung der Produktionsmittel an.

Desczyk versuchte die Konzeption Kaisers aus dem Jahr 1946 im Wesentlichen zu adaptieren, insbesondere den Gedanken der Synthese von Ost und West. Er versuchte Christentum und Sozialismus mit einem historischen Verweis zu versöhnen und gleichzeitig die Christen als ursprüngliche Ideengeber dieses Begriffes darzustellen. Da er jedoch gleichzeitig die Vorbildfunktion der Verfassung der Sowjetunion in zwei zentralen Bereichen herausstellte, wird das schwierige Spannungsverhältnis zwischen Besatzungsmacht auf der einen und einer kritischen CDU-Basis auf der anderen Seite deutlich.

11 Diese Forderung wurde auch in den Ausschüssen des Hauptvorstandes aufgestellt, Vgl. Die Arbeit der Ausschüsse, in: Utm, Nr. 4, April 1948, S. 11.

12 Grundbegriffe des christlichen Sozialismus, in: ACDP Bestand CDU in der SBZ/DDR 07–011–1721; vgl. auch Uhl, Idee, S. 133–136. Dieses Papier, dem beiliegenden Anschreiben nach zu urteilen auf eigene Initiative entstanden, blieb bis 1948 die einzige nachweisbare Abhandlung Desczyks zu diesem Thema.

13 Sozialismus des christlichen Arbeiters (Rüstzeug der Union), in: ACDP 07–011–0878. Zum Landesparteitag vgl. Richter: Ost-CDU, S. 84–85.

Die grundsätzliche Kontinuität zu den Auffassungen Jakob Kaisers kam auch in dem vom Erweiterten Parteivorstand am 29. Juli 1948 verabschiedeten Wirtschafts- und Sozialprogramm zum Ausdruck, in dem man „keine autokratische Befehlswirtschaft, sondern eine gelenkte Bedarfswirtschaft“ forderte. Es war in Auseinandersetzung mit dem Zweijahresplan der SED entstanden und befand sich mit seinen Forderungen nach Wirtschaftsplanung unter Einbeziehung genossenschaftlicher Organisation bei gleichzeitiger Achtung des Privateigentums eindeutig in der Tradition des Sozialismusbegriffes Kaisers und Desczyks.<sup>14</sup>

Die Konzentration auf wirtschafts- und sozialpolitische Fragen brachte jedoch auf Dauer keine befriedigende Antwort auf die Frage, welche grundlegenden programmatischen Vorstellungen sich mit dem Sozialismus aus christlicher Verantwortung verbanden. Auf dem 3. Parteitag 1948 in Erfurt wurde der Vorstand endlich beauftragt, ein Parteiprogramm zu erarbeiten.<sup>15</sup> In diesen Zusammenhang ist wohl auch ein Beitrag des katholischen Chemnitzer Pfarrers Ludwig Kirsch im Zentralorgan „Neue Zeit“ vom 28. November 1948 zu verorten, mit dem die Diskussion über einen Sozialismus aus christlicher Verantwortung erstmals offensiv in die Basis hineingetragen wurde.<sup>16</sup> Kirsch fasste nochmals die Grundgedanken des Desczyk-Vortrages vom Mai des Jahres zusammen und betonte ausdrücklich die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den Marxisten.

Um der programmatischen Unsicherheit bis zur Fertigstellung des Parteiprogramms Herr zu werden, wurde Pfarrer Kirsch noch ein zweites Mal aktiv. Am 28. März 1949 verabschiedete eine Kommission seines Kreisverbandes Chemnitz-Stadt Leitsätze zum Sozialismus aus christlicher Verantwortung, die sich an den bereits bekannten Grundlinien orientierten und in der Forderung nach „Freiheit im geistigen, Gleichheit im politischen, Brüderlichkeit im wirtschaftlichen Leben für alle Staatsbürger“ kulminierten. Bemerkenswert ist die Absage an das sowjetische Sozialismusmodell: „Unser Sozialismus kopiert nicht fremde, sondern entwickelt die unserer deutschen Wirtschaftsstruktur und Geistesart entsprechende Wirtschaftsform; er ist ein Sozialismus ohne Extreme.“<sup>17</sup> Bereits einen Tag später übersandte Kirsch die Leitsätze an Generalsekretär Georg Dertinger mit der Frage, ob man nicht eine Druckfassung davon herstellen könne, um den Parteimitgliedern einen Anhaltspunkt für Dis-

14 Das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Union, in: Utm Nr. 8, August 1948, S. 5–8. Vgl. auch Zum Zweijahresplan der SED, in: ebd., S. 9–10; Richter, Ost-CDU, S. 112–114.

15 Erfurt 1948. Die 3. Jahrestagung der Christlich-Demokratischen Union. Berlin 1949, S. 130–131; Richter: Ost-CDU, S. 125.

16 Ludwig Kirsch: Christentum und Sozialismus, in: Neue Zeit vom 28. November 1948. Das Engagement von Kirsch war innerhalb der katholischen Kirche nicht unumstritten, vgl. Tischner: Kirche, S. 239–240.

17 Leitsätze zum Sozialismus aus christlicher Verantwortung, in: ACDP 07–011–0878.

kussionen an die Hand zu geben.<sup>18</sup> Dertinger selbst scheint die Herausgabe eines solchen Handzettels so lange verzögert zu haben, bis die ganze Sache unter den Tisch fiel.<sup>19</sup> Über die Gründe kann man nur Mutmaßungen anstellen. Möglicherweise wollte man eine Präjudizierung gewisser grundlegender Aussagen zum Wirtschaftsmodell verhindern, nicht nur in Bezug auf das Parteiprogramm, sondern auch im Rahmen der Diskussion über den Ende Mai vom Deutschen Volkskongress beschlossenen Verfassungsentwurf, an dessen Erarbeitung Dertinger beteiligt war.<sup>20</sup> Es kam hinzu, dass Ende 1949 der Entwurf des Parteiprogramms, in dem immerhin der Sozialismus aus christlicher Verantwortung als ein Leitbild erwähnt wurde, aufgrund der zunehmenden Einschränkungen, denen die CDU durch SED und Sowjets unterworfen war, nicht mehr öffentlich vertreten werden konnte, und sang- und klanglos ad acta gelegt wurde.<sup>21</sup>

Die Kehrseite dieses Vorgehens bestand jedoch darin, dass fast zwei Jahre nach dem Sturz Jakob Kaisers noch immer Unklarheiten über die genauen Inhalte des Begriffes „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ herrschten. Dies nötigte zumindest den Landesverband Thüringen zur Selbsthilfe. Im Oktober 1949 brachte man ein eigenes Heft zu diesem Thema heraus, das den Mitgliedern und Teilnehmern an Bildungsveranstaltungen in knappen Stichworten die Grundzüge des Sozialismus, die Spezifika des Sozialismus aus christlicher Verantwortung und seine Auswirkungen, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, erklärte.<sup>22</sup> In einem Anhang wurden als Gegenüberstellung auch Grundbegriffe des Marxismus kurz angerissen.<sup>23</sup>

Die Parteileitung erfuhr erst Ende Dezember durch ein Schreiben des Landwirtes Johannes Oertel aus Gera von dieser Broschüre.<sup>24</sup> Oertel fürchtete, dass

18 Schreiben des Kreisverbandes Chemnitz-Stadt an das Reichsgeneralsekretariat der CDU vom 29. März 1949, in: ACDP 07-011-0878.

19 Dies geht aus einem Schreiben des Kreisverbandes Chemnitz-Stadt an das Reichsgeneralsekretariat vom 14. Juni 1949 hervor, worin sich Ludwig Kirsch darüber beschwerte, dass Dertinger bis zur Hauptvorstandssitzung am 25. Mai keinen Versuch unternommen hätte, diese Handzettel herauszubringen. ACDP 07-011-0878.

20 Peter Joachim Lapp: Georg Dertinger: Journalist – Außenminister – Staatsfeind. Freiburg u. a. 2005, S. 95.

21 Peter Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation. Als CDU-Politiker in Brandenburg 1945–1950. Hg. von Siegfried Suckut. Köln 1986, S. 149; Richter: Ost-CDU, S. 209–210.

22 CDU-Landesverband Thüringen: Sozialismus aus christlicher Verantwortung (Thüringer Nachschlagehefte 1). Weimar 1949.

23 Martin Reißmann: Kaderschulung in der Ost-CDU 1949–1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 27). Düsseldorf 1995, S. 90.

24 Schreiben von Oertel an die Hauptgeschäftsstelle vom 28. Dezember 1949, in: ACDP 07-011-0878. Oertel war nach Auskunft der Personenkartei der Exil-CDU zweiter Vorsitzender des Kreisverbandes Gera. Vgl. Karteikarte Oertel, in: ACDP Bestand Exil-CDU 03-013-803.

das Heft der CDU „großen politischen Schaden“ zufügen könnte und forderte den Einzug desselben. So kritisierte er etwa die „ungeschickten und unzulänglichen Formulierungen“ und die fehlende Abgrenzung vom Kapitalismus. Eine Bezugnahme der Broschüre auf Verwirklichung des christlichen Sozialismus in der britischen Labour Party oder in Parteien Frankreichs und Italiens könne so verstanden werden, dass die CDU sich mit diesen Parteien verbunden fühle. Letztlich sei der Inhalt des Heftes „kümmerlich“ und biete „Steine statt Brot“, zum Teil zeige es sogar „deutlich reaktionäre Tendenzen“. In ihrer Antwort wiegelte die Parteileitung ab.<sup>25</sup> Immerhin nahm der Politische Ausschuss das Heft zum Anlass, am gleichen Tag einen Beschluss zu fassen, wonach alle Broschüren, die von Landes- oder Kreisverbänden herausgegeben würden, und die keine inneren Fragen eines Landes behandelten, vorher mit der Hauptgeschäftsstelle abgesprochen werden müssten.<sup>26</sup> Die unglücklichen Formulierungen seien nicht aufgrund einer Einstellung des Autors entstanden, sondern auf Einbeziehung veralteter Beschlüsse zurückzuführen. Man wollte daher die Broschüre nicht einziehen, sondern mit einer Beilage ergänzen, die einige Richtigstellungen beinhalten sollte. Der Landesverband stellte sich dagegen auf den Standpunkt, dass es keine Unzulänglichkeiten in dem Heft gebe und weigerte sich, die inkriminierten Formulierungen zurückzuziehen, was dazu führte, dass die Verbreitung außerhalb Thüringens faktisch untersagt wurde.<sup>27</sup>

*Der Arbeitskreis „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ (1949–1950)*

Die Gefahr war also gegeben, dass die untergeordneten Verbände die fehlenden programmatischen Vorgaben selbst zu füllen versuchten und so ein Eigenleben entwickelten. Auf dem 4. Parteitag im November 1949 in Leipzig wurde daher dem Sozialismus aus christlicher Verantwortung fast ein gesamter Beratungstag eingeräumt.<sup>28</sup> Die Beiträge dazu waren weniger eine programmatische Diskussion, was sie nach Lage der Dinge auch gar nicht sein konnten, als vielmehr, wie auch im Protokoll so bezeichnet, eine Aussprache zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.<sup>29</sup> Von grundsätzlicherer Bedeutung war aber ein

25 Schreiben der Hauptgeschäftsstelle an Oertel vom 4. Januar 1950, in: ACDP 07–011–0878. Vgl. ACDP 07–011–0484.

26 Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses vom 4. Januar 1950 mit dort beschlossener Vorlage für den Hauptvorstand, in: ACDP 07–011–0484.

27 Schreiben des Landesverbandes Thüringen an die Hauptgeschäftsstelle vom 10. Januar 1950 und Antwortschreiben vom 17. Januar 1950, in: ACDP 07–011–0878.

28 Bewährung und Verantwortung für Deutschland. Reden und Beschlüsse der 4. Jahrestagung der CDU am 12. und 13. November 1949 in Leipzig. Berlin o. J.

29 Herauszustellen ist hier der Einführungsvortrag von Arbeits- und Gesundheitsminister Luitpold Steidle, in dem er klarstellte, dass das Programm der CDU ein sozialistisches Programm sei. Zwar lehnte er den marxistischen Grundsatz des Primats der Materie über den Geist ab, wertete aber gleichzeitig Begriffe wie Kollektivierung, Aktivistenbewe-



verspätet eingegangener Antrag des Kreisverbandes Bitterfeld auf Einrichtung eines Ausschusses „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“, der dem Begriff „konstruktiven Inhalt“ geben sollte.<sup>30</sup>

Auch wenn kein formeller Beschluss gefasst wurde, nahm man die Anregung rasch auf. Bereits am 28. November 1949 traten die Landesgeschäftsführer zu einer Sitzung unter der Leitung von Generalsekretär Gerald Götting und Desczyk zusammen. Es wurde beschlossen, dass die Landesverbände bis zum 20. Dezember Vertreter benennen sollten, wobei diese „Männer und Frauen der sozialen Praxis“ sein sollten.<sup>31</sup> Vollmundig wurde daher in der Utm vom Dezember auch mitgeteilt: „Die Vitalität und Lebendigkeit der CDU wird sich an der fruchtbaren Diskussion über den Sozialismus aus christlicher Verantwortung erweisen.“<sup>32</sup>

Der Optimismus war jedoch verfrüht. Auf einer Sitzung des Politischen Ausschusses am 11. Dezember 1949 kam es zu einem massiven Zerwürfnis zwischen Desczyk und Götting wegen der Eingriffe des letzteren in die Arbeit des Programmausschusses, so dass Desczyk von dessen Vorsitz zurücktrat.<sup>33</sup> Dies scheint auch auf den Arbeitskreis Auswirkungen gehabt zu haben, der in den nächsten Monaten offenbar keine Aktivitäten entfaltete. Hinzu kam, dass der Landesverband Thüringen, offenbar noch immer verstimmt über das Verhalten der Hauptgeschäftsstelle bezüglich der Broschüre, sich weigerte, Mitglieder für den Arbeitskreis zu benennen, so dass die Hauptgeschäftsstelle dies Anfang Mai selbst übernahm.<sup>34</sup>

Wiederum war es Desczyk, der sich programmatisch äußerte, um den Stillstand in dieser Frage zu überwinden. Am 13. Februar 1950 hielt er vor der CDU-Betriebsgruppe Ministerien einen Vortrag mit dem Titel: „Sozialismus

---

gung, Nationalpreise und Freundschaft zur Sowjetunion in einem positiven Sinne. Er regte an, dass man „viele Beschlüsse und Verlautbarungen unserer Partei der letzten Jahre jetzt einmal gründlich überholen und auf die neue Zeit einstellen“ müsse. Vgl. Luitpold Steidle: *Deutsche Not und ihre Überwindung*, ebd., S. 67–87.

30 Ebd., S. 107. Im stenografierten Wortprotokoll spricht der Präsident des Parteitages, Hugo Hickmann, nur von einer „Anregung“. Vgl. Bericht über die 4. Jahrestagung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, S. 146, ACDP 07–011–0719. Antrag des Kreisverbandes Bitterfeld an die Zonenleitung vom 12. November 1949, ebd. Ob die Initiative zu diesem Antrag tatsächlich aus Bitterfeld kam oder vielleicht ihren Ursprung woanders hatte, möglicherweise in Götting, der ebenfalls aus dem Landesverband Sachsen-Anhalt stammte, lässt sich nicht klären.

31 Protokoll der Sitzung der Landesgeschäftsführer am 28. November 1949, in: ACDP 03–013–339/2.

32 Die Arbeit der CDU im Dezember, in: Utm, Nr. 12, Dezember 1949, S. 8.

33 Richter: Ost-CDU, S. 214.

34 Schreiben der Hauptgeschäftsstelle am den Landesverband Thüringen vom 4. Mai 1950, in: ACDP 07–011–0878.

aus christlicher Verantwortung“.<sup>35</sup> Erneut betonte er die christlichen Wurzeln der Idee des „Sozialismus“. Entsprechend seien auch die Grundforderungen, die ein Christ an die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung stelle und die sich in der christlichen Verantwortung niederschlugen: Wahrung der Würde des Menschen als Ebenbild Gottes, Bestimmung des Gemeinschaftslebens durch Gerechtigkeit und Frieden sowie Wahrung von Ehrfurcht und sinnvoller Pflege gegenüber den Naturkräften. Desczyk ging sogar so weit festzustellen, dass „der dialektische Prozess der Ablösung von Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen, den der historische Materialismus lehrt, ja erst dort einsetzt, wo das Christentum zur Wirkung gekommen ist“, sah also im Christentum eine Voraussetzung wie auch ein Verbindungsglied zur marxistischen Ideologie. Bezüglich der praktischen Umsetzung dieser Gedanken in der DDR verwies Desczyk auf die Präambel der Verfassung. Er kam zu der Feststellung: „Man könnte diese Präambel geradezu ein abgekürztes Programm des Sozialismus aus christlicher Verantwortung nennen.“ Dazu zählten für ihn vor allem die Herstellung eines Einklangs der Menschenwürde mit sozialer Gerechtigkeit und Verpflichtung. Bezüglich der Wirtschaftsordnung gelte es, ein harmonisches Zusammenwirken von volkseigenem und Privatbesitz zu ermöglichen.

Desczyks Gedanken unterschieden sich zum Teil sehr von denen, die er im „Sozialismus des christlichen Arbeiters“ geäußert hatte.<sup>36</sup> Nicht nur bewies er gegenüber dem historischen Materialismus eine gewisse Flexibilität, er stellte vor allem die DDR als Erbauerin eines Sozialismus dar, dem alle Christen guten Gewissens folgen konnten. Mit diesem Bekenntnis versuchte er offenbar Hoffnungen von Gegnern bzw. Befürchtungen von Anhängern des SED-Regimes zu zerstreuen, dass die CDU bei einem möglichen Sieg bei den Volkskammerwahlen 1950 einen anderen Kurs einschlagen könne.<sup>37</sup> Damit legitimierte er zwar die Gründung der DDR als wünschenswerte Folge eigener Ideen, wich aber auch gleichzeitig einer klaren Definition des „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ aus.

Da der Parteitag 1950 immer näher rückte, machte das Brachliegen des Arbeitskreises, von dem man sich so viel erhofft hatte, schließlich sogar das Ein-

35 ACDP 07-011-0484. Vgl. auch den Abdruck des Vortrages in: Utm, Nr. 3, März 1950, S. 1-13.

36 Konsequenterweise wurde dieses Heft neben anderen am 21. Februar 1950 durch den Politischen Ausschuss im Rahmen einer „Überprüfung des parteiamtlichen Schrifttums“ als „inhaltlich z. T. überholt“ bezeichnet und durfte nur noch von solchen „Freunden“ benutzt werden, die sich durch aktuelles Schrifttum auf dem Laufenden gehalten hatten, also letztlich nur von politisch zuverlässigen CDU-Mitgliedern. Vgl. Entwurf des L-Rundschreibens Nr. 4/1950 für die Sitzung des Politischen Ausschusses am 21. Februar 1950, in: ACDP 07-011-0484.

37 Die Aussagen Desczyks standen im Einklang mit der „Hinhalte- und Vertröstungstaktik“, die die CDU im Hinblick auf die Wahlen verfolgte. Vgl. Dietze: Entscheidungsstrukturen, S. 59.

greifen des Politischen Ausschusses notwendig. Auf der Sitzung am 14. März 1950 forderte Otto Nuschke, der sich aus programmatischen Fragen ansonsten heraushielt, Desczyk im Namen des Ausschusses auf, den Arbeitskreis rasch einzuberufen.<sup>38</sup> Ende März 1950 stellte Desczyk gegenüber Götting in Aussicht, den Arbeitskreis im April einzuberufen und empfahl als Diskussionsbasis die Thesen seines Vortrages vom 13. Februar.<sup>39</sup> Diese Planung musste jedoch zurückgestellt werden. Am 2. Mai tagte wiederum der Politische Ausschuss, der einen Beschluss fasste, der die Aufgaben des Arbeitskreises veränderte. Die Arbeit am Programmwurf wurde endgültig eingestellt, stattdessen sollte der Arbeitskreis nach Möglichkeit bis zur Sitzung des Hauptvorstandes am 16. Mai 1950 Thesen erarbeiten, die anstelle des Entwurfes gelten könnten.<sup>40</sup>

Es ist durchaus wahrscheinlich, dass sich dahinter ein taktisches Manöver Göttings verbarg. Seit Beginn des Frühjahrs 1950 kam es zu massiven Reibereien zwischen ihm und Nuschke in der Frage nach der Teilnahme der CDU an einer Einheitslistenwahl. Um Druck auf Nuschke auszuüben, wurde Götting durch die Sowjets veranlasst, willkürlich zusammengesetzte Frauen- und Jugendgruppen zu mobilisieren und als angebliche Repräsentanten der Basis Resolutionen in ihrem Sinne beschließen zu lassen.<sup>41</sup> So fand am 22. und 23. April 1950 in Leipzig eine Tagung junger CDU-Mitglieder statt, bei der neben Götting und Dertinger unter anderem auch der FDJ-Vorsitzende Erich Honecker referierte.<sup>42</sup> In diesem Zusammenhang dürfte auch ein Antrag der Landesdelegation Mecklenburg entstanden sein, der dem Politischen Ausschuss am 2. Mai 1950 vorlag. Darin wird unter anderem gefordert, dass das Parteiprogramm zwar „nicht in Vergessenheit geraten“ dürfe, aber es sollten auch „geeignete, auf wissenschaftlicher Grundlage beruhender Arbeiten über die Bedeutung unserer Weltanschauung für die Entwicklung der Kultur und Gesellschaft geschaffen werden“, um der marxistisch geprägten Sichtweise etwas entgegensetzen zu können.<sup>43</sup> Mit der Neudefinition der Aufgaben des Arbeitskreises und der Vertagung des Parteiprogramms auf unbestimmte Zeit machte man deutlich, dass nun die Erarbeitung einer wissenschaftlichen Begründung der Grundpositionen des Sozialismus aus christlicher Verantwor-

38 Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses vom 14. März 1950, in: ACDP 07–011–1217.

39 Aktennotiz von Desczyk an Götting vom 27. März 1950, in: ACDP 07–011–0878.

40 Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses vom 2. Mai 1950, in: ACDP 07–011–1217.

41 Richter: Ost-CDU, S. 244–245.

42 CDU-Jugend arbeitet aktiv mit, in: Neue Zeit vom 23. April 1950; CDU-Jugend für Frieden und Fortschritt, in: Neue Zeit vom 25. April 1950. Vgl. auch die Resolution der Tagung: CDU-Jugend bekennt sich zum Frieden und Fortschritt, in: Utm, Nr. 4, April 1950, S. 15–16.

43 Antrag der Landesdelegation junger Unionsmitglieder, in: ACDP 07–011–0484.

tung im Vordergrund stand,<sup>44</sup> die nach außen als Loyalitätsbekundung gegenüber der DDR, nach innen aber als plausible Synthese ansonsten antagonistischer Positionen von Christentum und Sozialismus verstanden werden konnte. Götting erhielt sich seine Flexibilität, um auf alle politischen Eventualitäten vorbereitet zu sein.

Am 10. Mai 1950 trat endlich der Arbeitskreis zusammen. Götting selbst nahm nicht am Arbeitskreis teil, dafür waren zwei seiner engen Weggefährten unter den Eingeladenen. Zum einen der Potsdamer Bürgermeister und spätere Landesvorsitzende von Brandenburg, Hermann Gerigk, zum anderen der spätere Vorsitzende des Bezirksverbandes Rostock, Otto Sadler.<sup>45</sup> Sie waren jedoch nicht auf der ersten Sitzung vertreten und sind auf einer späteren Teilnehmerliste durchgestrichen.<sup>46</sup> Von den übrigen Mitgliedern sind neben dem bereits genannten Johannes Oertel noch Rudolf Karisch und Wilhelm Kufner erwähnenswert. Karisch aus dem Kreis Meißen war zwar Referent an der Parteischule Friedersdorf, bewahrte sich aber seinen kritischen Geist und musste 1952 aus der DDR fliehen. Kufner war Mitglied des Kreisvorstandes von Arnstadt und wurde aufgrund seiner kritischen Haltung im Oktober 1950 verhaftet.<sup>47</sup> Gemäß dem knappen Protokoll der Sitzung hielt Desczyk zunächst einen einleitenden Vortrag, dem sich eine Diskussion über die Möglichkeiten anschloss, die Auffassung der CDU vom Sozialismus darzustellen.<sup>48</sup> Der Thesenentwurf, der vor allem auf dem zusammenfassenden Abschnitt von Desczyks Vortrag vom 13. Februar 1950 beruhte, welcher einige Änderungen erfuhr, in der Grundaussage aber bestehen blieb, stand unter der Überschrift „Grundsätze zur sozialistischen Gestaltung der Gesellschaftsordnung“. Hinzugefügt wurden ein Absatz, der die Verfassung der DDR als Entsprechung der

44 Dass die Klärung des Begriffes „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ unter wissenschaftlichen Aspekten erfolgen müsse, hatte Desczyk bereits früher deutlich gemacht. Vgl. Schreiben an Hans Höpfner vom 31. März 1950, in: ACDP 07–011–0878.

45 Liste der gemeldeten Teilnehmer für den Arbeitskreis „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ vom 6. März 1950 und Verteilerliste für die Einladung vom 3. Mai 1950, in: ACDP 07–011–0878.

46 Teilnehmerliste des Arbeitskreises vom 24. Mai 1950, in: ACDP 07–011–0878. Die Gründe dafür müssen offen bleiben. Auf derselben Liste erscheint aber als Vertreter der Jugend auch der Jugendreferent des Landesverbandes Mecklenburg, Hans-Georg Schöpf, ein Mann der voll auf der Linie Göttings gestanden haben dürfte und der aktiv an den Sitzungen teilnahm. Vgl. Protokoll über die Sitzung des Arbeitskreises „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ am 17. Juni 1950, in: ACDP 07–011–1028; Karteikarte zu Hans-Georg Schöpf in: ACDP 03–013–808.

47 Karteikarte zu Rudolf Karisch in: ACDP 03–013–756; Karteikarte zu Wilhelm Kufner in: ACDP 03–013–746; Günter Buchstab (Hg.): Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation [Düsseldorf 1998], S. 188–189.

48 Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ am 10. Mai 1950, in: ACDP 07–011–1028.

Forderungen des Gründungsaufufes des CDU vom 26. Juni 1945 bezeichnete, sowie eine Sozialismusdefinition, wonach darunter „Plan und Verwirklichung einer Gesellschaftsordnung, die die Lebensrechte der Gemeinschaft mit denen des Einzelnen in Einklang bringt, jedem ein gleiches Maß von Freiheit sichert und der Würde eines jeden Menschen gerecht wird“, verstanden werde.<sup>49</sup>

In der folgenden Sitzung des Erweiterten Hauptvorstandes wurden diese Thesen jedoch teilweise scharf kritisiert. So bezeichnete Wilhelm Bachem, Staatssekretär im Verkehrsministerium, sie als „verhältnismäßig dürftig“ und Hans-Paul Ganter-Gilmans, Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, sah den fünften Abschnitt, der sich mit der Wirtschaftsstruktur befasste, gar als „vollkommen unbrauchbar“ an und nahm für die Gesamtheit der Thesen „eine Fortsetzung des v. d. Gablentz’schen Gedankens“ an.<sup>50</sup> Desczyk verwahrte sich gegen diese Anschuldigung und betonte, dass die Thesen nur eine Grundlage darstellten, die weiter ausgebaut werden könne. Unterstützung erhielt er unter anderem vom kommissarischen Landesvorsitzenden von Sachsen, Otto Freitag, und dem thüringischen Landesvorsitzenden Walther Rücker.<sup>51</sup> Die Vorlage wurde letztlich nach der Umstellung einer These bei einer Gegenstimme angenommen.<sup>52</sup>

Die Vorgänge zeigen sehr deutlich die schwierige Lage, in der sich Desczyk befand. Einmal erwartete man vom Arbeitskreis Vorlagen zur Verwendung in der politischen Bildungsarbeit, um die Mitglieder mit den Konzepten der Partei vertraut zu machen und zukünftiges Leitungspersonal zu rekrutieren,<sup>53</sup> weiterhin geeignete Vorlagen für die Neuaufnahme der Arbeit am Parteiprogramm und schließlich eine möglichst fundierte wissenschaftliche Klärung der Vereinbarkeit von Christentum und Sozialismus<sup>54</sup>. Zunehmend wurde deutlich,

49 Vorlage für die Sitzung des Erweiterten Hauptvorstandes am 16. Mai 1950, ebd.

50 1947 war ein Arbeitskreis unter der Leitung des Politikwissenschaftlers Otto-Heinrich von der Gablentz zusammengetreten, der sich mit dem Verhältnis von Sozialismus und Christentum befasste. Desczyk hatte gemäß Teilnehmerliste und Protokollen jedoch nicht daran teilgenommen, vgl. ACDP Nachlass Otto-Heinrich von der Gablentz 01-155-022/4.

51 Wortprotokoll der Sitzung des Erweiterten Hauptvorstandes am 16. Mai 1950, in: ACDP 07-011-2041.

52 Protokoll der Sitzung des Erweiterten Hauptvorstandes am 16. Mai 1950, in: ACDP 07-011-1217. Vgl. auch: Rißmann: Kaderschulung, S. 131, Anm. 238.

53 Zur Lage der innerparteilichen Bildungsarbeit zu dieser Zeit vgl. Rißmann: Kaderschulung, S. 83-94.

54 Die vorrangig wissenschaftliche Ausrichtung bemängelte der Kreisverband Chemnitz-Land im Juni 1950. Da sich die Mitglieder des Arbeitskreises nur aus Intellektuellen zusammensetzen würden, forderte man eine Erweiterung „um Unionsmitglieder aus den Kreisen bewährter Aktivisten und Vorsitzende der Betriebsgruppen, sowie um einige Landesreferenten des Arbeitskreises Gewerkschaftsfragen“. Vgl. Schreiben des Kreisverbandes Chemnitz-Land an den sächsischen Landesvorstand vom 7. Juni 1950, in: ACDP 07-011-0878. Vgl. auch Abschrift des Schreibens des Kreisverbandes Chemnitz-Land an

dass Erfolg oder Misserfolg des Arbeitskreises auch Auswirkungen auf seine eigene Stellung innerhalb der Partei haben konnten.

Entsprechend arbeitsam ging man in der nächsten Sitzung am 17. Juni 1950 zu Werke. Desczyk betonte, dass die vom Arbeitskreis erarbeiteten Leitsätze dem kommenden Parteitag vorgelegt werden sollten. Es wurde beschlossen, dass die Teilnehmer Ausarbeitungen zu Einzelfragen, vor allem in wirtschaftspolitischer Hinsicht, bis zur nächsten Sitzung am 15. Juli 1950 fertigstellen sollten.<sup>55</sup> Tatsächlich gelang es den Mitgliedern des Arbeitskreises, eine ganze Reihe elaborierter Abhandlungen vorzulegen, die an diesem Tag diskutiert und für eine mögliche Einbeziehung in die Leitsätze ausgewertet wurden.<sup>56</sup>

Im Juli 1950 fand in Berlin der III. Parteitag der SED statt. Dort wurde ein neues Statut beschlossen, das den „von Stalin kanonisierte[n] Marxismus-Leninismus zur verbindlichen ideologischen Parteionorm“ erklärte und für jede Abweichung davon den Verlust der Mitgliedschaft androhte.<sup>57</sup> Damit legte sich die SED auf die Übernahme des sowjetischen Staats- und Gesellschaftsmodells fest und erhob zugleich als Vertreterin der Arbeiterklasse einen unübersehbaren Führungsanspruch.

Seitens der Parteileitung der CDU bemühte man sich rasch, der Anerkennung dieser Vorgaben nachzukommen. Auf der Sitzung des Hauptvorstandes am 26. Juli 1950 sprach Götting klar aus, was von der CDU erwartet wurde: „Der Durchbruch der jungen Generation ist erfolgt. Fortschrittliche und operative Kräfte werden das Gesicht der Union bestimmen.“ Auf dem kommenden Parteitag müsse „der Beweis für eine klare, konkrete Linie der CDU“ erbracht werden.<sup>58</sup> Damit war ein Einschwenken auf den Kurs der SED eingeleitet.

Kurz vor der nächsten Sitzung des Arbeitskreises schickte Desczyk zusammen mit den erarbeiteten Leitsätzen ein Rundschreiben an dessen Mitglieder, in dem er ausdrücklich ihren „vorläufigen Charakter“ betonte, und deutlich machte, dass sie nicht für die Öffentlichkeit, sondern nur für die Bildungsar-

---

den Hauptvorstand vom 10. Juni 1950 und Abschrift des Schreibens von Desczyk an den Kreisverband Chemnitz-Land vom 23. Juni 1950, in: ACDP 07-011-0484.

55 Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ am 17. Juni 1950, in: ACDP 07-011-1028.

56 Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ am 15. Juli 1950, ebd. Es ist hier nicht der Raum, die Entwürfe im Einzelnen vorzustellen. Vgl. dazu die Sitzungsvorlagen in: ACDP 07-011-0878.

57 Andreas Malycha/Peter Jochen Winters: Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 1010). Bonn 2009, S. 71. Vgl. auch: Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der SED, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. 3. Berlin (Ost) 1953, S. 79-129.

58 Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes am 26. Juli 1950, in: ACDP 07-011-2037/2.

beit und als Handreichung für Redner gedacht seien.<sup>59</sup> Von den Grundzügen eines zu erarbeitenden Parteiprogramms war keine Rede mehr. Offenbar war noch nicht ganz klar, was der Beschluss der SED für Auswirkungen auf die Erarbeitung einer eigenen Sozialismuskonzeption der CDU hatte, in jedem Fall musste aber eine zu frühzeitige Festlegung auf bestimmte Positionen vermieden werden.

Am 26. August 1950 trat der Arbeitskreis zu einer weiteren Sitzung zusammen, auf der die 15 Leitsätze mit einigen Änderungen beschlossen wurden.<sup>60</sup> Die unterschiedlichen Sozialismus-Vorstellungen christlicher und marxistisch-leninistischer Prägung, deren Verschiedenheit Desczyk noch im Februar betont hatte, verwischten sich. Im ersten Leitsatz wurde der Sozialismus als „Idee und Verwirklichung einer Gesellschaftsordnung, die die Lebensrechte der Gemeinschaft mit denen des Einzelnen in Einklang bringt“, beschrieben. Dem wurde im zweiten Leitsatz die Stellung der Christen zur Gesellschaftsordnung gegenübergestellt, deren maßgebliche Grundlagen Gotteskindschaft, Würde und Freiheit des Menschen und Nächstenliebe seien. Die folgenden Leitsätze beschäftigten sich mit Einzelaspekten, die zeigen sollten, wie sich Sozialismus und Christentum ineinander fügten. So sei der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus aus Gründen der Nächstenliebe zu begrüßen. Man sprach sich für Wirtschaftsplanung aus, ebenso wie für wirtschaftliche Initiative in Form eines „Wettbewerbs der Werktätigen“, was letztlich eine positive Bewertung der von der SED inaugurierten Aktivistenbewegung beinhaltete.<sup>61</sup> Der Eigentumsbegriff erfuhr eine bemerkenswerte Einschränkung. Anders als noch im „Sozialismus des christlichen Arbeiters“ war nicht mehr nur eine „Übersteigerung“ des Privateigentums schädlich, sondern im Sozialismus gebildetes Eigentum musste „einwandfrei erworben“ sein, indem es die Leistung des Eigentümers am Volkseinkommen repräsentierte. Entsprechend sei auch der private Unternehmer nur noch „Treuhand der Gemeinschaft“ bei der Eigentumsverwaltung und Betriebsleitung, wobei das öffentliche Interesse bei Privatunternehmen durch vielfältige Maßnahmen geltend gemacht werden konnte. Auch im Bereich der Landwirtschaft sah man „zweckmässige genos-

59 Schreiben Desczyks an die Mitglieder des Arbeitskreises vom 21. August 1950, in: ACDP 07–011–0878.

60 Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ vom 26. August 1950, in: ACDP 07–011–1028. Zum Folgenden: Leitsätze zum Thema „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“, ebd. Vgl. auch: Andreas Schalück: Kirchenpolitische Strukturen in der Ost-CDU der frühen fünfziger Jahre, in: Richter/Rißmann (Hg.): Ost-CDU, S. 63–89, hier 73.

61 Vgl. dazu: Klaus Ewers: Aktivisten in Aktion. Adolf Hennecke und der Beginn der Aktivistenbewegung 1948/49, in: Deutschland Archiv 14 (1981), S. 947–970; Gottfried Ditrach: Die Anfänge der Aktivistenbewegung. Berlin (Ost) 1987; Anne Hartmann/Wolfram Eggeling: Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945–1953 (Edition Bildung und Wissenschaft 7). Berlin 1998, S. 111–138.

senschaftliche Zusammenschlüsse“ als notwendig an. Mit diesen Leitsätzen bewege man sich im Rahmen der Verfassung und Wirtschaftsgesetze der DDR und setze gleichermaßen die Forderungen des Gründungsauftrages der CDU um. Das Fazit war eindeutig: „Christen, die den Fortschritt bejahen, bekennen sich daher aus christlicher Verantwortung zur sozialistischen Gesellschaftsordnung.“

Die Stoßrichtung der Leitsätze war deutlich. Es ging nicht mehr um die Erarbeitung spezifisch christlicher Vorstellungen über die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft. Mit der Gründung der DDR war eine solche quasi geschaffen worden. Die Christen mussten jetzt nur noch davon überzeugt werden, dass dieser Sozialismus auch der sei, der ihrem Weltbild entsprach. Spätestens hier war der „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ nur noch eine leere Hülle.

In diese Entwicklung passte auch eine Entschließung des Arbeitskreises, die dem Parteitag vorgelegt werden sollte.<sup>62</sup> Man beantragte, den bisherigen Arbeitskreis zu einem „Wissenschaftlichen Arbeitskreis der Christlich-Demokratischen Union“ zu erweitern. Seine Aufgabe sollte es sein, „alle Fragen von grundlegender Bedeutung für die Arbeit der CDU wissenschaftlich zu untersuchen“. Das bisher behandelte Thema sollte für die Bildungsarbeit dementsprechend weitergeführt werden. Die aufzunehmenden Mitglieder sollten zu wissenschaftlicher Arbeit befähigt sein und eine klare „politische Grundhaltung bewiesen“ haben. Damit konnte die Parteileitung Einfluss auf die Zusammensetzung dieses wichtigen ideologiebildenden Gremiums nehmen, da man überaus unzufrieden mit der Besetzung durch die Landesverbände war. Mehrere Mitglieder des bisherigen Arbeitskreises hatten sich gerade nicht durch eine entsprechende „Grundhaltung“ ausgezeichnet.<sup>63</sup>

Einen Tag vor der Sitzung des Politischen Ausschusses am 12. September 1950 wurde Desczyk mitgeteilt, dass die Leitsätze als Entschließung gewertet und dem Ausschuss vorgelegt würden.<sup>64</sup> Unter den gebilligten Entschließungen und Anträgen werden die Leitsätze aber mit keinem Wort erwähnt.<sup>65</sup> Allein der Antrag auf Einrichtung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises wurde für die Jahrestagung angenommen, interessanterweise aber nun als Antrag des Landesverbandes Thüringen.<sup>66</sup> Zwei Tage später trat der Arbeitskreis im Vor-

62 Entschließung des Arbeitskreises „Sozialismus aus Christlicher Verantwortung“ vom 26. August 1950, in: ACDP 07-011-1028.

63 Bericht von Desczyk über die Tätigkeit des Wissenschaftlichen Arbeitskreises in den Jahren 1950-1954, S. 2-3, in: ACDP 07-011-3017.

64 Vermerk von Schienköthe an Desczyk vom 11. September 1950, in: ACDP 07-011-1315.

65 Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses vom 12. September 1950, in: ACDP 07-011-1457.

66 Vorlage für die Sitzung des Politischen Ausschusses am 12. September 1950, in: ACDP 07-011-1315.



feld des Parteitages zu seiner letzten Sitzung zusammen. Hier wurde nochmals über die Umbildung zu einem „Wissenschaftlichen Arbeitskreis“ diskutiert, wobei allein Karisch und Kuchler Bedenken hinsichtlich des Ausschlusses der Praktiker äußerten, und die Leitsätze verabschiedet, die jetzt nur noch eine Richtlinie für die innerparteiliche Bildungsarbeit darstellten.<sup>67</sup>

Vom 15. bis 17. September 1950 fand in Berlin der 5. Parteitag statt. Der Arbeitskreis und die Leitsätze wurden konsequent verschwiegen, auch bei den Berichten aus den Ausschüssen fand sich kein Wort dazu. Der Antrag auf Einrichtung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises wurde an den Hauptvorstand überwiesen.<sup>68</sup>

### *Wissenschaftlicher Arbeitskreis und „Christlicher Realismus“*

Ende des Jahres 1950 war Desczyk vor allem damit beschäftigt, eine endgültige Konzeption und Besetzung des Arbeitskreises zu entwickeln.<sup>69</sup> Zur Sitzung des Politischen Ausschusses am 12. Dezember 1950 konnte er eine vorläufige Mitgliederliste und eine Beschlussvorlage liefern,<sup>70</sup> die vom Ausschuss mit einigen Änderungen am 9. Januar 1951 gebilligt wurden.<sup>71</sup> Personell erweiterte sich der Arbeitskreis enorm. War die Teilnehmerzahl des Arbeitskreises „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ zumeist unter 15 Personen geblieben, bestand der ursprüngliche Verteiler für den Wissenschaftlichen Arbeitskreis aus 47, nach Überarbeitung immerhin noch aus 38 Personen. Desczyk wollte zunächst einige Mitglieder des alten Arbeitskreises als Vertreter der Landesverbände übernehmen, in der Vorlage für die entscheidende Sitzung fehlen diese allerdings. Dafür wurde die Anzahl führender Parteifunktionäre deutlich heraufgesetzt, neben Götting und Desczyk sollten unter anderem auch der thüringische Landesvorsitzende August Bach, der spätere Direktor der Zentralen Schulungsstätte Erwin Krubke, der Leiter der Abteilung Kirchenfragen Willi Leisner und Günter Wirth, der persönliche Referent Göttings, an den Sitzungen teilnehmen. Weiterhin waren im Arbeitskreis Träger des Na-

67 Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ vom 14. September 1950, in: ACDP 07-011-0749. Gemäß dem Protokoll der Sitzung vom 26. August war die nächste Zusammenkunft ursprünglich für Ende Oktober geplant. Vgl. ACDP 07-011-1028.

68 Christen, kämpft für den Frieden. Gesamtbericht über die 5. Jahrestagung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vom 15. bis 17. September 1950 in Berlin, Berlin o. J., S. 292.

69 Vgl. die Korrespondenz und Entwürfe Gerhard Desczyks zum Wissenschaftlichen Arbeitskreis, in: ACDP 07-011-0878.

70 Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses vom 12. Dezember 1950 mit Anlagen, in: ACDP 07-011-1315.

71 Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses vom 9. Januar 1951 mit Anlagen, in: ACDP 07-011-1841/1.

tionalpreises der DDR (etwa der Physiker Rudolf Seeliger), ein „Held der Arbeit“, „Verdiente Lehrer des Volkes“, Minister (unter anderem Luitpold Steidle und Georg Dertinger), Hochschullehrer, Vertreter der Jugend und Geistliche dabei.

Als Aufgaben des Arbeitskreises wurden in der Vorlage aufgeführt: Ermöglichung eines Erfahrungsaustausches zwischen den Nationalpreisträgern, den „Verdienten Ärzten des Volkes“, den „Verdienten Lehrern des Volkes“ und den „Helden der Arbeit“, soweit sie der CDU angehörten; Ausführung der Aufträge des Politischen Ausschusses auf dem Gebiet der Ideologie der Partei;<sup>72</sup> Übermittlung von Vorschlägen an den Politischen Ausschuss zur Prüfung; Mitarbeit am kulturellen Teil der CDU-Presse; Schaffung der wissenschaftlichen Voraussetzungen für die Schulung.<sup>73</sup> Die Leitung des Arbeitskreises oblag einem vom Politischen Ausschuss zu bestimmenden Arbeitsausschuss, der von einem Mitglied des Politischen Ausschusses der CDU geleitet werden sollte.

Die Zusammensetzung und Aufgabenstellung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises lassen den Schluss zu, dass hier eine Art „Intellektuellenzirkel“, eine „Denkfabrik“ der CDU eingerichtet werden sollte, welcher aber eine klare Anleitung seitens des Politischen Ausschusses erfahren sollte. Die Zeit, in der man eigenständige Sozialismuskonzeptionen erarbeiten wollte, war endgültig vorbei.<sup>74</sup> Stattdessen blieb der Arbeitskreis auf Auftragsarbeiten zur „Ideologie der Partei“ beschränkt, wobei schon die Begriffsauswahl deutlich macht, dass es um nichts anderes ging, als die Herbeiführung einer Vereinbarkeit des Marxismus-Leninismus mit christlichem Gedankengut. Konkret konnte sich der Arbeitskreis aber nur mit der kulturellen Pressearbeit<sup>75</sup> und der Erarbeitung von Schulungsinhalten befassen. Die Bedeutung des letzten Aspektes muss hervorgehoben werden, da seit der Schließung der CDU-Bildungsstätte in Blankenburg Anfang 1948 die zentrale Schulungsarbeit kaum

72 In der Vorlage vom 12. Dezember hieß es an dieser Stelle noch „auf dem Gebiete des Gedankengutes der Partei“.

73 Der letzte Punkt fehlte in der Vorlage vom 12. Dezember.

74 Später wurde für die Ablehnung christlicher Sozialismusbegriffe vor allem die Tendenz von „restaurativen christlichen Kräften“ ins Feld geführt, die vordergründig den Sozialismus bejahten, in Wahrheit aber gegen den Sozialismus arbeiteten und die sozialistischen Kräfte spalteten, Vgl. Redebeitrag von Heinz-Wolfram Mascher auf der Sitzung des Hauptvorstandes am 22. Juli 1952, S. 5, in: ACDP 07-011-2051. Vgl. auch Bericht Deszczyk auf der Tagung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises am 27./28. September 1952, S. 4-5, in: ACDP 07-011-0901, wo er nicht einmal davor zurückscheute, den Sozialismus aus christlicher Verantwortung in Beziehung zu sozialistischen Forderungen im Programm der NSDAP zu setzen.

75 Vgl. dazu die Ausführungen Göttings vor dem Presseausschuss am 17. Januar 1951, in: ACDP 07-011-2038.

hatte weiterentwickelt werden können und im Wesentlichen noch immer nach den Konzeptionen der Jahre 1946 und 1947 funktionierte.<sup>76</sup>

Es ist daher nachzuvollziehen, dass Desczyk im Zuge der Systematisierung der innerparteilichen Schulungsarbeit<sup>77</sup> bereits Anfang Februar 1951 diverse Mitglieder des Wissenschaftlichen Arbeitskreises anscrieb und darum bat, Vorlesungsmanuskripte als Lehrmaterial für die zu errichtende Zentrale Parteischule anzufertigen.<sup>78</sup> Der Politische Ausschuss billigte dieses Vorgehen in seiner Sitzung am 6. Februar 1951 und berief gleichzeitig einen Arbeitsausschuss ein, dem neben Götting und Desczyk auch Heinrich Toeplitz, seit 1950 Staatssekretär im Ministerium für Justiz, angehörte. Dieser Arbeitsausschuss wurde beauftragt, eine konstituierende Sitzung des Arbeitskreises vorzubereiten, zu der jeweils drei Vertreter aus jedem Landesverband geladen werden sollten, und deren Aufgabe es sei, eine Pflingsttagung im Mai vorzubereiten, an der alle Mitglieder des Arbeitskreises und des Hauptvorstandes teilnehmen sollten.<sup>79</sup>

Während die Schulungsunterlagen aufgrund ihres allgemeinen Charakters für die praktische Arbeit der Dozenten an der Zentralen Parteischule nur von begrenztem Nutzen waren,<sup>80</sup> nahm Anfang April die geplante Tagung Gestalt an. Gemäß einer Vorlage zur Sitzung des Generalsekretariats am 6. April 1951 sollte sie am 30. Juni und 1. Juli 1951 in Meißen stattfinden. Das Hauptreferat zum Thema „Die Christen auf dem Wege zur Demokratie“, das Götting halten sollte, diente als Grundlage für die Entwicklung einer programmatischen Resolution. Weiterhin waren acht Koreferate geplant, unter anderem von Dertinger, Desczyk und Nuschke, die die Frage nach dem Verhältnis von Christentum und Politik weiter vertiefen sollten.<sup>81</sup> Die geringe Bedeutung, die den Mitgliedern des Arbeitskreises zugeschrieben wurden, zeigte sich daran, dass zum einen die geplante Sitzung der Vertreter der Landesverbände wegfiel und zum anderen die Teilnehmerzahl der konstituierenden Sitzung nicht unerheblich erweitert wurde, etwa um den Politischen Ausschuss, den Hauptvorstand,

76 Rißmann: Kaderschulung, S. 94. Vgl. auch Bericht von Desczyk über die Tätigkeit des Wissenschaftlichen Arbeitskreises in den Jahren 1950–1954, S. 2, in: ACDP 07–011–3017.

77 Rißmann: Kaderschulung, S. 103–110.

78 Vgl. das Schreiben von Desczyk an Herbert Trebs vom 5. Februar 1951 sowie den Vermerk von Desczyk an Götting vom gleichen Tag, in: ACDP 07–011–1721.

79 Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses am 6. Februar 1951, in: ACDP 07–011–1217.

80 Rißmann: Kaderschulung, S. 129. Ohnehin ist fraglich, ob die ambitionierte Manuskriptsammlung zu philosophischen und historisch–politischen Themen, wie sie wohl im Februar 1951 geplant wurde (vgl. ACDP 07–011–1721), tatsächlich realisiert wurde. Vgl. Bericht von Desczyk über die Tätigkeit des Wissenschaftlichen Arbeitskreises in den Jahren 1950–1954, S. 3–4, in: ACDP 07–011–3017.

81 Vorlage zur Sekretariatssitzung am 6. April 1951: Einberufung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises, in: ACDP 07–011–1833.

die Volkskammerfraktion oder die Mitglieder der geschäftsführenden Vorstände der Landesverbände. Der Arbeitskreis selbst diente somit zunehmend nur noch als Kulisse für die von Götting vorangetriebenen ideologischen Wandlungsprozesse innerhalb der CDU.

Warum die Vorlage kurzfristig doch zurückgehalten wurde, um weitere Besprechungen mit Nuschke und Dertinger durchzuführen,<sup>82</sup> ist unklar. Erst am 24. April 1951 konnte Götting auf der Sitzung des Politischen Ausschusses verkünden, dass der Wissenschaftliche Arbeitskreis eine Tagung in Meißen abhalten werde, „auf der der Beitrag der CDU für die Vertiefung unserer demokratischen Ordnung in einem grossen grundsätzlichen Referat gewürdigt werden soll“.<sup>83</sup> Ausdrücklich wies er darauf hin, dass auch die Kreisvorsitzenden und Kreissekretäre hinzugezogen werden sollten. Das Ziel bestand darin, die Parteifunktionäre auf allen Ebenen über den zukünftigen Kurs der CDU in Kenntnis zu setzen und auf diesen einzuschwören.

Wiederum diente der Arbeitskreis, der bislang noch nicht einmal zusammengetreten war, als reine Staffage, weil die Organisation der Tagung zunächst in den Händen des Arbeitsausschusses lag, der de facto eine Arbeitsgruppe des Generalsekretariats bildete.<sup>84</sup> Am 27. Juli 1951 wurde die Einrichtung eines Sekretariats des Wissenschaftlichen Arbeitskreises beschlossen.<sup>85</sup> Es unterstand dem Generalsekretariat und war zuständig für „die ideologische Vorbereitung der Tagung“. Neben Desczyk, dem die Leitung des Sekretariats oblag, und Wirth gehörten dem Gremium der Pädagoge Walter Bredendiek, der Pfarrer und Parteischuldozent Günther Naundorf sowie der Chefredakteur der Zeitung „Union“, Joseph Ragsch, an. Damit war der erst im Februar berufene Arbeitsausschuss letztlich aufgelöst und die Struktur des Arbeitskreises durch Einrichtung des Sekretariats der übrigen Partei angeglichen worden.<sup>86</sup> Es ist jedoch nicht zu belegen, dass das Sekretariat vor Beginn der Meißener Tagung überhaupt einmal offiziell zusammentraf.

82 Protokoll der Sekretariatssitzung am 6. April 1951, ebd.

83 Protokoll der Sitzung es Politischen Ausschusses am 24. April 1951, in: ACDP 07–011–1217. Diese Ausrichtung wird bestätigt durch einen Beitrag Desczyks auf einer anderen Sitzung, wonach „die Notwendigkeit, die Theorie der Partei im Zusammenhang mit der politischen Praxis zu entwickeln“ bestand. Vgl. Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses am 10. Juli 1951, ebd.

84 Protokoll der Sekretariatssitzung am 8. Juni 1951, in: ACDP 07–011–1833.

85 Protokoll der Sekretariatssitzung am 27. Juli 1951 mit Vorlage: Errichtung des Sekretariats des Wissenschaftlichen Arbeitskreises, ebd.

86 Die organisatorische Vorbereitung der Tagung sollte gemäß der Vorlage beim Generalsekretariat angesiedelt sein, was aber nicht in den endgültigen Beschluss übernommen wurde, ebd. Es kann aber kein Zweifel bestehen, dass dennoch in diesem Sinne verfahren wurde. Vgl. Protokoll der Sitzung des Erweiterten Sekretariats der CDU-Parteileitung vom 18. September 1951, ebd.

Auch die inhaltliche Richtung wurde von der Parteileitung vorgegeben. Eigens zur Erarbeitung von „Richtlinien für die theoretische Arbeit der Partei“ trat am 31. Juli 1951 der Politische Ausschuss zusammen, wobei als Gäste Wirth und Naundorf teilnahmen.<sup>87</sup> Zunächst fasste Toeplitz diverse Vorschläge der Landesverbände zu dieser Frage zusammen.<sup>88</sup> Als grundsätzliches Problem sah er die teilweise Unvereinbarkeit des dialektisch-historischen Materialismus mit der christlichen Weltanschauung. Da er aber als Gesellschaftswissenschaft von Bedeutung sei, sei „die Mitarbeit des Christen an einer sozialistischen Ordnung [...] möglich, ohne die Grundsätze des Christentums aufzugeben“. Da Christentum weder Idealismus noch Materialismus sei, müsse man von einer realistischen Betrachtung desselben ausgehen, die in der Stellung zur Politik, zur Gesellschaftsordnung, zum Staat und zum Frieden zur Geltung komme.<sup>89</sup> Damit war die Grundlage des sogenannten „Christlichen Realismus“ definiert. Im Anschluss stellte Götting seine Vorstellungen zur inhaltlichen Ausgestaltung der Tagung vor, die den Begriff stark in den Vordergrund rücken sollten.

Damit war die Grundlinie durch den Politischen Ausschuss festgelegt worden. Der Christliche Realismus sollte zur zentralen ideologischen Plattform der CDU ausgebaut werden, was allerdings nur eine folgerichtige Konsequenz aus den Entwicklungen war, die sich seit Juli 1950 anbahnten und die eine Harmonisierung der grundlegenden Ansichten von christlicher und marxistisch-leninistischer Weltanschauung unter Hintanstellung der materialistischen Elemente notwendig machten. Die Diskussion über die ideellen bzw. ideologischen Grundlagen der CDU wurde endgültig zentralisiert und von oben gesteuert. Der Wissenschaftliche Arbeitskreis diente in diesem Zusammenhang nur als Träger der Meißener Tagung sowie der Organisationsgremien und war zu keinem Zeitpunkt aktiv an der Ausgestaltung beteiligt.<sup>90</sup>

---

87 Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses am 31. Juli 1951, in: ACDP 07–011–1217.

88 Vgl. die Ausarbeitungen der Landesverbände, in: ACDP 07–011–1462.

89 Den Begriff des „Christlichen Realismus“ hatte Gerhard Desczyk 1950 erstmals in einem Beitrag verwendet, der offenbar als Vorlage für die Ausführungen von Toeplitz diente. Vgl. Gerhard Desczyk: Christlicher Realismus, in: Utm, Nr. 8, August 1950, S. 12–16.

90 Die von Gerhard Fischer vorgebrachte Feststellung, dass die Meißener Tagung vom Wissenschaftlichen Arbeitskreis „vorbereitet und getragen“ gewesen sei, ist daher falsch. Vgl. Gerhard Fischer: Die prinzipiellen Auseinandersetzungen über die ideologische Position der CDU zwischen dem 5. und 6. Parteitag (1950–1952) und die Rolle der „Neuen Zeit“ als Zentralorgan der Partei (CDU – Beiträge zur Geschichte). Berlin (Ost) 1967, S. 61. Vgl. auch Richter: Ost-CDU, S. 319.

*Von der Meißener Tagung zum 6. Parteitag*

Der weitere Fortgang der ideologischen Diskussionen in Vorbereitung der Tagung und die Erarbeitung der Thesen fand erwartungsgemäß im Politischen Ausschuss statt.<sup>91</sup> In der letzten Sitzung vor der Veranstaltung wurde dem Wissenschaftlichen Arbeitskreis jedoch für die Zukunft die Aufgabe der Ergänzung der Thesen zum Christlichen Realismus zugewiesen, damit diese endgültig auf dem Parteitag 1952 beschlossen werden könnten.<sup>92</sup>

Zwischen dem 19. und 21. Oktober 1951 fand auf der Albrechtsburg in Meißen die lange vorbereitete Tagung statt. Hier wurden die zuvor erarbeiteten 22 „Thesen des Christlichen Realismus“ vorgestellt, die bald darauf mit den Referaten von Götting, Dertinger und Toeplitz als eine Art Kommentar in Form einer Broschüre herausgegeben wurden.<sup>93</sup> Sie sollten gleichzeitig eine „Lebenshaltung“ und die theoretische Grundlage der CDU darstellen (These 1). Ausgehend von einer dualistischen Weltanschauung des Christen, die sich in der Manifestation von Sein und Bewusstsein „als zwei wesensunabhängige[n] Wirklichkeiten“ göttlichen Ursprungs zeige, unterscheide sie sich sowohl vom Idealismus als auch vom Materialismus (These 2). Diese „realistische Haltung“ begründe das Streben nach Erkenntnis, die Beurteilung des Menschen im Spannungsfeld zwischen zerstörenden und aufbauenden Ideen sowie die undogmatische realistische Anwendung des christlichen Glaubensinhaltes (Thesen 3 bis 5). Christus habe als „geschichtliche Persönlichkeit“ (These 6) die Menschen zur Sinnesänderung aufgerufen, um die Welt zu erneuern (These 7). Um diese Erneuerung zu ermöglichen, habe der Mensch sowohl die Pflicht zur Arbeit zu beachten, aber auch gleichzeitig die von Christen zuerst verkündete Würde der Arbeit zu berücksichtigen (These 8). Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung sei der auf Nächstenliebe beruhende Frieden auf Erden (These 9). Gleichzeitig habe Christus jedoch die damalige Gesellschaftsordnung kritisiert und insbesondere vor den „Gefahren des Reichtums“ gewarnt (These 10). Durch all diese Aspekte erweise „das Christentum seine revolutionierende Kraft und wird zu einer gewaltigen Freiheitsbewegung“ (These 11). Dies gelte auch für die Gegenwart, denn so wie Christus bereits zu seiner Zeit zu sozialen Fragen Stellung bezogen habe, müsse der Christ auch heute fragen, „welche Formen der Unterdrückung noch oder schon wieder Wirklichkeit sind und was zur Überwindung dieser Verstöße gegen die Nächs-

91 Protokolle der Sitzungen des Politischen Ausschusses am 11. September, 2. Oktober, 9. Oktober und 16. Oktober 1951, in: ACDP 07–011–1217.

92 Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses am 16. Oktober 1951, ebd.

93 Christlicher Realismus. Hauptreferate und Thesen der Arbeitstagung der CDU in Meißen vom 19. bis 21. Oktober 1951, Berlin (Ost) 1951. Zur Bedeutung der Referate zum Verständnis der Thesen vgl. auch: Entwurf eines Schreibens von Desczyk an die CDU-Hochschulgruppe Greifswald vom 3. Januar 1952, in: ACDP 07–011–3017.

tenliebe getan werden kann“ (These 12). Um sich den gesellschaftlichen Problemen seiner Zeit zu stellen, müsse der „fortschrittliche Christ“ den Christlichen Realismus im Zusammenhang mit der „Summe der Erfahrungen fortschrittlicher Christen aller Zeiten und Völker“ betrachten (Thesen 13 bis 17). Von besonderer Bedeutung seien dabei die christlichen Sozialreformer des 19. Jahrhunderts gewesen. Allerdings habe erst die Analyse von Karl Marx erwiesen, dass die Überwindung der kapitalistischen Ordnung zur endgültigen Beseitigung ihrer Schäden notwendig sei. Daher müsse der Christ, obwohl er kein Anhänger des dialektischen Materialismus sei, „die Grundzüge der vom Marxismus-Leninismus gegebenen ökonomischen Analyse als richtig erkennen“ (These 18). Die CDU bekenne sich daher zum Sozialismus, der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“, dem „Weg in der Zusammengehörigkeit des großen Friedenslagers, das unter Führung der Sowjetunion steht“ und dem „Kampf für den Frieden“ (Thesen 19 bis 22).

Mit diesen Thesen erteilte die Parteileitung den lange gepflegten Vorstellungen eines Sozialismus aus christlicher Verantwortung, der letztlich immer durch eine deutliche Abgrenzung zum Marxismus-Leninismus gekennzeichnet war, endgültig eine Absage. Das Christentum selbst wurde nun als „revolutionäre Kraft“ definiert.<sup>94</sup> Seit der Anerkennung der Gleichberechtigung des Christentums durch Konstantin den Großen sei die Kirchengeschichte jedoch zunehmend bestimmt vom quasi-dialektischen Ringen zwischen „fortschrittlichen“ und „reaktionären“, auf Macht und Besitz bezogenen Kräften.<sup>95</sup> So sei „die Frage nach der Staatsintervention das entscheidende Problem für die christlich-soziale Bewegung“ des 19. Jahrhunderts gewesen. Die Sozialreformer hätten jedoch nicht erkannt, dass erst eine revolutionäre Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse die soziale Frage lösen würde. Eine realistische Betrachtung müsse daher in das Bekenntnis zur Richtigkeit der ökonomischen Analyse von Karl Marx einmünden, auch wenn man die philosophischen Grundlagen des Marxismus ablehne.<sup>96</sup>

Die in den früheren Beiträgen von Desczyk immer betonte Menschenwürde als zentrales Element eines christlich verstandenen Sozialismus spielte hier keine Rolle mehr. Stattdessen wurde das Gebot der Nächstenliebe allein unter gesellschaftspolitischen Aspekten betrachtet und eine Dichotomie zwischen „fortschrittlichen“ und „reaktionären“ Christen erzeugt. Die Sozialreformer des 19. Jahrhunderts erscheinen nicht mehr als Wegbereiter des Sozialismus,

94 Gerald Götting: Grundlegung des Christlichen Realismus, in: Christlicher Realismus, S. 5–41, hier 16.

95 Georg Dertinger: Christlicher Realismus und der Kampf für den Frieden, in: Christlicher Realismus, S. 42–60, hier 42; Götting: Grundlagen, S. 21–22.

96 Ebd., S. 35–36; Gerhard Desczyk: Aktivität nicht Abstinenz! Die Thesen von Meißen vor dem Hintergrund großer Zeitprobleme, in: Neue Zeit vom 30. November 1951. Vgl. auch Reißmann: Kaderschulung, S. 133–134.

sondern bleiben bei aller „Fortschrittlichkeit“ unvollendet, da erst Marx die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen habe. Das übergreifende Ziel der Thesen, eine Verbindung zwischen Marxismus-Leninismus und Christentum zu begründen, die über die rein äußerliche Verwendung des Begriffes „Sozialismus“ hinausging, machte eine sehr einseitige Interpretation christlicher Quellen notwendig und führte zu den „äußerst diffus und schillernd“ formulierten Thesen,<sup>97</sup> die in ihrem Versuch, die Kirchengeschichte neu zu interpretieren, überaus verengt und konstruiert wirkten.

War die Organisation der Veranstaltung auch von diversen Pannen überschattet,<sup>98</sup> zeigte sich Desczyk mit dem grundsätzlichen Verlauf dennoch zufrieden<sup>99</sup>. Die Thesen seien eine „Grundlage, von der aus das Gedankengut der Partei weiter entwickelt werden kann“, die von den übrigen Blockparteien, also insbesondere der SED, anerkannt werden könne und eine Plattform für Gespräche mit „fortschrittlichen Christen“ in anderen Ländern bilde. Kritik äußerte er jedoch an einigen Diskussionsbeiträgen, die von „Unklarheiten“ geprägt gewesen seien. Sie hätten zum einen die ideologische Diskussion zu einer polemischen Auseinandersetzung mit der SED ausgenutzt und bedrohten zum anderen über die Betonung der konfessionellen Unterschiede die erarbeitete Plattform. Namentlich nannte Desczyk Rudolf Karisch und Joseph Ragsch. Karisch hatte in seinem Beitrag verfassungswidrige Beschränkungen in der Religionsausübung und Probleme bei Veröffentlichungen christlicher Literatur angesprochen. Ragsch war noch einen Schritt weitergegangen und hatte den antireligiösen Impetus des Marxismus–Leninismus mit den Christenverfolgungen des 3. Jahrhunderts verglichen.<sup>100</sup> Zur Weiterentwicklung der Thesen regte Desczyk unter anderem an, umgehend eine Broschüre mit den Thesen und den drei Hauptreferaten herauszugeben und die Lehrpläne der Parteischulen anzupassen. Weiterhin schlug er vor, die auf der Tagung beschlossenen Arbeitszirkel möglichst rasch zu konstituieren, damit sie die Thesen im Hinblick auf den Parteitag 1952 ergänzen konnten.

97 Richter: Ost-CDU, S. 320.

98 Vgl. die Berichte zu organisatorischen Fehlern und zum Versagen der Pressestelle bei der Meißener Tagung, in: ACDP 07–011–1721.

99 Aktenvermerk von Desczyk für Götting und Gerhard Fischer vom 25. Oktober 1951, in: ACDP 07–011–3017.

100 Vgl. das Wortprotokoll der Meißener Tagung, in: ACDP 07–011–1924. Ragsch erhielt auf der nächsten Sekretariatssitzung auf Vorschlag Göttings einen strengen Verweis. Vgl. Protokoll der Sitzung des Erweiterten Sekretariats vom 26. Oktober 1951, in: ACDP 07–011–1833. Die Gefahr, dass der „Christliche Realismus“ an der Basis als eine Art Gegentheorie zum Marxismus-Leninismus angesehen werden könnte, blieb auch in der Folgezeit virulent. Vgl. Heinrich Toeplitz: Zur Kritik der Diskussion, in: Wir diskutieren die Meißener Thesen. Mühlhausen 1952, S. 47–50, hier 49; Gerhard Fischer: Wir haben die Geschichte der DDR mitgeschrieben (Hefte aus Burgscheidungen 176). Berlin (Ost) 1970, S. 14.



Zur Genese dieser Arbeitszirkel liegt nur ein Entschließungsentwurf vor, wonach „zur Aktivierung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises“ sechs Arbeitszirkel zu den Themen Geschichte, Gesellschaftswissenschaft, Naturwissenschaft, Pädagogik, Theologie und Religionsgeschichte sowie Kunst und Literatur gebildet werden sollten.<sup>101</sup> Die Aufgaben der Zirkel bestanden darin, die Manuskripte für die neue Reihe „Beiträge zum Christlichen Realismus“ zu prüfen,<sup>102</sup> die Schriftleitungen der CDU-Presse zu beraten, ergänzende Thesen für den Parteitag 1952 zu entwerfen und nach Rücksprache mit dem Generalsekretariat Arbeitsaufträge für das Schrifttum der CDU zu erteilen. Die Arbeitszirkel sollten aus maximal vier Personen bestehen. War der Wissenschaftliche Arbeitskreis bisher gar nicht in Erscheinung getreten, sah man nun die Gelegenheit gekommen, ihn mit Hilfe der Arbeitszirkel tatsächlich zu der „Denkfabrik“ zu machen, als die er eigentlich geplant war. Dies wird auch aus dem Entwurf des Arbeitsplanes für das 1. Halbjahr 1952 deutlich, wo betont wurde, dass die Tätigkeit des Arbeitskreises und seiner Zirkel „im Anschluss an die Meißener Tagung wesentlich an Umfang und Gründlichkeit gewinnen“ würden.<sup>103</sup> Da die Grundlinie mit den Meißener Thesen festgelegt war und die Besetzung der Arbeitszirkel zudem vom Sekretariat bestimmt wurde,<sup>104</sup> gab es für abweichende Ansichten nur sehr wenig Spielraum.

Allerdings blieb auch in der Folgezeit die Tätigkeit des Wissenschaftlichen Arbeitskreises im Wesentlichen von fehlender Konstanz gekennzeichnet. Am 9. November 1951 traf das um Vertreter der Arbeitszirkel erweiterte Sekretariat des Arbeitskreises zu seiner ersten dokumentierten Sitzung zu-

---

101 Entschließungsentwurf zur Bildung von Arbeitszirkeln, in: ACDP 07-011-1721. Vgl. auch die Feststellung des Beschlusses durch Luitpold Steidle in: Wortprotokoll der Meißener Tagung, in: ACDP 07-011-1924. Desczyk schlug zusätzlich noch die Einrichtung eines Arbeitszirkels für das Kulturprogramm vor. Vgl. Aktenvermerk von Desczyk für Götting und Fischer vom 25. Oktober 1951, in: ACDP 07-011-3017. Dies wurde aber von Götting abgelehnt. Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats am 2. November 1951, in: ACDP 07-011-1833.

102 Gemäß einem Entschließungsentwurf sollten die „Beiträge zum Christlichen Realismus“ eine theoretische Zeitschrift der CDU sein, Vgl. ACDP 07-011-1721. Das Tagungsprotokoll enthält jedoch keinen Hinweis darauf, dass ein solcher Antrag beschlossen worden ist. Vgl. Wortprotokoll der Meißener Tagung, in: ACDP 07-011-1924. An anderer Stelle wird zudem davon gesprochen, dass die Utm zu einem theoretischen Organ erweitert werden sollte. Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Wissenschaftlichen Arbeitskreises am 9. November 1951, in: ACDP 07-011-3017. Auch in einem Lizenzierungsantrag Göttings an das Amt für Information der DDR für eine theoretische Monatszeitschrift mit dem Titel „Christlicher Realismus“ vom 22. August 1952 findet sich kein Hinweis auf einen entsprechenden Beschluss. Vgl. ACDP 07-011-1633.

103 Vorlage zur Sitzung des Erweiterten Sekretariats am 30. November 1951, in: ACDP 07-011-1833.

104 Protokoll der Sitzung des Sekretariats am 2. November 1951, in: ACDP 07-011-1833.

sammen.<sup>105</sup> Neben diversen Schulungsangelegenheiten wurde auf Initiative Göttings vor allem der Plan einer Nachfolgetagung diskutiert, die sich mit der Weiterentwicklung der in den Meißener Thesen angesprochenen Themen befassen sollte.<sup>106</sup> Bereits auf der folgenden Sitzung am 1. Februar 1952 war dieses Thema jedoch wieder von der Tagesordnung verschwunden.<sup>107</sup> Auch bei der Konstituierung der Arbeitszirkel kam man nicht recht voran, es bestand allerdings „Übereinstimmung, dass bei der Vorbereitung der Jahrestagung auch die Arbeitszirkel [...] eingesetzt werden sollen“.

In der Folgezeit lagen sowohl der Wissenschaftliche Arbeitskreis als auch die Bearbeitung der Meißener Thesen darnieder. Erst am 3. Mai 1952 regte Desczyk die Wiederaufnahme der Diskussion über den „Christlichen Realismus“ an.<sup>108</sup> Ein Grund für diese Verzögerung dürfte sicherlich in der starken Fokussierung auf deutschlandpolitische Fragen im Zuge der Auseinandersetzungen um die Stalin-Note vom 10. März 1952 liegen.<sup>109</sup> Ein Antwortvermerk Gerhard Fischers vom 5. Mai 1952 lässt jedoch noch andere Aspekte erahnen.<sup>110</sup> Zwar sah auch er hinter dem Stillstand der Diskussion über die Thesen „die Häufung aktueller politischer Ereignisse“, machte aber gleichzeitig auf die „ungenügende Anleitung der Parteiführung“ aufmerksam. Da Fischer ein enger Mitarbeiter Göttings war, dürfte dieser Vermerk kaum gegen den Generalsekretär gerichtet gewesen sein. Ob er sich jedoch auf Nuschke, möglicherweise auch auf Dertinger bezog, die bis auf Dertingers Referat in Meißen in der Theoriediskussion kaum in Erscheinung getreten waren,<sup>111</sup> oder, was

105 Neben Götting und Desczyk nahmen Naundorf und Fischer sowie Gerhard Friedrich und Ursula Weißhuhn aus Dresden teil. Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Wissenschaftlichen Arbeitskreises am 9. November 1951, in: ACDP 07-011-3017.

106 Vgl. auch die Einladungen an die Referenten sowie die Einladungsliste, ebd.

107 Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Wissenschaftlichen Arbeitskreises am 1. Februar 1952, in: ACDP 07-011-1721. Auf der ursprünglichen Einladung für den 25. Januar war es eigens als Tagesordnungspunkt angegeben. Vgl. Vermerk von Desczyk an Götting vom 8. Januar 1952, in: ACDP 07-011-3017. Geplant war die Tagung ursprünglich für den Dezember 1951. Sie musste jedoch noch im Laufe des Novembers sukzessive auf Februar 1952 verschoben werden. Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats am 16. November 1951, in: ACDP 07-011-1833; Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses am 20. November 1951, in: ACDP 07-011-1217. Auf der besagten Einladung war schließlich als Zieltermin „März oder April“ angegeben.

108 Vermerk von Desczyk an Götting, Toeplitz, Fischer und Wirth vom 3. Mai 1952, in: ACDP 07-011-1721.

109 Vgl. dazu die zusammenfassende Analyse von Gerhard Wettig: Die Stalin-Note. Historische Kontroversen im Spiegel der Quellen (Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert 1). Berlin 2015. Zur Rolle der CDU in der DDR während des Notenwechsels s. Richter: Ost-CDU, S. 351–364.

110 Vermerk von Fischer an Desczyk, Götting, Toeplitz und Wirth vom 5. Mai 1952, in: ACDP 07-011-3017.

111 Dass Dertinger den Ehrgeiz gehabt habe, „seiner Partei eine eigenständige weltanschaulich-politische Basis zu vermitteln“, wie von Lapp: Dertinger, S. 145–148, behauptet, ist zumindest für diesen Zeitraum überaus fraglich. Dertinger selbst nahm für sich keine

wahrscheinlicher ist, auf Desczyk, der immerhin direkt für die Leitung des Arbeitskreises verantwortlich war, ist unsicher.

Desczyk wurde nun aktiv und berief für den 28. Mai 1952 eine improvisierte Sitzung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises ein.<sup>112</sup> Neben Verlagsangelegenheiten wurde ein Bericht als Vorlage für den Politischen Ausschuss beschlossen.<sup>113</sup> Darin hob Desczyk hervor, dass die Meißener Thesen zu umfangreichen Diskussionen innerhalb und außerhalb der Partei geführt hätten und dabei überwiegend zustimmend aufgenommen worden seien, insbesondere auch aus den „Reihen der antifaschistisch-demokratischen Kräfte der DDR, die nicht der CDU angehören“. Kritische Anmerkungen sollten geprüft und gegebenenfalls eingearbeitet werden. In einem weiteren Abschnitt wurden die umfangreichen Veröffentlichungen der CDU-Verlage dargestellt, nicht nur mit Bezug auf die Meißener Thesen. Abschließend wurden dem Politischen Ausschuss einige Beschlussvorschläge des Arbeitskreises übermittelt. Beantragt wurde unter anderem die Einrichtung einer Redaktionskommission zur Überprüfung der Änderungsvorschläge zu den Meißener Thesen, die Bildung eines Arbeitskreises zur Überprüfung des Kulturprogramms von 1949, die Vorbereitung von Einzelthemen für die Konferenz des Wissenschaftlichen Arbeitskreises im Rahmen des kommenden Parteitages durch die Arbeitszirkel sowie die Beauftragung des Sekretariats mit der Vorbereitung zweier Konferenzen zur wissenschaftlichen und künstlerischen Bedeutung des Christlichen Realismus.

Offenbar versuchte Desczyk mit diesem Bericht der Kritik Fischers entgegenzutreten. Ob dies vom Politischen Ausschuss honoriert wurde, ist fraglich. Zwar lag dem Ausschuss der Bericht vor,<sup>114</sup> wurde aber bei der entsprechenden Sitzung nicht im Protokoll erwähnt.<sup>115</sup> Zumindest der Redaktionskommission scheint man zugestimmt zu haben, so dass Desczyk sie für Ende Juli einberufen konnte.<sup>116</sup>

---

exklusive Stellung bei der Ausarbeitung des „Christlichen Realismus“ in Anspruch, Vgl. Georg Dertinger: Erinnerungen und Gedanken erzählt in einem Freundeskreis November 1967 in Leipzig (Tonbandabschrift), S. 25, in: ACDP Nachlass Georg Dertinger 01–526–001/2.

112 Einladung und Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises am 28. Mai 1952, in: ACDP 07–011–1455. Die Einladung vom 12. Mai erfolgte so kurzfristig, dass man 13 Absagen hinnehmen musste. Neben Desczyk, Fischer und Wirth nahmen nur Erwin Krubke, Ulrich Kuss, Karl Schleicher und Ursula Weißhuhn teil.

113 Bericht des Wissenschaftlichen Arbeitskreises, ebd. Vgl. auch den Vermerk von Fischer an Desczyk zum Entwurf des Berichtes, in: ACDP 07–011–1721.

114 Handschriftliche Notiz auf einem Vermerk von Desczyk an Götting und Toeplitz vom 29. Mai 1952, in: ACDP 07–011–3017.

115 Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses am 10. Juni 1952, in: ACDP 07–011–1841/2.

116 Einladung zur Sitzung der Redaktionskommission am 30. Juli 1952, in: ACDP 07–011–1721.

Dagegen wurden die umfangreichen Planungsvorhaben für verschiedene Tagungen bald geändert.<sup>117</sup> Am 27. und 28. September 1952 fand stattdessen im Vorfeld des 6. Parteitages eine Sitzung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises in Weimar statt, zu der knapp 60 Personen erschienen.<sup>118</sup> Ziel dieser Veranstaltung war es nach Maßgabe der Einladung, die keine formale Tagesordnung hatte, „den Teilnehmern einen Überblick zu geben über die bisherigen Leistungen des Wissenschaftlichen Arbeitskreises und über die in den nächsten Monaten zu lösenden Aufgaben“. Sie sollte den Parteimitgliedern die Möglichkeit geben, „auf der Grundlage des Christlichen Realismus ihre wissenschaftliche Lehr- und Forschungstätigkeit sowie ihr Schaffen als Künstler und Schriftsteller zu vertiefen“.<sup>119</sup>

Grundsätzlich ging es also darum, die Intellektuellen stärker in die Parteiarbeit einzubeziehen und anzuleiten. Bereits in seinem einleitenden Vortrag machte Georg Dertinger diese Zielrichtung deutlich: „Es ist unmöglich, daß die Partei (...) ihre Arbeit sinnvoll erfüllen kann, wenn die geistig arbeitenden, schaffenden und ringenden Menschen in unserer Partei nicht die Parteileitung dabei unterstützen und sie dazu befähigen. Wir brauchen ihre Ratschläge und Mitwirkung auf allen Gebieten des geistigen Lebens (...)“.<sup>120</sup> Der Hintergrund dieser neuen Fokussierung auf die Intellektuellen dürfte in der zunehmenden Bereitschaft zur Anerkennung der führenden Rolle der SED in Folge ihrer II. Parteikonferenz im Juli 1952 zu suchen sein.<sup>121</sup> Infolgedessen sah die SED die Meißener Thesen zwar als „nicht konkret“ genug an, um aber die grundsätzliche Bereitschaft der CDU zur Akzeptanz des Aufbaus des Sozialismus im marxistisch-leninistischen Sinne abzusichern, war man anscheinend bereit,

---

117 Bericht Desczyks auf der Tagung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises am 27./28. September 1952, S. 19–20, in: ACDP 07–011–0901.

118 Anwesenheitsliste für die Tagung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises am 27./28. September 1952, in: ACDP 07–011–1455.

119 Einladung zur Tagung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises, ebd. Ausdrücklich wurde auch auf Referate von Nuschke und Dertinger hingewiesen. Die Tagung selbst bestand unter anderem aus einem Bericht Desczyks sowie Beiträgen zur Verlagsarbeit, zu den Parteischulen und zu kulturellen Angelegenheiten. Vgl. Niederschrift über die Tagung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises, in: ACDP 07–011–0901.

120 Redebeitrag von Dertinger, S. 3, ebd. In einem Vorentwurf der Rede war diese Absicht noch deutlicher ausgedrückt: „Diese wertvollen Kräfte [Professoren, Dozenten etc.] noch stärker als bisher in der Partei zu aktivieren, ist eine wichtige Aufgabe.“ Vgl. Entwurf der Rede, S. 1f., in: ACDP 07–011–1455.

121 Auf ihrer II. Parteikonferenz hatte die SED den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus beschlossen. Vgl. Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus, in: Dokumente der SED, Bd. 4, Berlin (Ost) 1954, S. 70–78. Die Anerkennung des damit verbundenen Führungsanspruches wurde innerhalb der CDU maßgeblich von Götting vorangetrieben. Vgl. Richter: Ost-CDU, S. 322–323; Stephan Zeidler: Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952–1953. Hamburg 1996, S. 35–48.

diese vorerst zu akzeptieren.<sup>122</sup> Um auch die innerhalb der CDU organisierten Christen zu „neuen Menschen“ im Sinne des Sozialismus zu entwickeln,<sup>123</sup> war der Wissenschaftliche Arbeitskreis zum einen ein geeignetes Instrument zur Kontrolle und Anleitung der Intellektuellen, bot zum anderen aber auch die Möglichkeit, mit Hilfe des Christlichen Realismus eigene Konzepte in den Bereichen Wissenschaft, Bildung, Kultur und Kunst zu entwickeln.

Diese Vorhaben und weitere Anregungen der Tagung legte Toeplitz, der ebenfalls „die mangelnde Verbundenheit der der CDU angehörenden Wissenschaftler mit unserer Partei“ beklagte, in seinem Schlusswort nochmals zusammenfassend dar: Erweiterung des Arbeitskreises, Aktivierung der Arbeitszirkel, bessere Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitskreis und der Zentralen Parteischule sowie Untersuchung der Mitarbeit der Christen beim Aufbau einer sozialistischen Kultur.<sup>124</sup> Die elf Empfehlungen, die der Arbeitskreis letztlich an die Parteileitung weitergab, behandelten unterschiedlichste Themen, die vor allem auf eine bessere wissenschafts- und kulturpolitische Arbeit hinausliefen, aber auch kirchenpolitische Aspekte wie das Studium des Verhältnisses von Staat und Kirche oder die Förderung des Kreises fortschrittlicher Pfarrer beinhaltete. Gesondert zu erwähnen sind jedoch zwei Projekte, die unter der Leitung Desczyk stehen sollten, nämlich die Bildung eines Zirkels zur Erarbeitung einer Parteigeschichte und die Entwicklung der Utm hin zu einer Monatsschrift zum Christlichen Realismus.<sup>125</sup>

Mit der Aktivierung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises wurde nicht nur das ursprüngliche Konzept der „Denkfabrik“ unter den Vorzeichen des Christlichen Realismus zum Leben erweckt, man besaß nun auch ein Instrument zur Mobilisierung und Kontrolle des intellektuellen Potentials der Partei. Hinzu kam, dass Desczyk als Sekretär des Arbeitskreises Zugriff auf dieses Potential hatte und mit der Übernahme der Aufgaben der Abfassung einer Parteigeschichte und der Redaktion einer theoretischen Zeitschrift seine Stellung als Partei-Ideologe und Theoretiker festigen konnte.<sup>126</sup>

Vor diesem Hintergrund bestätigte der in Berlin stattfindende 6. Parteitag, auf dem die Führungsrolle der SED ausdrücklich anerkannt wurde,<sup>127</sup> den

122 Entwurf für einen Bericht über die Arbeit der anderen Parteien für den Generalsekretär, undatiert [nach 31. Juli 1952], in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen in der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) DY 30/IV 2/15/3.

123 Vgl. dazu den Redebeitrag von Mascher auf der Sitzung des Hauptvorstandes am 22. Juli 1952, S. 4, in: ACDP 07-011-2051.

124 Redebeitrag von Toeplitz, in: ACDP 07-011-0901.

125 Empfehlungen des Wissenschaftlichen Arbeitskreises an die Parteileitung, ebd. Die Empfehlungen wurden von Politischen Ausschuss behandelt. Vgl. Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses am 30. September 1952, in: ACDP 07-011-1841/2.

126 Vgl. dazu die Charakterisierung durch den ehemaligen Leiter der Westarbeit beim Generalsekretariat, Joseph Janssen, in: ACDP 03-013-023/1.

127 Richter: Ost-CDU, S. 332-334; Zeidler: Weg, S. 48-57.

durch Götting eingeschlagenen Kurs. Die Thesen des Christlichen Realismus wurden mit einigen Änderungen gebilligt.<sup>128</sup> So wurde die führende Rolle der „Arbeiterklasse“ in These 19 ausdrücklich anerkannt und auch der Aufbau einer volksdemokratischen Ordnung in These 20 „als geschichtlich notwendig und folgerichtig“ gewürdigt. Zudem wurde beschlossen, dass der Wissenschaftliche Arbeitskreis einen parteiamtlichen Kommentar ausarbeiten sollte.<sup>129</sup> Weiterhin legte der Parteitag fest, dass einige der Ende September vorgelegten Empfehlungen als Aufträge an den Arbeitskreis zurückgegeben wurden. Darunter fielen die Untersuchung des Verhältnisses von Staat und Kirche, die Erarbeitung einer Bücherliste aus dem „nationalen Kulturerbe christlicher Prägung“ zur Neuauflage, die Abhaltung einer Schriftstellerkonferenz, die Entwicklung von Arbeitsunterlagen für die Parteischulen, die Herausgabe einer Monatszeitschrift zum Christlichen Realismus und die Erarbeitung einer Geschichte der CDU.<sup>130</sup>

#### *Das Ende des Wissenschaftlichen Arbeitskreises*

Mit dem Abschluss des Parteitages schien der Arbeitskreis tatsächlich seiner Aufgabe als „Denkfabrik“ der CDU gerecht zu werden. So trafen sich insgesamt 31 Mitglieder der diversen Arbeitszirkel am 4. Dezember 1952 zu einer weiteren Tagung.<sup>131</sup> In diesem Rahmen wurden die Arbeitszirkel konstituiert und die Zirkelleiter gewählt, die auch als Verbindungspersonen zum Sekretariat fungierten.<sup>132</sup> Daraufhin gaben die Zirkelleiter einen Überblick über ihre Arbeitsplanung. Abschließend bat Desczyk nochmals ausdrücklich darum, „die entworfenen Pläne sorgfältig und ohne Verzögerungen durchzuführen“.

128 6. Parteitag, 16. bis 18. Oktober, Berlin 1952. Protokoll. Berlin (Ost) 1952, S. 367–373. Im offiziellen Protokoll wird angegeben, dass der Wissenschaftliche Arbeitskreis die Änderungsvorschläge geprüft und dem Politischen Ausschuss vorgelegt habe. Tatsächlich waren damit aber nur die Redaktionskommission und das Sekretariat des Arbeitskreises befasst gewesen. Vgl. Änderungsvorlagen zu Sitzungen der Redaktionskommission, in: ACDP 07–011–1721. Die Ansicht von Richter: Ost-CDU, S. 321, dass die Thesen bereits hier „ad acta“ gelegt worden seien, ist offensichtlich falsch.

129 6. Parteitag, S. 346.

130 Ebd., S. 346f.

131 Niederschrift der Tagung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises am 4. Dezember 1952 in Berlin, in: ACDP 07–011–1455.

132 Es handelte sich hierbei um die Arbeitszirkel Naturwissenschaft, Geschichte, Parteigeschichte, Gesellschaftswissenschaft, Pädagogik, Kunst und Literatur sowie Staat und Kirche. Der Arbeitszirkel Technik wurde erst am 19. Januar 1953 konstituiert. Im August 1953 kam schließlich noch der Arbeitszirkel Tierzucht und Veterinärwesen hinzu. Vgl. die Protokolle der konstituierenden Sitzungen beider Gremien, ebd. Zur Tätigkeit der Arbeitszirkel s. auch ACDP 07–011–1441. Dabei scheinen die Arbeitszirkel Technik und Veterinärwesen die einzigen gewesen zu sein, die tatsächlich eine wahrnehmbare Tätigkeit entfalteten. Vgl. etwa Vermerk von Desczyk an Max Sefrin zum Wissenschaftlichen Arbeitskreis vom 3. März 1954, in: ACDP 07–011–1455.

Die Verhaftung von Außenminister Georg Dertinger am 15. Januar 1953 stürzte die CDU in eine massive Krise und führte zu starker Verunsicherung innerhalb der Partei.<sup>133</sup> Insbesondere die ideologischen Probleme gerieten „wieder in Fluß [...] nachdem man scheinbar eine gültige Aussage gefunden hatte“.<sup>134</sup> Entsprechend wurde ein vorliegender Kommentar zu den Thesen des Christlichen Realismus nicht zur Veröffentlichung vorgeschlagen, sondern faktisch beerdigt und nur noch als Studienmaterial verwendet.<sup>135</sup> Auch die seit September 1952 verfolgte Herausgabe einer Monatszeitschrift zum Christlichen Realismus wurde mittels einer Verzögerungstaktik mehrerer Ämter bezüglich der Lizenzvergabe letztlich sabotiert und konnte nicht weiter verfolgt werden.<sup>136</sup>

Hintergrund dieses Wandels war, dass in Folge des 6. Parteitages die SED die Thesen des Christlichen Realismus einer Analyse hatte unterziehen lassen und zu einem vernichtenden Ergebnis kam. Den Verfassern wurde „ideologische Verwirrung“ bescheinigt und der Christliche Realismus „als ein Versuch gewertet [...], die Einheit unserer Wissenschaft [des Marxismus-Leninismus, O.S.] zu diskreditieren.“ Letztlich handele es sich dabei „um eine bürgerliche Ideologie“.<sup>137</sup> Ein besonderes Problem sah man darin, dass etwa Lehrer, die

- 
- 133 Richter: Ost-CDU, S. 364–368; Jochen Franke: Der Fall Dertinger und seine parteiinternen Auswirkungen. Eine Dokumentation, in: Deutschland-Archiv 25 (1992), S. 286–298; Franz-Josef Kos: Der Fall Dertinger und die Ost-CDU. Ein Stimmungsbild aus den Monaten Januar und Februar 1953, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 4 (1997), S. 105–140; Zeidler: Weg, S. 60–65; ders.: Die CDU in der DDR vor dem Mauerbau (1953–1961). Bonn 2001, S. 106–119; Lapp: Dertinger, S. 177–186.
- 134 Vermerk von Trebs an Desczyk und Wirth vom 30. Januar 1953 zur Zurückstellung des Thesenkommentars. Vgl. auch den Entwurf des Thesenkommentars vom 1. Dezember 1952 sowie die diversen Änderungsvorschläge. Beide in: ACDP 07–011–1721
- 135 Niederschrift über die Sitzung der Redaktionskommission Thesen-Kommentar am 14. Februar 1952, ebd. Vgl. auch den Bericht von Desczyk über die Tätigkeit des Wissenschaftlichen Arbeitskreises in den Jahren 1950–1954, S. 6, in: ACDP 07–011–3017. Zum Studienmaterial: Christlicher Realismus. A. Voraussetzungen und Grundlagen (Fern-Studium der CDU 1). Mühlhausen 1953; Christlicher Realismus. B. Die Verantwortung des Christen (Fern-Studium der CDU 2). Mühlhausen 1953.
- 136 Vgl. dazu: Jens Bulisch: Evangelische Presse in der DDR. „Die Zeichen der Zeit“ (1947–1990) (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte 43). Göttingen 2006, S. 112–118. Auch spätere Anläufe zur Herausgabe einer theoretischen Zeitschrift scheiterten, offenbar auf direkte Anweisungen von Walter Ulbricht und Hermann Matern. Vgl. Vermerk für Walter Ulbricht über Besprechung mit dem Generalsekretär der CDU, Herrn Götting, vom 10. Dezember 1953 sowie Vermerk an Albert Norden über Antrag der CDU auf Herausgabe einer 2-Monats-Zeitschrift vom 16. November 1957, in: SAPMO-BArch DY 30/IV 2/15/2.
- 137 Analyse der „Thesen des christlichen Realismus“, in: SAPMO-BArch DY 30/IV 2/15/41. Vgl. auch: Besprechung mit Herrn Götting, Generalsekretär der CDU, undatiert [nach 24. März 1953], in: SAPMO-BArch DY 30/IV 2/15/6, sowie Günter Wirth: Die Beteiligung der CDU an der Umgestaltung der DDR in den fünfziger Jahren, in: Kirchliche Zeitgeschichte 3 (1990), S. 125–151, hier 134 und Reißmann: Kaderschulung, S. 137.

CDU-Mitglied waren, dazu angehalten wurden, ihre Tätigkeit auf der Grundlage des Christlichen Realismus auszuüben und so in Konflikte mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und der „Sowjetpädagogik“ gerieten.<sup>138</sup>

Diese Stellungnahme blieb nicht ohne Konsequenzen für die CDU. Ideologisch war das Jahr 1953 vom Zentralkomitee der SED zum Karl-Marx-Jahr erklärt worden.<sup>139</sup> Nachdem man in der CDU zunächst nur eine stärkere Beschäftigung mit Marx auf den unteren Parteiebenen und die Herausgabe einer Broschüre geplant hatte,<sup>140</sup> beschloss man schließlich, eine Festsitzung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises am 4. Mai 1953 zum 135. Geburtstag von Marx zu veranstalten, auf der Toeplitz das Referat halten sollte. Ausdrücklich schloss man jede weitere Aussprache zu dem Thema aus.<sup>141</sup> In seinem Vortrag, der unter dem Titel „Was bedeutet uns Christen der Marxismus-Leninismus?“ stand, lehnte Toeplitz nochmals jeden Vorbehalt ab, den Christen bezüglich der Zusammenarbeit mit Marxisten haben könnten. Er nahm Bezug auf These 18 des Christlichen Realismus, wonach Christen die Grundzüge der ökonomischen Analyse des Marxismus-Leninismus als richtig anerkennen müssten, ohne dem dialektischen Materialismus zuzustimmen. Ausdrücklich betonte er, dass dies „nur eine teilweise Lösung des Problems“ sei. Da der Marxismus vom gleichen Geist des Humanismus bestimmt sei, wie er im Alten und Neuen Testament zum Ausdruck komme, gebe es in seiner Zielsetzung Berührungspunkte mit der „eines wahren Christentums“. Daraus ergebe sich, dass man „im Marxismus-Leninismus und in dem auf seiner Grundlage durchgeführten sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion den realen Humanismus“ erkenne, „der gleichzeitig für uns die Verwirklichung echter christlicher Anliegen bedeutet“. Für fortschrittliche Christen gelte zudem auch die Verpflichtung, den Klassenkampf anzuerkennen, da sich mit dieser Stellungnahme „die Parteinahme für oder gegen die bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung“ verbinde. Christliche Demokraten müssten sich daher zur korrekten Analyse der gegenwärtigen Vorgänge ernsthaft mit der marxistisch-leninistischen Lehre

---

138 Aktenvermerk über die am 22. Februar 1953 stattgefundene Besprechung zwischen den Genossen Fischer, Lipfert und dem persönlichen Referenten von Herrn Götting, Herrn Fischer, in: SAPMO-BArch DY 30/IV 2/15/6; Vermerk über die Zentralen Arbeitsgemeinschaften der CDU vom 23. April 1954, in: SAPMO-BArch DY 30/IV 2/15/41.

139 Im Jahre 1953 gedenkt die deutsche Nation ihres größten Sohnes Karl Marx, in: Dokumente der SED, Bd. 4, S. 222–227.

140 Protokoll über die Sitzung des Politischen Ausschusses am 13. Januar 1953, in: ACDP 07–011–1325. Vgl. auch den Richtlinienentwurf von Bredendiek vom 20. Januar 1953, in: ACDP 07–011–3017.

141 Protokoll über die Sitzung des Politischen Ausschusses am 28. April 1953, in: ACDP 07–011–1325.



befassen, sowie die Bedeutung des Blockprinzips und der führenden Rolle der Arbeiterklasse erkennen.<sup>142</sup>

Mit diesem Beitrag wurde zwar nicht „der Marxismus-Leninismus offiziell zur Ideologie der CDU der DDR bestimmt“,<sup>143</sup> da sich Toeplitz noch immer auf die Thesen des Christlichen Realismus als Grundlage bezog, allerdings diente er als Wegbereiter dorthin. Die Analyse der SED zum Christlichen Realismus hatte deutlich gemacht, dass es aus ihrer Sicht mit der Position der CDU als Blockpartei in der DDR nicht mehr vereinbar war, nur die Richtigkeit einer „ökonomischen Analyse“ anzuerkennen.<sup>144</sup> Das Referat unterstellte die Interesseneinheit von Marxisten und „fortschrittlichen Christen“ unter dem Banner des „Humanismus“, so dass letztlich der Marxismus-Leninismus mit all seinen Konsequenzen, was eben den Klassenkampf mit einschloss, auch von Christen als logisch und wünschenswert angesehen werden musste.

Immer stärker konzentrierte sich die Tätigkeit des Arbeitskreises in dieser Zeit auf die Herausgabe von Schulungsunterlagen und die parteieigenen Verlage.<sup>145</sup> Die inhaltliche Arbeit auf Arbeitskreisebene kam hingegen bald zum Erliegen. Für den 25. Juni 1953 war aus Anlass des 8. Gründungstages der CDU eine weitere Sitzung geplant, auf der Desczyk seine Überlegungen zur Parteigeschichte seit 1945 darlegen sollte.<sup>146</sup> Über 100 Personen wurden eingeladen, erhielten aber am 22. Juni 1953 eine Mitteilung Göttings, wonach „mit Rücksicht auf die drängenden Aufgaben der Gegenwart, die den aktiven Einsatz aller Unionsfreunde erfordert“ [sic!], die Sitzung abgesagt wurde.<sup>147</sup> Der Grund dafür lag im Volksaufstand des 17. Juni 1953, der eine zeitweilige

142 Heinrich Toeplitz: Was bedeutet für uns Christen der Marxismus-Leninismus? Vortrag, gehalten auf der Festsitzung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises der CDU anlässlich der 135. Wiederkehr des Geburtstages von Karl Marx. Berlin (Ost) 1953. Das Referat wurde bereits an den folgenden Tagen im Zentralorgan der CDU abgedruckt. Vgl. *Neue Zeit* vom 5. und 6. Mai 1953. Ferner Protokoll über die Festsitzung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises am 4. Mai 1953, in: ACDP 07-011-1721. Die Anwesenheitsliste der Veranstaltung findet sich in ACDP 07-011-1455. Die von Toeplitz geäußerten Ansichten dürften wesentliche Anleihen beim Religionssoziologen Emil Fuchs genommen haben. Vgl. Emil Fuchs: *Marxismus und Christentum*. Leipzig 1952. Vgl. auch Rißmann: *Kaderschulung*, S. 135-136.

143 Richter: *Ost-CDU*, S. 321.

144 Vgl. einen undatierten Vermerk von Wirth an Fischer, Bredendiek und andere, wo in Vorbereitung der Festsitzung eine solche Feststellung getroffen wird, in: ACDP 07-011-3017.

145 Monatsbericht der Abteilung 13 für den Mai 1953, ebd. Vgl. auch: Bericht von Desczyk über die Tätigkeit des Wissenschaftlichen Arbeitskreises in den Jahren 1950-1954, S. 2-3, ebd.

146 Vgl. dazu das Manuskript, das auf den 13. Juni 1953 datiert ist, sowie eine zusammenfassende Übersicht über das geplante Referat, in: ACDP 07-011-1455. Vgl. auch Stichworte für das Referat „Geschichte der CDU 1945 bis 1952“, in: ACDP 07-011-3017.

147 Vgl. dazu Einladungsentwurf, Einladungsliste und Absagenotiz, in: ACDP 07-011-1455.

Schwächung der Stellung der SED und Walter Ulbrichts verursachte, und der CDU kurzfristig die Möglichkeit gab, eigenständiger zu agieren und die dominierende Stellung der Arbeiterpartei mit eigenen Vorschlägen zu hinterfragen.<sup>148</sup> In dieser unsicheren Lage wäre es problematisch gewesen, eine vorläufige Interpretation der Parteigeschichte zu liefern, die möglicherweise später hätte revidiert werden müssen.

Stattdessen wurde Desczyk in einer anderen Angelegenheit initiativ. In einem Vermerk vom 17. Juli 1953 kritisierte er „die überspitzte Formulierung“ der Thesen 19 und 20, namentlich die führende Rolle der Arbeiterklasse und die Entwicklung zu einer volksdemokratischen Ordnung und favorisierte eine Rückkehr zu der ursprünglichen Meißener Fassung von 1951.<sup>149</sup> Man beschloss aber letztlich nur eine Handreichung für die Dozenten der Parteischulen herauszugeben, die die vom 6. Parteitag beschlossenen Thesen 19 bis 22 erläutern sollte.<sup>150</sup> Da Götting bis Ende August keine Reaktion zeigte, versuchte Desczyk über andere Mitarbeiter der Parteileitung Druck auf ihn auszuüben.<sup>151</sup> Letztlich konnte die Handreichung am 11. September 1953 verschickt werden, allerdings in einer im Vergleich zum ersten Entwurf stark entschärfte Version.<sup>152</sup>

Das Verhältnis der beiden dürfte spätestens nach dieser Episode stark angeschlagen gewesen sein. Desczyks Kritik fiel in eine Zeit, in der Götting massiv durch Rücktrittsforderungen unter Druck stand.<sup>153</sup> Für Götting, der parteiintern die Führungsrolle der SED nicht in Frage stellte,<sup>154</sup> musste Desczyk, auch durch dessen herausgehobene Stellung unter den Intellektuellen der Partei und seine Beliebtheit innerhalb der Parteileitung,<sup>155</sup> zunehmend als Bedrohung erscheinen.

Der Arbeitskreis wurde durch diese Entwicklungen stark beschädigt. Die bereits Anfang Juni begonnene Planung einer theoretischen Konferenz für den Herbst 1953, die Grundlagen für die Erläuterung der Thesen des Christlichen Realismus erarbeiten sollte, wurde nach der Stabilisierung der SED-Herrschaft

148 Leo Haupts: Die Blockparteien in der DDR und der 17. Juni 1953, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 40 (1992), S. 383–412; Zeidler: Weg, S. 89–104; ders.: CDU in der DDR, S. 128–150.

149 Vermerk von Desczyk an Götting, Ludwig und Bredendiek vom 17. Juli 1953, in: ACDP 07–011–0873.

150 Vermerk von Desczyk an Götting, Ludwig und Bredendiek vom 1. August 1953 mit dem Entwurf einer Handreichung, ebd.

151 Vermerk an Sefrin, Wirth und Fahl vom 25. August 1953, ebd.

152 Vgl. Schreiben vom 11. September 1953 an die Parteischulen und andere mit Handreichung, ebd.

153 Zeidler: CDU in der DDR, S. 142f.

154 Protokoll der Erweiterten Vorstandssitzung des Bezirksverbandes Potsdam vom 18. Juli 1953, in: ACDP 07–011–1149.

155 Vgl. die Charakterisierung Desczyks durch Joseph Janssen, in: ACDP 03–013–023/1.

unter Führung der „Hardliner“ im Spätsommer 1953 gar nicht erst weiterverfolgt.<sup>156</sup> Zwar legte man dem FDJ-Vorsitzenden Erich Honecker noch eine Stellungnahme zu einer atheistischen Propaganda-Broschüre vor<sup>157</sup> und veranstaltete auch die lange geplante Autorenkonferenz<sup>158</sup>, reguläre Sitzungen des Arbeitskreises fanden jedoch nicht mehr statt. Der zunehmende Druck seitens der SED, den Christlichen Realismus zu verwerfen<sup>159</sup> und die Unzufriedenheit mit der Entwicklung der „fortschrittlichen Kräfte“ in der CDU im allgemeinen und der Parteileitung im speziellen<sup>160</sup>, musste über kurz oder lang zu Maßnahmen führen, die letztlich Desczyk und den Arbeitskreis treffen würden.

Im März 1954 begann der Druck auf Desczyk offenbar zuzunehmen. In einer Personenkartei der Exil-CDU wurde hinter der Karteikarte Desczyks ein Zettel mit einer handschriftlichen Notiz angeheftet, der mit dem Datum des 24. März 1954 versehen war. Ohne Quellenangabe stand dort vermerkt, dass er „ausgeboten“ [sic!] werden solle, da er „die Sache mit den Fernstudien verpatzt“ habe und „nicht fortschrittlich genug“ sei.<sup>161</sup> Offenbar wurde er also wegen seiner im Juli 1953 geäußerten Ansichten zur Führungsrolle der SED angegriffen.

Desczyk befand sich in der Defensive. In dieses Bild passt auch ein Vermerk an den Hauptabteilungsleiter Max Sefrin. Am 3. März 1954 übergab Desczyk diesem einen zweiseitigen Bericht zur Geschichte und Tätigkeit des Wissenschaftlichen Arbeitskreises sowie eine Mitarbeiterliste.<sup>162</sup> Wie aus dem Anschreiben hervorgeht, scheint Sefrin ihn darum gebeten zu haben. Der Grund für dieses Interesse ist nicht klar, möglicherweise hatte zunächst Desczyk Sefrin, den er auch schon im August 1953 in der Angelegenheit der Handreichung zu den Thesen 19 bis 22 einbezogen hatte, in der Hoffnung an-

156 Vermerk von Desczyk an Götting, Fischer und andere vom 1. Juni 1953 mit Anlage, in: ACDP 07-011-3017.

157 Schreiben von Götting an Honecker vom 4. November 1953 mit Stellungnahme von Desczyk, in: ACDP 07-011-1455. Bei der Broschüre handelte es sich um: P. F. Kolonizki: Kommunistische und religiöse Moral. Unionsgesellschaft zur Verbreitung Politischer und Wissenschaftlicher Kenntnisse. Berlin (Ost) 1953.

158 Protokoll der Sitzung des Sekretariats am 14. Dezember 1953, in: ACDP 07-011-1328. Dort wurde auch ein Preisausschreiben für schriftstellerische und wissenschaftliche Arbeiten beschlossen, das der Wissenschaftliche Arbeitskreis ausrichten sollte. Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats am 21. Dezember 1953 mit Vorlage, ebd. Vgl. auch Utm, Heft 1, Januar 1954, S. 16f.

159 Rißmann: Kaderschulung, S. 138.

160 Zeidler: CDU in der DDR, S. 153.

161 Karteikarte Desczyk, in: ACDP 03-013-787. Tatsächlich war das 1952 eingerichtete Fernstudium ein völliger Fehlschlag und musste bereits 1955 eingestellt werden, Vgl. Rißmann: Kaderschulung, S. 108-110.

162 Vermerk von Desczyk an Sefrin zum Wissenschaftlichen Arbeitskreis vom 3. März 1954, in: ACDP 07-011-1455. Es wurde dort erläutert, dass man auf den Begriff „Mitglieder“ verzichtete, um nicht zu suggerieren, dass es neben der CDU-Mitgliedschaft noch eine gesonderte Mitgliedschaft im Arbeitskreis gebe.

gesprächen, einen Verbündeten zu finden, um eine eventuelle Auflösung des Arbeitskreises zu verhindern. Ob die Bitte Sefrins um einen Bericht ehrlichem Interesse entsprach oder einfach eine Möglichkeit war, Zeit zu gewinnen, um nicht selbst in die Schusslinie zu geraten, muss offen bleiben. Reale Konsequenzen erwachsen daraus jedenfalls nicht.

Am 6. Mai 1954 bemühte sich Desczyk schließlich um die Flucht nach vorn. In einem Vermerk an Götting schlug er vor, den Arbeitskreis umzuorganisieren.<sup>163</sup> Es sollte über eine Arbeitsgemeinschaft „Wissenschaftlicher Arbeitskreis“ ein fester Kern als Träger der laufenden Aufgaben gebildet werden, der „zur Erledigung konkreter Einzelaufträge“ Arbeitszirkel bilden könne. Die Aufgaben glichen dabei denen des Arbeitskreises: Förderung der Bildungsarbeit, Vertiefung und Festigung der ideologischen Grundlagen der Partei, Unterstützung der Arbeit der Verlage und Ausführung von Aufträgen des Politischen Ausschusses. Die Arbeitsgemeinschaft sollte aus zwölf Personen bestehen<sup>164</sup> und Desczyk dabei federführend bleiben, allerdings nicht mehr als Sekretär des Arbeitskreises, sondern als ein Sekretär des Politischen Ausschusses. Zudem fügte Desczyk einen Bericht über die Tätigkeit des Arbeitskreises seit 1950 bei.<sup>165</sup> Einen Schwerpunkt legte er dabei auf die Frage nach der Erfüllung der Aufträge des 6. Parteitages, wobei er Fehler und Versäumnisse nur anderen Stellen, aber nicht sich oder dem Arbeitskreis zuwies. So legte er die Verzögerungen bei der Anfertigung der Studien über das Verhältnis von Staat und Kirche dem Arbeitskreis für Kirchenfragen zur Last, der nach der Verhaftung Dertingers längere Zeit lahmgelegt worden sei. Dass das Fernstudienheft zur Parteigeschichte verspätet herauskam, habe seine Ursache in „Planungsfehlern bei der technischen Herstellung“ gehabt.

Desczyk mag gehofft haben, sich mit dieser Konstruktion und seinen Rechtsfertigungen weiterhin die Zuständigkeit für die theoretische Grundlagenarbeit der Partei bewahren zu können. Dabei übersah er jedoch, dass der Wissenschaftliche Arbeitskreis längst entbehrlich geworden war. Eine weitere Propagierung des Christlichen Realismus war nicht mehr gewünscht, zudem hatte Götting offenbar kein Interesse daran, Desczyk in dieser zentralen Position zu belassen. Vielmehr trachtete er danach, ihm stattdessen seine Zugriffsmöglichkeiten auf Intellektuelle, Parteischulen und Verlage abzunehmen, um keinen potentiellen Rivalen neben sich zu haben.

Am 18. Mai 1954 beschloss der Politische Ausschuss, nachdem er Desczyks Bericht zur Kenntnis genommen hatte, das Ende des Wissenschaftlichen Ar-

163 Vermerk von Desczyk an Götting vom 6. Mai 1954, ebd.

164 Im Einzelnen wären dies gewesen: Walter Bredendiek, Gerhard Desczyk, Karl-Reinhold Döderlin, Hubert Faensen, Erwin Krubke, Heinz-Wolfram Mascher, Günther Naundorf, Horst Rudolph, Hans-Georg Schöpf, Heinrich Toeplitz, Herbert Trebs und Günter Wirth.

165 Bericht von Desczyk über die Tätigkeit des Wissenschaftlichen Arbeitskreises in den Jahren 1950–1954, in: ACDP 07–011–3017.

beitskreises.<sup>166</sup> Götting betonte, dass es „aufgrund der bereits erreichten Ergebnisse“ gelte, „neue Formen hinsichtlich der bisher vom Wissenschaftlichen Arbeitskreis durchgeführten Aufgaben zu finden“. Im offiziellen Beschluss hieß es lapidar, dass seine Aufgaben erfüllt seien. Zukünftig seien die Verbesserung der Unterlagen der Parteischulen und die Arbeit zur Parteigeschichte vom Dozentenkollegium der Zentralen Parteischule und die Verlagsangelegenheiten vom Literarischen Beirat zu übernehmen. Alle weiteren Aufgaben und Projekte der Arbeitszirkel sollten die Arbeitsgemeinschaften bei der Parteileitung übernehmen.<sup>167</sup> Desczyk wurde zum Sekretär des Politischen Ausschusses ernannt und blieb damit Mitglied des Sekretariats der Parteileitung. Gleichzeitig wurde er wissenschaftlicher Leiter der CDU-Verlage, was einer Herabstufung gleichkam.<sup>168</sup>

Damit blieb Desczyk zwar Mitglied der Parteileitung, verlor aber seinen Einfluss auf Fragen der Ideologie. Auch im Bereich der Schulung wurde sein Einfluss beschnitten. Zwar blieb er Leiter der Abteilung Schulungs- und Kulturfragen, als Referent für den Bereich Schulung wurde ihm jedoch ab September 1954 der 23jährige Jurist Adolf Niggemeier aus dem Bezirksverband Leipzig beigelegt, der sich als „Geheimer Informant“ bei der Staatssicherheit betätigte.<sup>169</sup> Seine Funktion dürfte die eines „Aufpassers“ für Desczyk gewesen sein.

Das Ende des Wissenschaftlichen Arbeitskreises markierte faktisch auch das Ende des Christlichen Realismus. Die SED legte die CDU im Laufe des Jahres 1954 wie die übrigen Blockparteien unmittelbar auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus fest und gestattete lediglich christliche Begründungszusammenhänge in dieser Hinsicht.<sup>170</sup> In den im Juni 1955 verabschiedeten

166 Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses am 18. Mai 1954, in: ACDP 07-011-1316. In der Sitzung des Sekretariats am Tag zuvor war es bezeichnenderweise Götting, der den Bericht im Beisein Desczyks verlas, eine klare Zurschaustellung der Hierarchie innerhalb des Sekretariats, Vgl. ACDP 07-011-1837.

167 Im Protokoll standen ursprünglich nur die Arbeitszirkel Veterinärwesen und Technik, dies wurde aber gestrichen und stattdessen eine allgemeinere Formulierung gewählt.

168 1956 wurde Desczyk zum Cheflektor für die Verlage ernannt. In dieser Eigenschaft sollte er bemerkenswerterweise „für die Innehaltung der politischen Linie der Partei in der Arbeit der Verlage Sorge tragen“. Vgl. Protokoll der Sitzung des erweiterten Sekretariats vom 24. September 1956, in: ACDP 07-011-1297.

169 Entwurf eines Stellenplans der CDU-Parteileitung vom 25. Oktober 1954, in: ACDP 07-011-1837. S. auch den Geschäftsverteilungsplan der Parteileitung vom 21. Januar 1954, ebd. Vgl. auch Ute Schmidt: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989-1994 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 81). Opladen 1997, S. 45 (v. a. Anm. 5); Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern (Analysen und Dokumente 15). Berlin 1999, S. 716-717.

170 Ribmann: Kaderschulung, S. 138; Zeidler: CDU in der DDR, S. 97. Bereits für den 7. Parteitag im September 1954 hatte die SED gegenüber Götting „Empfehlungen“ ausge-

„Thesen zur Geschichte der CDU“, die im Übrigen den Wissenschaftlichen Arbeitskreis mit keinem Wort erwähnten, betonte man schließlich, dass die Ideen des Christlichen Realismus zwar „eine große Hilfe für die fortschrittlichen Kräfte“ gewesen seien, aber auch „eine gewisse Verengung derart darstellten, daß sie allzusehr dogmatischen Diskussionen Spielraum ließen und durch diese Diskussionen einigen christlichen Menschen den Zugang zur Politik unserer Partei erschwerten“.<sup>171</sup>

### *Fazit*

Die betrachteten Arbeitskreise sind für die Geschichte der CDU in der DDR um 1950 von zentraler Bedeutung. Der Arbeitskreis „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ war aus dem Bedürfnis heraus entstanden, die programmatische Leere zu füllen, die die CDU seit der Ära Kaiser prägte und eine eigene Sozialismuskonzeption zu entwickeln. Mit der zunehmenden Ausrichtung der SED auf den orthodoxen Marxismus stalinistischer Prägung und dem damit verbundenen Führungsanspruch waren solche Ideen jedoch zum Scheitern verurteilt. Stattdessen wurde der Wissenschaftliche Arbeitskreis gegründet, um einerseits die innerparteiliche Zentralisierung voranzutreiben und andererseits das intellektuelle Potential der Partei zu bündeln und zu kontrollieren.

Dabei war die inhaltliche Tätigkeit insgesamt recht überschaubar. Der Arbeitskreis „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ scheiterte an innerem Unvermögen und dem ideologischen Wandel der SED. Der Wissenschaftliche Arbeitskreis, der als „Denkfabrik“ konzipiert war, konnte diese Aufgabe in Ansätzen nur in der Zeit zwischen dem 6. Parteitag 1952 und dem 17. Juni 1953 entfalten, da die Thesen des „Christlichen Realismus“ über den Politischen Ausschuss entwickelt wurden und die Zeit nach der Meißener Tagung bis zum Parteitag größtenteils von anderen politischen Themen bestimmt waren.

Die in den vorliegenden Quellen oftmals unkoordiniert und unstrukturiert wirkende Tätigkeit der Arbeitskreise hatte aber auch ihren Grund in den für ihre Arbeit zentralen Personen, Gerhard Desczyk und Gerald Götting. 1950 legte ein Streit zwischen diesen beiden die Arbeit des ersten Arbeitskreises für Monate lahm. Desczyk dürfte auch für die faktische Einstellung der Arbeit des Wissenschaftlichen Arbeitskreises zwischen Februar und Mai 1952 verantwortlich gewesen sein. Schließlich führten die Kritik Desczyks an der Füh-

---

sprochen, den Christlichen Realismus nur beiläufig zu behandeln, Vgl. Bericht über den 7. Parteitag der CDU (undatiert), in: SAPMO-BArch DY 30/IV 2/15/29.

171 Thesen zur Geschichte der CDU, S. 8, in: ACDP 07-011-0587. Vgl. auch: Wolfgang Gudenschwager/Guntram Kostka: Kulturpolitik zwischen Gestern und Morgen. Zur Geschichte der CDU 1945 bis 1952 (CDU – Beiträge zur Geschichte). Heiligenstadt 1977, S. 174–175.

rungsrolle der SED im Juli 1953 und seine dominierende Stellung im Arbeitskreis und den damit verbundenen Bereichen Schulung und Verlagswesen zur von Götting betriebenen Auflösung des Gremiums.

Eine grundsätzlichere Ursache für die Schwierigkeiten der Arbeitskreise dürfte aber in der Unsicherheit gelegen haben, ob das, was heute beschlossen wird, auch morgen noch gültig sein würde. Im Klartext heißt das, dass in Folge des III. Parteitags der SED deutlich wurde, dass ein unabhängiges christlich geprägtes Sozialismuskonzept nicht mehr zu verwirklichen war. Es widersprach den marxistisch-leninistischen Grundsätzen der SED und stellte daher eine potentielle Bedrohung ihres auf dem historischen Materialismus fundierenden Führungsanspruches dar. Der 1951 entwickelte Christliche Realismus war also kein eigenständiges Programm mehr, sondern sollte die Widersprüche zwischen Christentum und Marxismus-Leninismus auffangen. Eine Aufgabe des Wissenschaftlichen Arbeitskreises hätte es sein können, dieses Konzept weiterzuentwickeln und nötigenfalls neuen Bedingungen anzupassen. Es bestand offenbar die Hoffnung, damit einerseits den Anforderungen der SED zu entsprechen, andererseits aber auch auf eigener wissenschaftlicher Basis<sup>172</sup> eine auf Parteimitglieder und parteilose Christen gerichtete christliche Rechtfertigung für das eigene Handeln zur Hand zu haben. Mit dem Verwerfen des Christlichen Realismus durch die SED waren diese Vorstellung und damit auch die Existenz des Wissenschaftlichen Arbeitskreises obsolet geworden.

---

172 Götting: Grundlegung, S. 7: „Im christlichen Realismus wird die Einschätzung des Menschen und der Gesellschaft glaubensmäßig entfaltet und wissenschaftlich entwickelt.“

# Der Höhepunkt der Berlin-Krise 1961

Gerhard Wettig

## *Entwicklung der Krise seit 1958*

Die zweite Berlin-Krise war durch die sowjetische Note vom 27. November 1958<sup>1</sup> ausgelöst worden. Chruschtschow hatte – gegen schwere Bedenken des Führungsmitglieds Mikojan und von Diplomaten in leitender Position – den Westmächten abverlangt, sie müssten sich binnen sechs Monaten zur Mitwirkung an einem Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten bereit erklären, der ihre Besatzungsrechte aufheben, die Kontrolle der Zugangswege nach Berlin der DDR übertragen und damit den Abzug aus der Stadt erzwingen würde. Andernfalls wollte er den Vertrag ohne sie abschließen. Auch wenn sie ihre Zustimmung verweigern würden, sollten die Besatzungsrechte daraufhin nicht mehr gelten. In jedem Fall sollte die DDR die volle Souveränität auf ihrem Gebiet erhalten und alle Verbindungen West-Berlins zur Außenwelt einschließlich der Luftwege kontrollieren, ohne zur Gewährung irgendeines Zugangs verpflichtet zu sein. Das SED-Regime würde so die Stadt voll abhängig machen und seinem Willen unterwerfen können. Chruschtschow wollte, wie sein Sohn Sergej bezeugt, mit dem er sich oft besprach, genau so wie Stalin zehn Jahre zuvor den Fremdkörper in seinem Machtbereich „assimilieren“ oder zumindest neutralisieren. Er dachte jedoch nicht an eine Blockade, sondern wollte West-Berlin durch Androhung der Sperrung des Zugangs für die Westmächte den Status einer scheinbar „Freien Stadt“ aufzwingen.<sup>2</sup>

Seit die Westmächte 1948/49 mit der Luftbrücke die von den West-Berlinern abgelehnte kommunistische Machtübernahme abgewendet hatten,<sup>3</sup> hatten sie, vor allem die USA, sich feierlich dazu verpflichtet, die Freiheit der Stadt unbedingt zu verteidigen. Chruschtschows Ultimatum stellte sie vor die Frage, ob sie unter allen Umständen zu ihrem Wort stünden. Mit der Ankündigung, er werde den Friedensvertrag auch einseitig abschließen und der DDR volle Souveränität zubilligen, hatte er den Hinweis verbunden, dann bleibe ihnen nur der Versuch übrig, ihre Präsenz mit militärischen Vorstößen aufrechtzuerhalten. Das aber wäre ein Angriff auf die DDR, und als ihr Verbündeter wäre die

---

1 Text: Dokumente zur Deutschlandpolitik (DzD). Hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. IV. Reihe, Band 1/1. Frankfurt/Main u. a. 1971, S. 151–163 (russ. Originaltext), 163–177 (dt. Übersetzung).

2 Sergej Chrusčëv: Roždenie sverchderžavija. Kniga ob otce. Moskau 2000, S. 413f., 416.

3 Zu den damaligen diplomatischen Auseinandersetzungen siehe Gerhard Wettig: Die Verhandlungen der Westmächte mit der UdSSR über die Aufhebung der Berliner Blockade 1948. Untersuchung unter Verwendung sowjetischer Gesprächsprotokolle, in: Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 2008, S. 243–274.



UdSSR gezwungen, bewaffneten Beistand zu leisten. Das würde zum großen Krieg mit totalem Kernwaffeneinsatz führen. Die damit verbundene gewaltige Vernichtung könne man im Westen nicht wollen, um bloß den isolierten Außenposten West-Berlin mit kaum mehr zwei Millionen Einwohnern zu halten, der für sie doch eher eine Belastung als ein Vorteil sei.

Chruschtschow bestritt, dass die Westmächte die Freiheit der Bevölkerung verteidigten, wie sie erklärten. Das Gegenteil sei richtig. Die UdSSR wolle West-Berlin von der Knechtschaft des Besatzungsregimes befreien, auf der sie weiter bestünden. Als Freie Stadt solle es nicht der DDR einverleibt werden, sondern autonom über seine inneren Angelegenheiten entscheiden. Mit dem Recht zur Beibehaltung der „kapitalistischen“ Ordnung ausgestattet, würde es nicht das sozialistische System annehmen müssen. Tatsächlich sahen die Dinge anders aus. West-Berlin hätte aufgrund der Tatsache, dass alle Verbindungen zur Außenwelt von der DDR beherrscht werden sollten, keine Forderung des SED-Regimes ablehnen können. Auch sollte im Statut der Freien Stadt die Verpflichtung zum Wohlverhalten gegenüber der DDR festgelegt werden. Wenn, wie ebenfalls vorgesehen, alle Bande zur Bundesrepublik Deutschland abzubrechen waren, fiel namentlich auch deren finanzielle und wirtschaftliche Hilfe weg. Mit Gewissheit war dann zu erwarten, dass die Bevölkerung der strangulierten Exklave aus Not gezwungen sein würde, um Aufnahme in die DDR nachzusuchen – eine Möglichkeit, die Chruschtschow ausdrücklich ins Auge fasste.<sup>4</sup>

Chruschtschow hatte ein größeres Ziel im Auge als nur die Auslieferung West-Berlins an das DDR-Regime: die Beseitigung der atlantischen Allianz. Wie er am 6. Januar 1961 ausführte, war es die wichtigste „Aufgabe“ im Verhältnis zum Westen, „das aggressive Wesen aller militärisch-politischen Gruppierungen der Imperialisten wie der NATO, SEATO und CENTO zu enthüllen, wobei wir ihre Liquidierung anstreben“. Für diesen Fall sah er die Auflösung auch des Warschauer Pakts vor.<sup>5</sup> An die Stelle der gegeneinander gerichteten Bündnisse sollte gemäß dem seit 10. Februar 1954 immer wieder vorgetragenen Verlangen ein europäisches System der kollektiven Sicherheit treten. Das hieß: Der Westen hatte den Zusammenschluss zur Abwehr der sowjetischen

---

4 Chruschtschow im Gespräch mit Ulbricht, 2. November 1961, in: Chruschtschows Westpolitik 1955–1964. Hg. von Gerhard Wettig in Zusammenarbeit mit Stefan Karner u. a. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, des Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgen-Forschung in Graz und der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen. Bd. 3: Die Kulmination der Berlin-Krise. München 2011, S. 487, sowie mit Alfons Gorbach und Bruno Kreisky, 29. Juni 1962, ebd., S. 588.

5 N. S. Chrusčëv: Za novye pobyedy kommunističeskogo dviženija. K itogam Soveščanija kommunističeskich i rabočich partij (Grundsatzreferat am 6. Januar 1961), in: Kommunist 1961, 1, S. 22.

Militärmacht und den dazu geschlossenen Bund mit den USA aufzugeben und der UdSSR eine dominierende Position in Europa zu geben. Dann konnte diese auf den Warschauer Pakt verzichten, der ohnehin seit seiner Konstituierung 1955 vor allem dem Angebot einer wechselseitigen Auflösung der Bündnisse gedient hatte, während sich die militärische Zusammenarbeit bis 1960 wesentlich auf bilaterale Verträge stützte. Bei all dem ging Chruschtschow davon aus, dass sich die kommunistische Herrschaft in den osteuropäischen Ländern nach den Krisen von 1953 und 1956 wieder hinreichend stabilisiert habe. Eine multilaterale Klammer für das sowjetische Lager erschien ihm daher nicht nötig.<sup>6</sup>

Die Verdrängung der Westmächte aus West-Berlin, so kalkulierte Chruschtschow, würde „die NATO in Stücke reißen“.<sup>7</sup> Diese Überzeugung beruhte darauf, dass die Verteidigung der Stadt für den Fortbestand der atlantischen Allianz entscheidend wichtig war. In dem Willen und der Fähigkeit der USA zur Behauptung der Stadt sahen die europäischen Verbündeten die Gewähr dafür, bei akuter Bedrohung durch die UdSSR nicht im Stich gelassen zu werden. Das war die politisch-moralische Basis des westlichen Bündnisses. Wurde dieses Vertrauen erschüttert, war die NATO in Frage gestellt.<sup>8</sup> Die Eisenhower-Administration bekräftigte demgegenüber die Entschlossenheit zum Einsatz für West-Berlin. Sie werde keinesfalls zurückweichen, sondern sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen, denn zusammen mit den anderen zwei Schutzmächten halte sie am übernommenen Engagement fest. Das sei um ihrer Glaubwürdigkeit willen unerlässlich. Davon werde sie nicht abgehen; ein Nachgeben komme nicht in Betracht. Zwar habe sie nichts dagegen, wenn die UdSSR einen Friedensvertrag mit der DDR schließe, doch könne sie dabei nicht über westliche Rechte verfügen.

Die westliche Seite widersprach, auch wenn ihr das Kriegsrisiko zugesprochen wurde, und erklärte, es hänge von der UdSSR ab, ob eine bewaffnete Konfrontation heraufbeschworen werde, denn von dieser gehe der Angriff gegen

---

6 Siehe Chruschtschow im Gespräch mit Isabella Blum, 8. Dezember 1956, in: Rossijskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii (RGANI), fond 52, opis' 1, delo 548, Bl. 37, und mit Vittorio Valetta, 11. Juni 1962, in: RGANI, fond 52, opis' 1, delo 568, Bl. 108; Aufzeichnungen von Antonín Novotný und Václav David über Warschauer-Pakt-Beratungen der Parteichefs, 4., 9. und 20. Februar 1960, in: Studená válka 1954–1964. Sovětské dokumenty v českých archivech. Hg. von Michal Reiman und Petr Luňák. Brunn 2000, S. 138, 142. Aufgrund seiner Annahme zog Chruschtschow seine Truppen 1958 aus Rumänien zurück. Seinen Vorschlag im folgenden Jahr, auch Polen und Ungarn zu räumen, lehnten die dortigen Parteichefs ab. Vgl. Pervaja beseda N.S. Chruščëva s Mao Czedunom, 31. ijulja 1958 g., in: Novaja i novejšaja istorija 2001, 1, S. 125.

7 Chruschtschow im Gespräch mit Ulbricht, 31. März 1961, in: Chruschtschows Westpolitik, S. 112f. In gleichem Sinne Chruschtschow auf der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 26. Mai 1961, ebd., S. 155; Chruschtschow im Gespräch mit Ho Chi Minh Ch, 17. August 1961, ebd., S. 407.

8 Diese Auffassung brachte Chruschtschow nicht nur häufig intern zum Ausdruck, sondern gab sie gelegentlich auch gegenüber auswärtigen Gesprächspartnern zu erkennen.

den Status quo aus. Chruschtschow suchte die Politiker im Westen in Gesprächen immer wieder mit dem – nach seiner Darstellung überaus starken – Kernwaffenarsenal seines Landes zu beeindrucken, um sie davon zu überzeugen, sie hätten keine andere Wahl als nachzugeben. Faktisch jedoch traf das so nicht zu. Zwar besaß die UdSSR aufgrund ihrer Mittelstreckenraketen die Fähigkeit zur weitgehenden Vernichtung der europäischen NATO-Länder, musste aber ihrerseits mit einer großflächigen Verwüstung ihres Territoriums durch die global-strategischen Kapazitäten der USA rechnen, ohne entsprechende Gegenschläge führen zu können.<sup>9</sup> Erst im Januar 1960 stellte die Sowjetunion die erste – noch wenig effiziente – Interkontinentalrakete in den Dienst, mit der Nordamerika zu erreichen war.<sup>10</sup> Im Sommer 1958 hatte eine Übung der US-Luftverteidigung gezeigt, dass selbst unter schwierigen Umständen fast alle feindlichen Flugobjekte abgefangen werden konnten.<sup>11</sup>

Da folglich die Amerikaner durch den angedrohten Kernwaffeneinsatz kaum einzuschüchtern waren, suchte Chruschtschow die überlegene Stärke der gegen Westeuropa gerichteten Kernwaffen zur Geltung zu bringen. In kaum einem Gespräch mit Westeuropäern verzichtete er darauf, ihnen ausführlich darzulegen, wie rasch und total im Kriegsfall ihr jeweiliges Land von der ungeheuer großen Zerstörungskraft der sowjetischen Raketen ausgelöscht werden würde. Sie sollten durch ihr Überlebensinteresse dazu veranlasst werden, die angebliche Kriegslust des amerikanischen Verbündeten zu zügeln.<sup>12</sup> Er betrachtete die Westeuropäer als „Geiseln“, um derentwillen die USA militärische Enthaltensamkeit zu üben hätten.<sup>13</sup> Chruschtschow hoffte Westeuropa von den USA zu trennen, obwohl die NATO das Prinzip der unteilbaren Sicherheit für die Mitglieder beiderseits des Atlantiks festgelegt hatte. Die Planung beruhte vor Kennedys Amtsübernahme auf dem Konzept der „massiven Vergeltung“ (massive retaliation). Als Antwort auf einen sowjetischen Angriff gegen Westeuropa wurden verheerende nukleare Schläge gegen die UdSSR

---

9 Wie der neu ernannte US-Verteidigungsminister Robert McNamara Anfang 1961 rasch feststellte, traf die – von Kennedy mit der These der „Raketenlücke“ bestrittene – Einschätzung zu, dass die USA der UdSSR global-strategisch weit überlegen waren. Vgl. Harald Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit. Paderborn 1997, S. 72–74.

10 Matthias Uhl: Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962. München 2008, S. 65.

11 Ebd., S. 90.

12 N. S. Chruščev, Za novye pobedy kommunističeskogo dviženija, in: Kommunist 1 (1961), S. 9, 16–22; Chruschtschow im Gespräch mit Raymond Scheyven, 18. September 1962, in: RGANI, fond 52, opis' 1, delo 548, Bl. 27f. Gegenüber Amintore Fanfani am 2. August 1961, in: Chruschtschows Westpolitik, S. 326, ließ er die Bemerkung fallen, dass sich aus diesem Grund sogar Adenauer (den er als einen besonders heftigen Widersacher betrachtete) gegen ein bewaffnetes Vorgehen der USA wenden würde.

13 Chruschtschow im Gespräch mit Cyrus Sulzberger, 5. September 1961, ebd., S. 436 und mit Vittorio Valetta, 11. Juni 1962, in: RGANI, fond 52, opis' 1, delo 568, Bl. 106.

ins Auge gefasst. Dadurch werde der Kreml sich auch dann von einem Krieg abschrecken lassen, wenn er auf dem europäischen Gefechtsfeld sich im Vorteil sähe. Daher hatte die Androhung des Kernwaffeneinsatzes gegen Westeuropa wenig Wirkung. Als die NATO-Staaten nicht wie gewünscht nachgaben, sah sich Chruschtschow seinerseits vor die Wahl gestellt, ob er einen Krieg riskieren wollte. Dazu war er nicht bereit. Er ließ das Ultimatum stillschweigend fallen, hielt aber an den drohenden Gebärden fest.

Chruschtschow drang auch nach den Scheitern der Genfer Berlin-Verhandlungen im Sommer 1959 weiter auf die Erfüllung seiner Forderungen durch die Westmächte. Bei seinem USA-Besuch im September konnte er Eisenhower zwar nicht zu Absprachen ohne die Briten und Franzosen bewegen, glaubte aber, dieser sei bereit, auf die Forderung einzugehen, wenn das – für bald zugesagte – Gipfeltreffen stattfindet. Als dieses nach einigen Verzögerungen schließlich Mitte Mai 1960 begann, hatte sein Optimismus stark abgenommen. Mit dem Argument, der Präsident verweigere die Entschuldigung für einen Spionageflug über der UdSSR, sprengte er die Pariser Vier-Mächte-Konferenz. Mit so jemandem könne er sich nicht an einen Tisch setzen.<sup>14</sup> Er verzichtete damit auf die Verhandlungen, um die er sich beharrlich bemüht hatte. Die Berlin-Frage wurde daher erst im folgenden Jahr nach dem Ende von Eisenhowers Amtszeit wieder aktuell.

### *Chruschtschow und Kennedy bis zum Treffen in Wien*

Chruschtschow war erfreut, dass bei den US-Präsidentenwahlen im November 1960 nicht Nixon, sondern Kennedy siegte, den er zwar für ähnlich antisowjetisch gesinnt hielt, aber für weniger hart und stark. Das schien für die nach Eisenhower anstehende Wiederaufnahme der Auseinandersetzung günstige Aussichten zu eröffnen.<sup>15</sup> Dem vom bisherigen Zögern frustrierten Ulbricht sicherte er zu, nun wirklich Ernst mit dem Friedensvertrag zu machen.<sup>16</sup> Im Blick darauf hatte er vorher bereits militärische Vorbereitungen eingeleitet. Nachdem er zunächst der Ansicht gewesen war, im Ringen um West-Berlin komme es allein auf das Kräfteverhältnis bei den Kernwaffen an und daher eine Reduzierung des konventionellen Arsenal für richtig gehalten hatte, um

---

14 Dokumente No. I–IX in: Venskij val's cholodnoj vojny. Vokrug vstreči N. S. Chruščëva i Dž. F. Kennedi v 1961 godu v Vene. Dokumenty. Hg. von I. V. Kazarina, M. F. Nurik, M. Ju. Prozumenščikov (otvetstvennyj sostavitel') und P. Ruggenthaler. Moskau 2011, S. 30–79.

15 Gerhard Wettig: Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau. München 2006; Manfred Wilke: Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte. Berlin 2011, S. 233–238, 245–251.

16 Gespräch Chruschtschows mit Ulbricht, 30. November 1960, in: Chruschtschows Westpolitik, S. 33–50.

die finanzielle Belastung durch die teure Nuklearrüstung teilweise kompensieren zu können, ließ ihn die Erfolglosigkeit seiner Drohung mit dem Kernwafeneinsatz glauben, er müsse auch auf dem europäischen Gefechtsfeld Stärke demonstrieren. Mitte 1960 leitete er in der UdSSR entsprechende Maßnahmen ein und veranlasste die Verbündeten auf der Warschauer-Pakt-Tagung am 29. März 1961 zu Aufrüstung und enger militärischer Zusammenarbeit.<sup>17</sup> Fortan legte das sowjetische Militär einheitliche Pläne für alle Armeen fest und ließ gemeinsame Aktionen wie insbesondere Kommandostabsübungen durchführen.

Ulbricht zweifelte daran, dass Chruschtschow die Forderungen diesmal durchsetzen werde, und leitete organisatorische Vorarbeiten zur Sperrung der Sektorengrenze ein, um die Massenflucht aus der DDR nach West-Berlin auf diese Weise zu unterbinden.<sup>18</sup> In Moskau ließ er nichts darüber verlauten, denn er war sich des dortigen Neins zur Grenzschließung sicher. Wie Chruschtschow dachte, geht aus Äußerungen hervor gegenüber dem – von ihm hoch geschätzten – bundesdeutschen Botschafter Kroll hervor. Die DDR könne zwar „nicht mit offener Tür leben“ und müsse als souveräner Staat „Ein- und Ausreise kontrollieren“, doch das müsse auf den über ihr Territorium führenden Land- und Luftwegen geschehen. Andernfalls hätte man „eine Festungsmauer um West-Berlin herum zu bauen oder ein Sonderregime zu errichten“. Das aber sei „unmöglich, weil Berlin ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist, die Einwohner Berlins in verschiedenen Stadtteilen arbeiten, [dort] Verwandte haben usw.“<sup>19</sup> Für diese Haltung war die Sorge maßgebend, die internationale Öffentlichkeit, deren Blick auf Berlin gerichtet war, würde Sperranlagen in der Vier-Sektoren-Stadt und den Gebrauch von Gewalt gegen Fluchtwillige als Eingeständnis östlichen Versagens betrachten. Der Sozialismus stünde als Verlierer da, und die Erklärung, dieser sei dem Kapitalismus überlegen, was sich im friedlichen Wettstreit auf den Feldern der Wirtschaft und Wohlfahrt beweisen lasse, wäre vor aller Welt widerlegt. Dieser Eindruck sollte unbedingt vermieden werden.

Die in der Literatur mehrfach vertretene Auffassung, Chruschtschow sei von dieser Haltung recht bald abgerückt, hält der Überprüfung nicht stand. Es trifft weder zu, dass Ulbricht auf der erwähnten Tagung des östlichen Bündnisses

17 Ausführungen Chruschtschows auf der Sitzung des Politischen Konsultativkomitees des Warschauer Pakts, 29. März 1961, ebd., S. 102–105; Ausführungen des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Pakts, Marschall Andrej Grečko, und des für Rüstungsfragen zuständigen stv. Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR und stv. Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Michail Chruničev, o. D., in: RGANI, fond 10, opis' 3, delo 6, Bl. 206–227.

18 Wilke: Der Weg zur Mauer, S. 264–273.

19 Gespräch Chruschtschows mit Botschafter Kroll, 24. April 1961, in: Chruschtschows Westpolitik, S. 145f.

die Abriegelung West-Berlins forderte, noch gar, dass er, wie Matthias Uhl mutmaßt, den Kremelherrscher „von der Unvermeidbarkeit der Schließung der Grenzen in Berlin zu überzeugen“ vermochte.<sup>20</sup> Dieser lehnte Sperren in der geteilten Stadt nach wie vor ab. Das bewog den SED-Chef bis weit in das Frühjahr hinein zu Zurückhaltung. Erst als der anschwellende Exodus die DDR unmittelbar bedrohte, begann er – zunächst vorsichtig – in Moskau auf rasche Gegenmaßnahmen zu dringen. Seine Mahnung verstärkte sich immer mehr, bis er sich schließlich Ende Juni an Chruschtschow persönlich wandte und ihn beschwor, größte Eile sei geboten, denn man stehe vor dem Zusammenbruch. Wenn nicht bald etwas geschehe, könne er keine Verantwortung mehr für die weitere Entwicklung übernehmen. Der Notruf blieb ohne Antwort.<sup>21</sup> Chruschtschow hatte nach wie vor nur den Friedensvertrag im Auge und hielt die Lösung des Flüchtlingsproblems für nicht dringlich. Das galt umso mehr, als Kennedy sich vorgenommen hatte, das Verhältnis zur UdSSR zu entspannen und zu einer langfristigen Übereinkunft zu gelangen, und großes Interesse erkennen ließ, mit dem sowjetischen Führer bald ins Gespräch zu kommen. Chruschtschow sah sich dadurch in seiner Politik und Zuversicht bestätigt.

Kennedy wurde von der Sorge vor einem Nuklearkrieg umgetrieben. Zusammen mit den Intellektuellen, die er als Mitarbeiter und Berater heranzog, zweifelte er daran, dass sich diese Gefahr durch das hergebrachte Konzept der „massiven Vergeltung“ bannen ließ. Mit einem unglaublichen Vorgehen könne man keine glaubwürdige Abschreckung ausüben. Man dürfe nicht von einem stabilen „Gleichgewicht des Schreckens“ ausgehen, sondern müsse damit rechnen, dass die UdSSR die erklärte Bereitschaft der USA, jede Aggression mit einem massiven Einsatz von Kernwaffen zu beantworten, nicht mehr ernst nehme. Daher könne man die mutmaßliche konventionelle Unterlegenheit in Europa nicht länger durch Androhung des totalen Kernwaffeneinsatzes kompensieren, sondern bedürfe der Fähigkeit, einen Angriff des Gegners mög-

---

20 Ulbricht sprach zwar davon, dass die Stadt ein „großes Loch inmitten unserer Republik“ sei, folgerte aber daraus, dass der Friedensvertrag abgeschlossen werden müsse, und erklärte, dass mit dessen Vorbereitung die „Beseitigung der Anomalie der Lage in West-Berlin unmittelbar verbunden“ sei. Uhl: Krieg um Berlin?, S. 116f. In gleichem Sinne Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 86). Hg. von Matthias Uhl und Armin Wagner. München 2003, S. 23f (Einleitung). Die ebd. auf S. 64–74 wiedergegebenen DDR-Dokumente belegen, dass sich die im Frühjahr eingeleiteten Vorbereitungen auf einen Einsatz an der Grenze zur Bundesrepublik im Herbst bezogen, also auf das Szenario eines bewaffneten Konflikts nach Schließung der Zugangswege nach West-Berlin. Dies war auch die Perspektive, als die UdSSR Ende April/Anfang Mai Vorkehrungen für die Unterbrechung der Flüge durch die Luftkorridore der Westmächte traf. Vgl. Uhl: Krieg um Berlin?, S. 117f. Weder in den Ausführungen Chruschtschows am 29. März 1961 noch in seinem Gespräch mit Ulbricht am 31. März 1961 war irgendwie von einer Schließung der Grenze in Berlin die Rede. Vgl. Chruschtschows Westpolitik, S. 70–115.

21 Wettig: Chruschtschows Berlin-Krise, S. 160–162.

licht auf der von ihm gewählten Ebene abzuwehren, um eine mittlerweile für die USA existenzbedrohende nukleare Eskalation zu vermeiden. Dieser Übergang zur „flexiblen Erwiderng“ (flexible response) bedeutete, dass in der NATO nicht mehr mit dem nuklearstrategischen Schutz der Amerikaner zu rechnen war und dass die Westeuropäer das Kriegsrisiko zu tragen hatten. Die darauf beruhende amerikanische Forderung nach massiver konventioneller Aufrüstung, die der UdSSR westliche Stärke auf dem potenziellen Gefechtsfeld demonstrieren sollte, bedeutete zudem für die Verbündeten in Europa, vor allem auch den Frontstaat Bundesrepublik, hohe Verteidigungsausgaben und die missliche Perspektive eines allverwüstenden Krieges auf dem eigenen Territorium. Das weckte starken Widerspruch. Heftige Spannungen in der Allianz waren die Folge.<sup>22</sup>

Kennedy war zwar entschlossen, in den kommenden Gesprächen für die Freiheit West-Berlins einzustehen, schwächte aber zugleich seine Position durch mangelnde Kompetenz und Erfahrung. Fatal war vor allem das Scheitern des Versuchs, das diktatorische und mit der UdSSR verbundene Regime Castros auf Kuba durch eine bewaffnete Aktion zu beseitigen. Der Präsident stimmte dem vor seinem Amtsantritt formulierten Geheimdienstplan zu, ohne Bedenken bezüglich der Vorgehensweise Gehör zu schenken, und stellte den Erfolg von vornherein dadurch in Frage, dass er durch den Verzicht auf den Überraschungseffekt Castro die Möglichkeit zu Gegenvorbereitungen gab und zudem die vorgesehene militärische Unterstützung der eingesetzten Exilkubaner verhinderte. Die Landung in der Schweinebucht am 17. April wurde daher zum Fiasko, und Kennedy stand nicht nur blamiert, sondern auch als Politiker da, dessen Unfähigkeit erwiesen schien.<sup>23</sup> Statt abzuwarten, bis sich der negative Eindruck etwas verflüchtigt haben würde, war er weiter an einer baldigen Zusammenkunft mit Chruschtschow interessiert und ließ sich davon auch nicht durch das gestärkte Selbstbewusstsein abhalten, das der UdSSR durch Erfolge wie den kommunistischen Siegen in Laos und dem triumphalen Weltraumflug Gagarins zuwuchs. Die Uneinigkeit in der NATO über die strategischen Fragen, die sich im Fall einer akuten Zuspitzung der Krise auf die Entscheidung zur Verteidigung West-Berlins direkt auswirken musste, war für ihn ebenso wenig ein Hinderungsgrund wie akute gesundheitliche Probleme, aufgrund de-

---

22 Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 75–80; Lawrence Freedman: Kennedy's Wars. Berlin, Cuba, Laos, and Vietnam. New York u. a. 2000, S. 46f.; Andreas Wenger: Living with Peril. Eisenhower, Kennedy, and Nuclear Weapons. Lanham u. a. 1997, S. 189–196; Andreas Wenger: Der lange Weg zur Stabilität. Kennedy, Chruschtschow und das gemeinsame Interesse der Supermächte am Status quo in Europa, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 69–99. Voll mit Kennedys strategischen Vorstellungen identifiziert sich Christof Mürger: Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961–1963. Paderborn 2003.

23 Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 83–86.

rer er sich bei den Wiener Gesprächen nur mit großer Mühe und massiver Medikation aufrecht halten konnte. Und zudem schlug er den dringenden Rat seiner Sowjetexperten in den Wind, prinzipielle Erörterungen zu vermeiden, bei denen er dem ideologisch und politisch gewieften Chruschtschow keinesfalls gewachsen war.<sup>24</sup>

Entgegen seiner Erwartung hatte es Chruschtschow jedoch nicht mit einem nachgiebigen Präsidenten zu tun. Als er den amerikanischen Botschafter Llewellyn Thompson am 24. Mai fragte, ob er mit der Annahme seiner Vorschläge rechnen könne, verneinte dieser. Ein Wutanfall war die Folge. Das sei eine „Kriegserklärung“ an die UdSSR.<sup>25</sup> Der Krenlchef fasste den Entschluss, seine Überlegenheit als Debattenprofi voll auszuspielen. Als er Anfang Juni mit Kennedy in Wien zusammentraf, wollte dieser die heikle Berlin-Frage außer Betracht lassen, um durch die Verständigung über Nebenfragen wie Laos eine Vertrauensbasis zu schaffen, die ein späteres Einvernehmen über das Hauptproblem ermöglichen sollte. Die Grundsatzdebatte, die er an den Anfang stellte, verschärfte aber den politischen Dissens. Chruschtschow war von vornherein nur an der Durchsetzung seiner Berlin-Forderungen interessiert und gab keine Kompromissbereitschaft zu erkennen, bestand also faktisch auf voller Kapitulation.<sup>26</sup>

Die Gespräche wurden zur scharfen Kontroverse, an deren Ende ein erneutes sowjetisches Ultimatum stand, diesmal mit der Frist am Jahresende. Der Präsident sah sich nicht nur um den erwarteten Konsens, sondern auch um die Rolle als bewunderter Star auf der politischen Bühne betrogen, denn er fühlte sich wie ein kleiner Schuljunge behandelt.<sup>27</sup> Chruschtschow zahlte für seinen Triumph den Preis, dass Kennedy ihm fortan zeigen wollte, dass er so nicht mit

- 
- 24 Günter Bischof/Martin Kofler: „Vienna, a City that is Symbolic of the Possibility of Finding Equitable Solutions“. John F. Kennedys Gipfeldiplomatie mit Freund und Feind in Europa im Mai/Juni 1961, in: *Der Wiener Gipfel 1961. Kennedy – Chruščev*. Hg. von Stefan Karner u. a. (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband 12). Innsbruck 2011, S. 145–155. Das hier entworfene Bild steht in Gegensatz zu früheren Darstellungen bewundernder Mitstreiter, die sich im Licht der internen US-Quellen als nicht fundiert erwiesen haben. Siehe zum Beispiel Arthur M. Schlesinger Jr.: *A Thousand Days. John F. Kennedy in the White House*. Boston u. a. 1965; Theodore C. Sorenson: *Kennedy*. London 1965. Als nüchterne Darlegungen kommen neben dem schon erwähnten Werk von Harald Biermann unter anderem folgende Werke in Betracht: Frank A. Mayer: *Adenauer and Kennedy: A Study in German-American Relations, 1961–1963*. New York 1996; Freedman: *Kennedy's Wars*; Aleksandr Fursenko/Timothy Naftali: *Khrushchev's Cold War. The Inside Story of an American Adversary*. New York u. a. 2006.
- 25 So sein Bericht auf der Sitzung des sowjetischen Parteipräsidiums, 26. Mai 1961, in: Chruschtschows Westpolitik, S. 151–157.
- 26 Ebd., S. 155–160; Wettig: Chruschtschows Berlin-Krise, S. 148–158.
- 27 Gespräche Chruschtschows mit Kennedy am 3. und 4. Juni 1961, in: Chruschtschows Westpolitik, S. 180–251.



sich umspringen lasse, und die Ablehnung der sowjetischen Forderungen damit bekräftigte, dass er Schritte zum Aufbau und zur Demonstration der amerikanischen Militärmacht einleitete. Die Einzelheiten nannte er in einer Rundfunk- und Fernsehsprache vom 25. Juli. Dabei betonte er den festen Willen, West-Berlin mit allen Mitteln zu verteidigen.<sup>28</sup> Chruschtschow reagierte wieder mit einem Wutausbruch und dem Vorwurf, das sei eine Kriegserklärung an die Sowjetunion.<sup>29</sup> Zuvor schon hatte er den Nuklearforschern seines Landes den Auftrag erteilt zum Bau einer 100 Megatonnen starken „Superbombe“, deren Zerstörungskraft alles Bisherige übertreffe, und erläutert, die im Herbst vorgesehene Zündung solle den „Imperialisten“ einen gehörigen Schrecken einjagen.<sup>30</sup>

### *Sperrung der Grenze in Berlin*

Am 20. Juli 1961 erhielt Chruschtschow während seines Urlaubs auf der Krim die Mitteilung seines Geheimdienstchefs, der wachsende Flüchtlingsstrom lasse einen Zusammenbruch der DDR noch vor dem geplanten Friedensvertrag Ende des Jahres befürchten.<sup>31</sup> Demnach ließ sich diese Katastrophe nur durch rasche Schließung der Sektorengrenze abwenden. Der Kremlchef ließ dem Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in der DDR, Armeegeneral Jakubowskij, durch den Botschafter in Ost-Berlin ausrichten, er solle die notwendigen Vorbereitungen treffen. Daraufhin bestellte dieser ohne vorherigen Kontakt mit Ulbricht die für Fragen der Sicherheit zuständigen ostdeutschen Minister für Verteidigung, Staatssicherheit, Inneres und Verkehr zu sich und fragte sie, wie sich die Abriegelung am besten durchführen lasse. Zu seiner Überraschung waren sie in der Lage, die Fragen sofort in allen Einzelheiten zu beantworten. Ihre Auskünfte ermöglichten es dem stellvertretenden Chef der operativen Planung, Oberst Anatolij Mereshko, in wenigen Tagen einen genauen Plan auszuarbeiten.<sup>32</sup>

Die Errichtung der Sperranlagen entsprach dem Verlangen, das Ulbricht mehrfach in Moskau geltend gemacht hatte, nachdem im Frühjahr 1952 auf

28 Rundfunk- und Fernsehsprache Kennedys, 25. Juli 1961, in: DzD IV, Band 6/2 (1975), S. 1349–1356 (dt. Übersetzung); Documents on Germany 1944–1985. Department of State Publication 9446. Washington D. C. 1985, S. 762–765 (auszugsweiser Originaltext).

29 Gespräch Chruschtschows mit John J. McCloy, 27. Juli 1961, in: Chruschtschows Westpolitik, S. 288–294.

30 Wettig: Chruschtschows Berlin-Krise, S. 159f.

31 A. Šelepina an Chruščëv, 20. Juli 1961, in: Očerki istorii rossijskoj vnešnej razvedki. Bd. 5: 1945–1965. Moskau 2003, S. 701–705; Fursenko/Naftali: Khrushchev's Cold War, S. 373. Dieses von einem russischen und einem amerikanischen Autor verfasste Buch ist das einzige Werk, das gleichermaßen auf Archivalien der UdSSR und der USA beruht.

32 Interview von Alexander Vatlin und Manfred Wilke am 9. September 2010 mit Generaloberst a. D. Mereschko [sic], in: Deutschland Archiv 44 (2011), S. 87–96.

Stalins Anordnung hin die Grenze der DDR zur Bundesrepublik geschlossen worden war.<sup>33</sup> Die damals in Berlin weiterhin zugelassene freie Bewegung bot nach seiner Ansicht dem Feind im Westen eine offene Flanke, zu deren Beseitigung er den Kreml vergeblich zu bewegen suchte.<sup>34</sup> Sein hartnäckiges Festhalten an seiner Absicht ließ Hope Harrison, die Anfang der 1990er Jahre als Erste neben internen SED-Dokumenten auch einige einschlägige sowjetische Akten einsehen konnte, annehmen, Ulbricht habe die Entscheidung zum Mauerbau herbeigeführt. Durch seinen Hinweis, die DDR würde andernfalls zusammenbrechen, sei die Führungsmacht dazu genötigt worden, seinen Willen zu erfüllen. Wie sie eindrucksvoll formuliert, habe der Schwanz mit dem Hund gewedelt. So wie in vielen anderen Fällen, in denen politologische Studien die „Macht kleiner Staaten“ erwiesen hätten, habe sich hier ein schwacher Staat gegen die stärkere Seite durchgesetzt, weil diese auf ihn und seine Weiterexistenz angewiesen gewesen sei. Ulbricht habe, so heißt es im amerikanischen Buchtitel, „die Sowjets“ – gemeint ist Chruschtschow – mit seiner Forderung „die Wand hochgetrieben“, will sagen, mit dem Verlangen nach Sperranlagen in Berlin zur Verzweiflung gebracht, als er, wie im Untertitel der deutschen Ausgabe zu lesen ist, den „Widerstand gegen den Mauerbau brach“.<sup>35</sup>

---

33 Gerhard Wettig: *Stalin and the Cold War in Europe. The Emergence and Development of East-West Conflict, 1939–1953* (The Harvard Cold War Studies Book Series 7). Lanham u. a. 2008, S. 222–227.

34 M. Gribanov, *Spravka ob ustanovlenii ochrany na sektornoj granice v Berlina*, 4. Dezember 1952, in: Archiv Vnešnej Politiki Rossijskoj Federatsii (AVPRF), fond 082, opis' 40, papka 98, delo 266, Bl. 15; A. Vyšinskij und V. Seměnov an I. V. Stalin, 20. Dezember 1952, ebd., Bl. 18–22; V. Molotov und G. Puškin an V. Čujkov und V. Seměnov, 18. März 1953, in: AVPRF, fond 06, opis' 12, papka 18, delo 283, Bl. 1f, als Faksimile wiedergegeben in: *The Post-Stalin Succession Struggle and the 17 June 1953 Uprising in East Germany: The Hidden History. Declassified Documents from U. S., Russian, and Other European Archives*. Hg. von Christian F. Ostermann for The Cold War International History Project of the Woodrow Wilson International Center for Scholars and The National Security Archive at the George Washington University [hektographierte Unterlage für die internationale Konferenz „The Crisis Year 1953 and the Cold War in Europe“ am 10.–12. November 1996 in Potsdam], Dokument Nr. 4. Es handelt sich dabei um den Entwurf, wie ihn das sowjetische Außenministerium üblicherweise als Nachweis aufbewahrte, wenn das ZK-Präsidium den Text anschließend zum Beschluss gemacht hatte.

35 Hope M. Harrison: *Driving the Soviets Up the Wall. A Super-Ally, a Superpower, and the Building of the Berlin Wall, 1958–1961*, in: *Cold War History* 1 (2000), S. 53–74; dies.: *Driving the Soviets Up the Wall. Soviet-East German Relations 1953–1961*. Princeton 2003; dies.: *Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach*. Berlin 2011. Obwohl die deutsche Fassung acht Jahre später erschienen ist, blieb sie unverändert, weil die Autorin, wie es in der Einleitung heißt, „von den damals dargelegten Erkenntnissen (...) in den vergangenen acht Jahren keinerlei Abstriche“ habe machen müssen. „Im Gegenteil“ habe man – genannt werden Frederick Taylor sowie Matthias Uhl und Armin Wagner – seither ihre „Auffassung von Ulbrichts Rolle in der zum Mauerbau führenden Entwicklung zugrunde gelegt“ und sei „zu einer ähnlichen Auffassung von Ulbrichts Schlüsselrolle“ gelangt (S. 10f). Damit wird die Tatsache, dass

Michael Lemke, der sich auf DDR-Quellen stützt, ist anderer Ansicht. Ulbricht habe zwar eigenwillige Vorstellungen entwickelt und diese auch artikuliert, doch seien stets die Interessen der UdSSR maßgebend gewesen.<sup>36</sup> Damit stimmt die Aussage Chruschtschows überein, als ihn Bonns Botschafter Kroll im Herbst zur Rede stellte und den Abbau der Sperren verlangte. Der Krenlchef suchte sich nicht etwa damit zu rechtfertigen, dass er Ulbricht die Schuld gab, betonte vielmehr, die Maßnahme gehe allein auf die Sowjetunion zurück. Er leugne nicht, das getan zu haben: „Natürlich hätte die DDR ohne uns die Grenze nicht geschlossen. Wozu sollen wir uns hier hinter dem Rücken von Gen[ossen] Ulbricht verstecken? Der ist doch in diesem Fall gar nicht so breit. Natürlich, wir haben die Grenze geschlossen, das geschah auf unser Betreiben hin. Technisch hat das die DDR durchgeführt, weil das eine deutsche Frage ist.“<sup>37</sup> Für Moskau war es von vornherein ausgeschlossen, sich in dieser Frage des Verhältnisses zum Westen nach dem SED-Regime zu richten, denn die UdSSR – und nicht die DDR – musste für die Folgen einstehen. Sie musste die Konfliktkontrolle in der Hand haben, mithin bestimmen, welcher Einsatz und welches Risiko akzeptabel waren.

Durch Chruschtschows späten Entschluss zur Abriegelung West-Berlins änderte sich seine bisherige Aktionsplanung. Hatte er sich bis dahin auf die Abwehr eines möglichen Vorstoßes vom Gebiet der Bundesrepublik aus zwecks Öffnung der Zugangswege eingestellt, sobald am Jahresende der Friedensvertrag abgeschlossen wäre, so konzentrierte sich sein Bemühen nunmehr auf die Schließung der Sektorengrenze. Da dafür keine Vorbereitungen getroffen worden waren, fehlte es vor Ort an den nötigen „Pioniermaterialien“. Diese wurden aufgrund einer am 24. Juli für Ulbricht rasch zusammengestellten Bedarfsliste<sup>38</sup> in aller Eile von der innerdeutschen Grenze herangeschafft, deren Ausbau deswegen unterbrochen wurde. Diese Betonpfosten und Stacheldrahtrollen dienten zusammen mit Hohlbocksteinen, die man dem Wohnungsbau entzog, am 13. August zur Errichtung der ersten Sperren.

Am 1. August erläuterte Chruschtschow Ulbricht, welches Vorgehen er genau festgelegt hatte. Die Truppen der UdSSR sollten einen „eisernen Ring“ um Gesamt-Berlin – also unter Einschluss des Ostteils – legen. An den Grenzen

---

seither neue Quellen zutage getreten sind und dass sich daraus neue Erkenntnisse ergeben, in Abrede gestellt.

36 Michael Lemke: Die Berlinkrise 1958–1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt. Berlin 1996.

37 Gespräch Chruschtschows mit Botschafter Kroll, 9. November 1961, in: Chruschtschows Westpolitik, S. 493f. In Krolls Memoiren werden Chruschtschows Äußerungen so wiedergegeben, dass sie entgegen dem Wortlaut des amtlichen sowjetischen Protokolls den Eindruck erwecken, als sei die Entscheidung von Ulbricht getroffen worden. Vgl. Hans Kroll: Lebenserinnerungen eines Botschafters. Köln u. a. 1967, S. 526.

38 Wilke: Der Weg zur Mauer, S. 330.

der Westsektoren hätten sich die Polizeikräfte der DDR und dahinter die Nationale Volksarmee aufzustellen. Diese Schritte würden vor Abschluss des Friedensvertrags durchgeführt werden und seien als einleitende Pression nützlich, weil man so dem Westen vor Augen führe, dass man es ernst meine. Damit mache man klar, „wenn man uns einen Krieg aufzwingt, wird es Krieg geben“. Zudem werde dem Exodus aus der DDR ein Riegel vorgeschoben. Dem Bericht des sowjetischen Generalstabs über den Stand der Vorbereitungen sei zu entnehmen, dass alles Nötige veranlasst sei. An der Grenze zur Westdeutschland grabe man Panzer ein und halte das scheinbar geheim, damit der Westen davon zwecks Irreführung Kenntnis nehme. Chruschtschow fügte hinzu, man solle man die Sperrung der Grenze in Berlin gegenüber der Öffentlichkeit mit dem Hinweis auf die Kriegsgefahr rechtfertigen, welche die Drohung der Westmächte – gemeint war ihre Erklärung, dass sie die Präsenz in Berlin verteidigen wollten – geschaffen habe. In dieser Situation könne man das Eindringen von Spionen nicht zulassen, das müsse doch der deutschen Bevölkerung einleuchten.<sup>39</sup>

Chruschtschow stand zwar dazu, dass die Verantwortung für den Aufbau der Sperranlagen in Berlin bei ihm lag, fühlte sich aber damit sichtlich unwohl. Das zeigte sich etwa daran, dass er so weit wie möglich auf Distanz ging. Auf der Warschauer-Pakt-Tagung vom 3. bis 5. August 1961, die nach außen hin den Beschluss fasste, überließ er Ulbricht die – zuvor von ihm geprüfte und gebilligte<sup>40</sup> – Begründung<sup>41</sup>. Im Kreis der Verbündeten äußerte er nur kurz Zustimmung, brachte demgegenüber lang und breit seine Vorstellungen zum Friedensvertrag zum Ausdruck und sprach von Berlin als „offener Stadt“.<sup>42</sup> Er wusste, dass ein auf Waffengewalt beruhendes Grenzregime im Zentrum einer Stadt, der weltweite Aufmerksamkeit galt, für die UdSSR peinlich war. Daher sollten die Sperranlagen so bald wie möglich wieder verschwinden. Ihr Abbau wurde für Ende des Jahres vorgesehen, wenn, wie geplant, die DDR-Kontrolle über die Zugangswege das Schlupfloch der Flüchtlinge verschließen würde. In der – am Tag der Grenzschießung bekannt gegebenen – Erklärung des Warschauer Pakts hieß es daher, die Notwendigkeit werde entfallen, „sobald die

39 Gespräch Chruschtschows mit Ulbricht, 1. August 1961, in: Chruschtschows Westpolitik, S. 295–313.

40 Perečen' voprosov zatronutyh v proekte reči tov. Ul'brichta na predstojaščem soveščanii 3–4 avgusta v Moskve, o. D. [Ende Juli 1961], in: AVPRF, fond 0742, opis' 6, papka 34, delo 46, Bl. 68; Kratkoe soderžanie reči t. V. Ul'brichta na soveščanii 3–4 avgusta s. g. v Moskve, in: AVPRF, fond 0742, opis' 6, papka 34, delo 46, Bl. 69–83. Vgl. Lemke: Die Berlinkrise, S. 163.

41 Ausführungen Ulbrichts auf der Tagung des Politischen Konsultativkomitees, 3. [recte: 4.] August 1961, in: SAPMO-BArch, DY 30/3478, Bl. 43–94.

42 Stellungnahme Chruschtschows vor dem Politischen Konsultativkomitee der Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts, 4. August 1961 (Vormittagssitzung), in: Chruschtschows Westpolitik, S. 355–372.

Friedensregelung mit Deutschland verwirklicht ist und auf dieser Grundlage die spruchreifen Probleme gelöst sind“.<sup>43</sup> Die Befristung sollte verhindern, dass sich im allgemeinen Bewusstsein dauerhaft ein negativer Eindruck festsetzte. Zur Besänftigung der aufgebrachtten Öffentlichkeit wurden zudem Passierscheine vorgesehen, um den West-Berlinern Besuche im Ostteil der Stadt zu erlauben. Die DDR wollte amtliche Ausgabestellen in den Westsektoren errichten, was ihre Zuständigkeit dorthin ausgedehnt hätte. Die Westmächte akzeptierten eine solche Infragestellung ihrer besatzungsrechtlichen Gewalt aber nicht und lehnten die Regelung ab.<sup>44</sup>

Als am 13. August die Errichtung der Grenzanlagen begann, sah Kennedy keinen Anlass zur Aufregung.<sup>45</sup> Von Anfang an hatte er sich nur für West-Berlin eingesetzt. Im Unterschied zur vorherigen Eisenhower-Administration waren ihm die Verhältnisse in der Stadt als ganzer egal. Er war bereit, die Realitäten der Teilung in Mitteleuropa zu akzeptieren, um auf dieser Grundlage zur Verständigung mit der UdSSR zu kommen. Auch glaubte er, Chruschtschow sehe mit der Lösung des Flüchtlingsproblems keinen Grund mehr zu weiterer Konfrontation. Diese Erwartung stellte sich rasch als Irrtum heraus.<sup>46</sup> In Moskau und Ost-Berlin wertete man es als Erfolg, dass die Westmächte, vor allem die USA, von der Aktion überrascht worden waren und nur schwach reagierten. Die Befriedigung darüber verstärkte sich, als man sah, dass sich im Westen eine Vertrauenskrise anbahnte. Die Deutschen waren enttäuscht, dass die amerikanische Führung die Grenzschließung gleichmütig hinnahm. Es dauerte einige Tage, bis Kennedy davon überzeugt werden konnte, dass dies die westliche Einheit bedrohte. Daraufhin bekundete er in den folgenden Tagen, Wochen und Monaten mit verschiedenen Schritten den Willen, sich unbedingt für die bedrohte Stadt einzusetzen. Das Vertrauen der Bevölkerung zur Schutzmacht USA wurde wiederhergestellt.<sup>47</sup>

Als Erstes setzte der Präsident einen Konvoi mit 1.600 Mann nach West-Berlin in Marsch. Nachdem der Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in der DDR auf einem Empfang kurz vor dem 13. August zugesichert hatte, die

43 Text: Neues Deutschland vom 13. August 1961.

44 Das erschien umso weniger akzeptabel, als dies als Bestätigung für den – auch in der sowjetischen Note vom 27. November 1958 zum Ausdruck gebrachten – Anspruch der DDR hätte gewertet werden können, dass West-Berlin auf ihrem Territorium liege, mithin eigentlich zu ihr gehöre. In Moskau erklärte man die Bereitschaft, West-Berlin den Status einer Freien Stadt zu geben, zum großzügigen, freiwilligen Verzicht auf ein der DDR zustehendes Recht.

45 Vgl. den Bericht bei Honoré M. Catudal: *Kennedy and the Berlin Wall Crisis*. Berlin (West) 1980, S. 49f.

46 Trotzdem ist Hope Harrison weiter dieser Ansicht und lässt ihre Darstellung mit der Errichtung der Sperranlagen in Berlin enden, ohne das folgende Geschehen eines Blickes zu würdigen.

47 Wettig: Chruschtschows Berlin-Krise, S. 185–192.

bevorstehende Maßnahme (die er nicht näher spezifizierte) richte sich nicht gegen die Westmächte, wurde den amerikanischen Soldaten kein Hindernis in den Weg gelegt. Ihre Ankunft richtete die West-Berliner wieder auf, die sich bis dahin allein gelassen gefühlt hatten. Die UdSSR drohte aber anschließend eine Schließung der Luftkorridore an. Die Begründung lautete, die USA beförderten in Verletzung der grundlegenden Vereinbarung von 1945 in ihren Flugzeugen alle möglichen Übeltäter. Obwohl es keine konkreten Anzeichen für eine Sperrung des Luftweges gab, reagierten die Westmächte sofort mit der Warnung, jede Aktion dieser Art würde „ernsteste Konsequenzen“ nach sich ziehen.<sup>48</sup>

### *Höhepunkt und Ende der sowjetischen Kriegsdrohung*

Kennedy glaubte mit der Bekanntgabe seiner militärischen Maßnahmen am 25. Juli und den Schritten zur psychologischen Stabilisierung West-Berlins dem Kreml hinreichend bewiesen zu haben, dass er sich nicht einschüchtern lasse und eine feste Haltung einnehme. Auf dieser Grundlage meinte er, sich um eine auf wechselseitigem Entgegenkommen beruhende Regelung bemühen zu können, ohne dass der Eindruck entstehe, er sei zur Preisgabe westlicher Kernpositionen bereit. Die UdSSR nahm das Verhandlungsangebot an, war aber entschlossen, ihre Forderungen ohne die geringsten Abstriche durchzusetzen. Zugleich suchte sie den Eindruck zu erwecken, dass sie über ein gewaltiges militärisches Bedrohungspotenzial verfüge, an dessen Gebrauch sie nur totales westliches Nachgeben hindern könne.<sup>49</sup> Die Nachricht, dass der Kreml, statt auf die Verständigungsofferte einzugehen, das Kernwaffentestmoratorium aufkündigte, das er kurz zuvor noch propagiert hatte, und dass er seine Stärke bekunden wolle, indem er eine Bombe mit mehr als 50 Megatonnen zur Explosion bringe, quittierte Kennedy mit einem heftigen Fluch. Er konnte aber insofern beruhigt sein, als man in Washington zu dieser Zeit aufgrund der neuen Satellitenaufklärung zunehmend Gewissheit darüber erhielt, dass die UdSSR in global-strategischer Hinsicht weit zurücklag.<sup>50</sup>

Chruschtschow setzte die Einschüchterungsversuche fort. Nach Kommandostabsübungen, welche die geplante Demonstration der sowjetischen Stärke vorbereiteten, wollte er Anfang Oktober mit dem Manöver „Burja“ (Sturm) den Willen und die Fähigkeit zur nuklearen Blitzoffensive auf dem europäischen Gefechtsfeld zeigen. Die beabsichtigte Botschaft war, der Warschauer Pakt sei in der Lage, alle militärischen Stützpunkte der NATO in Europa sofort durch massive Schläge auszuschalten und danach das feindliche Gebiet in kür-

48 Freedman: Kennedy's Wars, S. 80.

49 Wettig: Chruschtschows Berlin-Krise, S. 209–213.

50 Freedman: Kennedy's Wars, S. 82.

zester Zeit zu erobern. Der Übungsverlauf entsprach jedoch nicht den Erwartungen: Die Besetzung der radioaktiv verseuchten gegnerischen Gebiete erwies sich als überaus schwierig, und es entstanden zahlreiche organisatorische Probleme.<sup>51</sup>

Noch wichtiger war der inzwischen in Washington erkannte gewaltige global-strategische Rückstand der UdSSR. Diese würde in einem Nuklearkrieg kurz und klein geschlagen werden, während die USA nur geringem Schaden ausgesetzt wären. Man ließ den Kreml wissen, dass man bei allen Entscheidungen von dieser Sachlage ausgehe. Der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Roswell Gilpatric erklärte öffentlich, bei den strategischen Kernwaffen sei der Vorsprung so groß, dass die Überlegenheit sogar nach einem Erstschlag der UdSSR noch gewährleistet wäre.<sup>52</sup> Vor diesem Hintergrund verfehlte die Explosion der sowjetischen „Superbombe“ Ende des Monats die beabsichtigte Wirkung.

Ökonomische Probleme ließen im Kreml ebenfalls die Bereitschaft zu militärischen Risiken schwinden. Chruschtschow wusste zwar schon seit Herbst des Vorjahres, dass die DDR auf die Lieferungen aus der Bundesrepublik angewiesen war, für deren Bezahlung keine notorisch knappen Devisen nötig waren, hatte aber geglaubt, mit der Abriegelung West-Berlins werde sich die ostdeutsche Wirtschaft von allen Schwierigkeiten und vor allem aus der Abhängigkeit befreien. Ulbricht hatte nämlich die materiellen Nöte auf die Störungen zurückgeführt, die der westliche Feind von den Westsektoren aus verursache. Entgegen dieser Erwartung änderten sich die Dinge nach der Grenzsperrung nicht. Mitte September gestand der SED-Chef kleinlaut ein, dass die Planziele verfehlt würden.<sup>53</sup> Wenn das schon der Fall war, solange die Bundesrepublik noch lieferte, was würde erst geschehen, wenn bei zugespitzter Konfrontation ein Embargo verhängt wurde? Ulbrichts Ausrede, die westdeutsche Propaganda habe das Desaster verschuldet, wurde von Chruschtschow empört zurückgewiesen. Natürlich folge Adenauer feindlichen Klasseninteressen, aber darum könne man ihm und seinen Winkelzügen nicht die Schuld an Fehlleistungen der DDR zuschieben. Wie könne denn der Kanzler nach Schließung der Grenze noch entscheidenden Einfluss nehmen? Ulbricht solle nicht immer Forderungen an die UdSSR richten, sondern für mehr Arbeitsproduktivität in seinem Land sorgen. Die Störungen von außen seien beseitigt; die DDR solle endlich an die Lösung ihrer Probleme gehen.<sup>54</sup>

51 Uhl: Krieg um Berlin?, S. 165–181.

52 Freedman: Kennedy's Wars, S. 82–84, John C. Ausland: Kennedy, Khrushchev, and the Berlin Crisis 1961–1964, Oslo 1996, S. 14.

53 Ulbricht an Chruschtschow, 16. September 1961, in: SAPMO-BArch, DY 30/3509, Bl. 103.

54 Gespräch Chruschtschows mit Ulbricht, 2. November 1961, in: Chruschtschows Westpolitik, S. 471–483.

Chruschtschow zog am 17. Oktober in seinem Rechenschaftsbericht an den XXII. Parteitag der KPdSU die Konsequenzen. Zwar stellte er sich nach wie vor auf den Standpunkt, dass der Friedensvertrag „gemeinsam mit den Westmächten oder ohne sie unterzeichnet“ werde, dass sich auf dieser Basis der „Status von West-Berlin in Form einer entmilitarisierten Freien Stadt“ regeln lasse, so dass dann die DDR über „alle Verbindungen West-Berlins zur Außenwelt“ bestimme, fügte dann aber hinzu, dass „die sowjetische Regierung kein Ultimatum gestellt“ habe. Sie beharre zwar „auf der raschesten Lösung der deutschen Frage“ und sei dagegen, „sie ewig hinauszuschieben“, messe jedoch, wenn die Westmächte zur „Regelung des deutschen Problems“ bereit seien, der „Frage der Termine der Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrags nicht solche Bedeutung“ bei. Man werde nicht auf Unterzeichnung bis zum 31. Dezember 1961 bestehen, denn wichtig sei allein, dass man die Frage überhaupt löse und die „Überreste des zweiten Weltkriegs“ beseitige.<sup>55</sup> Hinter Chruschtschows Versicherung, sich wie bisher um den baldigen Abschluss des Friedensvertrags zu bemühen, verbarg sich der Entschluss, ihn auf die lange Bank zu schieben und das angestrebte Ziel fortan auf andere Weise als durch nutzlosen Druck zu erreichen.

Aus der Erkenntnis, dass sich die USA in einer Position gewaltiger Überlegenheit sahen, erwuchs die Sorge, dass nunmehr sie es auf einen militärischen Konflikt abgesehen haben könnten.<sup>56</sup> Die Befürchtung schien sich zu bestätigen, als General Clay, den Kennedy als seinen persönlichen Bevollmächtigten nach West-Berlin geschickt hatte, am 26. Oktober Panzer am Checkpoint Charlie Panzer auffahren ließ, um scheinbar mit Räumgeräten die Grenzsperren zu beseitigen. Marschall Konjew, der inzwischen den Oberbefehl über die sowjetischen Streitkräfte in der DDR übernommen hatte, sah sich veranlasst, seinerseits Panzer dorthin zu schicken. Chruschtschow war erleichtert, als die amerikanische Seite auf Konjews Angebot des Rückzugs vom Schauplatz des Geschehens einging und damit Interesse an der Beendigung der kritischen Situation bekundete.<sup>57</sup> Clay war dazu gerne bereit, denn er hatte sein Ziel erreicht: Die UdSSR hatte mit dem Erscheinen der Panzer die Zuständigkeit für den Ostsektor der Stadt bekundet, die sie geleugnet hatte, als es um Fragen des westlichen Zutritts ging.<sup>58</sup>

---

55 Text: Materialy XXII s-ezda KPSS, Moskau 1961, S. 33f.

56 Bruce W. Menning: The Berlin Crisis of 1961 from the Perspective of the Soviet General Staff, in: William W. Epley (Hg.): International Cold War Military Records and History. Proceedings of the International Conference on Cold War Military Records and History Held in Washington, D.C., 21–26 March 1994. Washington, D.C., 1996, S. 49–62.

57 V. Zubok: Berlin Crisis, 1958–1962. New Evidence from Soviet Archives (Entwurf für die Konferenz des Cold War International History Project in Moskau, Januar 1993), S. 37.

58 W. R. Smyser: From Yalta to Berlin. The Cold War Struggle Over Germany. London 1999, S. 170–176. Der Autor wendet sich gegen die weithin vertretene Ansicht, Clay habe eigen-



*Ein neues sowjetisches Konzept für das Ringen um West-Berlin*

Chruschtschow hatte das Instrument der Kriegsdrohung aus der Hand gegeben, wollte aber deswegen nicht auf Pressionen verzichten, welche die Westmächte aus West-Berlin vertreiben und die Stadt in den eigenen Machtbereich eingliedern sollten. Wie er das unter den veränderten Umständen durchzusetzen gedachte, legte er am 8. Januar 1962 auf einer Sitzung des Parteipräsidiums dar. Vorerst könne man „kaum das Maximum erhalten, weil der Westen dazu noch nicht bereit ist, weder moralisch noch materiell“. Noch gebe es „sehr starke reaktionäre Kräfte, die sich dagegen zur Wehr setzen“. „Materiell“ sei „der Gegner stark, nicht schwächer als wir“, könne daher ebenfalls „von der Position der Stärke aus“ agieren. Weil er „stark“ sei und „über die gleichen Kräfte zu verfügen“ vermöge, könne es Krieg geben, wenn man eine Übereinkunft erzwingen wolle. Chruschtschow war trotzdem zuversichtlich, dass der Gegner zuletzt nachgeben müsse. Wie er erläuterte, waren durch die Sperrung der Sektorengrenze die Voraussetzungen dafür geschaffen worden. Was er konkret beabsichtigte, drückte er mit dem Bild des Knochens aus, der früher im eigenen Hals gesteckt habe und jetzt im Hals der Gegenseite Beschwerden bereite.

Solange Ostdeutschland „angesichts des Kapitalismus ein offener Staat“ gewesen sei, habe man „diesem Knochen eine ganz schöne Halsentzündung zu verdanken“ gehabt: „Als wir die Mauer gemacht haben, haben wir diesen Knochen herausgezogen und ihn unserem Feind eingesetzt, und jetzt arbeitet dieser Knochen nicht mehr gegen uns, sondern für uns.“ In dieser Lage solle man es doch „nicht dem Elefanten oder dem Ziegenbock oder dem Stier gleich tun“ und „rücksichtslos“ den eigenen Weg gehen. Das führe nur zu weiterer „Verschärfung“. Das wolle er nicht fortsetzen. UdSSR und DDR könnten mit diesem Knochen leben und zudem die Probleme West-Berlins durch das Schaffen von Schwierigkeiten vergrößern. Das könne auch nach westlicher Einschätzung zum „Absterben führen“. Das sei „der Knochen“. Auch werde mittlerweile die Teilung Deutschlands von der ganzen Welt einschließlich des Westens „im Grunde“ anerkannt. Mehr sei derzeit nicht zu erreichen. Auf dieser Basis müsse man „die Bevölkerung mobilisieren und die Kräfte der Koexistenz gegen die aggressiven Kräfte mobilisieren“. Die DDR müsse sich wirtschaftlich „schon jetzt auf den Endkampf um West-Berlin vorbereiten“, denn das „braucht Zeit“. Sie solle sich aus der Abhängigkeit von den Lieferungen aus der Bundesrepublik befreien. Eine forcierte Umstellung sei nötig, „damit

---

mächtig eine „Demonstration der Stärke“ inszeniert, und weist nach, dass er mit der Zustimmung des Präsidenten handelte und das Ziel verfolgte, die UdSSR zur Anerkennung ihrer Verantwortung für Ost-Berlin zu veranlassen.

sie sich von Westdeutschland auf die Sowjetunion hauptsächlich und auf die anderen sozialistischen Länder umorientiert“.<sup>59</sup>

Chruschtschow wollte vorerst keine Vereinbarung mit den Westmächten treffen, denn diese würde dem bislang noch gleichgewichtigen Kräfteverhältnis entsprechen und so die Lage im Interesse des Gegners stabilisieren. Die UdSSR müsse daher warten, bis sie als offensiver Akteur die für ihr Vorgehen notwendige Überlegenheit besitze und damit ihre Forderungen voll durchsetzen könne. In der Zwischenzeit galt es, den Friedensvertrag als Mittel des Drucks einzusetzen. Der Hinweis, die Situation sei anomal und bedürfe dringend der Veränderung, diene dem Zweck, eine „Linie des Drucks“ zu rechtfertigen. Insgesamt sollte jede Möglichkeit genutzt werden, um West-Berlin in Bedrängnis zu bringen und seine Schwierigkeiten zu vergrößern, etwa durch Behinderung des Verkehrs auf den Zugangswegen: „Wir müssen den Druck verstärken, wir dürfen nicht schlafen, und während wir wachsen, müssen wir den Gegner dieses Wachstum spüren lassen.“ Doch solange die Zeit noch nicht reif sei, solle es nicht zum Bruch kommen, mithin die Entscheidung hinausgezögert werden. Man solle zwar „selbst nicht provozieren“, aber auch nicht „den Feind in Ruhe lassen“. Weiter dürfe man nicht gehen, um nicht der „Logik des Krieges“ zu folgen, die nur „entweder Kapitulation oder Annahme der Herausforderung“ kenne. Dann müsste die UdSSR nämlich „von der Offensive Abstand nehmen“. Um angreifen zu können, müsse „man klug angreifen“. „Wir werden noch etwas mehr Druck ausüben, wir haben noch viele (Schach-) Züge.“<sup>60</sup> In spätestens zehn Jahren werde das abgeriegelte West-Berlin nicht mehr zu halten sein. Schon jetzt habe man dort keine Zuversicht mehr, und die Bevölkerung gehe weg.<sup>61</sup>

#### *Differenzen im Westen über das richtige Vorgehen*

Chruschtschows neues Herangehen an den Berlin-Konflikt veränderte die Herausforderung für die Gegenseite. Bis dahin hatte sich die Auseinandersetzung auf die Frage konzentriert, wie die Westmächte, vor allem die USA, die UdSSR davon abhalten könnten, der DDR die Kontrolle der Zugangswege nach West-Berlin zuzuweisen, oder wie ein solcher Schritt gegebenenfalls wieder rückgängig gemacht werden könnte. Jetzt ging es darum, wie die Stadt ungeachtet ihrer Isolierung und aller Pressionen langfristig weiter bestehen konnte. West-Berlin bedurfte noch größerer Überlebenshilfen, und die Behinderungen an

59 Chruschtschow auf der Sitzung des ZK der KPdSU, 8. Januar 1962, in: Chruschtschows Westpolitik, S. 501–509.

60 Ebd., S. 510–518.

61 Chruschtschow im Gespräch mit Ulbricht, 26. Februar 1962, in: Chruschtschows Westpolitik, S. 525–528.

den Zugangswegen mussten abgewehrt oder zumindest auf ein noch erträgliches Maß reduziert werden. Während die zweite Aufgabe den Westmächten zufiel, hatte die Bundesrepublik vor allem durch höhere Subventionen für die Funktionsfähigkeit der Stadt zu sorgen. Durch die Übernahme dieser Aufgabe wuchs der westdeutschen Seite im Konflikt um West-Berlin eine noch wichtigere Rolle zu als zuvor. Die Bedeutung ihrer materiellen Aufwendungen für die Stadt wurde im Westen nicht zuletzt auch dadurch anerkannt, dass sie als NATO-Verteidigungsausgaben verbucht wurden. Zugleich kam auf die Standhaftigkeit der West-Berliner Bevölkerung an. Die Bereitschaft aller auf westlicher Seite Beteiligten, die Stadt zu verteidigen, zeigte sich, als Chruschtschow gemäß dem Konzept, das er im Parteipräsidium präsentiert hatte, tatsächlich Druck ausübte. Ab dem 8. Februar 1962 wurden die den Westmächten 1945 zugebilligten Luftkorridore wiederholt wegen Übungen sowjetischer Streitkräfte für zeitweilig geschlossen erklärt, doch trotz mehrfacher Beinahe-Zusammenstöße setzte die westliche Seite ihre Flüge unbeirrt fort. Bürgermeister Willy Brandt und prominente Persönlichkeiten der Westmächte setzten sich demonstrativ in gefährdete Flugzeuge. Am 30. März beendete die UdSSR ihr Vorgehen.<sup>62</sup>

Auch wenn der Westen bei der Verteidigung West-Berlins zusammenstand, war strittig, wie man der sowjetischen Herausforderung politisch begegnen sollte. Willy Brandt hoffte wie Kennedy, den Kreml durch weitgehende, gerade noch erträglich erscheinende Zugeständnisse, etwa eine diplomatische Anerkennung der DDR, also durch Akzeptanz ihres kommunistischen Regimes, mit dem Fortbestand der Westsektoren zu versöhnen oder wenigstens zum Verzicht auf Pressionen zu veranlassen. Sogar etwas in der Art der geforderten Freistadt-Regelung schloss Brandt nicht aus. Derartiges Nachgeben lehnte Bundeskanzler Adenauer scharf ab. Als er am 14. Dezember 1961 bekräftigte, dass die Bundesregierung für die Aufrechterhaltung der Freiheit und Lebensfähigkeit der Stadt eintrete, fügte er hinzu, dieses Problem lasse sich nicht von der Wiedervereinigung trennen. Diese müsse man, um diese Frage nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, immer wieder fordern, auch wenn die sowjetische Unnachgiebigkeit vorerst keine Erfolgsaussicht biete. Anscheinend erwog der Kanzler analog zum Globke-Plan Verhandlungen über die Hallstein-Doktrin, war mithin bereit, die Anerkennung der DDR durch Dritte-Welt-Staaten zuzulassen, wenn damit Erleichterungen für die Menschen in beiden Teilen Berlins und in der DDR zu erreichen seien. Er wandte sich aber gegen eine Erörterung der DDR-Anerkennung durch die eigene Seite und gegen ein Disengagement, also gegen eine Abkehr der Bundesrepublik von der NATO. Nach seiner Ansicht galt es,

---

62 Wettig: Chruschtschows Berlin-Krise, S. 220–225.

die eigenen Rechte zu wahren und Chruschtschow in der Berlin-Frage entschieden entgegenzutreten.<sup>63</sup>

Der sowjetische Entschluss, die Aktion gegen die westlichen Luftkorridore abubrechen, ging scheinbar auf das Interesse an einer Fortsetzung der Verhandlungen zurück, die Kennedy im Herbst 1961 eingeleitet hatte und 1962 weiterzuführen bereit war. Der Präsident hoffte, die Konstituierung einer internationalen Behörde zu erreichen, welche die Freiheit des Zugangs als Grundlage der westlichen Präsenz in West-Berlin gewährleisten sollte. Das war freilich genau das, was Chruschtschow am allerwenigsten zugestehen wollte. Er ging trotzdem auf den Vorschlag ein, nahm ihm aber die Spitze durch die Forderung, eine derartige Behörde könnte sich nur mit Abfertigungsmodalitäten befassen. Für die politische Frage, wer die Zugangswege benutzen dürfe, sollte die DDR als transitgewährender Staat zuständig sein. Die USA kamen der UdSSR in den Verhandlungen weit entgegen, ohne dadurch eine Übereinkunft zu erreichen, und suchten diese schließlich durch das Angebot einer Behördenbesetzung zu erreichen, welche die Entscheidungen von der Haltung der daran beteiligten Neutralen abhängig machen würde. Adenauer, der wie der französische Staatspräsident de Gaulle den Verhandlungen mit Skepsis gegenüberstand, weil er sich davon nur einen Status quo minus versprach, war entsetzt. Man würde West-Berlin damit von Kleinstaaten abhängig machen, die dem sowjetischen Druck nicht standhalten könnten; der freie Zugang wäre illusorisch. In internen Stellungnahmen wandte der Kanzler sich gegen den Vorschlag, dessen Inhalt gelangte in die Presse und rief weithin Ablehnung der Offerte hervor, die daraufhin zurückgezogen wurde. Kennedy war wütend, verdächtigte Adenauer des Bruchs der Vertraulichkeit, konnte aber an der Empörung nicht festhalten, weil sich Frankreich auf die westdeutsche Seite stellte und damit ihre Isolierung im Kreis der Verbündeten verhinderte. Zugleich versäumte Chruschtschow die Chance, durch rasches Aufgreifen des Vorschlags den Streit im Westen zu nutzen, um dessen Zusammenhalt ins Wanken zu bringen.<sup>64</sup>

#### *Fazit der Auseinandersetzung um Berlin*

Die UdSSR und die USA trafen die Berlin-Entscheidungen. Nur sie hatten die militärischen Mittel, den Status quo in Frage zu stellen bzw. zu verteidigen. Von ihnen hing es ab, ob die politische Konfrontation zum Krieg führte oder nicht. Deswegen konnten die beiden anderen westlichen Berlin-Mächte und

---

63 Hanns Jürgen Küsters: Die Reaktionen der Bundesregierung und des Senats von Berlin auf die Berlin-Krise, in: *Der Wiener Gipfel 1961*, S. 732–734.

64 Wettig: *Chruschtschows Berlin-Krise*, S. 209–213, 129f., 232–234; Wilke: *Der Weg zur Mauer*, S. 428–435.

die zwei deutschen Staaten ihren Willen nur dadurch geltend machen, dass sie auf die beiden führenden Staaten einwirkten. Keinesfalls konnten sie deren Verhalten zu Krieg oder Frieden verändern; in dieser Hinsicht mussten sie sich unterordnen. Inwieweit sie sonst Einfluss nahmen, war unterschiedlich. Das betraf vor allem die Deutschen. Die Bundesrepublik konnte – nicht zuletzt als Leistungsträger, den man in West-Berlin benötigte – ihre Vorstellungen vielfach mit Erfolg einbringen. Dagegen war die DDR darauf angewiesen, dass die UdSSR, die um ihrer Konfliktkontrolle willen mehrfach weitergehende Ambitionen des SED-Regimes zügelte, von sich aus den gewünschten Entschluss fasste. Sowohl in der Sowjetunion als in den USA wurde die Außen- und Sicherheitspolitik von der Persönlichkeit an der Spitze bestimmt. Chruschtschow und Kennedy bestimmten 1961 die Interaktion.

Chruschtschow hatte 1958 die Konfrontation durch seine offensiven Forderungen eingeleitet und machte diese in der Folgezeit immer wieder neu geltend. Die Drohung mit dem nuklearen Krieg, derer er sich bediente, veranlassete die Gegenseite zwar dazu, Teilzugeständnisse anzubieten, bewog sie aber nicht zur Aufgabe der Position in Berlin. In Washington wusste man, dass von ihrer Aufrechterhaltung der Fortbestand der NATO abhing. Man war zwar bereit, für eine Regelung zur Beendigung der Krise einen politischen Preis zu zahlen, wollte ihn aber in vertretbar erscheinenden Grenzen halten. Darauf ging Chruschtschow nicht ein. Er war der – ideologisch begründeten – Ansicht, dass die globale Entwicklung zum Sozialismus führe. Daher werde die UdSSR immer stärker werden. Mithin galt es zu warten, bis der Westen gezwungen sein würde, West-Berlin zu räumen. Gebe man sich mit den jetzt angebotenen Konzessionen zufrieden, stärke man letztlich den Gegner, indem man ihm die Kapitulation erspare. An dieser Ansicht hielt Chruschtschow weiter fest, als er im Herbst 1961 erkennen musste, dass die Drohung mit Krieg nicht mehr wirkte. Er rechnete nun damit, West-Berlin durch die Abriegelung vom 13. August allmählich zur Strecke bringen zu können. Das wollte er freilich nicht mehr abwarten, als sich ihm einige Monate später die Möglichkeit zu bieten schien, das nuklearstrategische Kräfteverhältnis durch die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba entscheidend zu verändern.

Kennedy hatte in seinem Wahlkampf den Republikanern vorgeworfen, eine „Raketenlücke“ verschuldet zu haben. Das dürfte dazu beigetragen haben, dass Chruschtschow zu Anfang glaubte, der neue Präsident fühle sich in einer schwachen Position und müsse daher zur Aufgabe West-Berlins bereit sein. In dieser Einschätzung bestärkte ihn dann auch der Ansehensverlust, den die USA aufgrund von Kennedys politischen Fehlgriffen erlitten. Die Quittung kam am Ende der Wiener Gespräche, als er erneut ein Berlin-Ultimatum stellte und – bei zugleich erklärter Bereitschaft zum militärischen Konflikt – die Absicht bekundete, seine Ziele unbedingt durchzusetzen. Der Präsident erwiderte, er werde die Position in Berlin mit allen Mitteln verteidigen, nahm aber nur auf

den Westteil der Stadt Bezug. Daher war Chruschtschows Sorge unbegründet, die Sperrung der Sektorengrenze könnte eine kritische Lage herbeiführen. Kennedy nahm sie teilnahmslos hin. Nachdem er in der folgenden Zeit meinte, genügend Festigkeit bewiesen zu haben, knüpfte er Verhandlungen an. Obwohl er ein in der Wolle gefärbter Antikommunist war und deswegen in der UdSSR den Erzfeind seines Landes sah, ging er davon aus, Chruschtschow müsse wie er an der Entspannung des wechselseitigen Verhältnisses und an einem Ende der Krise mittels Kompromiss interessiert sein. Das war ein Irrtum. Der Kremlchef wollte unter keinen Umständen irgendeine seiner Forderungen fallen lassen.

Daher kam keine Vereinbarung zustande. Trotz immer größerer Konzessionsbereitschaft stieß Kennedy auf konstante Ablehnung, denn Chruschtschow glaubte alles erreichen zu können, wenn er sich ausdauernd geduldete. Schon 1959 waren die Westmächte bereit gewesen, ihm vor allem die Anerkennung der DDR und damit der Teilung Deutschlands und die Einstellung der gegen das SED-Regime gerichteten Aktivitäten in West-Berlin zuzugestehen, doch zu Ulbrichts Enttäuschung ging er darauf nicht ein. Im April 1962 versäumte er es, die Gelegenheit sowohl zur Infragestellung des Zugangs als auch zur Erschütterung der Einheit in der NATO zu nutzen. Dadurch wurden – zur Befriedigung Adenauers und auch de Gaulles – der Status quo in Berlin gewahrt und die Lage in Deutschland offen gehalten. Auf diese Weise blieben die rechtlichen Voraussetzungen für die spätere Wiedervereinigung bestehen.



**„Daß es ein Wahnsinn ist, wie wir zur Zeit die Welt  
bewirtschaften“  
Herbert Gruhl und *Ein Planet wird geplündert***

**Torsten Kathke**

Dass Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann 2016 die erste grün-schwarze Koalition auf Landesebene anführt, erscheint angesichts der verbreiteten Sichtweise, die Grünen fänden sich im politischen Spektrum gänzlich links der SPD wieder, bemerkenswert. Trotz mehrerer schwarz-grüner Koalitionen auf Landes- und Kommunalebene haftet der Verbindung von Grünen und Christdemokraten noch immer etwas Befremdliches an. Sowohl Mitglieder der beiden Koalitionsparteien als auch Kommentatoren in den Medien sahen die neue politische Zweckehe skeptisch.<sup>1</sup>

Schon in den 1970er Jahren waren jedoch – nicht nur in Baden-Württemberg – Ökologie und Konservatismus vereinbar. Wie Herbert Gruhl, bis 1978 Mitglied des Deutschen Bundestages in der CDU-Fraktion, zwei Jahre später dann Grünen-Gründungsmitglied (und damit auf gewisse Weise der erste Grüne im Bundestag), nicht müde wurde zu betonen, seien die Grünen die „wahren Konservativen“.<sup>2</sup>

Gruhl hatte mit seinem 1975 veröffentlichten Bestseller „Ein Planet wird geplündert“<sup>3</sup> ein Kult- und Schlüsseldokument der grünen Bewegung geschrieben. Wie Erhard Eppler, Mitte der 1970er Jahre Gruhls Gegenpart bei der SPD was Umweltmahnungen betraf, schon 1983 anerkennen musste: „Wer auch immer die Geschichte der Ökologiebewegung schreiben sollte, wird um den Namen Gruhl nicht herumkommen. Kein Buch eines aktiven Politikers seit dem Zweiten Weltkrieg hat so eingeschlagen wie Herbert Gruhls ‚Ein Planet wird geplündert‘.“

---

1 Jan Friedmann: Grün-Schwarz in Baden-Württemberg. „Wir haben uns nicht gesucht, aber wir haben uns gefunden“, in: Spiegel Online vom 2. Mai 2016. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruen-schwarz-in-baden-wuerttemberg-gruene-und-cdu-besiegen-koalition-a-1090459.html> (Abruf: 27. Mai 2016); Josef Kelnberger: Grün-Schwarz in Baden-Württemberg. Partner wider Willen, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. Mai 2016; allgemein zu schwarz-grünen Koalitionen: Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden 2011.

2 Silke Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen. München 2011, S. 92. Zu zeitgenössischen Verschiebungen im Konservatismusbegriff siehe ebd., S. 419–427. Mendes Buchtitel bezieht sich auf einen Slogan der frühen Grünen, die sich im politischen Spektrum „nicht rechts, nicht links, sondern vorn“ verorten wollten. Dieser wird oft Herbert Gruhl zugeschrieben.

3 Herbert Gruhl: Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik. Frankfurt a. M. 1975.



Eppler ging sogar noch weiter und verband die in den 1980ern stark angestiegene Bedeutung des Umweltthemas in der deutschen Politik direkt mit der Wirkung von Gruhls Buch: „1975 erschienen, hat es nicht nur über Jahre die Bestsellerlisten geziert, es hat auch die Ökologiediskussion – bis dahin als Luxus-Spleen gelangweilter Mittelständler abgetan – zu einem Thema gemacht, an dem sich niemand mehr vorbeidrücken konnte [...]“.<sup>4</sup>

Das Buch war sichtlich beeinflusst von der ab 1972 breit rezipierten Studie *Die Grenzen des Wachstums* für den Club of Rome. Es schloss an Traditionen sowohl der Kulturkritik, als auch der Wissenspopularisierung und der Self-Help-Literatur an. In einer Zeit, in der politische Mobilisierung, Bildungsexpansion und Innovationen im Buchmarkt im Kontext der westdeutschen Konsumgesellschaft der Nachkriegszeit zu einer Schwemme von Sachbuchliteratur geführt hatten, geriet der Verweis auf Gruhls Buch geradezu zum Schibboleth für die mannigfaltigen gesellschaftlichen Bewegungen, die zukünftig zur Grünen Partei gerinnen sollten. Und dies obwohl, wie Silke Mende bemerkt, „Gruhls Werk über weite Strecken ein kulturkritisches Manifest mit rückwärts-gewandten, teilweise autoritären Staats- und Gesellschaftsvorstellungen war“. Das aber schien zumindest in den Bestsellerjahren des Buchs in der Rezeption weitgehend ausgeblendet worden zu sein.<sup>5</sup>

Herbert Gruhl *Ein Planet wird geplündert*, so meine übergeordnete These, war sowohl singuläres Medienprodukt, das nur in einem bestimmten historischen Moment eine derart immense Popularität erreichen konnte, als auch ein Spiegel der Medienlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland der 1970er Jahre. Das Buch griff eine zwar in vielerlei Hinsicht schon öffentlich diskutierte Problematik der Umweltzerstörung und Wachstumskritik auf. Da es sie auf populäre, gegenwartsdiagnostische Weise engführte, konnte es zum Bestseller aufsteigen und durch die mit dieser Verbreitung gewonnene Autorität politische und gesellschaftliche Handlungen beeinflussen.<sup>6</sup>

4 Beide Zitate Erhard Eppler: Vom Fall in das politische Nichts, in: Der Spiegel vom 18. April 1983, S. 86f., hier S. 86.

5 Mende: „Nicht rechts, nicht links“, S. 76.

6 In diesem Aufsatz werden die Begriffe Gegenwarts-, Zeit- und Gesellschaftsdiagnose weitgehend synonym benutzt. Auch wenn die Begriffe mitunter verschiedene Konnotationen hervorrufen, so gibt es keine klare, verbreitete Typologie dieser Unterschiede. Tendenziell ist Zeitdiagnose dabei der umfassendste Begriff, während Gegenwarts- und Gesellschaftsdiagnose temporal (eine wie auch immer geartete „Gegenwart“) oder räumlich (z. B. die „westliche Gesellschaft“ oder „deutsche Gesellschaft“) einschränken. Der Begriff der Zivilisations- oder Kulturkritik liegt dabei quer zu den drei anderen Begriffen und kann selbst verschieden weit oder eng gefasst werden. Da Gruhls Buch sich hauptsächlich auf Problematiken eines spezifischen, gegenwärtigen, als krisenhaft empfundenen Moments bezieht, der aber sowohl in den im Buch angesprochenen Referenzräumen als auch in den notwendigen Maßnahmen letztendlich global zu denken ist, wird in der Regel der Begriff „Gegenwartsdiagnose“ verwendet. Zur Problematik generell Georg Bollenbeck: Eine Geschichte der Kulturkritik. Von Rousseau bis Günther Anders. München 2007; Ralf

*Einordnung*

Gruhl bewegte sich zum einen im Kontext konservativer Kulturkritik und Gegenwartsdiagnostik des 20. Jahrhunderts. Zum anderen stand er in Zusammenhang mit Autorenbildern und Konstruktionen des Sachbuchautors und „public intellectual“ in der Bundesrepublik der Zeit „nach dem Boom“ und dem Medien- und Öffentlichkeitsraum in dem diese entstanden waren und sich weiterentwickelten.<sup>7</sup> Dabei bietet die Betrachtung des Buches einen mikrohistorischen Zugang zum besseren Verständnis eines gesellschaftlichen Resonanz- und öffentlichen Diskursraumes, in dem in den 1970er und 1980er Jahren wichtige Fragen und Ideen verhandelt, verändert und daraufhin in politische Handlungen umgesetzt werden konnten.

Wie konnte ein Buch wie *Ein Planet wird geplündert* gerade in dieser Ära derart populär werden? Wie konnte Gruhls Vision an andere gesamtgesellschaftliche Debatten einerseits, wie auch spezifische in diesem historischen Moment verortete Diskursformen andererseits anknüpfen? Wie gestaltete sich die öffentliche Reaktion auf Gruhls Thesen, und wie wurden diese sowohl von den Medien als auch den Lesern des Buches reflektiert, übernommen und transformiert? Welche Vorbilder hatte Gruhls Werk, welche rhetorischen und narrativen Strategien verfolgte es, und inwiefern trugen diese zu seinem Erfolg und seiner Anbindungsfähigkeit an Diskurse verschiedenster Bevölkerungsgruppen bei?

Neben der Auswertung von medialer Berichterstattung über Gruhls *Ein Planet wird geplündert* stützt sich der Aufsatz auf im Archiv für Christlich-Demokratische Politik gesichtete Quellen zu Gruhls Parteilarbeit in der CDU, zu seinem Engagement in der Umweltpolitik, sowie auf Korrespondenz und Selbstzeugnisse.

---

Konersmann: Kulturkritik. Frankfurt a. M. 2008; Ole Petras/Kai Sina (Hg.): Kulturen der Kritik. Mediale Gegenwartsbeschreibungen zwischen Pop und Protest. Dresden 2011; Uwe Schimank/Ute Volkmann (Hg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Eine Bestandsaufnahme. 2. Auflage Wiesbaden 2007; Fran Osrecki: Die Diagnosegesellschaft. Zeitdiagnostik zwischen Soziologie und medialer Popularität. Bielefeld 2011.

7 So die gängig-griffige Formel von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael für die Zeit nach 1970. Lutz Raphael/Anselm Doering-Manteuffel: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. 3. Auflage Göttingen 2012. Das „Sachbuch“ war zwar nicht thematisch, aber doch etymologisch eine Geburt der Nachkriegszeit. Das erste Mal tauchte der Begriff im Duden 1963 auf, ein Jahr nach Einführung der in Sachbuch und Belletristik gegliederten Bestsellerlisten des „Spiegel“. Klaus Ziermann: Der deutsche Buch- und Taschenbuchmarkt, 1945–1995. Berlin 2000, S. 87, 89.

*Literaturübersicht und Anschluss an die Forschung*

Gruhls Bestseller *Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik* verkaufte sich ab 1975 400.000 mal.<sup>8</sup> Die Grünen sind inzwischen die bestuntersuchte Partei der Bundesrepublik, wenn auch hauptsächlich aus sozial- und politikwissenschaftlicher Sicht und weniger aus historischer.<sup>9</sup> Für viele ihrer Gründungsmitglieder war das Lesen von Gruhls Buch ein auslösendes Moment der Politisierung und Aktivierung.<sup>10</sup> Eine tiefere Betrachtung Herbert Gruhls als Autor auf der einen und des populären gesellschaftsdiagnostischen Sachbuchs als äußerst bedeutendem Medienphänomen der 1970er und 1980er Jahre auf der anderen, steht jedoch noch weitgehend aus. Volker Kempfs „Herbert Gruhl. Pionier der Umweltsoziologie“ leistet selbst Pionierarbeit in der biographischen Beschreibung Gruhls, bindet sein Buch aber nicht umfassend in die Medienlandschaft der Zeit ein. Silke Mende („Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“) und Oliver Geden („Rechte Ökologie“) beschäftigen sich eingehend mit Gruhls Einfluss auf verschiedene Kräfte in den Neuen Sozialen Bewegungen und den sich gründenden Grünen.<sup>11</sup> Jürgen Wüsts Untersuchung „Konservatismus und Ökologiebewegung“ geht auf Gruhls Rolle in der Gründung der ÖDP ein und setzt sowohl diese als auch die Grünen in einen umfassenden ideengeschichtlichen Zusammenhang. Allerdings beschreibt auch Wüst nicht spezifisch Gruhls Rolle als populärer Autor.<sup>12</sup>

- 
- 8 Sachbuchforschung.de. Datenbank zur Sachbuchforschung. <http://www2.hu-berlin.de/sachbuchforschung/CONTENT/SBDB/SBDB.php5?anzeige=true&ID=361> (Abruf: 28. Mai 2016). Allein die Erst- sowie die Taschenbuchausgabe des S. Fischer Verlags belaufen sich auf über 300.000 Exemplare. Dazu kommt noch eine in hoher Zahl abgesetzte Bertelsmann Buchclubausgabe. Bärbel Höhn sprach 2009 im Deutschlandfunk von insgesamt 400.000 verkauften Exemplaren. Bärbel Höhn: Kursiv. Ein echter Öko-Bestseller. Deutschlandfunk, 7. Dezember 2009. [http://www.deutschlandfunk.de/kursiv-ein-echter-oeko-bestseller.1310.de.html?dram:article\\_id=193988](http://www.deutschlandfunk.de/kursiv-ein-echter-oeko-bestseller.1310.de.html?dram:article_id=193988) (Abruf: 2. Juni 2016).
- 9 Edgar Wolfrum: Die geglättete Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Bonn 2007, S. 407. Die neuere Forschung hat sich dieses Defizits allerdings inzwischen angenommen. So etwa Mende: „Nicht rechts, nicht links“ und Saskia Richter: Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly. München 2010.
- 10 So etwa für Maximilian Gege. Vgl. Camilla John: Der Manager unter den Naturschützern, in: Hamburger Abendblatt vom 3. September 2011.
- 11 Kempf ist Vorsitzender der Herbert-Gruhl-Gesellschaft e. V. die sich laut Satzung „um die Pflege, Förderung und Weiterentwicklung seines Werkes“ kümmert und Anlaufstelle sein will für „Menschen, die sich ihm weltanschaulich verbunden fühlen“. Satzung der Herbert-Gruhl-Gesellschaft. <http://herbert-gruhl.de/satzung/> (Abruf: 28. Mai 2016). Volker Kempf: Herbert Gruhl. Pionier der Umweltsoziologie. Graz 2008; Mende: „Nicht rechts, nicht links“; Oliver Geden: Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus. Berlin 1996.
- 12 Jürgen Wüst: Konservatismus und Ökologiebewegung. Eine Untersuchung im Spannungsfeld von Partei, Bewegung und Ideologie am Beispiel der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Frankfurt 1993.

Volker Kruses „Historisch-soziologische Zeitdiagnosen in Westdeutschland nach 1945“ konzentriert sich zwar in angemessener Tiefe auf nur drei Autoren – Eduard Heimann, Alfred von Martin und Hans Freyer –, endet aber 1965. Kruse zufolge ist dies für soziologische Zeitdiagnosen symptomatisch, da sich die westdeutsche Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg vom „Weimarer“ Modell in der Tradition Werner Sombarts und Max Webers verabschiedet und ihr „mainstream“ sich nun unter Federführung René Königs und Helmut Schelskys mehr und mehr dem US-amerikanischen Modell einer quantifizierend-positivistischen Wissenschaftlichkeit zugewendet hätte.<sup>13</sup> Fran Osrecki („Die Diagnosegesellschaft“) schließt an Kruses Überlegungen an, präsentiert jedoch ein anders akzentuiertes Bild: Nicht allein ein „inhaltlich unbegründete[r] Kontinuitätsbruch“, sondern eine Ausdifferenzierung der Publika der Soziologie in akademische und nicht-akademische Teile habe zum Niedergang des Wissenschaftsparadigmas Zeitdiagnostik geführt, nie jedoch zum Niedergang der Zeitdiagnostik selbst.<sup>14</sup>

Indirekt weisen Kruse und Osrecki damit auf eine „Marktlücke“ für Zeitdiagnosen nicht-soziologischer Art ab den späten 1960er Jahren hin, in die Bücher wie Gruhls „Planet“ stoßen konnten.<sup>15</sup> Ebenso leitet sich daraus auch eine Lücke in der Forschung ab: Soziologische Literatur, die sich mit Zeitdiagnosen beschäftigte, konnte einen Großteil der zeit- und gegenwartsdiagnostischen Literatur in der Zeit ab 1965 nicht greifen, da diese Literatur zwar zeitdiagnostisch, aber nicht soziologisch war. Ebenso indirekt auf eine Lücke in dieser Forschung verweist der von Carsten Kretschmann herausgegebene Sammelband „Wissenspopularisierung. Konzepte der Wissensverbreitung im Wandel“. Kretschmann und die Autoren des Bandes beschäftigen sich mit Wissens-

13 Volker Kruse: *Historisch-soziologische Zeitdiagnosen in Westdeutschland nach 1945*. Eduard Heimann, Alfred von Martin, Hans Freyer. Frankfurt 1994, S. 9–17, 18–24, 42–49, insbes. 13–15.

14 Osrecki: *Diagnosegesellschaft*, S. 17, 71.

15 Volker Kempf requiriert Gruhl dann auch – gleich im Titel seines Buches, und dann weiter darauf eingehend – für die Soziologie in der Form einer von Gruhl begründeten Umweltsoziologie. Der Zeitdiagnose-Begriff ist stark mit der aus der soziologischen Fachwissenschaft heraustretenden soziologischen Zeitdiagnose verbunden. Vgl. Osrecki: *Diagnosegesellschaft*, passim und Ute Volkmann: *Soziologische Zeitdiagnostik. Eine wissenssoziologische Ortsbestimmung*, in: *Soziologie* 44 (2015), S. 139–152, hier 139. Kempfs Gedankengang ist damit nach Osreckis Feststellung, Zeitdiagnosen hätten sich zwar als Art des „doing science“ in der Soziologie überlebt, seien aber gewissermaßen deren medialer Arm, bestechend. In diesem Beitrag wird jedoch ein engerer Begriff soziologischer Zeitdiagnosen verwendet. Da Gruhls Buch nicht als Beitrag zur soziologischen Fachwissenschaft gemeint und in der Fachsoziologie auch nicht als zu dieser gehörend reflektiert wurde, erfüllt es das Kriterium der spezifisch soziologischen Zeitdiagnose nicht. Die einschlägige Internetressourcensammlung weist über den Publikationshinweis in der Datenbank hinaus keinen Artikel oder Eintrag zu Gruhls „Ein Planet wird geplündert“ auf. <http://www.sachbuchforschung.de> (Abruf 28. Mai 2016).

popularisierung in all ihren Spielarten von der Antike bis ins späte 20. Jahrhundert, jedoch nicht mit dem Themenkomplex der populären Gegenwartsdiagnose.<sup>16</sup> Gruhls Buch als eine der bekanntesten der in den 1970er Jahren, der Hochzeit des populären Sachbuchs, veröffentlichten Diagnosen dient dabei erstens zur allgemeinen Darstellung des Wirkungszusammenhangs, in dem das Buch Bedeutung entfalten konnte und in einem zweiten Schritt zur Feststellung der besonderen Umstände, die gerade dieses Buch so einflussreich werden ließen.

Dazu muss man in zwei Richtungen ausgreifen: zum einen in das Buch selbst.<sup>17</sup> Zum anderen müssen die Zusammenhänge, in denen das Buch erschien, betrachtet werden. Zuvorderst ist hier der Umwelt- und Wachstumsdiskurs, der sich in den 1970er Jahren entspannt, zu analysieren. Die in der Öffentlichkeit diskutierten Themen beeinflussten stets das Interesse an bestimmten Deutungsangeboten. Andersherum galt aber auch, dass populäre gegenwartsdiagnostische Bücher durch ihre Popularität eine Themensetzung bestimmen oder zumindest die Eckdaten eines Diskurses verschieben oder vereinnahmen konnten.

Schließlich standen populäre gegenwartsdiagnostische Werke wie Gruhls Buch in einem marktlichen Kontext. Verlagsstrategien, technische Entwicklungen und innovative Verkaufsmethoden, wie etwa das von Reinhard Mohn forcierte Buchclubmodell spielten ebenso eine Rolle. Mohn hatte das Konzept das von den späten 1960er Jahren an dem Bertelsmann-Verlag Verkaufserfolge bescherte, aus den Vereinigten Staaten importiert. Die Vermarktungsstrategie des Konzerns konzentrierte sich im Zusammenhang damit auf einige wenige Bücher, die als Events gestaltet wurden. Auch andere Verlage griffen auf derartige Veröffentlichungsstrategien zurück, wie eben der S. Fischer Verlag im Fall von Gruhls Buch. Diese Faktoren helfen, den Erfolg von „Ein Planet wird geplündert“ zu erklären.<sup>18</sup>

---

16 Carsten Kretschmann (Hg.): Wissenspopularisierung. Konzepte der Wissensverbreitung im Wandel. Berlin 2003.

17 Siehe hierzu: Gérard Genette: Paratext. Das Buch vom Beiwerk des Buches. Frankfurt 2001. Zur Fruchtbarmachung Genettes für nicht-narrative Literatur in der geschichtlichen a. M. Betrachtung siehe Anna Karla: Revolution als Zeitgeschichte. Memoiren der Französischen Revolution in der Restaurationszeit. Göttingen 2014, S. 116.

18 Zur Entstehung des Book-of-the-Month Club in den USA siehe Janice A. Radway: A Feeling for Books. The Book-of-the-Month Club, Literary Taste, and Middle-Class Desire. Chapel Hill u. a. 1997, S. 154–186. Zu Mohns Import des Konzepts Richard J. Barnet und John Cavanagh: Global Dreams. Imperial Corporations and the New World Order. New York 1995, S. 70, 72–73; Richard A. Gershon: The Transnational Media Corporation. Global Messages and Free Market Competition. Abingdon 2013, S. 166; Thomas Schuler: Die Mohns. Vom Provinzbuchhändler zum Weltkonzern. Die Familie hinter Bertelsmann. Frankfurt 2004, S. 158f.

*Der Politiker*

Herbert Gruhl wurde 1921 in Gnaschwitz in der Oberlausitz geboren, „nahe der schlesischen Grenze und dem Sudetenland“, wie er in einem für die Parteiverbung in der Bundestagswahl 1969 angefertigten Lebenslauf schreibt.<sup>19</sup> Als Bauernsohn besuchte er die Volksschule am Ort und arbeitete dann auf dem elterlichen Hof. Nach eigenem Bezeugen war er stets bildungshungrig und las während der Schulzeit vornehmlich historische Bücher. Über Gruhls Jahre als Soldat im Zweiten Weltkrieg hüllt sich der Lebenslauf in Schweigen, außer dass er ihn „vorwiegend in Rußland und am Ende im Westen“ erlebt habe. Nach dem Krieg aus US-Kriegsgefangenschaft in Belgien geflüchtet, holte er die Hochschulreife nach und begann in Berlin mit dem Studium. Zuerst schrieb er sich an der Humboldt-Universität im Ostteil der Stadt ein, um nach der Erfahrung, dass viele seiner Lehrer in den Westen geflüchtet waren, es ihnen gleich zu tun. Nach Studium und Promotion mit einer literaturwissenschaftlichen Arbeit – wie Gruhl bemerkt, ermöglicht durch seine Frau Marianne, die er 1951 geheiratet hatte, und die während seiner letzten Studienjahre als Lehrerin den Lebensunterhalt verdiente – ging er in die freie Wirtschaft, weil er sich, wie er erklärte, vorgenommen hatte „eine möglichst große Vielseitigkeit anzustreben“. Er fand Arbeit bei einem Datenverarbeitungsunternehmen. Noch während seiner Berliner Zeit schloss sich Gruhl 1954 der CDU an. Er blieb der Partei auch nach seinem Umzug ins niedersächsische Barsinghausen 1959 treu. Als er dort 1961 in den Gemeinderat gewählt wurde, begann seine Karriere in politischen Ämtern.<sup>20</sup>

Nach Stationen als Fraktionsvorsitzender in Barsinghausen ab 1964 und Kreisvorsitzender von Hannover-Land 1965 war Gruhl ab 1969 Mitglied des Bundestags. Dort beschäftigte er sich schon früh mit Umweltfragen. Bereits 1970 verband er dieses Interesse mit einer Kritik an Wirtschaftswachstum und steigendem Konsum in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag. Gruhl hatte nach dem zuständigen Regierungsmitglied, Innenminister Hans-Dietrich Genscher, in der zugleich ersten Bundestagsdebatte zum Thema gesprochen und dabei erklärt: „Die ökologische Betrachtungsweise muß die Folgewirkungen auf die komplexen Beziehungen aller Lebewesen in der Umwelt zur Grundlage des Kalküls machen. Wir können nicht mehr wie bisher alles unter dem ausschließlichen Gesichtspunkt des Nutzens für das wirtschaftliche Wachstum betrachten.“<sup>21</sup>

---

19 Herbert Gruhl: Mein Lebenslauf, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) Bestand Herbert Gruhl 01-699-001/2.

20 Ebd.; Kempf: Herbert Gruhl, S. 23–26.

21 Gruhl schoss auch in Richtung der Futurologie, dem anderen großen Lieferanten von Orientierungswissen in gegenwartsdiagnostischer Form: „Ich finde es erstaunlich, wie wenig die angeführten Zusammenhänge bei den auf das Jahr 2000 fixierten Überlegungen und

Nach Gruhls Auffassung änderte sich, trotz mehrfacher dringlicher Hinweise in Reden und mitgetragener Kleiner Anfragen seinerseits, auch in den folgenden Jahren an der stiefmütterlichen, gar „dilatatorischen“<sup>22</sup> Behandlung des Umweltthemas wenig. Eine Rede, die Gruhl vier Jahre später, kurz vor der Veröffentlichung seines Buchs, im Bundestag hielt, erlaubt Rückschluss auf die Frustration, die der Politiker dadurch empfand: „Während dieses Haus solche Vorlagen wie z. B. in dieser Woche ‚zur Festlegung der im Falle von Störungen auf dem Reismarkt anzuwendenden Grundregeln‘ oder ‚zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über kosmetische Mittel‘ vorgelegt bekommt und ausdrücklich durch Abstimmung billigen muß, sind wir mit der Frage von völlig anderer Größenordnung, wieviel Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland gebaut werden sollen oder dürfen, überhaupt nicht befaßt.“<sup>23</sup>

Das Dilatorische erstreckte sich dabei nicht nur darauf, mit welchen Themen der Bundestag sich befasste, sondern auch darauf, wann über ungeliebte Themen geredet werden konnte. In der Sitzung vom 22. Januar 1976 durfte Gruhl erst um 22:50 Uhr, keine halbe Stunde vor Ende der Debatte, seine Ausführungen zur Energiepolitik beginnen. Diese wurden dann nicht mehr diskutiert. Ein anwesender Korrespondent der Augsburger Allgemeinen Zeitung nahm das offensichtliche Manöver der Fraktion, Gruhl davon abzuhalten, mediale Präsenz zu erlangen, zum Anlass, einen generellen Kommentar darüber abzufassen, „Wie die Fraktionen ihre Außenseiter behandeln“.<sup>24</sup>

Schon 1970 war Gruhl Mitglied der Arbeitsgruppe Umweltfragen der CDU/CSU-Fraktion geworden.<sup>25</sup> 1972 hatte er als Vorsitzender des Unterausschusses Umweltfragen der Fraktion ein „Programm für Umweltvorsorge“ maßgeblich verfasst. Er saß dem Gremium bis 1976 vor.<sup>26</sup> Dessen Arbeit stand aller-

---

Prognosen unserer Futurologen eine Rolle spielen. Die meisten ihrer optimistischen Aussagen gehören wahrscheinlich heute schon in den Papierkorb.“ Herbert Gruhl: Rede vor dem Deutschen Bundestag im Rahmen der Debatte über Fragen des Umweltschutzes, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 6. Wahlperiode, 87. Sitzung am 16. Dezember 1970, S. 4801–4806, hier 4802f.

22 Ebd.

23 Herbert Gruhl: Rede vor dem Deutschen Bundestag im Rahmen der Debatte über den Bericht und Antrag des Innenausschusses betr. Schutz vor den Gefahren radioaktiver Strahlung, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 7. Wahlperiode, 156. Sitzung am 14. März 1975, S. 10885–10887, hier 10886.

24 Siegfried Michel: Wenn es Nacht wird in Bonn. Wie die Fraktionen ihre Außenseiter behandeln, in: Augsburger Allgemeine Zeitung vom 27. Januar 1976.

25 Mitglieder waren u. a. der spätere Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein und der katholische Gewerkschaftler Günter Volmer, Vater des späteren Grünen-Politikers Ludger Volmer. Mitgliederliste CDU/CSU-Arbeitsgruppe Umweltschutz, in: ACDP 01-699-005/1.

26 Protokoll Sitzung Arbeitsgruppe Umweltfragen der CDU/CSU-Fraktion am 26. Mai 1970, in: ACDP 01-699-005/1; Kempf: Herbert Gruhl, S. 118.

dings bei den anderen ihm angehörenden Fraktionsmitgliedern nicht immer ganz oben auf der Prioritätenliste. Schon 1972 hatte Gruhl in einem Einladungsbrief an die Mitglieder des Ausschusses für dessen nächsten Tagungstermin nachdrücklich um Anwesenheit bitten müssen: „Bei der letzten Sitzung waren nur vier Teilnehmer erschienen, sodaß auf die programmäßigen Beratungen verzichtet wurde. Aus diesem Grund bitte ich Sie, an der Sitzung teilzunehmen.“<sup>27</sup>

Gruhl war seine Außenseiterposition bewusst, und er entfremdete sich mehr und mehr von der Partei. Bei der CDU-Spitze stießen seine Vorstöße auf wenig Gegenliebe. Die mit der Umweltthematik verbundenen Probleme, für Gruhl konservative Selbstverständlichkeit und größte, akute Aufgabe der Menschheit, tat man als Kassandrarufo ab. Helmut Kohl ignorierte das wiederholte Ersuchen Gruhls um einen Austausch über Umweltpolitik.

Gruhl hatte den ersten Brief mit Bitte um ein solches Gespräch schon vor Veröffentlichung seines Buches an Kohl gesendet. Nachdem eine Antwort ausgeblieben war, hakte er im November nach und übersandte Kohl ein Exemplar des inzwischen veröffentlichten Buches. Scheinbar war die Bitte aber wieder erfolglos. Nachdem ihm mehrmals mit Ausschluss aus der CDU gedroht worden war, machte Gruhl schließlich im Spiegel 1978 öffentlich seinem Unmut Luft und trat bald darauf selbst aus der Partei aus.<sup>28</sup>

Er gründete 1978 zuerst die Grüne Aktion Zukunft (GAZ) und führte diese dann bei Gründung der Grünen in die neue Partei über. Politische Auseinandersetzungen mit den linken Gruppierungen, welche die Grünen mitformten einerseits, und persönliche Differenzen andererseits – Gruhl sah sich stets in einer Anführerposition und wehrte sich gegen die basisdemokratischen Anwendungen der neuen Partei – ließen ihn 1981 schon wieder austreten.<sup>29</sup> Die Gründung der Ökologisch Demokratischen Partei (ÖDP) 1982 sah er als Möglichkeit, konservative Umweltpolitik zu betreiben. Die ÖDP-Wahlwerbung wies dann auch darauf hin, dass „Was die Grünen bei der SPD bewirken, das möchten wir gerne bei den sogenannten ‚christlichen‘ Parteien“. Mit der neuen Partei hatte Gruhl indes nur mäßigen Erfolg. Auch mit dieser zerstritt er

---

27 Herbert Gruhl: Brief an die Mitglieder des Unterausschusses Umweltfragen im Bundesausschuß Strukturpolitik vom 6. Januar 1972 in: ACDP 01-699-005/1.

28 ACDP 01-699-001/3. „Ich lasse mir kein Ultimatum stellen“. SPIEGEL-Interview mit dem CDU-Abgeordneten Herbert Gruhl über seinen angedrohten Parteiaustritt, in: Der Spiegel vom 19. Juni 1978, S. 24f. In diesem Interview äußert Gruhl den Satz „...daß es ein Wahnsinn ist, wie wir zur Zeit die Welt bewirtschaften“ der diesem Artikel überschrieben steht. Vgl. auch Mende: „Nicht rechts, nicht links“, S. 78. Helmut Kohl sprach nach Gruhls Tod davon, dass er das Zerwürfnis mit Gruhl bedauere, ebd.; Kempf: Herbert Gruhl, S. 16.

29 Für Gruhl war die Notwendigkeit einer gut organisierten Grünen Partei ebenso dringlich wie deren neue, experimentelle Organisationsform der Sache abträglich. Mende: „Nicht rechts, nicht links“, S. 86f.



sich und trat 1990 aus. Gruhls Unwillen, sich klar von „ökologisch verbrämten rechtsextremen Positionen“ zu distanzieren, spielte zum Ende seiner politischen Karriere die wichtigste Rolle bei seinem unfreiwilligen Austritt aus der ÖDP.<sup>30</sup> 1991 schloss er sich dem rechtsextrem-ökologischen Dachverband Unabhängige Ökologen Deutschlands (UÖD) an und vollzog so endgültig den von Erhard Eppler schon 1983 konstatierten „Fall ins politische Nichts“. Gruhl konzentrierte sich vermehrt auf die Autorenrolle und brachte 1992 sein letztes Buch *Himmelfahrt ins Nichts* heraus.

### *Das Buch*

Gruhls Selbstverständnis als Autor ist nicht zu trennen von seinem Selbstverständnis, „etwas mehr Wissenschaftler als Politiker“ zu sein.<sup>31</sup> Sein Buch war allerdings, bei allen akademischen Verweisen, flüssig geschrieben und verständlich aufgebaut. Schon in seiner 542-seitigen Dissertation über Hugo von Hofmannsthal hatte er es verstanden, seine Gedanken zugänglich zu strukturieren und in verständlicher Sprache darzulegen.<sup>32</sup>

*Ein Planet wird geplündert* wurde 1975 im S. Fischer-Verlag veröffentlicht. Das Buch begründete die „alternativ“ Reihe des Verlags mit.<sup>33</sup> Eine Bertelsmann-Buchclubausgabe folgte 1977. Eine englische Fassung existierte zwar spätestens 1976, die geplante Veröffentlichung seitens des Londoner Medienunternehmers Robert Maxwell in dessen Pergamon-Verlag erfolgte jedoch letztendlich nicht.<sup>34</sup>

30 ACDP 01-699-011/1. Vgl. auch Daniel Hildebrand: Herbert Gruhl und die ökologische Protestbewegung, in: Historisch-Politische Mitteilungen 10 (2003), S. 325–332, hier 330. Zur ÖDP siehe Uwe Kranenpohl: Die „christlichen Grünen“. Sozialstruktur und politische Einstellungen der Mitglieder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp), in: Historisch-Politische Mitteilungen. 15 (2008), S. 47–62; Heiko Biehl/Uwe Kranenpohl: Große Politik in einer kleinen Partei. Strukturen und Determinanten innerparteilicher Partizipation in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), in: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung. 17 (2011), S. 93–109.

31 „Zwischentöne: Herbert Gruhl im Interview mit Werner Krause“, Deutschlandfunk, 6. Juni 1993. Zitiert in Kempf: Herbert Gruhl, S. 219.

32 Vgl. Inhaltsverzeichnis zu Herbert Gruhl: Hugo von Hofmannsthal. Die existenziellen Grundlagen und geistesgeschichtlichen Bezüge seines Werkes. Dissertation, Freie Universität Berlin, 1956. Zitiert in Kempf: Herbert Gruhl, S. 325.

33 Gruhls Buch verschaffte der 1975 eingeführten Taschenbuchreihe gleich zu deren Beginn eine hohe Sichtbarkeit. Das Buch kam als zweites der Reihe heraus. Der Verlag selbst betrachtet es als „Grundstein der Reihe“. [http://www.fischerverlage.de/ftv/historie/html/1975\\_2.html](http://www.fischerverlage.de/ftv/historie/html/1975_2.html) (Abruf: 24. Mai 2016).

34 Brief Herbert Gruhls an Robert Maxwell betreffend Übersetzung ins Englische, in: ACDP 01-699-001/3. Volker Kempf: Herbert Gruhl, S. 16, zitiert Gruhls Sohn Andreas für die Behauptung, die Veröffentlichung in Großbritannien habe auf Veranlassung wirtschaftlicher Interessen, die die Rechte für das englischsprachige Ausland aufkauften, nicht stattgefunden. Ob das so stimmt, mag bezweifelt werden. Maxwell hatte erst 1974 wieder die

Gruhl konnte für sein Werk auf mehrere literarische und intellektuelle Traditionen zurückgreifen. „Ein Planet wird geplündert“ vereint Ziele und Stilmittel mehrerer Gattungen Sachliteratur.<sup>35</sup> Zum einen lässt es sich als konservative Kulturkritik lesen, wie sie in den 1970er Jahren mit Besinnung auf eine frühere Tradition wiederentdeckt wurde. So versammelte Günter Rühle, Leiter der Feuilleton-Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 1977 einen Kreis an Akademikern und Intellektuellen für kurze Artikel über Zeitanalysen der vergangenen Jahrzehnte. Diese Vignetten hatten das Ziel, die älteren Publikationen auf ihre gegenwärtige Relevanz abzuklopfen und den Lesern wieder ins Gedächtnis zu rufen. In einer Publikation der Essays in Buchform unter dem Titel „Bücher die das Jahrhundert bewegten. Zeitanalysen wiedergelesen“ sprach Rühle im Nachwort von einer „neuen Kulturkritik“ der 1970er Jahre und griff Gruhl und „Ein Planet wird geplündert“ als einziges namentliches Beispiel heraus.<sup>36</sup> Kulturkritik und Kulturpessimismus freilich haben ebenso Vorgänger in antiken Beschreibungen des Abfalls von einem „goldenen Zeitalter“, religiösen Jeremiaden allgemein und deren säkularisierten Versionen seit der Aufklärung im Besonderen.<sup>37</sup>

Ein zweites Vorbild für Gruhls Buch war ein Genre des Sachbuchs, das sich seit dem 19. Jahrhundert die Popularisierung von Wissen auf die Fahnen geschrieben hatte. In der als sich beschleunigend wahrgenommenen Zeit von in

---

Kontrolle über sein Medienimperium zurückerlangt und war verschiedentlich noch mit dessen Ausrichtung beschäftigt. Darüber hinaus waren Übersetzungen deutscher Sachbücher im englischsprachigen Ausland selten erfolgreich. Jedoch berührte das Buch tatsächlich direkte Wirtschaftsinteressen im Vereinigten Königreich, wie die der Erdöl- und Kohleindustrie; vgl. Richard Abel/William Gordon Graham: *Immigrant Publishers. The Impact of Expatriate Publishers in Britain and America in the 20th Century*. Piscataway 2009, S. 139.

- 35 Der Fokus liegt hier auf Literaturgattungen, die ihre Anfänge im 19. Jahrhundert haben. In diesem war durch Zusammenwirken von technischer Innovation und steigender Alphabetisierung, bzw. im Falle der USA gar einer ersten Ausprägung der Konsumgesellschaft, der Konsum von Literatur in größerem Maße möglich geworden. Die Literatur hierzu ist äußerst umfangreich. Beispielsweise Kaspar Maase: *Sphären des Wissens, Bühnen symbolischen Theaters, befreite Gebiete und die Unterwelt des Schundes*. Die Massenkünste des wilhelminischen Kaiserreichs im Streit der Generationen, in: Sigrid Lange (Hg.): *Raumkonstruktionen in der Moderne. Kultur – Literatur – Film*. Bielefeld 2001, S. 207–226; Rudolf Schenda: *Schundliteratur und Kriegsliteratur*, in: ders.: *Die Lesestoffe der kleinen Leute*. München 1976, S. 78–104; Gideon Reuveni: *Reading Germany. Literature and Consumer Culture in Germany Before 1933*. New York u. a. 2006; Erich Schön: *Die gegenwärtige Lesekultur in historischer Perspektive*, in: *Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes* 40 (Juni 1993) 2, S. 4–16.
- 36 Günter Rühle. „Nachwort. Das Gesicht des Jahrhunderts“ in: ders. (Hg.) *Bücher die das Jahrhundert bewegten. Zeitanalysen wiedergelesen*. Frankfurt/Main 1980. S. 218–240, hier 239f.
- 37 Ähnliche Motive fanden sich etwa schon bei Hesiod, Rousseau und Nietzsche. Siehe Boltenbeck: *Eine Geschichte der Kulturkritik*; Jung: *Zeichen des Verfalls*; Petras/Sina (Hg.): *Kulturen der Kritik*.

die Industrialisierung übergehenden Gesellschaften hatten sich Leser in Europa und Nordamerika über die bröckelnde Gewissheit in einer vormals dominant durch Religion geprägten Umwelt durch wissenschaftlich fundierte, sich oft gar als weltliche Versionen religiöser Heilsverheißungen gerierenden und positionierenden Wissenschaft mit popularisierenden Sachbüchern hinweggeholfen. Diese meist naturwissenschaftliche Themen popularisierende Literatur hatte durchaus auch schon im 19. Jahrhundert einen zeitdiagnostischen Aspekt gehabt. So kann man Justus Liebig's *Chemische Briefe*, einen der bekanntesten frühen Vertreter dieser Literatur im deutschsprachigen Raum, in Teilen auch als Zeitdiagnose lesen.<sup>38</sup>

Drittens knüpft Gruhls Buch an eine Tradition der soziologischen Zeitdiagnose an, die als hybrides Genre stets sowohl in die Wissenschaft als auch in die Gesellschaft hinein zu wirken suchte.<sup>39</sup>

Eine viertes Genre, in dessen Kontext *Ein Planet wird geplündert* stand, war das der „Self-Help“ Bücher, wie sie vornehmlich einer anglo-amerikanischen Traditionslinie aus dem 19. Jahrhundert folgend seit den 1930er Jahren in den Vereinigten Staaten populär geworden und in den 1960er Jahren in vermehrter Anzahl in den Buchmarkt gedrungen waren.<sup>40</sup>

Durch das Zusammenwirken dieser sich teils untereinander schon beeinflusst habenden Literaturarten – so griff die soziologische Zeitdiagnose stets Stränge von wissens- und wissenschaftspopularisierender Sachbuchliteratur wie auch der Kulturkritik auf – bildete sich im Übergang der 1960er in die 1970er Jahre eine Form der populären Gegenwartsdiagnose heraus. Das Neue daran war vornehmlich, dass sich in ihr die genannten Traditionslinien trafen und zu einem eigenständigen Genre vermischten, das als potentiell verkaufstark angesehen und dementsprechend beworben wurde.

So stellte der S.-Fischer-Verlag Gruhls Buch im September 1975 auf einer eigens dafür einberufenen und „stark besuchten“ Pressekonferenz in Bonn vor.<sup>41</sup> In einem ganzseitigen Bericht unter der Überschrift „Anatomie eines

38 Andreas Franzmann: Der „gebildete Laie“ als Adressat des Forschers. Sequenzielle Analyse von Titel und Vorrede zur ersten Ausgabe von Justus von Liebig's ‚Chemischen Briefen‘ von 1844“, in: Kretschmann: Wissenspopularisierung, S. 235–255, hier 241, 244, 249f.

39 Ute Volkmann: „Soziologische Zeitdiagnostik.“; Uwe Schimank: „Zeitdiagnose, soziologische“, in: Werner Fuchs-Heinritz u. a. (Hg.): Lexikon zur Soziologie. 5. Auflage Wiesbaden 2013, S. 765. Zur Genreabgrenzung soziologischer Zeitdiagnosen siehe Osrecki: Diagnosegesellschaft, S. 74–85, insbes. 76f., 80f. Breiter zu soziologischen Zeit- und Gegenwartsdiagnosen ebd., passim; Ute Volkmann/Uwe Schimank (Hg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen. 2 Bde. Wiesbaden 2000–2002.

40 Sandra K. Dolby: Self-Help Books: Why Americans Keep Reading Them. Urbana u. a. 2005, S. 11; Birgitta Koch-Linde: Amerikanische Tagträume. Success und Self-Help Literatur der USA. Frankfurt a. M. 1984.

41 S. Fischer Pressedienst, Januar 1977, S. 5, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach (DLA), Sammlung der Stadt Dortmund, Mediendokumentation zu Herbert Gruhl.

Bestsellers“ dekodierte der Buchreport im März 1976, wie Verlag und Autor den Erfolg von „Ein Planet wird geplündert“ herbeigeführt hatten: „Während das Manuskript für den Satz vorbereitet wurde, arbeiteten Werbung und Marketing an einer maßgeschneiderten Kampagne zur Einführung des Titels. (...) Pressekonferenz, Anzeigen in der Presse, Sonderdekorationen in den Buchhandlungen und eine Sonderausgabe des Fischer-Pressedienstes, die Pressechef Uwe Gruhle über den sonstigen Empfängerkreis hinaus an ‚2000 umweltengagierte Bürger‘ schickte, brachten das Buch ungewöhnlich schnell ins Gespräch.“ Auch Gruhl tat seinen Teil, und sprach „auf mehr als 50 Veranstaltungen, die sich mit Fragen des Umweltschutzes beschäftigten“. Resultat waren schon Ende Februar 1976 70.000 verkaufte Exemplare.<sup>42</sup>

In „Ein Planet wird geplündert“ vereinte Gruhl akademische Belesenheit mit Anbindung an Populärkultur und Populärwissenschaft. Allein das Einführungskapitel enthält auf nicht einmal zwanzig Druckseiten Verweise auf grundlegende Denker des bildungsbürgerlichen Kanons wie Nietzsche, Hegel, oder Goethe, aber auch auf die Bibel, auf Karl Marx, Adam Smith, den Dramatiker Eugène Ionesco, den Futuristen Bertrand de Jouvenel oder die Philosophin Jeanne Hersch sowie Dennis Meadows als Vertreter des Autorenteams von „Die Grenzen des Wachstums“. <sup>43</sup> Den populärwissenschaftlichen Sachbuchautor Theo Löbsack führte Gruhl ebenso als Sekundanten ins Feld wie den Physiker und Fernsehmoderator Heinz Haber und den US-Science-Fiction-Autor und kontroversen Populärphilosophen Philip Wylie.<sup>44</sup>

Die Zitatliste verdeutlicht Gruhls Anspruch, naturwissenschaftliche Erkenntnisse als unleugbare positivistische Fakten darzustellen. Diese wollte er aber sowohl philosophisch-normativ in einen Wertekanon, der letztlich auf eine Tradition konservativer Kulturkritik rekurrierte, einbetten als auch populär anbinden. Die Bibliographie versammelt eine Fülle von Denkern verschiedenster Richtungen und Disziplinen, die Gruhl synthetisch in den Dienst seiner Wachstumskritik stellt. Interessant ist dabei die rhetorische Strategie, bei gewissen Autoren durchaus bedeutende philosophische Unterschiede zu seiner eigenen Analyse nicht zu erwähnen. Aus Gruhls wohlwollenden Zitaten von Philip Wylies Aufrufen zur Beschränkung und einer ökologischeren Weltansicht etwa lässt sich Wylies radikale Religions- und Christentumskritik, die dem

42 Anatomie eines Bestsellers: „Auch der Autor hat sich entsprechend engagiert“ in: Buchreport Nr. 10 vom 5. März 1976, S. 48. Ebd.

43 Der Zweiklang aus „Die Grenzen des Wachstums“ und „Ein Planet wird geplündert“ gehörte in der Bundesrepublik seit Erscheinen von Gruhls Buch im Umweltdiskurs zusammen. Die deutsche Übersetzung von Ugo Bardis vierzig Jahre nach dem Club of Rome-Bericht veröffentlichtem „The Limits to Growth Revisited“ trug dann auch folgerichtig in Rückgriff auf Gruhl den Titel „Der geplünderte Planet“. Ugo Bardi: *Der geplünderte Planet. Die Zukunft des Menschen im Zeitalter schwindender Ressourcen*. München 2013.

44 Gruhl: *Planet*, S. 11–27.

Christlichen Demokraten Gruhl sauer aufgestoßen sein muss, nicht nachvollziehen. Dadurch schafft Gruhl einen größeren gemeinsamen Standpunkt für das im Folgenden zu analysierende „wir“ des Buches.<sup>45</sup>

Die Darstellung ist eine bewusst populäre Vereinfachung der Argumente. Fern von einer simplen „Herabsetzung“ technischen Wissens und wissenschaftlicher Erkenntnis für ein ungebildetes Publikum setzt Wissenschaftspopularisierung jedoch stets eine kommunikative Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Forschung voraus. Gruhls Gestus ist dabei im Gegensatz zu den Autoren der ersten großen massenmedialen Popularisierungswelle im Deutschland des neunzehnten Jahrhunderts ein inklusiver.

Gruhls Buch zeugt von einem klaren Bild seines Publikums als dem „typischen bildungsbehafteten Sachbuchleser“.<sup>46</sup> Gut drei Generationen nach den viktorianischen und wilhelminischen Popularisierern bediente er sich nun auch des zweiten, zugänglicheren britischen Modus der Verbreitung von Fachwissen.

Schloss Gruhls Buch in der Art der Popularisierung an Vorgänger aus dem 19. Jahrhundert an, so waren die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die es zu Grunde legte, durchaus aktuell. „Ein Planet wird geplündert“ ist durch und durch beeinflusst von den kybernetischen und systemtheoretischen Debatten seiner Entstehungszeit.<sup>47</sup> Für den Geschäftsführer eines Datenverarbeitungsunternehmens scheint das nur folgerichtig. Teil I heißt denn auch „Der natürliche Regelkreis“ und diskutiert in drei Unterkapiteln „Die Natur“, „Der Mensch in der Natur“ und „Der Mensch und der Raum“, das Funktionieren des Ökosystems und den Ort des Menschen darin. Illustrierend zur Seite stehen Gruhls Prosa Schaubilder, die in Schul- und Einführungsbüchern nicht fehl am Platze wären.<sup>48</sup>

Als Auslöser für die Niederschrift des Buchs gibt Gruhl an, *Die Grenzen des Wachstums* rezipiert und die Notwendigkeit verspürt zu haben, dessen Computermodelle erklärend zu begründen. Die computermodellierten „Kurven“ des Club of Rome „endeten alle sozusagen im Nichts. Er (der Club of Rome) hatte aber nicht begründet, warum das so laufen muß; er hatte nur die Kurven errech-

45 Vgl. Gruhl: Planet, S. 17; Wylie: Wundertier, passim; Clifford P. Bendau: Still Worlds Collide. Philip Wylie and the End of the American Dream. San Bernardino 1980, S. 37–39.

46 Wie es der Journalist Harald von Troschke in einem zeitgenössischen Interview mit Konrad Lorenz treffend formulierte. Harald von Troschke: Interview mit Konrad Lorenz. Bayerischer Rundfunk, 17. Dezember 1973, in: Archiv des Bayerischen Rundfunks (BR).

47 Zur Verbindung beider Ansätze: Wolfram Lutterer: Eine kybernetische Systemtheorie. Über Gregory Batesons Steps to an Ecology of Mind (1972), in: Dirk Baecker (Hg.): Schlüsselwerke der Systemtheorie. 2. Auflage Wiesbaden 2005. S. 83–91.

48 So findet sich auf S. 33 ein Abbild des ökologischen Kreislaufs von Karl Heinz Kreeb. Gruhl: Planet, S. 33.

net, warum das so ist“.<sup>49</sup> Gruhl strebte demnach eine Popularisierung und weitere Verbreitung der ohnehin schon breit rezipierten Club-of-Rome-Studie an, ohne diese grundsätzlich in Frage zu stellen.

Ein „mission statement“ findet sich plakativ auf dem Umschlagrücken: „Nicht nur der Mensch bestimmt den Fortgang der Geschichte, sondern die Grenzen dieses Planeten Erde legen alle Bedingungen fest für das, was hier noch möglich ist... Diese totale Wendung bedeutet, daß der Mensch nicht mehr von seinem Standpunkt aus handeln kann, sondern von den Grenzen unserer Erde ausgehend denken und handeln muß.“<sup>50</sup>

Wird hier noch zusammenfassend die Thematik dargestellt, so zeigt der nächste Satz, worum es Gruhl geht: „Wir nennen diese radikale Umkehr die Planetarische Wende.“<sup>51</sup>

Angefangen vom Titel mit seiner gefälligen, aber erst auf den zweiten Blick auffälligen Alliteration, die für den Umschlag gewählten Zitate, über die Widmung des Buches „Unseren Kindern“ hin zur auktorialen Form des inklusiven „wir“ im und auch schon auf dem Buch, setzten Autor und Verlag ganz auf Verständlichkeit und Zugänglichkeit für eine möglichst große Bevölkerungsschicht. Die „Wir“-Form, die Gruhl für sein Buch wählte, erlaubte es ihm zwischen sich selbst als Autor und dem Leser eine Verbindung herzustellen und zu vermitteln. Weiter schuf ein „wir“ im Text eine produktive Ambivalenz zwischen diesen Polen. Nicht immer ist im Text klar, ob das „wir“ für Autor, Leser, beide oder für die Gesellschaft als Ganzes steht.

Auch anderswo ist Gruhls Duktus neben dem des aufrüttelnden Bußpredigers stets einer des Mitnehmens und Verständlichmachens. So beginnt er Teil I seines Buches mit der rhetorischen Frage: „Wodurch entstand das Leben auf unserem Planeten?“ Antwort: „Durch Energieumwandlung. Alle Energie wird zunächst von der Sonne geliefert. Diese war und bleibt die Grundvoraussetzung des Lebens auf unserem Planeten.“<sup>52</sup> Ähnlich ging der Autor einer weiteren höchst einflussreichen Gegenwartsdiagnose vor. Alvin Toffler fragte in „Der Zukunftsschock“: „Aber wie wissen wir überhaupt, daß der Wandel sich beschleunigt? (...) Um sehr unterschiedliche Prozesse miteinander vergleichen zu können, bedürfen wir eines Maßstabs. Dieser Maßstab ist die Zeit.“<sup>53</sup> Im Gegensatz zu Tofflers impressionistischem Herunterbrechen von Komplexität auf poppige Metaphern von Barbiepuppen und papiernen Hochzeitskleidern als Menetekel der Wegwerfgesellschaft ist Gruhl gewissermaßen boden-

---

49 Herbert Gruhl: *Überleben ist Alles. Erinnerungen*. München u. a. 1987, S. 154. Vgl. auch Kempf: Herbert Gruhl, S. 106.

50 Gruhl: *Planet*, Umschlag sowie S. 225.

51 Ebd., Umschlag sowie S. 226.

52 Ebd., S. 31.

53 Alvin Toffler: *Der Zukunftsschock*. Stuttgart (1972), S. 21.

ständiger.<sup>54</sup> Auf effekthaschende Zwischenüberschriften verzichtet jedoch auch er nicht. Findet man bei Toffler eine „Wanderung in die Zukunft“, „Die Freudsche Welle“ oder „Informationsüberfütterung“, so bietet Gruhl „Der Wald verbrennt – die Wüste wächst“, „Der Zahlenkult“ und „Die Raumschiff-Wirtschaft“.<sup>55</sup> Auch verlangt er seinem Publikum durch wiederholte Verweise auf zwar erläuterte, aber keineswegs einfache mathematische Formeln mehr Denkarbeit ab. Stilistisch – im Sinne von klarer Sprache und Verwendung von sprechenden Analogien unter weitgehender Vermeidung von Fachjargon – ist Gruhl auch Konrad Lorenz vergleichbar, dessen biologischer Kulturkritik er in einigen Kapiteln durchaus nahe steht.<sup>56</sup>

Wichtig ist hierbei nicht die Frage, ob es eine mögliche Kausalität zwischen Gruhls Rezeption von Büchern wie *Der Zukunftsschock* und einer Emulation des Stils seinerseits gegeben hat. Entscheidend ist, dass Gruhls Buch sich eines Stils bediente, der sich ähnlich in anderen populären Gegenwartsdiagnosen wiederfand. Damit konnten Leser das Werk einem Genre leicht verständlicher Literatur zuordnen, deren Inhalte als wissenschaftlich und neutral angesehen wurden. Mag es auf den ersten Blick erstaunen, dass das Buch eines konservativen CDU-Abgeordneten auch von K-Gruppen-Mitgliedern rezipiert wurde und werden konnte, so ist die zwar unmissverständlich angelegte, aber nie explizit eingeforderte Verbindung von wissenschaftlicher Erkenntnis und Wertvorstellungen mit ein Grund dafür.

Während Teil I mit kaum zwanzig Seiten knapp ausfällt, bilden Teil II und III den Großteil des Buches. Gruhl setzt sich hier zur Aufgabe, die anfangs vorgestellte und im Titel schon vorgeschickte These akribisch zu unterfüttern. Beispiele aus diesen Buchteilen sollen illustrieren, wie er dabei verfährt.

In Teil II, „Der künstliche Produktionskreis“, geht Gruhl zu einer klaren Wachstumskritik auf Basis der Ergebnisse der Club of Rome Studie über. Wachstums- und Kulturkritik verbindet er jedoch stets mit einem Rest Glauben an die technische und gesellschaftliche Machbarkeit von Lösungen. So begegnet Gruhl dem übergeordneten Entropieproblem, das er in der Verschwendungsgesellschaft verkörpert sieht, mit einem Aufruf zur Wiederverwertung von Rohstoffen – schon mit dem Anglizismus „Recycling“ überschrieben. Gruhls fünf „Möglichkeiten zur Förderung der Wiederverwertung“ sind: 1. Subventionierung der Wiederverwertung; 2. Verteuerung der originären Roh-

54 Ebd., S. 43–45, 397–400; Alvin Toffler: *Future Shock*. New York 1970, S. 52.

55 Gruhl: *Planet*, S. 7–9.

56 Vor allem im Kapitel II.5. *Selbstausrötung durch Geburten?* (S. 170–182). Hier fallen Sätze wie „Die heutige angeblich vernunftbegabte Menschheit verhält sich, was ihre eigene Zukunft betrifft, genauso irrational wie irgendeine Population des Tierreiches. Ja, im Tierreich reagieren wenigstens einige Arten mit dem Instinkt. Der Mensch aber hat seinen Instinkt verloren (...)“ S. 177. Vgl. Konrad Lorenz: *Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit*. München 1973, S. 107.

stoffe; 3. Erhöhung der Nutzungsdauer der Produkte; 4. Produktgestaltung im Hinblick auf die Wiederverwendung und 5. Unterstützung der Forschung. Wieder übernimmt er Zahlen und Thesen aus der Club-of-Rome-Studie und beruft sich stellvertretend für diese auf Dennis Meadows.<sup>57</sup>

Die Verknüpfung mit impliziten Handlungsanweisungen unterscheidet Gruhls Buch von anderen gegenwartsdiagnostischen Werken, und rückt es eher in die Nähe der Self-Help-Literatur (berühmt-berüchtigt für ihre „Zwölf Schritte“-Programme zur Besserung der persönlichen Lage). Gruhl schließt hier an eine seit den 1970er Jahren verbreitete Form der Selbsthilfeliteratur an. Diese stellt, im Gegensatz zu vorgegangenen Werken, die Individuen Hilfestellung zur Anpassung an eine sich verändernde Gesellschaft bieten wollten, die produktive Abweichung von der gesellschaftlichen Norm als kreatives Moment in den Vordergrund.<sup>58</sup> Damit kann das Buch als gemeinsame Referenzgrundlage für nachgelagerte, oder durch es zumindest mitgeprägte soziale Gruppenaktivität, wie sie etwa in den Neuen Sozialen Bewegungen und den aus ihnen erwachsenen Parteien und Organisationen sichtbar ist, dienen.<sup>59</sup>

Teil III mit der Überschrift „Die planetarische Wende“ gibt sich dann durchweg millenarisch. Hier zeigt sich am klarsten Gruhls kulturkritischer Ansatz. Nichts Geringeres als eine durch die Umstände erzwungene Wende des gesamten Planeten könne die eigentlich schon verspielte Zukunft noch retten. Gruhl zieht hier die „Raumschiff Erde“-Metapher, die in den 1970ern große Verbreitung erlangte, als Sinnbild heran. In nur leicht anderer Form war diese aller-

57 Interessant ist dabei, dass sich Punkt 3. und 4. fast wörtlich mit These 7 (Gutes Design ist langlebig) und 9 (Gutes Design ist umweltfreundlich) der in den frühen 1980er Jahren vom einflussreichen Industriedesigner Dieter Rams zusammengetragenen „Zehn Thesen für gutes Design“ decken. Vgl. Deutscher Designer Club (DDC): Gute Gestaltung/Good Design 11. Berlin 2011, S. 13. Eine tiefere Ergreifung dieses Zusammenhangs kann an dieser Stelle nicht geleistet werden, jedoch scheint es bei der schieren Verbreitung von Gruhls Buch durchaus wahrscheinlich, dass Teile davon in verschiedenste gesellschaftliche Kontexte diffundierten.

58 Boris Traue: Coaching. Die Mobilisierung der Psyche, 1775–1975, in: Sabine Maasen u. a. (Hg.): Das beratene Selbst. Zur Genealogie der Therapeutisierung in den „langen“ Siebzigern. Bielefeld 2014, S. 243–262, hier 247; Dolby: Self-Help Books, S. 35–55; allgemeiner: Steve Starker: Oracle at the Supermarket. The American Preoccupation With Self-Help Books. New Brunswick u. a. 1989.

59 Ich schließe hier an Thomasina Jo Borkmans Konzept der „Commons“ an, das sie für Selbsthilfegruppen und ähnliche Organisationen entwickelt hat. Commons können nach Borkman informelle Selbsthilfegruppen ebenso einschließen wie soziale Bewegungen oder politische Parteien. Sie verfügen idealtypisch über fünf Merkmale – Freiwilligkeit; ein gemeinsames Ziel; gemeinschaftliche Verfügbarkeit von Ressourcen, Techniken, Aktivitäten oder Fähigkeiten; Gemeinschaftssinn; Fairness im sozialen Umgang. Gruhls Buch fungiert hier im Sinne von Borkmans drittem Merkmal des „idealtypischen Commons“. Es wird als gemeinschaftliche Ressource genutzt. Thomasina Jo Borkman: Understanding Self-Help/Mutual Aid. Experiential Learning in the Commons. New Brunswick 1999, S. 45–47.



dings als „Arche“ schon bei Ludwig Klages geschwommen.<sup>60</sup> Die Parallele zwischen den beiden Autoren blieb zeitgenössisch nicht unbemerkt. So schrieb der Spiegel in einer Sammelrezension: „Zwar zählt sich auch Herbert Gruhl zu den ‚nüchternen Realisten‘. Aber in seinen Tiraden gegen den ‚arroganten Menschen‘, gegen eine ‚Welt, in der nicht mehr der Geist, sondern die Materie herrscht‘, entpuppt er sich als recycleter Klages, als Second-hand-Spengler (...)“.<sup>61</sup>

Trotz allen „Feuerspeien(s)“<sup>62</sup> beharrt Gruhl im Schlusskapitel darauf, dass er bei der „Analyse der naturwissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lage der heutigen Welt (...) ohne ethische Gesichtspunkte aus(gekommen sei)“. Jedoch „der Weg, der aus dem Dilemma herausführen könnte, ist dagegen ohne höhere Werte nicht zu finden“.<sup>63</sup> Das legt die Vermutung nahe, dass Gruhl sein Buch in neutrale Analyse und dann, darauf aufbauend aber davon abgetrennt, normative Handlungsanweisungen zweigeteilt sah.

Allein: Der gesamte Tenor des Werkes macht es unmöglich, das Eine vom Anderen zu trennen. Gruhls Darlegung vorgeblich neutraler Wissenschaft trägt eine Kulturkritik immer schon in sich.

### *Die Wirkung*

Die vergleichsweise große Bedeutung und Wirkmacht grüner Bewegungen und der aus ihnen entstehenden Partei Die Grünen in Westdeutschland im Vergleich zu anderen westlichen Staaten, wie etwa Frankreich, Großbritannien oder den USA, deren Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in den 1970er Jahren ähnliche Wandlungen durchmachten, hat mannigfaltige Gründe. Die Sozial-, Struktur- und Ideengeschichte hat diese verschiedentlich erläutert und plausibel gemacht. Der Einfluss von Gegenwartsdiagnosen, und vor allen anderen von „Ein Planet wird geplündert“, wird dabei auch meist erwähnt und mit einem Seitenblick auf Gruhls Rolle als Mitinitiator der erfolgreichsten Neugründung in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik berücksichtigt.

Gruhl war es gelungen, in einer sich selbst als krisenhaft wahrnehmenden Zeit, ein griffiges, lesbares Vademekum anzubieten. Sein Buch wurde mit schon nach einem Jahr über 100.000 verkauften Exemplaren zum Bestseller und schuf sowohl im bundesrepublikanischen Diskurs eine gegenwartsdiagnostische Formel, die die Dringlichkeit der Bekämpfung von Umweltzerstörung auf den Punkt brachte, als auch innerhalb der Neuen Sozialen Bewegung-

60 Ebd., S. 227; Ludwig Klages: Mensch und Erde. Ein Denkanstoß. Bonn 1980, S. 17. Vgl. auch Wüst: Konservatismus und Ökologiebewegung, S. 51f.

61 Wilhelm Bittdorf: „Tut Buße! Das Ende ist nah!“, in: Der Spiegel vom 23. August 1976, S. 126.

62 Ebd.

63 Gruhl: Planet, S. 341.

gen und der sich formierenden Grünen Partei eine gemeinsame Gesprächsgrundlage. Damit steht es allein unter den gegenwarts- und zeitdiagnostischen Büchern jener Zeit. Andere Werke schafften es zwar, bestimmte Aspekte von Gesellschaft und Welt in den Blick zu nehmen, sowie sie zu diskutieren und diskursiv anschlussfähig zu machen. Sie konnten aber kaum je in dem Maße wie *Ein Planet wird geplündert* direkten Einfluss sowohl auf politische Entscheidungen wie auch alltägliche Handlungen und verinnerlichte Überzeugungen einer derart bemerkenswert großen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern jeglicher politischer Couleur und verschiedenster Vorprägungen nehmen.

Der Einfluss des Buches resultierte jedoch nicht in einem entsprechenden Einfluss des Autors. Die Ironie dieses Bucherfolgs bei gleichzeitig stetig schwindendem direktem politischem Einfluss Gruhls hatte Erhard Eppler schon 1983 bemerkt. Er hielt fest, Gruhl habe es nicht geschafft, seinen Naturkonservatismus von einem ideologischen Konservatismus zu trennen, der inhärent das politische System zu befestigen suchte. Gleichzeitig habe er durch Überbetonung des ersteren keine politische Heimat mehr in einer Partei gefunden, die in den 1970er und 1980er Jahren diesem weitaus weniger verpflichtet war als dem letzteren. Eplers Fazit zeugt von einer schon fast griechisch-tragisch anmutenden Hamartia des Protagonisten: „Wer die Mächtigen halbherzig, ja widerwillig ärgert und gleichzeitig allem mißtraut, was sich an der Basis bewegt, fällt ins politische Nichts. Das ist nun zwar kein Naturgesetz, dafür eine simple politische Faustregel.“<sup>64</sup>

Herbert Gruhl hatte die Zeichen der Zeit in den 1970er Jahren erkannt. Er trug maßgeblich zu Umwälzungen im politisch-gesellschaftlichen Diskurs in der Bundesrepublik bei, und sowohl direkt als auch indirekt zu deren realer Verfestigung in der Partei der Grünen. Dass er andere Zeitzeichen nicht anerkennen wollte und seinen persönlichen Geltungsanspruch ebenso wie eine politische Überzeugung, die keiner politischen Partei zugeordnet werden konnte, nicht hintanzustellen vermochte, ließ ihn durch drei Parteien mäandern und am jeweiligen Punkt, an dem es keine Verständigung mehr untereinander gab, austreten.

Zu Ende seines Lebens konzentrierte sich Gruhl auf die Schriftstellerei und verfasste mit dem Spätwerk *Himmelfahrt ins Nichts* 1992 einen Kompagnon zu seinem zwar drängenden, aber noch Hoffnung auf Schadensbegrenzung lassenden Bestseller. Für die Umkehr, so Gruhl in diesem, noch weitaus endzeitlicher daherkommenden Buch, sei es nun schon zu spät. Die Menschheit steuere auf die Katastrophe zu und mache nicht einmal Anstalten, die Retungskräfte schon vorzeitig zu alarmieren – ein Bild, das Gruhl noch in der

---

64 Eppler: Vom Fall in das politische Nichts, S. 88.

Einleitung zu *Ein Planet wird geplündert* bemüht hatte.<sup>65</sup> Im Rückblick nehmen sich Gruhls eigene Worte aus dem Nachwort zu seinem 1975er-Erfolg zumindest für die eigene Rolle prophetisch aus: „Jahrzehntausende ungeschriebener Menschheitsgeschichte und 5000 Jahre überlieferter Geschichte gebieten uns einen tapferen Versuch – auch dann, wenn wir scheitern sollten.“<sup>66</sup>

Gruhls „tapferer Versuch“, die bundesdeutsche Politik zu zwingen, dem Umweltthema Gehör zu schenken, war von Erfolg gekrönt – nicht nur wegen, aber doch entscheidend mitbestimmt von seinen Formulierungen und seiner popularisierten Analyse. Sein eigener Erfolg als Politiker einer daraus resultierenden Bewegung blieb indes bescheiden. Gruhl war aus der konservativen Mitte der bundesrepublikanischen Gesellschaft über ein Zwischenspiel „vorne“ mehr und mehr an deren rechten Rand gerückt. Aus dem unerhörten war ein ungehöriger und schließlich ein unzugehöriger Mahner geworden.

---

65 Gruhl: Planet, S. 26

66 Ebd., S. 350.

# Die Forderung nach einer menschlichen Arbeitswelt in der CDU-Programmatik der 1970er Jahre\*

Anselm Kipp

## *1. Humanisierung der Arbeit als Leitidee und Politikfeld*

Die CDU hat sich nach der Niederlage bei der Bundestagswahl 1972 personell erneuert, organisatorisch modernisiert und politisch neu positioniert. Ihre „Transformation“<sup>1</sup> ging einher mit einer „Wiederentdeckung der Gesellschaftspolitik“<sup>2</sup>: Die Partei formulierte neue sozialpolitische Ziele, flankiert von systematischer Programmarbeit in Gremien und Kommissionen, auf Kongressen und Parteitag.<sup>3</sup>

Dabei fand ein vieldiskutiertes Schlagwort Eingang in die CDU-Programmatik: die Forderung nach „Humanisierung der Arbeit“. In Quellen und Literatur stehen die schlagwortartigen Wortgruppen „Humanisierung der Arbeit“, „Humanisierung der Arbeitswelt“ und „Humanisierung des Arbeitslebens“ (sowie weitere ähnliche oder abgeleitete wie „Vermenschlichung der Arbeit“ oder „Menschengerechte Arbeitswelt“) meist synonym nebeneinander. In diesem Aufsatz wird im Allgemeinen „Humanisierung der Arbeit“ als der semantisch weiteste Begriff verwendet. Dieser Slogan stand für den gesellschaftlichen und politischen Diskurs über die Leitidee einer menschlichen Arbeitswelt

---

\* Der Autor erarbeitet eine Dissertation zum Thema „Die CDU und die ‚Humanisierung der Arbeit‘. Der Einfluss der Leitforderung nach einer menschengerechten Arbeitswelt auf Programmatik und Politik der Union in der Zeit der sozialliberalen Koalition (1969 bis 1982)“. Betreuer ist Prof. Dr. Andreas Rödder (Johannes Gutenberg-Universität Mainz).

1 Franz Walter/Christian Werwarth/Oliver D’Antonio: Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit (Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland). Baden-Baden 2011, S. 55.

2 Dorothee Buchhaas: Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 68). Düsseldorf 1981, S. 325.

3 In der Literatur zur CDU-Parteigeschichte findet die Humanisierungsforderung vor allem als Randaspekt der Mitbestimmungsdebatte Beachtung. S. etwa Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart u. a. 2002; ders.: Die Krise als Chance: Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Konrad H. Jarausch (Hg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 288–301; Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU. 1945–1982. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993; Daniel Schmidt: „Die geistige Führung verloren“. Antworten der CDU auf die Herausforderung „1968“, in: Franz-Werner Kersting/Jürgen Reulecke/Hans-Ulrich Thamer (Hg.): Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975. Stuttgart 2010, S. 85–107; Wulf Schönbohm: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985; Udo Zolleis: Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit. Wiesbaden 2008.

in der Bundesrepublik der 1970er Jahre. Diese „Humanisierungsdebatte“ hatte Ende der 1960er Jahre begonnen. Vor dem Hintergrund von Veränderungen der Arbeitswelt, etwa durch fortschreitende Technisierung, und als Ausdruck von Wertewandel, Reformeifer und Planbarkeitseuphorie entspann sich in Politik und Öffentlichkeit eine Debatte über die „Vermenschlichung“ der Arbeit.<sup>4</sup> Grundidee war, Arbeitsbedingungen und -umfeld dem Menschen anzupassen und soziale Bedürfnisse bei der Gestaltung der Arbeitswelt zu berücksichtigen – mit Blick auf körperliche und seelische Gesundheit, Teilhabe, Selbstentfaltung und Lebensqualität.

Die Vorstellungen, was, wie und wodurch zu „humanisieren“ sei, gingen je nach Interessen und weltanschaulichem Hintergrund auseinander. Aus der Humanisierungsidee leiteten Akteure aus Politik, Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen sowie Tarif- und Betriebspartner unterschiedliche Forderungen ab: mehr Arbeitsschutz, Freizeit und Pausen, eine Ausweitung der Mitbestimmung, eine „Demokratisierung“ der Arbeitswelt, neue Formen der Arbeitsorganisation wie Gruppenarbeit oder Arbeitsplatz-Rotation, Eingriffe in die Investitionsplanung und vieles mehr.<sup>5</sup> Gerade vor dem Hintergrund des gestiegenen materiellen Wohlstands stellte der Zeitgeist Stellenwert und Organisation der Arbeit auf den Prüfstand. Die Ansprüche der Arbeitnehmer waren gestiegen: Sie verlangten Selbstentfaltungsraum und eine gesundheitsschonende Gestaltung der Arbeit, wünschten sich ein gutes Arbeitsklima, eine sinnvolle Tätigkeit und Anerkennung ihrer Arbeitsleistung.<sup>6</sup>

Aufgrund ihrer Vielschichtigkeit ist es schwer, Begriff und Inhalt von „Humanisierung der Arbeit“ einheitlich und erschöpfend zu definieren.<sup>7</sup>

4 Für einen Überblick über die Humanisierungsidee vgl. Martin Frenz: Humanisierung, in: Lexikon Arbeitsgestaltung. Best Practice im Arbeitsprozess. Hg. von Kurt Landau. Stuttgart 2007, S. 669–672. Ferner Gisela Kiesau: Humanisierung der Arbeit, in: Erich Ott/Alfred Boldt (Hg.): Wörterbuch zur Humanisierung der Arbeit. Mit Beiträgen von 61 Experten aus Wissenschaft und Betriebspraxis. Hg. von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz. Bremerhaven 1983, S. 258–262.

5 Vgl. Barbara Tietze: Theoretisches Programm und politische Praxis, in: Humanisierung der Arbeitswelt. Hg. von der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft, in Verbindung mit dem Bund Katholischer Unternehmer (Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e. V. 13). Köln 1975, S. 35–55, hier 37ff.

6 Vgl. Günter Neubauer/Paul Oehlke: Gesellschaftliche Knotenpunkte arbeitspolitischer Programmentwicklung in Deutschland, in: Zeitschrift für Arbeitswissenschaft 63 (2009), S. 92–103, hier 95.

7 Vgl. Frenz: Humanisierung, S. 669f. Humanisierung war laut Geyer ein „diskursiver politischer Oberbegriff für andere große Themen der Zeit, darunter Demokratisierung, Lebensqualität, Gleichberechtigung, Mitbestimmung und Selbstverwirklichung“; vgl. Martin H. Geyer: Die Logik sozialpolitischer Reformen, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesarchiv. Band 6: Bundesrepublik Deutschland 1974–1982. Neue Herausforderungen,

Der Begriff wurde mit zwei Zielebenen verbunden. Im engeren Sinne bezog sich die Debatte auf Arbeit *per se*: den Arbeitsvollzug und seine Bedingungen. Im weiteren Sinne zielte die Humanisierungsforderung auf die ganze berufliche Lebenswelt des Menschen: seine sozialen Bedürfnisse, seine Identität, Absicherung, Teilhabe. Mit Blick auf die politische Zeitgeschichte kann „Humanisierung der Arbeit“ beschrieben werden als gesellschaftspolitische Leitidee, die in einer Debatte mit eigener Terminologie diskutiert wurde, sowie als darauf basierendes und damit verknüpftes Politikfeld, das in die Reformagenda der sozialliberalen Koalition als „sozialpolitisches Leitthema“<sup>8</sup> eingebettet war.<sup>9</sup>

Das Politikfeld entstand, als eine Politik der Humanisierung nach 1969 als Aufgabe des Staates betrachtet wurde.<sup>10</sup> Die Bundesregierung wertete Arbeits- und Sozialpolitik auf: Sie wollte Arbeitswelt und Wirtschaftsleben planmäßig und wissenschaftlich fundiert modernisieren, Arbeitsbedingungen verbessern, mehr Mitbestimmung organisieren. Man beschloss ein Arbeitsprogramm zum Arbeitnehmerschutz und verankerte im Betriebsverfassungsgesetz das Ziel einer menschengerechten Arbeitsgestaltung.<sup>11</sup> 1974 wurde das Forschungsprogramm „Humanisierung des Arbeitslebens“ aufgelegt.<sup>12</sup> Sein Ziel war, arbeitswissenschaftliche Grundlagenforschung zu den Mitbestimmungsrechten im Betriebsverfassungsgesetz zu finanzieren und Arbeitsschutz-Projekte vor allem in der Industrie anzustoßen. Das Programm fußte auf dem politisch-kulturellen Wandel nach der Zäsur 1969: Die sozialliberale Reformpolitik und die allgemeine Begeisterung für eine systematische, auf wissenschaftlichen Er-

---

wachsende Unsicherheiten. Bandherausgeber: Martin H. Geyer. Baden-Baden 2008, S. 887–916, hier 906.

- 8 Dietrich Bethge: Arbeitsschutz, ebd., S. 267–311, hier 270.
- 9 Humanisierungsdebatte und Politikfeld finden bis heute ein Echo. So wurde beispielsweise im Koalitionsvertrag 2013 ein Förderprogramm zur arbeitswissenschaftlichen Forschung explizit mit dem Ziel „Humanisierung der Arbeitswelt“ angekündigt. Vgl. Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode. <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>, S. 26 (Abruf: 1. April 2016).
- 10 Vgl. Frenz: Humanisierung, S. 670f.
- 11 Vgl. Dietrich Bethge: Arbeitsschutz, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesarchiv. Band 5: Bundesrepublik Deutschland 1966–1974. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs. Bandherausgeber: Hans Günter Hockerts. Baden-Baden 2006, S. 277–330, hier 280ff.
- 12 Zur Geschichte und Entwicklung des Programms vgl. Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens. Dokumentation 1987. Hg. von Norbert Blüm und Heinz Riesenhuber. Köln 1987. S. auch Werner Fricke: Drei Jahrzehnte Forschung und Praxis zur Humanisierung der Arbeit in Deutschland – Eine Bilanz, in: Wolfgang G. Weber/Pier-Paolo Pasqualoni/Christian Burtscher (Hg.): Wirtschaft, Demokratie und soziale Verantwortung. Kontinuitäten und Brüche. Göttingen 2004, S. 144–168.

kenntnissen gründende Umgestaltung der Gesellschaft bildeten den Nährboden für diese neue Forschungsförderung.<sup>13</sup>

Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit drängten schon ab 1973 die Reformeuphorie der Koalition und die Humanisierungsbegeisterung zurück. Die Humanisierungsdebatte verengte sich zunehmend auf Arbeitsorganisation, insbesondere in der industriellen Fertigung.<sup>14</sup>

Dennoch war die Humanisierung der Arbeit in den 1970er Jahren ein „gesellschaftspolitisches Paradethema“<sup>15</sup>. Slogan und Themenfeld zogen ein in die Programme von Parteien und Organisationen.<sup>16</sup> Hans Günter Hockerts urteilt: „Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit und ‚Humanisierung des Arbeitslebens‘ rückten – wenigstens programmatisch – zu einem neuen Schwerpunkt der Sozialpolitik auf.“<sup>17</sup>

Auch die CDU griff in ihren Programmen und Beschlüssen die Humanisierungsforderung auf. Das Ludwigshafener Grundsatzprogramm von 1978 forderte, individuelle Freiheit müsse auch in der Arbeitswelt erfahrbar sein.<sup>18</sup> Zur Bedeutung von Arbeit hieß es: „Arbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern auch eine Form der Selbstverwirklichung (...). Deshalb erfordern Gerechtigkeit und Humanität im Arbeitsleben Vollbeschäftigung“. Die CDU werde „alle Bestrebungen unterstützen, unzumutbare Belastungen und vermeidbare Arbeiterschwernisse abzubauen“.<sup>19</sup> Schon im Hamburger Parteitagbeschluss zur Unternehmensmitbestimmung 1973 hatte sich die Partei zum Ziel der Humanisierung bekannt.<sup>20</sup> Und im wegweisenden Strategiepapier „Mannheimer Erklärung“ hatte es 1975

13 Vgl. Anne Seibring: Die Humanisierung des Arbeitslebens in den 1970er Jahren: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hg.): „Nach dem Strukturbruch?“ Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren. Bonn 2011, S. 107–126, hier 112f.

14 Dietrich Bethge urteilt, Humanisierung der Arbeit sei oft mit Kritik an monotoner Fließbandarbeit konnotiert und zunehmend mit Fragen der Arbeitsgestaltung und weniger mit klassischem Arbeitsschutz verbunden worden. Vgl. ders.: Arbeitsschutz (2008), S. 270f.

15 Rolf H. Kasteleiner: Plädoyer für eine humanere Arbeitswelt, in: Humanisierung der Arbeitswelt, S. 56–73, hier 60.

16 Zu den Positionen von Parteien, Sozialpartnern und Kirchen vgl. Humanisierung des Arbeitslebens. Eine Dokumentation zusammengestellt von Günter Keil und August Oster. Bad Honnef 1976.

17 Hans Günter Hockerts: Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 199). Göttingen 2011, S. 144.

18 Hier zitiert nach Grundsatzprogramm der CDU (1978), in: Bruno Heck (Hg.): Die CDU und ihr Programm. Programme, Erklärungen, Entschlüsse. Melle 1979, S. 177–217, hier 180.

19 Ebd., S. 188f.

20 Der Beschlusstext wurde in eine dritte Fassung des Berliner Programms integriert. Diese enthält auch die zweite Fassung, die Fortschreibung auf dem Parteitag in Düsseldorf 1971. Die zweite und dritte Fassung werden hier zitiert nach Das Berliner Programm (1971). Mit Beschlüssen des Hamburger Parteitages (1973), ebd., S. 81–143 (Berliner Programm 3).

geheißen: „Oberstes Ziel unserer Gesellschaftspolitik ist die Stärkung der Stellung des einzelnen in der Gesellschaft. Unsere Politik im Bereich der Mitbestimmung, der Vermögensbildung, der beruflichen Bildung, der Humanisierung im Arbeitsleben und des Unternehmensrechts dient diesem Ziel“.<sup>21</sup>

Die Vieldeutigkeit des Wortfeldes und die Verschiedenheit der politischen Inhalte, die es transportierte, wirft die Frage nach Bedeutung und Gebrauch des Begriffs in der CDU-Programmatik auf: Wie hat die Partei die Forderung nach Humanisierung der Arbeit verstanden? Mit Blick darauf werden nun Implementierung und Adaptation von Schlagwort und Leitidee skizziert.

## II. *Humanisierung der Arbeit in der Programmatik der CDU*

### a) *Humanisierung durch Mitbestimmung in sozialer Partnerschaft*

Ins Blickfeld der CDU kam die Humanisierungsdebatte in der Kontroverse um Mitbestimmung und das Konzept „Soziale Partnerschaft“.<sup>22</sup> Die Mitbestimmungsfrage wurde in Partei und Vereinigungen auf allen Ebenen heftig diskutiert und prägte bis 1973 die Programmarbeit.<sup>23</sup> In der Sache ging es um Mitbestimmung von Arbeitnehmern und Betriebsräten im Betrieb sowie Mitbestimmung von Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat von Großunternehmen. Beide Bereiche wurden in den 1970er Jahren gesetzlich neu geregelt. Die CDU musste sich dazu inhaltlich und mit Blick auf Bundestag und Bundesrat positionieren. Während alle Strömungen in der Partei für eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung waren, eskalierte der Streit um die Unternehmensmitbestimmung: Sollten Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat paritätisch, in gleicher Zahl und gleichgewichtig, mitbestimmen? Erst nach langen Debatten im Bundesvorstand, mehreren Kommissionen und drei Redeschlachten auf Parteitag wurde die „echte Parität“ ad acta gelegt.

Mitbestimmung wurde in der Union als gesellschaftspolitische Grundsatzfrage von hoher parteistategischer Bedeutung betrachtet. Zum einen visierte die CDU Arbeitnehmer als Zielgruppe an und wollte die zeitgenössische Debatte um Teilhabe aufgreifen. Die Parteispitze betrachtete die sozialpolitische Neuorientierung nach der Bundestagswahl 1972 als Schlüssel, neue Wähler-

---

21 Hier zitiert nach Unsere Politik für Deutschland. Mannheimer Erklärung (1975), ebd., S. 145–175, hier 149.

22 Zum Konzept „Soziale Partnerschaft“ vgl. Birgit Frese: Anstöße zur sozialen Reform. Hans Katzer, die Sozialausschüsse und ihre Vorschläge zur Bildung einer partnerschaftlichen Wirtschaftsordnung. Düsseldorf 2000.

23 Zur Bedeutung der Mitbestimmungsfrage für die programmatische Neuorientierung der CDU vgl. Bösch: Macht und Machtverlust, S. 151–163. Zur Frühphase der Programmdebatte Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 56). Bearbeitet von Günter Buchstab und Denise Lindsay. 2 Bde. Düsseldorf 2010, S. XVIIIff.



schichten zu erreichen.<sup>24</sup> Die gesellschaftspolitischen Beschlüsse des Parteitags in Hamburg 1973<sup>25</sup> waren für den Parteivorsitzenden Helmut Kohl ein „Durchbruch“: Die Partei habe die „Nase im Wind“ und eine neue „Philosophie“.<sup>26</sup> Kurt Biedenkopf erklärte die Positionierung pro Mitbestimmung kurz nach Amtsantritt als Generalsekretär zum Mittel, politisch in die Offensive zu kommen.<sup>27</sup> Zum zweiten eignete sich das Mitbestimmungsthema, einen Keil zwischen SPD und FDP zu treiben. Helmut Kohl betonte in seiner ersten Vorstandssitzung als Vorsitzender, die Unternehmensmitbestimmung sei für die CDU wegen des Konfliktpotenzials in der Koalition strategisch wichtig.<sup>28</sup> Das Feld Gesellschaftspolitik hatte im Bundesvorstand schon zuvor als Plattform für einen „Mitbestimmungsangriff gegen die SPD“ gegolten.<sup>29</sup>

1971 diskutierte die Partei über die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes. In der ersten Fassung des Berliner Programms hatte die CDU 1968 für den Ausbau des Gesetzes plädiert.<sup>30</sup> Mit gleichem Tenor bekannte sie sich Anfang 1971 auf dem Parteitag in Düsseldorf zur „funktionsgerechten Mitbestimmung in partnerschaftlicher Zusammenarbeit“ und kündigte an: „Wir werden daher ein einheitliches Betriebsverfassungs- und Unternehmensrecht schaffen, das Rechte und Verantwortung der Arbeitnehmer stärkt“. Sie mahnte „stärkere Rechte für den einzelnen am Arbeitsplatz“ und eine „stärkere persönliche Stel-

24 So Helmut Kohl und Hans Katzer in der Vorstandsklausur vor dem Hamburger Parteitag am 6. Oktober 1973. Vgl. Kohl: „Wir haben alle Chancen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 67). Bearbeitet von Günter Buchstab. 2 Bde. Düsseldorf 2015, S. 409, 417. In der Vorstandssitzung am 14. Januar 1976 betonten Kohl und Kurt Biedenkopf erneut die Bedeutung der neuen gesellschaftspolitischen Parteilinie. Vgl. ebd., S. 1645ff. Biedenkopf sagte: „Wichtig ist nun, daß wir Schwellen abbauen im Bereich der Sozialpolitik.“ Ebd., S. 1647.

25 Dazu gehörten die Beschlüsse zu Unternehmensmitbestimmung, Bodenrecht, Vermögensbildung und beruflicher Bildung. Vgl. Berliner Programm 3, S. 102f., 118–143.

26 Kohl: „Wir haben alle Chancen“, S. 358 (Sitzung am 6. Oktober 1973).

27 Vgl. ebd., S. 43 (Sitzung am 30. August 1973).

28 So geäußert etwa in der Bundesvorstandssitzung am 30. August 1973. Vgl. ebd., S. 67. Ähnlich äußerte er sich Ende 1974, vor der erneuten parlamentarischen Behandlung des Themas. Vgl. ebd., S. 877 (Sitzung am 29. November 1974).

29 Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“, S. 244 (Sitzung am 23. April 1970). Hans Katzer und Norbert Blüm wiesen wiederholt darauf hin. Schon im Januar 1970 mahnte Blüm, man dürfe „nicht vergessen, daß die Gesellschaftspolitik eigentlich der Hebel ist, mit dem wir diese Regierung auch in Schwierigkeiten bringen können“. Ebd., S. 132 (Sitzung am 23. Januar 1970). Katzer sekundierte, Gesellschaftspolitik sei der Politikbereich, „auf dem man sie am allerschmerzlichsten trifft.“ Ebd., S. 232 (Sitzung am 23. April 1970).

30 Die erste Fassung des Berliner Programms wird zitiert nach: Berliner Programm (1968), in: Heck (Hg.): Die CDU und ihr Programm, S. 61–80, hier 72. (Berliner Programm 1). Analoge Aussagen finden sich im Wahlprogramm 1969: Vgl. Bundesgeschäftsstelle der CDU (Hg.): CDU. 1969–1973. Wahlprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Bonn o. J., S. 6 (Punkt 11). [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Bundestag/1969–1973\\_Wahlprogramm.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/1969–1973_Wahlprogramm.pdf) (Abruf: 8. Juni 2016).

lung der Mitglieder der Vertretungsorgane der Arbeitnehmer“ an.<sup>31</sup> Die Unionsfraktion hatte im Februar einen Gesetzentwurf mit einem Katalog der Grundrechte der Arbeitnehmer vorgelegt.<sup>32</sup> Basis war eine Kommission, die der Berliner Parteitag eingesetzt hatte und die „Vorschläge zur gesetzgeberischen Verwirklichung“ der Mitbestimmungspassagen im Berliner Programm machen sollte.<sup>33</sup>

Im Bundesvorstand wurde das Abstimmungsverhalten in Bundestag und Bundesrat kontrovers diskutiert.<sup>34</sup> Norbert Blüm und Hans Katzer als führende Vertreter der Sozialausschüsse warnten, die Partei könne in Verdacht geraten, Verbesserungen für Arbeitnehmer aufzuhalten und Betriebsratswahlen zu sabotieren.<sup>35</sup> Egon Lampersbach, Vorsitzender der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, unterstützte zwar die „gesellschaftspolitischen Anliegen, die sicherlich von allen, die hier sitzen, bejaht werden“, beklagte aber die „materiellen Auswirkungen“ der Novelle.<sup>36</sup> Der Partei- und Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel berichtete, viele Abgeordnete wollten mit Verweis auf den Düsseldorfer Beschluss für ein einheitliches Betriebsverfassungs- und Unternehmensrecht den Koalitionsentwurf ablehnen.<sup>37</sup> Die Debatten im Vorstand bestimmten überwiegend strategische Überlegungen.<sup>38</sup> Über das Ziel, betriebliche Mitbestimmung auszuweiten, bestand Einigkeit.

Die Haltung zur Unternehmensmitbestimmung war auf dem Parteitag 1968 ausgeklammert und aufgeschoben worden. In der ersten Fassung des Berliner Programms hieß es: „Wir bekennen uns zu einem fortschrittlichen und modernen Unternehmensrecht. (...) Die weitere Gestaltung der Mitbestimmung muß auf der Grundlage des Berichtes, den die von der Bundesregierung eingesetzte

---

31 Berliner Programm 3, S. 101.

32 Zum „Grundrechte-Katalog“ siehe Entwurf eines Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Betrieb und Unternehmen. Bundestags-Drucksache VI/1806. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/06/018/0601806.pdf>, S. 3f. (Abruf: 11. August 2016).

33 Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hg.): 16. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Berlin, 4. bis 7. November 1968. Bonn o.J., S. 365. [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle\\_Bundesparteitage/1968-11-04-07\\_Protokoll\\_16.Bundesparteitag\\_Berlin\\_Teil1.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1968-11-04-07_Protokoll_16.Bundesparteitag_Berlin_Teil1.pdf) (Abruf: 8. Juni 2016).

34 Rainer Barzel stellte in der Sitzung am 25. Oktober 1971 fest, es gebe keinen inhaltlichen Konsens. Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“, S. 585.

35 Vgl. ebd., S. 634f. (Sitzung am 9. Dezember 1971).

36 Ebd., S. 578 (Sitzung am 25. Oktober 1971).

37 Vgl. ebd., S. 556 (Sitzung am 25. Oktober 1971). Die Regierungsfractionen hatten in ihrem Gesetzentwurf des Betriebsverfassungsgesetzes die Unternehmensmitbestimmung ausgeklammert.

38 Die Debatte zeigte das Dilemma der Oppositionszeit: Sollte die CDU konstruktiv mitarbeiten oder Fundamentalopposition betreiben? Hans Katzer plädierte für eine „Wettbewerbspolitik“, und zwar „um die bessere Idee und die klügeren Gedanken“. Für ihn war dies Teil der Neupositionierung: „Womit gewinnt man Glaubwürdigkeit zurück? Am besten dadurch, daß man eine konstruktive Gegenposition bezieht. Nur mit Nein-Sagen geht es nicht.“ Ebd., S. 232 (Sitzung am 23. April 1970).

Kommission zu erstatten hat, sorgfältig geprüft werden“. Die bereits erwähnte innerparteiliche Kommission wurde eingesetzt: „Das Prüfungsergebnis ist dem Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen“. <sup>39</sup> Dies erfolgte auf dem Düsseldorfer Parteitag, der wie der Parteitag Ende 1973 in Hamburg im Zeichen des Streits um die Parität stand.

Für die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) war paritätische Mitbestimmung ein Herzstück ihres Konzepts der „Sozialen Partnerschaft“: Arbeitnehmer sollten nicht mehr Befehlsempfänger und Untergebene sein, sondern Partner und Teilhaber in der „Leistungsgemeinschaft Betrieb“. Sie sollten am Arbeitsplatz und im Unternehmen auf Augenhöhe mitbestimmen. Ausdruck und Folge der Partnerschaft seien der Beteiligungslohn und Mitbestimmung. <sup>40</sup> Inhaltlich spielte in dem Konzept die Parität die Schlüsselrolle. CDA-Bundesvorstandsmitglied Albrecht Hasinger beschrieb „gleichberechtigte und gleichgewichtige Mitbestimmung“ als Voraussetzung für Partnerschaft. <sup>41</sup> Norbert Blüm betonte im Bundesvorstand, nur paritätische Mitbestimmung verleihe der Union Glaubwürdigkeit in der Gesellschaftspolitik. <sup>42</sup> In einem Interview präzisierte er, worum es ihm ging: „Für mich ist die Mitbestimmung ein Glaubwürdigkeitstest, ob die CDU begriffen hat, daß das Kapital in seiner dominierenden Rolle und rechtlichen Stellung zurückgenommen werden muß“. <sup>43</sup> Auch der Mitbestimmungsexperte Kurt Biedenkopf <sup>44</sup> betonte vor dem Hamburger Parteitag, es gehe um die „Machtfrage“ <sup>45</sup> in der Wirtschaft. Vertreter des Wirtschaftsflügels sahen durch die Parität die marktwirtschaftliche Ordnung bedroht. Es könne auch ohne echte Parität soziale Partnerschaft geben, betonte beispielsweise der hessische CDU-Landesvorsitzende Alfred Dregger im Disput mit Norbert Blüm im Bundesvorstand. <sup>46</sup>

Die Düsseldorfer Delegierten verabschiedeten 1971 ein Modell, das den Anteilseignern im Aufsichtsrat ein Übergewicht von 7 zu 5 Stimmen sicherte. <sup>47</sup> Vorangegangen war eine tumultartige Debatte. <sup>48</sup> Alfred Dregger warnte,

39 16. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, S. 72, 366.

40 Vgl. die Ausführungen von Norbert Blüm und Hans Katzer in der Bundesvorstandssitzung am 6. Oktober 1973. Kohl: „Wir haben alle Chancen“, S. 345ff.

41 Vgl. ebd., S. 379 (Sitzung am 6. Oktober 1973).

42 Vgl. ebd., S. 52 (Sitzung am 30. August 1973).

43 Auf dem Laufsteg, in: Der Spiegel vom 30. April 1973, S. 26–28, hier 27.

44 Biedenkopf war Vorsitzender der von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission. Vgl. Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“, S. XXVIII.

45 Vgl. Kohl: „Wir haben alle Chancen“, S. 40 (Sitzung am 30. August 1973).

46 Vgl. Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“, S. 1433 (Sitzung am 12. Mai 1973).

47 Berliner Programm 3, S. 101f.

48 Vgl. Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hg.): 18. CDU-Bundesparteitag. Düsseldorf, 25.–27. Januar 1971. Niederschrift. Bonn, o.J. ), S. 246–318. [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle\\_Bundesparteitage/1971-01-25-27\\_Protokoll\\_18.Bundesparteitag\\_Duesseldorf.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1971-01-25-27_Protokoll_18.Bundesparteitag_Duesseldorf.pdf) (Abruf: 8. Juni 2016).

dass „Mitbestimmung mit der Parität eine neue, systemverändernde Dimension erhält, eine Dimension, die es unseren politischen Gegnern sogar erlaubt, dieser Mitbestimmung eine systemüberwindende, eine die Soziale Marktwirtschaft zerstörende Dimension zu geben“. <sup>49</sup> In dieselbe Richtung argumentierte Thomas Ruf bei der Vorstellung der Vorstandsvorlage: „Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist überall dort zu verwirklichen, wo es sich um Angelegenheiten handelt, die den einzelnen Arbeitnehmer oder die Belegschaften unmittelbar berühren. Die eigentlichen unternehmerischen Entscheidungen (...) müssen jedoch beim Unternehmer bleiben.“ <sup>50</sup> In seiner Entgegnung auf Dregger beschwerte sich Hans Katzer, es sei „unmöglich zu glauben oder zu behaupten, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft mit der Mitbestimmung nichts anderes im Sinne hätte, als die Unternehmen zu ruinieren“. Parität sei die „Spitze eines geschlossenen Systems, das aufbaut auf der Betriebsverfassung“. <sup>51</sup>

Der Schlagabtausch legte den Kern des Konflikts frei. Der Sozialflügel sah gleichberechtigte Mitbestimmung auf allen Ebenen als Partnerschaft und verstand so auch das Votum für ein einheitliches Betriebsverfassungs- und Unternehmensrecht. Der Wirtschaftsflügel wies Betriebs- und Unternehmensmitbestimmung verschiedene Funktionen zu und leitete daraus unterschiedliche Grade der Mitbestimmung ab. Vielen in der Partei war der Teil der Mitbestimmungsdebatte suspekt, der mutmaßlich die Wirtschaftsverfassung in Frage stellte. Norbert Blüm beklagte bei der Aufarbeitung der Wahl 1972: „In der Mitbestimmungsdiskussion war in unserer Partei an einer Stelle eine Tabuzone, das war die Tabuzone Macht in der Wirtschaft. Wer den Terminus ‚Macht und Herrschaft‘ in Zusammenhang mit der Mitbestimmungsdiskussion genannt hat, stand schon unter dem Verdacht, Systemveränderer zu sein“. <sup>52</sup> Einige Wochen später verwahrte er sich gegen den „Vorwurf, daß die Mitbestimmungsanhänger Sozialisten seien“. <sup>53</sup>

Die Mitbestimmungsdebatte innerhalb der CDU war nach der Düsseldorfer Entscheidung weder befriedet noch beendet. Die Sozialausschüsse kämpften weiter für Parität und kritisierten die Beschlusslage. <sup>54</sup> Nach der Wahl 1972 sprach Hans Katzer im Bundesvorstand Klartext: „Denn diese Frage der Mitbestimmung hat uns doch im Wahlkampf (...) gerade an Rhein und Ruhr den

---

49 Ebd., S. 260.

50 Ebd., S. 251.

51 Ebd., S. 271.

52 Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“, S. 1211 (Sitzung am 27. Januar 1973).

53 Ebd., S. 1400 (Sitzung am 12. Mai 1973).

54 Hans Katzer hatte schon auf dem Parteitag angekündigt, das Thema bleibe auf der Tagesordnung: „Solange die Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit nicht hergestellt ist, wird es in dieser Frage keine Ruhe geben, und wir werden uns auf jedem Parteitag erneut damit auseinandersetzen, bis dieses Kernproblem einer Lösung zugeführt worden ist.“ 18. CDU-Bundesparteitag, S. 270f.

Stimmenanteil versagt, den wir brauchten“<sup>55</sup>. Auch die Parteispitze rief das Thema wieder auf. Im Mai 1973 votierte der Vorstand auf Basis der Formel vom „Gleichgewicht der Partner“ für eine Weiterentwicklung der Positionierung.<sup>56</sup> Kurt Biedenkopf betonte im August 1973, der „Zeitgeist“ mache dies notwendig.<sup>57</sup> Die Partei müsse ihre Position neu und endgültig klären. Das sei Voraussetzung für „weitere gesellschaftspolitische Handlungsfähigkeit der CDU“, die Partei erlange so „in einer zentralen Frage der Innenpolitik wieder die Initiative“.<sup>58</sup>

Im Vorfeld des Hamburger Parteitags rang der Vorstand auf einer Klausursitzung vergeblich um einen konsensfähigen Beschlussvorschlag.<sup>59</sup> Offenbar zur Befriedung der Paritäts-Befürworter wurde der erste Abschnitt aus dem Bochumer Mitbestimmungsbeschluss der Sozialausschüsse vom Mai dem Entwurf vorangestellt.<sup>60</sup> In dieser Präambel hieß es: „Wir wollen die gleichberechtigte Kooperation der im Unternehmen tätigen Kräfte, denn die Würde des arbeitenden Menschen verlangt seine Teilhabe an den Entscheidungen, die die Bedingungen für seine Arbeitswelt setzen. Die Vermenschlichung der Arbeitsbedingungen ist eines der wichtigsten Ziele der Mitbestimmung“.<sup>61</sup> Auf dem Parteitag am 6. und 7. November stimmten die Delegierten der Präambel mit dem Vorstandsentwurf zu. Dieser sah aber keine volle Parität vor. Ein Paritäts-Antrag der CDA wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Das Bekenntnis zu Mitbestimmung und Partnerschaft wurde eine Konstante in der Programmatik. Die Mannheimer Erklärung verwies auf die Hamburger Beschlüsse und die Forderung mehr Mitbestimmung.<sup>62</sup> Sie diene der „Stärkung der Stellung des einzelnen in der Gesellschaft“.<sup>63</sup> Die Partei forderte eine „Stärkung der Stellung des Arbeitnehmers im Unternehmen“, die „Teilhaber der Wirtschaft“ sein sollten. Das Wirtschaftsleben sei neu auszurichten: „Arbeitnehmer, Kapitaleigner und Unternehmensleitung sollen künftig in einem partnerschaftlichen Verhältnis zueinander stehen“.<sup>64</sup> Im Wahlprogramm 1976 versprach die Union: „Wir werden dazu beitragen, dass die Mitwirkung und

55 Vgl. Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“, S. 1412 (Sitzung am 12. Mai 1973).

56 Vgl. ebd., S. 1451ff. (Sitzung am 12. Mai 1973).

57 Kohl: „Wir haben alle Chancen“, S. 39 (Sitzung am 30. August 1973).

58 Ebd., S. 42f. (Sitzung am 30. August 1973).

59 Wortprotokoll der Mitbestimmungsdebatte am 6. Oktober 1973. Ebd., S. 361–491.

60 Die Ziffer I wurde beinahe wortwörtlich aus dem Bochumer Beschluss übernommen. Der Bundesvorstand beschloss diesen Textteil einstimmig und fast ohne Debatte. Vgl. ebd., S. 455f., 483f., 490f. (Sitzung am 6. Oktober 1973).

61 Berliner Programm 3, S. 102.

62 Mannheimer Erklärung, S. 168.

63 Ebd., S. 149.

64 Ebd., S. 168.

Mitverantwortung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz gestärkt (...) werden“.<sup>65</sup> Im Grundsatzprogramm folgte dem Bekenntnis zur Mitbestimmung der Hinweis auf den Hamburger Beschluss.<sup>66</sup>

Die Humanisierungsidee spielte in der CDU-Mitbestimmungsdebatte eine Nebenrolle. Nur Richard von Weizsäcker äußerte, er verknüpfe beides miteinander: „Humane Arbeitswelt, das kann man gar nicht ohne Zusammenhang zum Mitbestimmungsthema sehen.“<sup>67</sup> Bei Vertretern des Sozialflügels schien das Ziel Humanisierung oft „mitzuschwingen“. Das klang an im Partnerschaftsgedanken, aber etwa auch, wenn Hans Katzer auf dem Düsseldorfer Parteitag die Folgen der Automatisierung problematisierte.<sup>68</sup> Auf dem Leverkusener Kongress der CDA 1974, auf den noch einzugehen sein wird, betonte Norbert Blüm, Mitbestimmung sei „ein Bestandteil (...) für eine Politik, [sic!] für mehr Humanität“. Der gleiche Gedanke kommt in seinem Satz „Und der neue Name für Humanität sei Mitverantwortung“ zum Ausdruck.<sup>69</sup> Als Argument pro Mitbestimmung wird Arbeitshumanisierung aber kaum ins Spiel gebracht: Die trotz der komplexen Materie meist auf hohem fachlichen Niveau geführten Debatten im Vorstand wie auf Parteitagen thematisierten vor allem rechts- und wirtschaftspolitische Aspekte. Zwar wurde die Humanisierung der Arbeit auf dem Parteitag in Hamburg vereinzelt angesprochen.<sup>70</sup> Die Debatte über Mitbestimmung wurde aber auch dort ordnungspolitisch, nicht humanisierungspolitisch geführt.<sup>71</sup>

---

65 Hier zitiert nach CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Aus Liebe zu Deutschland. Für die Freiheit, die wir lieben. Für die Sicherheit, die wir brauchen. Für die Zukunft, die wir wollen. Das Wahlprogramm der CDU und CSU 1976, S. 22. [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Bundestag/1976\\_Freiheit-Sicherheit-Zukunft.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/1976_Freiheit-Sicherheit-Zukunft.pdf) (Abruf: 26. März 2016). Mitbestimmung bezog sich hier auf den Arbeitsplatz, wie auch Kurt Biedenkopf auf Nachfrage im Bundesvorstand die Passage erläuterte. Vgl. Kohl: „Wir haben alle Chancen“, S. 1939 (Sitzung am 26. April 1976). Das deutet darauf hin, dass Mitbestimmung vor allem oder ausschließlich auf Arbeitsgestaltung gemünzt war.

66 Grundsatzprogramm 1978, S. 195.

67 Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“, S. 1291 (Sitzung am 19. Februar 1973). Von Weizsäcker, Vorsitzender der Grundsatzkommission, bezog sich offenbar auf eine Vorlage zu innenpolitischen Schwerpunktthemen.

68 18. CDU-Bundesparteitag, S. 271.

69 Norbert Blüm: Die industrielle Arbeitswelt braucht menschengerechte Strukturen, in: Christlich Demokratische Union Deutschlands und Sozialausschüsse der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (Hg.): Humanität im Arbeitsleben. Der Mensch ist wichtiger als die Sache. Referate und Ergebnisse des Kongresses „Humanität im Arbeitsleben“ am 6./7. Dezember 1974 in Leverkusen. Bonn 1975, S. 86–97, hier 92.

70 So vom JU-Bundesvorsitzenden Matthias Wissmann und dem Bundestagsabgeordneten Lutz Stavenhagen. Vgl. Christlich-Demokratische Union Deutschlands (Hg.): 22. Bundesparteitag. Niederschrift. Hamburg, 18.–20. November 1973. Bonn o. J., S. 72, 80, 275.

71 Zolleis sieht das Ziel Humanisierung als Forderung der katholischen Soziallehre im geistigen Fundament der Union verankert. Die Partei habe aber aus Unternehmensperspektive und mit Blick auf die Wirtschaftsverfassung debattiert. Vgl. ders.: Die CDU, S. 82ff., 152ff., 181f.

Insofern konterkarierte die oben zitierte einleitende Formulierung im Beschluss zur Unternehmensmitbestimmung den Diskussionsverlauf: Die „Vermenschlichung der Arbeitsbedingungen“ spielte in den Debatten keine Rolle. Und die Formeln von der „gleichberechtigten Kooperation“ und der „Teilhabe an Entscheidungen“ verdeckten, dass damit keine volle Parität gemeint war.

Die Humanisierung der Arbeit war mit Aufnahme in die dritte (um die gesellschaftspolitischen Beschlüsse des Hamburger Parteitag ergänzte) Fassung des Berliner Programms Teil der CDU-Programmatik. Innerparteilich markierte dies eine Zäsur: Fortan konnten Differenzen zur Unternehmensmitbestimmung mit Verweis auf den Beschluss gekontert oder nivelliert werden. Dennoch blieb das Thema in Partei und Fraktion umstritten und „eine schwierige Frage“.<sup>72</sup> Nach dem Hamburger Parteitag war aber klar, dass die volle Parität in der Union keine Mehrheit fand. Humanisierung durch Partnerschaft, die sich in gleichberechtigter Mitbestimmung ausdrückt: Dieses Leitbild der Christlich-Sozialen war in der CDU weder konsens- noch mehrheitsfähig.

#### *b) Die Soziale Marktwirtschaft als Garantin einer humanen Arbeitswelt*

Die CDU postulierte die Soziale Marktwirtschaft ab der zweiten Fassung des Berliner Programms als „wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle“.<sup>73</sup> In ihren Rahmen integrierte sie in der Mannheimer Erklärung auch die Humanisierung: Wirtschaftswachstum führe zur „Steigerung des sozialen Wohlbefindens“, unter anderem durch „Humanisierung der Arbeitswelt“.<sup>74</sup> Das Grundsatzprogramm betonte die ausgleichende Funktion der Sozialen Marktwirtschaft: Ihre Ordnungspolitik „verbindet Humanität und Wirtschaftlichkeit“. Dies geschehe unter anderem über „Tarifautonomie und soziale Partnerschaft“ sowie „vorbeugende und produktive Sozialpolitik“, die „Wirtschaftlichkeit und Humanität verbinden“ wolle. Wirtschafts- und Sozialpolitik seien verwoben: „Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit verfehlt den sozialen Frieden und muß zu volkswirtschaftlichen Verlusten führen. Eine Sozialpolitik ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und wirtschaftliches Wachstum beraubt sich selbst ihrer Einnahmequellen“.<sup>75</sup>

Der hier anklingende Konflikt zwischen Rentabilität und sozialen Aspekten bestimmte die Debatte in der Partei. Deutlich wurde dies auf der Tagung „Humanität im Arbeitsleben“, die Ende 1974 in Leverkusen von CDU und CDA

72 So Karl Carstens im Herbst 1974 im Bundesvorstand. Kohl: „Wir haben alle Chancen“, S. 763 (Sitzung am 23. September 1974). Vgl. außerdem ebd., S. 854, 858ff. (Sitzung am 14. Oktober 1974).

73 Berliner Programm 3, S. 97. Vgl. auch Mannheimer Erklärung, S. 153 und Grundsatzprogramm 1978, S. 191.

74 Mannheimer Erklärung, S. 167.

75 Grundsatzprogramm 1978, S. 192f., 203.

veranstaltet wurde.<sup>76</sup> Kurt Biedenkopf beschrieb in seinem Vortrag Humanität und Wirtschaftlichkeit als spannungsreichen Dualismus. Zwar plädierte er mit Blick auf Selbstentfaltung am Arbeitsplatz für „Anstrengungen zur weiteren Humanisierung“, sah sie aber im Wettstreit mit „Notwendigkeiten einer produktivitätsorientierten Wirtschaft“ und „Sachgesetzmäßigkeiten, (...) die wir respektieren müssen“.<sup>77</sup> Das Kriterium Rentabilität stehe auf einer Ebene mit der Vermenschlichung: „Christlich-demokratische Politik anerkennt die Verbesserung und Steigerung industrieller Produktionen (...) und die Verbesserung der Bedingungen, unter denen der einzelne arbeitet und sich verwirklicht, als gleichwertige und ranggleiche Ziele“.<sup>78</sup> Die CDU sei gut aufgestellt in dieser Frage. Er glaube, dass sie „durch ihre Grundsätze, ihre Verpflichtung auf christliche und moralische Prinzipien und durch ihre programmatische Orientierung die besten Voraussetzungen dafür mitbringt, den Konflikt und die Spannung zwischen der Verwirklichung menschlicher Freiheit und Würde sowie den existenziellen Notwendigkeiten der Produktion zu lösen“.<sup>79</sup> Humanisierung gelinge nur in der Sozialen Marktwirtschaft: „Die CDU ist immer davon ausgegangen, daß humane Arbeitsbedingungen, freie Mitwirkung des Bürgers im Betrieb (...) nur auf der Grundlage einer freien Wirtschaftsordnung verwirklicht werden können“.<sup>80</sup> Die Arbeitshumanisierung sei deshalb „Hand in Hand mit der Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft vorangetrieben“ worden.<sup>81</sup> Der Verweis auf Produktivität blieb nicht ohne Widerspruch. Norbert Blüm warnte, Humanisierung sei kein „lyrisches Luxusthema“ oder „Brotkrume auf dem Tisch der Produktivität“.<sup>82</sup>

Das Hamburger Votum 1973 war kein Signal für eine „Demokratisierung der Arbeitswelt“, wie sie etwa der DGB vor Augen hatte.<sup>83</sup> Die Idee wurde aber

---

76 Die CDU flankierte ihre Programmarbeit mit Fachkonferenzen. Ende 1974 luden CDU und CDA Politiker und Vertreter von Betriebsräten, Gewerkschaften, Verbänden und Wissenschaft nach Leverkusen ein. Die wichtigsten Tagungsbeiträge sind veröffentlicht in: CDU/CDA (Hg.): Humanität im Arbeitsleben. Die Veranstaltung diente dem Dialog mit Experten und Praktikern. Vgl. Kurt H. Biedenkopf: Humanität des Arbeitslebens und Soziale Marktwirtschaft, ebd., S. 9–18, hier 9.

77 Ebd., S. 11.

78 Ebd., S. 14.

79 Ebd.

80 Ebd., S. 16.

81 Ebd.

82 Norbert Blüm: Die industrielle Arbeitswelt braucht menschengerechte Strukturen, S. 86–97, hier 86. Helmut Kohl hatte in seinem Grußwort sogar betont: „Dieser Kongreß soll klarstellen, daß für die Christlich-Demokratische Union Freiheit und Würde des Menschen in der Arbeitswelt vor der Produktivität rangieren.“ Helmut Kohl: Grußwort für den Kongreß „Humanität im Arbeitsleben“, in: Humanisierung des Arbeitslebens, S. 111f., hier 112.

83 Wenige Monate nach dem Parteitag betonte der DGB-Vorsitzende Heinz Vetter die Rolle der Mitbestimmung als Voraussetzung für Humanisierung. Vgl. Heinz Oskar Vetter: Referat, in: Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Auf-



in der Union diskutiert, vor allem in der Jungen Union, wo die systemkritische Seite der Humanisierungsdebatte zeitweise eine Heimat fand.

Auch die Junge Union befand sich seit Ende der 1960er Jahre in einer Phase der Neuorientierung.<sup>84</sup> Galt sie bis dahin als „Regierungsjugendorganisation“<sup>85</sup> und „Plakatklebekolonie“<sup>86</sup>, wandte sie sich nun der Gesellschaftspolitik zu und suchte die Nähe der Sozialausschüsse.<sup>87</sup> Sie plädierte für mehr Mitbestimmung und die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Am deutlichsten wurde diese Haltung im Beschluss des Deutschlandtags 1974 in Lahnstein. Die Junge Union präferierte den „Dritten Weg“, zu dessen „Stationen“ die Parität in der Unternehmensmitbestimmung in Großunternehmen zählte.<sup>88</sup> Der scheidende Bundesvorsitzende Jürgen Echternach hatte auf dem Deutschlandtag 1973 erklärt: „Eine zentrale Frage unserer Zeit ist die immer stärkere Forderung unserer Mitbürger, nicht länger Objekt von Herrschaftsentscheidungen zu sein, sondern selbst mitzuzentscheiden – im politischen Bereich genauso wie am eigenen Arbeitsplatz.“<sup>89</sup>

Trotz dieser Impulse stellte die CDU anders als viele Linke in Politik und Gesellschaft nicht die Systemfrage. Rainer Barzel warnte auf dem Wiesbadener Parteitag 1972: „Freiheit garantiert nicht der, der systemüberwindend die Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft abschaffen will. Vielmehr muß der Freiheitsspielraum durch die ständige Humanisierung dieser Gesellschaftsordnung vergrößert werden.“<sup>90</sup> Die Soziale Marktwirtschaft meisterte die Umbrüche der Zeit: Diese Überzeugung zeigte auch das Grundsatzprogramm.<sup>91</sup> Sie resultierte daraus, dass die CDU seit Anfang der 1970er Jahre die Soziale Marktwirtschaft als gesellschaftspolitisches Konzept entdeckte hatte,

---

gabe. Protokoll der Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 16. und 17. Mai 1974 in München (Theorie und Praxis der Gewerkschaften). Hg. von Heinz Oskar Vetter. Frankfurt a. M. u. a. 1974, S. 25–38, hier 35.

84 Vgl. Claus-Peter Grotz: Die Junge Union. Struktur – Funktion – Entwicklung der Jugendorganisation von CDU und CSU seit 1969. Kehl am Rhein u. a. 1983, S. 64–68.

85 Ebd., S. 61.

86 Jürgen Echternach: Auf eigenständigem Reformkurs. Die Junge Union von 1969 bis 1973, in: Christoph Böhr (Hg.): Jugend bewegt Politik. Die Junge Union Deutschlands 1947 bis 1987 (Mitverantwortung 5). Krefeld 1988, S. 145–152, hier 146.

87 Vgl. Grotz: Die Junge Union, S. 125ff.

88 Hier zitiert nach der Vorlage Strategie eines Dritten Weges zu einer humanen Gesellschaft. Beschluß des Deutschlandtages der Jungen Union 4.–6. Oktober 1974 in Lahnstein/Koblenz, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 04-007-031/1.

89 Jürgen Echternach: Rede auf dem Deutschlandtag 1973 in Herford. Hier zitiert nach Grotz: Die Junge Union, S. 75.

90 Rede von Rainer Barzel auf dem Parteitag in Wiesbaden 1972, in: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Regierungs-Programm. Mit der Rede des Vorsitzenden der CDU Rainer Barzel vom Wiesbadener Parteitag 1972. Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität. Bonn o. J., S. 1–29, hier 24. [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Bundestag/1972\\_Regierungsprogramm\\_Wir-bauen-den-Fortschritt-auf-Stabilitaet.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/1972_Regierungsprogramm_Wir-bauen-den-Fortschritt-auf-Stabilitaet.pdf) (Abruf: 8. Juni 2016).

91 Grundsatzprogramm 1978, S. 193.

das auch die Fragen beantworten konnte, die Zeitgeist und Wertewandel stellten. Das galt auch für die Arbeitswelt. Ende 1974 bezeichnete Helmut Kohl die Soziale Marktwirtschaft als „beste der denkbaren Organisationsformen einer heutigen Massenindustriegesellschaft“<sup>92</sup>.

c) *Beschäftigung als Voraussetzung für humane Arbeit*

Die CDU erklärte die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Mitte der 1970er Jahre zu ihrem wichtigsten Ziel. Auffallend oft verband sie dies mit der Humanisierungsdebatte. Im Grundsatzprogramm klassifizierte sie Vollbeschäftigung sogar als sozialpolitische Maßnahme: „Arbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern auch eine Form der Selbstverwirklichung (...). Deshalb erfordern Gerechtigkeit und Humanität im Arbeitsleben Vollbeschäftigung.“ Arbeitslosigkeit richte „Schäden“ an: „die menschlichen sind noch größer als die materiellen“.<sup>93</sup> Im „Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung“ hatte der Bundesvorstand sich im Vorjahr für Vorruhestandsregelungen ausgesprochen, um den Arbeitsmarkt zu entlasten. Auch hier verwies man auf Arbeitshumanisierung: „Es dient der Humanisierung der Arbeitswelt, älteren Arbeitnehmern das Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß zu ermöglichen und zugleich jungen Arbeitslosen die Chance auf einen Arbeitsplatz zu eröffnen.“ Insgesamt gelte: „Es ist humaner und ökonomischer, Arbeitsplätze statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.“<sup>94</sup> Ähnlich formulierte es der Bundesfachausschuss Sozialpolitik im „10-Punkte-Programm zur Ergänzung des Wirtschaftspolitischen Programms der Partei“ im März 1980. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit sei für die CDU eine „soziale und wirtschaftspolitische Aufgabe“: „Die Zahlen zeigen, daß es nicht nur humaner, sondern auch ökonomischer und finanzpolitisch sinnvoller ist, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen anstatt sie zu verwalten und zu finanzieren.“<sup>95</sup>

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit diene für die CDU der Humanisierung, limitierte sie aber auch: Galt die Existenz von Arbeitsplätzen als Voraussetzung für humane Arbeit, bedeutete das vor dem Hintergrund der Spannung zwischen Wirtschaftlichkeit und Menschengerechtigkeit, dass für Beschäftigung Abstriche bei Arbeitsbedingungen abverlangt werden konnten. Schon auf dem Leverkusener Kongress 1974 hatte Norbert Blüm eingeschränkt: „Voraussetzung dafür, daß wir menschlich arbeiten können ist, daß wir überhaupt ar-

92 Vgl. Kohl: „Wir haben alle Chancen“, S. 787 (Sitzung am 23. September 1974).

93 Grundsatzprogramm 1978, S. 188f., 196.

94 Entwurf eines Programms der CDU zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Beschlossen vom Bundesvorstand der CDU am 6. Juni 1977. ÜiD-Dokumentation 23/1977, in: Union in Deutschland 23/1977, 9. Juni 1977, S. 10f.

95 Arbeitslosigkeit nicht verwalten, sondern beseitigen. 10-Punkte-Programm zum Abbau der Arbeitslosigkeit. CDU-Dokumentation 13/1980, in: Union in Deutschland 13/1980, 2. April 1980, S. 8.

beiten können. Ohne Arbeitsplätze gibt es auch keinen humanen Arbeitsplatz.“<sup>96</sup> Die Beschäftigungspolitik erhielt so als *conditio sine qua non* für die Humanisierung Priorität.<sup>97</sup>

*d) Selbstverwirklichung am Arbeitsplatz*

Der Wunsch nach Selbstentfaltung war ein Kernmerkmal des gesellschaftlichen Wandels seit den 1960er Jahren mit seinem „Umschlag vom Kollektiv zum Individuum“<sup>98</sup>. Mehr Handlungsspielraum und soziale Interaktion am Arbeitsplatz: Diese Forderung aus der Humanisierungsdebatte fand in der CDU Unterstützung. Wie grundlegend Selbstentfaltung zum christlich-demokratischen Bild menschengerechter Arbeit gehörte, erläuterte Kurt Biedenkopf auf dem Leverkusener Kongress 1974. Er betonte, dass „der Wert der Arbeit aus der Selbstverwirklichung des einzelnen definiert wird“. Denn: „Über Humanität in der Arbeitswelt kann nur dann sinnvoll gesprochen werden, wenn wir davon ausgehen, daß das produktive, gestaltende Mitwirken des einzelnen an der Bewältigung von Aufgaben, die der Gemeinschaft gestellt sind, eine Chance zur Selbstverwirklichung (...) ist.“<sup>99</sup>

Dementsprechend war Selbstentfaltung in der Programmatik ein verbreitetes Motiv. Schon in der Offenburger Erklärung der Sozialausschüsse hatte es 1967 geheißen: „Jeder hat ein Recht auf Arbeit, in der er sich entfalten kann.“<sup>100</sup> In der zweiten Fassung des Berliner Programms plädierte die CDU für „stärkere

96 Blüm: Die industrielle Arbeitswelt braucht menschengerechte Strukturen, S. 87. Ähnlich argumentierte er später auch als Bundesarbeitsminister. Er erklärte in der Aussprache über die erste Regierungserklärung von Helmut Kohl im Deutschen Bundestag am 15. Oktober 1982: „Ich frage Sie nur alle: Was haben die Arbeitslosen von Humanisierung? Sie haben keine Arbeit, also auch keine humanisierte Arbeit (...) Ich bin ja für Arbeitsschutz, Mitbestimmung und Humanisierung. Aber zunächst einmal müssen die Menschen Arbeit haben, damit ihre Arbeit überhaupt human werden kann.“ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 9. Wahlperiode, 123. Sitzung am 15. Oktober 1982, S. 7417–7425, hier 7417.

97 Das kommt zum Beispiel im Beschluss des Parteitag in Hamburg im November 1981 zum Ausdruck: „Eine Gesellschaft, in der Millionen-Arbeitslosigkeit herrscht, ist weder gerecht noch in der Lage, den sozialen Frieden zu sichern. (...) Ohne Arbeit bleiben Humanisierung der Arbeitswelt, Mitbestimmung und Miteigentum auf der Strecke.“ Mit der Jugend – Unser Land braucht einen neuen Anfang, in: Peter Hintze (Hg.): Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben. Bonn 1995, S. 171–200, hier 185.

98 Anselm Doering-Manteuffel: Die deutsche Geschichte im Zeitbogen des 20. Jahrhunderts. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VFZ) 62 (2014), S. 321–348, hier 345.

99 Biedenkopf: Humanität des Arbeitslebens und Soziale Marktwirtschaft, S. 13.

100 Die Offenburger Erklärung war ein Thesenpapier zur CDU-Programmdebatte. Ihre Bedeutung unterstreicht, dass sie laut Kleinmann „als Grundsatzprogramm der CDA anzusehen“ ist. Ders.: Geschichte der CDU, S. 280; Offenburger Erklärung. Ein Beitrag der Sozialausschüsse der CDA zur Diskussion des Parteiprogramms der CDU. Beschlossen auf der 12. Bundestagung am 9. Juli 1967 in Offenburg, in: Soziale Ordnung. Christlich-

Rechte für den einzelnen am Arbeitsplatz“.<sup>101</sup> Die Mannheimer Erklärung versprach: „Durch den Ausbau der Mitbestimmung wird der persönliche Entscheidungs- und Verantwortungsbereich von Millionen Arbeitern und Angestellten erweitert.“<sup>102</sup> Im Wahlprogramm 1976 begründete die Union ihre Forderung nach Beschäftigungspolitik so: „Wirtschaftliche und soziale Sicherheit sind für die freie Entfaltung und Selbstverwirklichung des Menschen unverzichtbar.“<sup>103</sup> Im Grundsatzprogramm wurde das Recht auf Selbstentfaltung aus dem Grundwert Freiheit abgeleitet: „Der Bürger soll Freiheit in der Familie, Nachbarschaft, Arbeitswelt und Freizeit (...) erfahren und verwirklichen.“ Voraussetzung für persönliche Entfaltung sei Teilhabe an Arbeit: „Arbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern auch eine Form der Selbstverwirklichung.“ Mit Blick auf die zeitgenössische Arbeitswelt urteilte das Programm skeptisch: Vielen biete ihre Tätigkeit „nur begrenzten Raum“ zur Selbstentfaltung.<sup>104</sup> Abhilfe sollten neue Arbeitsformen schaffen: „Gruppen- und Teamarbeit ermöglichen menschliche Kontakte, eröffnen neue Mitwirkungschancen.“<sup>105</sup>

Selbst im Wirtschaftspolitischen Programm 1979 war Selbstentfaltung erst-rangiges Ziel. Es forderte „mehr persönliche Entfaltung“ sowie „mehr Selbstständigkeit und Wahlmöglichkeiten bei der Arbeitsplanung, Arbeitsgestaltung und Arbeitszeit“.<sup>106</sup> Im Wahlprogramm 1980 betonten CDU und CSU, sie hätten die Soziale Marktwirtschaft auch eingeführt, um Entfaltung bei der Arbeit zu sichern: „Wir haben den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft erarbeitet und durchgesetzt, um die Freiheit auch im Zeitalter verstärkter Industrialisierung und weitergehender Arbeitsteilung für jedermann zu schaffen (...).“<sup>107</sup>

---

Demokratische Blätter der Arbeit (Sonderdruck), S. 4. [http://www.cda-bund.de/uploads/media/Offenburger\\_Erklärung.pdf](http://www.cda-bund.de/uploads/media/Offenburger_Erklärung.pdf) (Abruf: 1. April 2016).

101 Berliner Programm 3, S. 101.

102 Mannheimer Erklärung, S. 168.

103 Wahlprogramm 1976, S. 20.

104 Diese Einschätzung kommt implizit auch bei einer Passage zum Freizeitsport zum Ausdruck: „Im Spiel entfaltet der Mensch Fähigkeiten, welche in der oft einseitig zweckgerichteten Arbeitswelt zu wenig gefragt sind.“ Grundsatzprogramm 1978, S. 190.

105 Grundsatzprogramm 1978, S. 180, 188f. 1973 hatte Richard von Weizsäcker mit Blick auf Mitbestimmung als Teil der Freiheit argumentiert: „Das ganze Konzept muß aus diesen Grundwerten und ihren Anwendungen auf die Arbeitswelt folgen.“ Kohl: „Wir haben alle Chancen“, S. 423 (Sitzung am 6. Oktober 1973).

106 Hier zitiert nach der Kurzfassung: Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik. Kurzfassung des Wirtschaftspolitischen Programms der CDU. CDU-Dokumentation 30/1979, in: Union in Deutschland 30/1979, 13. September 1979, S. 2, 4.

107 Hier zitiert nach CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt. Wahlprogramm der CDU und CSU für die Bundestagswahl 1980, S. 14. [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Bundestag/1980\\_Fuer-Frieden-und-Freiheit.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/1980_Fuer-Frieden-und-Freiheit.pdf) (Abruf: 1. April 2016).

Die CDU interpretierte den verbreiteten Wunsch nach Selbstentfaltung am Arbeitsplatz als Ausdruck von Wertewandel und gesellschaftlichen Umbrüchen. Das Grundsatzprogramm beschrieb ausführlich neue Anforderungen an die Arbeit: „Die Menschen brauchen heute mehr und anderes, um zufrieden zu sein. Sie beurteilen wirtschaftlichen Fortschritt auch danach, ob er Raum läßt für das Empfinden, gebraucht zu werden und eine sinnerfüllte Aufgabe zu haben, ob er mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen und der Anerkennung persönlicher Leistung und Verantwortung verbunden ist.“<sup>108</sup> Die Partei hatte erkannt, dass sich die „Einstellung zur Arbeit“ verändert hatte.<sup>109</sup> So erläuterte beispielsweise Norbert Blüm 1973 im Bundesvorstand: „Ich glaube, daß die Sensibilität beispielsweise gegenüber der Monotonie der Arbeit heute bei der jüngeren Generation größer ist angesichts ihrer Freizeiterfahrung (...) als bei ihren Großvätern, die ihre Pflicht erfüllt haben oder die das als Pflichterfüllung angesehen haben.“<sup>110</sup> Für die CDU war es vor allem Aufgabe der betrieblichen Partnerschaft, Selbstentfaltung zu ermöglichen. Wie das geschehen solle, illustrierte der Bundestagsabgeordnete Thomas Ruf auf dem Düsseldorfer Parteitag: „Es kommt darauf an, den Verantwortungs- und Entscheidungsbereich des einzelnen am Arbeitsplatz und im Betrieb so weit wie möglich zu erweitern, die Unterordnung dort, wo es möglich ist, einzuschränken, und an ihre Stelle die gegenseitige Zusammenarbeit selbständig denkender und selbständig handelnder Menschen im Betrieb zu setzen.“<sup>111</sup>

#### e) *Humanisierung durch Gestaltung der Arbeitsbedingungen*

Als eigenständiges Thema tauchte die Arbeitshumanisierung im engeren Sinne erstmals in der Mannheimer Erklärung auf. In der Präambel steht sie neben der Mitbestimmung: „Oberstes Ziel unserer Gesellschaftspolitik ist die Stärkung der Stellung des einzelnen in der Gesellschaft. Unsere Politik im Bereich der Mitbestimmung, der Vermögensbildung, der beruflichen Bildung, der Humanisierung im Arbeitsleben und des Unternehmensrechts dient diesem Ziel“.<sup>112</sup> Die Mannheimer Erklärung stand im Zeichen der „Neuen Sozialen Frage“, des

108 Grundsatzprogramm 1978, S. 193.

109 Heiner Geißler: Wertewandel [sic!] als politische Herausforderung, in: CDU-Programmatik. Grundlagen und Herausforderungen. Hg. von Wulf Schönbohm und Günther E. Braun. München 1981, S. 257–268, hier 259.

110 Kohl: „Wir haben alle Chancen“, S. 398 (Sitzung am 6. Oktober 1973).

111 18. CDU-Bundesparteitag, S. 252. Er erläuterte das Mitbestimmungskonzept seiner Kommission. Dementsprechend hieß es im ersten Paragraphen des Gesetzentwurfs der Unionsfraktion für ein Betriebs- und Unternehmensmitbestimmungsgesetz unter der Überschrift „Persönliche Entfaltungsfreiheit“: „Arbeitsablauf und betriebliche Organisation sind so zu gestalten, daß der Arbeitnehmer im Rahmen des Betriebsziels die größtmögliche persönliche Entfaltungsfreiheit hat.“ Gesetzentwurf Mitbestimmung 1971, S. 3.

112 Mannheimer Erklärung, S. 149.

Konflikts zwischen „organisierten und nichtorganisierten Interessen“ in der Gesellschaft. Humanisierung wurde bei der „Alten Sozialen Frage“, dem Konflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Arbeit und Kapital verortet. Der Fokus auf die „Nichtorganisierten“ wie Senioren, Erwerbsunfähige oder Alleinerziehende drängte andere sozialpolitische Themen an den Rand.<sup>113</sup> Die Partei brachte in der Mannheimer Erklärung die „Neue Soziale Frage“ in Stellung und suchte hier Anschluss an die gesellschaftspolitischen Debatten.<sup>114</sup>

Schlüsselaussage im Grundsatzprogramm war die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen: Die Partei werde „alle Bestrebungen unterstützen, unzumutbare Belastungen und vermeidbare Arbeiterschwernisse abzubauen“. Es folgen Forderungen zur Arbeitsorganisation: „Der Mensch ist für uns nicht Diener der Maschine oder Lückenbüßer der technischen Ausstattung. Arbeitsteilung und Rationalisierung dürfen nicht weiter vorangetrieben werden als menschlich erträglich und sozial zu verantworten ist. Gruppen- und Teamarbeit ermöglichen menschliche Kontakte, eröffnen neue Mitwirkungschancen und brauchen nicht unwirtschaftlich zu sein. Auch im Arbeitsleben muß der einzelne die Chance haben, mitzugestalten und mitzuentcheiden.“<sup>115</sup> Die Partei signalisierte in dieser wohl auf Fließbandarbeit gemünzten Passage, Kritik an den Arbeitsbedingungen der automatisierten Industriegesellschaft ernst zu nehmen.<sup>116</sup> Auf der anderen Seite bemühte sich die CDU um Abwehr von Technik- und Industriefeindlichkeit. Im Wahlprogramm 1980 lehnten die Unionsparteien „Zukunftsverweigerung“ ab: Technisierung und industrielle Fertigung seien keine „Feinde einer menschlichen und menschenwürdigen Gesellschaft“.<sup>117</sup> Noch deutlicher wurde das Wahlprogramm 1983: „Es gibt keine Alternative zur Industriegesellschaft, aber es gibt menschlichere Alternativen **in** [Hervorhebung im Original] der Industriegesellschaft. Die große politische Aufgabe bis zum Ende des Jahrhunderts besteht darin, die moderne Industriegesellschaft mit einem menschlichen Leben zu verbinden.“<sup>118</sup>

---

113 Ebd., S. 168f.

114 Peter Hoeres betont, die Partei habe sich den neuen sozialen Bewegungen der Zeit zugewandt; vgl. ders.: Von der „Tendenzwende“ zur „geistig-moralischen Wende“. Konstruktion der Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren, in: VFZ 61 (2013), S. 93–119, hier 104f. Bösch urteilt, die CDU sei „sozialer und visionärer“ geworden; ders.: Macht und Machtverlust, S. 35.

115 Grundsatzprogramm 1978, S. 189.

116 Norbert Blüm klagte schon auf dem Leverkusener Kongress: „Monotonie, Isolation, Fremdbestimmung, das sind die drei herausgehobenen Merkmale modernen Arbeitsleids. Sie versammeln sich zur Anschaulichkeit gebracht am Fließband.“ Blüm: Die industrielle Arbeitswelt braucht menschengerechte Strukturen, S. 91.

117 Wahlprogramm 1980, S. 26f.

118 Hier zitiert nach CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Arbeit, Frieden, Zukunft. Miteinander schaffen wir's. Das Wahlprogramm der CDU/CSU. Bonn 1983, S. 13. [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Bundestag/1983\\_Arbeit-Frieden-Zukunft\\_Miteinander-schaffen-wirs.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/1983_Arbeit-Frieden-Zukunft_Miteinander-schaffen-wirs.pdf) (Abruf: 1. April 2016).

Bei aller Kritik an der industriellen Arbeitswelt grenzte sich die Partei aber von vielen Vorschlägen ab, die die Gesellschaftsordnung tangierten. So bekannte sie sich zur damals kritisch hinterfragten Bedeutung der Arbeitsleistung. In der Mannheimer Erklärung beklagte sie in Anspielung auf Kritik an Leistungsdruck, es werde „bewusster Abbau des Leistungsgedankens“ betrieben.<sup>119</sup> Im Grundsatzprogramm galt Leistung als Teil der Freiheit zur Selbstentfaltung und „unentbehrlicher Ansporn“.<sup>120</sup> Im Wirtschaftspolitischen Programm 1979 hieß es mit Verweis auf Bürokratie: „Bei vielen läßt deshalb der Wille und die Bereitschaft zur Leistung nach.“<sup>121</sup>

Die CDU verknüpfte mit der Arbeitshumanisierung Überlegungen, die Arbeitswelt zu flexibilisieren. Im Grundsatzprogramm wurde ein „größerer Entscheidungsspielraum des einzelnen bei der Bestimmung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit“ vorgeschlagen, unter anderem unter Verweis auf die „Verminderung von Nachtschichten“.<sup>122</sup> Das Wirtschaftspolitische Programm wiederholte 1979 die Forderung nach einem flexiblen Renteneinstieg aus dem Vollbeschäftigungsprogramm von 1977 – aber nicht zugunsten des Arbeitsmarkts, sondern als Humanisierung des Übergangs in den Ruhestand.<sup>123</sup> Auf dem Parteitag 1981 plädierte die Partei für eine neue Arbeitszeitpolitik: „Wir wollen schon heute die Strukturen auf dem Arbeitsmarkt und im Arbeitsleben flexibler, differenzierter und weniger zentralistisch gestalten. Dies dient einer Humanisierung des Arbeitslebens und bietet Frauen und Männern die Chance für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“<sup>124</sup>

Arbeitshumanisierung war für die CDU vor allem Sache der Betriebs- und Tarifpartner. Sie setzte auf die Mechanismen der Sozialen Marktwirtschaft und ließ nur an einzelnen Stellen eine gesetzgeberische Agenda erkennen.<sup>125</sup> Hingegen strotzen die Programme nur so vor Verweisen auf die Sozialpartner. Im Vollbeschäftigungsprogramm 1977 heißt es: „Es bleibt unverändert Aufgabe der Tarifparteien, im Rahmen der Lohnpolitik die Abwägung zwischen der Erhöhung des Tariflohns, der Dauer der Arbeitszeit und den Maßnahmen der Humanisierung der Arbeitswelt vorzunehmen. Diese Verantwortung darf nicht abgewälzt werden.“<sup>126</sup> Im Ludwigshafener Programm forderte die CDU, Tarifpartner sollten „über die Lohnfindung hinaus mehr Verantwortung für die Gestaltung der Arbeitswelt übernehmen. Was die Tarifpartner (...) selbstverant-

119 Mannheimer Erklärung, S. 156.

120 Grundsatzprogramm 1978, S. 180, 187.

121 Wirtschaftspolitisches Programm 1979, S. 3.

122 Grundsatzprogramm 1978, S. 189.

123 Wirtschaftspolitisches Programm 1979, S. 10, 4.

124 Mit der Jugend, S. 185f.

125 Dazu zählen die Mitbestimmungsbeschlüsse und die Pläne, Arbeits- und Rentenrecht an einigen Stellen zu flexibilisieren. Vgl. Grundsatzprogramm 1978, S. 189.

126 Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, S. 11.

wortlich regeln können, darf der Staat nicht an sich ziehen“.<sup>127</sup> Ähnlich wurde im Wirtschaftspolitischen Programm 1979 formuliert: „Weitere Bemühungen um eine Humanisierung des Arbeitslebens gewinnen zunehmend an Bedeutung. (...) Hier sind besonders die Partner im Betrieb, aber auch die Tarifparteien vor wichtige Aufgaben gestellt.“<sup>128</sup>

Trotz der zahlreichen Bezüge in den Programmen wurde die Arbeitshumanisierung im Bundesvorstand kaum thematisiert. Sie findet nur an wenigen Stellen überhaupt Erwähnung. Nach dem Kanzlerwechsel 1974 betonte Helmut Kohl, auch die CDU wolle weitere sozialpolitische Reformen: „Dazu gehören auch Fragen, die jetzt die Junge Union und die Sozialausschüsse vorantreiben zum Thema Humanisierung der Arbeitswelt. Ich persönlich bin der Meinung trotz Tarifautonomie, daß die CDU das Thema (...) der Leichtlohngruppen bei den Frauen (...) in diese Diskussion mit der humanen Arbeitswelt entschieden und hart hineinführt.“<sup>129</sup> Vor dem Parteitag in Hamburg 1973 hatte er eine ausufernde Debatte scherzhaft mit den Worten beendet: „Ja, ich wollte es nicht formal beschließen, ich wollte also die allgemeine Ermunterung zu mehr Humanität oder – wie das so heißt, Herr Blüm – zu mehr Menschlichkeit oder humaneren Arbeitsbedingungen machen.“<sup>130</sup> Bei den Beratungen zur Mannheimer Erklärung im Frühjahr 1975 forderte Norbert Blüm, man müsse „das Thema Vermenschlichung der Arbeit besetzen“<sup>131</sup>. In der Diskussion im Bundesvorstand über das Jugendarbeitsschutzgesetz blieb der Arbeitsschutzgedanke außen vor.<sup>132</sup> Und bei den Beratungen über den Wahlkampf 1976 fehlte das Thema Arbeitshumanisierung, auch in den Wortbeiträgen von Matthias Wissmann und Hans Katzer.<sup>133</sup>

Diese Beispiele zeigen: Arbeitshumanisierung war in der CDU eher ein Randthema.<sup>134</sup> Es gab aber auch Landes- und Kreisverbände, die das Thema früh entdeckten. Ein Beispiel ist die CDU in Baden-Württemberg, die bereits auf einem Parteitag im Oktober 1973 einen Kommissionsbericht und einen

---

127 Grundsatzprogramm 1978, S. 189.

128 Wirtschaftspolitisches Programm 1979, S. 4.

129 Kohl: „Wir haben alle Chancen“, S. 712 (Sitzung am 1. Juni 1974).

130 Ebd., S. 320f. (Sitzung am 5. Oktober 1973).

131 Ebd., S. 1315 (Sitzung am 12. Mai 1975). Ähnlich äußerten sich Vertreter von Junger Union und Schüler-Union. Vgl. ebd., S. 1196 (Sitzung am 24. Februar 1975) und S. 1265, 1278 (Sitzung am 12. Mai 1975).

132 Siehe zum Beispiel die Wortmeldung von Norbert Blüm am 16. Februar 1976. Ebd., S. 1776 (Sitzung am 16. Februar 1976).

133 Vgl. ebd., S. 1698ff. (Sitzung am 14. Januar 1976) und S. 1904 (Sitzung am 26. April 1976).

134 In ihrer Dissertation zum Partnerschafts-Modell der Sozialausschüsse urteilt Frese zu Recht, CDU und CDA hätten die Humanisierungsfrage bis 1973 nur „punktuell aufgegriffen“; dies.: Anstöße zur sozialen Reform, S. 286 (Anm. 5).



Leitantrag zur Arbeitshumanisierung debattierte.<sup>135</sup> Kurt Biedenkopf betonte immer wieder, die CDU habe schon immer Politik für eine Humanisierung der Arbeit gemacht. In seinem Vortrag auf dem Leverkusener Kongress reklamierte er zwar das Thema für die CDU, relativierte aber seine Bedeutung. Er beanspruchte die Urheberschaft politischer Weichenstellungen für mehr Mitbestimmung und Arbeitsschutz in den 1950er- und 1960er Jahren für die Union.<sup>136</sup> Auch deshalb sei der Arbeitsschutz den „schon weitgehend gelösten Problemen der Humanität“<sup>137</sup> zuzurechnen. Man müsse im Übrigen die Relationen beachten: In vielen Ländern seien Arbeitsbedingungen und Lebensqualität ungleich schlechter.

In der Unions-Familie beschäftigten sich vor allem die Sozialausschüsse nach 1973 intensiv mit der Arbeitshumanisierung. Schon in der Offenburger Erklärung hatten sie einen „menschengerechten Wirtschaftsvollzug“ gefordert und die Achtung der Menschenwürde bei der Arbeit zum entscheidenden Kriterium dafür erklärt: „Wir erstreben eine Politik, die der Würde des Menschen und seiner Arbeit Vorrang vor allen anderen Werten und Maßstäben einräumt, denn der Mensch ist wichtiger als die Sache.“<sup>138</sup> Gerade nach der Parteitagsniederlage 1973 wurde die Arbeitshumanisierung ein fachpolitischer Schwerpunkt der CDA.<sup>139</sup> Doch obwohl die Debatte in der CDA gerade in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts voll im Gange war, wurde sie in der CDU kaum geführt. Der Leverkusener Kongress 1974 wurde im Bundesvorstand zwar angekündigt, aber nicht nachbereitet.<sup>140</sup> Auf der Tagung hatte Norbert Blüm geklagt, wie schwer es sei, Humanisierung auf die Agenda zu setzen: „Auf dem Höhepunkt der Konjunktur ist es angeblich nicht nötig und in der Talsohle soll anderes notwendig sein als gesellschaftspolitische Reformen, sagt man.“<sup>141</sup>

135 Beide Vorlagen zum Sonderparteitag in Sindelfingen am 26. und 27. Oktober 1973 finden sich in: ACDP 03-024-003/3.

136 Vgl. Biedenkopf: Humanität im Arbeitsleben und Soziale Marktwirtschaft, S. 9ff. Zum Selbstbild der CDU gehörte ohnehin der Verweis, die Partei habe mit ihrer Politik nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Arbeitsbedingungen verbessert. In der Mannheimer Erklärung heißt es: „Die umfassende Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der breiten sozialen Schichten des Volkes war ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu größerer sozialer Gerechtigkeit“ (S. 168).

137 Biedenkopf: Humanität im Arbeitsleben und Soziale Marktwirtschaft, S. 10.

138 Offenburger Erklärung, S. 3.

139 Vgl. unter anderem: Beschluss zum Thema „Menschengerechte Arbeitswelt“. 16. Bundestagung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Kiel vom 14.–15. Juni 1975, in: Humanisierung des Arbeitslebens, S. 51–71. Vgl. Hauptgeschäftsstelle der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) (Hg.): 3 Programme. Königswinter 1983.

140 Vgl. Kohl: „Wir haben alle Chancen“, S. 557, 561 (Sitzung am 28. Januar 1974) und S. 1087ff. (Sitzung am 20. Januar 1975).

141 Blüm: Die industrielle Arbeitswelt braucht menschengerechte Strukturen, S. 86.

Die Zurückhaltung der Partei mag auch damit zusammenhängen, dass sie mit der Terminologie der Humanisierungsdebatte fremdelte.<sup>142</sup> Sie mied zunächst das mit der Politik der sozialliberalen Koalition verknüpfte Schlagwort „Humanisierung“. Sie setzte häufig den semantisch davon abweichenden Begriff Humanität dagegen oder paraphrasierte mit „Vermenschlichung“ und „menschlich“. Der Veranstaltungstitel des Kongresses „Humanität im Arbeitsleben“ wich ab vom im öffentlichen Diskurs gebräuchlicheren Leitbegriff „Humanisierung“, der impliziert, dass Humanität noch nicht (vollständig) gegeben ist, sondern hergestellt werden muss. Diese Differenz war programmatisch. Biedenkopf warnte regelrecht vor einer Verwendung des Begriffs „Humanisierung“: Arbeit sei schließlich nicht grundsätzlich inhuman – „allenfalls die Bedingungen“.<sup>143</sup> „Menschlich“ hatte sich als Leitbegriff von seinem Bezug zur Debatte um die Arbeitswelt gelöst („menschliche“ Schule etc.) und fand in den CDU-Programmen an vielen Stellen Verwendung.<sup>144</sup> Erst Ende der 1970er Jahre schloss sich die CDU der etablierten Terminologie der Humanisierungsdebatte an und benutzte die Leitbegriffe „Humanisierung“ und „human“ regelmäßig und einheitlich.<sup>145</sup> Anders als die CDU übernahm die Junge Union Begriffe aus dem terminologischen Umfeld der sozialliberalen Reformpolitik.<sup>146</sup> In ihrem Grundsatzprogramm klangen ganze Passagen beinahe „sozialdemokratisch“: „Menschlicher Fortschritt ist nur in Freiheit erreichbar. Die

142 Die CDU hatte wahrgenommen, wie die SPD Begriffe besetzt hatte, unter ihnen „Humanisierung“. Vgl. Bestimmte Zeichen, in: Der Spiegel vom 5. August 1974, S. 48.

143 Biedenkopf: Humanität im Arbeitsleben und Soziale Marktwirtschaft, S. 11.

144 In der Mannheimer Erklärung forderte die CDU beispielsweise „menschengerechte Siedlungsstrukturen“ (S. 167), im Grundsatzprogramm die „menschliche Schule“ (S. 187). Die Verwendung von „human“ zog nicht selten Streit nach sich: So kritisierte Phillip von Bismarck „Humane Leistungsgesellschaft“ später als „Reizvokabel“. Vgl. Kohl: „Wir haben alle Chancen“, S. 782 (Sitzung am 23. September 1974). Im Wahlkampf 1972 hatte Rainer Barzel den auf Chancengleichheit und Bildungsperspektiven zielenden Leitbegriff „Humane Leistungsgesellschaft“ genutzt. Vgl. Unser Regierungsprogramm: Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität. In: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Regierungsprogramm. Mit der Rede des Vorsitzenden der CDU Rainer Barzel vom Wiesbadener Parteitag 1972. Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität, S. 31–48. [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Program-me\\_Bundestag/1972\\_Regierungs-programm\\_Wir-bauen-den-Fortschritt-auf-Stabilitaet.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Program-me_Bundestag/1972_Regierungs-programm_Wir-bauen-den-Fortschritt-auf-Stabilitaet.pdf), (Abruf: 8. Juni 2016).

145 In den Stuttgarter Leitsätzen von 1984 hieß es: „Eine große Chance bietet der technische Fortschritt bei der Humanisierung unserer Arbeitsbedingungen.“ Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre: „Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation“, in: Die CDU-Parteiprogramme, S. 203–226, hier 210. Auch in den 1990er Jahren blieb die Humanisierungsforderung in der CDU-Programmatik. Vgl. Grundsatzprogramm: Freiheit in Verantwortung (1994), in: Die CDU-Parteiprogramme, S. 367–439, hier 411.

146 Das Grundsatzprogramm „Für eine humane Gesellschaft“ gibt davon schon im Titel Zeugnis. Vgl. Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands (Hg.): Für eine humane Gesellschaft. Grundsatzprogramm der Jungen Union Deutschlands. Beschluß des Deutschlandtages 1972. Erweiterte und überarbeitete Fassung: Beschluß des außerordentlichen Deutschlandtages 1973. O.O. o.J.

Junge Union kämpft für die Humanisierung der Gesellschaft, für die Steigerung der Qualität des Lebens zugunsten des einzelnen.“<sup>147</sup> Während einige in der Union den Begriff Lebensqualität für ein „Tarnwort für Sozialismus“<sup>148</sup> hielten, nutzte die Junge Union ihn anscheinend unbefangen.<sup>149</sup>

### *III. Zusammenfassung*

Die CDU verstand im Untersuchungszeitraum Humanisierung der Arbeit primär als Aufgabe von betrieblicher Mitbestimmung und Tarifpartnerschaft, nicht als Feld staatlichen Eingreifens. Insofern hat sie Arbeitshumanisierung anders als die SPD nicht als Politikfeld begriffen. Die Partei nahm programmatisch Bezug auf die Humanisierungsdebatte, zunächst bei der Mitbestimmungsfrage, dann verbunden mit Arbeitsgestaltung in der sich automatisierenden Arbeitswelt. Die Programme waren ausgerichtet darauf, wirtschaftspolitisches Know-How zu betonen, ohne sozialpolitische Themen außen vor zu lassen. Die Klammer bildete die Sozialen Marktwirtschaft: Diese tariere wirtschafts- und sozialpolitische Interessen über Mitbestimmung und Tarifautonomie aus. Die Humanisierungsforderung wurde so in die Kernkompetenz der CDU integriert, die Wirtschaft zu stabilisieren und Arbeitslosigkeit abzubauen.

Die CDU interpretierte Humanisierung der Arbeit als Aufgabe, die Arbeitsbedingungen für Leib und Seele zu verbessern, nicht die Machtverhältnisse in Unternehmen zu verschieben oder gar das Wirtschaftssystem zu stürzen. Die Partei definierte menschengerechte Arbeit über Arbeitsvollzug, der die Würde des Menschen achten sowie von vermeidbaren und unerträglichen Belastungen frei sein müsse. Als ihre wichtigsten Elemente galten Handlungs- und Selbstentfaltungsfreiheit sowie soziale Beziehungen am Arbeitsplatz. Abgeleitet wurden sie aus den neuen Bedürfnissen der Arbeitnehmer, die aus dem Wertewandel und der sich verändernden industriellen Arbeit resultierten.

Der innerparteiliche Dissens bei der Unternehmensmitbestimmung beschädigte die politische Durchschlagskraft des Konzepts der Sozialen Partnerschaft, wie es vom Sozialflügel vertreten wurde. Es eignete sich ohne die volle Parität nur eingeschränkt als Plattform der Humanisierungsidee in der Union und Gegengewicht zur sozialdemokratischen Reformagenda in der Gesellschaftspolitik. In der Sozialpolitik warf die CDU die „Neue Soziale Frage“ auf und versuchte auf diesem neuen Feld die SPD politisch anzugreifen.

147 Hier zitiert nach Echternach: Auf eigenständigem Reformkurs, S. 152.

148 Vgl. Friedrich Zimmermann: „Lebensqualität“ – ein Tarnwort für Sozialismus. In: Der Mittelstand 23 (1974) 1, S. 25.

149 Zum Beispiel im Lahnsteiner Beschluss 1974. Vgl. Strategie eines Dritten Weges zu einer humanen Gesellschaft, S. 7.

Angesichts der ökonomischen und konjunkturellen Entwicklung nach 1973 rückte die CDU die Stabilitäts- und Beschäftigungspolitik strategisch in den Vordergrund. In diesem Rahmen platzierte sie Forderungen nach Selbstentfaltung, betrieblicher Mitbestimmung und neuen Arbeitsformen in ihre Programme und Konzepte. Diese Aspekte der Humanisierung der Arbeit waren kompatibel mit der von der CDU propagierten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie mit der Sozialen Marktwirtschaft als gesellschaftspolitischem Konzept. So fand die Partei Anschluss an die Humanisierungsdebatte, ohne deren gesellschaftskritische Züge zu übernehmen.



## Nach der Wahl in Thüringen 2014: Zum Sozialprofil der Abgeordneten des 6. Landtags

Peter Rütters

Als besonderes Ereignis der Landtagswahl in Thüringen im September 2014 kann das erfolgreiche Auftreten der Alternative für Deutschland (AfD) angesehen werden. Diese erst im Februar 2013 gegründete Partei vermochte es trotz einer sehr geringen Anzahl von Mitgliedern und rudimentärer Parteistruktur mit Hilfe eines plakate-intensiven Wahlkampfs bei der Landtagswahl 10,6 % der gültigen Zweitstimmen zu erlangen und mit 11 Abgeordneten in den Landtag einzuziehen. Kontrastierend dazu scheiterte die FDP mit dem Versuch, die 2009 nach langer Abstinenz erneuerte Parlamentsmitgliedschaft fortzusetzen. Als Desaster für die SPD können deren Mandatseinbußen verstanden werden. Nicht zuletzt als Folge einer politisch unausgewogenen Koalition mit der dominierenden CDU büßten die Sozialdemokraten fast ein Drittel ihrer Sitze ein. Demgegenüber zeichneten sich die Wahlergebnisse von CDU, der Partei Die Linke und von Bündnis 90/ Die Grünen durch Stabilität und Kontinuität aus.<sup>1</sup> Gleichwohl vermochte es die CDU trotz eines geringen Anstiegs ihres Stimmenanteils (+ 2,2 %) und eines Mandatsgewinns von 4 Stimmen (+ 13,3 % gegenüber 2009) nicht, die Wahlverluste der vorangegangenen Landtagswahlen (2004 und 2009) auch nur ansatzweise auszugleichen und ein für sie regierungs- und koalitionsstrategisch günstiges Ergebnis zu erreichen: „Mit 315.000 Wählern erhielt die CDU weniger Stimmen als je zuvor bei einer Landtags- oder Bundestagswahl in Thüringen.“<sup>2</sup> Wesentliche Faktoren für diese Mobilisierungsschwäche der CDU waren der Ansehensverlust der Ministerpräsidentin Christiane Lieberknecht als Folge verschiedener regierungsinterner Konflikte und Skandale, Bedeutungsverluste von Themen, bei denen der CDU hohe Kompetenzen zugesprochen wurden, und nicht zuletzt ein mit Rücksicht auf den Koalitionspartner SPD zurückhaltender, wenig polarisierender Wahlkampf.<sup>3</sup> Die CDU erlangte daher nicht die Position, für die Bildung einer Regierungsmehrheit unverzichtbar zu sein.

- 
- 1 Das Parteiensystem in Thüringen alterniert als Drei- oder Fünf-Parteien-System. Dessen stabilen Kern bilden CDU, PDS/Die Linke und SPD, und dessen variable Ergänzung stellen FDP, die Grünen und – seit der Wahl zum 6. Thüringer Landtag – die AfD. Vgl. Karl Schmitt/Torsten Oppeland: Entwicklungen im Thüringer Parteiensystem seit 1990, in: Thüringer Landtag (Hg.): Der Thüringer Landtag und seine Abgeordneten 1990–2005. Studien zu 15 Jahren Landesparlamentarismus, Redaktion: Harald Mittelsdorf (Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen 24). Erfurt 2005, S. 69–87.
  - 2 Torsten Oppeland: Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014: Startschuss zum Experiment einer rot-rot-grünen Koalition unter linker Führung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 46 (2015), S. 39–56, hier 46.
  - 3 Vgl. ebd., S. 46f., 55f.

Das Wahlverhalten bei der Landtagswahl 2014 reagierte in Teilen auf bundespolitische Trends und Ereignisse. Das erneute Ausscheiden der FDP aus dem Landtag, die nur in der 1. und 5. Wahlperiode (1990–1994, 2009–2014) die Fünf-Prozent-Hürde überwinden konnte, war weniger ein Resultat der Landespolitik als eine Folge des bundespolitischen Akzeptanzverlustes der Liberalen aufgrund ihrer wirtschaftsklientelistischen Präferenzen, der Vernachlässigung traditioneller bürgerlich-liberaler Themen und der innerparteilichen Profilierungskämpfe führender FDP-Politiker. Wenn auch in etwas anderer Weise war der überraschende Aufstieg der AfD ebenfalls nicht landespolitisch fundiert. Die vorherigen Wahlerfolge der Partei bei der Europawahl (Mai 2014) und bei den Landtagswahlen in Brandenburg (September 2014) und in Sachsen (August 2014) waren dem bundespolitischen Auftreten der Partei geschuldet, indem sie mit populistisch arrangierten Thesen zur Europa- und Bundespolitik (erstmalig bei der Bundestagswahl 2013, ohne allerdings die Sperrklausel überwinden zu können) eine erstaunliche Wählerzustimmung erreichen konnte. Auch in Thüringen waren es weder originäre landespolitische Themen noch regional bekannte Parteivertreter, die der AfD den Wahlerfolg brachten.

Mit Blick auf das im Folgenden darzustellende Sozialprofil der Abgeordneten des 6. Thüringer Landtags liegt die Frage nach den Auswirkungen des Auftretens der AfD auf die verschiedenen soziodemographischen Aspekte – Altersstruktur, Geschlechterverhältnis, Schul- und Bildungsniveau, Herkunft „West-/Ostdeutschland“, Regierungs- und Parlamentserfahrung – nahe. Diese Frage stellt sich auch im Hinblick auf die Mandatsverluste der SPD und das Ausscheiden der FDP. Beides berührt in Verbindung mit den Mandatsgewinnen der AfD die Möglichkeiten personeller Kontinuität und Erneuerung der Abgeordneten im Thüringer Landtag und damit zentrale Funktionsbedingungen des Parlaments.

Die markanteste Folge des Wahlergebnisses ist in der Koalitionsbildung zu sehen. Das Ausscheiden der CDU als nach wie vor stärkste Fraktion aus der Regierungsverantwortung, die sie in Thüringen seit 1990 kontinuierlich trug, wurde in der öffentlichen Debatte als schwer zu akzeptierende politische Veränderung behandelt. Die Bildung einer „rot-rot-grünen“ Koalition, vor allem aber die Wahl des Spitzenkandidaten der Linken, Bodo Ramelow, zum Ministerpräsidenten wurde als Verletzung einer bislang vermeintlich bestehenden informellen Übereinkunft über eine Begrenzung der Regierungsbeteiligung der Linken (verstanden als SED-Nachfolge-Partei) dramatisiert.<sup>4</sup> Mit Blick auf

---

4 Es braucht an dieser Stelle nicht auf die zahlreichen öffentlichen Interventionen – einschließlich der des derzeitigen Bundespräsidenten Joachim Gauck – gegen diese Koalitionsbildung oder auf eigenwillige Charakterisierungen der Wahl Bodo Ramelows zum Ministerpräsidenten (z. B. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer „Tag der Schande“) eingegangen zu werden.

diese Debatte soll auch der Frage nach der SED-Verbundenheit der heutigen Abgeordneten der Linken wie auch der Parlamentarier der anderen Parteien nachgegangen werden. Solchen quantitativen Auswertungen – das sei vorangestellt – sind jedoch enge interpretatorische Grenzen gesetzt.

### *Kontinuität und Erneuerung*

Die komplexen funktionalen Anforderungen an moderne Parlamente in demokratischen politischen Systemen – vor allem institutionelle Handlungsfähigkeit, Repräsentation verschiedener, sich wandelnder gesellschaftlicher Interessen – verlangen sowohl die personelle Kontinuität eines Teils der Abgeordneten als auch einen personellen Wechsel. Die Parteien reagieren auf diese Anforderung durch die Re-Nominierung von amtierenden Abgeordneten und die Aufstellung neuer Kandidaten.<sup>5</sup> Voraus gehen innerparteiliche Vorentscheidungen durch die Nominierungskonkurrenz und die Vergabe von sicheren, unsicheren oder aussichtslos scheinenden Listenplätzen und Wahlkreiskandidaturen.

Für die Landtagswahl 2014 ist zunächst bemerkenswert, dass die etablierten Parteien – gemessen an der Anzahl ihrer Mandate am Ende der 5. Wahlperiode – zusammen 79,5 % ihrer bisherigen Abgeordneten erneut nominierten (vgl. Tabelle 1), wobei die Abweichungen von diesem Durchschnittswert bei den Parteien gering waren.<sup>6</sup> Allerdings gelang es den Parteien nicht, diese Intention in den Wahlen zu realisieren. Gänzlich erfolglos war die FDP in den Wahlen. Indem diese den Wiedereinzug in den Thüringer Landtag verfehlte, wurden sieben Mandate für eine Neubesetzung frei. Die SPD büßte etwa ein Drittel ihrer bisherigen Sitze ein (7 von 19), was den Erfolg ihrer Re-Nominierung auf sieben von 14 erneut aufgestellten Abgeordneten halbierte. Auch bei den drei anderen Parteien gelang nicht allen re-nominierten Abgeordneten die Rückkehr in den Landtag.<sup>7</sup> Da insgesamt 19 von ihnen erfolglos blieben, reduzierte sich die Kontinuitätsquote (bezogen auf die MdL der 5. WP) auf 58 %.

Da im 6. Thüringer Landtag aufgrund eines Überhangmandats der CDU und von zwei Ausgleichsmandaten (Linke, AfD) 91 Abgeordnete vertreten sind,

---

5 Zu den Rekrutierungs- und Nominierungsverfahren der Parteien vgl. exemplarisch Benjamin Höhne: Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Organisation, Akteure und Entscheidungen in Parteien. Opladen 2013.

6 Die Variationen sind nicht wahlstrategisch bedingt; sie umfassen bei den Parteien jeweils nur einen Abgeordneten.

7 Bei der CDU führten aufgrund der erzielten 34 Direktmandate selbst sicher geglaubte Listenplätze nicht zu einem Mandat. Bei der Linken lagen die Listenplätze von zwei erfolglos Nominierten außerhalb der realistischerweise für die Partei erreichbaren Mandate. Bei den Grünen traten die zwei erfolglos re-nominierten MdL nur im Wahlkreis an, ohne Absicherung auf der Landesliste, und hatten daher keine Chance, wieder in den Landtag zu gelangen.



Tabelle 1: Kontinuität und Erneuerung der Abgeordneten des 6. Thüringer Landtags (2014–2019)

Parteien	MdL 5. WP (2009–2014) <sup>a)</sup>	davon: 2014 erneut nominiert	Nominierungsquote (II/I)	davon: 2014 erfolgreich nominiert	Nominierte – diskontiniert, im Landtag*	Kontinuitätsquote (IV/I)	MdL in 6. WP (2014–2019)	Kontinuitätsquote (IV/VII)	6. WP; MdL neu u. diskontinuierlich	davon: Anteil von MdL der Partei (IX/VII)
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
CDU	30	23	76,7	21	–	70,0	34	61,8	13	38,2
LINKE	26	22	84,6	20	–	76,9	28	71,4	8	28,6
SPD	19	14	76,7	7	2 <sup>b)</sup>	36,8	12	58,3	5 <sup>d)</sup>	41,7
GRÜNE	6	5	83,3	3	1 <sup>c)</sup>	50,0	6	50,0	3 <sup>e)</sup>	50,0
FDP	7	6	85,7	–	–	–	–	–	–	–
AFD	–	–	–	–	–	–	11	–	11	100,0
insgesamt	88	70	79,5	51	3	58,0	91 <sup>e)</sup>	56,0	40	44,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen sind möglich.

\* MdL nicht am Ende der 5. WP.

a) Fraktions-/Parteimitglieder am Ende der Legislaturperiode. Ein MdL (*Thomas Hartung*) wechselte 2010 von der Fraktion der Linken zur SPD-Fraktion. b) Davon diskontinuierlich im Landtag: *Dagmar Becker*; MdL 1994–2009; *Harmut Schubert*; MdL 2004–2009; 2009 wiedergewählt, am 11.11.2009 Rückgabe des Mandats wegen Ernennung zum Staatssekretär in der Landesregierung, 2014 erneut in den Landtag gewählt und mit der Regierungsbildung wieder zum Staatssekretär im Finanzministerium ernannt und Rückgabe des Mandats.

c) *Olaf Reiner Möller* war MdL 1990–1994; von 1994 bis 2009 gehörten die Grünen nicht dem Landtag an; 2009 scheiterte Möllers Kandidatur, 2014 war sie erfolgreich; nach der Ernennung zum Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz erfolgte die Rückgabe des Mandats.

d) Davon diskontinuierlich: *Dagmar Becker* und *Harmut Schubert*, siehe b).

e) Davon diskontinuierlich: *Olaf Reiner Möller*, siehe c).

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

wurden 40 Mandate (44 %) neu vergeben.<sup>8</sup> Die AfD konnte aufgrund ihres außergewöhnlichen Wahlerfolges 11 Kandidaten in den Landtag entsenden (27,5 % aller neuen MdL). CDU und Die Linke vermochten teils aufgrund ihrer Nominierungsentscheidungen (9 MdL bei der CDU, 6 bei der Linken), teils durch den Zugewinn an Mandaten (4 Abgeordnete bei der CDU, 2 bei der Linken) 13 (32,5 % der neuen MdL) bzw. 8 Abgeordnete (20 %) neu in den Landtag entsenden. Bei der SPD und den Grünen ist die Anzahl der neu (oder nach einer Mandatspause erneut) in den Landtag gelangten Abgeordneten geringer (5 bzw. 3 MdL, das sind 12,5 % bzw. 7,5 %).

Im Vergleich mit der für Parlamente im langjährigen Durchschnitt üblichen personellen Innovationsquote von etwa 30 % lag der Personalaustausch in der 6. Wahlperiode mit 44 % beachtlich höher.<sup>9</sup> Der hohe Anteil an „neuen“ Abgeordneten resultierte vorrangig aus dem Wahlergebnis, das die Parlamentsmitgliedschaft der FDP beendete, zu Stimmen- und Sitzverlusten der SPD führte und den Einzug der AfD in den Landtag brachte. Die Erhöhung der Anzahl der Parlamentssitze um drei auf 91 verstärkte diesen Effekt leicht. Bei 42,5 % der 40 Landtags-Neulinge resultierte das Parlamentsmandat nicht aus einer auf einen Personalwechsel gerichteten Nominierungsentscheidung der jeweiligen Partei, sondern war Folge der erwähnten Veränderungen durch das Wahlergebnis. Nur zu 57,5 % war die personelle Erneuerung – zumindest in der stattgefundenen Art – durch die Kandidatenaufstellung der in der 5. Wahlperiode im Landtag vertretenen Parteien intendiert.

#### *Ausscheiden aus dem Thüringer Landtag: Verzicht, Nicht-Nominierung, Wählervotum*

Von den 88 Abgeordneten des Thüringer Landtags der 5. Wahlperiode schieden 37 (42 %) mit dem Ende der Legislaturperiode aus (vgl. Tabelle 2). „Un-

- 
- 8 Die Angaben zu den Mitgliedern des 6. Thüringer Landtags beziehen sich auf die Abgeordneten, die am 14.9.2014 gewählt und dem Landtag zum Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung am 10.10.2014 angehörten. Nicht berücksichtigt wurden die nach der Konstituierung erfolgten Veränderungen: Austritt oder Ausschluss von drei Abgeordneten der AfD aus der Fraktion (Siegfried Gentele, Oskar Helmerich und Jens Krumpe), deren Austritt aus der AfD, die Aufnahme von Oskar Helmerich in die SPD-Fraktion und dessen etwas später erfolgter Beitritt zur SPD; der Austritt des CDU-Abgeordneten Jürgen Reinholz aus der Fraktion und der Partei; die Niederlegung des Mandats in Folge der Übernahme von Regierungsfunktionen durch Hartmut Schubert (SPD), Olaf Möller und Anja Siegesmund (Die Grünen), Bodo Ramelow und Birgit Klaubert (Die Linke) sowie die Übernahme dieser Mandate durch Listennachfolger: Birgit Pelke (SPD), Babette Pfefferlein und Olaf Müller (Die Grünen), Iris Martin-Gehl und Ronald Hande (Die Linke). Vgl. Thüringer Landtag. Handbuch 6. Wahlperiode 2014–2019. Erfurt 2. Aufl. Oktober 2015, S. 14, 217.
- 9 Vgl. Sabine Kropp/Viktoria Kaina/Matthias Ruschke: Der Thüringer Landtag, in: Siegfried Mielke/Werner Reutter (Hg.): Landesparlamentarismus. Geschichte – Struktur – Funktion. 2., durchgeseh. u. aktual. Aufl. Wiesbaden 2012, S. 625–665, hier 639.

freiwillig“ verließen etwas mehr als die Hälfte (20) dieser Abgeordneten das Parlament. Während nur ein Abgeordneter an der innerparteilichen Nominierungskonkurrenz scheiterte,<sup>10</sup> verhinderte – zumindest auf den ersten Blick – das Wählervotum bei 19 Parlamentariern, die von ihren Parteien erneut nominiert worden waren, eine Fortsetzung des Mandats. Bei sechs wieder aufgestellten Abgeordneten der FDP war das Wählervotum eindeutig. Ebenfalls bei sechs von sieben SPD-Abgeordneten war das Wählerergebnis ausschlaggebend, da deren Listenplätze innerhalb des Wahlergebnisses von 2009 mit 18 Mandaten lag,<sup>11</sup> die SPD aber bei der Landtagswahl 2014 nur zwölf Sitze erreichen konnte. Hingegen musste eine Wiederwahl von zwei Abgeordneten der Grünen, die ohne Absicherung über einen Listenplatz nur als Direktkandidaten nominiert waren, von vornherein als unwahrscheinlich gelten.<sup>12</sup> In Variation lässt sich das auch für zwei Abgeordnete der Linken feststellen, die auf Listenplätzen nominiert waren, die – gemessen an den bisherigen Wahlergebnissen der Partei – kaum Chancen für eine Fortsetzung des Mandats boten.<sup>13</sup> Bei der CDU unterlief die Erringung aller Mandate durch Direktkandidaten eine Absicherung selbst auf dem an sich sicheren Listenplatz 3.<sup>14</sup> Bei genauerer Betrachtung relativiert sich folglich das Wählervotum etwas, indem bei einigen dieser Parlamentarier (5 = 13,5 %) der „unfreiwillige Verzicht“ auf das Mandat sich im Nachhinein nicht erst aus der Wählerentscheidung, sondern bereits aus der innerparteilichen Vorentscheidung über den zugewiesenen Listenplatz ergab.

Nicht nur auf den ersten Blick eindeutiger ist der „freiwillige Verzicht“ auf eine erneute Kandidatur. Das erreichte Lebensalter scheint bestimmend gewesen zu sein für die Entscheidung, nicht erneut kandidieren zu wollen (oder zu sollen): Etwa ein Drittel der ausgeschiedenen Parlamentarier (12) war zum Ende der 5. Wahlperiode zwischen 60 und 70 Jahre alt. Bei einer zweiten Gruppe von Abgeordneten, die „freiwillig“ auf eine erneute Nominierung verzichteten (5 MdL – 13,5 %), lagen für diese Entscheidung unterschiedliche Gründe vor, etwa Krankheit, langjährige Parlamentsmitgliedschaft, Dissens mit der Neuorientierung der Parteipolitik, berufliche Interessen.

10 Frank Augsten (Grüne), MdL 2009–2014.

11 Nur ein re-nominierter Abgeordneter, Frank Weber (SPD), MdL 2009–2014, war auf einem Listenplatz (Platz 24) gesetzt, den die SPD nur einmal bei Landtagswahlen in Thüringen erreicht hatte: 1994, als die Sozialdemokraten 29 Sitze im Landtag erlangten. Bei späteren Wahlen konnte die Partei stets nur noch weniger als 20 Landtagssitze gewinnen.

12 Carsten Meyer (Grüne), MdL 2009–2014; Jennifer Schubert (Grüne), MdL 2009–2014.

13 Die beiden Abgeordneten der Linken – Dirk Möller, MdL 2012–2014, und Maik Nothnagel, MdL 1999–2009, 2012–2014 – rangierten auf den kaum aussichtsreichen Listenplätzen 38 bzw. 30.

14 Birgit Diezel (CDU), MdL 1994–1999 und 2004–2014; Evelin Groß (CDU), MdL 1999–2009 und 2012–2014, nominiert auf Listenplatz 18.

Tabelle 2: Gründe für das Ausscheiden aus dem Thüringer Landtag 2014 (absolut und in Prozent)

	insgesamt N in %	CDU	Linke	SPD	Grüne	FDP
<b>freiwilliger Verzicht</b> auf Mandat/Kandidatur	17 45,9	7	4	5	–	1
davon:						
– vermutl. wegen Alters	12 32,4	6	3	2	–	1
– sonstige/unklare Gründe	5 13,5	1	1	3	–	–
<b>unfreiwilliger Verzicht</b> auf Mandat/Kandidatur	20 54,1	2	2	7	3	6
davon:						
– Wahlergebnis	19 51,4	2	2	7	2	6
– gescheiterte Nominierung	1 2,7	–	–	–	1	–
insgesamt	37 100	9	6	12	3	7

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Das Wählervotum beendete „nur“ bei etwa 40 % der mit dem Ende der 5. Wahlperiode ausgeschiedenen Abgeordneten das Landtagsmandat. „Freiwilliger“ oder „freiwillig“ scheinender Verzicht spielten eine fast ebenso große Rolle, hinzu kommt noch eine innerparteiliche Lenkung bei den Chancen für eine erneute Nominierung durch die Listenplatzierung.

#### *Altersstruktur der Abgeordneten der 6. Wahlperiode*

Bereits das Durchschnittsalter aller Abgeordneten des 6. Thüringer Landtags, das seit der 2. Wahlperiode (1994–1999) leicht um etwa drei Jahre angestiegen ist und nun bei 48,4 Jahren liegt (vgl. Tabelle 3),<sup>15</sup> weist darauf hin, dass politische Karrieren, die zu einem Landtagsmandat führen, in der Regel nicht alternierend mit anderen parlamentarischen Optionen (Europa-Parlament, Bundestag) angestrebt werden (können). Diese Einschätzung wird durch die 2014 neu in den Landtag gewählten 40 Abgeordneten gestützt, deren Durchschnittsalter bei 43,6 Jahren liegt und von denen etwa 60 % den Altersgruppen zwischen 40 und 69 Jahre angehören. Dies resultiert bei den etablierten Parteien nicht zuletzt aus den innerparteilichen Voraussetzungen für eine Nominierung: Neben einer langen Parteimitgliedschaft qualifizieren innerparteiliches und oft auch kommunalpolitisches Engagement für eine Kandidatur; hinzu kommen

<sup>15</sup> Vgl. Kropp/Kaina/Ruschke: Der Thüringer Landtag, S. 634.

*Tabelle 3: Altersstruktur der Abgeordneten des Thüringer Landtags – 6. WP (2014–2019)*  
(Zeitpunkt: konstituierende Sitzung des Landtags) Parteien – Männer/Frauen

Altersgruppen Parteien	insgesamt		Durchschnitts- alter	bis 29 Jahre		30 bis 39 Jahre		40 bis 49 Jahre		50 bis 59 Jahre		60 bis 69 Jahre	
	N	in %		N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
<b>CDU</b>	<b>34</b>	<b>100</b>	<b>48,6</b>	<b>2</b>	<b>5,9</b>	<b>8</b>	<b>23,5</b>	<b>4</b>	<b>11,7</b>	<b>14</b>	<b>41,2</b>	<b>6</b>	<b>17,6</b>
Männer	24	100	47,7	2	8,3	6	25,0	3	12,5	8	33,3	5	20,8
Frauen	10	100	51,0	–	–	2	20,0	1	10,0	6	60,0	1	10,0
<b>LINKE</b>	<b>28</b>	<b>100</b>	<b>48,8</b>	<b>2</b>	<b>7,1</b>	<b>3</b>	<b>10,7</b>	<b>6</b>	<b>21,4</b>	<b>16</b>	<b>57,1</b>	<b>1</b>	<b>3,6</b>
Männer	14	100	50,1	1	7,1	–	–	4	28,6	9	64,3	–	–
Frauen	14	100	47,7	1	7,1	3	21,4	2	14,3	7	50,0	1	7,1
<b>SPD</b>	<b>12</b>	<b>100</b>	<b>51,6</b>	–	–	<b>1</b>	<b>8,3</b>	<b>3</b>	<b>25,0</b>	<b>7</b>	<b>58,3</b>	<b>1</b>	<b>8,3</b>
Männer	6	100	53,2	–	–	–	–	2	33,3	3	50,0	1	16,7
Frauen	6	100	49,8	–	–	1	16,7	1	16,7	4	66,7	–	–
<b>GRÜNE</b>	<b>6</b>	<b>100</b>	<b>41,2</b>	–	–	<b>3</b>	<b>50,0</b>	<b>2</b>	<b>33,3</b>	<b>1</b>	<b>16,7</b>	–	–
Männer	3	100	45,7	–	–	1	33,3	1	33,3	1	33,3	–	–
Frauen	3	100	36,6	–	–	2	66,7	1	33,3	–	–	–	–
<b>AFD</b>	<b>11</b>	<b>100</b>	<b>47,4</b>	<b>1</b>	<b>9,1</b>	<b>2</b>	<b>18,2</b>	<b>3</b>	<b>27,3</b>	<b>4</b>	<b>36,4</b>	<b>1</b>	<b>9,1</b>
Männer	9	100	48,8	–	–	2	22,2	3	33,3	3	33,3	1	11,1
Frauen	2	100	40,8	1	50,0	–	–	–	–	1	50,0	–	–
<b>insgesamt</b>	<b>91</b>	<b>100</b>	<b>48,4</b>	<b>5</b>	<b>5,5</b>	<b>17</b>	<b>18,7</b>	<b>18</b>	<b>19,8</b>	<b>42</b>	<b>46,2</b>	<b>9</b>	<b>9,9</b>
Männer	56	100	48,9	3	5,4	9	16,1	13	23,2	24	42,6	7	12,5
Frauen	35	100	47,8	2	5,7	8	22,9	5	14,3	18	51,4	2	5,7

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

eine innerparteiliche Nominierungskonkurrenz und die Professionalisierungstendenz bei den Abgeordneten.<sup>16</sup>

Die überwiegend späte erfolgreiche Nominierung für ein Landtagsmandat und die Verweildauer im Landtag (etwa 50 Prozent der Abgeordneten von CDU, Linke und SPD sind zwei und mehr Wahlperioden im Landtag vertreten – vgl. Tabelle 5) haben zur Folge, dass die Altersgruppe 50–59 Jahre insgesamt (mit 46,2 %) und auch bei allen im Landtag vertretenen Parteien – mit Ausnahme der Grünen – am stärksten besetzt ist.

Mit 17,6 % (6 MdL) hat die CDU auch noch in der Altersgruppe 60–69 Jahre einen auffällig hohen Anteil von Abgeordneten im Vergleich zu den anderen Parteien. Die Gründe sind unter anderem in der seit 1990 – trotz einiger Einbußen – großen Anzahl von Mandaten zu sehen; das bietet Spielräume für die Kontinuität wie für die Erneuerung des parlamentarischen Personals und ermöglicht einen relativ hohen Anteil von Abgeordneten mit langer Parlamentsmitgliedschaft (vgl. Tabelle 5). Die anderen Parteien (Linke, SPD) variieren dieses Muster. Die Altersgruppen-Verteilung bei der AfD-Fraktion unterscheidet sich etwas von den etablierten Parteien, indem der Schwerpunkt bei den mittleren Altersgruppen (40–59 Jahre) liegt, ohne dass diesem Faktum eine parteispezifische Erklärung zugewiesen werden könnte.

Bei den 35 weiblichen Landtagsabgeordneten findet sich ein etwa gleiches Durchschnittsalter (47,8 Jahre) wie bei den männlichen MdL (48,9 Jahre). Doch ist die Verteilung hier etwas stärker auf die Altersgruppe 50–59 Jahre (51,4 %) konzentriert. Die Gründe liegen vor allem in der ausgeprägteren Mandatskontinuität (62,9 % gegenüber 50 % bei den männlichen MdL), verbunden mit einem unterdurchschnittlichen Personalwechsel bei zwei von drei Parteien mit insgesamt paritätischem Frauenanteil (Linke: nur 28,6 %; Grüne: nur 33,3 %). Hinzu kommt, dass 38,5 % (5 von 13) der neu in den Landtag eingezogenen weiblichen Abgeordneten zum Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung des Landtags der Altersgruppe 50–59 Jahre angehörten. Trotz einiger Bemühungen um eine „Verjüngung“ der Abgeordneten trifft auch für die weiblichen MdL die Beobachtung zu, dass die Anforderungen an politische Erfahrungen für eine erfolgreiche Kandidatur und die Nominierungskonkurrenz das parlamentarische Einstiegsalter der Parlamentarierinnen und folglich die Altersstruktur prägen.

---

16 Vgl. Michael Edinger: Konsolidierung und Karrierisierung: Der Thüringer Landtag und seine Mitglieder im ostdeutschen Vergleich, in: Thüringer Landtag (Hg.): Der Thüringer Landtag und seine Abgeordneten 1990–2005, S. 113–140; gegen diesen Trend wirken regulierend Nominierungsvorgaben von Parteien, die die Aufstellung von jüngeren Kandidaten fördern, vgl. Kropp/Kaina/Ruschke: Der Thüringer Landtag, S. 635.

*Schul- und Bildungsabschlüsse*

Die Abgeordneten im Thüringer Landtag verfügen über ein hohes Schul- und Hochschulbildungsniveau. Etwa zwei Drittel der MdL haben einen Schulabschluss erreicht (Abitur, Fachabitur oder vergleichbarer Schulabschluss), der zu einem Hochschulstudium berechtigt. Bedingt durch das Schulsystem der DDR,<sup>17</sup> das die Mehrzahl der Abgeordneten durchlaufen hat, kommen ein Volks- oder Hauptschulabschluss nicht vor. Hervorzuheben ist aber der relativ große Anteil – verglichen mit Landesparlamenten in den „alten Bundesländern“ und dem Bundestag – von Abgeordneten, die als Schulabschluss die Polytechnische Oberschule (POS), also die Mittlere Reife, angeben – fast 30 % (vgl. Tabelle 4). Als ein Grund für diesen Unterschied kann das berufsorientierte Schulbildungssystem der DDR angesehen werden. Eine berufsfachliche und berufsorientierte Schulbildung hatte einen hohen Stellenwert und war verbunden mit Möglichkeiten zu fach- und berufsbezogener Qualifizierung in Fach- und Ingenieurschulen und mit Optionen für Fernstudiengänge. Der höhere Anteil der Abgeordneten, die ein Studium<sup>18</sup> absolviert haben, im Vergleich zur Anzahl der MdL, die eine Hochschulreife als Schulabschluss vorweisen, resultiert unter anderem aus dieser Ausgestaltung des Schul-, Hochschul- und Berufsbildungssystems.<sup>19</sup> Bemerkenswert ist außerdem eine breite Streuung der Studienfächer unter den Abgeordneten, so dass das Thüringer Parlament bislang (noch) keine Domäne von Juristen und Lehrern geworden ist.

Vorhandene Differenzen zwischen den Fraktionen sind nicht markant. Abgesehen von den Grünen, die sich nicht nur im Thüringer Landtag durch ein überdurchschnittliches Schul- und Hochschulbildungsniveau auszeichnen,<sup>20</sup>

---

17 Die POS mit 10 Schuljahren war die allgemeine Standardschule in der DDR, gefolgt von der zum Abitur führenden Erweiterten Oberschule (EOS; 2 Schuljahre); zur Hochschulreife führte auch eine an die POS angeschlossene dreijährige Berufsausbildung mit Abitur. Darüber hinaus bot das Weiterbildungssystem in der DDR zahlreiche Möglichkeiten für eine nachschulische und berufsbegleitende Qualifikation (u. a. durch Fernstudien). Als Überblick zum Bildungssystem der DDR vgl. Hartmut Vogt: *Einheitliches sozialistisches Bildungssystem*, in: DDR Handbuch. Hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bd. 1. Köln 1985, S. 318–339.

18 In dieser Kategorie sind Hochschulen/Universitäten, Technische Hochschulen (TH), Fachhochschulen (FH), Pädagogische Hochschulen (PH), Ingenieurschulen und Verwaltungsakademien zusammengefasst.

19 Die durch das Schul- und Berufsbildungssystem geförderte Bereitschaft zu berufsqualifikatorischer Weiterbildung, die sich bei vielen, insbesondere bei den älteren Abgeordneten findet, zeigte sich auch nach 1989, als auf die veränderte politische und berufliche Umwelt und Arbeits(market)situation mit beruflicher Weiterbildung, Umschulung, Fach- und Fernstudien reagiert wurde.

20 Bezogen sind diese Daten allerdings auf die sechs Abgeordneten der Grünen im Landtag. Das hohe Bildungsniveau der Grünen-Abgeordneten korreliert mit deren niedrigem Durchschnittsalter. Bei allen Parteien steigen Schulbildungsniveau und Hochschulbildungsquote bei den jüngeren Altersgruppen.

Tabelle 4: Schul- und Bildungsabschlüsse der MdL in der 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags (2014–2019)

	CDU		Linke		SPD		Grüne		AfD		insgesamt	
	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%
POS/Mittlere Reife	11	32,3	8	28,6	3	25,0	1	16,7	3	27,3	26	28,6
EOS/Abitur/Fachabitur	23	67,6	18	64,3	8	66,7	5	83,3	6	54,5	60	65,9
sonstige/unklar	–	–	2	7,1	1	8,3	–	–	2	18,2	5	5,5
insgesamt	34	100	28	100	12	100	6	100	11	100	91	100
Studium: FH/TH/Universität/Verwaltungsakademie	27	79,4	23	82,1	9	75,0	6	100	8	66,7	73	80,2
davon: Frauen*	6	22,2	11	47,8	5	55,6	3	50	2	25	27	37,5
Frauen – insgesamt**	10	60	14	78,6	6	83,3	3	100	2	100	35	77,1

\* Prozentangabe: Anteil von Frauen mit Studium bezogen auf Anteil von jeweils allen MdL mit Studium der jeweiligen Partei.

\*\* Prozentangabe bezogen auf alle Frauen in der jeweiligen Spalte.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.



sind die Unterschiede zwischen der CDU, der Linken und der SPD sowohl bei den Schulabschlüssen als auch hinsichtlich der Hochschulbildung gering. Vorhandene Variationen lassen sich auch nicht auf parteispezifische Unterschiede zurückführen. Auffällig ist bei der AfD der geringere Anteil von Abgeordneten mit Hochschulreife, ohne dass hierfür eine parteispezifische Erklärung angeboten werden könnte.

Hervorzuheben ist noch, dass sich das Bildungsniveau der weiblichen Abgeordneten kaum vom Durchschnitt aller MdL unterscheidet. Differenzen sind zwischen den Parteien festzustellen. Hier hebt sich vor allem die CDU ab, bei der „nur“ 60 % der weiblichen Abgeordneten (absolut: 6) ein Hochschulstudium vorweisen; das sind fast 20 Prozentpunkte weniger als der Anteil bei allen weiblichen MdL und nahezu 27,5 Prozentpunkte weniger als bei den männlichen Abgeordneten der CDU.<sup>21</sup>

Dennoch gelten inzwischen die Hochschulreife und ein Studium faktisch als Bildungsvoraussetzung für eine politisch-parlamentarische Karriere. Nicht ein spezifisches Studienfach ist von Relevanz, sondern die mit einem Studium erworbenen „Transferqualifikationen“, die in einem allgemeinen Sinn auf die Anforderungen politischen und parlamentarischen Handelns vorbereiten und im politischen Alltag von Nutzen sind. Zu diesen Qualifikationen zählen neben einer breiten Allgemeinbildung Abstraktionsvermögen und Eloquenz, die es erlauben, komplexe Sachverhalte zu erfassen und in gesellschaftlichen, politischen und parlamentarischen Foren zu vertreten. Fachwissen in bestimmten Gebieten, das durch ein Studium auch erworben wird, gilt dabei sicherlich nicht als Hemmnis.<sup>22</sup>

### *Geschlechterproportionen*

Frauen sind unter den Abgeordneten des Thüringer Landtags – wie auch in anderen Landesparlamenten, im Bundestag und im Europäischen Parlament – nach wie vor unterrepräsentiert in Relation zur Geschlechterproportion in der Bevölkerung.<sup>23</sup> Seit der ersten Landtagswahl hat sich der Anteil weiblicher Abgeord-

21 Erklärungen für diesen Sachverhalt liegen nicht auf der Hand; auch ist angesichts der relativ geringen Anzahl von weiblichen Abgeordneten bei der CDU eine „Zufälligkeit“ dieser Daten nicht auszuschließen.

22 Vgl. Stefan Jahr: Die Berufe der Berufspolitiker. Berufliche Erfahrungen als Ressourcen der Mandatswahrnehmung und Prägungen politischer Einstellungen am Beispiel der Abgeordneten des Thüringer Landtags, in: Thüringer Landtag (Hg.): Der Thüringer Landtag und seine Abgeordneten 1990–2005, S. 141–157.

23 Zu den Landesparlamenten vgl. Werner Reutter: Föderalismus, Parlamentarismus und Demokratie. Landesparlamente im Bundesstaat. Opladen 2008, S. 120; für den Bundestag Michael F. Feldkamp: Deutscher Bundestag 1994 bis 2014: Parlaments- und Wahlstatistik für die 13. bis 18. Wahlperiode, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 45 (2014), S. 3–16, hier 6f.

meter im Landtag jedoch sukzessive erhöht, er stagniert aber seit der 4. Wahlperiode zwischen 35 und 40 %;<sup>24</sup> im 6. Thüringer Landtag liegt er bei 38,5 % (35 von 91 MdL). Befördert und stabilisiert wurde diese Entwicklung durch Beschlüsse und Statutenregelungen der Parteien, mit denen Geschlechterquoten für die Aufstellung von Landeslisten festgelegt wurden<sup>25</sup> und die von der Linken, den Grünen und der SPD – die jeweils Geschlechterparität in ihren Fraktionen aufweisen – eingehalten werden. Die CDU ist auch in der 6. Wahlperiode mit etwas weniger weiblichen Abgeordneten im Landtag vertreten (29,4 %), als es das in ihren Statuten (§ 15) geforderte Frauenquorum von einem Drittel vorgibt.<sup>26</sup> Diese Differenz ist zum einen bedingt durch den empfehlenden Charakter der statutarischen Regelung, zum anderen ist sie eine Folge der hohen Anzahl von Direktmandaten, da die Quotierungsregel in erster Linie die Kandidaten- bzw. Kandidatinnen-Aufstellung der Landesliste betrifft.<sup>27</sup> Schließlich fällt mit Blick auf die Geschlechterproportion bei der AfD auf, dass nur 18,2 % ihrer Abgeordneten, das heißt zwei von 11 MdL, weiblich sind.<sup>28</sup> Ohne die AfD läge der Anteil der Parlamentarierinnen im 6. Thüringer Landtag bei ebenso beachtlichen wie im Vergleich mit allen Landesparlamenten, dem Bundestag und dem Europäischen Parlament außergewöhnlich hohen 41,3 %.

#### *„West-Importe“? – Herkunft der Abgeordneten des 6. Thüringer Landtags*

Es wurde bereits früher festgestellt, dass die beliebte „Kolonialisierungsthese“, die eine Durchdringung der „neuen“ Bundesländer durch die „alte“ Bundesrepublik konstatiert, für die personelle Zusammensetzung des Thüringer Landtags keine Geltung beanspruchen kann.<sup>29</sup> Das gilt auch für den 6. Thüringer Landtag. Nur 15,4 % (absolut: 14) der Abgeordneten wurden in der „alten“ Bundesrepublik geboren und kamen erst nach 1989 nach Thüringen. Fast alle Abgeordneten mit westdeutschen Wurzeln lebten und arbeiteten vor ihrer No-

---

24 Vgl. Kropp/Kaina/Ruschke: Der Thüringer Landtag, S. 634; Claudia Holfert: Macht das Geschlecht einen Unterschied? Karrieren und Einstellungen von Thüringer Parlamentarierinnen, in: Thüringer Landtag (Hg.): Der Thüringer Landtag und seine Abgeordneten 1990–2005, S. 159–175; ferner ebd., Anhang 1 – Dokumentationsteil, S. 197–240, hier 220–227.

25 Vgl. Holfert: Macht das Geschlecht einen Unterschied, S. 161.

26 Vgl. Statuten der CDU, in: Statutenbroschüre der CDU Deutschlands, Hg. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Berlin 2016, S. 12.

27 Vgl. Holfert: Macht das Geschlecht einen Unterschied, S. 161.

28 Die AfD ist eine „junge“ Partei, gegründet im Jahr 2013, um mit einem europa-skeptischen und rechtspopulistischen Programm kurzfristig an den Wahlen für den Bundestag, das Europa-Parlament und für Landtage teilnehmen zu können, ohne vorab eine längere Phase innerparteilicher Organisationsbildung und institutioneller Konsolidierung zu durchlaufen. Angesichts der programmatischen Positionen der AfD ist derzeit nicht zu erwarten, dass die Partei eine Quotenregelung beschließt.

29 Vgl. Kropp/Kaina/Ruschke: Der Thüringer Landtag, S. 635.

minierung für ein Landtagsmandat schon mehrere Jahre im Lande, einige seit Anfang der 1990er Jahre.<sup>30</sup> Der Anteil von „westdeutschen“ Abgeordneten in den jeweiligen Landtagsfraktionen liegt bei den etablierten Parteien zwischen 7,1 Prozent (Linke, 2 MdL)<sup>31</sup> und 16,7 % (SPD, 2 MdL)<sup>32</sup>; mit vier Abgeordneten (11,8 %) weist die CDU-Fraktion die höchste Anzahl von „westdeutschen“ Abgeordneten auf.<sup>33</sup> Auffällig ist im Vergleich dazu die AfD, deren Abgeordnete zu mehr als der Hälfte aus Westdeutschland stammen (54,5 % – absolut: 6). Es dürfte sich bei der AfD aber nicht um eine westdeutsche „Kolonialisierung“ des Thüringer Landtags handeln, sondern um eine Folge der artifizialen Entstehung dieser Partei, die nicht über gewachsene lokale und regionale Strukturen verfügt und deren (wenige) Mitglieder sich nicht durch eine langjährige kommunalpolitische Praxis auszeichnen.

Insgesamt spielt ein spezifischer „westdeutscher“ Einfluss unter den Abgeordneten des Thüringer Parlaments bei den etablierten Parteien keine Rolle. Die aus der „alten“ Bundesrepublik stammenden Abgeordneten haben ihre berufliche Karriere in Westdeutschland begonnen; sie sind überwiegend noch in den 1990er Jahren aus beruflichen Gründen und wegen der Aufstiegschancen, die sich in den neuen Bundesländern boten, nach Thüringen gewechselt, und sie sind in diesem Bundesland beruflich, sozial und politisch integriert. Für die AfD trifft diese Charakterisierung nur eingeschränkt zu, da zumindest drei der sechs AfD-Abgeordneten mit westdeutscher Herkunft keine erkennbare langjährige berufliche, gesellschaftliche und politische Verankerung in Thüringen vorweisen.<sup>34</sup>

30 Die Einschränkung gilt für einige AfD-Abgeordnete, siehe unten.

31 Neben Bodo Ramelow, Landesvorsitzender der Linken in Thüringen und seit Dezember 2014 Ministerpräsident, Johanna Scheringer-Wright, die in Bayern geboren wurde, in einem DDR-affinen familiären Umfeld aufwuchs und sich bereits als Jugendliche in der DKP engagierte.

32 Dorothea Marx, die zunächst eine politische Karriere in Hessen verfolgte, von 1990 bis 1998 für die SPD MdB war und 1998 aus privaten und beruflichen Gründen ihren Wohn- und Arbeitsort nach Thüringen verlegte; Elinore Mühlbauer kam 1994 aus beruflichen Gründen nach Thüringen (Erfurt).

33 Raymond Walk, Ausbildung zum Polizeivollzugsbeamten und anschließend Fachhochschulstudium in Westdeutschland, seit 1992 im Polizeidienst in Thüringen; Jörg Geibert, Jurist, Verwaltungsrichter, 1992–2009 im Thüringer Justizministerium u. a. in der Verwaltungen tätig, danach Staatssekretär und Landesinnenminister in Thüringen; Manfred Scherer, Jurist, 1978–1999 als Richter tätig, seit 1990 in Thüringen, von 1999–2006 als Staatssekretär im Thüringer Innenministerium, 2006–2008 Präsident des Thüringer Landesrechnungshofs, 2008–2009 Landesinnenminister in Thüringen; Gerold Wucherpfenig, Architekt, Dipl.-Ingenieur, Kommunalbeamter in Göttingen, 1991–1993 Leiter des Bau- und Umweltdezernats Landkreis Worbis, 1993–1999 verschiedene Funktionen im Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, 1999–2003 Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, 2003–2009 verschiedene Funktionen in der Thüringer Regierung.

34 Drei Abgeordnete der AfD hatten bis 2013/14 ihren beruflichen Schwerpunkt entweder in Westdeutschland, so der Fraktionsvorsitzende Björn Höcke, oder die biographischen Selbstauskünfte lassen nicht erkennen, ob eine langjährige berufliche, gesellschaftliche

*Dauer der Mitgliedschaft im Thüringer Landtag – Parlamentserfahrung – Regierungserfahrung*

Die Fähigkeit eines Parlaments, seine verschiedenen Aufgaben – legislative Funktion, Kontrolle und Begleitung des Regierungshandelns, Artikulation und Repräsentation pluralistischer gesellschaftlicher Interessen, Reservoir für die Rekrutierung von Regierungspersonal – qualifiziert erfüllen zu können, basiert nicht zuletzt auf der politischen und parlamentarischen Erfahrung der Abgeordneten. Zumindest quantitativ zeigt sich diese Kompetenz der Abgeordneten in der Kontinuität parlamentarischer Tätigkeit („Verweildauer“), in der bisher gewonnenen Parlamentserfahrung (im Thüringer Landtag und in anderen Parlamenten) sowie in der Regierungserfahrung, die von Abgeordneten in den parlamentarischen Alltag eingebracht werden.

Die Verweildauer im Thüringer Landtag ist auch in der 6. Wahlperiode hoch.<sup>35</sup> Etwa 60 Prozent der MdL gehörten dem Landtag bereits in der vorangegangenen oder einer früheren Wahlperiode an (vgl. Tabelle 5). Dass dieser Wert etwas niedriger liegt als der langjährige Durchschnitt, resultiert vor allem aus dem Ausscheiden der FDP aus dem Parlament, den Mandatsverlusten der SPD, dem Einzug der AfD in den Landtag und schließlich aus den Mandatsgewinnen der CDU. Ansonsten zeigt sich auch im 6. Thüringer Landtag eine Mischung aus personeller Kontinuität und Wechsel, die für die Bewältigung der funktionalen Anforderungen eines Parlaments erforderlich ist. Parlamentarische Kontinuität zeigt sich unter anderem in der langen Mitgliedschaft im Landtag, die bei einigen MdL bis zur Konstituierung des 1. Landtags zurückreicht.

Nur sechs Abgeordnete (6,6 %) des 6. Thüringer Landtags verfügen über Parlamentserfahrungen, die sie in anderen Parlamenten gewonnen haben (vgl. Tabelle 6). Zwei von ihnen gehörten der Volkskammer der DDR an,<sup>36</sup> vier Abgeordnete (4,4 %) können Parlamentserfahrungen aus dem Deutschen Bundestag vorweisen.<sup>37</sup> Der Wechsel von einem Bundestags- zu einem Landtags-

---

und politische Verankerung in Thüringen besteht, so bei Siegfried Gentele und Thomas Rudy.

35 Zur Verbleibsquote in früheren Wahlperioden vgl. Heinrich Best: Auf dem Weg zum Berufspolitiker? Die partielle Professionalisierung der Thüringer Parlamentarier, in: Thüringer Landtag (Hg.): Der Thüringer Landtag und seine Abgeordneten 1990–2005, S. 101–112, hier 110.

36 Marion Walsmann (CDU) war als Mitglied der CDU der DDR bereits von 1986–1990 Mitglied der Volkskammer; Wolfgang Fiedler (CDU) war ebenfalls bereits Mitglied der CDU-Blockpartei (seit 1985) und gehörte von März bis Oktober 1990 der Volkskammer in der Übergangsphase bis zum Beitritt der Länder der DDR zur Bundesrepublik an. Seit Oktober 1990 ist er Mitglied des Thüringer Landtags.

37 Dorothea Marx (SPD), geb. in München, war MdB von 1990 bis 1998, sie erlangte über die Landesliste der SPD in Hessen ihr Mandat. Christoph Matschie (SPD), geb. in Mühlhausen/Thüringen, war MdB von 1990–2004 sowie parlamentarischer Staatssekretär 2002–2004; der gebürtige Thüringer setzte seine politische Karriere seit 2004 als Spitzenkandidat

Tabelle 5: Dauer der Parlamentsmitgliedschaft im Thüringer Landtag der MdL der 6. Wahlperiode – nach Parteien (in Prozent)

	insgesamt		CDU	PDS/ Linke	SPD	B 90/ Grüne	AfD
	N	in %					
1. WP: 1990–1994	4	4,4	11,8 <sup>b</sup>	–	–	–	–
2. WP: 1994–1999	4	4,4	2,9 <sup>c</sup>	3,6	16,7 <sup>k</sup>	–	–
3. WP: 1999–2004	9	9,9	14,7 <sup>d</sup>	10,7 <sup>g</sup>	8,3	–	–
4. WP: 2004–2009	19	20,9	17,6 <sup>e</sup>	35,7 <sup>h</sup>	25 <sup>l</sup>	–	–
5. WP: 2009–2014	17	18,7	14,7 <sup>f</sup>	21,4 <sup>i</sup>	25	50	–
6. WP: 2014–2019	38 <sup>a</sup>	41,8	38,2	28,6	25	50 <sup>m</sup>	100
in Prozent		100	100	100	100	100	100
absolut		91	34	28	12	6	11

Rundungsdifferenzen sind möglich.

a Hier nicht berücksichtigt zwei diskontinuierlich im Landtag vertretene MdL, *Dagmar Becker* (SPD) und *Hartmut Schubert* (SPD) (siehe k) und l).

b Davon nachgerückt: *Christiane Lieberknecht*, MdL 1991–2014; diskontinuierlich und nachgerückt: *Volker Emde*, MdL 1990–1994 und 1997–2014.

c Davon nachgerückt: *Christina Tasch*, MdL 1998–2014.

d Davon nachgerückt: *Annette Lehmann*, MdL 1999–2014.

e Davon nachgerückt: *Beate Meißner*, MdL 2006–2014; *Elke Holzapfel*, MdL 2008–2014.

f Davon nachgerückt: *Manfred Scherer*, MdL 2010–2014.

g Davon diskontinuierlich: *Bodo Ramelow*, MdL 1999–2005, 2009–2014 sowie MdB 2005–2009.

h Davon nachgerückt: *Jörg Kubitzki*, MdL 2005–2014; davon diskontinuierlich und nachgerückt: *Diana Skibbe*, MdL 2004–2009, 2012–2014; *Johanna Scheringer-Wright*, MdL 2005–2009, 2012–2014; *Ralf Kalich*, MdL 2005–2009, 2012–2014.

i Davon nachgerückt: *Ute Lukasch*, MdL 2013–2014.

k Davon diskontinuierlich: *Dagmar Becker*, MdL 1994–2009.

l Davon diskontinuierlich: *Hartmut Schubert*, MdL 2004–2009 in 4. und 5. WP, Rückgabe des Mandats November 2009 wegen Wechsels als Staatssekretär in die Landesregierung.

m Davon diskontinuierlich: *Olaf Reiner Möller*, MdL 1990–1994.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

mandat ist dennoch untypisch. Er erfolgte bei den vier betreffenden Landtagsabgeordneten aus unterschiedlichen Gründen. Aber sämtliche Abgeordnete des 6. Thüringer Landtags mit parlamentarischen Erfahrungen (insgesamt 54 MdL – 59,3 %) haben diese Erfahrung auch oder ausschließlich im Thüringer Land-

---

der SPD bei den Thüringer Landtagswahlen und als Landtagsabgeordneter fort. Bodo Ramelow (PDS/Linke), geb. in Osterholz-Scharmbeck (Niedersachsen), begann seine parlamentarische Karriere in Thüringen mit einem Landtagsmandat 1999 (3. WP); er unterbrach seine Mitgliedschaft im Landtag zwischen 2005 und 2009, nachdem er erfolgreich für den Bundestag kandidiert hatte (16. WP); bei der Landtagswahl 2009 kandidierte er wie bereits bei der Landtagswahl 2004 erfolgreich als Spitzenkandidat der Linken bzw. der PDS und nahm das Landtagsmandat an, das bei der Wahl zum 6. Landtag bestätigt wurde. Elke Holzapfel (CDU), geb. in Mühlhausen, war als Nachrückerin für Roland Richwien von 1997 bis 1998 MdB; dem Thüringer Landtag gehört sie seit 2008 an.

Tabelle 6: *Parlamentserfahrung der Abgeordneten des 6. Thüringer Landtags (2014–2019)*

	6. WP (seit 2014)		CDU	Linke	SPD	Grüne
	N	in %	N	N	N	N
MdB	4	4,3	1	1	2	
MdVK	2	2,2	2	–	–	–
MdL Thüringen in 5. WP	51 <sup>a</sup>	56	21	20	7 <sup>a</sup>	3
MdL Thüringen – diskontinuierlich/ nicht am Ende 5. WP	3	3,3	–	–	2	1
Parlamentserfahrung vor 6. WP <sup>b</sup>	54	59,3	21	20	9	4
MdL insgesamt	91	100	34	28	12	6
Parlamentserfahrung in der jeweiligen Fraktion (in Prozent)			61,8	71,4	75	66,7

<sup>a</sup> Nicht berücksichtigt Hartmut Schubert (SPD), der nach der Ernennung zum Staatssekretär am Anfang der Legislaturperiode sein Mandat zurückgab.

<sup>b</sup> Ohne Doppelzählungen.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

tag gewonnen. Der größte Teil von ihnen war zumindest in der 5. Wahlperiode Mitglied des Landtags (51 MdL) und drei gehörten dem Landesparlament diskontinuierlich an. Intensiviert wird die parlamentarische Erfahrung dadurch, dass etwa 70 % dieser 54 Abgeordneten bereits zwei und mehr Wahlperioden dem Landtag angehörten. Abhängig von der Möglichkeit der Parteien, neue Abgeordnete ins Parlament zu bringen, liegt die Quote dieser parlamentarischen Vorerfahrung bei den etablierten Parteien im 6. Thüringer Landtag zwischen 61,8 % (CDU) und 75 % (SPD). Von den etablierten Parteien hebt sich die AfD ab, deren Abgeordnete bislang keinem Parlament angehörten. Mit Blick auf die funktionalen Anforderungen des Thüringer Landtags dürfte dieses Defizit der AfD-Abgeordneten keine relevanten Auswirkungen haben, jedoch deren Fähigkeit zu konstruktiver parlamentarischer Mitarbeit beeinträchtigen.

Der inter-parlamentarische Wechsel ist marginal und – bezogen auf den individuellen politischen Karriereweg der Abgeordneten – von den Parlamentariern selbst nur bedingt planbar. Eine Zirkulation der Abgeordneten zwischen den Parlamenten, insbesondere von der Bundes- oder der europäischen Ebene auf die Landesebene, ist noch ungewöhnlicher als umgekehrt. Politisch-parlamentarische Karrieren auf Landes-, Bundes- oder Europa-Ebene sind – wie bereits bemerkt – in der Regel alternative politische Karrierewege. Trotz einiger Besonderheiten der Landtagswahl von 2014 verkörpert das Ensemble der Abgeordneten ein hohes Maß an Kontinuität und parlamentarischer Erfahrung.

Elf Abgeordnete (12,1 %) des 6. Landtags konnten zu Beginn der Legislaturperiode Regierungserfahrungen vorweisen (vgl. Tabelle 7). Mit einer Ausnahme – Christoph Matschie (SPD), der als Bundestagsabgeordneter (1990–2004) von 2002 bis 2004 parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung war – haben alle Abgeordneten ihre Regierungserfahrung ausschließlich in Thüringen gewonnen.<sup>38</sup> Da die Thüringer Landesregierungen in den zurückliegenden fünf Legislaturperioden aus Koalitionen von CDU und FDP (1990–1994), CDU und SPD (1994–1999, 2009–2014) oder von der alleinregierenden CDU gestellt wurden, verfügen im 6. Thüringer Landtag überwiegend CDU-Abgeordnete (7) und einige SPD-Parlamentarier (4) über diese Regierungserfahrung. Eine enge Verknüpfung des Regierungsamtes mit dem Parlamentsmandat findet sich bei acht dieser 11 Parlamentarier (72,7 %). Bei fünf MdL bestand eine konstitutive Verbindung zwischen Parlamentsmandat und Regierungsamt; zwei Abgeordnete (Christine Lieberknecht und Jürgen Reinholz) hatten lediglich für eine kurze Anfangsphase ihrer Kabinettsmitgliedschaften noch kein Parlamentsmandat.<sup>39</sup> Ein Abgeordneter (Hartmut Schubert, SPD) musste sein Mandat zurückgeben, weil die von ihm übernommene Funktion eines (beamteten) Staatssekretärs im Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit (2009–2014) mit einem Parlamentsmandat inkompatibel war.

Nicht nur in der Anfangsphase des neuen Thüringer Parlamentarismus seit 1990 wurde fachliche Expertise für Regierungsaufgaben aus den „alten“ Bundesländern geholt. Drei der MdL der 6. Wahlperiode – Jörg Geibert (CDU), Manfred Scherer (CDU) und Gerold Wucherpfennig (CDU) – erhielten ein Landtagsmandat erst, nachdem sie ihre Funktionen in der Thüringer Landesregierung beendet hatten. Die Regierungsaufgaben wurden jeweils als Staatsse-

---

38 Ein Wechsel von einer früheren Regierungsfunktion auf Bundesebene oder in einem anderen Bundesland zu einer Regierungsposition in Thüringen war bislang selten, vielleicht auch wenig attraktiv und aus landespolitischer Sicht nicht gewollt. Bekannte Ausnahme aus dem ersten Jahrzehnt nach der „Wende“ ist Bernhard Vogel (CDU), der von 1992 bis 2003 Ministerpräsident in Thüringen war, nachdem er die gleiche Position bereits in Rheinland-Pfalz von 1976 bis 1988 bekleidet hatte.

39 Christine Lieberknecht war, als sie Thüringer Kultusministerin (1990–1992) wurde, noch nicht Abgeordnete; sie konnte im März 1991 als Nachrückerin ein Landtagsmandat übernehmen. In den folgenden Jahrzehnten verknüpfte Christine Lieberknecht durchgehend ihr Landtagsmandat mit den von ihr übernommenen Regierungsfunktionen. Jürgen Reinholz (CDU) wurde 2003 zum Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur in die Thüringer Regierung berufen; zu dieser Zeit war er Geschäftsführer der LEG Thüringen GmbH; seit der Landtagswahl 2004 gehörte er kontinuierlich dem Thüringer Landtag an und war als Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit bzw. für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz von 2004 bis 2014 Mitglied der Landesregierung.

Tabelle 7: Regierungserfahrung von Abgeordneten der 6. Wahlperiode (2014–2019)\*

	CDU	SPD	insgesamt	in Prozent der MdL m. Regierungsfunktionen (N = 11)	in Prozent von allen MdL (N = 91)
MdL mit Regierungsfunktionen (einschl. Staatssekretäre) – insgesamt	7	4	11	100	12,1
– MdL mit Regierungsfunktion vor dem Mandat	3	–	3	27,3	3,3
– MdL mit Regierungsfunktionen nicht zu Beginn der Mandatszeit	2 <sup>a</sup>	–	2	18,2	2,2
– MdL mit Regierungsfunktionen während der Mandatszeit	2	3	5	45,5	5,5
– MdL mit Regierungsfunktion – Mandatsrückgabe (= beamt. Staatssekretär)	-	1	1	9,1	1,1
MdL aus den „alten“ Bundesländern mit Regierungsfunktionen	3 <sup>b</sup>	-	3	–	3,3

\* Abgeordnete der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags (14.10.2014) – vor der Regierungsbildung im Dezember 2014.

<sup>a</sup> *Christine Lieberknecht* (CDU) und *Jürgen Reinholz* (CDU), siehe Anm. 35.

<sup>b</sup> *Jörg Geibert* (CDU), *Manfred Scherer* (CDU) und *Gerold Wucherpfennig* (CDU).

kreträre begonnen und als Landesminister fortgesetzt.<sup>40</sup> Dem Amt des Staatssekretärs ging stets eine längere Tätigkeit in politisch-administrativen Funktionen in Thüringen voraus (zehn und mehr Jahre). Mit geringem zeitlichen Abstand nach Beendigung des Regierungsamtes wurde schließlich ein Landtagsmandat angestrebt und erreicht.<sup>41</sup>

Die Abgeordneten des 6. Thüringer Landtags mit Regierungserfahrung sind entweder mit dem Regierungswechsel nach der Landtagswahl von 2009 aus dem damaligen Kabinett ausgeschieden (2) oder – mit einer Ausnahme: Marion Walsmann (CDU)<sup>42</sup> – mit dem jüngsten Regierungswechsel nach der

40 Eine Variante bietet die politische Karriere von Manfred Scherer, der nach seiner Tätigkeit als Staatssekretär (1999–2006) zunächst Präsident des Thüringer Landesrechnungshofs war (2006–2008) und erst danach Innenminister in Thüringen (2008–2009) wurde.

41 Erst als Nachrücker konnte Manfred Scherer, der bei der Landtagswahl im Jahr 2009 auf Platz 9 der CDU-Landesliste stand, am 1.5.2010 Mitglied des Landtags werden.

42 Die Entlassung aus dem Amt im Jahr 2013 erfolgte aufgrund von Differenzen mit der Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht.



Landtagswahl 2014 (8).<sup>43</sup> Die Regierungsmitgliedschaft dieser Abgeordneten war nur ausnahmsweise kurzzeitig (bei einem MdL ein Jahr), überwiegend erstreckte sie sich über 5 Jahre (5 MdL), 6 bis 10 Jahre (3 MdL) und mehr als 10 Jahre (2 MdL). Diese Abgeordneten können sicherlich zu Recht den Anspruch erheben, das Regierungshandeln kompetent begleiten und kontrollieren zu können.

### *Zur politischen Sozialisierung der Abgeordneten*

Die Wahl Bodo Ramelow am 5. Dezember 2014 zum Ministerpräsidenten in Thüringen hat einmal mehr die Frage auf die Agenda gebracht, ob die Abgeordneten der noch immer als Nachfolgepartei der SED angesehenen Partei Die Linke eine demokratische Partei vertreten und ob sie sich der pluralistisch-demokratischen Gesellschaft und dem repräsentativen demokratischen politischen System verpflichtet fühlen. Selbstverständlich haben solche Fragen oft rhetorischen Charakter, und die Debatte um die Wahl Ramelows war in erster Linie eine politische Auseinandersetzung um den Zugang zur und die Verteilung der politischen Macht in Thüringen. Dennoch bleibt die Frage, wie weit Abgeordnete des 6. Thüringer Landtags eine politische Sozialisation aufweisen, die sie – im Rückblick betrachtet – eng und aktiv mit den politischen Institutionen der DDR verbunden zeigt. Der naheliegenden Frage, ob solche früheren politischen Karrieren gesellschaftspolitische Einstellungen und Positionen verfestigten, die auch nach 1989/90 „fortlebten“ und sich mit der PDS/Die Linke eine politische Organisation schufen, lässt sich mit den dieser Analyse zugrunde liegenden quantitativen Daten<sup>44</sup> allerdings nicht nachgehen. Bestenfalls ansatzweise sollte eine Annäherung an diese Frage möglich sein, wenn mit Bezug auf politische Sozialisationsinstanzen Hinweise auf politische Kontinuität und Neuorientierung aufgezeigt werden können.

Wenn von der Annahme ausgegangen wird, dass politisch relevante Positionen etwa ab dem 25. Lebensjahr verantwortlich eingenommen und politische Entscheidungen etwa von diesem Alter an verantwortlich – im Sinne der Einsicht in deren komplexe Folgen – getroffen werden, können die Abgeordneten in zwei Altersgruppen unterteilt werden: Diejenigen, die seit 1965 geboren wurden und bis zum Ende der DDR 25 Jahre und jünger oder noch nicht geboren waren, und eine zweite Gruppe, die ältere Abgeordnete umfasst, geboren

43 Zwei von ihnen, die SPD-Abgeordneten Heike Taubert und Hartmut Schubert, gehören inzwischen der rot-rot-grünen Koalitionsregierung an.

44 Ausgewertet wurden v. a. die (meist tabellarischen) Lebensläufe, die die Abgeordneten auf der Homepage des Thüringer Landtags und/oder auf ihren persönlichen Web-Seiten, meist als Teil der Internet-Präsentation der jeweiligen Partei, veröffentlichten, ergänzt durch Informationen, die durch kurze Internet-Recherchen gefunden wurden (u. a. Wikipedia-Einträge).

Tabelle 8: Altersstruktur/Altersgruppen der MdL – 6. Wahlperiode (2014–2019) (nach Parteien und Altersgruppen 1945–1964/1965–1994)

Geburtsjahrgänge	insgesamt	in Prozent	CDU N in %	Linke N in %	SPD N in %	Grüne N in %	AfD N in %
1945–1964	52	57,1	21 58,8	17 60,7	8 66,7	1 16,7	5 45,4
davon: Sozialisierung in der DDR	41	45,1	17 50,0	15 53,6	6 50,0	1 16,7	2 18,2
1965–1994	39	42,9	13 38,2	11 39,3	4 33,3	5 83,3	6 54,5
davon: Sozialisierung in der DDR	36	40,0	13 38,2	11 39,3	4 33,3	5 83,3	3 27,3
insgesamt	91	100	34 100	28 100	12 100	6 100	11 100

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

bis Ende 1964. Diese hatten sich in der DDR nach Schule, Berufsausbildung und/oder Studium bereits beruflich etablieren, sich politisch und gesellschaftlich engagieren und gegebenenfalls politisch relevante Positionen einnehmen können. Von den 91 Abgeordneten des Thüringer Landtags sind 14 nicht in der DDR aufgewachsen, 11 von diesen gehören der Altersgruppe an, die vor 1965 geboren wurde (vgl. Tabelle 8). Mit Blick auf das politische Engagement in der DDR sind in der Altersgruppe der bis 1964 Geborenen, die mit insgesamt 52 Abgeordneten (57,1 %) die Mehrheit der Mitglieder des 6. Thüringer Landtags stellt, 41 Abgeordnete (45,1 %) mit DDR-Sozialisierung zu berücksichtigen.

In den zugänglichen biographischen Angaben der 2 AfD-Abgeordneten<sup>45</sup> und der 6 SPD-Abgeordneten<sup>46</sup>, die vor 1965 in der DDR aufwuchsen, finden sich keine Hinweise auf ein politisches Engagement vor 1989/90. Der einzige vor 1965 geborene Landtagsabgeordnete der Grünen, Olaf Reiner Möller (geb. 18.2.1962), gehörte von 1983 bis 1989 der SED an.<sup>47</sup> Von den 17 vor 1965 geborenen CDU-Abgeordneten mit DDR-Sozialisierung (50 % aller MdL der CDU) finden sich für 11 MdL keine Hinweise über eine Parteimitgliedschaft

45 AfD-Mitglieder: Jörg Henke (geb. 23.6.1961) und Corinna Herold (geb. 26.11.1961).

46 SPD-Mitglieder: Werner Pidde (geb. 28.7.1953), Dagmar Becker (geb. 23.12.1955), Uwe Höhn (geb. 30.3.1958), Heike Taubert (geb. 14.11.1958), Hartmut Schubert (geb. 27.1.1960), Christoph Matschie (geb. 15.7.1961).

47 Vgl. Thüringer Allgemeine vom 10. Oktober 2014: „Wie der ungewöhnliche Herr Möller in den Thüringer Landtag zurückkehrt“.

vor 1989/90, fünf Abgeordnete gehörten der Ost-CDU an<sup>48</sup> und ein MdL war SED-Mitglied.<sup>49</sup>

Von den 15 vor 1965 geborenen Abgeordneten der Fraktion der Linken im Thüringer Landtag mit DDR-Sozialisierung (entspricht 53,6 %) finden sich für 11 Abgeordnete explizite Angaben zu einer langjährigen SED-Mitgliedschaft.<sup>50</sup> Für die verbleibenden vier Abgeordneten geben die Biographien auf der Internet-Seite des Thüringer Landtags und auf den eigenen Homepages keine Informationen über eine Parteimitgliedschaft in der SED, doch weisen die ausgeübten Berufe und ein berufsunterbrechendes Studium an einer Bezirkspartei-schule auf eine Einbindung in das politische System der DDR hin.<sup>51</sup> Die Vermutung scheint folglich berechtigt, dass diese 15 Abgeordneten der Linken eine personelle Kontinuität zwischen der SED und der Partei Die Linke repräsentieren. Personell zumindest scheint daher das Innovationspotential der Linken – immerhin 25 Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR – bemerkenswert gehemmt mit Blick auf die politische Sozialisation und die „Parteitreu“ dieser Parlamentarier. Nun muss mit dieser personellen Kontinuität nicht zwangsläufig ein stagnierendes, „gestriges“ Politik- und Gesellschaftsverständnis verbunden sein. Das kann – wie bereits bemerkt – mit Hilfe der hier ausgewerteten Daten nicht beurteilt werden. Allerdings findet der Aspekt der personellen partei gebundenen Kontinuität eine Verstärkung dadurch, dass – ausgeprägter als bei den anderen etablierten Parteien – hauptamtliche Parteipositionen (als Angestellter auf unterschiedlichen Parteiebenen, als Mitarbei-

48 Wolfgang Fiedler (geb. 20.11.1951), Egon Primas (geb. 19.5.1952), Christiane Lieberknecht (geb. 7.5.1958), Marion Walsmann (geb. 17.3.1963), Annette Lehmann (geb. 3.12.1964).

49 Henry Worm (geb. 23.3.1963).

50 Die Mitgliedschaft in der SED begann für 7 MdL bereits in den 1970er Jahren und für 4 meist Anfang der 1980er Jahre.

51 Karola Stange (geb. 27.10.1959; MdL seit 2009) studierte 1982–1983 an der Bezirkspartei-schule in Erfurt und wurde anschließend (1984–1989) Mitarbeiterin der SED-Kreisleitung in Erfurt. 1990 war sie Mitarbeiterin des PDS-Stadtvorstands Erfurt, von 1991 bis 2009 Referentin der Landtagsfraktion der PDS/Die Linke in Thüringen; Jörg Kubitzki (geb. 10.3.1955; MdL seit 2005) studierte an der Offiziershochschule der NVA (1973–1976) und war von 1976 bis 1990 Berufsoffizier, seit 1991 war er Angestellter des Sozialverbandes VdK Thüringen, anschließend Geschäftsführer der Gemeinnützigen VdK-Sozialdienstleistungs- und Service GmbH; Rainer Kräuter (geb. 21.5.1964; seit 2014 MdL) hat nach einer Ausbildung im Chemiefaserkombinat Schwarzka ein Studium an der Fachschule des Innern Dr. Kurt Fischer absolviert als Vorbereitung für den Polizeidienst, Ende der 1980er Jahre hatte er den Rang eines Leutnants der Deutschen Volkspolizei erreicht und war nach der Wende weiterhin im Polizeidienst tätig; André Blechschmidt (geb. 6.1.1957; seit 2004 MdL) war nach einem Studium der Philosophie (Marxismus-Leninismus) von 1982 bis 1989 Mitarbeiter im Rat des Bezirks Erfurt, zuständig für Kirchenfragen, 1990 war er u. a. wissenschaftlicher Mitarbeiter des Ratsvorsitzenden sowie Organisationsreferent in der Thüringer Staatskanzlei, von 1991 bis 1999 war er persönlicher Mitarbeiter des Landtagsabgeordneten Klaus Höpcke (PDS) und 1999–2004 Geschäftsstellenleiter der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag.

ter von Abgeordneten, als Beschäftigte in parteinahen Unternehmen) dem Landtagsmandat vorausgingen. Bei einigen Abgeordneten des Thüringer Landtags findet sich eine kontinuierliche Folge von hauptamtlichen Partei- oder parteinahen Tätigkeiten bis zum Erreichen des Landtagsmandats. Sicherlich zeigt sich hierin auch eine Professionalisierung zum Berufspolitiker. Zugleich bedeutete die vorparlamentarische hauptamtliche Beschäftigung in der Parteiorganisation eine Intensivierung der Parteibindung.<sup>52</sup> Schließlich mag sich hier aber auch eine „Indienstnahme“ der Partei, ihrer Einrichtungen und Unternehmungen durch Parteifunktionäre zeigen, die mit ihr seit SED-Zeiten verbunden sind und das beruflich-soziale Versorgungspotential der Partei für ihre soziale Absicherung zu nutzen wissen.

*Fazit: Trotz der AfD-Abgeordneten vor allem Kontinuität im Thüringer Landtag*

Die Landtagswahl in Thüringen im September 2014 war durch einige besondere Ereignisse gekennzeichnet: Das erfolgreiche Auftreten der AfD, das erneute Ausscheiden der FDP aus dem Landtag, Stimmen- und Mandatsverluste der SPD sowie die Bereitschaft, durch eine Koalitionsbildung von SPD und Grünen mit der Linken die CDU-geführte Regierung abzulösen. Bezogen auf das Sozialprofil aller Abgeordneten lassen sich aber keine markanten Veränderungen feststellen. Altersstruktur, Schul- und Bildungsniveau, Geschlechterproportion, „Ost-West“-Herkunft zeigen nur im Vergleich der Parteien Variationen auf. Insbesondere hebt sich die AfD durch einen sehr geringen Anteil von Frauen (18,2 %), einen hohen Anteil von Abgeordneten mit „West“-Biographie (54,5 %) und ein etwas geringeres formales Bildungsniveau (Schul- und Hochschulabschluss) von den anderen Parteien ab. Auch im Hinblick auf gänzlich fehlende parlamentarische Erfahrungen und kaum vorhandenes kommunalpolitisches Engagement der AfD-Abgeordneten wird deutlich, dass es sich bei dieser Partei um eine artifizielle Gründung handelt, ohne lokale oder regionale politische Verankerung, ohne ein durch politisch-parlamentarische Praxis gewonnenes Verständnis von Politik.

Trotz der AfD-Abgeordneten im neugewählten Thüringer Landtag resultiert die personelle Erneuerung der Parlamentarier überwiegend aus der Nominierungspraxis und dem Kandidatenwechsel bei allen etablierten Parteien, verstärkt durch Mandatsgewinne bei der CDU und der Linken. Dass die Linke sich dabei zögerlicher zeigte, findet eine Bestätigung durch einen Blick auf die „politische Sozialisierung“ der Abgeordneten. Bei vielen älteren Abgeord-

---

52 Vgl. den Hinweis bei Kropp/Kaina/Ruschke: Der Thüringer Landtag, S. 643, dass „rund 80 Prozent“ der Abgeordneten der Linkspartei der 5. Wahlperiode hauptamtlich für die Partei oder einen Verband tätig waren, erheblich mehr als bei den anderen Parteien.

neten der Linken liegt auch noch in der 6. Wahlperiode der Beginn des politischen Engagement bei der Mitgliedschaft in der SED und/oder einer langjährigen Tätigkeit in staatlichen Institutionen der DDR (NVA, DVP). Bemerkenswert ist die überwiegend bruchlose Fortsetzung dieses Engagements seit 1989/90 in der PDS und der Linken.

Die veränderte Zusammensetzung des Landtags – insbesondere der Einzug des AfD – wird die parlamentarische Praxis wohl nicht wesentlich beeinflussen. Ähnliches ist auch für die Regierungsführung durch die rot-rot-grüne Koalition mit Bodo Ramelow als Ministerpräsidenten zu erwarten. Offen bleibt aber, ob die politisch-parlamentarisch unerfahrenen Abgeordneten der AfD in der Lage und willens sein werden, die komplexen Anforderungen der parlamentarischen Praxis konstruktiv zu erfüllen.

# DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

## XV. Helmut Kohl und Israel

### Einführung\*

Hanns Jürgen Küsters

Nach den schrecklichen Gräueltaten, die Deutsche den jüdischen Menschen im Zweiten Weltkrieg angetan hatten, konnte niemand realistischer Weise erwarten, dass es jemals zu einer Annäherung zwischen Deutschen und Israelis kommen könnte. Es war im Grunde genommen eine schier übermenschliche Aufgabe.

Mit der Wiederaufnahme der Beziehungen, deren Grundlage Konrad Adenauer und David Ben-Gurion Anfang der 1950er Jahre legten, wurden seinerzeit vollkommen unterschiedliche Erwartungen verbunden. Israel ging es in erster Linie um die Feststellung der Schuld, Deutschland erwartete Bereitschaft und Worte zur Versöhnung.

Die eigentliche Herausforderung bestand darin, Brücken zu bauen, ohne zu vergessen. Nur aufgrund der Bereitschaft Israels, über die Gräber des Holocausts hinweg, den Deutschen wieder die Hand zu reichen, können wir heute auf eine erfolgreiche Zeit deutsch-israelischer Beziehungen zurückblicken. Die Besonderheit der Beziehung lag zunächst darin, dass beide Staatsmänner, sowohl Adenauer als auch Ben-Gurion, bereit waren, für ihr Volk Verantwortung zu übernehmen; Adenauer, indem er die Shoah zum Teil der deutschen Identität machte; Ben-Gurion, indem er trotz der Gräueltaten bereit war, zu den Deutschen Beziehungen wieder aufzunehmen.

Die Nicht-Kommunikation zu überwinden und von 1950 an behutsam wieder Kontakte zwischen „Opfer“- und „Täternation“ aufzunehmen – diese Politik mussten beide Gründer ihrer Staaten gegen die Mehrheit der öffentlichen Meinungen in ihren Ländern durchsetzen. Die Beziehungen konnten nur wachsen, weil beide Staaten sich nicht überforderten. Fordern und Fördern gehören bekanntlich zusammen; aber nicht Unmögliches verlangen, so dass dem anderen kein Handlungsspielraum mehr bleibt. Ohne die Beachtung dieser Grundsätze wäre das Luxemburger Abkommen von 1952 nie zustande gekommen.

Schon damals wollte die Bundesregierung diplomatische Beziehungen aufnehmen, was der israelischen Seite aber zu früh erschien. 1956 drängte hinge-

---

\* Einführungsvortrag anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 26. Juni 2015 auf dem Petersberg in Königswinter.

gen Jerusalem, doch nun äußerte das Bonner Auswärtige Amt deutschlandpolitische Bedenken. Zwar sagte Adenauer bei seinem Treffen mit Ben-Gurion im März 1960 in New York weitere finanzielle Unterstützung zu. Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen kam es aber erst nach dem Besuch von SED-Parteichef Walter Ulbricht in Ägypten, als auf Anraten des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzels Bundeskanzler Ludwig Erhard im März 1965 Israel den Austausch von Botschaftern anbot und damit die Bonner Nahostpolitik auf klaren Kurs brachte.

Bei der Betrachtung der seitherigen Entwicklung sind fünf Gesichtspunkte von wesentlicher Bedeutung für das bilaterale Verhältnis:

Erstens: Die Shoah darf aus dem historischen Bewusstsein, insbesondere der Deutschen, nie ausgelöscht werden. Bundeskanzler Helmut Kohl hat 1983/84 für die Nachkriegsgeneration bewusst von der „Gnade der späten Geburt“ seiner und der nachfolgenden Generationen gesprochen, die darin bestehe, nicht schuldig werden zu müssen, weil man sich nie für oder gegen den Nationalsozialismus entscheiden musste.

Zweitens: Die Bundesrepublik Deutschland hat sich seit der Regierungszeit Adenauers dazu bekannt, dass sie – wie gegenüber keinem anderen Staat der Welt – eine Verpflichtung hinsichtlich der Existenz des Staates Israel und seiner Sicherheit hat.

Drittens: Beide Staaten teilen gemeinsame Werte, wozu in erster Linie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und Menschenwürde, Leben in gesicherten Grenzen auf einer völkerrechtlich gesicherten Existenzgrundlage gehören, aber auch Werte und Prinzipien wie die Marktwirtschaft und religiöse Toleranz.

Viertens ist die gegenseitige Verlässlichkeit zu nennen, die Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen. Das zeigt sich seit den Verhandlungen über das Luxemburger Abkommen und der Umsetzung der erzielten Ergebnisse. Deutsche Entschädigungsleistungen, Aufbaudarlehen und Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor waren in den folgenden Jahrzehnten die zentralen Instrumente, die den Annäherungsprozess beeinflussten.

Ein fünfter Aspekt kommt hinzu: Das deutsch-israelische Verhältnis war bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit 1990 von dem ungeklärten Schicksal der deutschen Nation und der Teilung des Landes bestimmt. Die Politik der vier für Deutschland als Ganzes zuständigen Mächte und der Alleinvertretungsanspruch der Regierungen in Bonn und Ost-Berlin erschwerten es der Bundesregierung, zur gleichen Zeit sowohl mit Israel als auch mit der arabischen Welt gute Beziehungen zu unterhalten. Das Festhalten gerade der Unionsparteien an dem Grundgesetzauftrag, die Einheit der Deutschen in Freiheit wieder herzustellen, erforderte Rücksichtnahmen auf die Westalliierten und machte das Verhältnis zwischen Bonn und Jerusalem nicht gerade einfach. Hingegen lehnte die SED-Führung nicht nur aus ideologischen Gründen Wie-

dergutmachungsleistungen an Israel ab und leugnete bis 1986 überhaupt jegliche Mitverantwortung für das, dem was dem jüdischen Volk von Deutschen angetan worden war.

Nach Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel kam die Intensivierung der Kontakte auf verschiedenen Ebenen allerdings zunächst nur schrittweise voran. Nach dem ersten Besuch einer Knesset-Delegation im März 1969 in Bonn folgte im Juni 1971 der Gegenbesuch einer Bundestagsdelegation. 1970 und 1971 kamen erste wechselseitige Besuche der damaligen Außenminister Abba Eban und Walter Scheel zustande. Willy Brandt reiste als Bundeskanzler im Juni 1973 erstmals nach Israel. Es dauerte bis Juli 1975, also zehn Jahre nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, dass Jitzchak Rabin als erster israelischer Ministerpräsident die Bundesrepublik besuchte. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat Israel in seiner achtjährigen Amtszeit nie aufgesucht.

Helmut Kohl besuchte Israel schon 1984, 15 Monate nach Beginn seiner Kanzlerschaft. 40 Jahre nach Kriegsende, im Oktober 1985, stattete Richard von Weizsäcker als erster Bundespräsident dem Land einen offiziellen Besuch ab, den Israels Präsident Chaim Herzog im April 1987 erwiderte.

Positiv zu bemerken ist, dass nach der Wiedervereinigung 1990 die Kontakte und Konsultationen sich enorm verstärkten. Ab 1992 vollzog sich eine bemerkenswerte Entwicklung. Zwischen Bundeskanzler Kohl und den Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin, Shimon Peres und Benjamin Netanjahu kam es nun zu regelmäßigen jährlichen Begegnungen. Bundespräsident Roman Herzog reiste zweimal, 1994 und 1998, nach Israel. Insgesamt haben die Beziehungen in den letzten 20 Jahren eine Intensität angenommen, wie wir sie in den Jahren zuvor nie gekannt haben.

Was die internationalen Rahmenbedingungen anbelangt, so gilt es ebenso verschiedenste Faktoren zu berücksichtigen. Zum einen standen die bilateralen Beziehungen von Anfang an im Schatten des Nahost-Konflikts. Die Bundesrepublik gehörte neben den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien zu jenen Staaten, die es immer als ihre Pflicht ansahen und auch weiterhin ansehen, für das Existenzrechts Israels einzutreten. Diese Haltung wurde beispielsweise von befreundeten Regierungen, etwa Frankreich, in dieser Eindeutigkeit nicht uneingeschränkt geteilt. Ein durchgehender Streitpunkt waren Waffenlieferungen an Israel und an die arabischen Staaten. Die Militärhilfen im Sechs-Tage-Krieg 1967 fanden in der bundesdeutschen Öffentlichkeit breite Unterstützung. Die Ermordung elf israelischer Sportler durch palästinensische Terroristen während der Olympischen Spiele 1972 in München kühlten die deutsch-israelischen Beziehungen ab. Infolge des arabischen Öl-Embargos schwankte die Regierung Brandt 1973 in ihrer pro-israelischen Haltung. Sie beharrte zugleich auf der Fortsetzung des Dialogs mit der PLO, die damals weithin noch als terroristische Vereinigung angesehen wurde.



Zwar bot nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973 Bundeskanzler Schmidt Israel während der Waffenstillstandsverhandlungen mit Ägypten Unterstützung an, doch wurde das Verhältnis nach der Wahl von Ministerpräsident Menachem Begin 1977 aufgrund dessen ablehnender Haltung gegenüber den Deutschen erneut auf eine harte Probe gestellt. Für zusätzlichen Zündstoff sorgte 1981 die Zusage der Regierung Schmidt, Saudi-Arabien Leopard-2-Panzer zu liefern. Von daher war die Ausgangslage im deutsch-israelischen Verhältnis zu Beginn der Ära Kohl recht schwierig.

Ein zweiter Aspekt betrifft die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in den Europäischen Gemeinschaften, die im Grunde genommen immer dafür gesorgt hat, dass es auch gute Beziehungen zwischen Israel und der EG gegeben hat. Der Spagat, den die Bundesrepublik in der Nahost-Politik leistete, war in der Tat nicht einfach. Israelische Kritik an der Haltung der Deutschen kam wiederholt 1980 auf, als die Regierung Schmidt in der EG-Nahost-Erklärung von Venedig die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, die Aufgabe der seit 1967 andauernden territorialen Besetzung sowie ein Rückkehrrecht für die Palästinenser forderte und die Siedlungspolitik als illegal bezeichnete.

Bundeskanzler Helmut Kohl, der trotz des Einmarsches israelischer Truppen im Libanon 1982 die Beziehungen zu Israel als zentrales Element der deutschen Außenpolitik ansah, übernahm eine Vorreiterrolle für die Interessen Israels, besuchte im Januar 1984 und dann nochmals Juni 1995 offiziell das Land und setzte sich intensiv für eine Friedensregelung in Nahen Osten ein. Als Israel während des Golf-Krieges 1991 vom Irak bombardiert wurde, half Deutschland mit Militärlieferungen. Kohl gelang es 1994 nach langen persönlichen Bemühungen, Israel einen privilegierten Status bei der Europäischen Union zu sichern. Damit wurde angesichts der pro-palästinensischen, teils auch anti-israelischen Haltung europäischer Gremien in dem oftmals gespannten Verhältnis Israels zur EU ein wichtiger Markstein gesetzt.

Unabhängig davon sind die deutsch-israelischen Beziehungen stets vor dem Hintergrund des jeweiligen Verhältnisses der beiden Staaten zu Washington zu sehen und zu verstehen, egal, wie stark man den Einfluss der Vereinigten Staaten auf die Regierungen in Bonn und Jerusalem jeweils beurteilen mag.

Dies sind nur einige Schlaglichter, die es zu beachten gilt, wenn man sich mit der Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen in der Regierungszeit von Helmut Kohl auseinandersetzt. Heute ist Deutschland der größte Handelspartner Israels in Europa und nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte weltweit. Früher exportierte Israel vornehmlich Agrarprodukte nach Deutschland, heute sind es Industriegüter und Hightech-Produkte, die zu Wirtschaftsbeziehungen auf gleicher Augenhöhe führen. Konzerne wie Siemens, DaimlerChrysler, SAP, VW oder Henkel haben sich längst das enorme Potential zunutze gemacht und Niederlassungen in Israel gegründet. Städtepartnerschaft-

ten und ein ständiger Jugendaustausch sind selbstverständlich und für viele junge Israelis ist Berlin heute erfreulicherweise ein geradezu magischer Anziehungspunkt.

Die folgenden Beiträge widmen sich der Aufgabe, wichtige Aspekte der Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehung während der Regierungszeit Helmut Kohls nachzuzeichnen.



# Helmut Kohls Israelbild – Historisches Erbe, politische Verpflichtung\*

Andreas Wirsching

## I.

Im Mai 1981, rund anderthalb Jahre vor Helmut Kohls Kanzlerschaft, stand es um die Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland eher schlecht. Die Bundesregierung erwog zu dieser Zeit einen Waffen-Deal mit Saudi-Arabien, in dessen Mittelpunkt der mögliche Export des modernen Kampfpanzers Leopard II stand. Bundeskanzler Helmut Schmidt war gerade in Riad gewesen, wo er sich allerdings über die innenpolitische Opportunität der Leopard-Lieferungen skeptisch geäußert hatte. Dagegen gab der Kanzler am 30. April 1981 ein Aufsehen erregendes Fernsehinterview. Saudi-Arabien bezeichnete er hier als den nach den USA außerhalb Europas „politisch und wirtschaftlich wichtigsten Partner“ der Bundesrepublik. Zugleich sprach sich Schmidt für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser aus. Die PLO grundsätzlich als Terroristen zu betrachten, hieße dagegen, sie in die Arme Moskaus zu treiben. Israel erwähnte er mit keinem Wort.<sup>1</sup>

Daraufhin attackierte der israelische Premier Menachem Begin den deutschen Bundeskanzler mit einer beispiellos kalten Wut: Schmidts Haltung sei von „nackter Arroganz und Frechheit“ geprägt. Sie verrate „Habsucht“, weil er nur zwei Sachen sehe: „Waffen teuer zu verkaufen und Erdöl billig einzukaufen“. Schmidts Äußerungen seien ein Skandal, und er selbst, Begin, habe „dem deutschen Volk als Ganzem nie vergeben“. Er werde dies auch künftig nicht tun, „denn sie tragen gemeinsame Schuld“. Schmidt sei bis zum Ende ein guter Offizier Hitlers gewesen, der seinen Treueid nie gebrochen habe: „Und er hat an der Ostfront gekämpft. Ich weiß nicht, was er mit den Juden an der Ostfront

---

\* Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 26. Juni 2015 auf dem Petersberg in Königswinter.

1 Archiv der Gegenwart, 30. April 1981, S 7477. Zum Besuch Schmidts in Riad siehe Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD), 1981, Bd. I. Hg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, von Horst Möller, Gregor Schöllgen u. Andreas Wirsching. München 2012, Dok. 117–119 (27./28.4.1981), S. 650–671. Vgl. insgesamt Hubert Leber: Chancellor Helmut Schmidt, His Policy toward Israel, and the German Responsibility for the Jewish People, American Institute for Contemporary German Studies, Dezember 2015, <http://www.aicgs.org/publication/chancellor-helmut-schmidt-his-policy-toward-israel-and-the-german-responsibility-for-the-jewish-people/> (Abruf 3. August 2016).

gemacht hat. Niemand kann das wissen. Die Juden wurden hauptsächlich an der Ostfront vernichtet.“<sup>2</sup>

Hinter dieser Tirade mochte auch die Enttäuschung gestanden haben, dass Schmidt einer bestehenden Einladung, nach Israel zu kommen, nicht gefolgt, sondern stattdessen zu den arabischen Nachbarstaaten gereist war. Jedenfalls ließ der Vorgang das deutsch-israelische Verhältnis in einer nie dagewesenen Weise gefrieren, die man sich heute nur schwer vorstellen kann. Für das hier behandelte Thema wichtig ist, dass Helmut Kohl die Gelegenheit wahrnahm, sich zu positionieren. Tatsächlich hatte er sich erst verhältnismäßig spät in seiner politischen Laufbahn mit Israel und den deutsch-israelischen Beziehungen beschäftigt. Und nun meldete er sich zum Thema erstmals in der Öffentlichkeit markant zu Wort, nämlich am 7. Mai 1981, damals als Oppositionsführer im Bundestag.

Kohl wies in seiner Rede die Angriffe Begins „auf den frei gewählten Bundeskanzler der Bundesrepublik entschieden“ zurück: „Diese Form der persönlichen Herabsetzung und Diffamierung ist ein unerträglicher und unmöglicher Umgangston im internationalen Bereich und vor allem unter befreundeten Ländern.“<sup>3</sup>

Dieser bemerkenswerten Solidaritätsadresse an den innenpolitischen Gegner ließ Kohl nun aber eine ausführliche Stellungnahme zum Verhältnis der Deutschen zu den Juden und zu den deutsch-israelischen Beziehungen vor dem Hintergrund der NS-Geschichte und des Holocaust folgen. Diese Rede war programmatisch, und im Kern enthielt sie bereits vieles, was zu dem hier behandelten Thema insgesamt zu sagen ist.

Einerseits lässt sich Helmut Kohls Position gegenüber Israel relativ eindeutig bestimmen. Sie beruhte auf einigen wenigen Prinzipien, die er konsequent verfolgte und in denen er sich auch während seiner Kanzlerschaft nicht beirren ließ. Öffentliche Kritik und politischen Widerstand gegen sein Bild von den deutsch-israelischen Beziehungen fand er zwar nicht belanglos, teilweise litt er auch darunter, aber sie ließen ihn zu keinem Zeitpunkt von seiner Linie abweichen. Andererseits aber handelt es sich um ein komplexes und eher schwierige zu fassendes Thema. Denn wie jedes deutsche Bild von Israel stand auch dasjenige Helmut Kohls in einem komplizierten Spannungsfeld. Holocaust und Nationalsozialismus, deutsche Schuld und deutsche Verantwortung, Wiedergutmachung und das Lebensrecht des modernen Israel überlagerten sich dabei.

2 Archiv der Gegenwart, 7. Mai 1981, S. 7479. Zum Hintergrund vgl. Botschaftsrat Sikora an das Auswärtige Amt, 5. Mai 1981, in: AAPD 1981, Bd. II, Dok. 132, S. 745–748.

3 Rede Helmut Kohls im Rahmen der Debatte über eine Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt betr. seine Reise nach Saudi-Arabien und in die Vereinigten Arabischen Emirate, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 9. Wahlperiode, 34. Sitzung am 7. Mai 1981, S. 1714–1724, hier 1722.

## II.

In Helmut Kohls Rede vom 7. Mai 1981 waren zumindest in nuce *vier Grundsätze* erkennbar, die sein Israelbild prägten und die sich über die lange Zeit seiner Kanzlerschaft auch nicht substantiell veränderten.

Der erste dieser Grundsätze lässt sich als emotional unterlegte *Empathie für die Opfer* der deutschen Verbrechen unter dem Nationalsozialismus, das heißt vor allem: als Empathie für die Juden bezeichnen. Bei fast jeder zeitgeschichtlichen Betrachtung Helmut Kohls – und davon gab es bekanntlich viele – wurde dieses Bewusstsein für das Leid der Juden greifbar. Immer war Kohl zu starker Empathie für die Holocaust-Opfer fähig und häufig fand er hierfür eindrucksvolle Worte. In der zitierten Bundestagsrede unterstrich er, dass zur deutschen Geschichte auch Auschwitz, Treblinka und Dachau gehörten. Auch Menachem Begin, „der in seiner Familie Entsetzliches erlebt“ habe, verdiene entsprechenden Respekt. Und noch drei Jahre später kam Kohl im Parteipräsidium der CDU auf Begin zurück. Den Hass mancher Überlebender auf Deutschland könne er verstehen und wolle sich kein Urteil darüber erlauben: „Wissen Sie“, so sagte er mit Blick auf Begin, „wenn Sie dabei waren mit 18 Jahren, wie Ihr eigener Vater von der SS wie ein Hund ertränkt wurde, dann haben Sie normalerweise für den Rest Ihres Lebens einen Schock, den Sie nie mehr überwinden können. Ich habe nicht die Fähigkeit, darüber zu urteilen. Einer, der sich so freimachen kann, ist wahrscheinlich ein Heiliger.“<sup>4</sup>

In unzähligen öffentlichen Reden und internen Bekundungen legte Helmut Kohl von solcher Empathie für die jüdischen Opfer des NS-Terrors Zeugnis ab. Und zugleich zog er hieraus eine unhintergehbare Konsequenz, die bis heute einen starken Konsens in der politischen Kultur der Bundesrepublik repräsentiert. Diese Konsequenz lautete, wie Kohl dies im April 1985 beim vierzigjährigen Gedenken der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen formulierte: „Für die Untaten der NS-Gewaltherrschaft trägt Deutschland die Verantwortung vor der Geschichte. Diese Verantwortung äußert sich auch in nie verjährender Scham.“<sup>5</sup> Ausgehend von diesem Bild der NS-Geschichte leitete Kohl ein besonderes Verhältnis der Deutschen zum Staat Israel ab. Zu keinem Zeitpunkt ließ er einen Zweifel daran aufkommen, dass die Geschichte des NS-Regimes und der Holocaust Deutschland dauerhaft zur moralischen Unterstützung und zur Solidarität mit Israel verpflichteten: „Es gibt für uns

4 Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Bearbeitet von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 65). Düsseldorf 2013, S. 293 (22. April 1985).

5 Helmut Kohl: Trauer, mahnende Erinnerung und Versöhnung. Ansprache des Bundeskanzlers in der Gedenkstunde im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen, in: Bulletin der Bundesregierung vom 23. April 1985, S. 351.

keinen Zweifel daran, daß die moralischen Kategorien, die für das Verhältnis zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk gelten, auch die staatlichen deutsch-israelischen Beziehungen bestimmen.“<sup>6</sup> Vergangenheit war insofern auch in der Gegenwart wirksam und zeigte sich „in unseren ideellen und materiellen Verpflichtungen dem Staate Israel gegenüber“.

Solidarität gegenüber Israel bestand dann ganz selbstverständlich auch unabhängig von Meinungsverschiedenheiten im politischen Alltag: „Solche Meinungsverschiedenheiten können Einzelheiten der Politik betreffen, die Solidarität betrifft immer das Grundsätzliche.“<sup>7</sup> In dieser Beziehung sah sich Kohl stets in der direkten Nachfolge Konrad Adenauers, der die bundesdeutsche Wiedergutmachungspolitik als eine moralische Pflicht betrachtet und in Gang gesetzt,<sup>8</sup> und Ludwig Erhards, unter dessen Kanzlerschaft die Bundesrepublik im Jahre 1965 diplomatische Beziehungen mit Israel aufgenommen hatte.

Aber für Kohl endete zweitens die Betrachtung der NS-Geschichte nicht mit der Empathie für die Opfer. Über die Täter sprach er eher selten und wenn, dann eher vage und ohne die wirklich bohrende Frage nach der konkreten Schuld – darin war er übrigens seinem geschichtspolitischen Antipoden Richard von Weizsäcker durchaus ähnlich.<sup>9</sup> Stattdessen betonte Kohl regelmäßig, dass es keine generationenübergreifende Schuld und keine Kollektivschuld geben könne. Schon 1981, so unterstrich er in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag, gehörten 60 Prozent der Menschen den Nachkriegsgenerationen ohne eine bewusste Erinnerung an die Hitler-Zeit an. Und auch die damals Mitlebenden dürfe man nicht pauschal verurteilen: „Pauschalurteile über die mittlere und ältere Generation, die in jenen Jahren lebte, sind daher unerträglich.“ Kollektivurteile – wie sie etwa aus den Invektiven Menachem Begins

6 Gemeinsam die Würde des Menschen schützen. Ansprache beim Besuch des Premierministers des Staates Israel, Shimon Peres, in der Bundesrepublik Deutschland am 28. Januar 1986 in Bonn, in: Helmut Kohl: Die unentrinnbare Gegenwart der Geschichte. Bonn 1988, S. 30.

7 Helmut Kohl: Geschichte der Juden in Deutschland – Bestandteil der deutschen Geschichte. Ansprache auf der Internationalen Historischen Konferenz des Leo-Baeck-Instituts am 28. Oktober 1985 in Berlin, ebd., S. 26.

8 Hierzu vgl. Hanns-Jürgen Küsters (Hg.): Adenauer, Israel und das Judentum (Rhöndorfer Gespräche 20). Bonn 2004.

9 Vgl. hierzu Andreas Wirsching: Primärerfahrung und kulturelles Gedächtnis. Richard von Weizsäcker und die Erinnerung an den Nationalsozialismus, in: Frank Bajohr u. a. (Hg.): Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik. Festschrift für Axel Schildt. Göttingen 2016, S. 113–128. Kohls „Geschichtspolitik“ wies durchaus problematische Aspekte auf. Insbesondere neigte er dazu, die trübe Vergangenheit des NS-Regimes strikt auf die Periode von 1933 bis 1945 zu reduzieren. Dies konnte durchaus – wie bei der Bitburg-Affäre Anfang Mai 1985 – zur unangemessenen Distanzierung und vor allem zur Verwischung der Täter-Opfer-Relation führen. Hierauf kann im vorliegenden Zusammenhang nicht näher eingegangen werden. Vgl. insgesamt Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 473–481.

sprächen – seien „immer falsch“, „vor der Geschichte nicht haltbar“ und „für uns unerträglich“.<sup>10</sup> Für Helmut Kohls Geschichtsbild und sein Verhältnis zu Israel und den Juden war es von entscheidender Bedeutung, die deutsche Geschichte nicht in der moralischen Sackgasse der Jahre 1933 bis 1945 enden zu lassen. Sein Anliegen war, das hat er unzählige Male betont, dass diese Geschichte über 1945 hinaus weiterging und nicht in dem Abgrund von Schrecken und Schuld aufging, den NS-Regime, Weltkrieg und Holocaust aufgeworfen hatten. Wichtig war für Kohl demgegenüber zweierlei: Erstens gab es selbst während der NS-Zeit das „andere“ Deutschland, wie er es auch in der Bundestagsrede von 1981 betonte: „der 20. Juli, die Weiße Rose“ und auch die deutschen Opfer des Nationalsozialismus. Und zweitens hatten sich die Deutschen nach 1945 zu „einer geschichtlichen Leistung“ aufgerafft, „um eine neue Seite, ein neues Kapitel im Buch der Geschichte aufzuschlagen“.<sup>11</sup> Aus Sicht Kohls gehörten hierzu die Leistungen der Wiedergutmachung ebenso wie der Aufbau einer freiheitlichen und nach drei Jahrzehnten gefestigten Demokratie. Auch in den Beziehungen zu Israel und zu den Juden wollte Kohl die Bundesrepublik an diesen Leistungen, nicht aber an der nationalsozialistischen Vergangenheit allein gemessen wissen.

Dass diese Leistungen nicht immer und überall anerkannt wurden, kritisierte der Kanzler regelmäßig. Insbesondere klagte er über das deutlich negative Deutschlandbild, das aus seiner Sicht ein Großteil der amerikanischen Juden pflegte und reproduzierte. Als zum Beispiel 1983 in Washington das dortige United States Holocaust Memorial Museum geplant wurde, und dies mit erheblicher Unterstützung Israels und der amerikanischen Juden, betrachtete Kohl diese Entwicklung mit Befürchtungen. Für die Bundesrepublik werde dabei nichts anderes abfallen, als „daß das Bild von Auschwitz, Mauthausen, SS-Leuten, das ganze Elend des jüdischen Volkes in der Erfahrung mit Deutschen deutlich wird“. Was das Bild der Deutschen in den USA betraf, so kam für Kohl hier „ein Problem auf uns zu, das ich in der Dimension ungeheuer hoch einschätze“. Es gelte daher, dem etwas Positives an die Seite zu stellen wie etwa die Geschichte der deutschen Einwanderer in den USA und die gemeinsame deutsch-amerikanische Geschichte.<sup>12</sup> Ausführlich konnte Kohl diese Problematik im Oktober 1985 gegenüber Vertretern des internationalen B'nai Brith entwickeln. Das „amerikanische Judentum“, so erläuterte er, bereite ihm Sorge. Es gebe dort eine „beachtliche Deutschfeindlichkeit oder zumindest, wenn man es freundlich ausdrücken wolle, eine kalte Neutralität“ – eine

---

10 Rede im Deutschen Bundestag am 7. Mai 1981, S. 1723.

11 Ebd., S. 1722.

12 Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989, S. 83 (25. April 1983).



Denkhaltung, die Kohl für ungerecht, aber angesichts der fortbestehenden Bedrohung durch die Sowjetunion auch für gefährlich hielt.<sup>13</sup>

Deutlich wird also drittens: Trotz aller unzweifelhafter Empathie für die jüdischen Opfer der deutschen Verbrechen unter dem Nationalsozialismus lehnte Kohl es ab, hierfür eine dauerhafte moralische Schuld der Deutschen zu akzeptieren. Verantwortung, vielleicht auch politische Haftung im Sinne von Karl Jaspers<sup>14</sup> ja, Schuld nein: Schuld konnte für Kohl immer nur individuell, niemals aber kollektiv und generationenübergreifend sein. Eine moralische Verantwortung vor der Geschichte aufgrund der vergangenen deutschen Schuld akzeptierte Kohl, nicht aber eine wie auch immer geartete Fesselung der bundesdeutschen Politik mit vergangenheitspolitischen Argumenten.

Diese Auffassung lässt sich nachvollziehen, und im Kontext der Diskussion über den Nationalsozialismus und die „Vergangenheitspolitik“<sup>15</sup> traf Kohls Position wahrscheinlich die Seelenlage sehr vieler, wenn nicht der meisten Deutschen. Allerdings hatte die systematische Zurückweisung einer kollektiven und pauschalierenden deutschen Schuld für Kohl auch eine ganz spezifische politische Funktion. Denn er lehnte jede Tendenz einer Kollektivschuldthese auch dann vehement ab, wenn sie gar nicht behauptet worden war. Mit dieser teilweise fast gekünstelt wirkenden Ablehnung der Kollektivschuldthese wollte Kohl primär der bundesdeutschen Politik ihren adäquaten Bewegungsspielraum sichern. Sie bildete den entscheidenden Hebel, um in der Gegenwart auch gegenüber Israel eine Politik betreiben zu können, die nicht zur abhängigen Variablen der dunklen deutschen Vergangenheit wurde. In diesem Sinne verbat sich Kohl jeden Anschein einer Tendenz, aus der fatalen deutschen Geschichte eine moralische Zwangsjacke für die gegenwärtige deutsche Politik zu schneiden. Auch damit lag er genau auf der Linie Helmut Schmidts, der die zugrunde liegende Problematik etwa im April 1981 in dem schon erwähnten Fernsehinterview ebenfalls deutlich beim Namen nannte.<sup>16</sup>

So lautete aus Kohls Sicht gewissermaßen die Geschäftsgrundlage der deutsch-israelischen Beziehungen: grundsätzliche, aus dem schweren Erbe der Geschichte gewachsene Solidarität, auf deren Basis dann allerdings auch beträchtliche Meinungsverschiedenheiten entstehen und ausgetragen werden konnten. Es ging Kohl dabei um die Möglichkeit einer gleichsam realpolitischen Haltung gegenüber Israel, die zwar auf grundsätzlicher Verbundenheit

13 AAPD 1985 II, Dok. 282, S. 1453.

14 Karl Jaspers: Die Schuldfrage. Von der politischen Haftung Deutschlands. München 1965 (zuerst 1946).

15 Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996.

16 „Das ganze moralische, historische Gepäck, das ich einmal mit dem einzigen Stichwort Auschwitz bezeichnen möchte, belastet ja die gegenwärtige Generation und belastet unsere Außenpolitik.“ Archiv der Gegenwart, 30. April 1981, S. 7477.

beruhte, sich aber nicht durch die Geschichte und die deutsche Schuld im NS-Regime instrumentalisieren ließ und daher auch klare Kritik an der israelischen Politik erlaubte.

Das führt zu einem vierten Grundsatz in Helmut Kohls Israelbild, der für die bundesrepublikanische Außenpolitik entscheidend war. Kohl hielt nämlich eisen daran fest, dass die aus der geschichtlichen Verantwortung heraus gewachsene deutsch-israelische Freundschaft mit ebenfalls freundschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Staaten kompatibel sein müsse. Schon in seiner Rede vom 7. Mai 1981 betonte Kohl diese Kompatibilität. Zwar besäßen die Deutschen und gerade die „vielen Jüngeren und Jungen“ eine besonders herzliche Sympathie für das Volk und den Staat Israel. Aber gerade aus dieser Sympathie heraus würden die Deutschen vor der gewaltsamen Entwicklung im Nahen Osten erschrecken. Er betonte, dass wir, „die eine geschichtlich begründete, traditionelle Freundschaft zu der arabischen Welt besitzen, die wissen, daß unsere Kultur, unsere Wissenschaft unendlich viel aus diesem Austausch mit der arabischen Welt im Laufe der Geschichte gewonnen haben, diese Freundschaft erhalten wollen, aber dass wir von Herzen wünschen, daß die neugewonnene Freundschaft mit dem Volke und dem Staate Israel dadurch auch möglich ist“.<sup>17</sup>

Die hinter diesen Sätzen stehende Haltung warf freilich einige Probleme auf. Unklar blieb in jedem Fall, welche traditionellen Freundschaften mit welchen arabischen Staaten eigentlich gemeint waren. Handelte es sich um Syrien oder Libyen? Um Jordanien oder Ägypten? Oder Saudi-Arabien? Welche bundesdeutschen Rohstoff- und Wirtschaftsinteressen verbargen sich hinter solchen eher floskelhaften Rekursen auf deutsch-arabische historische Verbundenheiten? In der sensiblen Frage nach bundesdeutschen Waffenlieferungen für arabische Staaten tauchte diese Problematik regelmäßig wieder auf.<sup>18</sup>

Tatsächlich suggerierte eine solcherart historisch begründete politische Äquidistanz der Deutschen zwischen Israel und der „arabischen Welt“ eine chronologische Abfolge in den deutschen Freundschaftsbeziehungen mit dem Nahen Osten, die nicht jedem israelischen Politiker gefallen konnte: Zeitlich zuerst traditionelle und unerschütterliche Freundschaft mit den Arabern; ergänzt durch die herzliche Freundschaft mit Israel. In der konkreten Nahostpolitik bedeutete dies im Hinblick auf das Verhältnis zu Israel und zu den Arabern ein konsequentes „Sowohl als auch“ und keinesfalls ein „Entweder – oder“. Während seiner Kanzlerschaft hat Kohl diese Politik kontinuierlich verfolgt.

---

17 Rede im Deutschen Bundestag am 7. Mai 1981, S. 1722.

18 Siehe etwa die Aufzeichnung des Botschafters Niels Hansen vom 8. Juli 1983, in: AAPD 1983 Bd. II, Dok. 209, S. 1081–1085.

Er wollte, wie er sagte, „nicht mit verschiedenen Zungen an verschiedenen Orten sprechen“.<sup>19</sup>

Besonders klar resümierte Kohl diese Position im Anschluss an seine erste Nahostreise, die ihn im Oktober 1983 nach Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien führte. Das war die erste direkte Erfahrung, die Kohl in der Region machte. Und sogleich wurde er massiv mit den arabischen Gravamina konfrontiert – zunächst in Jordanien, wo König Hussein unverblümt die „eskalierenden israelischen Übergriffe und unmenschlichen Praktiken“ im Westjordanland und die „Israelisierung der Städte“ infolge der Siedlungspolitik anprangerte. Kohl blieb in seiner Antwort wenig konkret, ganz offensichtlich war er sich bewusst, dass er bei jedem Satz, den er dem jordanischen Gastgeber gegenüber äußerte, zugleich auch den israelischen Gesprächspartner meinte. Kohl sprach daher zwar von der „traditionellen Freundschaft“ der Deutschen mit der arabischen Welt, fügte jedoch sogleich hinzu: „Wenn ich vom Existenz- und Sicherheitsrecht der Staaten der Region spreche, so schließt das Israel ein, aber ebenso selbstverständlich Jordanien.“<sup>20</sup>

Insofern bestätigte er nun operativ seine Position von 1981 und fühlte sich auch in ihr bestätigt: Man habe „alte traditionelle Freunde in den arabischen Ländern“, und man habe glücklicherweise nach den entsetzlichen Taten der Nazis neue Freunde in Israel gewonnen, so berichtete er dem CDU-Bundesvorstand. Konkret bedeute das: „Wir dürfen uns von keiner der beiden Seiten in die Position des Entweder-Oder drängen lassen, wir müssen eine Position des Sowohl-Als-Auch haben. Das heißt im Klartext: Niemand in Dschidda kann die Entscheidung der deutschen Politik treffen, aber auch niemand in Tel Aviv.“ Zwar könne kein Deutscher über Probleme dieser Region reden, „ohne sich nicht gleichzeitig daran zu erinnern, was einmal in deutschem Namen geschah. Aber es ist völlig ausgeschlossen, daß wir, weil das in deutschem Namen geschah, zu allem und jedem Amen sagen, was dort in der Politik geschieht“.<sup>21</sup>

Die konkrete Folge dieser Haltung war eine dezidierte Kritik an der israelischen Siedlungspolitik. Vor allem in der Frühzeit seiner Kanzlerschaft machte Kohl keinen Hehl daraus, dass er die Art und Weise der israelischen Siedlungspolitik auf der Westbank nicht billigte. Bereits bei seinem ersten Zusammentreffen mit dem damaligen israelischen Außenminister Schamir im Februar 1983 kritisierte Helmut Kohl unzweideutig die israelische Siedlungspolitik.<sup>22</sup> Und Anfang der 1990er Jahre war er davon überzeugt, „daß es keine wirkliche

19 Zit. nach Henning Köhler: Helmut Kohl. Ein Leben für die Politik. Köln 2014, S. 421.

20 FAZ vom 7. Oktober 1983.

21 Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989, S. 154 (24. Oktober 1983).

22 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Februar 1983.

Friedensregelung geben wird, wenn man nicht für die Palästinenser eine Regelung findet“.<sup>23</sup>

Auch am Ende seiner Kanzlerschaft hatte sich an diesem Kompatibilitätsprinzip nichts Entscheidendes geändert: „Wir treten für die Sicherheit Israels ein, aber wir sehen auch die berechtigten Interessen seiner Nachbarn, insbesondere die der Palästinenser. Haß und Gewalt, Leid und Vertreibung müssen in dieser Region ein Ende haben. Der Osloer Friedensprozeß hat gezeigt, daß ein vernünftiger Ausgleich israelischer und arabischer Interessen mit gutem Willen und dem nötigen Weitblick – und trotz mancher Rückschläge – möglich ist.“<sup>24</sup>

### III.

Die genannten vier Grundsätze lassen gut erkennen, wie sich Helmut Kohls Kompass gegenüber Israel zusammensetzte. Die Anerkennung der nationalsozialistischen Verbrechen und die entsprechende Empathie gegenüber den Opfern der Gewaltherrschaft und ihren Hinterbliebenen waren die entscheidende geschichtspolitische und moralische Grundlage; und dass den Deutschen aus dieser Geschichte eine besondere historische und politische Verantwortung für Israel erwachsen war, stand für Kohl auch zu keinem Zeitpunkt in Frage. Gleichzeitig aber wies er jede Idee einer kollektiven, generationenübergreifenden oder moralischen Schuld des gegenwärtigen Deutschland und seiner politischen Vertreter vehement zurück. Die deutsche Geschichte endete nicht 1945. Sie war weitergegangen, und die jüngeren Generationen hatten in der Bundesrepublik eine stabile, freiheitliche Demokratie aufgebaut. Dies galt es zu würdigen und erlaubte es auch, gegenüber Israel eine realpolitische, selbstbewusste und, wenn nötig, kritische Haltung einzunehmen. Überdies sollte die Politik gegenüber Israel kompatibel sein mit den traditionell guten Beziehungen Deutschlands zu den Arabern. Deren Position in der deutschen Außenpolitik sollte nicht unter einer überdeutlichen Präferenz für Israel leiden.

So etwa lautete die nahostpolitische Matrix, mit der Helmut Kohl seine Kanzlerschaft begann. Sie lag auch seinem ersten Israel-Besuch im Januar 1984 zugrunde, den die deutsche und israelische Öffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit verfolgte. Kohls Israel-Reise diente im Grunde als Ersatz für den von Helmut Schmidt verweigerten Besuch und zog entsprechend große Erwartungen auf sich. Aber sie stand unter keinem günstigen Stern. Zunächst

---

23 Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Bearbeitet von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 64). Düsseldorf 2012, S. 249 (22./23. Februar 1991).

24 Interview Kohls, in: Bulletin der Bundesregierung vom 27. Mai 1998.

war sie schon für August 1983 geplant gewesen, zusammen mit Kohls Besuch in Jordanien und Ägypten; dann allerdings musste sie kurzfristig abgesagt werden, da Ministerpräsident Menachem Begin überraschend zurückgetreten war. So kam es zu der etwas unglücklichen Konstellation, dass Kohl, bevor er nach Israel reiste, bereits in Riad, Amman und Kairo gewesen war. Und nicht genug – bei diesen Gesprächen war es nach wie vor um die Frage deutscher Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien gegangen. Da Kohl nur die Lieferung des deutschen Vorzeigepanzers Leopard 2, nicht aber den Export leichterer Waffen, ausschließen wollte, stand sein Besuch in Israel von vornherein unter einer unübersehbaren Spannung.<sup>25</sup>

Schon bei seiner Ankunft auf dem Flughafen Ben Gurion präsentierte Kohl seine israelpolitische Matrix. Er betonte, er komme „als Vertreter eines neuen Deutschlands, als erster Bundeskanzler aus der Nachkriegsgeneration“, der die Achtung der Menschenwürde, Gerechtigkeit, Friede und Freiheit die obersten Gebote seien. Zugleich ließ er die Politik des „Sowohl als auch“ anklingen, wenn er – ebenfalls noch auf dem Flughafen – mahnte, daß alle Völker der Nahostregion und alle Konfliktparteien in gesicherten Grenzen leben müssten.<sup>26</sup>

Auch in seinen späteren Reden während des Israel-Aufenthalts kam Kohl regelmäßig auf diesen Dreiklang zurück. Die junge deutsche Generation, die nun schon 60 Prozent der Bevölkerung ausmache, begreife Geschichte nicht als Last, sondern als Auftrag für die Zukunft. Sie sei bereit, Verantwortung zu tragen, aber weigere sich, „sich selbst kollektiv für die Taten der Väter schuldig zu bekennen“. Wenn viele der „gutwilligen Deutschen von heute das Gefühl vermittelt bekämen, daß sie an einer Kollektivschuld tragen müßten“, so empfände Kohl dies, wie er Ministerpräsident Schamir wissen ließ, „als eine schlimme Sache“.<sup>27</sup> Und in diesem Sinne sprach Kohl dann auch vor der Knesset sein vielzitiertes, wenngleich von Günther Gaus stammendes Wort von der „Gnade der späten Geburt“, der er selbst teilhaftig geworden sei.<sup>28</sup> Zu den politischen Zielen im Nahen Osten zählte Kohl explizit die wechselseitige Anerkennung der Rechte Israels und aller anderen Staaten in der Region. „Weder das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes noch das Existenzrecht Israels dürfen auf Kosten des jeweils anderen verwirklicht werden“ – erneut also das Prinzip des „Sowohl als Auch“.

In der deutschen Öffentlichkeit wurde Kohls Israelbesuch, der von mehreren Protesten begleitet war, allgemein als Desaster empfunden. Henning Köhler

25 Vgl. Wirsching: Abschied vom Provisorium, S. 476f. Kohls eigene Darstellung in: Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 218–234.

26 Bulletin der Bundesregierung Nr. 13 vom 2. Februar 1984, S. 109.

27 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Shamir in Jerusalem am 24. Januar 1984, in: AAPD 1984 I, Dok. 18, S. 95.

28 Bulletin der Bundesregierung Nr. 13 vom 2. Februar 1984, S. 113.

hat in seiner Kohl-Biographie zwar gezeigt, wie stark dieses Bild auch von den Medien konstruiert wurde.<sup>29</sup> Liest man aber die Reden, die Kohl in Israel hielt – als Neuling auf diesem Gebiet – dann wird doch sehr deutlich: Seine politische Sprache war konsequent, keine Frage. Er sprach mit der gleichen Zunge, wie ein Vierteljahr zuvor in den arabischen Nachbarstaaten; und er war mutig in dem, was er in welcher Weise ansprach. Aber insgesamt folgte er doch dem Schematismus der israelpolitischen Matrix, auf die er sich schon seit einigen Jahren festgelegt hatte. Dazu gehörte es, eine kollektive Schuld der Deutschen auch dann zurückzuweisen, wenn sie in dieser Form niemand behauptet hatte. Eine solche rhetorische Figur hatte im übrigen Tradition in Deutschland. Schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit wehrten sich die Deutschen gegen eine alliierte Kollektivschuldthese, die es in dieser Form nicht gab; ja, sie erfanden sie geradezu, um sie den Alliierten als Vorwurf zurückzugeben.<sup>30</sup>

1984 konnte das ebenso wenig funktionieren wie nach 1945. Die NS-Geschichte war noch viel zu nah, als dass der generationelle Distanzierungsversuch, den Kohl unternahm, in Israel verfangen hätte. Dass er dort überdies die Geschichte der Waffen-SS faktisch verharmloste und es überdies rechtfertigte, dass die HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS) von der Liste der vom Verfassungsschutz zu beobachtenden Organisationen entfernt worden war, trug nicht dazu bei, die Sympathien der Israelis zu gewinnen.<sup>31</sup>

Richtet man indes den Blick auf die gesamte Dauer von Helmut Kohls Kanzlerschaft, so erweist sich, dass seine Israelpolitik, die in vielem an die seines Vorgängers anknüpfte, die deutsche Außenpolitik im Ganzen maßgeblich prägte. Das galt insbesondere während der kritischen Phase vom Dezember 1989, als Kohl mit seinem Zehnpunkteplan zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas<sup>32</sup> nicht wenige verschreckte. Die offenkundige Tendenz zur Wiedervereinigung provozierte in Israel kritische Stimmen und Erinnerungen an den Holocaust, nicht zuletzt auch bei Ministerpräsident Schamir selbst: Kohl indes schrieb an Schamir, die Deutschen hätten sich selbst eine freiheitlich-demokratische Grundordnung gegeben, seien seit Jahrzehnten in die Wertegemeinschaft des Westens eingebunden. „Über 40 Jahre hindurch haben sie [die Deutschen] unter Beweis gestellt, daß sie aus der Geschichte ge-

---

29 Köhler: Helmut Kohl, S. 417–427.

30 Norbert Frei: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen. München 2005.

31 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Schamir in Jerusalem am 24. Januar 1984, in: AAPD 1984 I, Dok. 18, S. 97 f.

32 Wortlaut des am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag vorgestellten Plans unter [www.kas.de/upload/dokumente/2008/6020/zehn-punkte.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/2008/6020/zehn-punkte.pdf) (Abruf 10. Juni 2016).

lernt haben.“ Folglich waren die Deutschen und ihre Politik nun auch nicht mehr durch den Verweis auf die Geschichte angreifbar.<sup>33</sup>

#### IV.

Die deutsche Wiedervereinigung und der Friedensprozess im Nahen Osten der 1990er Jahre erleichterten Kohl und der deutschen Außenpolitik ihre israelpolitische Matrix. Mit den beiden Oslo-Abkommen 1993 und 1995 schien es, als ob das Prinzip des „Sowohl als Auch“ in konkrete Versöhnungspolitik umgesetzt werden könnte. Nach seinem zweiten Israel-Besuch im Jahre 1995 war Kohl denn auch, „was den Friedensprozeß zwischen Jordanien, den Palästinensern und Israel betrifft“, erstmals optimistisch.<sup>34</sup> Zugleich blieb sich Kohl selbst treu, indem er weiterhin für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eintrat und trotzdem in die Rolle eines Freundes Israels hineinwuchs. Kohl stand für diese Politik und fand im übrigen bei vielen Kontakten mit israelischen Politikern und Vertretern der jüdischen Gemeinden in Deutschland und in den USA immer wieder sehr direkte, persönliche und durchaus ergreifende Worte.<sup>35</sup>

In der Person Helmut Kohls verdichtete sich somit der Wandel der Position Deutschlands zwischen 1984 und 1998. Gerade auch das vereinigte Deutschland erwarb Vertrauen in Israel aufgrund einer berechenbaren Politik. Und in dem Maße, in dem seine Vergangenheit während Kohls Kanzlerschaft noch einmal um fast eine Generation zurücktrat, ließ sich auch leichter über tagespolitische Dinge reden. Als Kohl 1995 erneut Israel besuchte, wurde er daher mit großen Ehren empfangen, ja fast mit Ehrungen überhäuft. Es gab keinerlei Missstimmungen wie 11 Jahre zuvor: „Ich habe auch auf der Straße nur positive Erfahrungen gemacht.“ Der einzige Ort, „wo ich dumm, um nicht zu sagen saudumm angequatscht wurde“, war während eines Gespräches mit dem Repräsentanten der Evangelischen Kirche: „Da waren auch Theologiestudentinnen und -studenten aus Deutschland. Bei denen machte ich voll Bekanntschaft mit den inneren Qualen, die manche Theologiestudenten evangelischer Fakultäten mit dem Helmut Kohl als Figur haben. Das waren solche Typen, vor allem die Wortführerin. Ich glaube, diese Dame hat an nichts im Leben Freude, und ich gönne ihr das auch.“<sup>36</sup>

33 Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Premierminister Shamir vom 1. Dezember 1989, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. München 1998, Dok. 106, S. 594.

34 Kohl: Berichte zur Lage 1989–1998, S. 682 (12. Juni 1995).

35 Siehe etwa die Reden in: Helmut Kohl: Die unentrinnbare Gegenwart der Geschichte.

36 Kohl: Berichte zur Lage 1989–1998, S. 683 (12. Juni 1995).

Nichts könnte den Stimmungswandel besser illustrieren: zwischen 1984, wo Kohl erhebliche Proteste in Israel und zu Hause fast die gesamte Presse gegen sich hatte, und 1995, wo er allein auf den Protest einiger Theologiestudenten traf, den er mit einer für ihn typischen lässigen Geste wegwischen konnte.





# Helmut Kohl und die deutsch-israelischen Beziehungen aus israelischer Perspektive\*

Mordechay Lewy

Was ich im Folgenden über Helmut Kohl und die deutsch-israelischen Beziehungen ausführen werde, ist die Sicht eines zeitweiligen Zeugen, der nur in einigen Episoden nahe genug an den Ereignissen war, um persönliche Eindrücke und Erfahrungen wiederzugeben. Da die Kanzlerschaft Helmut Kohls 16 Jahre gedauert hat, ist es notwendigerweise ein nur fragmentarisches Bild von der israelischen Dimension seines politischen Schaffens. Neben den eigenen Erfahrungen habe ich einige kürzlich veröffentlichte Dokumente aus dem israelischen Staatsarchiv zu Rate gezogen. Sie sind alle im Internet verfügbar, allerdings auf Hebräisch. Auf autobiographische und andere gedruckte Quellen habe ich nur gelegentlich zurückgegriffen. Außerdem, mit der gebotenen Zurückhaltung, auf Pressematerialien.

Auffallend ist, dass die deutsche Berichterstattung über Helmut Kohl häufig weniger sachlich denn wertend, ja, teilweise außerordentlich meinungsstark ausfiel. Im Vergleich dazu ist die israelische Berichterstattung über Kohl geradezu wortkarg. Die Priorität des öffentlichen Interesses in Israel war damals wie auch heute eher nach innen gerichtet. Henry Kissinger sagte einmal, dass Israel keine Außenpolitik habe, sondern nur Innenpolitik.

Bei meinen Ausführungen lege ich die Schwerpunkte auf folgende Episoden der deutsch-israelischen Beziehungen:

Erstens die Abdankung Menachem Begins und den nicht zu Stande gekommenen Besuch Kohls in Israel Ende August 1983; zweitens Kohls Besuch bei Begins Nachfolger Itzhak Schamir Ende 1984 und sein Bemühen, sich dabei als Vertreter eines neuen, geläuterten Deutschland zu präsentieren – Stichwort Gnade der späten Geburt; drittens die Schwierigkeiten Israels, die deutsche Einheit zu akzeptieren und in diesem Zusammenhang den diesbezüglichen Briefwechsel zwischen Kohl und Schamir 1989; viertens schließlich das Eintreten Helmut Kohls für die Sicherheit Israels seit dem ersten Irakkrieg 1991.

In seiner jüngst erschienenen Biographie Helmut Kohls unterteilt Hans-Peter Schwarz dessen Kanzlerschaft in zwei große Teile. Der erste, von 1982 bis 1989, steht unter der Überschrift: „Ein mittelmäßiger Bundeskanzler?“ Der zweite von 1989 bis 1998 stellt den erfolgreichen Kanzler der Einheit und Architekten eines neuen Europa in den Vordergrund.<sup>1</sup> Ich werde versuchen, aus israelischer Sicht zu beantworten, ob das Fragezeichen hinter der Charakteri-

---

\* Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 26. Juni 2015 auf dem Petersberg in Königswinter.

1 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012.

sierung „mittelmäßig“ gerechtfertigt ist oder nicht. Zu fragen ist auch, ob Kohl in seinen Vorstellungen und seiner Politik gegenüber Israel – gewissermaßen statisch – stets die gleichen Ziele, Ansätze und Überzeugungen verfolgte oder ob man hier nicht eher von einer Dynamik ausgehen muss.

### I.

Der neue Bundeskanzler Kohl sammelte ohne sein Zutun allein schon durch seinen Amtsantritt Pluspunkte in Israel – einfach deshalb, weil er zwar Helmut mit Vor-, aber eben nicht Schmidt mit Nachnamen hieß. Die deutsch-israelischen Beziehungen auf höchster Ebene, also zwischen Begin und Kohls Vorgänger Schmidt, waren frostig gewesen, um es milde auszudrücken. Für die Diplomaten, die die bilateralen Beziehungen zu pflegen hatten – ich war damals in Bonn einer von ihnen – waren es schwere Zeiten in den Jahren 1981/82. Ein der CDU nahestehender Journalist fragt bei uns in der Botschaft an, ob etwas Wahres an Begins Beschuldigung gegenüber Schmidt wegen dessen angeblicher Nazi-Vergangenheit sei. Ich stand vor der heiklen Aufgabe, meinen Premierminister nicht zu desavouieren, gleichzeitig aber den Fragenden nicht auf eine falsche Fährte zu führen. Die Möglichkeiten zu einer nachhaltigen Verbesserung des deutsch-israelischen Verhältnisses waren durch den Regierungswechsel in Bonn im Oktober 1982 gegeben. Kohl äußerte in einer Kabinettsitzung im Februar 1983, er sei bereit, in dieser Reihenfolge Israel, Ägypten und Saudi-Arabien zu besuchen, aber Termine seien noch nicht festgelegt.

Die Tatsache, dass sowohl Israel als auch Saudi-Arabien als Besuchsziele vorgesehen waren, spricht dagegen, dass zu diesem Zeitpunkt bereits eine Vorentscheidung Kohls über die von den Saudis gewünschte Lieferung deutscher Leopard-Panzer gefallen war. Vielmehr hatte der Kanzler die Absicht, beim Besuch in Israel das Ausmaß des dortigen Widerstands gegen dieses Rüstungsgeschäft auszuloten. Er konnte sich hinsichtlich der Stimmung durch Staatsminister Alois Mertes und den damaligen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Volker Rühle informieren lassen, die bereits entsprechende Sondierungen zu dieser Thematik in Israel durchgeführt hatten, wobei sie von mir begleitet worden waren.

Der neue Bundeskanzler bereitete sich akribisch auf die Reise und auf das Treffen mit Ministerpräsident Begin vor. Aber es kam anders. Eine Woche vor dem vereinbarten Treffen am 31. August 1983 waren Gerüchte im Umlauf, denen zufolge Premier Begin in einer persönlichen Krise stecke und es ungewiss sei, ob er den Kanzler empfangen könne. Die Vorbereitungen in Jerusalem liefen zu diesem Zeitpunkt ebenfalls auf Hochtouren und wurden fortgesetzt, da von der Kanzlei des Premierministers keine gegenteiligen Anweisungen kamen. Allerdings drangen die Gerüchte bis nach Bonn. Man versuchte sich auf

deutscher Seite mehrmals zu vergewissern, ob der Besuch noch genehm war. Keine der Seiten wollte den ersten Schritt zu einer Verschiebung tun, zumal Bundeskanzler Helmut Schmidt acht Jahre lang einen Israelbesuch vermieden hatte. Es hieß in Jerusalem, dass es unter Schmidt lediglich ein Komma im Verhältnis zwischen beiden Ländern gegeben habe. Kohl müsse jetzt für einen neuen Bindestrich sorgen.

In der wöchentlichen Kabinettsitzung, am Montag, dem 28. August 1983, zwei Tage vor dem geplanten Kanzlerbesuch, verkündete Begin seinen Entschluss, aus persönlichen Gründen vom Amt des Ministerpräsidenten zurückzutreten. Er sei nur zu dieser Kabinettsitzung gekommen, um diese Mitteilung zu überbringen und so das Verfahren zur Regelung der Nachfolge in Gang zu bringen.

Tags darauf, am Dienstag, verfasste Begin sein Rücktrittsschreiben an Staatspräsident Herzog. Da im Kabinett Zweifel laut geworden waren, ob es klug sei, die Demission einzureichen, bevor man sich auf einen neuen Ministerpräsidenten geeinigt habe, wurde es allerdings erst am 15. September 1983 offiziell übergeben, als Itzhak Schamir als Nachfolger feststand.

Alles war schon vorbereitet für den hohen Besuch, deutsche Flaggen wehten entlang der Straßen in Jerusalem, wo Kohl sein Programm absolvieren wollte. Auch in Bonn war indessen klar, dass der Besuch nicht stattfinden konnte. Eine kurze gemeinsame Erklärung der beiden Außenminister, Hans-Dietrich Genscher und Itzhak Schamir, sollte deutlich machen, dass die Absage nicht etwa als Folge einer diplomatischen Verstimmung zu verstehen sei. Begin hat nie öffentlich erklärt, warum er zwei Tage vor dem geplanten Kanzlerbesuch abgedankt hat. Es hatte allerdings absolut nichts mit seiner Haltung gegenüber Deutschland zu tun. Sein bekanntes Trauma gegen alles Deutsche hatte er inzwischen unter Kontrolle gebracht und als Ministerpräsident bereits mehrere deutsche Besucher protokollmäßig empfangen. Heute wissen wir von seinen engsten Weggefährten, dass er den Tod seiner Frau im November 1982 seelisch schwer verkraftet hatte. Der Verlauf des Libanon-Krieges hatte ihn zusätzlich in Schwermut versetzt. Zwischen dem 16. und dem 18. September 1982 hatten falangistische Milizen in den zu dieser Zeit von israelischen Truppen umstellten Flüchtlingslagern Sabra und Schatila zahlreiche Palästinenser ermordet. Begin meinte nach der Veröffentlichung der Befunde der Untersuchungskommission über die Vorfälle, dass er als Premier dafür verantwortlich sei, obwohl die Richter ihm keine persönliche Schuld zugesprochen hatten. Im Sommer 1983 blieb er wochenlang zu Hause, nahm keinerlei Termine, auch keine Kabinettsitzungen, wahr. Dieses scheint das bestgehütete Geheimnis in Israel gewesen zu sein. Ein Besuch beim amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in Washington im Juli 1983 wurde ebenfalls abgesagt. Begin hatte wohl die Absicht, schon anlässlich seines 70. Geburtstages am 16. August 1983 seinen Rücktritt zu verkünden, ließ den Termin dann aber verstreichen.

Angesichts dessen, was wir heute über Begins damalige Gemütsverfassung wissen, wirkt es befremdlich, dass die Vorbereitungen zum Kohl-Besuch „business as usual“ liefen.

## II.

Helmut Kohl empfand sich selbst als Nachfolger von Konrad Adenauer im Versöhnungswerk gegenüber der jüdischen Welt und Israel. Er meinte, aufgrund der „Gnade der späten Geburt“ glaubwürdig als Vertreter eines neuen Deutschland auftreten zu können. Damit wollte er unterstreichen, dass er zu jung war, Jahrgang 1930, um in der nationalsozialistischen Zeit Täter oder auch nur Mitläufer gewesen zu sein. Klar machen muss man sich, dass das in Deutschland so sehr umstrittene Diktum von der „Gnade der späten Geburt“ in Israel nur Eingeweihte, die Deutschland kannten, beschäftigt hat. Für die breitere Öffentlichkeit in Israel blieb es weitestgehend unbemerkt. Kohl hat mehrmals diese Formulierung benutzt, schließlich auch in Israel. Vor der Knesset sagte er: „Ich rede vor Ihnen als einer, der in der Nazi-Zeit nicht in Schuld geraten konnte, weil der die Gnade der späten Geburt und das Glück eines besonderen Elternhauses gehabt hat.“

Diese Aussage hielt auch ich damals als Deutschlandkenner für bedenklich, und zwar nicht wegen der moralischen Absolution, die Kohl seiner Generation gegenüber der schuldhaften älteren erteilte. Als führender Politiker wertete er in meinen Augen sich selbst und sein Volk ungewollt ab, da er keine nachahmenswerten Taten gegen die Nazis wie Mut und Zivilcourage als richtungweisend empfahl. Stattdessen setzte er das Geburtsdatum als den Scheidepunkt zwischen Schuld und Unschuld. Später hat Kohl 1990 seine Aussage präzisiert, was die Sache allerdings nicht viel besser gemacht hat, nämlich dahingehend, dass „Gnade“ nichts weiter meine als den Zufall des Geburtsdatums.

Kohl verwendete auch die in meinen Augen nicht unproblematische Formel „Verbrechen im deutschen Namen“. Eine solche Wortwahl konnte auch als Entlastung des Tätervolkes missverstanden werden. Mit seinem eher konservativen Geschichtsverständnis dürfte Helmut Kohl sich weitgehend im Einklang mit dem größten Teil seiner Wählerschaft befunden haben. Mit der späteren Geburt meinte er, in Israel den Schlüssel zur Normalisierung der Beziehungen gefunden zu haben. Ausgerechnet beim Besuch in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, wo deutsche Besucher befangener als sonst sind, hat Kohl diese Normalität zur Schau stellen wollen. Statt demütig zu schweigen, hat er ständig die Erklärungen des Vertreters von Yad Vashem kommentiert. Einmal sagte er sogar beim Display über die nationalsozialistische „Machtergreifung“: „Sie brauchen mir nichts zu erklären, ich kenne meine eigene Geschichte.“ Wohl wahr! Dieses Verhalten war insofern ungeschickt, als es sich doch bis nach Bonn herumgesprochen haben müsste, dass der Besuch eines deutschen Regie-

rungschefs in Yad Vashem einen hohen symbolischen Charakter hat und sein Auftreten dort sowohl von den Gastgebern wie auch von den Medien genauestens beobachtet und beurteilt wird. Im Nachhinein wurde deutlich, dass der Bundeskanzler offenbar schlecht beraten war, den Besuch auf eine Länge von vier Tagen auszudehnen. Dadurch stand er zu lange unter ständiger Beobachtung einer ihm nicht wohlgesonnenen Presse. Die Berichterstattung der israelischen Medien fiel zwar recht dünn aus. „Haaretz“ etwa brachte ein einziges Foto und zwar von Kohls Besuch auf dem Tempelberg. Es zeigte ihn umringt von muslimischen Geistlichen und trug die nicht anders denn als bösartig zu bezeichnende Unterschrift „Der deutsche Bundeskanzler mit dem Mufti von Jerusalem, dessen Vorgänger mit Hitler über die Endlösung der Juden konferierte“.

Alle diese negativen Zwischentöne konnten indes nicht die eigentlich guten und konstruktiven bilateralen Gespräche mit Gastgeber Schamir beeinträchtigen. Eine neue, vertrauensvollere Ära hat begonnen, aber die erhoffte völlige Normalisierung ließ noch auf sich warten. Der Chefkoch im damaligen Hilton-Hotel Jerusalem hatte übrigens einen kreativen Einfall. Im Rahmen des Staatsbanketts ließ er unter anderem eine neue Gemüsekreation servieren und nannte sie „Kohl mit Dill“ – das hebräische Wort „Schamir“ bedeutet auf Deutsch nämlich „Dill“.

Die ersten Jahre der Kanzlerschaft Kohls waren bekanntlich nicht frei von gelegentlichen Ausrutschern, auch gegenüber Israel. Sein aufrechter Wille, die Beziehungen zu verbessern, sollte dennoch nicht angezweifelt werden. Er wollte es auch besser machen als sein Vorgänger Helmut Schmidt. Dessen Verhältnis zu Israel war nicht zuletzt beeinflusst durch die Beziehungen seiner Partei, der SPD, zur israelischen Arbeitspartei, mit der man in der Sozialistische Internationale (SI) verbunden war. Gestalteten sich diese Beziehungen schon nicht unkompliziert, unter anderem aufgrund eines in den 1970er Jahren zunehmend israelkritischen Diskurses in der SI, so führte der Wahlsieg des Likud im Jahre 1977 zu einer weiteren Verschlechterung. Erschwerend kam hinzu, dass der neue Premier, Menachem Begin, erklärtermaßen gegen Kontakte zu Deutschland war. So kam es zu einer erheblichen Reduzierung der politischen Besuche aus Bonn. Kohl hatte dies als Oppositionsführer wiederholt bemängelt und war entschlossen, hier für eine deutliche Verbesserung zu sorgen.

Die Wahl Richard von Weizsäckers zum Bundespräsidenten im Juli 1984 war in diesem Zusammenhang ein Glücksfall für Kohl. Die auch in Israel viel beachtete Rede anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom NS-Schreckensregime und die gegenseitigen Besuche von Weizsäckers und des israelischen Staatspräsidenten Chaim Herzog milderten auch die erwähnten gelegentlichen Ausrutscher Kohls. Obwohl Helmut Kohl bis 1988 aus der Perspektive Israels fraglos als ein eher mittelmäßiger Kanzler erschien, gelang

es ihm dennoch, in den bilateralen Beziehungen eine deutliche Intensivierung und Verbesserung herbeizuführen.

### III.

Anlässlich des 25. Jahrestages des Mauerfalls sind einige diplomatische Depeschen aus dem israelischen Staatsarchiv veröffentlicht worden. Diese widerspiegeln die Stimmung im Außenministerium zur Zeit der Wende. Am 15. Oktober 1989, also mehr als drei Wochen vor dem Fall der Mauer, wurde vom Botschaftsrat Gadi Cohen ein Bericht aus Bonn verfasst. Darin heißt es unter anderem: „Das Wesen der möglichen Änderungen ist nicht klar abzusehen, aber zunächst wird sich wahrscheinlich ein Dialog zwischen den DDR-Machhabern und den Kritikern innerhalb des Regimes anbahnen. Auch wenn diese nicht ganz erwünscht sind, könnte der Dialog zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten führen. Ihr Ende könnten Repressionen im chinesischen Stil oder weitgehende Reformen und Liberalisierung sein. Die Liberalisierung scheint eher die plausiblere Option zu sein. Diese wird gezwungener Maßen zu einer Nivellierung der Unterschiede zwischen der DDR und der BRD führen. Diese Angleichung wird dann letztendlich zur Abschaffung eines zweiten Staates führen. Darauf hoffen die Westdeutschen und daher sprechen sie jetzt offen und ständig über die Lösung der Deutschen Frage. Eine solche Lösung, die eine Einigung Deutschlands bedeutet, wird wesentliche Befürchtungen von Seiten der westlichen und östlichen Nachbarn Deutschlands wecken. Sie wird zweifelsohne eine harte und bittere innereuropäische Debatte verursachen, da die Deutschen nicht verstehen können, dass keiner außer ihnen an einem geeinten Deutschland Interesse hat. Viele in Europa befürchten schon jetzt eine übermäßige Akkumulation von wirtschaftlicher, militärischer und politischer Potenz in Deutschland.“ Cohens Bericht ist sachlich und frei von Emotionen. Israel wird gar nicht erwähnt. Er hat übrigens die von ihm prophezeite Einigung nicht mehr erleben können, da er weniger als zwei Monate danach mit 42 Jahren verstorben ist.

Nach dem Mauerfall versuchte Botschafter Benjamin Navon angesichts einer parlamentarischen Anfrage die Gemüter in Israel zu beruhigen. Er empfahl am 14. November 1989, also ein paar Tage nach dem Mauerfall, in Israel keine düsteren Prognosen über gesteigerten Nationalismus in Deutschland von sich zu geben. Die Einigung, so sagte er wörtlich, sei zwar auf der „messianischen“ Tagesordnung, aber sie befände sich keineswegs auf der aktuellen politischen Tagesordnung.

Am 16. November 1989 wurde ein Rundschreiben an alle israelischen Vertretungen gekabelt, um ihnen eine Sprachregelung über die Ereignisse in Berlin und der DDR und zu vermitteln. Diese Depesche wurde vom Verantwortlichen für die Informationspolitik verfasst, dem stellvertretenden Generaldirektor

Moshe Raviv. Darin hieß es: „Bezüglich der DDR erwarten wir, dass der Wandel auch in einer grundlegenden Änderung der Haltung dieses Staates gegenüber dem jüdischen Volk und Israel zum Ausdruck gebracht wird. Im dem Falle, dass Ihr Diplomaten Stellung zu unserer Haltung bezüglich der Einigung Deutschlands einnehmen müsst, könnt Ihr antworten, dass dieses Thema nicht aktuell sei und dass wir zusammen mit anderen Staaten im Westen die kurzfristigen und langfristigen Implikationen der letzten Ereignisse studieren.“

Die Tinte dieses Schreibens war kaum getrocknet, als Premierminister Itzhak Schamir sich am 15. November abends in Washington bei Jim Lehrer im PBS-Studio in dessen Sendung „Newshour“ einfand, um über den Friedensprozess im Nahen Osten interviewt zu werden. Plötzlich wechselte Lehrer das Thema und wandte sich den Ereignissen in Berlin und der DDR zu. Er fragte, ob Schamir besorgt sei angesichts des Geredes über eine Wiedervereinigung Deutschlands. Da in den deutschen Medien nur fragmentierte Auszüge seiner Antworten veröffentlicht wurden, erlaube ich mir, den vollen Wortlaut von Schamirs Antwort zu zitieren: „Es gibt einige Diskussionen darüber und meine Haltung und die Haltung des jüdischen Volkes, hat wie Sie wissen, eine besondere Bedeutung in diesem Zusammenhang. Wir haben sehr ernsthafte Zweifel hinsichtlich einer solchen Änderung beim Status von Deutschland. Ich muss betonen, dass die Wiedervereinigung für uns eine große Angelegenheit ist. Ich glaube aber, es ist zu früh darüber zu sprechen und ich glaube nicht, dass es dazu kommen wird.“ So weit, so vorsichtig.

Aber dann hakte Lehrer nach und fragte: Wie würde Schamir die aktuelle jüdische Haltung gegenüber Deutschland und dem deutschen Volk beschreiben? Schamir antwortete: „Wir alle erinnern uns daran, was das deutsche Volk, was die Deutschen uns angetan haben als sie vereint und stark, militärisch stark waren, und das deutsche Volk, die Mehrheit des deutschen Volkes, entschieden hat, Millionen vom jüdischen Volk zu töten. Und ein jeder von uns könnte meinen, dass, wenn sie wieder die Gelegenheit hätten und sie das stärkste Land in Europa und vielleicht sogar in der ganzen Welt sein werden, sie es wieder versuchen könnten. Ich weiß nicht, ob es auf Tatsachen oder nur auf Angst beruht. Aber jeder könnte es verstehen.“

Schamir hatte damit schlicht und ergreifend die Befürchtung ausgesprochen, dass ein geeintes Deutschland in die Verbrechen des Nationalsozialismus zurückfallen könnte. Im Außenministerium in Jerusalem nahm man seine Worte fassungslos zur Kenntnis. Bundeskanzler Helmut Kohl nutzte zunächst eine informelle Gelegenheit, um Botschafter Navon unverblümt seine Meinung über Schamirs Äußerungen zu sagen. Darüber hinaus kommunizierte er seinen Groll in einen Brief an den israelischen Regierungschef vom 1. Dezember 1989, ein Schreiben, das von Schamir am 10. Dezember beantwortet wurde. Der Briefwechsel sollte vertraulich bleiben, aber etwa zwei Monate danach wurden die Briefe an die Presse lanciert.



Der Brief von Kohl – ein sehr gut formulierter Brief übrigens, was sich von Schamirs Antwort nicht sagen lässt – hat folgenden Wortlaut: „Mit großem Befremden habe ich von Ihrer öffentlichen Äußerung erfahren, in der Sie die Befürchtung ausgesprochen haben, dass ein geeintes und starkes Deutschland die Gelegenheit nutzen könnte, die dem jüdischen Volk in seiner Vergangenheit zugefügten Verbrechen, den Holocaust, zu wiederholen. Ich halte solche Äußerungen für geeignet, unsere sonst guten und spannungsfreien Beziehungen zu belasten.“ Das war sehr elegant ausgedrückt. Weiter hieß es: „Wie Sie, Herr Premierminister, bin ich der Meinung, dass die im deutschen Namen begangenen Untaten nicht verdrängt werden dürfen. Die Erinnerung daran muss vielmehr als stete Mahnung für uns und für die kommenden Generationen erhalten werden. Andererseits aber bin der Überzeugung, dass Sie als Regierungschef des uns befreundeten Staates Israel mit Ihrem Urteil den heutigen Deutschen in beiden deutschen Staaten nicht gerecht werden, ja, ihnen Gerechtigkeit verweigern. Die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland haben sich selbst eine freiheitlich-demokratische Grundordnung gegeben. Sie sind über die Europäische Gemeinschaft und die Atlantische Allianz in die Wertegemeinschaft des Westens eingebunden. Über 40 Jahre hindurch haben sie unter Beweis gestellt, dass sie aus der Geschichte gelernt haben. Wenn in diesen Wochen auch die Menschen in der DDR in friedlichen und gewaltlosen Demonstrationen millionenfach ein unübersehbares Bekenntnis zur Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Selbstbestimmung ablegen, so ist dies – wie Sie selbst sagen – ein großer Sieg der freien Welt. Das Zusammengehörigkeitsgefühl, das die Deutschen in West und Ost heute miteinander verbindet, ist nicht das Kennzeichen eines neuen deutschen Nationalismus. Es ist vielmehr die gemeinsame Überzeugung, dass die Freiheit jedes einzelnen Deutschen die Sache aller Deutschen ist. Dieser Freiheitswille verbindet uns als Nation ebenso wie die gemeinsame Geschichte und Kultur. Wir stehen am Anfang einer Entwicklung, von der wir uns eines Tages auch eine Wiederherstellung der deutschen Einheit erhoffen. Im Vordergrund aber steht dabei für uns die Erfüllung der Forderung unserer Landsleute in der DDR nach Freiheit und Selbstbestimmung. Hierbei zählen wir auf die Unterstützung aller unserer Freunde und Partner, die sich den gleichen Prinzipien verpflichtet wissen. Unsere Antwort auf die deutsche Frage war von Anfang an europäisch und wird europäisch bleiben. Die Lösung der deutschen Frage und die Überwindung der Teilung Europas stehen in einem untrennbaren Zusammenhang. Wir wollen eine gerechte und dauerhafte europäische Friedensordnung erreichen, in der auch das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiederfindet. Niemand in Ost und West wird ein Votum aller Deutschen für die Einheit ihres Landes ignorieren oder als nicht berechtigt in Frage stellen können. Von einem demokratischen und nach rechtsstaatlichen Prinzipien regierten Deutschland wird für niemanden in Europa oder sonst wo eine Bedrohung

ausgehen. Insofern – so finde ich – verbietet sich jede Parallel zum national-sozialistischen Unrechtsregime.“<sup>2</sup>

Kohls Schreiben war höflich, aber klar in der Sache und sollte Schamir auf seine Fehleinschätzung der heutigen Deutschen hinweisen. Der Brief wollte keine Bedingungen stellen, sondern konstruktiv an die guten Beziehungen appellieren.

In seinem Antwortschreiben nahm Schamir zwar seine Worte aus dem PBS-Interview nicht zurück, gab sich aber ebenfalls konziliant hinsichtlich der bilateralen Beziehungen. Der Brief endete mit den Worten: „Als Ministerpräsident dieses Staates habe ich die Pflicht, unsere Zweifel und Ängste zum Ausdruck zu bringen. Unsere Ansichten in dieser Frage können jedoch keineswegs so ausgelegt werden, als beeinträchtigten sie die Beziehungen, die im Laufe der Jahre mit großer Sorgfalt zwischen uns und der Bundesrepublik Deutschlands entwickelt worden sind.“<sup>3</sup>

Viele Juden waren der Auffassung, dass die Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg die gerechte Strafe für die Nazi-Untaten gewesen sei. In diesem Sinne lassen sich auch die Äußerung von Itzhak Schamir einordnen. Die Geschichte ist aber nun mal kein Gerichtshof, wie auch ein deutscher Diplomat in einem Gespräch in Tel Aviv mit einem israelischen Kollegen über die Wiedervereinigung feststellte. Dass der Lauf der Geschichte keiner moralischen Weisung gehorcht, mag zwar von manchen bedauert werden, ändern lässt es sich indes nicht.

In Jerusalem war nun die israelische Diplomatie gefordert. Außenminister Moshe Arens befürwortete eine pragmatische Linie. Bei seinem Besuch in Bonn im Februar 1990 wurden die Wogen geglättet. So hoch sie waren, so schnell beruhigte sich die Lage wieder. Arens äußerte seine Genugtuung darüber, dass die Demokratie sich nun auch auf Ostdeutschland ausweiten würde. Dies wurde als eine positive Konsequenz eines von vielen in Israel als besorgniserregend empfundenen Einigungsprozesses akzeptiert. Inoffiziell wurde betont, man beweine keineswegs den sich abzeichnenden Untergang der SED-Diktatur. „Inoffiziell“ geschah dies deshalb, weil damals noch Verhandlungen zwischen der bislang dezidiert israelfeindlichen DDR und dem jüdischen Staat über einen Neuordnung des Verhältnisses stattfanden. Die Ablehnung der deutschen Vereinigung war nicht offizielle Position Israels, hielt aber in gewissen Kreisen noch Jahre an. Diese Stimmung versuchten die Unterhändler der Modrow-Regierung noch in den Gesprächen über die gegenseitige Anerkennung zwischen DDR und Israel zu nutzen. Sie sahen hier eine Möglichkeit, dem

---

2 Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Hg. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. München 1998, Dok. 106, S. 594f.

3 Wortlaut ebd., Dok. 118, S. 632.

Einigungsprozess, der eine Bedrohung ihrer Macht darstellte, mit Hilfe einer grotesk erscheinenden Diplomatie entgegenzuwirken. Ausgerechnet der jüdische Staat sollte zum Lebensretter für einen Staat werden, der sich jahrzehntelang geweigert hatte, historische Verantwortung für den Holocaust zu übernehmen und Wiedergutmachung zu leisten. Ein zukünftiger Botschafter der DDR hat sich sogar inoffiziell in Jerusalem vorgestellt.

Das Tempo des Einigungsprozesses war aber schneller als diese zähen Verhandlungen. Am 12. April 1990 kam es zu einer Entschließung der neuen, nunmehr demokratisch gewählten Volkskammer, in der erstmalig Verantwortung für die NS-Verbrechen an Juden übernommen und sich für die feindselige Haltung der DDR gegenüber Zionismus und Israel entschuldigt wurde. An Reparationen seitens der DDR war nicht mehr zu denken, da zu diesem Zeitpunkt absehbar war, dass sie ihre wirtschaftliche und politische Handlungsfähigkeit Ende Juni 1990 verlieren würde. Bonner Diplomaten scheuten sich auch nicht, dies im Gespräch mit uns israelischen Kollegen öfter in Erinnerung zu bringen.

Dennoch kam es zu einer protokollarischen Einmaligkeit in der Knesset, die eine Quasi-Anerkennung des im Verschwinden begriffenen Staates implizierte. Am 26. Juni 1990 besuchten die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süßmuth, und die Präsidentin der DDR-Volkskammer, Sabine Bergmann-Pohl, letztere in dieser Funktion zugleich letztes Staatsoberhaupt der DDR, gemeinsam Israel. Das Auswärtige Amt schlug vor, dass beide Präsidentinnen in getrennten Staatskarossen fahren sollten, um die jeweiligen Staatswappen und Nationalflaggen separat zu zeigen. So wurde die Flagge der untergehenden DDR in Jerusalem mehrmals gehisst. Nachträglich kann man es nicht einfach als eine diplomatische Posse abtun. Es war eine symbolisch gemeinte Anerkennung eines untergehenden Staates als nachträgliche historische Rechtfertigung, um Israel die Wiedervereinigung schmackhafter zu machen. Kompliziert, aber ich glaube, so war es.

#### IV.

Eine Vertrauenskrise zwischen Israel und Deutschland wurde im Zuge der Einschläge von Scud-Raketen in israelischen Ballungszentren nach dem Ausbruch des Irak-Krieges im Januar 1991 ausgelöst. Deutsche Firmen, die chemische Dual-Use-Güter bedenkenlos in den Irak exportiert und die Exportkontrollen mit oder ohne Wissen der zuständigen deutschen Behörden umgangen hatten, hatten damit die Gefahr erhöht, dass Israels Zivilbevölkerung einem irakischen Gasangriff ausgesetzt würde. Es führte zu der paradoxen Situation, dass Israel deutsche Gasmasken zum Schutz gegen deutsches Gas geliefert wurden. Die infolgedessen in Deutschland empfundene Mitschuld an der existenziellen Krise Israels überlagerte etwaige noch vorhanden israelische Verstimmungen bezüglich der Wiedervereinigung. Neben einem Soforthilfeprogramm von

250 Millionen DM verlieh Kohl einer tatkräftigen Umsetzung der moralischen Verpflichtung zur Sicherung Israels dadurch Ausdruck, dass er sich engagiert für einen Bundestagsbeschluss einsetzte, der eine Milliarde DM für Waffenbeschaffung genehmigte. In der Abschlussdebatte sagte der Kanzler, Israel solle wissen, „dass ihm in diesen schweren Tagen alle Sympathie zugewandt ist“. Deutsche Batterien von Luftabwehrraketen vom Typ Patriot wurden angeboten, aber Israels Regierung zog es vor, im öffentlichen Erscheinungsbild von US-amerikanischen oder von niederländischen Soldaten geschützt zu werden. Was diskret angeboten wurde, ist hingegen sehr dankbar angenommen worden. So wird berichtet – aktenkundig ist es nicht –, dass Kohl den israelischen Botschafter Navon gefragt habe, welche Waffen Israel in Zukunft brauche. Navon soll spontan U-Boote genannt haben. Kurz danach fuhren drei deutsche Experten nach Israel, um die über die Realisierung dieses Wunsches zu verhandeln. Navons Antwort hat offenbar einen großen Streit im Verteidigungsministerium in Israel ausgelöst, da dort Luftwaffe und Marine untereinander nicht einig waren, welche Waffengattung Priorität bekommen sollte. Es war das erste Mal, dass die Marine die Oberhand gewann und dies mit Hilfe der von Kohl versprochenen Zuwendungen. Inzwischen sind die beiden ersten U-Boote längst geliefert worden und vor kurzem sind weitere zwei in Israel angekommen. Die Lieferung von zwei weiteren steht noch aus. Die Kosten der Entwicklung und Herstellung teilen sich im Übrigen Deutschland, die USA und Israel.

Durch die skizzierte Situation während des Zweiten Golfkrieges verstärkte sich nach meiner Überzeugung die Erkenntnis, die von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Auftritt in der Knesset am 18. März 2008 ausdrücklich betont wurde: „...dass jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet ist. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes.“

## V.

Marcel Serr<sup>4</sup> konstatiert in seinem Artikel zur Geschichte der deutsch-israelischen Rüstungskooperation, dass an der Entscheidung, U-Boote an Israel zu liefern, drei deutsche Bundeskanzler sukzessive beteiligt waren: Kohl mit drei, Schröder mit zwei und Merkel mit einem U-Boot. Heute ist nicht nur klar ersichtlich, dass Israel nichts von einem geeinten Deutschland zu befürchten hatte und hat. Auch die Bilanz der Beziehungen nach 25 Jahren Wiedervereinigung fällt eindeutig positiv aus. Deutschland ist mittlerweile zu einem

---

4 Zur Geschichte der deutsch-israelischen Rüstungskooperation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 65 (2015), S. 23–29. <http://www.bpb.de/apuz/199900/zur-geschichte-der-ruestungskooperation> Abruf 15. Mai 2016.

verlässlichen Partner geworden, auf dem man in Stunden einer existenziellen Bedrohung zählen kann. Die Bilanz auf der praktischen Ebene der bilateralen Beziehungen ist ebenso eindrucksvoll. Die Zusammenarbeit intensiviert sich und ist von beiderseitigem Nutzen, sei es im wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Bereich oder im hochtechnologischen Sektor. Es ist das Verdienst von Helmut Kohl, den Weg für diese Entwicklung geebnet zu haben.

# **Deutschland und Israel vor und nach der Wiedervereinigung. Erfahrungen aus der Sicht des Deutschen Bundestages\***

**Johannes Gerster**

*I.*

Erlauben Sie mir, dass ich mit einigen Bemerkungen beginne, die mein persönliches Verhältnis zum Judentum betreffen. Als sechstes und jüngstes Kind einer katholischen Familie komme ich, wie Sie meinem Dialekt entnehmen können, aus Mainz, das über Jahrhunderte hinweg wichtiges Zentrum jüdischen Lebens in Deutschland, ja für Europa war. Meine Eltern haben während der NS-Zeit in einem Kreis um den Mainzer Bischof Albert Stohr Juden versteckt und außer Landes gebracht. Als Jugendlicher hatte ich dann in den 1950er Jahren mit meinen Geschwistern die Möglichkeit, ehemalige jüdische Mitbürger, die Mainz besuchten oder zurückkamen, kennen zu lernen, was mein Interesse für das Judentum, für Israel geweckt hat. Bereits 1957, lange vor dem Beginn ähnlicher Aktivitäten von Aktion Sühnezeichen, war ich mit der katholischen Jugend im Kibbutz am See Genezareth, um in den sechswöchigen Sommerferien beim Aufbau zu helfen. Mit 26 Jahren war ich dann 1967 Mitgründer der Arbeitsgemeinschaft Mainz der Deutsch Israelischen Gesellschaft. Während meiner fast 22-jährigen Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestages war ich zunächst stellvertretender Vorsitzender der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe und in dieser Funktion Vertreter der von mir sehr geschätzten Annermarie Renger und schließlich selbst Vorsitzender. Diese Parlamentariergruppe hat, von der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen, in den deutsch-israelischen Beziehungen eine bedeutende Rolle gespielt. Schließlich war ich neun Jahre für die Adenauer-Stiftung in Jerusalem tätig, wo wir mit Teddy Kollek und der Jerusalem Foundation ein Konrad-Adenauer-Konferenzzentrum aufgebaut haben, das als Begegnungsstätte von Juden, Christen und Muslimen konzipiert ist und sich der Förderung des israelisch-palästinensischen Dialoges widmet.

Israel und das Judentum haben mich von frühester Jugend bis heute beschäftigt. Ich gehöre zu der Generation, die aus historischen, politischen und moralischen Gründen Israel in seinem Existenzkampf zur Seite steht. Seit Beginn der 1980er Jahre trete ich auch für einen palästinensischen Staat neben Israel und nicht anstelle von Israel ein. Ich bin überzeugt, dass die Lösung des israel-

---

\* Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 26. Juni 2015 auf dem Petersberg in Königswinter.

lisch-palästinensischen Konfliktes durch eine Zweistaatenlösung im besonderen Interesse Israels liegt und zu seiner Existenzsicherung beitragen würde.

## II.

Die deutsch-israelischen Beziehungen lassen sich in mehrere Phasen unterteilen, wobei diese Einteilung, wie jeder historische Periodisierungsversuch, etwas Willkürliches hat, mir aber plausibel erscheint. Die erste Phase umfasst die Jahre von 1949 bis 1965, also von der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bis zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 50 Jahren.

In dieser Zeit waren in beiden Ländern die Beziehungen zum jeweils anderen Staat kein großes Thema und die Auseinandersetzung damit keineswegs besonders populär. Die Deutschen waren, kurz gesagt, in den 1950er Jahren auf das Bemühen fixiert, das Land wieder aufzubauen, und der Anteil derjenigen, die an eine Wiedergutmachung gegenüber Israel und den Juden dachten, war sehr gering. Populär war das nicht, bis in die Reihen der Unionsparteien hinein. Ohne die Unterstützung der SPD, das muss offen gesagt werden, hätte Konrad Adenauer im Deutschen Bundestag keine Mehrheit für die Ratifizierung des Luxemburger Abkommens erhalten.

In Israel war die Situation noch komplizierter, weil man sich nach der Shoah weithin weigerte, Deutschland auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Das haben unter anderem die „Jeckes“ zu spüren bekommen, die deutschen Einwanderer, die vor allem in den Jahren zwischen 1933 und 1939 nach Palästina, das heißt in das heutige Israel, gekommen waren. Denen hat man schlicht und ergreifend vorgeworfen, sie hätten Hitler nicht verhindert. Auch war es nicht opportun, Deutsch zu reden, weshalb zwar die erste Generation dieser Einwanderer noch Deutsch konnte, schon die zweite aber nicht mehr, wohingegen die inzwischen heranwachsende dritte Generation vielfach wieder Deutsch lernen will.

Aufgrund dieser schwierigen Situation ist es so bemerkenswert, dass zwei Männer aus durchaus unterschiedlichen Motiven heraus eine gemeinsame Gesprächsebene finden konnten. David Ben-Gurion, zehn Jahre jünger als Adenauer, polnischer Herkunft, der immer wieder gesagt hat, ich glaube an das neue Deutschland. Zugleich war er Realpolitiker und erkannte genau, dass der junge Staat Israel nicht nur die Hilfe der Amerikaner, sondern auch der Deutschen brauchte, um seine bedrohte Existenz sichern zu können.

Wie Ben-Gurion war auch Konrad Adenauer sowohl Visionär und Idealist als auch Realist. Er wusste genau, dass Deutschland nur dann als anerkanntes Mitglied auf die internationale Bühne zurückkehren konnte, wenn es sein Verhältnis zum Volk der Juden und zum Staat Israel auf eine neue Grundlage stellen werde. Dementsprechend hatte er am 27. September 1951 im Bundestag erklärt, es sei die moralische Pflicht des deutschen Volkes, zum Volk der Juden und zum Staat Israel ein Verhältnis der Humanität aufzubauen. Dabei sprach er

erstmalig öffentlich von materieller Wiedergutmachung. Und dies in einer Zeit, in der für die allermeisten seiner Landsleute die Überwindung blanker Not von existenzieller Bedeutung war.

Die Israelis wiederum hatten bereits 1949 unter dem Dach der amerikanischen Besatzungsmacht in München ein Verbindungsbüro geschaffen. In erster Linie sollten konsularische Dinge geregelt werden, etwa die Einwanderung von Juden nach Israel. Sowohl Botschafter Ytzahak Ben Yaacov als auch seine Sekretärin Shochana Blum haben mir versichert, dass von erster Stunde an auch wirtschaftliche Kontakte geknüpft wurden. 1952 wurde dann in Köln eine inoffizielle Vertretung des Staates Israel für Wirtschaftskontakte eingerichtet.

Es gibt in dieser ersten Phase von 1949 bis 1965 sechs herausragende Ereignisse. Es sind dies zunächst die erwähnte Rede Adenauers vor dem Bundestag im September 1951 und das Luxemburger Abkommen von 1952. Häufig übersehen wird ein wichtiges drittes Datum, nämlich der 27. Dezember 1957, an dem Shimon Peres als Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums Franz Josef Strauß in dessen Privathaus in Rott am Inn besuchte. Merkwürdigerweise haben diese beiden sehr unterschiedlichen Typen sich bestens verstanden, sich in der Folge noch dreimal getroffen und in diesen Gesprächen die militärische Zusammenarbeit zwischen Israel und Deutschland vereinbart. Als viertes Datum ist zu nennen die berühmte Begegnung zwischen Konrad Adenauer und David Ben-Gurion im Waldorf Astoria Hotel in New York am 14. März 1960. Weithin bekannt ist das Bild, auf dem Adenauer Ben-Gurion die Hand auf den Arm legt. Da Journalisten von der zunächst vertraulichen Begegnung Wind bekommen hatten, suchte der zehn Jahre jüngere Ben-Gurion Adenauers Suite im 35. Stock über die Hintertreppen auf. Man verstand sich prächtig und vereinbarte, dass Adenauer anschließend vor die in großer Zahl versammelte Presse treten solle. Er erklärte unter anderem, ohne allzu konkret zu werden, dass die Bundesrepublik angesichts des demnächst auslaufenden Luxemburger Abkommens die finanzielle Unterstützung Israels fortsetzen werde. Dann nannte er doch die Zahl von 500 Millionen. Als ein Journalist fragte „Herr Bundeskanzler, in israelischen Shekel, Deutscher Mark oder US-Dollar?“ antwortete Adenauer unter großem Gelächter: „Über die Währung haben wir nicht gesprochen.“

Das fünfte Datum ist der 16. März 1965. An diesem Tag beschloss die Knesset, ohne zuvor die Bundesregierung informiert zu haben, dass Israel diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland aufnehmen werde. Man muss sich vor Augen führen, dass es 1952 bei Bekanntwerden des Luxemburger Abkommens und der damit einhergehenden Verhandlungen mit der Bundesrepublik in der Knesset zu Tumulten gekommen war. Damals war von „Blutgeld“ die Rede, das man nicht annehmen könne. Und dreizehn Jahre später beschloss dieses Parlament dann – gewissermaßen einseitig – die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Die Bundesrepublik hatte mit diesem Schritt



bis dahin gezögert, weil man fürchtete, dass die arabischen Staaten als Vergeltung diplomatische Beziehungen mit der DDR aufnehmen und dem in der Hallstein-Doktrin niedergelegten deutschen Alleinvertretungsanspruch einen schweren Schlag versetzen würden. Insofern war die Bundesregierung vom erwähnten Knesset-Beschluss alles andere als begeistert. Da aber die Amerikaner und Teile der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages entsprechenden Druck ausübten, fand sich Bundeskanzler Ludwig Erhard kurz darauf bereit, die baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Staat Israel zu verkünden. Daraufhin kam es dann in der Tat zum Abbruch der Beziehungen durch zehn arabische Staaten. Dass dieser Schritt auch in Israel immer noch umstritten war, zeigt die Tatsache, dass der zum ersten Botschafter ernannte ehemalige Weltkriegsmajor Rolf Pauls auf dem Weg zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens mit Steinen beworfen wurde. In seiner vierjährigen Tätigkeit in Israel leistete Pauls dann aber so gute Arbeit, dass die israelische Zeitung *Haaretz* anlässlich seiner Verabschiedung schrieb, der erste deutsche Botschafter sei mit Steinen empfangen und mit Rosen verabschiedet worden.

Das sechste wichtige Ereignis, auf das nur kurz hingewiesen werden kann, war der Eichmann-Prozess, der vom 11. April bis zum 15. Dezember 1961 in Jerusalem stattfand. Er bedeutete für die Israelis nicht nur eine erneute, schmerzliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, sondern weckte auch das Interesse an der Gegenwart Deutschlands. In der Bundesrepublik vollzog sich ähnliches in Zusammenhang mit den maßgeblich vom hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer angestregten Auschwitz-Prozessen in Frankfurt. Sie trugen dazu bei, dass sich auch die bundesdeutsche Öffentlichkeit in verstärktem Maße mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen begann und damit auch die Gestaltung des Verhältnisses zum jüdischen Staat auf die Tagesordnung gelangte. Dennoch sind diese ersten sechzehn Jahre ein klassisches Beispiel dafür, dass der Politik eine Vorreiterrolle zukommt und wichtige Weichenstellungen für die deutsch-israelischen Beziehungen angesichts sehr zurückhaltender, wenn nicht ablehnender Gesellschaften teilweise hinter den Kulissen erfolgen mussten.

### *III.*

Die zweite Phase beinhaltet die Jahre von 1965 bis 1982, bis zum Beginn der Kanzlerschaft von Helmut Kohl. In diesen siebzehn Jahren, gab es einen beachtlichen Ausbau der bilateralen Beziehungen und Partnerschaften auf fast allen Ebenen. Zu nennen ist neben der Wirtschaft an erster Stelle die Wissenschaft. Es waren die Universitäten, die vor allem den Austausch suchten. Am Weizmann-Institut für Naturwissenschaften, einem Forschungsinstitut mit rund 3.000 Professoren, Forschern und Doktoranden, entwickelte sich eine bis heute andauernde, intensive Zusammenarbeit deutscher und israelischer Wis-

senschaftler. Das deutsch-israelische Handelsvolumen erlebte seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Durchschnitt eine jährliche Steigerung von 9 Prozent und liegt bei 6,5 Milliarden Euro. Deutschland ist heute nach den USA und China der drittgrößte Handelspartner Israels. Es entwickelten sich über 100 kommunale Partnerschaften, mehr als die Amerikaner mit Israel haben, vom kulturellen Austausch ganz zu schweigen.

In den betreffenden siebzehn Jahren gab es allerdings auch Ereignisse, die die deutsch-israelischen Beziehungen belasteten. Drei besonders einschneidende sollen kurz genannt werden. Erstens der Yom-Kippur-Krieg von 1973. Damals kam es zu Verwerfungen, weil die Bundesregierung den Amerikanern untersagte, im Rahmen von Materiallieferungen nach Israel im pfälzischen Ramstein zwischenzulanden. Man wollte nicht nur keine Waffen in ein Krisenbeziehungsweise Kriegsgebiet liefern, sondern auch keine entsprechenden Maßnahmen dritter Staaten unterstützen. Das war ein ziemlich harter Einschnitt. Ein Generaldirektor im Auswärtigen Amt hat mir gegenüber einmal gesagt, dass die spätere Beschimpfung Helmut Schmidts als „Nazi“ durch Menachem Begin die Folge diese Verbots gewesen sei. Letztlich habe Schmidt den damals politisch bereits angeschlagenen Bundeskanzler Willy Brandt zu diesem israelfeindlichen Schritt gedrängt. Es ging um ein doppeltes Verbot. Während die Ägypter 60 km vor Tel Aviv standen, durften die Amerikaner in Deutschland auf dem Flug nach Israel nicht zwischenlanden, nicht tanken. Aber auch die Ausfuhr von militärischem Gerät aus anderen Ländern über deutsche Häfen wurde verhindert. Für Israel ging es ums Überleben und Deutschland half nicht und behinderte die rasche Hilfe Dritter.

Der zweite Einschnitt war der Regierungswechsel von Golda Meir zu Menachem Begin im Jahre 1977. Die Arbeitspartei war bis dahin gewissermaßen die Staatspartei Israels gewesen, vergleichbar der CDU/CSU in den ersten zwanzig Jahren der Bundesrepublik. Ich bin damals übrigens von Annemarie Renger gebeten worden, nach Israel zu fahren, um unseren Freunden im dortigen Parlament klarzumachen, dass Helmut Schmidt kein Nazi war. Sie hielt das für viel glaubwürdiger, als wenn ein Parlamentarier der SPD gefahren wäre. Allerdings war Begin für mich zunächst nicht zu erreichen, ich konnte lediglich mit Parlamentariern und Vertretern des Außenministeriums sowie des Prime Minister Office reden. Der alte Fuchs Teddy Kollek, Bürgermeister von Jerusalem, hat dann dafür gesorgt, dass ich an einem Sitzungstag der Knesset Ministerpräsident Begin begegnet bin. Ich habe ihm dann vorgetragen, dass erstens nicht alle Soldaten der Wehrmacht Nazis gewesen seien, dass zweitens Helmut Schmidt schon gar kein Nazi gewesen sei und obendrein – drittens – eine jüdische Großmutter gehabt habe. Das war das einzige Mal, dass ich Helmut Schmidt so vehement in Schutz genommen habe. Begin, der offenbar präpariert war, entgegnete mir, er freue sich, einen jungen Deutschen zu treffen, der sich im Bundestag für die deutsch-israelische Zusammenarbeit einsetze und

ermutige mich, weiter zu machen. Er dankte mir und verabschiedete sich dann, ohne auf Helmut Schmidt und seine Angriffe gegen diesen einzugehen. Aber wiederholt hat er sie auch nicht mehr. Ob dies mit meiner Begegnung mit Begin zusammenhing, sei einmal dahingestellt.

Das dritte wichtige Ereignis in dieser Zeit, das von erheblicher langfristiger Bedeutung für die deutsch-israelischen Beziehungen wurde, war die vom Zaun gebrochene Debatte über die Aufhebung der dreißigjährigen Verjährungsfrist für Mord. Im Sommer 1977 hatte Herbert Wehner in Israel zum 1979 anstehenden Ablauf der Verjährungsfrist für Morde während der nationalsozialistischen Herrschaft verkündet, NS-Mord dürften nie verjähren, der Bundestag würde daher die Verjährung ganz aufheben. Die Fraktionsführung der CDU/CSU unter Helmut Kohl reagierte, wie Wehner das voraus kalkuliert hatte, und lehnte diese Forderung kategorisch ab. Man lasse sich nicht von Herbert Wehner und schon gar nicht aus Israel heraus unter Druck setzen. Ich hielt diese Reaktion für grundfalsch, habe energisch widersprochen und mit anderen eine Gruppe von 40 Fraktionsmitgliedern organisiert, die mit der SPD für die Aufhebung der Verjährung stimmte, während die Mehrheit der Unionsfraktion für die Beibehaltung der Verjährung stimmte und die FDP, wie so oft in solchen Fragen, mehrfach gespalten war. Die Aufhebung der Verjährung war, davon bin ich nach wie vor überzeugt, von ganz erheblicher Bedeutung. Man stelle sich vor, es wäre auch nur einer dann nicht mehr von Strafverfolgung bedrohter Alt-Nazi aus Südamerika nach Deutschland gekommen, hätte seine Geschichte z. B. als KZ-Scherge dem Spiegel oder dem Stern verkauft, viel Geld kassiert und sich noch öffentlich gebrüstet. Die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik und ihr internationales Ansehen hätten schweren Schaden genommen. 20 Jahre später hat Helmut Kohl die Richtigkeit meines Handelns im King David Hotel in Jerusalem eingeräumt, für das ich damals in der Fraktion wenig Sympathie geerntet hatte.

#### IV.

Damit komme ich zur Kanzlerschaft Helmut Kohls. Sie ist hinsichtlich der Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik von Avi Primor, dem hochgeachteten langjährigen Botschafter in Bonn als Zeit charakterisiert worden, in der es vielfältige Meinungsverschiedenheiten und Krisen mit Deutschland gegeben habe. Dies seien aber stets Kontroversen unter verbündeten Freunden gewesen. Man erkennt das vielleicht am besten im Vergleich mit der anschließenden, vierten Phase von 1998 bis 2015 sowie der aktuellen Situation.

Trotz der dankenswerten Klarheit, mit der Angela Merkel betont, dass die Sicherheit Israels Teil der bundesdeutschen Staatsräson ist, trotz der zahlreichen Bekenntnisse hochrangiger Israelis, wonach die Bundesrepublik der wichtigste

Partner und Freund in Europa sei, bedrückt mich die Stimmung, die in unserem Land gegenüber Israel herrscht. Sie verschlechtert sich nach meinem Eindruck zusehends. Natürlich kann man Israel manches vorwerfen. Die Siedlungspolitik verstehe auch ich nicht und halte sie für falsch. Allerdings geht die gebetsmühenhaft wiederholte Behauptung, dass die Siedlungspolitik daran schuld sei, dass es keinen Frieden mit den Palästinensern gebe, am Kern des Problems vorbei. Hauptgrund dafür, dass Israel mit seinen arabischen Nachbarn zu keinem dauerhaften Frieden findet, liegt in der Tatsache begründet, dass seit seiner Gründung im Jahre 1948 Israel von der arabischen Welt und von allen arabischen Regierungen außer denen Jordaniens und Ägyptens nicht akzeptiert, sondern als Stachel der westlichen Welt im arabischen Fleisch empfunden wird, der herausgerissen werden muss. Israel ist bereits angegriffen worden, als es noch keine besetzten Gebiete und keine Siedlungen gab. Und Israel würde auch weiterhin angegriffen werden, so meine feste Überzeugung, wenn es keine Siedlungen mehr gäbe, eben weil man seine bloße Existenz nicht akzeptieren will. Noch einmal: Auch ich halte den Siedlungsbau für falsch und alles andere als friedensfördernd, aber er ist nicht der Kern des Problems. Des Weiteren: Mit wem sollte Israel denn Frieden schließen? Im Gazastreifen herrscht die Hamas, die es entschieden ablehnt, mit dem jüdischen Staat auch nur zu reden. Das Kairoer Waffenstillstandsabkommen von 2014 ist zustande gekommen durch Gespräche der Ägypter mit den Palästinensern, anschließend mit den Israelis, dann wieder mit den Palästinensern und erneut mit den Israelis. Die Vertreter der Hamas waren nicht bereit, sich mit den Israelis zu direkten Verhandlungen in einen Raum zu treffen. Wenn ein bisher gegnerischer Nachbar nicht mit mir reden will, kann ich mit ihm auch keinen stabilen Frieden schließen. Und die Macht in der West Bank und in Ostjerusalem hat formal Präsident Mahmud Abbas, der jedoch seit 2006 nicht mehr legal im Amt ist. Seitdem verhindert er nämlich die fälligen Neuwahlen, weil er befürchtet, gegen die Hamas zu verlieren. Er hat kein Mandat, für alle Palästinenser zu sprechen und er ist überdies zu schwach, um wenigstens in der West Bank und für Ostjerusalem einen Friedensvertrag zu unterschreiben und durchzusetzen. Wenn ich aber, wie heute die Israelis, keinen Partner habe, der gewillt und in der Lage ist, einen Friedensvertrag auszuhandeln und durchzusetzen, dann kann ich nicht der Hauptverantwortliche für die gegenwärtige, verfahrenere Lage sein. Heute bedrückt mich nicht die Stimmung in Israel gegenüber Deutschland. Diese ist bemerkenswert gut. Heute bedrückt mich die Stimmung in Deutschland gegenüber Israel. Hierzulande wird allzu leichtfertig mit zweierlei Maß im israelisch-palästinensischen Konflikt gemessen. Während man Palästinensern Fehler und Versäumnisse nachsieht, „die sind halt so“, werden Fehler und Versäumnisse Israels, das mitten im Nahen Osten und seinen unzähligen Krisen und Kriegen vorbildlich für den Erhalt von Demokratie und Rechtsstaat kämpft, gnadenlos und ungerecht kritisiert. Wir lassen die einzige Demokratie

und den einzigen Rechtsstaat in dieser Krisenregion ganz schön im Regen stehen. Zurück zur Zeit Helmut Kohls als Kanzler.

Ich war im Oktober 1983 als Leiter einer Bundestagsdelegation in Israel. Bei dieser Gelegenheit habe ich mich außerhalb des offiziellen Programms mit Vertretern der Palästinenser in Ostjerusalem getroffen. Sie erklärten ihre Bereitschaft, mit den Israelis inoffiziell und ohne Presse zu reden, wenn ihnen dafür ein Forum geboten würde. Es wurde dann in Zusammenarbeit mit Frau Dr. Silke Krieger, der stellvertretenden Leiterin des Instituts für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Verein Coexistence gegründet, der sich paritätisch aus Israelis und Palästinensern zusammensetzte und bis zum Beginn der ersten Intifada 1987 Modelle einer möglichen Kooperation und Befriedung entwickelte. Wäre dieser Verein nicht vorschnell vom Geldgeber geschlossen worden, hätte er nach meiner festen Überzeugung eine zentrale Rolle im späteren Osloer Friedensprozess spielen können.

Lange Zeit hat kein Israeli von einem palästinensischen Staat gesprochen. Golda Meir, Premierministerin Israels bis 1977, hatte einmal erklärt, man brauche nicht mit den Palästinensern zu reden, da es kein palästinensisches Volk gebe. Auch Jitzrak Rabin, der als Premierminister das Osloer Friedensabkommen unterzeichnet hat, hat nie von einem palästinensischen Staat gesprochen. Das geschah erstmals im Sommer 2000 durch Premierminister Ehud Barak, als der amerikanische Präsident Bill Clinton in seinem letzten Amtsjahr in Camp David versuchte, einen Vertrag zwischen Israelis und Palästinensern zustande zu bringen. Jassir Arafat hat zwar immer wieder von einem palästinensischen Staat gesprochen, aber seine Formulierungen waren so schwammig, dass man nicht wusste, ob ein palästinensischer Teilstaat neben Israel gemeint war oder ein palästinensischer Gesamtstaat anstelle von Israel, wie das die Hamas bis heute vertritt. Das heißt für unser Thema, dass in der Amtszeit Helmut Kohl von 1982 bis 1998 die Schaffung eines zweiten Staates faktisch nicht auf der politischen Tagesordnung stand.

Ein belastendes Ereignis in dieser Zeit war der Besuch von Helmut Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg. Hierzu muss man feststellen, dass die Aufregung, ja die Empörung nicht von Israel, sondern vom Zentralrat der Juden in Deutschland und von den deutschen Medien ausging, die dann durch die amerikanischen Medien verstärkt wurde und erst danach Israel erreichte. Ich selbst war in Bitburg dabei, auf ausdrückliche Bitte von Helmut Kohl, weil alle, die sonst mit Israel zu tun hatten, abgesagt hatten. Der Besuch ist mir nicht leicht gefallen, auch weil mich der damit verbundene Kuhhandel gestört hatte. Um die Wogen zu glätten, war zusätzlich noch der Besuch von Bergen-Belsen, als eine Art Ausgleich, vereinbart worden. Die Haltung angesichts der Kritik am Besuch eines Friedhofs, auf dem auch Mitglieder der Waffen-SS begraben sind, gehen wir halt noch zu den Opfern nach Bergen-Belsen, war nicht Ausdruck einer Politik mit

moralischem Anspruch. Die Aufregung war übertrieben, die Politik aber alles andere als glaubwürdig. Den deutsch-israelischen Beziehungen hat das Ganze nicht genützt, aber Gott sei Dank dauerhaft auch nicht geschadet.

In die Regierungszeit Kohls fiel die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Deutschen Bundestag zum 40. Jahrestag des Kriegsendes 1945, am 8. Mai 1985, der darin erklärte, wengleich die Mehrheit der Deutschen den 8. Mai 1945 als Niederlage empfunden habe, so sei er dennoch auch ein Tag der Befreiung vom nationalsozialistischen Unrechtssystem gewesen. Diese Aussage hat in Israel hohe emotionale, positive Wellen geschlagen. Schließlich bedeutete die Befreiung vom Nationalsozialismus auch das Ende der Shoah und die Befreiung überlebender Juden des Naziregimes.

Ein weiterer wichtiger Faktor war die Politik der Sowjetunion seit dem Amtsantritt von Michael Gorbatschow im März 1986. Eine Folge war, dass von da an russische Juden auswandern durften, die ja nicht nur im Kommunismus, sondern bereits im Zarenreich unterdrückt worden waren. In zehn Jahren sind etwa eine Million russische Juden nach Israel eingewandert, mehr als 100000 auch nach Deutschland. Das hat zu erheblichen diplomatischen Verwerfungen mit Israel geführt. Ich selbst habe bei zwei Reisen in Israel argumentiert, dass Deutschland schon aus historischen Gründen jüdische Zuwanderer, die zu uns kommen wollen, aufnehmen müsse. Die Israelis hingegen argumentierten, wer sein Heimatland verlassen wolle, müsse nicht in das Land der Shoah gehen, sondern solle nach Israel als Zufluchtsort aller Juden kommen. Wir haben unseren Partnern sowohl in Bonn als auch in Israel klar gemacht, dass die Bundesrepublik Deutschland keine Juden an- oder abwirbt. Wenn sie russische Juden an der Grenze aber zurückweise, vielleicht gar mit Gewalt an der Einreise hindere, werde sie sich heftige Vorwürfe einhandeln, auch und gerade aus Israel. Weiter wurde kritisiert, dass die jüdischen Zuwanderer als sogenannte Kontingentflüchtlinge, die aus humanitären Gründen Aufnahme finden, behandelt würden und darum doppelt so hohe staatliche Leistungen erhielten wie in Israel. Wir sollten unsere Zahlungen daher an das israelische Niveau anpassen. Auch das haben wir abgelehnt, da es eine Schlechterstellung gegenüber anderen Zuwanderern bedeutet hätte. Genau das hätte uns dem Vorwurf der erneuten Diskriminierung von Juden gegenüber Aussiedlern und Asylbewerbern ausgesetzt. Unsere Argumentation hat Wirkung gezeigt. Die Proteste aus Jerusalem ebten ab. Wir haben den Strom der Zuwanderer allerdings zeitlich gestreckt, indem wir die Vorlage eines Visums zur Voraussetzung für die Gewährung von Eingliederungshilfe in Deutschland gemacht haben – offen gesagt ein ziemlich problematischer Weg. Heute leben in Deutschland etwa 200.000 Juden, von denen 85 bis 90 Prozent aus den Ländern der ehemaligen UdSSR stammen.

Das nächste zentrale Ereignis, die deutsche Wiedervereinigung, möchte ich aus einer sehr persönlichen Sicht schildern. Ich war am Abend des 9. Novem-

ber 1989 nicht im Deutschen Bundestag, sondern bei einem bereits zwei Mal verschobenen Arbeitessen des UN-Flüchtlingsbeauftragten Walter Koiser, einem Österreicher, der mit Botschafterstatus in Bonn residierte. Eingeladen war unter anderem auch der israelische Botschafter Benjamin Navon. Wir sind angerufen worden, haben im Fernsehen verfolgt, wie die Mauer gefallen ist, die ersten Reaktionen aus dem Bundestag und so weiter. Benjamin Navon ging sofort zum Telefon, telefonierte mit dem Prime Minister's Office und dem Außenministerium in Jerusalem, kam nach einiger Zeit zurück und erklärte, dass Israel kein Großdeutschland und darum auch keine Wiedervereinigung wolle. Wir haben das Argument entgegengehalten, dass Israel bei einer Wiedervereinigung einen Gegner in der UNO, nämlich die DDR verlöre und ein größeres Deutschland gewänne, das die bisherige freundschaftliche Politik der Bundesrepublik gegenüber Israel weiterführen würde. Auch durch zwei Besuche von Mitgliedern der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe konnten die anfänglichen Bedenken und Widerstände führender Israelis gegen die deutsche Wiedervereinigung vermindert beziehungsweise überwunden werden. Heute hat kein Israeli Angst vor dem größeren Deutschland. Für mich bleibt bis heute schleierhaft, warum ausgerechnet Israelis am Tag des Mauerfalls schon eine Wiedervereinigung im Auge hatten, während kein einziger Deutscher wusste, was aus der überraschenden Maueröffnung eigentlich werden sollte.

1991 folgte der erste Golfkrieg, in dessen Verlauf rund 40 irakische Scud-Raketen auf Israel abgefeuert wurden. Das war eine schreckliche Sache, auch für das Bild der Deutschen in Israel. Ich war mit einer von Rita Süßmuth geleiteten Bundestagsdelegation in Jerusalem an der Nahtstelle zwischen Israelis und Palästinensern, lange bevor Außenminister Genscher dort auftauchte. Wir saßen in einem abgeklebten, verdunkelten Raum im King David Hotel mit unseren israelischen Kollegen zusammen. Draußen heulten die Sirenen und zischten Raketen durch die Luft. Das war eine sehr bedrückende Angelegenheit, zumal deutsche Firmen illegal Teile zu den Sprengsätzen an den Irak geliefert hatten und somit mitschuldig waren, dass ausgerechnet Juden Gasmasken tragen mussten. Die Stimmung gegen Deutschland war in diesen Stunden in Israel auf dem Nullpunkt angelangt und konnte erst mühsam wieder aufgebessert werden.

1997 bin ich für die Konrad-Adenauer-Stiftung nach Israel gegangen und habe neun Jahre dort gelebt. In dieser Zeit haben wir mit Mitteln, die nicht von der Adenauer-Stiftung stammten, sondern mühselig in Deutschland eingesammelt werden mussten, das Konrad-Adenauer-Konferenzzentrum gebaut. Und ich finde es nach wie vor bemerkenswert, dass es nicht eine einzige Stimme gab, die kritisiert hätte, dass dieses Haus nach einem deutschen Nachkriegspolitiker benannt wurde. Und das zu einer Zeit, wo immerhin der damalige Knesset-Sprecher Dov Schilansky keinem Deutschen die Hand geben wollte.

Meine Tochter Anna, die Diplominformatikerin ist, hat im Frühjahr 1998 ein Praktikum in einem Joint Venture zwischen einer israelischen und einer palästinensischen Firma in Ramallah absolviert. An einem freien Tag hat sie das alte Museum in Yad Vashem besucht. In diesem Gebäude war am Eingang sinngemäß der Spruch angebracht: „Die Deutschen haben uns Juden vernichtet.“ Meine Tochter, damals 23 Jahre alt, kam völlig konsterniert nach Hause und sagte, ich bin Deutsche, aber ich habe keinen Juden vernichtet. Ich empfahl ihr, ihren Widerspruch Direktor Yohanan Bein von Yad Vashem zu schreiben. Dies führte zu einem längeren Briefwechsel, an dessen Ende der Spruch verschwand und auch nicht mehr im später eingeweihten neuen Museum auftauchte – ein Beleg für die inzwischen eingetretene Normalisierung in den deutsch-israelischen Beziehungen. Auch die öffentliche Empörung, dass Regierungssprecher Peter Boenisch beim ersten Kanzlerbesuch Kohls in Israel ausgerechnet in Yad Vashem einen schwarzen Ledermantel getragen hatte, der manchen an die Gestapo erinnert hatte, würde heute keine so große Rolle mehr spielen.

Als ich 1998 aus Anlass des 50. Jahrestages der Gründung Israels gefragt wurde, wie ich das bilaterale Verhältnis gut 30 Jahre nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen bewerten würde, habe ich gesagt: „Diese Beziehungen sind besonders belastet, besonders sensibel und besonders gut.“ Auf diese Formulierung bin ich noch heute stolz und glaube, sie ist bis heute zutreffend. Die Beziehungen sind in der Tat heute normal, aber die Wunde, die die Shoah gerissen hat, ist nur vernarbt und könnte daher immer noch aufbrechen. Sorgfalt und besondere Rücksichtnahme sind daher im deutsch-israelischen Verhältnis immer noch gefragt.

Nach meiner Überzeugung war die Haltung Helmut Kohls zu Israel eindeutig positiv. Er war aus historischen, politischen und moralischen Gründen pro Israel eingestellt, aber er war gegen jede Belehrung durch Israel. Die Empfindlichkeit gegenüber Belehrungen ist übrigens ein Helmut Kohl eigener Charakterzug. Das führte zu der paradoxen Situation, dass dieser Mann, der Deutschland wirklich als das Land einer neuen, geläuterten Generation darstellte und sich der historischen Verantwortung für die Shoah bewusst war, allzu allergisch und sensibel auf Kritik reagierte und zugleich ziemlich unsensibel Kritik zum Beispiel an die Medien verteilte. Kohl war damals falsch beraten und von falschen Leuten begleitet. Wie sagte mir ein Freund aus dem israelischen Außenministerium: Kohl wirkte wie ein Elefant im Porzellanladen, während deutsche Politiker vor ihm in Pantoffeln aufgetreten waren.

Dennoch kann man rückblickend auf jetzt 50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel feststellen, dass es gerade die von der CDU gestellten Kanzler waren, die hier eine entscheidende, konstruktive und positive Rolle gespielt haben.

„Die Sicherheit Israels ist Deutsche Staatsraison.“ Dieser Satz beschreibt mehr als jedes andere Wort die Haltung Angela Merkels gegenüber Israel. In-



zwischen ist ein dichtes Netz israelisch-deutscher Zusammenarbeit geflochten und so selbstverständlich und belastungsfähig geworden, dass diese Erfolgsgeschichte angesichts so vieler Krisen und Kriege in der Region kein Medium mehr zu interessieren scheint. Beispielhaft nenne ich die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, kommunalem und kulturellem Gebiet.

Dass Angela Merkel heute das höchste Ansehen aller Regierungschefs aus aller Welt in Israel genießt, beweist zweierlei: Deutschland wird in Israel nicht als irgendein Freund wahrgenommen, sondern als bester Freund in Europa empfunden. Dieses Empfinden ist ferner keine Sache der politischen Klasse sondern wird von der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung geteilt.

Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Angela Merkel, alle drei Bundeskanzler aus den Reihen der CDU mit den längsten Amtszeiten aller Bundeskanzler, stehen als Brückenbauer zwischen Deutschland und Israel längst im Geschichtsbuch verzeichnet. Aus Israel kann man auf gleichem Level David Ben-Gurion, Shimon Peres und Benyamin Netanyahu nennen. Auch sie waren und sind Garanten eines humanen Ausgleichs zwischen Israel und Deutschland. Unsere Beziehungen haben ein Niveau, eine Dichte und Tiefe erreicht, welche die Väter dieser spannenden binationalen Beziehungen nicht zu erträumen gewagt hätten.

## ZUR PERSON

### **Richard Kantorowicz (1876–1949) Tierarzt und CDU-Mitgründer in Berlin**

**Brigitte Kaff**

Am 26. Juni 1945 veröffentlichte die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in Berlin den Gründungsaufruf „Deutsches Volk“, unterzeichnet von 35 Mitgründern unter Vorsitz von Andreas Hermes und Walther Schreiber.<sup>1</sup> Die Gründer kamen aus verschiedenen Parteien der Weimarer Republik, dem Zentrum, der DDP oder DVP sowie den Christlichen Gewerkschaften; einige waren vor 1933 parteilos gewesen. Viele hatten sich im Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur engagiert und waren verfolgt worden. Ihr Ziel war die Sammlung aller politischen Kräfte jenseits von SPD und KPD, die Zusammenarbeit der früheren konfessionellen Parteien und der soziale Ausgleich. Die neue Volkspartei setzte sich ein für den Aufbau eines freiheitlichen, sozialen und demokratischen Rechtsstaates, orientiert an christlichen Grundsätzen. In den folgenden Wochen gewann die Union weitere prominente Unterstützer, die ein breites gesellschaftliches Spektrum repräsentierten. In einer Mitteilung vom 25. Juli 1945 werden 13 Personen als Mitgründer genannt, darunter „Dr. Kantorowicz, Tierarzt, mosaisch“.<sup>2</sup>

Richard Kantorowicz wurde am 7. Februar 1876<sup>3</sup> als Sohn des Kaufmanns Samuel Kantorowicz und seiner Ehefrau Malwine, geb. Kantorowicz,<sup>4</sup> beide jüdischen Glaubens, in Posen geboren.<sup>5</sup> Posen, Hauptstadt der preußischen

- 
- 1 Aufruf in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 07-011-2376; vgl. Günter Buchstab: CDU 1945–1949, in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Hg. von Winfried Becker u. a.. Paderborn 2002, S. 53–64.
  - 2 Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Agitationsmaterial, Folge III; ACDP 03-035-070; Neue Zeit, 25. Juli 1945. Ralf Thomas Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945–1948 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 36). Düsseldorf 2001, S. 72–86.
  - 3 Richard Kantorowicz selbst hat als Geburtsdatum auch den 8. Februar angegeben. Vgl. Lebenslauf 1897 und Fragebogen 1936 (s. Anm. 7 und 10).
  - 4 Samuel Kantorowicz, geb. am 13. April 1840 in Posen, gest. am 2. Juli 1907 in Berlin; Malwine Kantorowicz, geb. am 22. Feb. 1844 in Posen, gest. am 18. Okt. 1893 in Berlin; beide wurden auf dem jüdischen Friedhof Berlin-Weissensee beigesetzt. Auskunft der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ (NSynB).
  - 5 In Posen lebten um die Mitte des 19. Jahrhunderts ca. 55 Familien bzw. einige hundert Bürger mit dem Namen Kantorowicz. Überregional bekannt war die Weinbrand- und Lickörfabrik von Hartwig Kantorowicz, die 1920 nach Berlin verlegt und später mit dem Schultheiss-Konzern vereinigt wurde. Vgl. Stanislaw Nawrocki: Die Geschichte der Familie Kantorowicz und deren Firma, in: Ernst Kantorowicz (1895–1963). Soziales Milieu und Wissenschaftliche Relevanz. Hg. von Jerzy Strzelczyk. Poznan 1996, S. 75–90.

Provinz Posen von 1815 bis 1920, war damals ein „Melting Pot“ aus katholischen Polen, deutschen Protestanten und Juden, die im Alltag friedlich zusammenlebten. Von 1882–1885 besuchte Richard Kantorowicz hier die Vorschule des Königlichen Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums. Als die Eltern 1885 nach Berlin übersiedelten, trat er in das Königstädtische Realgymnasium ein, damals Elisabethstraße, Berlin-Mitte, das von evangelischen und jüdischen Schülern (etwa ein Drittel) besucht wurde.<sup>6</sup> Er verließ die Schule 1892 mit dem Zeugnis für die Prima.<sup>7</sup>

Im April 1892 begann er das Studium der Tierheilkunde an der Königlichen tierärztlichen Hochschule zu Berlin, wo er 1894 die naturwissenschaftliche Prüfung ablegte, danach studierte er Naturwissenschaften an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin und in Leipzig. Im April 1897 bestand er das Staatsexamen und erhielt die Approbation als Tierarzt. Am 1. Juli 1897 wurde Kantorowicz als Assistent an der Veterinärklinik der Universität Leipzig angestellt und reichte dort im November 1897 seine Doktorarbeit über Sonderformen des Darms bei Haien und Rochen mit dem Titel „Über Bau und Entwicklung des Spiraldarmes bei Selachiern“ ein. Seine Doktorväter, der Zoologe Rudolf Leuckart und der Botaniker Wilhelm Pfeffer, waren damals Koryphäen in ihrem Fach. Von der philosophischen Fakultät der Universität Leipzig wurde Kantorowicz am 29. März 1898 promoviert.<sup>8</sup>

Im folgenden Jahr eröffnete er eine Tierarztpraxis in Berlin-Charlottenburg, Joachimsthalerstraße.<sup>9</sup> Kantorowicz, der bereits 1898/99 das Einjährige-Freiwillige abgeleistet hatte, war Teilnehmer des Ersten Weltkriegs von 1914–1918 als Stabsveterinär d. L. (der Landwehr) im Reserve-Dragoner-Regiment Nr. 2. Er wurde verwundet und mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse ausgezeichnet. Nach dem Krieg war er Mitglied im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.<sup>10</sup>

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren Tierärzte in einer Großstadt nicht nur für Haustiere, sondern auch für Nutztiere zuständig. Sie behandelten Pferde, das noch übliche Transport- und Verkehrsmittel, Milchkühe in Abmelkbetrieben zur Versorgung der Großstädter, Schlachttiere sowie Hühner, Ziegen und

6 Wilhelm Moeller: Zur Geschichte des Königstädtischen Gymnasiums. Berlin 1902.

7 Handschriftlicher Lebenslauf von R. Kantorowicz von 1897, eingereicht mit den Promotionsunterlagen. Ein Maturitätszeugnis war nicht vorhanden. Universitätsarchiv Leipzig (UAL), Phil. Fak. Prom. 2990.

8 Dissertationsgutachten vom 9. Dez. 1897, Prädikat II „laudabilis“; mündliches Examen am 21. Dezember 1897 in Zoologie, Botanik und Veterinärwissenschaften, bestanden mit Prädikat I „summa cum laude“, in: UAL, Phil. Fak. Prom. 2990.

9 Lebenslauf von Kantorowicz 1949, s. Anm. 24. Berliner tierärztliche Wochenschrift 1898 (14), S. 216. Charlottenburg wurde erst 1920 nach Berlin eingemeindet.

10 Kantorowicz, in: Fragebogen der Reichstierärztekammer vom 30. Juni 1936, in: Entschädigungsakte, Landesverwaltungsamt Berlin (LVWB), III B11 Nr. 14076. Besitzezeugnis für EK I vom 13. Mai 1924 (ebd.)

Kaninchen für die Selbstversorgung.<sup>11</sup> Im Laufe der Jahre spezialisierte sich Kantorowicz auf Kleintiere und bezeichnete sich selbst als „Facharzt für Hunde“. Auf diesem Gebiet lagen seine eigenen wissenschaftlichen Forschungen insbesondere zur Hundestaupe, einer weitverbreiteten, durch Viren verursachten Hundeseuche.<sup>12</sup> Zunächst suchte er gemeinsam mit Professoren an der Charité, Friedrich H. Lewy, Ernst Fränkel und Max Kuczynski, nach den Ursachen der Staupe beziehungsweise ihrer Übertragbarkeit.<sup>13</sup> In Zusammenarbeit mit dem Bakteriologen Dr. Hans Löwenthal entwickelte er aus dem Gehirn erkrankter Tiere einen prophylaktisch wirkenden „Lebendimpfstoff“, den er auch zum Patent anmeldete. Auf dem Internationalen Tierärztekongress in London 1930 stellte er diese Schutzimpfung in einem Diskussionsbeitrag vor.<sup>14</sup> Zweimal erhielt Kantorowicz einen Ruf auf einen Lehrstuhl, den er aber jeweils ablehnte: eine Berufung nach Leipzig (wohl 1898), weil die Taufe Bedingung war; eine Berufung nach Stuttgart, da Schweinekrankheiten nicht sein Fachgebiet waren.<sup>15</sup>

Die Tierarztpraxis von Kantorowicz war in den zwanziger Jahren eine der beiden größten in Berlin neben der von Dr. Wernicke in Berlin-Mitte. Sein Einkommen belief sich auf ca. 30.000 RM jährlich.<sup>16</sup> Ein Freund charakterisierte den kleinen Doktor, der die Tiere liebte, als sanft und liebevoll gegenüber den tierischen Patienten aller Art, aber barsch und unfreundlich gegenüber den meist wohlhabenden Besitzern: „Da laufen ja Hunde und Katzen von alleine hin, wenn sie krank sind.“<sup>17</sup>

Außerdem setzte er sich für die Belange der Tierärzte ein, zum Beispiel das Promotionsrecht der Veterinäre, die Ausbildung zum Spezialisten und die bes-

11 Michael Schimanski: Richard Kantorowicz (1876–1949) – Kleintierpraktiker, Staupeforscher und Verfolgter des Nationalsozialismus, in: J. Schäffler: Geschichte der Kleintiermedizin. Hannover 2001, S. 143–157. Vgl. die dort aufgelisteten Veröffentlichungen von R. Kantorowicz.

12 Ebd., S. 145–150.

13 Kantorowicz erwähnt die Zusammenarbeit in dem Beitrag: Tierheilkunde, in: Juden im deutschen Kulturbereich. Hg. von Siegmund Kaznelson. Berlin 1934, 3. Auflage 1964, S. 527–530. Alle drei wurden 1933/34 aufgrund ihrer jüdischen Herkunft entlassen. Lewy (1885–1950), Neurologe, emigrierte 1934 in die USA; Fränkel (1886–1948), Internist, starb in London; Kuczynski (geb. 1890) war Pathologe. Hans Löwenthal floh 1934 nach England.

14 Richard Kantorowicz: Experimentelle Untersuchungen über die Hundestaupe und deren Vorbeugung durch eine neue Schutzimpfung, in: Archiv für wissenschaftliche und praktische Tierheilkunde 59 (1933), S. 203–233.

15 Fragebogen der Veterinärmedizinischen Fakultät vom 7. September 1945, in: Humboldt-Universität Berlin (HUB), Personalakte PA-n. 45.

16 Laut Erklärung von Dr. med. vet. Wilma von Düring vom 9. Februar 1953 betrug das Einkommen ca. 30.000 RM, in: LVWB, Entschädigungsakte. Für die Jahre 1935–1945 setzte Kantorowicz den Verlust mit 10.000 RM jährlich an; Vermögensschadensmeldung 1947, ebd.

17 Curt Riess: Der Tierarzt von Berlin, in: Aufbau, 1. Juli 1949; ebd.

sere Bezahlung des modernen Großstadtierarztes und hielt bis 1933 praktische Fortbildungskurse für die Studierenden. In dem von Kaznelson herausgegebenen Sammelband „Juden im deutschen Kulturbereich“ würdigte er den Beitrag jüdischer Tierärzte zu den Veterinärwissenschaften.<sup>18</sup>

Im Mai 1929 heiratete der 53-jährige Dr. Kantorowicz die aus Friedland stammende, evangelische Anna Woop (1877–1970), die später über ihren gehobenen Lebensstandard berichtete: Sie seien zweimal im Jahr verreist, besaßen ein Auto, beschäftigten einen Chauffeur, zwei Dienstmädchen und eine Assistentin; die Miete für die 9-Zimmer-Wohnung mit Praxis betrug 350 RM.<sup>19</sup>

Gesellschaftlich engagierte sich Kantorowicz seit 1900 als Mitglied und Meister der Freimaurerloge Friedrich Ludwig Schroeder, die liberal und humanistisch orientiert war. „Mit seinen ausgezeichneten und zu Herzen gehenden Reden hat er uns Brüdern immer wieder den Weg zu einer höheren Lebenswarte gezeigt.“<sup>20</sup> Um 1930 zählte die Loge 107 Brüder, von denen nur sechs die Hitler-Diktatur in Berlin überlebten.

Im Lauf des Jahres 1933 musste Richard Kantorowicz die bisherige Praxis in der Joachimsthalerstraße 7, 8 aufgeben und an den Kurfürstendamm 211 verlegen. Auf Betreiben des Reichsapothekerführers Albert Schmierer, der im selben Haus wohnte, musste er auch diese Praxis 1935 schließen. Er wohnte und arbeitete fortan in seinem Sommerhaus am Wannsee, Tristanstraße 9. 1938 wurde ihm die Approbation formell entzogen, danach konnte er Tiere ehemaliger Patienten nur noch heimlich behandeln, um die Besitzer und sich selbst nicht zu gefährden. Der Entzug des Dokortitels wurde nicht ausgeführt.<sup>21</sup> Andere Repressionsmaßnahmen gegen Juden betrafen auch ihn, wie der Zwangsverkauf von Grundbesitz, der Verkauf des Patents für den Staupe-Impfstoff an die IG Farben, die Abgabe von Wertgegenständen, die Vermögensabgabe für Juden nach der Reichspogromnacht und das Verbot der Tierhaltung.<sup>22</sup>

Richard Kantorowicz lehnte es in den dreißiger Jahren ab, auszuwandern. Als bekannter Tierarzt mit „arischer“ Ehefrau war er offenbar weniger gefährdet als sein Bruder Bruno, der 1936 über Italien nach Belgien emigrierte. Desse Frau Martha verstarb 1939 im Krankenhaus in Mecheln. Bruno Kantoro-

18 S. Anm. 13.

19 Eidesstattliche Erklärung der Ehefrau vom 11. März 1953, in: LVWB, Entschädigungsakte.

20 Leserbrief von Gustav Erlanger im „Aufbau“, 1949, Zeitungsausschnitt o. D., in: LVWB, Entschädigungsakte. <http://friedrich-ludwig-schroeder>, Abruf 15. März 2015.

21 Anfrage der Tierärztekammer Berlin vom 31. Juli 1939, gez. Dr. Grove, an die Philosophische Fakultät Leipzig; Antwort des Dekans Wilmanns vom 1. August 1939: „Laut Erlass des Reichserziehungsministers rechtfertigt die Tatsache der jüdischen Abstammung allein leider nicht die Entziehung des Doktorgrades“, in: UAL, Phil. Fak., Prom. 2990. Im Adressbuch von 1940 ist „Dr. Richard Israel Kantorowicz, Tierarzt“ letztmals verzeichnet.

22 Vermögensschadensmeldung 1947, in: LVWB, Entschädigungsakte.

wicz wurde 1942 deportiert und kam 1943 in Auschwitz ums Leben.<sup>23</sup> Richard Kantorowicz berichtete später, dass er selbst vier Mal von der Gestapo verhört worden sei und auch einige Male abgeholt werden sollte, doch, rechtzeitig gewarnt, konnte er untertauchen. Während der Hitlerzeit habe er mit Freunden ausländische Rundfunksendungen gehört und jeden Morgen mit Berthold Graf Stauffenberg, dem Bruder von Claus, gesprochen, der ebenfalls in der Tristanstraße wohnte.<sup>24</sup> Möglicherweise blieb er durch die „Mischehe“, seine Bekanntheit in Berlin oder einflussreiche Nazis, deren Hunde er kuriert hatte, vor der Deportation bewahrt.

Im Mai 1945 stellte sich R. Kantorowicz sofort für den Wiederaufbau zur Verfügung. Als Sprecher der Tierärzte vertrat er ihre Interessen beim Beirat der Abteilung Gesundheitswesen des Magistrats von Großberlin.<sup>25</sup> Der tierärztlichen Fakultät bot er seine Mitarbeit an, „die Klinik und Poliklinik für kleine Haustiere“ zu leiten und eine Vorlesung über „Allgemeine Therapie“ zu halten. Außerdem legte er ein Exposé über den Neuaufbau des tierärztlichen Standes und der Fakultät vor. Er bekam zwar einen Lehrauftrag für das Sommersemester 1946, aber der „alte, erfahrene Tierarzt“ erhielt aufgrund einer negativen Stellungnahme von Prof. Brugsch den Lehrstuhl nicht, sondern ein jüngerer Veterinärmediziner wurde als Ordinarius berufen.<sup>26</sup>

Wieso schloss sich Richard Kantorowicz, der vor 1933 keiner Partei angehört hatte,<sup>27</sup> der CDU an? In der Weimarer Republik hatten sich jüdische Mitbürger meist in liberalen Parteien, vor allem der DDP, engagiert. Aufgrund der

23 Bruno Kantorowicz, geb. 2. Februar 1870 in Posen, tätig als Hausverwalter, wohnhaft Berlin, Schillerstraße 5; Adressbuch Berlin 1930ff. Er wurde am 10. Oktober von Mecheln nach Auschwitz deportiert; in: Bundesarchiv, Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945 ([www.bundesarchiv/gedenkbuch](http://www.bundesarchiv/gedenkbuch)). Brunos Sohn, Walter Kantorowicz, emigrierte nach London, wo er in den 1950er Jahren verstarb. Die Tochter Liesel, verheiratet mit Arthur Lichtenstein, wanderte 1938 nach Israel aus (Auskunft NSynB). Vgl. Mechthild Henneke/Meital Lior: „Opapas Schweigen“, in: Berliner Zeitung vom 23. November 2010.

24 R. Kantorowicz, Lebenslauf vom 1. März 1949, in: LVWB, Entschädigungsakte.

25 Kondolenzschreiben von Schönwitter an Frau Kantorowicz vom 30. Mai 1949, in: LVWB, Entschädigungsakte.

26 Schreiben von Prof. Johannes Dobberstein (1895–1965), Dekan der tierärztlichen Fakultät, an Prof. Wandel, Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität, vom 19. September 1945; Kantorowicz an Prof. Wandel vom 4. April 1946; Aktenvermerk von Prof. Brugsch vom 26. April 1946: „Dr. Kantorowicz ist kein Wissenschaftler, ist alt und hat wohl nicht viel publiziert.“ Kantorowicz an Prof. Dobberstein vom 10. Februar 1947; das erwähnte Exposé konnte nicht ermittelt werden. Alle Dokumente in: HUB, PA n-45. Theodor Brugsch (1878–1963), Internist, verlor 1935 seine Stelle als Ordinarius in Halle trotz Scheidung von seiner jüdischen Ehefrau, 1945–1957 Ordinarius für innere Medizin an der Charité, 1945–1957 Leiter der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft bzw. 2. Vizepräsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, 1949–1954 Abgeordneter der Volkskammer.

27 R. Kantorowicz im Fragebogen von 1936, in: LVWB, Entschädigungsakte.

schlechten Verkehrs- und Kommunikationsmöglichkeiten bei Kriegsende in Berlin ist es wahrscheinlich, dass er von einem CDU-Mitgründer aus der Nachbarschaft angeworben wurde. Ferdinand Friedensburg, wohnhaft in Nikolassee, war vor 1933 Mitglied der DDP und überzeugter Republikaner. Der frühere Polizeivizepräsident in Berlin (1925–1927), dann Regierungspräsident von Kassel, wurde 1933 wegen seiner offenen Ablehnung des Nationalsozialismus abgesetzt.<sup>28</sup> Der Jurist Walter Strauß wurde 1933 aufgrund seiner jüdischen Abstammung entlassen, überlebte mit Hilfe seiner arischen Frau und der Unterstützung von Nachbarn in Wannsee, wo er nach 1945 die CDU-Ortsgruppe aufbaute.<sup>29</sup> Möglich ist auch, dass ein Bekannter aus dem „Kampfverband Freies Deutschland“, der Meldungen des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ und anderer ausländischer Sender in Berlin verbreitete, Richard Kantorowicz zur Mitarbeit überredete. Dieser Gruppe gehörten u. a. die CDU-Mitgründer Heinrich Albert, Reichsminister a. D., Direktor Ernst Hülse und Eberhard Plewe an.<sup>30</sup> Genaue Angaben zum Parteibeitritt von Kantorowicz ließen sich nicht ermitteln. An Sitzungen des Hauptvorstandes bzw. Gründerkreises in den Jahren 1945–1947 nahm er nicht teil.<sup>31</sup>

Dr. Kantorowicz praktizierte in den Nachkriegsjahren bis zu seinem Tod wieder als Tierarzt. Nachdem sein Haus in der Tristanstraße von den Amerikanern beschlagnahmt worden war, zog er zunächst in die Paul-Krause-Straße, Nikolassee, dann in die Tauentzienstraße 8, Charlottenburg, um. Im Mai 1949 erkrankte er schwer und wurde im Martin-Luther-Krankenhaus operiert, wo er am 24. Mai an Herzversagen starb. Zwei Tage später wurde er auf dem Friedhof Berlin-Weißensee beerdigt neben seiner Nichte Charlotte Malvine.<sup>32</sup> Aus Anlass seines Todes veröffentlichte Curt Riess aus Berlin einen ganzseitigen

28 Manfred Agethen: Ferdinand Friedensburg (1866–1972), in: Christliche Demokraten gegen Hitler. Hg. von Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans-Otto Kleinmann. Freiburg 2004, S. 175–186; Gerhard Keiderling: Um Deutschlands Einheit. Ferdinand Friedensburg und der Kalte Krieg in Berlin 1945–1952. Köln/Weimar/Wien 2009. Friedensburg konnte auch den jüdischen Bankier Siegmund Weltlinger zur Mitarbeit in der CDU gewinnen. Vgl. Jay Howard Gellert: Jews in Post-Holocaust Germany, 1945–1953. Cambridge 2005, S. 26–30. Friedensburg selbst erwähnt den Beitritt von Kantorowicz in seinen Erinnerungen ausdrücklich. Vgl. Ferdinand Friedensburg: Es ging um Deutschlands Einheit. Berlin 1972, S. 49.

29 Brigitte Kaff: Walter Strauß (1900–1976), in: Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann (Hg.): In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49. Freiburg 2008, S. 346–354.

30 Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone, S. 79ff. Auf einer Mitgliedskarte für R. Kantorowicz ist „Kampfverband Freies Deutschland“ vermerkt. ACDP Bestand Bundesgeschäftsstelle 07-001-24000 („Brands-Kartei“).

31 Vgl. die betreffenden Sitzungsprotokolle. ACDP 07-011-708, -489.

32 Bescheinigung des Martin-Luther-Krankenhauses, Sterbeurkunde, Beerdigungsschein, in: NSynB. Charlotte (1905–1912) war die Tochter seines Bruders Bruno.

Nachruf im „Aufbau“, der in New York erscheinenden deutsch-jüdischen Wochenzeitung, in dem er ein warmherziges Bild des „Tierarztes von Berlin“ zeichnete.<sup>33</sup>

---

33 Aufbau vom 1. Juli 1949, abgedruckt in Georg Möllers: Jüdische Tierärzte im Deutschen Reich in der Zeit von 1918 bis 1945. Berlin 2002, S. 180f. In einer späteren Ausgabe des Aufbau erschienen Leserbriefe von Gustav Erlanger und Walther Hans Ullmann, beide Ärzte aus Berlin; Zeitungsausschnitte o. D., in: LVWB.





# Wilhelm Hahn (1909–1996). Ein Kultusminister im Spiegel seiner Erinnerungen

Erik Lommatzsch

Es gab Tage, da trug Wilhelm Hahn seinen „Kampfanzug“<sup>1</sup> und es erklang der Ruf „Der Hahn ist tot“<sup>2</sup>. Die facettenreiche Biographie des Theologen<sup>3</sup> bietet eine Reihe von Stationen, die man sofort mit derartig martialischen Begrifflichkeiten verbinden würde: Die unsichere Lage in seiner Geburtsstadt – dem estnischen Dorpat – nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, das Wirken in der „Bekennenden Kirche“ und damit im Kirchenkampf des Dritten Reiches oder den Einsatz im Zweiten Weltkrieg als Sanitäter auf der Insel Jersey. Indes: Die Bezeichnung für die Kriegskleidung wählte der CDU-Politiker für einen „alten blauen Anzug“<sup>4</sup>, den er mitunter trug, wenn er als Kultusminister des Landes Baden-Württemberg seine Hochschulpolitik öffentlich erklärte, diskutierte oder – der Situation angemessener – verteidigte. Im Zuge der sich seit dem Ende der 1960er Jahre entwickelnden Auseinandersetzungen waren die zu erwartenden Farbbeutelwürfe – denen nicht auch noch ein guter Anzug zum Opfer fallen musste – nur eine Maßnahme, durch welche die verbalen Argumente der Protestierenden unterstrichen oder ersetzt wurden.

Hahn, der in den ersten Jahren seiner Ministeramtszeit als „fortschrittlicher unter seinen Kollegen in Deutschland“ gegolten hatte, war später „zeitwei-

- 
- 1 Wilhelm Hahn: Ich stehe dazu. Erinnerungen eines Kultusministers. Stuttgart 1981, S. 193.
  - 2 U. a. „Studentenumulte um Kultusminister Wilhelm Hahn. Die Opposition hatte fast den ganzen Saal besetzt – Lautstarke Störaktionen – Mikrofonstrippe herausgerissen – Massive Proteste von Anfang bis fast zum Ende“ sowie „Hexensabbat im Zieglerbräu-Saal. Randbemerkungen zu einer heißen Nacht – Der Hahn war nicht tot – auch wenn ein Ei für ihn krähte“, in: Rhein-Neckar-Zeitung vom 18. März 1968, auszugsweise in Hahn: Ich stehe dazu, S. 191f.
  - 3 Eine wissenschaftliche Biographie Wilhelm Hahns ist ein Desiderat. Der vorliegende Aufsatz versteht sich als skizzenhafter Überblick. Autobiographisch liegt vor: Hahn: Ich stehe dazu; zur Familiengeschichte insgesamt Wilhelm Hahn: Der Ruf ist immer neu. Aus 200 Jahren der baltischen Theologenfamilie Hahn. Neuhausen u. a. 1993. Als Überblick Marc Zirlwegan: Wilhelm Hahn, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. 27. Nordhausen 2003, Sp. 593–598 sowie Hans Maier: Wilhelm Hahn, in: Fred Ludwig Seppaintner (Hg.): Baden-Württembergische Biographien. Bd. V. Stuttgart 2013, S. 131–136. Zu Hahns Bildungspolitik Stefan Paulus: „Konservativ und fortschrittlich zugleich“: Baden-württembergische Bildungspolitik in den 1960er- und 1970er Jahren, in: Philipp Gassert/Reinhold Weber (Hg.): Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg. Stuttgart 2015, S. 157–178. Wilhelm Hahn hat, neben seinen theologischen Arbeiten, immer wieder publizistisch zu Fragen der Zeit Stellung genommen. Ein Verzeichnis von Schriften findet sich bei Maier: Wilhelm Hahn, S. 136.
  - 4 Hahn: Ich stehe dazu, S. 193.

se [einer der] bestgehassten Politiker“<sup>5</sup>. Dennoch: Wilhelm Hahn wich nicht. Das Stuttgarter Kultusministerium führte er von 1964 bis 1978, seit Dezember 1966 unter Ministerpräsident Hans Filbinger, der ihn auch nach den Wahlen 1968, 1972 und 1976 im Amt beließ, zudem war er stellvertretender Ministerpräsident. Damit führte Hahn das Kultusministerium über die gesamte Zeit der Studentenunruhen, die sich in Baden-Württemberg für ihn insbesondere an der alten Universität Heidelberg und der erst 1966 gegründeten Universität Konstanz abspielten<sup>6</sup>.

Bildung, Schule und Hochschule waren – innerhalb der Kulturpolitik – die Themen Wilhelm Hahns. Der Lebensweg hingegen verlief zwar nicht völlig wechselhaft, führte aber auch nicht geradlinig auf den südwestdeutschen Ministersessel, den er öfter heftig verteidigen musste und am Ende alles andere als freiwillig und zufrieden räumte. Begonnen hatte sein Leben im Baltikum. Hahn wirkte als Pfarrer im westfälischen Minden, hatte innerhalb der evangelischen Kirche verschiedene Leitungsämter inne, war Lehrstuhlinhaber und Rektor der Universität Heidelberg, Bundestagsabgeordneter, Kultusminister und schließlich Europaabgeordneter. Zwei große „Beinahe“ gibt es in seiner Karriere: Beinahe wäre er Bischof von Oldenburg geworden und beinahe Ministerpräsident von Baden-Württemberg. In beiden Fällen wäre die Geschichte der Bonner Republik wohl um einen kantigen, prinzipien- und standfesten Kultur- und Bildungspolitiker ärmer gewesen, der gerade während der Studentenunruhen beharrlich Rückgrat bewies. Hahns diesbezüglicher Konservatismus, den er nie in Abrede stellte, zeigte sich in seinen eigenen Worten gerade darin, „daß ich die durch die Liberalen im 19. Jahrhundert erkämpften Grundrechte des Individuums und die Geistesfreiheit an den Universitäten sichern wollte“<sup>7</sup>. Zutreffend für zahlreiche Situationen seines Lebens, in denen er Stellung beziehen musste, gab er seinen 1981 erschienenen Erinnerungen den Titel „Ich stehe dazu“. Im Spiegel dieser Erinnerungen ist das folgende Lebensbild gezeichnet.

### I.

Zwei Geburtstage konnte Wilhelm Hahn angeben: Zum einen den 1. Mai, zum anderen den 14. Mai 1909. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass Estland, und damit sein Geburtsort Dorpat, zu dieser Zeit zum Russischen Reich gehörte, in welchem bis zum Ende der Herrschaft der Zaren im Jahr 1917 der julianische Kalender in Kraft war, der gegenüber der in den meisten anderen Staaten gül-

5 So Klaus-Jürgen Matz: Kleine Geschichte des Landes Baden-Württemberg. Leinfelden-Echterdingen 2010, S. 105.

6 Hahn: Ich stehe dazu, S. 198.

7 Ebd., S. 217.

tigen Zählung um knapp zwei Wochen zurück war. Hahns Vater, der Ordinarium für Praktische Theologie Traugott Hahn, blieb, trotz sich bietender Möglichkeiten, auch während der Auseinandersetzungen in Folge des Weltkriegsendes und der Oktoberrevolution in seiner Heimatstadt. Im Januar 1919 wurde er von den abrückenden Bolschewisten gefangengesetzt und ermordet.<sup>8</sup> Hahns Mutter übersiedelte mit Wilhelm und seinen beiden Schwestern nach Gütersloh, wo der Großvater aufgewachsen war. Aufnahme fanden sie zunächst im Haus der Verlegerfamilie Mohn.<sup>9</sup>

Das Vorbild des Vaters vor Augen, entschied sich Hahn, der zunächst überlegt hatte, Jura zu studieren, um Diplomat werden zu können, für die Theologie. Als Höhepunkt seiner Studienjahre in Tübingen, Münster, Göttingen und Bonn bezeichnet Hahn die Prägung durch Karl Barth.<sup>10</sup> Ablehnend stand er der Theologie Rudolf Bultmanns und dessen „These von der Notwendigkeit der Entmythologisierung der Bibel und der dogmatischen Aussagen der Kirche“ gegenüber.<sup>11</sup>

Bezüglich seiner politischen Einstellung räumte Hahn auch im Rückblick ein, dass er kein Verhältnis zur Weimarer Demokratie gehabt habe und ihr die „notwendige Unterstützung und Identifikation, ohne die eine Demokratie nicht bestehen kann“, versagte. Kurzzeitig habe er 1931/32 die Erwartung gehabt, Hitler könne politische Lösungen bieten.<sup>12</sup> Ein „ausgeprägtes Nationalgefühl“ habe er besessen und sei „konservativ“ eingestellt gewesen.<sup>13</sup> Die Mitgliedschaft im Stahlhelm, seit Sommer 1933, mag hier einzuordnen sein. Hahn selbst beschreibt den Beitritt zum Stahlhelm als eine Art Flucht. Der Verein Deutscher Studenten, dem er angehörte, habe geschlossen in die SA eingegliedert werden sollen, man habe den Übertritt zum Stahlhelm vorgezogen. Als dieser dann später ebenfalls in die SA überführt worden sei, sei es Hahn gelungen, durch einen „unbekannt-verzogen“-Vermerk von der Liste gestrichen zu werden. Aus dem Verein Deutscher Studenten sei er später ausgetreten, mit der ausdrücklichen Begründung, dass er die nationalsozialistische Weltanschauung nicht teile.<sup>14</sup> Allerdings war Hahn bereits im Frühjahr 1933 der Jungreformatischen Bewegung, welche gegen die „Deutschen Christen“ stand, beige-

8 Ebd., S. 15f.; zu Traugott Hahn siehe Wilhelm Hahn: Es sei denn, daß das Weizenkorn in die Erde falle. Aus der Leidenszeit der baltischen Kirche. Traugott Hahn d. Jüngere (1875–1919) und Anny geb. von zur Mühlen (1878–1974), in: Hahn: Der Ruf ist immer neu, S. 143–166.

9 Hahn: Ich stehe dazu, S. 17.

10 Ebd., S. 22.

11 Ebd., S. 25.

12 Wilhelm Hahn: Ich stehe dazu; Von der Bekennenden Kirche zum Politiker. Wilhelm Hahn (geb. 1909) und Elisabeth geb. Rutgers (geb. 1915), in: Hahn: Der Ruf ist immer neu, S. 188.

13 Hahn: Ich stehe dazu, S. 25.

14 Ebd., S. 26f.

treten.<sup>15</sup> Mit Blick darauf sowie seine nachfolgenden Aktivitäten in der Bekennenden Kirche, erscheint es nachvollziehbar, dass Hahn, ebenfalls im Rückblick, bereits die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 „mit höchstem Unwillen“ betrachtete.<sup>16</sup>

Als sich die Fronten des Kirchenkampfes im Sommer 1933 formierten, war Hahn mit dem Verfassen seiner Examensarbeit beschäftigt. Er räumt ein, dass der politische Kampf, „wie bei fast allen Theologen“ weniger wahrgenommen worden sei, „wenn er auch stets im Kirchenpolitischen mitgesehen wurde“<sup>17</sup>. Hahn übernahm zunächst eine Stelle als Hauslehrer beim Prinzen Heinrich XXXIX. Reuß.<sup>18</sup> Aus dem österreichischen Ernstbrunn kehrte er jedoch bereits im Dezember 1933 zurück nach Deutschland. Nach eigener Angabe war für Hahn der Aufruf Martin Niemöllers, der den Pfarrer-Notbund gegründet hatte und sich gegen die Gleichschaltung der Kirche wehrte, ein maßgeblicher Anstoß. Hinzu kam, dass er – wohl irrtümlich, da er ja eigentlich für die Hauslehrerstelle beurlaubt war – einen Platz als Vikar in Witten zugeteilt bekommen hatte.<sup>19</sup>

Die am 16. März 1934 in Dortmund stattfindende westfälische Provinzialsynode gilt als Geburtsstunde der Bekennenden Kirche in Westfalen. Gegründet wurde die „Bruderschaft der Hilfsprediger und Vikare“ als „Kampfinstrument der Bekennenden Kirche“. Hahn übernahm hier das Amt des zweiten Sprechers. Kurz darauf wurde er in die Dortmunder Geschäftsstelle der westfälischen Bekennenden Kirche versetzt, zur Unterstützung von Pfarrer Karl Lücking.<sup>20</sup> Unter anderem war man bemüht, die Examenkandidaten dazu zu bewegen, ihre Prüfungen vor der Kommission der Bekenntnissynode abzulegen – was offiziell nicht anerkannt war. Schließlich sei es gelungen, etwa 80 Prozent der westfälischen Vikare zu gewinnen.<sup>21</sup> Hahn selbst war – nach eigener Einschätzung – 1934/35 „fast an allen kirchenpolitischen Aktionen in Westfalen“ beteiligt. Ernsthaft behelligt wurde er seitens des NS-Staates nicht, er vermutete, dass die Umstände des Todes seines Vaters, der den Bolschewisten zum Opfer gefallen und eine bekannte Persönlichkeit gewesen war, hierbei eine Rolle spielten.<sup>22</sup> Im Frühjahr 1936, nach dem Zweiten Theologischen

15 Zirlwagen: Wilhelm Hahn.

16 Hahn: Ich stehe dazu, S. 25.

17 Ebd., S. 29.

18 Ebd., S. 30.

19 Ebd., S. 31f.

20 Nach ebd., S. 33 und 35f. Zu Lücking siehe Reinhard Jüstel: Karl Lücking, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. 21. Nordhausen 2003, Sp. 858–865.

21 Hahn: Ich stehe dazu, S. 37f. Hahns Mutter hatte eine biographische Arbeit über ihren Mann verfasst: Anny Hahn: D. Traugott Hahn, weiland Professor an der Universität Dorpat, ein Lebensbild aus der Leidenszeit der baltischen Kirche. Heilbronn 1928 (mehrfach aufgelegt).

22 Hahn: Ich stehe dazu, S. 41.

Examen, wurde Hahn Assistent am Predigerseminar Blöstrau, welches durch die Bekennende Kirche betrieben und von Hans Joachim Iwand geleitet wurde. Hahn legt Wert darauf, in seinen Erinnerungen die entspannte Atmosphäre hervorzuheben – im Unterschied zum von Dietrich Bonhoeffer geleiteten Finkenwalder Seminar.<sup>23</sup> Bevor Hahn im Frühjahr 1937 in Minden Pfarrer wurde, war er in Tübingen promoviert worden, im September 1937 heiratete er die Niederländerin Elisabeth (Lieske) Rutgers.<sup>24</sup>

Über seinen Kriegseinsatz bemerkt Hahn in seinen Erinnerungen, dass er „in diesem Krieg unerwartet gnädig geführt worden“ sei. An Kampfhandlungen war er nie beteiligt. Als Sanitätssoldat auf der Insel Jersey eingesetzt, wirkte er zeitweise – inoffiziell – auch als Pfarrer.<sup>25</sup> Von Umsturzvorbereitungen – die schließlich im Staatstreichversuch des 20. Juli 1944 gipfelten – will er „sehr vage“ erfahren haben. In Gesprächen mit Kameraden, wie man „nach Kriegsende ein demokratisches Deutschland aufbauen“ könnte, sei er immer wieder auf das später „von Adenauer verwirklichte Konzept“ gestoßen: Eine Volkspartei, die sich in der Grundhaltung am christlichen Glauben orientiere und zugleich „pragmatische Politik“ betreibe.<sup>26</sup> Ob Hahn wirklich bereits in Jersey die CDU vorausgedacht hat, sei dahingestellt.

Nach über einjähriger Kriegsgefangenschaft kehrte Hahn im Juni 1946 nach Minden zurück. Im westfälischen Landeskirchenamt übernahm er Aufgaben, unter anderem wies er vertriebene Pfarrer in ihre vorläufigen Stellen ein. Mit Karl Lücking, der jetzt als Vizepräsident des Landeskirchenamtes fungierte, entzweite sich Hahn allerdings. Als Grund vermutete er unkonventionelle Ideen seiner Schrift „Erneuerung der Kirche aus dem Geist des Evangeliums“. In der Folge verließ Hahn das Landeskirchenamt. Bei einer anderen Aufgabe – er war Vertreter aller evangelischen Kirchen der britischen Zone gegenüber der Militärregierung – sah er sich zu wenig durch die Evangelische Kirchenkanzlei unterstützt. Hahn fand sich in der Gemeinde wieder, Anfragen von Universitäten wies er – zunächst – ab. Im Frühjahr 1949 wählte ihn die Kreissynode Minden zum Superintendenten. Die CDU unterstütze er von Beginn an, wurde jedoch erst 1956 Mitglied.<sup>27</sup>

Einer Berufung nach Heidelberg im Jahr 1950 – als Ordinarius für Praktische Theologie – widersetzte Hahn sich dann aber nicht mehr. Durchaus selbstkritisch merkt er in seinen Erinnerungen an, dass es ihm schwer fiel, akademisch Schritt mit anderen zu halten.<sup>28</sup> Als „Politiker“ hingegen versuchte

23 Hahn: Ich stehe dazu, S. 42.

24 Ebd., S. 44–48. Die Promotion mit der Arbeit „Das Mitsterben und Mitaufstehen mit Christus bei Paulus“ (Gütersloh 1937) war durch Karl Heim und Gerhard Kittel erfolgt.

25 Hahn: Ich stehe dazu, S. 54–58.

26 Ebd., S. 57.

27 Ebd., S. 59–64, 88.

28 Ebd., S. 68.

er sich: Er hielt es für notwendig, das Theologiestudium zu reformieren, seiner Meinung nach bestand die „Gefahr, das Ganze aus den Augen zu verlieren“. Zudem fand seiner Meinung nach „die Mehrheit der Studenten in der abstrakten Wissenschaft [...] eine heile Welt, die sich von der furchtbar erlebten Gegenwart abhob“. Hahns Reformvorschläge, unter anderem „mehr Konzentration des exegetischen und historischen Studiums“ sowie Einführung von Soziologie und Psychologie, stießen allerdings auf Ablehnung.<sup>29</sup> Im Säkularismus, welcher die Generation der 1950er Jahre überrascht habe, sah Hahn eine Ursache für „plötzlichen Verfall von Werten und Normen“.<sup>30</sup> Dem sollte entgegengewirkt werden, allerdings war er zum Zeitpunkt der Abfassung seiner Erinnerungen, im Jahr 1981, der Meinung, dass eine Antwort noch nicht gefunden sei, das „Entmythologisierungproblem“ hielt er für tiefgreifend.<sup>31</sup> Diese Sorge hatte ihn, wie oben ausgeführt, bereits im Studium, in welchem er Bultmann nicht folgen wollte, umgetrieben und lastete offenbar Zeit seines Lebens.

Letztlich zog es Hahn aber doch eher in „politische Positionen“. Die Wahl zum Bischof von Oldenburg im Jahr 1952 blieb Episode. Dieses Amt war ihm angetragen worden, obwohl er nie zuvor in Oldenburg gewesen war. Von der Synode wurde er mit klarer Mehrheit gewählt. Der unterlegene Bewerber, Heinz Kloppenburg, akzeptierte – folgt man Hahn – seine Niederlage nicht, er hatte dabei den Rückhalt einer nicht unbeträchtlichen Gruppe. Hahn verzichtete unter diesen Umständen auf das Bischofsamt und verblieb auf seinem Heidelberger Lehrstuhl.<sup>32</sup>

Im Lutherischen Weltbund wirkte Hahn mit, 1955 berief ihn Theodor Heuss in den „Deutschen Ausschuß für Erziehungs- und Bildungswesen“.<sup>33</sup> Immer mehr begann sich abzuzeichnen, dass die (Bildungs-)Politik Hahns ureigenes Feld werden sollte. Von 1958 bis 1960 amtierte Hahn als Rektor der Universität Heidelberg, in diese Zeit fällt die von ihm maßgeblich mitinitiierte Gründung des Südasien-Instituts.<sup>34</sup> Man würde es heute als interdisziplinär und international vernetzt bezeichnen. Zudem wurde hier die sogenannte Dritte Welt in den Fokus gerückt, zu Beginn der 1960er Jahre eine Neuerung.

1961 hatte Hahn auf der baden-württembergischen Landesliste für den Bundestag kandidiert, konnte aber erst 1962 nachrücken. Verbunden fühlte er sich mit Gerhard Schröder, er engagierte sich im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU.<sup>35</sup> Um nachhaltige Wirkung entfalten zu können, war seine Abgeordnetenzzeit in Bonn wohl zu kurz. Nach zwei Jahren wechselte er wieder in

29 Ebd., S. 69–71.

30 Ebd., S. 72.

31 Ebd., S. 74.

32 Ebd., S. 75–77.

33 Ebd., S. 78.

34 Ebd., 82f.

35 Ebd., S. 92f.

den Südwesten, dieses Mal als Kultusminister und fand damit – sofern man das von einem Menschen sagen kann – wohl seine Bestimmung.

Lebensfern war Wilhelm Hahn im Übrigen nicht. Im Herbst 1964 bestellte er die CDU-Politikerin Annemarie Griesinger zu sich. Griesinger stand auf der Landesliste hinter ihm und sollte jetzt, da Hahn nach Stuttgart ging, sein Bundestagsmandat übernehmen. Ihr Glaube, Hahn werde sie in die Bonner Arbeit einweisen, wurde enttäuscht. Er erklärte lediglich, dass er sein Mandat noch sechs Monate behalten könne und dies auch täte, da er Geld für sein in Heidelberg gebautes Haus brauche. Griesinger, die ihre Fürsorgerinnen-Stelle bereits gekündigt hatte, musste sich mit einem halben Jahr Arbeitslosigkeit abfinden.<sup>36</sup> Hahn sollte Annemarie Griesinger später häufiger sehen. Ab 1972 saß er ihr am Kabinettsstich gegenüber, Hans Filbinger hatte sie zum Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung ernannt. Die erste Frau, die im Südweststaat ein Ministeramt innehatte, scheint jedoch verziehen zu haben. In ihrem Erinnerungsbüchlein lobt sie den „großartigen Kultusminister Wilhelm Hahn“<sup>37</sup>.

## II.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger berief Wilhelm Hahn nach der Landtagswahl vom 26. April 1964, welche der CDU 59 von 120 Mandaten brachte, an die Spitze des Kultusministeriums. Eduard Wahl, der 1947/48 bei der Verteidigung im Nürnberger (Nachfolge-) Prozess gegen die I.G. Farben mitgewirkt hatte, Bundestagsabgeordneter und als Professor Heidelberger Kollege von Hahn, hatte sich gegenüber Kiesinger bereits 1959 für Hahn als Kultusminister eingesetzt, der dem Ansinnen zu dieser Zeit allerdings wohl noch nicht zugänglich gewesen war.<sup>38</sup>

Im Februar 1963 hatte die Kultusministerkonferenz eine „Bedarfsfeststellung 1961–1970“ vorgelegt, welche der Bonner Republik bezüglich der bislang eher vernachlässigten Bildungspolitik schlechte Noten erteilte.<sup>39</sup> Georg Picht, der selber Zahlen zu dieser Studie erhoben hatte, publizierte Anfang 1964 eine Artikelserie in „Christ und Welt“, die später auch in Buchform erschien. Beklagt wurde ein massiver Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten.

36 Annemarie Griesinger: Heidenei, Frau Minister! Lachen ist die beste Politik. Hg. von Martin Hohnacker. Stuttgart u. a. 2006, S. 61f.

37 Ebd., S. 106. Tatsächlich spricht Annemarie Griesinger hier mehrfach, wenn auch mehr aus Gefühl als im klaren Bewusstsein über die Bedeutung von Worten und Sprache, von sich als Minister bzw. Frau Minister – und nicht als „Ministerin“. Siehe dazu inbes. S. 105.

38 Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. Stuttgart 2006, S. 433.

39 Fred Sepaintner: Baden-Württemberg 1960 bis 1992, in: Hansmartin Schwarzmaier/Meinrad Schaab (Hg.), Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Vierter Band: Die Länder seit 1918. Stuttgart 2003, S. 591–895, hier 835.



Der Bildungsnotstand ziehe, so Picht, letztlich den wirtschaftlichen Abschwung nach sich. Überschriften war die Artikelserie mit den Worten „Die deutsche Bildungskatastrophe“<sup>40</sup>. Der Titel wurde schnell zum Schlagwort derjenigen, die vor allem den quantitativen Aspekt von allseits als notwendig erachteten Reformen im Bildungswesen vor Augen hatten.

Kiesinger, nicht zuletzt beeinflusst von der durch Picht in Gang gesetzten Diskussion, stellte die „bildungspolitische Wende im Land Baden-Württemberg“ an die Spitze seiner Prioritätenliste. Die Regierungserklärung vom 25. Juni 1964 wird diesbezüglich als „Initialzündung“<sup>41</sup> gewertet. Der seit 1958 amtierende Kultusminister Gerhard Storz schied aus, freiwillig, aber wohl letztlich verursacht durch die zu häufigen „Querschüsse“ aus den eigenen Reihen<sup>42</sup>. Er zog sich als Professor nach Tübingen zurück, Hahn hatte er ausdrücklich als Nachfolger empfohlen.<sup>43</sup> Der ehemalige Heidelberger Rektor war für Kiesinger auch diejenige Persönlichkeit, „mit der das Land Terrain in der Bildungspolitik gutmachen würde“.<sup>44</sup> Vor Augen hatte der Ministerpräsident dabei nicht nur seine Heimat. Das Land Nordrhein-Westfalen, wo mit Paul Mikat seit 1962 ein sehr agiler Kultusminister im Amt war, wurde mit dessen bildungspolitischen Initiativen – wohl nicht zu Unrecht – im Südwesten als Konkurrenz empfunden. Galt Storz als Schöngest, so erfreute sich Hahn des Rufs, politischer Pragmatiker zu sein<sup>45</sup> oder sogar „den Kampf“ zu lieben.<sup>46</sup> Hahn hatte auch nicht gezögert, als das Angebot, Minister zu werden, an ihn herangetragen wurde: „Intuitiv wusste ich, daß sich hier ein großes Wirkungsfeld auftut, das alles von mir verlangen würde, zugleich aber eine einzigartige Chance darstellte, etwas Wesentliches zu leisten.“<sup>47</sup> Presseschlagzeilen wie „Weltoffen, ausgleichend und geradlinig. Der neue Kultusminister Professor D. Dr. Wilhelm Hahn“<sup>48</sup> oder Charakterisierungen wie „Wilhelm Hahn ist ein Konservativer im vornehmsten Sinne. Hinter seinem Charme, der sich leicht auf die pastorale Ebene erhebt, sobald seine Argumente auf Widerstand stoßen, verbirgt sich das Modell des einzelnen Auserwählten, der die Verantwortung für die Unmündigen auf sich genommen hat“,<sup>49</sup> kennzeichneten die öffentliche Wahrnehmung zu dieser Zeit.

40 Zusammenfassende, kritische Betrachtung in: Sepaintner: Baden-Württemberg 1960 bis 1992, S. 834–839.

41 Ebd., S. 839.

42 Matz: Kleine Geschichte des Landes Baden-Württemberg, S. 102.

43 Gassert: Kiesinger, S. 432.

44 Ebd., S. 433.

45 Matz: Kleine Geschichte des Landes Baden-Württemberg, S. 102.

46 Paul Feuchte: Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg. Stuttgart 1983, S. 248.

47 Hahn: Ich stehe dazu, S. 100.

48 Beitrag von Marianne Frey, in: Stuttgarter Nachrichten vom 13. Mai 1964.

49 Nina Grunenberg: „Kultusminister der Bundesrepublik (3). Professor Dr. Wilhelm Hahn. Baden-Württemberg“, in: Die Zeit vom 8. Oktober 1965.

Hahn selbst sprach von der dreifachen Aufgabe eines Kultusministers – wobei er insbesondere die Bildungspolitik meinte: Zum Ersten handle es sich um die soziale Verpflichtung, dem Befähigten, unabhängig von seiner Herkunft und materiellem Hintergrund das „höchste Bildungsangebot“ zu machen; zum Zweiten gebe es eine pädagogisch-soziale Verpflichtung, „das Bildungswesen so zu gestalten, daß es dem Wesen des jungen Menschen in seiner Altersstufe, in seiner körperlichen, psychischen und geistigen Entwicklung, in seiner Begabung, seinen Interessen und seinen charakterlichen Anlagen“ gerecht werde; und schließlich sei da eine kulturelle Verpflichtung, „das große geistige und ethische Erbe so weiterzutragen, daß es sich als Basis und gestaltende Kraft zur Bewältigung von Gegenwart und Zukunft“ auswirke.<sup>50</sup>

Seinen Führungsstil schilderte Hahn als unkonventionell, er sei beispielsweise dagegen gewesen, dass der Dienstweg strikt eingehalten werden müsse.<sup>51</sup> Hinter seine Mitarbeiter – auf deren namentliche Würdigung er in seinen Memoiren wiederholt Wert legte, was in diesem Genre keinesfalls selbstverständlich ist<sup>52</sup> – stellte er sich, wenn diese angegriffen wurden. So wandte sich der Vizepräsident der Franz-Oppenheimer-Gesellschaft im November 1975 – nicht zum ersten Mal – bezüglich der 1936/37 erstellten juristischen Dissertation des Ministerialdirektors Anton Steinle an Hahn. Der Minister wies den Vorwurf, diese sei durch die „Ansammlung nazistischer Tiraden“ gefördert worden, zurück. Hahn, der darlegt, dass Steinle 1938 aus dem Justizdienst ausgeschieden sei und betont, dass er selbst der Letzte sei, der nationalsozialistisches Unrecht verharmlosen würde, fuhr in einem Schreiben an den Vizepräsidenten fort: „Im übrigen bin ich der Meinung, daß das gemeinsame Ziel, der Vergangenheit gerecht zu werden, sicher nur dadurch erreicht wird, daß auch die Zeit, die zwischen der Dissertation und heute liegt, berücksichtigt wird. Ich erwähne hier nur, daß Herr Dr. Steinle zehn Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft war, und ich wiederhole noch einmal meine Feststellung, daß ich Herrn Dr. Steinle in der über elfjährigen Zusammenarbeit in meinem Hause als einen geradlinigen, von den Grundwerten unserer Verfassung überzeugten und danach handelnden Beamten kennengelernt habe. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Fakten ein größeres Gewicht als den Zitaten aus einer 40 Jahre zurückliegenden Dissertation beimessen würden.“<sup>53</sup>

Die Bildungspolitik bestimmte Hahns Wirken seit seiner Ernennung zum Kultusminister durchgängig. Das durch Georg Pichts publizistischen Weckruf ins allgemeine Bewusstsein gerückte Problem, dass Schulen und Hochschulen

50 Nach Hahn: Ich stehe dazu, S. 153f.

51 Ebd., S. 103f.

52 Ebd., S. 106–109, 195, 218, 228, 239, 249.

53 Hahn an Rubinstein, 26. November 1975 sowie Stellungnahme Steinles, ohne Titel, 3. Oktober 1975, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) Bestand Wilhelm Hahn 01-392-002/4.

personell ausgebaut werden müssten, um wesentlich breiteren Bevölkerungsschichten höhere Abschlüsse zu ermöglichen, stellte sich durchaus, auch wenn Hahn Dramatisierungen für übertrieben hielt. Er schwächte im November 1964 ab, heute könne noch nicht von einer Bildungskatastrophe gesprochen werden, aber diese sei morgen durchaus möglich oder sogar wahrscheinlich, wenn nicht Vorsorge getroffen werde.<sup>54</sup> Diese Vorsorge traf Hahn nachdrücklich. Erst am Ende seiner Amtszeit musste er sich Sparzwängen fügen, gegen die er gekämpft hatte, die ihm aber doch angelastet wurden.<sup>55</sup> Im Unterschied zu anderen teilte Hahn den unbedingten Fortschritts- und Planbarkeitsglauben dieser Zeit, einen „nur wenige Jahre später schon nicht mehr für möglich gehaltenen Zukunftsoptimismus“<sup>56</sup>, als dezidiert Konservativer nicht. Differenzen zwischen den Menschen negierte er nicht. Bildungsgerechtigkeit hieß für ihn, Ungleichheiten zu berücksichtigen und entsprechend angemessen zu bilden- und auszubilden. „Begabbar“ seien Kinder definitiv nicht.<sup>57</sup> Zudem verwies er stets darauf, dass eine Orientierung am Bedarf erfolgen müsse.<sup>58</sup> Der völlig überzogenen, aber lange Zeit wirkmächtigen Zielvorgabe, über 50 Prozent der Schüler müssten mit dem Abitur abschließen, stellte er sich vehement entgegen.<sup>59</sup> Dem von ihm – nicht zu Unrecht – befürchteten, mit dem quantitativen Ausbau verbundenen Qualitätsverlust versuchte er entgegenzuwirken, sowohl durch Reformen als auch verbal. Seine oft wiederholte Forderung, „Kultur- und Bildungspolitik sollte fortschrittlich und konservativ zugleich sein“<sup>60</sup>, wurde charakteristisch; dennoch ist sie vielleicht nicht sonderlich glücklich, da „Fortschritt“ und „Konservatismus“ hier als Gegensatzpaar erscheint, die Begriffe jedoch nicht zwingend Gegensätze darstellen.

Baden-Württemberg setzte sich mit seinen Bildungsreformen an die Spitze in Deutschland.<sup>61</sup> Neu war die von Kiesinger angekündigte Gesamtkonzeption

54 So Hahn auf dem kulturpolitischen Kongress der CDU/CSU, 9./10. November 1964, hier nach Sepaintner: *Baden-Württemberg 1960 bis 1992*, S. 840. Auch später rief Hahn immer wieder zur Mäßigung der – durchaus berechtigten Forderungen – auf, vgl. z. B. „Professor Hahn: Lehrermangel nicht dramatisieren“, in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 17. Mai 1967.

55 Hahn: *Ich stehe dazu*, S. 244–248.

56 Matz: *Kleine Geschichte Baden-Württembergs*, S. 104.

57 Hahn: *Ich stehe dazu*, S. 230.

58 Ebd., S. 238.

59 U. a. ebd., S. 144.

60 U. a.: Wilhelm Hahn: Ministerpräsident Hans Filbinger und die Bildungsreform der 60er und 70er Jahre in Baden-Württemberg, in: Lothar Bossle (Hg.): *Deutschland als Kulturstaat. Festschrift für Hans Filbinger zum 80. Geburtstag*. Paderborn 1993, S. 406–409, hier 408 oder Hans Filbinger: Vorwort, in: *Bildungspolitik mit Ziel und Maß. Wilhelm Hahn zu seinem zehnjährigen Wirken gewidmet*. Stuttgart 1974, S. 7–12, hier 11. Filbinger bemüht sich hier zu erklären, dass diese Eigenschaften „keine polaren Gegensätze“ darstellen.

61 Sepaintner: *Baden-Württemberg 1960–1992*, S. 840.

des Bildungswesens.<sup>62</sup> Der Deutsche Bildungsrat wurde auf Hahns Initiative hin geschaffen, da er der Meinung war, dass die Bildungsreformen alle Länder umfassen müssten. Der Bildungsrat trat neben den Wissenschaftsrat. Für Hahn endete er allerdings 1975 mit einer Enttäuschung: Er selbst sah sich genötigt, ihn aufzulösen, zu stark war seiner Meinung nach der Einfluss der emanzipatorischen Pädagogik und die Dominanz des „egalitären“ Begabungsbegriffs geworden.<sup>63</sup>

Bezüglich der Reform der Schulen wurden zwischen 1965 und 1977 vier Schulentwicklungspläne vorgelegt. Der Schulentwicklungsplan I, dessen Umsetzung bereits ab 1966/67 begann, sollte dem „sozialen Bildungsgefälle“ begegnen. Nachbarschaftsschulen wurden geschaffen, zudem wurde das Netz von Real- und Sonderschulen sowie Gymnasien ausgebaut.<sup>64</sup> Die Sonderschulen waren Hahn ein wirkliches Anliegen: „Die Gemeinden wollten keine Schulen für ‚die Deppen‘, wie sie sagten. Ich musste an ihre christliche Verantwortung und den Wert jedes Menschen erinnern.“<sup>65</sup> Der Schulentwicklungsplan II von 1971 hatte das berufliche Schulwesen zum Gegenstand. Es erfolgte die Einteilung des Berufsschulwesens in Stufen, das bewährte duale System wurde beibehalten. Es entstanden Berufsschulzentren. Zudem wurden berufliche Gymnasien geschaffen. Es entstand ein gegliedertes berufliches Bildungssystem: Über Berufsfachschulen entstanden Berufskollegs, daneben Fachschulen und Berufsakademien. Letztere waren für Abiturienten als Alternative zum Studium gedacht.<sup>66</sup> Der Schulentwicklungsplan III von 1973 widmete sich dem Grundschulbereich, vor allem „Zwergschulen“ galt es zu beseitigen.<sup>67</sup> Der Schulentwicklungsplan IV von 1977 schließlich hatte die Gymnasien im Blick, wobei die Oberstufenreform, über deren Grundsätze die Kultusministerkonferenz bereits fünf Jahre zuvor abgestimmt hatte, in Baden-Württemberg nur in abgewandelter Form eingeführt wurde. Eine Absage wurde einer zu frühen Spezialisierung erteilt.<sup>68</sup> Hahn wandte sich gegen die Möglichkeit, das Fach

62 Vgl. Hahn: Ich stehe dazu, S. 116–121; Wilhelm Hahn: Kulturpolitik im Zeichen der Bildungsexpansion, in: Staatsanzeiger vom 14. Januar 1970.

63 Hahn: Ich stehe dazu, S. 111–116. Zum Auseinanderdriften der Ideen Hahns und des Bildungsrates siehe z. B. „Gegen alle Utopien abgesichert“. Kultusminister Hahn fordert realistische Einschätzung der Lage in der deutschen Bildungspolitik“, in: Rhein-Neckar-Zeitung vom 27. August 1970. Hier heißt es u. a.: „Zu den Vorschlägen des Bildungsrates, die Zahl der Abiturienten bis 1980 von gegenwärtig 11 Prozent eines Jahrgangs auf 55 Prozent auszuweiten, sagte Professor Hahn, das würde nicht nur den völligen Zusammenbruch unserer heutigen Vorstellungen von der Abschlußprüfung eines Gymnasiums bedeuten, da 55 Prozent eines Jahrgangs niemals dieses Niveau halten könnten, sondern wir wären gar nicht in der Lage, dieser Masse von Abiturienten Berufschancen zu bieten.“

64 Sepaintner: Baden-Württemberg 1960–1992, S. 841f.

65 Hahn: Ich stehe dazu, S. 121.

66 Sepaintner: Baden-Württemberg 1960–1992, S. 842f.

67 Ebd., S. 843.

68 Ebd., S. 843f.

Deutsch abwählen zu können.<sup>69</sup> Wesentlich verbessert wurde in dieser Zeit auch die Erwachsenenbildung.<sup>70</sup>

Die vielfach geforderten – und von Hahn als überzogen zurückgewiesenen – 50 Prozent eines Jahrgangs, die Abitur machen sollten, wurden in seiner Amtszeit nie annähernd erreicht. Jedoch sind deutliche quantitative Steigerungen, was Schulabschlüsse betrifft, belegbar. Hahn lässt es sich in seinen Erinnerungen nicht nehmen, diese stolz zu präsentieren. Zudem wurde der Etat des Kultusministeriums in Hahns Amtszeit deutlich gesteigert. Betrug er 1964, bei seinem Amtsantritt, 1,53 Milliarden D-Mark jährlich, so waren es bei seinem Ausscheiden 1978 7,3 Milliarden D-Mark.<sup>71</sup>

Zu Anfang von Hahns Ministerzeit bestand das Problem, dass in Württemberg-Hohenzollern Grund- und Hauptschulen Bekenntnisschulen waren, im Gegensatz zu den anderen Landesteilen. Der Schulreform stand dies im Wege. Einer der heftigsten Streiter für die Beibehaltung war der Rottenburger Bischof Carl Joseph Leiprecht. Eine Lösung fand sich im Dezember 1966: Der als Kiesinger-Nachfolger frisch gekürte Hans Filbinger wechselte handstreichartig von einer Koalition mit der FDP zur SPD. Letztere war deutlich gegen die Bekenntnisschulen, deren Aufhebung schließlich erfolgte. Dies war ein Opfer, welches Filbinger dem neuen Koalitionspartner – wahrscheinlich gar nicht ungerne – bringen musste. Gebildet wurden christliche Gemeinschaftsschulen, konfessionelle Schulen konnten in Württemberg-Hohenzollern auf Antrag errichtet werden, sie erhielten dann staatliche Zuschüsse.<sup>72</sup> Hahn kommentierte: „Ich war glücklich, so den Weg für die Schulreform freizubekommen.“<sup>73</sup>

Ab 1967 sah sich Hahn mit der „Ideologisierung“ von Bildungsreform und Schule konfrontiert.<sup>74</sup> Die „studentische Protestbewegung (...) bemächtigte sich der Universitäten (...). Über die Lehrerbildung und die Pädagogischen Hochschulen ergriff sie die junge Lehrergeneration, und von da aus dehnte sie sich vor allem auf die Gymnasien aus, etwas abgeschwächt auf die Berufsschulen. Eine gehässige Kritik griff alles, was wir taten, als unzureichend an, und zwar mit der Behauptung, es geschehe nur im Interesse der Kapitalisten.“<sup>75</sup> Der geforderten Mitbestimmung, gar von Kindern, konnte er gar nichts abgewinnen, Erziehung betrachtete er als „Hilfe“ zur Bewältigung des künftigen Lebens und nicht als zurückzuweisende, „autoritäre“ Angelegenheit.<sup>76</sup> Ge-

69 Hahn: Ich stehe dazu, S. 149 sowie 148–150 insgesamt.

70 Sepaintner: Baden-Württemberg 1960–1992, S. 844.

71 Hahn: Ich stehe dazu, S. 155f.

72 Zur Auseinandersetzung um die Bekenntnisschule in Württemberg-Hohenzollern Sepaintner: Baden-Württemberg 1960–1992, S. 827–834; Hahn: Ich stehe dazu, S. 128–132.

73 Hahn: Ich stehe dazu, S. 131.

74 Ebd., S. 135–143.

75 Ebd., S. 135.

76 Ebd., S. 136f.

samtschulen, die seiner Meinung nach aus gesellschaftspolitischen, weniger aus pädagogischen Motiven eingeführt wurden, stand er skeptisch gegenüber, wobei er ursprünglich der Idee etwas abgewinnen können.<sup>77</sup> Er beklagte, dass der Leistungsbegriff als „inhuman und kapitalistisch“ denunziert wurde und stellte „der Behauptung der Gleichheit aller die These von der Gleichwertigkeit der Ungleichen entgegen“.<sup>78</sup> Das berufliche Gymnasium wollte er als Alternative zur Gesamtschule verstanden wissen.<sup>79</sup> Allerdings – Hahn sah auch Licht am Ende des Tunnels: „Das Ergebnis unter dem Strich scheint mir zu sein, daß in Baden-Württemberg sowohl die allgemeinbildenden Schulen inklusive der Sonderschulen wie auch die Berufsschulen in jener Zeit einen großangelegten, zeitgerechten Aufbau erfahren haben. Unser Schulwesen trug zwar durch die Kulturrevolution ‚Blessuren‘ davon, konnte aber doch relativ intakt hindurchgesteuert werden.“<sup>80</sup>

Massiv ausgebaut wurde während der Amtszeit Hahns neben den Schulen vor allem das Hochschulwesen. Erkennbar war auch eine Spezialisierung der Universitäten: Lediglich die drei alten in Heidelberg, Tübingen und Freiburg boten den „Fächerkanon der klassischen Universität“, während die sechs neueren Schwerpunktsetzungen aufwiesen. Fachhochschulen wurden in Baden-Württemberg 1971 eingeführt.<sup>81</sup> Herausragend waren die beiden Universitätsneugründungen Konstanz 1966 und Ulm 1967, die als „Modelluniversitäten“ fungierten, daneben wurde Mannheim ausgebaut. Ralf Dahrendorf legte 1967 eine Hochschulgesamtplan, den „Dahrendorf-Plan“ vor, dessen Vorschläge allerdings zum Teil nicht berücksichtigt wurden, wie etwa die Teilung in ein Kurz- und ein Langstudium. Mit dem Hochschulgesamtplan II, der im März 1972 vom Landtag verabschiedet wurde, wurden acht Gesamthochschulregionen gebildet.<sup>82</sup> Hahn legte in seinen Erinnerungen Wert darauf, dass diese nichts mit dem sich schnell verändernden, ideologisch aufgeladenen Begriff der „Gesamthochschule“ zu tun hatten.<sup>83</sup> Baden-Württemberg erließ als erstes

77 „Professor Hahn: Die Gesamtschule ist keine ‚Seifenblase‘“, in: Badische Zeitung vom 5. Mai 1967, u. a.: „Prinzipiell stellte sich Kultusminister Hahn auf den Standpunkt, daß die integrierte Gesamtschule nach ihrer erfolgreichen Erprobung im Ausland als Schulform ernsthaft diskutiert werden müsse, ohne jedoch diesem System zu unkritisch gegenüberzustehen.“

78 Hahn: Ich stehe dazu, S. 138–140, die Zitate 139f.

79 Ebd., S. 141.

80 Ebd., S. 147.

81 Nach Sepaintner: Baden-Württemberg 1960–1992, S. 846f.

82 Nach ebd., S. 844f.

83 Hahn: Ich stehe dazu, S. 182. Vgl. auch Hahns immer wieder pointiert vorgetragene Stellungnahmen zum Thema Gesamtschule bzw. Gesamthochschule, etwa im CDU-Bundesvorstand am 5. Juli 1971, in: Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1969–1973. Bearbeitet von Günter Buchstab mit Denise Lindsay (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 56). Düsseldorf 2009, S. 414–416.

Bundesland 1968 ein Hochschulgesetz. Kritisiert wurde von studentischer Seite, dass die Drittelparität hier nicht berücksichtigt sei.<sup>84</sup> Eine Novellierung des Hochschulgesetzes von 1969, welche das Stimmrecht sogar auf nichtwissenschaftliche Mitarbeiter ausweitete, wurde im Juli 1973 rückgängig gemacht<sup>85</sup> – ganz im Sinne Hahns. Mittels einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Mai 1973 wurde bestätigt, „daß die qualifizierten Wissenschaftler in den Senaten und anderen Entscheidungsorganen der Universität die Mehrheit und in den Berufungsausschüssen sogar die überwiegende Mehrheit haben müßten. Ich konnte dies triumphierend verkündigen (...)“.<sup>86</sup>

Nicht nur wenig, sondern gar kein Verständnis vermochte Hahn für das Agieren der nicht allein studentischen Protestbewegungen, welche in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre massiv anwuchsen, aufzubringen.<sup>87</sup> Die ständigen Begleitproteste, etwa zu Initiativen wie dem Hochschulgesetz und eine Reihe von Kuriosa, so etwa der Ruf „diskutieren – diskutieren“ bei jeglicher Zurückweisung eines wirklichen Gesprächs oder Auswüchse wie Schülerflugblätter mit der Überschrift „Es gibt nur einen guten Lehrer, und das ist ein toter Lehrer“, stellt Hahn ausführlich in seinen Erinnerungen dar.<sup>88</sup> Den Vergleich mit der NS-Bewegung bemühte er nicht nur einmal. Von einer außerordentlichen Dynamik, „wie sie vor 1933 den Nationalsozialismus hochgetragen hatte“ sprach er. „Wie vor 1933, fing es auch jetzt wieder bei den Studenten an, die mißliebige Professoren und Dozenten rücksichtslos durch ständige Unterbrechung der Vorlesungen, durch Sprechchöre und Anrempeleien tyrannisierten. Sie wandten sich keineswegs nur gegen Konservative, sondern auch gerade gegen die, wie sie sich ausdrückten ‚Scheißliberalen‘; denn alles, was nicht neomarxistisch eingestellt war, galt als ‚faschistoid‘.“ Oder: „Die SDS-Führer waren meist außergewöhnlich intelligente Leute, die mit erstaunlicher Rhetorik und demagogischen Fähigkeiten einen großen Einfluß ausübten. Sie fanden wie einst die Nazis, wenn auch unter anderen Voraussetzungen, eine bedin-

84 Sepaintner: Baden-Württemberg 1960–1992, S. 845.

85 Ebd., S. 846.

86 Hahn: Ich stehe dazu, S. 220.

87 Hahns Lageeinschätzungen erfuhren allerdings auch in der eigenen Partei nicht immer Unterstützung. So stießen seine Warnungen in Hinsicht auf „das schwindende Vertrauen der jungen Generation“ im CDU-Bundesvorstand bezeichnenderweise noch am 2. September 1968 bei Kanzler Kiesinger auf taube Ohren, Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1965–1969. Bearbeitet von Günter Buchstab mit Denise Lindsay (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 5). Düsseldorf 2005, S. 1030f., das Zitat 1030.

88 Hahn: Ich stehe dazu., S. 190–197, die Zitate 193. Vgl. etwa auch: „Knallfrösche und Sprechchöre in Aalen. Kultusminister Hahn muß Kundgebung abbrechen. Bereits am Nachmittag Demonstranten in der Innenstadt – Hahn: ‚Mit diesen Methoden können Sie unseren demokratischen Staat kaputtmachen‘“, in: Stuttgarter Zeitung vom 18. November 1971.

gungslose Gefolgschaft.“<sup>89</sup> Entsetzt zeigt er sich, dass selbst prominente evangelische Theologen „Gewalt gegen Sachen“ für legitim erklärten.<sup>90</sup> Margot Becke-Goehring, bis 1968 Rektorin in Heidelberg, sei unter den Universitäts-Rektoren „der einzige Mann“ gewesen.<sup>91</sup> Betont wird immer die Notwendigkeit, den kulturrevolutionären Erscheinungen mit Widerstand zu begegnen.<sup>92</sup> Hahn kann für sich in Anspruch nehmen, dies durchweg getan zu haben.<sup>93</sup> Die Anfeindungen und Angriffe auf Hahn blieben zudem nicht auf den Bereich der Universität beschränkt.<sup>94</sup>

Die Auseinandersetzungen mit der „Modelluniversität“ Konstanz um die von dort gewünschte Mitbestimmung („Die linksorientierte Dozentenschaft, unterstützt von der politisierten Studentenschaft, verstand den Modellcharakter hochschulpolitisch im Sinne der Protestbewegung, wenn nicht politisch. Sie forderte auf allen Ebenen eine nahe an die Drittelparität herankommende Lösung (...)“), führte schließlich zur Einsetzung von Theopont Diez, der als Staatskommissar für anderthalb Jahre die Leitung der Universität übernahm – bis der Streit durch das bereits erwähnte Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Mai 1973 endgültig entschieden wurde. Hahn beklagt das späte Zustandekommen des Urteils, was unnötig Arbeit und Aufwand seitens seines Ministeriums verursacht habe.<sup>95</sup>

In Hahns Erinnerungen nimmt sich der Konstanzer Streit im Vergleich zu den Auseinandersetzungen an der Universität Heidelberg nahezu harmlos aus. Hahns Lieblingsfeind in Heidelberg war der Alttestamentler Rolf Rendtorff, der zwischen 1970 und 1972 als Rektor amtierte. Etwas bemüht weist Hahn die in der Presse verbreiteten Unterstellungen, einer persönlichen Feindschaft zurück, zudem spielte Rendtorffs SPD-Mitgliedschaft keine Rolle, „wohl aber, daß er auf die Protestbewegung setzte und glaubte, durch systematisches und ständiges Nachgeben mit ihr kooperieren zu können (...). Rendtorff (nahm) Partei für die Radikalen.“<sup>96</sup> Der Heidelberger SDS musste nach Gewalttätigkeiten durch den sozialdemokratischen Innenminister Krause verboten werden.<sup>97</sup> Beschwerden etwa seitens Werner Conzes über die Störungen in dessen

89 Hahn: Ich steh dazu, S. 185 sowie 187.

90 Ebd., S. 186.

91 Ebd., S. 188.

92 Ebd., S. 194.

93 So auch die Charakterisierung durch Hermann Rudolph: „Der standhafte Mann in Stuttgart. Die Kultusminister: Disponenten über deutsche Kultur – Wilhelm Hahn, ein Solist auf der politischen Bühne“, in: FAZ vom 30. Juni 1975.

94 Vgl. u. a.: „Kultusminister im Theater attackiert. Wüste Szene während ‚Marats Tod‘“, in: Stuttgarter Zeitung vom 17. Februar 1969.

95 Hahn: Ich stehe dazu, S. 198–200, das Zitat 198.

96 Ebd., S. 200.

97 Siehe dazu auch Georg Müller: Walter Krause. Ein Mannheimer für Baden-Württemberg (Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim 29). Heidelberg 2003, S. 151–154.



Vorlesungen wies Rektor Rendtorff zurück und gab dem Historiker selbst die Schuld. Bei der Auswahl der Referenten für das Studium generale seien, folgt man Hahn, „nur neomarxistische und kommunistische Redner“ berücksichtigt worden, der AstA habe zu Massenveranstaltungen gemeinsam mit PLO und IRA aufgerufen, genehmigt vom Rektor. Geplant sei beispielsweise eine Veranstaltung mit dem Hannoveraner Psychologen Peter Brückner gewesen, der „wegen Begünstigung der Baader-Meinhof-Bande“ zu dieser Zeit von seiner Position suspendiert war. Hahn versuchte, diese Veranstaltung verbieten zu lassen, was wegen eines Formfehlers nicht gelang. Dass er die Angelegenheit ausdrücklich in seinen Erinnerungen schildert, trotz des selbstverschuldeten Misserfolges, ist bezeichnend für die Bedeutung, die er ihr beimisst.<sup>98</sup> Höhepunkt der Auseinandersetzung mit der Universität Heidelberg dürften die mit dem „Sozialistischen Patientenkollektiv“ (SPK) um den Assistenzarzt Wolfgang Huber verbundenen Vorgänge in den Jahren 1970/71 gewesen sein. Huber, dem zuvor gekündigt worden war, besetzte mit den Psychiatrie-Patienten, die Zahl erreichte bis zu 300 Personen, Universitätsgebäude. Der Vorwurf lautete, nicht die Patienten, sondern das System sei krank und die vorherrschende „bürgerliche Medizin“ stehe im Dienst des Kapitalismus. Rektor Rendtorff ging auf die Wünsche des SPK ein und unterstützte dieses auch noch, nachdem es zu Gewalttätigkeiten gekommen war. Das SPK entwickelte sich zu einer Institution, Hahns Versuche, die Unterstützung durch die Universität zu verbieten und eine Räumung juristisch durchzusetzen, hatten massive Presseangriffe gegen ihn zur Folge, zumal aus dem Kreis des SPK immer wieder mit Selbstmorden gedroht wurde. Hahn konstatierte: „Staat und Justiz wagten es damals nicht, sich durchzusetzen, da sie keine Unterstützung durch die Öffentlichkeit fanden.“ Hahn wurde von einer „Gruppe KR“, die sich mit dem SPK solidarisch erklärt hatte, mit Mord gedroht.<sup>99</sup> Aufgelöst wurde das SPK erst, als man Waffen und Sprengstoff fand, Huber wurde schließlich zu einer Haftstrafe verurteilt. Aus dem SPK gingen mehrere maßgebliche Terroristen hervor.<sup>100</sup> Der Staat, so Hahn, habe sich in dieser Zeit „gegenüber der linken studentischen Protestbewegung hilflos“ gezeigt. Unverständlich waren ihm die „immer wieder beschwichtigenden Stimmen in der Presse über ehrenwerte Motive dieser Gesinnungstäter“ – gemeint sind die Terroristen, die selbst als „Rote Armee

98 Hahn: Ich stehe dazu, S. 201f. Vgl. in diesem Zusammenhang die Beschwerde Filbingers beim Innenministerium über das Zustandekommen der Veranstaltung: Filbinger an Krause, 23. Februar 1972, in: ACDP 01-392-002/4.

99 „„Sie, Herr Hahn, sind kein Mensch““, in: Stuttgarter Zeitung vom 25. November 1970 sowie „Brief an den Kultusminister. Drohung mit Mord“, in: Stuttgarter Nachrichten vom 25. November 1970.

100 Schilderung nach Hahn: Ich stehe dazu, S. 202–207, das Zitat 207.

Fraktion“ firmierten, von Hahn jedoch konsequent als Baader-Meinhof-Bande bezeichnet wurden.<sup>101</sup>

Ein drastischer Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen Hahn und der Universität Heidelberg sollte der 6. Dezember 1972 werden. Nachdem es bereits mehrere Wochen gewalttätige Auseinandersetzungen gegeben hatte, war eine Großveranstaltung geplant, unter anderem wiederum mit Peter Brückner sowie Johannes Agnoli, auf welcher die Umwandlung der Universität „in eine Gegenuniversität“ befürchtet wurde. Hahn machte sich im Kabinett für ein Verbot stark: „Mir schien es notwendig, Flagge zu zeigen und den Gewalttaten einen Riegel vorzuschieben. Wenn das bei Einzelvorlesungen nicht möglich war, so doch bei dieser zentralen Veranstaltung.“ Das Verbot wurde schließlich in der Nacht vor der geplanten Veranstaltung beschlossen, Hahn konnte Filbinger und Innenminister Schieß überzeugen. Die Universitätsgebäude wurden von Polizisten umstellt. Trotz heftiger Gegenwehr sah Hahn „nun aber die Kraft der revolutionären Studentenbewegung in Heidelberg gebrochen“.<sup>102</sup> Opposition und Öffentlichkeit bzw. Presse reagierten fast durchweg negativ auf diese Maßnahme, Hahns Rücktritt wurde lauthals gefordert.<sup>103</sup> Er verblieb auf seinem Posten, beklagte aber, dass er auch aus den eigenen Reihen nicht die von ihm erwartete, geschlossene Unterstützung fand.<sup>104</sup>

### III.

Der Umschwung kam dann, zumindest Hahn zufolge, recht plötzlich, sowohl im engeren Bereich der Hochschulpolitik als auch bezüglich des Meinungsklimas insgesamt. Spätestens zum Jahreswechsel 1973/74 sah Hahn – neben anderen – ein Ende der seit den späten 1960er Jahren im Aufwind befindlichen linken Strömungen. Als seinen persönlichen Startpunkt dieser Entwicklung machte er die Novelle des Hochschulgesetzes vom Juli 1973 aus.<sup>105</sup> In Bezug auf die politische Großwetterlage war, Hahn zufolge, ein „Abrutschen der Bundesrepublik Deutschland nach dem Osten“ zu befürchten. Aber gegen einen „Erdrutsch nach links“ formierte sich nun politischer Widerstand „in der

101 Ebd., S. 208. Hahn verfasste dazu am 1./2. Juni 1972 auch einen offenen Brief an Hochschullehrer, Lehrer, Verleger und im Kulturbereich Tätige. Abgedruckt ebd., S. 209–211.

102 Ebd., S. 211–213.

103 Vgl. Landtag von Baden-Württemberg, 6. Wahlperiode, Protokoll über die 13. Sitzung, 14. Dezember 1972, S. 567: Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Entlassung des Kultusministers sowie die nachfolgende Diskussion.

104 Hahn: Ich stehe dazu, S. 213–215. Vgl., wohl auch als Folge der öffentlichen Wahrnehmung, Hermann Rudolph: „Es kriselt zwischen Hahn und der Fraktion. Die Abgeordneten möchten den Politiker auf Verwaltungstugend reduzieren“, in: FAZ vom 14. Februar 1973.

105 Hahn: Ich stehe dazu, S. 221.

Stille“.<sup>106</sup> Naheliegend war es für ihn, sich an der Spitze dieser Gegenbewegung zu positionieren bzw. hier ein Zeichen zu setzen. Selbstbewusst formuliert er in seinen Erinnerungen sein Vorhaben: „Es mußte klar werden, daß nicht der Marxismus, wie die Neomarxisten behaupteten, die einzige Kraft in Wissenschaft, Kunst, Publizistik und Politik ist, sondern daß sehr viel stärkere Kräfte in der weitgefächerten pluralistischen nichtmarxistischen Welt stecken. Ich beschloß, einen Kongreß zu organisieren, auf dem sich diese Kräfte als die große Alternative zum Marxismus der Nation sichtbar vorstellen sollten.“<sup>107</sup> Stattgefunden hat der Kongress „Tendenzwende“ am 14. und 15. Dezember 1974 in der „Akademie der Schönen Künste“ in München.<sup>108</sup> Hahn beschreibt sein Vorhaben mit den Worten: „Es galt, alle geistigen Kräfte rechts vom Marxismus zu sammeln und sie so aus dem Untergrund herauszuholen, in dem sie sich verschüchtert durch die Dominanz der Neomarxisten an den Universitäten und in der Presse versteckt hatten.“<sup>109</sup> Hahn, der sich persönlich im Hintergrund hielt – „Mein Name war damals noch mit der Behauptung behaftet, ich sei reaktionär, und dies hätte dem Kongreß geschadet“<sup>110</sup> – konnte bereits für den Vorbereitungskreis prominente Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik gewinnen, etwa Hans Maier, Golo Mann, Hermann Lübke und Ralf Dahrendorf, als Teilnehmer kamen beispielsweise noch Carl-Friedrich von Weizsäcker, Richard Löwenthal und Arnold Gehlen hinzu.<sup>111</sup> Der Kreis der Eingeladenen wurde bewusst auf 250 Teilnehmer beschränkt, „wodurch sich in sehr wirksamer Weise der Eindruck verbreitete, die Einladung sei eine Auszeichnung. (...) Zahllose Absagen mußten erteilt werden.“<sup>112</sup> Die Teilnahme von Bundespräsident Walter Scheel wird durch Hahn natürlich betont, Scheel „lauschte besonders dem Vortrag von Golo Mann, der eine Rehabilitation der Geschichte im Gegensatz zu ihrer Verachtung im letzten zukunftsgläubigen Jahrzehnt darstellte“.<sup>113</sup> Hahn ist mit (Medien-) Echo und Wirkung, die dieser Kongress verursachte, ausgesprochen zufrieden gewesen, bereits der „Durchbruch zur freien Diskussion und zur Anerkennung des Pluralismus“ wird von ihm als Erfolg gewertet. Und er machte tatsächlich eine Tendenzwende aus:

---

106 Ebd., S. 224f.

107 Ebd., S. 225.

108 Dazu insgesamt Hahn: Ich stehe dazu, S. 232–237. Die Beiträge finden sich in Clemens Graf Podewils (Hg.): Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik. Vorträge auf dem Kongreß „Tendenzwende“ in der Bayerischen Akademie der Schönen Künste 1974. Stuttgart 1975; Nikolai Wehrs: Protest der Professoren. Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ in den 1970er Jahren. Göttingen 2014, zum Verlauf des Kongresses „Tendenzwende“ 1974 sowie zum Forum „Mut zur Erziehung“ 1978 insbes. S. 437–443.

109 Hahn: Ich stehe dazu, S. 232.

110 Ebd., S. 233.

111 Ebd., S. 232f.

112 Ebd., S. 233.

113 Ebd., S. 235.

„Die geistige Wende ist nicht durch ihn herbeigeführt worden, sie wäre auch sonst eingetreten. Aber dieser Kongreß gab einem sonst kaum bewusst gewordenen Phänomen seinen Namen (...) Gleichzeitig zeigte sich, daß die Luft sich wieder von ideologischen Nebel reinigte (...).“<sup>114</sup> Hahn sah sich zudem – besonders nach den von ihm mitunter als einsam wahrgenommenen Kämpfen der Vorjahre – rehabilitiert, von Presse und „vielen Zeitgenossen“ sei ihm nun bestätigt worden, „daß ich eine Bildungspolitik der Vernunft“ betrieben hatte.<sup>115</sup> Andere, Hahn sicher prinzipiell zugeneigte Stimmen, sahen den Ertrag des Kongresses bzw. den von Hahn ausgemachten Umschwung wesentlich skeptischer. So habe Elisabeth Noelle-Neumann den während der Veranstaltung neben ihr sitzenden Arnold Gehlen gefragt, was er von der Tendenzwende halte. Gehlens klare Antwort: „Es gibt keine Tendenzwende.“<sup>116</sup> Dass dem Kongress eine zumindest „positive, klare neue Linie, etwa eine neue geistige Konzeption gefehlt habe“, räumte Hahn allerdings selbst ein.<sup>117</sup>

Der Begriff Tendenzwende war und ist in der Diskussion, die Bezeichnung „sozialdemokratisches Jahrzehnt“ hingegen wird für die 1970er Jahre ebenso zurückgewiesen wie die Kennzeichnung dieser Zeit als „konservative Dekade“.<sup>118</sup> Als Fortführung des Begriffs Tendenzwende bzw. in diesem Zusammenhang ist später auch das Schlagwort von der – letztlich ausgebliebenen – „geistig-moralischen Wende“ zu sehen, mit welcher Helmut Kohl bei der Übernahme der Kanzlerschaft 1982 große Erwartungen, wohl auch im Sinne Hahns, geweckt hatte.<sup>119</sup>

Ob Hahn an eine Institutionalisierung des Kongresses oder zumindest regelmäßige weitere Zusammenkünfte gedacht hatte, ist schwer zu sagen, der Gedanke ist jedoch naheliegend.<sup>120</sup> Reichlich drei Jahre später, am 9. und 10. Januar 1978, fand in Bad Godesberg eine ähnlich geartete Veranstaltung statt. Unter dem Titel „Mut zur Erziehung“ stand hier ausdrücklich die Bildungspolitik im Vordergrund<sup>121</sup>, die Teilnehmerliste verzeichnete auch hier wieder eine Reihe bekannter Namen. Vieles erfolgte in Anknüpfung bzw. Fortführung

114 Ebd., S. 236f.

115 Ebd., S. 237.

116 Nach Karlheinz Weißmann: Kurze Geschichte der konservativen Intelligenz nach 1945. Schnellroda 2011, S. 54.

117 Hahn: Ich stehe dazu, S. 236.

118 Axel Schildt: „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 449–478, hier insbes. 478.

119 Vgl. ebd., S. 478.

120 Hahn versicherte Hermann Lübke im Vorfeld, es handle sich bei dem „Tendenzwende“-Kongress um eine einmalige Veranstaltung (nach Wehrs: Protest der Professoren, S. 437f.). Tatsache ist jedoch, dass die zweite, damals möglicherweise noch nicht vorgesehene Tagung deutlich am Vorbild der ersten orientiert war.

121 Die Beiträge finden sich in: Wilhelm Hahn (Hg.): Mut zur Erziehung. Beiträge zu einem Forum am 9./10. Januar 1978 im Wissenschaftszentrum Bad Godesberg. Stuttgart 1978.

der von Hahn vertretenen Ideen der „Pädagogisierung“ – nachdem über ein Jahrzehnt gesellschaftspolitische Orientierungen in der Bildungspolitik maßgeblich gewesen waren sollten nun wieder „altersspezifische Bedürfnisse der Schüler in den Vordergrund gerückt werden“.<sup>122</sup> Als Ergebnis von „Mut zur Erziehung“ wurden „9 Thesen“ vorgelegt, alle eingeleitet mit „Wir wenden uns gegen den Irrtum...“, so beispielsweise gegen die „Irrtümer“, über die Schule könne man Reformen einleiten, die die Gesellschaft über ihre politischen Institutionen nicht selber einleiten wolle oder, mit der Gleichheit der Bildungschancen fördere man die Gleichheit derer, die sich in Wahrnehmung dieser Chancen bilden wollten. Hahn betonte wiederum das in seiner Wahrnehmung immense Presseecho<sup>123</sup>, die „9 Thesen“ stießen allerdings bei Pädagogen auf heftigen Widerspruch<sup>124</sup>.

Bildungspolitik in all ihren Facetten war sein Thema. Dies kommt in Hahns Erinnerungen auch deutlich zum Ausdruck. Andere Bereiche der Kulturpolitik handelt Hahn fast als Pflichtübung ab. Kunst und Sport ist wenig Raum gewidmet<sup>125</sup> – und auch hier stehen die entsprechenden Hochschulen im Vordergrund. Einzig den Vorgängen um Claus Peymann kommt etwas mehr Aufmerksamkeit zu. Hahn war zunächst von ihm angetan, lehnte die Sammelaktion des Schauspielers für die Zahnbehandlung der inhaftierten Terroristen im Herbst 1977 jedoch ab und war ganz zufrieden, dass Peyman schließlich selbst kündigte – wohl in der Annahme, seine Kündigung werde nicht akzeptiert.<sup>126</sup>

#### IV.

Zum Zeitpunkt von „Mut zur Erziehung“ galten Hahns Tage als Minister allerdings bereits als gezählt. So sehr Filbinger und Hahn in der vom Minister en détail gestalteten Richtung der Kultur- und vor allem Bildungspolitik übereingestimmt haben dürften – Freunde sind sie nie geworden. Das Konservative

122 Nach Sepaintner: Baden-Württemberg 1960–1992, S. 848. Vgl. auch: „Rückwendung zum eigentlich Pädagogischen“. RNZ-Interview mit Kultusminister Wilhelm Hahn – Bedingungen für Hochschulrahmengesetz – Ende des Bildungsrats“, in: Rhein-Neckar-Zeitung vom 31. Dezember 1974. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch die von Hahn begründete Kommission „Anwalt des Kindes“, deren Programm er im Januar 1974 vorstellte. Dazu: Hahn: Ich stehe dazu, S. 225–227; vgl. dazu auch: „Expertenkommission soll Belastbarkeit der Grundschüler untersuchen. Hahn räumt ein: ‚Wir haben vielfach auf Kosten unserer Kinder reformiert‘“, in: Schwäbische Zeitung vom 18. Januar 1974 sowie „Wilhelm Hahn und die Misere der deutschen Bildungspolitik. Ein Minister, der freimütig Fehler eingesteht. Marsch zurück zur Vernunft: Das Kind muß wieder Maßstab der Reform werden“, in: Badische Neueste Nachrichten vom 19. März 1975.

123 Hahn: Ich stehe dazu, S. 254–262, die „9 Thesen“ 258–260.

124 Wehrs: Protest der Professoren, S. 443.

125 Hahn: Ich stehe dazu, S. 157–174.

126 Ebd., S. 160–163.

und das Nationale teilten sie, selbst das Konfessionelle – Filbinger war Katholik, Hahn protestantischer Theologe – konnte zuweilen pragmatisch überbrückt werden, im Streit um die Bekenntnisschule beispielsweise zog man am selben Strang. Eine Konkurrenzsituation war es hingegen von Anfang an. Kiesinger hätte Hahn gern als Nachfolger gesehen.<sup>127</sup> Nach dessen Wechsel ins Kanzleramt trat Hahn gegen Filbinger CDU-intern an – und verlor die Abstimmung in der Fraktion mit 25 zu 31 Stimmen. Aussichtslos gewesen war die Kandidatur nicht.<sup>128</sup> Etwas bemüht klingt Hahns Aussage, er habe sich dadurch entlastet gefühlt sowie sein Fazit: „Nach kurzer Zeit erklärte ich Filbinger, daß ich viel lieber Kultusminister geblieben sei (...).“<sup>129</sup> Hahn fand bei Filbinger nicht immer Rückhalt, so beispielsweise bei dem Verbot in der Universität Heidelberg am 6. Dezember 1972. Filbinger, der dieses Verbot als Ministerpräsident ebenfalls für nötig befunden hatte und Hahn zunächst verteidigte, rückte von ihm ab, als die Aktion in der Öffentlichkeit fast durchweg negativ aufgenommen wurde.<sup>130</sup> Allerdings ließ sich Filbinger auch nicht davon abhalten, die Politik Hahns anlässlich des zehnjährigen Dienstjubiläums des Kultusministers ausdrücklich zu loben.<sup>131</sup>

Von der Opposition wurde Hahn aufgrund seiner Bildungspolitik durchgängig angefeindet, Rücktrittsforderungen, denen Hahn sich selbstbewusst entgegenstellte, waren eher die Regel als die Ausnahme.<sup>132</sup> Schlagzeilen wie „Ist Professor Wilhelm Hahn politisch am Ende? Der Kultusminister auf dem Schleudersitz“<sup>133</sup> häuften sich seit Ende der sechziger Jahre. Weitere Beschwerden kamen hinzu. Ins Schussfeld der Presse geriet er beispielsweise im November 1975, weil er, gemeinsam mit Innenminister Schieß, ein Grußwort für die italienischsprachige Gastarbeiter-Zeitung „Oltreconfine“ geschrieben hatte, welche als MSI-nahe und damit als „neofaschistisch“ galt.<sup>134</sup> Im Herbst

127 Gassert: Kurt Georg Kiesinger, S. 371.

128 Vgl. etwa: „Mehrheit für Hahn in CDU-Landesverband? Strengstes Stillschweigen über Kiesinger-Nachfolge/Aufklärungsaktion der SPD“, in: Badische Neuste Nachrichten vom 5. Dezember 1966.

129 Hahn: Ich stehe dazu, S. 130.

130 Ebd., S. 215.

131 Hans Filbinger: Vorwort sowie Baden-württembergische Kulturpolitik in der Ära Wilhelm Hahn, in: Bildungspolitik mit Ziel und Maß, S. 7–12 sowie 15–33.

132 Vgl. z. B. „FDP fordert Hahns Rücktritt. Freie Demokraten kritisieren Schulpolitik des Kultusministers“, in: Schwäbische Zeitung vom 23. August 1969; „Hahn weist Kritik zurück. Der Kultusminister denkt nicht an Kapitulation. ‚Fortune ist Standfestigkeit‘/ Ausbau der Pädagogischen Hochschulen äußerst dringlich/Sofortprogramm reicht nicht aus“, in: Schwarzwälder Bote vom 2. Dezember 1969.

133 Helmut Hasselt: „Ist Professor Wilhelm Hahn politisch am Ende? Der Kultusminister auf dem Schleudersitz. Husarenritt bestimmt nicht aus Mutwillen/Jetzt macht sich der Abnutzungsprozeß bemerkbar“, in: Schwarzwälder Bote vom 23. Januar 1973.

134 Vgl. hierzu u. a.: „Filbinger nimmt Minister in Schutz, die für Faschistenblatt schrieben“, in: Frankfurter Rundschau vom 27. November 1975; „Die Redaktion von ‚Oltreconfine‘

1977 warf ihm die SPD vor, bei der Besetzung einer Schulleiterstelle nach der Intervention eines CDU-Abgeordneten gegen den vom Oberschulamt favorisierten Bewerber, seinerseits SPD-Mitglied, entschieden zu haben. Eine von der SPD angestrebte Ministeranklage vor dem Staatsgerichtshof kam nach einer Landtagsabstimmung, welche erwartungsgemäß nicht die absolute Mehrheit erbrachte, nicht zustande.<sup>135</sup>

Filbinger hatte bereits nach der Wahl von 1976, bei welcher er die absolute Mehrheit für die CDU hatte ausbauen können, angekündigt, dass er in der Mitte der Legislaturperiode das Kabinett umbilden werde – auch mit Rücksicht auf die Stimmungslage in der Partei.<sup>136</sup> Folgt man Hahn, so bedrängte die Presse seit Sommer 1977 den Ministerpräsidenten, nun eine solche Umbildung vorzunehmen. Er betonte aber, seine Person sei von den Forderungen ausgenommen gewesen. Filbinger sei dann im November 1977 konkret auf den vorgesehenen Kabinettsumbau zurückgekommen, auch die immer wieder aufflammende öffentliche Kritik am Kultusminister dürfte eine Rolle gespielt haben. Hahn wehrte sich heftig, unter anderem seien die soeben verabschiedeten Hochschulgesetze nun erst an den Hochschulen durchzusetzen, zudem sei kein geeigneter Nachfolger in Sicht. „Die Nachricht von Filbingers Absicht, sich von mir zu trennen, löste bei meinen Kultusministerkollegen in der CDU/CSU [...] Bestürzung aus. Bedeutende Persönlichkeiten wurden eingeschaltet – ohne Erfolg.“<sup>137</sup> Filbinger wiederholte die Rücktrittsforderung mehrfach. Auf einer Sondersitzung von Fraktion und Landesvorstand im Februar 1978 wurde entschieden, Karl Schieß als Innenminister sofort durch Lothar Späth zu ersetzen, für Hahns Rücktritt wurde der 11. Mai 1978 festgelegt. Hahn, der immer wieder auf seine soeben errungenen Erfolge – etwa „Mut zur Erziehung“ – sowie die noch nicht abgeschlossenen Aufgaben hinwies, zeigte sich schwer enttäuscht<sup>138</sup>, nicht zuletzt auch von der Teilung seines Ministeriums in ein

---

sieht sich als Opfer des Landtagswahlkampfes. „Eine Aktion linkspolitischer Kreise“, in: Stuttgarter Nachrichten vom 29. November 1975; „Grußworte von zwei Ministern werden zum Wahlkampfthema, in: Die Welt vom 28. November 1975.

135 „Erstmals in der Landtagsgeschichte: Ministerklage gegen Wilhelm Hahn“ in: Südwest-Presse vom 3. September 1977; „ministeranklage zwei und schluss (stuttgart). cdu: leichtfertiger umgang mit der verfassung“, dpa-Meldung vom 16. September 1977.

136 Vgl. etwa: Wolfgang D. Zöllner: „Unmut der CDU über den eigenen Kultusminister. Doch Professor Hahn bleibt weiter Ministerkandidat in Baden-Württemberg für 1976/, Zu sehr Ordinarius in Hochschulfragen“, in: Schwarzwälder Bote vom September 1975.

137 Hahn, Ich stehe dazu, S. 263f., das Zitat 264.

138 Dies kommt auch im Presseecho zum Ausdruck, vgl. etwa Horst Stauffer: „Ich habe politisch Recht bekommen‘. Wilhelm Hahn – Minister ohne Glück?“, in: Südwest-Presse vom 11. Mai 1978; Erich Ruckgaber: „Nach 14 Jahren Entlassungsurkunde – Ende. Kultusminister a. D. Wilhelm Hahn nur noch Abgeordneter“, in: Stuttgarter Zeitung vom 11. Mai 1978; „Zum Abschied leere Lobesformeln für Hahn – Kabinettsumbildung beendet. Landtag stimmt Ernennung der neuen Minister zu – Filbinger: ‚Genugtuung und Freude‘“, in: Südwest-Presse vom 12. Mai 1978.

Ministerium für Wissenschaft und Kunst sowie ein Ministerium für Jugend und Sport. Hahn bilanziert: „Filbingers großer Irrtum war, daß er glaubte, seinen Führungsanspruch gegenüber den jungen nachdrängenden Kräften in der Fraktion künftig dadurch beweisen zu müssen, daß er sich mit jüngeren Leuten im Kabinett umgab. Er handelte ohne Rücksicht auf die aktuelle politische und geistige Situation und ignorierte, daß er damit die hoffnungsvollen Ansätze einer neuen Bildungspolitik vor aller Augen zerstörte“.<sup>139</sup> Roman Herzog, „Teilnachfolger“ Hahns als Minister für Kultus und Sport, wertet die Auseinandersetzung zwischen Filbinger und Hahn als „Streit zwischen zwei alternenden Männern“, die beide das baldige Ende ihrer Karriere vor Augen hatten. Herzog bewertet Hahns großflächige Richtungsvorgaben, etwa mit „Mut zur Erziehung“ sehr hoch, meint aber andererseits, er habe „im Land überwiegend sein Ministerium agieren“ lassen – und ihm die umstrittene Oberstufenreform „hinterlassen“. „Filbinger wollte sich also wohl zu Recht einer Belastung entledigen, damit in der Öffentlichkeit nicht plötzlich auch sein eigenes Alter diskutiert wurde.“<sup>140</sup>

Ist Hahns Bitterkeit über den unfreiwilligen Rücktritt unübersehbar, so nutzte er seine 1981 erschienenen Erinnerungen jedoch nicht, um zu den Umständen, die im August 1978 zu Filbingers Rücktritt führten, Stellung aus seiner Sicht zu nehmen.<sup>141</sup> Ironischerweise begannen die Verwicklungen und Diskussionen, welche den Sturz des Ministerpräsidenten zur Folge hatten, nahezu zeitgleich mit dem Herausdrängen Hahns. Dass Filbinger in seiner bedrängten Lage im Frühsommer 1978 in den Anhängern Hahns bzw. dem evangelisch orientierten Teil der CDU nicht gerade die eifrigsten Unterstützer hatte, ist naheliegend.

Hahn, der 1980 aus dem baden-württembergischen Landtag ausschied, dem er seit 1968 angehört hatte, war einer der 1979 erstmals gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments, wo er bis 1987 verblieb. Kulturpolitik blieb sein Feld, allerdings etwas anders geartet als zu seiner Zeit als Minister. Hervorzuheben ist sein Bemühen um das „Europäische Jahr der Musik 1985“. Die Medienpolitik trat hinzu, hier insbesondere das Fernsehen. Abermals war der Rückzug nicht freiwillig, abermals wurde Hahn aus den eigenen Reihen dazu

139 Hahn: Ich stehe dazu, S. 265f.

140 Roman Herzog: Jahre der Politik. Die Erinnerungen. München 2007, S. 66.

141 Hahn: Ich stehe dazu, S. 266f., begnügt sich nur mit zwei kurzen sachlichen Hinweisen auf das Ende Filbingers als Ministerpräsident und gibt sogar ein falsches Rücktrittsdatum (11. statt 7. August 1978) an. Bezüglich seines eigenen Rücktritts wurden die Erinnerungen Hahns jedoch entsprechend gelesen: „Hahn: Blick zurück im Zorn. Kultusminister-Memoiren unter dem Titel ‚Ich stehe dazu‘“, in: Badische Zeitung vom 7. April 1981 oder: „Hahn spart nicht mit Seitenhieben. Der frühere Kultusminister brachte seine Memoiren heraus“, in: Südkurier vom 9. April 1981.



gedrängt.<sup>142</sup> Am 9. Dezember 1996 starb der dienstälteste Kultusminister der Bundesrepublik in Heidelberg. Nachrufe würdigten ihn als konservativen Reformpolitiker und bescheinigten ihm, „Weder Parteisoldat noch Karrierist“ gewesen zu sein.<sup>143</sup>

## V.

In Erinnerung bleiben wird Wilhelm Hahn als Bildungspolitiker und Reformers, der für den dringend gebotenen Ausbau des Bildungswesens seit Mitte der 1960er Jahre als baden-württembergischer Kultusminister verantwortlich zeichnete und auch über den Südweststaat hinaus wirkte. Einer maßlosen Vergabe höherer Bildungsabschlüsse unter zwangsläufiger Preisgabe der Qualität stellte er sich jedoch vehement entgegen. Eine Absage erteilte er ebenso den zu dieser Zeit gängigen Vorstellungen von Planbarkeit der Zukunft und wandte sich deutlich gegen eine Ideologisierung der (Aus-) Bildung im Sinne der politischen Linken resp. der Vorstellungen der 1968er. Angegriffen wurde er nicht nur verbal. Grundkonservativ kämpfte er für Erhaltung und Verbesserung des Bestehenden, gegen Egalisierung und betonte Gleichwertigkeit unterschiedlicher Begabungen – wobei Gerechtigkeit für ihn darin bestand, Unterschiedliches entsprechend unterschiedlich zu fördern. Insofern setzte er sich für ein differenziertes Bildungswesen ein. Den Begriff „Elite“ mied er. Möglicherweise zeigt sich hier und in seinen mehrfachen Erklärungen, die geradezu überbetonen, wie sehr es ihm um Gerechtigkeit im Bildungswesen gehe, doch in gewisser Weise ein Einfluss der Gegenseite. Geradlinigkeit und Sturheit waren kennzeichnend. Bei allen Vorwürfen, die gegen ihn geäußert wurden – Opportunismus gehörte nie dazu. Ehrgeiz kann man ihm kaum absprechen, sein Amt als Kultusminister hat er nur widerwillig geräumt, oft sah er sich von der eigenen Partei im Stich gelassen, allerdings selten, ohne zumindest mitschuldig daran zu sein. Mit Hans Filbinger – mit dem er in politischen Grundlinien kaum Differenzen gehabt haben dürfte – verband ihn ein Konkurrenzverhältnis, möglicherweise spürte Filbinger in ihm stets den bereitstehenden Ersatzkandidaten. Zu Selbstkritik ist Hahn in seinen Erinnerungen durchaus in der Lage, die Wirkung des von ihm initiierten „Tendenzwende“-Kongresses sowie des Forums „Mut zur Erzie-

142 Nach Maier: Wilhelm Hahn, S. 135f. Zum Rückzug vgl. auch Hansjörg N. Schulz: „Wilhelm Hahn verlässt das EG-Parlament. Kein ganz freiwilliger Abschied von der Politik. Auch in Straßburg sehr aktiv gewesen“, in: Stuttgarter Zeitung vom 24. September 1987 oder Klaus G. Wertel: „Hahns zweiter unfreiwilliger Rückzug. Baden-Württembergs früherer Kultusminister verläßt das Europa-Parlament – Politiker und Theologe“, in: Südwest-Presse vom 30. September 1987.

143 Klaus Fischer: „Wilhelm Hahn gestorben. Ein konservativer Reformpolitiker“, in: Stuttgarter Zeitung vom 10. Dezember 1996; Kristina Dunz: „Weder Parteisoldat noch Karrierist. Der frühere Kultusminister Wilhelm Hahn, ebenso umtriebiger wie umstritten, ist tot“, in: Stuttgarter Nachrichten vom 10. Dezember 1996.

hung“ dürfte er jedoch stark überschätzt haben. Andererseits: Anstöße wurden damit auf jeden Fall gegeben. Und charakteristisch für Hahn ist die Beharrlichkeit, mit welcher er sich hiermit an die Spitze einer – zumindest von ihm ausgemachten – neuen konservativen Bewegung zu setzen gedachte, um streitbar einen von ihm für richtig erachteten Weg zu gehen.



## Neuerscheinungen zur Christlichen Demokratie Auswahlbibliographie 2015–2016

### *Editionen, Handbücher, Lexika*

- Buchstab, Günter (Bearb.): Kohl: „Wir haben alle Chancen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976. 2 Halbbände (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 67). Düsseldorf 2015.
- Dialer, Doris/Maurer, Andreas/Richter, Margarethe: Handbuch zum Europäischen Parlament. Baden-Baden 2015.
- Ludwig, Christian (Bearb.): Kommunales Wahllexikon. Stand: Dezember 2015 (Materialien für die Arbeit vor Ort 33). Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2015.
- Rinke, Andreas: Das Merkel-Lexikon. Die Kanzlerin von A–Z. Springe 2016.
- Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 14. Auflage Baden-Baden 2016.

### *Monographien, Aufsätze, Sammelbände*

#### Deutschland

- Abmeier, Karlies/Bahr, Petra (Hg.): Katholizismus. Eine politische Kraft. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2016.
- Dies./Bahr, Petra/Volk, Thomas (Hg.): Monitor Religion und Politik. Ausgewählte Beiträge 2015. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2015.
- Adenauer jr., Konrad: Adenauers Eckermann. Nachruf auf Anneliese Poppinga, in: Die Politische Meinung 60 (2015) 532, S. 125–126.
- Alemann, Ulrich von/Morlok, Martin/Rößner, Sebastian (Hg.): Politische Parteien in Frankreich und Deutschland. Späte Kinder des Verfassungsstaates (Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung 37). Baden-Baden 2015.
- Altmaier, Peter: Miteinander! Bundesminister Peter Altmaier und DRK-Präsident Rudolf Seiters zu den Voraussetzungen deutscher und europäischer Flüchtlingspolitik am Beginn eines „Jahrzehnts der Integration“, in: Civis mit Sonde 1/2016, S. 10–29.
- Andersen, Uwe (Hg.): Der Deutsche Bundestag (Basisthemen Politik). Schwalbach/Ts. 2015.
- Anselm, Reiner: Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Herausforderungen dreißig Jahre nach Erscheinen der Demokratiedenkschrift, in: Karlies Abmeier/Petra Bahr/Thomas Volk (Hg.): Monitor Religion und

- Politik. Ausgewählte Beiträge 2015. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2015, S. 71–80.
- Aretz, Jürgen: Siebzig Jahre CDU. Das Erbe des Ursprungs und aktuelle Herausforderungen, in: *Die neue Ordnung* 70 (2016) 1, S. 4–16.
- Bahr, Petra: Besser regieren? Auf dem Weg zu einer Ethik des Nudgings, in: *Die Politische Meinung* 60 (2015) 530, S. 47–51.
- Dies.: Ethik der Kultur, in: Wolfgang Huber/Torsten Meireis/Hans-Richard Reuter (Hg.): *Handbuch der Evangelischen Ethik*. München 2015, S. 401–450.
- Dies.: Lästern lassen? Über den langen Schatten des Karikaturenstreits, in: *Die Politische Meinung* 60 (2015) 531, S. 114–118.
- Dies.: Leitkultur und innere Heimatlosigkeit, in: *Herder Korrespondenz* 70 (2016) 1, S. 6.
- Dies.: Sprechen über das Eigene. Die aktuelle Debatte als Chance, in: *Die Politische Meinung* 61 (2016) 536, S. 14–18.
- Bebenburg, Pitt von: Schwarzes Hessen: Gegenmodell zu Rot-Grün, in: Wolfgang Schroeder/Arijana Neumann (Hg.): *Politik und Regieren in Hessen*. Wiesbaden 2016, S. 271–286.
- Beckmann, Christopher: Wilhelm Pieck und Konrad Adenauer – zwei deutsche Lebensläufe im 20. Jahrhundert, in: Andreas Kötzling u. a. (Hg.): *Vergleich als Herausforderung: Festschrift für Günther Heydemann zum 65. Geburtstag* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 57). Göttingen 2015, S. 205–216.
- Beckmann, Christopher/Nielsen-Sikora, Jürgen: Bund Neudeutschland. Entstehung, Protagonisten, Netzwerke, in: Barbara Stambolis (Hg.): *Die Jugendbewegung und ihre Wirkungen. Prägungen, Vernetzungen, gesellschaftliche Einflussnahmen* (Formen der Erinnerung 58). Göttingen 2015, S. 281–302.
- Bertelsmann-Stiftung (Hg.): *Wachstum im Wandel. Chancen und Risiken für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft*. Gütersloh 2016.
- Best, Volker: *Koalitionssignale bei Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1990 bis 2012* (Parteien und Wahlen 9). Baden-Baden 2015.
- Biedenkopf, Kurt H.: *Von Bonn nach Dresden. Aus meinem Tagebuch: Juni 1989 bis November 1990*. München 2015.
- Ders.: *Ein neues Land entsteht. Aus meinem Tagebuch: November 1990 bis August 1992*. München 2015.
- Ders.: *Ringens um die innere Einheit. Aus meinem Tagebuch: August 1992 bis September 1994*. München 2015.
- Ders.: Familienpolitik als Zukunftspolitik, in: Karl-Heinz B. van Lier (Hg.): *Handlungsauftrag Demografie. Fakten, Expertise, Meinungen* (Handreichung zur politischen Bildung 19). Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2015, S. 27–33.

- Blüm, Norbert: Ihr verstaatlicht die Familie! Über die Enteignung der Kindheit und den pädagogischen Imperialismus des Staates: eine Anklage, in: *The European* 6/2015, S. 56–58.
- Brakel, Alexander: Verminte Pflicht. Adenauer und die Bewältigung der NS-Vergangenheit, in: *Die Politische Meinung*. Sonderausgabe 3 (2015): Adenauer – Der bürgerliche Revolutionär, S. 102–107.
- Buchstab, Günter: Das Kanzleramt am Lario, in: Elisabeth Enders/Yvonne Böll (Red.): *Cadenabbia und der Comer See*. Adenauers Villa la Collina – kulturpolitische Begegnungsstätte von europäischer Ausstrahlung. Reiseleiter: Genießen, Wandern und Entspannen. München 2016, S. 36–53.
- Bukow, Sebastian/Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar (Hg.): *Parteien in Staat und Gesellschaft*. Zum Verhältnis von Parteienstaat und Parteiendemokratie. Wiesbaden 2016.
- Butterwegge, Christoph: *Reichtumsförderung statt Armutsbekämpfung*. Eine sozial- und steuerpolitische Halbzeitbilanz der Großen Koalition. Wiesbaden 2016.
- Calderone, Christian: Die CDU im Landkreis Osnabrück, in: Bernhard Vogel (Hg.): *Heimat – Vaterland – Europa*. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering. Weimar 2015, S. 51–58.
- Cavuldak, Ahmet: *Gemeinwohl und Seelenheil*. Die Legitimität der Trennung von Religion und Politik in der Demokratie (Edition Politik 22). Bielefeld 2015.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands: *70 Jahre gemeinsam für Deutschlands Zukunft*. Berlin 2015.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Gemeindeverband Wiefelstede (Hg.): *Chronik CDU Wiefelstede*. 50 Jahre Politik für den Bürger. Wiefelstede 2015.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Kreisverband Braunschweig (Hg.): *70. Sieben Jahrzehnte CDU in Braunschweig*. Festschrift. Braunschweig 2015.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Fraktion im Sächsischen Landtag: *Rechtsstaat und Demokratie*. Was die Gesellschaft zusammenhält. Dresden 2016.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Kreisverband Peine (Hg.): *70 Jahre CDU Kreisverband Peine: 1946–2016*. Wendeburg 2016.
- Dahlhoff, Günther: *Konrad Adenauer*. Innenpolitik 1949–53 und ihre Bedeutung. Marburg 2015.
- Damberg, Wilhelm/Hummel, Karl-Joseph (Hg.): *Katholizismus in Deutschland*. Zeitgeschichte und Gegenwart (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 130). Paderborn u. a. 2015.
- Dausend, Peter/Niejahr, Elisabeth: *Operation Röschen*. Das System von der Leyen. Frankfurt/Main u. a. 2015.

- Demmer, Ulrike/Goffart, Daniel: Kanzlerin der Reserve. Der Aufstieg der Ursula von der Leyen. Berlin 2015.
- Ding, Hui: Die Demokratisierung der Parteiführerauswahl. Parteien in Deutschland und Großbritannien im Vergleich. Wiesbaden 2015.
- Eberlein, Tina/Raasch, Markus: Woher kam der Politische Katholizismus? Zum Portfolio der ersten Zentrumsleute, in: Andreas Linsenmann/Markus Raasch (Hg.): Die Zentrumsleute im Kaiserreich. Bilanz und Perspektiven. Münster 2015, S. 63–92.
- Ferber, Markus/Niehler, Angelika: Hans-Gert Pöttering. Europäer aus Überzeugung, in: Bernhard Vogel (Hg.): Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering. Weimar 2015, S. 285–291.
- Friedman, Michel: Früchte des Vertrauens. Michel Friedman über Adenauer und Ben Gurion, fünfzig Jahre deutsch-israelische Beziehungen und die Frage der Normalität zwischen Deutschen und Juden, in: Die Politische Meinung. Sonderausgabe 3 (2015): Adenauer – Der bürgerliche Revolutionär, S. 108–112.
- Gassert, Philipp/Hennecke, Hans Jörg (Hg.): Koalitionen in der Bundesrepublik. Bildung, Management und Krisen von Adenauer bis Merkel (Rhöndorfer Gespräche 27). Paderborn 2016.
- Geber, Friedrich: Über die österreichische Demokratie der Gegenwart. Differenzierte Erörterungen zum Politikmanagement. Mechanismen, Einflussnahmen, Verbesserungspotenziale, Trends und Perspektiven. Göttingen 2015.
- Geißler, Heiner: Was müsste Luther heute sagen? Berlin 2015.
- Goldschmidt, Nils: Katholische Sozialethik und die Soziale Marktwirtschaft, in: Karlies Abmeier/Petra Bahr (Hg.): Katholizismus. Eine politische Kraft. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2016, S. 37–44.
- Goldschmidt, Nils/Wohlgemuth, Michael (Hg.): Soziale Marktwirtschaft. Grundtexte zur Ordnungsökonomik. Tübingen 2016.
- Grau, Andreas: Der Rücktritt von Bundeskanzler Willy Brandt im Mai 1974 aus Sicht der Union. „Eine Summe von Pannen“ und „mäßiges Krisenmanagement“, in: Historisch-Politische Mitteilungen 22 (2015), S. 153–169.
- Ders./Küsters, Hanns Jürgen: „Ein freies Volk soll wiedererstehen...“. Dokumente zur Gründung der CDU. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin [2015].
- Groß, Theobald: Der „Vater Europas“ in geheimer Mission. Robert Schuman trifft 1948 Konrad Adenauer. Aachen 2016.
- Gröbe, Hermann: Gelebte Menschlichkeit. Hilfe im Sterben statt Hilfe zum Sterben, in: Die Politische Meinung 60 (2015) 532, S. 97–102.
- Gu, Xuewu/Küsters, Hanns Jürgen (Hg.): Was Deutschland und die Welt im Innersten zusammenhält. Politik und Intellektuelle in der deutschen Zeitge-

- schichte und die Rolle Deutschlands in einer globalisierten Welt. Symposium zum 80. Geburtstag von Professor Dr. Hans-Peter Schwarz. Sankt Augustin/Berlin 2015.
- Hensel, Alexander u. a. (Hg.): Parteien, Protest und Populismus. Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung. Stuttgart 2015.
- Hesse, Jan-Otmar: Abkehr vom Kartelldenken? Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen als ordnungspolitische und wirtschaftstheoretische Zäsur der Ära Adenauer, in: Hans Günter Hockerts/Günther Schulz (Hg.): Der „Rheinische Kapitalismus“ in der Ära Adenauer (Rhöndorfer Gespräche 26). Paderborn 2016, S. 29–49.
- Hilmer, Richard/Hofrichter, Jürgen: Deutsche vertrauen weiterhin auf Angela Merkel. Eine Analyse der Bundestagswahl 2013, in: Ursula Münch/Heinrich Oberreuter (Hg.): Die neue Offenheit. Wahlverhalten und Regierungsoptionen im Kontext der Bundestagswahl 2013. Frankfurt/Main u. a. 2015, S. 61–82.
- Hintze, Peter: Ein politisches Naturtalent. Ein Nachruf auf Philipp Mißfelder, in: *Civis* mit Sonde 2/2015, S. 90–93.
- Ders.: „Für mich ist Leiden immer sinnlos“. Der Bundestagsvizepräsident Peter Hintze über Suizidbeihilfe, „Sterbetourismus“ und Selbstbestimmung, in: *Die Politische Meinung* 60 (2015) 532, S. 81–89.
- Hitze, Guido: Profile und Positionen. 70 Jahre CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen im Spiegel ihrer Vorsitzenden. Düsseldorf 2016.
- Ders.: „Kein Ehrengrab für den SS-Mann und Nazi-Helfer“. Anmerkungen zur Kontroverse um die angebliche NS-Vergangenheit des CDU-Politikers Josef Hermann Dufhues, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 22 (2015), S. 231–251.
- Hockerts, Hans Günter: Konrad Adenauer – ein „rheinischer Kapitalist“? in: Hans Günter Hockerts/Günther Schulz (Hg.): Der „Rheinische Kapitalismus“ in der Ära Adenauer (Rhöndorfer Gespräche 26). Paderborn 2016, S. 187–202.
- Ders./Schulz, Günther (Hg.): Der „Rheinische Kapitalismus“ in der Ära Adenauer (Rhöndorfer Gespräche 26). Paderborn 2016.
- Horstmann, Ulrich u. a. (Hg.): Ludwig Erhard jetzt. München 2015.
- Hummel, Rita/Abmeier, Karlies: Einhundert Katholikentage. Glaubenstreffen im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2016.
- Jesse, Eckhard: Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge. Köln 2015.
- Ders./Sturm, Roland (Hg.): Demokratie in Deutschland und Europa. Geschichte, Herausforderungen, Perspektiven (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 106). Berlin 2015.



- Jung, Matthias: Fleisch vom Fleisch der Union? Die Wahlergebnisse der AfD und der Kurs der Union, in: *Die Politische Meinung* 61 (2016) 539, S. 28–32.
- Kersten, Jens: Reformperspektiven für politische Parteien. Rechtspolitische Überlegungen. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin 2015.
- Kitzing, Michael: Wilhelm Simpfendorfer (1888–1973). Zum widerspruchsvollen politischen Lebensweg eines bekennenden Protestanten zwischen Weimar und der Bundesrepublik, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 22 (2015), S. 253–273.
- Klein, Matthias: Landesvaterdemokratie. Die Regierungsstile der Ministerpräsidenten Bernhard Vogel und Kurt Beck. Wiesbaden 2015.
- Klöckner, Julia/Resing, Volker/Rupps, Martin: Zutrauen! Ideen statt Ideologien. Was mir in der Politik wichtig ist. Freiburg/Breisgau 2015.
- Knoerig, Axel: 4.0. Zukunftspfade christlich-sozialer Arbeitnehmerpolitik im digitalen Zeitalter. Berlin 2016.
- König, Ewald: Merkels Welt zur Wendezeit. Weitere deutsch-deutsche Notizen eines Wiener Korrespondenten. Halle/Saale 2015.
- Kösters, Christoph: Europäische Integration und Katholizismus in Deutschland (1945–1990), in: Karlies Abmeier/Petra Bahr (Hg.): *Katholizismus. Eine politische Kraft*. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2016, S. 45–66.
- Kreft, Heinrich: Von Bismarck über Adenauer bis Merkel. Über 150 Jahre Beziehungen zu Japan. Konrad-Adenauer-Stiftung. Tokyo 2015.
- Kreis, Reinhild (Hg.): *Diplomatie mit Gefühl. Vertrauen, Misstrauen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin 2015.
- Kreutz, Michael: *Zwischen Religion und Politik. Die verschlungenen Pfade der Moderne*. Bochum 2016.
- Kühlem, Kordula: Die Sofjets. Die ungeheure, unumgängliche Macht im Osten, in: *Die Politische Meinung*. Sonderausgabe 3 (2015): Adenauer – Der bürgerliche Revolutionär, S. 61–65.
- Kühne, Konrad: Das Zentrale Parteiarchiv der CDU in der SBZ/DDR. Quellen zur Geschichte der CDU in der SBZ/DDR, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 22 (2015), S. 301–329.
- Küppers, Arnd: Der soziale Katholizismus: Erfolge der Vergangenheit – Ziele für die Zukunft, in: Karlies Abmeier/Petra Bahr (Hg.): *Katholizismus. Eine politische Kraft*. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2016, S. 29–38.
- Küsters, Hanns Jürgen: Der alte Fuchs. Sein politisches Denken, seine Strategie und Taktik, in: *Die Politische Meinung*. Sonderausgabe 3 (2015): Adenauer – Der bürgerliche Revolutionär, S. 146–150.

- Ders.: Föderalismus. Globale historische, nationalstaatliche und internationale Entwicklungen, in: Historisch-Politische Mitteilungen 22 (2015), S. 75–115.
- Ders.: Helmut Kohl, der Mauerfall und die Wiedervereinigung 1989/90, in: ders. (Hg.): Der Zerfall des Sowjetimperiums und Deutschlands Wiedervereinigung. Köln u. a. 2016, S. 223–245.
- Ders.: Helmut Kohls Weg zur Einheit der Deutschen. 25 Jahre Deutsche Einheit, in: Union 3/2015, S. 30–35.
- Ders.: (Hg.): Der Zerfall des Sowjetimperiums und Deutschlands Wiedervereinigung. Köln u. a. 2016.
- Ders. (Hg.): „Ein neues Deutschland soll geschaffen werden ...“. Die Gründung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Erinnerungen von Zeitzeugen und Dokumente. Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2016.
- Ders.(Hg.): 40 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Sankt Augustin/Berlin 2016.
- Ders./Hospes, Ulrike (Bearb.): Erinnerung in Bildern: Schlaglichter der Geschichte. Paderborn 2015.
- Lammert, Norbert: Unser Staat. Unsere Geschichte. Unsere Kultur. Verantwortung für Vergangenheit und Zukunft. Freiburg/Breisgau u. a. 2015.
- Ders.: Parlamentarismuskritik und parlamentarischer Alltag. Zur Reputation und Relevanz des Deutschen Bundestages, in: Uwe Andersen (Hg.): Der Deutsche Bundestag (Basisthemen Politik). Schwalbach/Taunus 2015, S. 80–91.
- Ders.: Zwischen Wutbürgern und Wahlenthaltung. Parlamentarische Demokratie im Alltagstest, in: Bernhard Vogel (Hg.): Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering. Weimar 2015, S. 169–174.
- Lange, Nico: Hurra, sie leben noch! Sieben Aufgaben für einen anhaltenden Erfolg der Volksparteien, in: Die Politische Meinung 60 (2015) 535, S. 90–93.
- Langes, Horst: Die Gründungsgeschichte der CDU im Trierer Land. Trier 2016.
- Lehr, Ursula: Das Lebensalter – ein Maßstab für Kompetenz. Ein gesellschaftliches Problem der Gegenwart?, in: Hans-Gert Pöttering/Roswitha Wisniewski (Hg.): Von christlicher Kultur und sozialer Marktwirtschaft. Beiträge und Symposium zum 85. Geburtstag von Dorothee Wilms. Sankt Augustin/Berlin 2015, S. 85–104.
- Lewicki, Aleksandra: Das Christentum als kulturelle Wiege der Demokratie und Gleichbehandlung? Die deutschen Kirchen und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen: Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft 28 (2015) 1, S. 122–129.

- Lieberknecht, Christine: Erbe des Ursprungs. 70 Jahre CDU. Gründung und Entwicklung der CDU in der DDR, in: *Die neue Ordnung* 70 (2016) 1, S. 17–24.
- Linsenmann, Andreas/Raasch, Markus (Hg.): *Die Zentrumsparterie im Kaiserreich. Bilanz und Perspektiven*. Münster 2015.
- Lorenz, Astrid/Anter, Andreas/Reutter, Werner: *Politik und Regieren in Brandenburg*. Wiesbaden 2016.
- Magnis, Constantin: Die Alternative. Wie Julia Klöckner in Zeiten von Flüchtlingskrise und Kanzlerdämmerung auf dem Weg zur Macht ist. Nicht nur in Mainz, auch in der CDU, in: *Cicero* Dezember 2015, S. 17–26.
- Maizière, Thomas de: „Ein Land, das sich nicht verändert, hat keine gute Zukunft“. Im Gespräch: Bundesminister Thomas de Maizière, in: *Union* 2/2016, S. 40–43.
- Makrides, Vasilios N./Wasmuth, Jennifer/Kube, Stefan: *Christentum und Menschenrechte in Europa. Interaktionen in Geschichte und Gegenwart. Eine Einführung*, in: dies.: (Hg.): *Christentum und Menschenrechte in Europa. Perspektiven und Debatten in Ost und West (Erfurter Studien zur Kulturgeschichte des orthodoxen Christentums 11)*. Frankfurt/Main 2016, S. 9–26.
- Dies. (Hg.): *Christentum und Menschenrechte in Europa. Perspektiven und Debatten in Ost und West (Erfurter Studien zur Kulturgeschichte des orthodoxen Christentums 11)*. Frankfurt/Main 2016.
- McAllister, David: Von Niedersachsen nach Europa, in: Bernhard Vogel (Hg.): *Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering*. Weimar 2015, S. 81–87.
- Merkel, Angela: *Heimat – Vaterland – Europa*, in: Bernhard Vogel (Hg.): *Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering*. Weimar 2015, S. 19–22.
- Milde, Georg: *Entscheidungsprozesse von Spitzenpolitikern. Wie Helmut Kohl Beratung nutzte und Fremdbestimmung verhinderte*. Berlin 2016.
- Montag, Tobias: *Parteiensystem in Bewegung? Trends und Kontinuitäten im Wahljahr 2016*, in: *Die Politische Meinung* 61 (2016) 536, S. 116–119.
- Morsey, Rudolf: *Politik von unten. Adenauer als Oberbürgermeister von Köln (1917–1933)*, in: *Die Politische Meinung. Sonderausgabe 3 (2015): Adenauer – Der bürgerliche Revolutionär*, S. 76–79.
- Ders.: *Zur Vita Paul Mikats (1924–2011) bis zu seiner Berufung an die Universität Würzburg (1957)*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 22 (2015), S. 275–300.
- Ders. (Hg.): *Georg Schreiber (1882–1963). Ein Leben für Wissenschaft, Politik und Kirche vom Kaiserreich bis zur Ära Adenauer*. Sankt Augustin/Berlin 2016.
- Möller, Horst: *Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell*. München u. a. 2016.

- Möllers, Heiner: Die Kießling-Affäre 1984. Zur Rolle der Medien im Skandal um die Entlassung von General Dr. Günter Kießling, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 64 (2016), S. 517–550.
- Müller, Frank: Antworten auf die Ratlosigkeit. Konrad Adenauer und die CDU, in: Die Politische Meinung. Sonderausgabe 3 (2015): Adenauer – Der bürgerliche Revolutionär, S. 43–46.
- Münch, Ursula/Oberreuter, Heinrich (Hg.): Die neue Offenheit. Wahlverhalten und Regierungsoptionen im Kontext der Bundestagswahl 2013. Frankfurt/Main u. a. 2015.
- Nassauer, Hartmut: Hans-Gert Pöttering und die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, in: Bernhard Vogel (Hg.): Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering. Weimar 2015, S. 387–392.
- Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen. Wiesbaden 2016.
- Neu, Viola: Landtagswahl in Baden-Württemberg am 13. März 2016. Wahlanalyse. Vorläufiges Endergebnis. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2016.
- Dies.: Die Heimatlosigkeit des Protestes. Wie sich politische Empörung in der deutschen Parteienlandschaft positioniert, in: Die Politische Meinung 61 (2016) 539, S. 12–16.
- Dies./Pokorny, Sabine: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016. Wahlanalyse. Vorläufiges Endergebnis. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2016.
- Niclaß, Karlheinz: Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage Wiesbaden 2015.
- Nolte, Paul: In der Zeitenwende. Der Aufstand der Frustrierten und die Krise des Modells Merkel, in: Cicero April 2016, S. 12–25.
- Nonn, Christoph: Bismarck und der Politische Katholizismus, in: Andreas Linsenmann/Markus Raasch (Hg.): Die Zentrumsparterie im Kaiserreich. Bilanz und Perspektiven. Münster 2015, S. 241–260.
- Ofierska, Justyna: Konrad Adenauer, Willy Brandt und Helmut Kohl. Drei charismatische Persönlichkeiten auf dem Weg zum vereinten Deutschland. Lublin 2015.
- Pöttering, Hans-Gert: Mein Europa. Werte, Überzeugungen, Ziele. Freiburg/Breisgau 2015.
- Dies.: „Die EU ist die einzige Antwort“. Interview mit Dr. Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments a. D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, in: KAS-Auslandsinformationen 31 (2015) 11/12, S. 6–13.

- Ders.: Europäische Beharrlichkeit. Eine Tugend des ersten Bundeskanzlers, in: Die Politische Meinung. Sonderausgabe 3 (2015): Adenauer – Der bürgerliche Revolutionär, S. 141–144.
- Ders. (Hg.): Politik in Plakaten. Plakatgeschichte der CDU aus acht Jahrzehnten. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, Martin Falbisoner, Hans-Jürgen Klegraf und Sabine Widmaier. Bonn 2015.
- Ders. (Hg.): „Wir wählen die Freiheit“. Geschichte Deutschlands und der CDU in Bildern. Sankt Augustin/Berlin 2015.
- Ders./Wisniewski, Roswitha (Hg.): Von christlicher Kultur und sozialer Marktwirtschaft. Beiträge und Symposium zum 85. Geburtstag von Dorothee Wilms. Sankt Augustin/Berlin 2015.
- Pöttering, Johannes/Pöttering, Benedict: „Europa fängt zu Hause an“, in: Bernhard Vogel (Hg.): Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering. Weimar 2015, S. 103–110.
- Puhle, Hans-Jürgen: Protest, Parteien, Interventionsstaat. Organisierte Politik und Demokratietheorie im Wandel (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 216). Göttingen 2015.
- Raasch, Markus: Der Adel auf dem Feld der Politik. Das Beispiel der Zentrumspartei in der Bismarckära (1871–1890) (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 169). Düsseldorf 2015.
- Ders.: Ludwig Windthorst und der Adel. Ein Blick in das Innenleben der Zentrumspartei, in: Historisch-Politische Mitteilungen 22 (2015), S. 171–197.
- Rathgeber, Theodor: Bedrängte und verfolgte Christen. Aktuelle Entwicklungen weltweit. Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustin/Berlin 2015.
- Resing, Volker/Maizière, Thomas de: „Als politisches Instrument taugt das Kirchenasyl nicht“. Thomas de Maizière über Flüchtlinge, den Islam und seinen Glauben, in: Herder-Korrespondenz 69 (2015) 3, S. 234–238.
- Rinke, Andreas: Die letzte Europäerin. Angela Merkel hat ein vorrangiges Ziel: die Einheit der EU zu wahren, in: Internationale Politik 71 (2016) 2, S. 18–24.
- Rinsche, Günter: Konrad Adenauer. Zeitlose politische Grundsätze eines Staatsmannes, in: Bernhard Vogel (Hg.): Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering. Weimar 2015, S. 181–190.
- Rödter, Andreas: 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart. München 2015.
- Ders.: Eine Gründung auf Trümmern. 70 Jahre CDU, in: Union 2/2015, S. 8–13.
- Rosenberg, Godel: Franz Josef Strauß und sein Jude. Erinnerungen zwischen München und Tel Aviv. München 2015.
- Ruchniewicz, Krzysztof: Unmögliche Annäherung. Adenauer und Polen, in: Die Politische Meinung. Sonderausgabe 3 (2015): Adenauer – Der bürgerliche Revolutionär, S. 48–52.

- Ruf, Friedhelm: Der rheinische Kardinal. Josef Frings: Seelsorger, Diplomat und Brückenbauer. Köln 2015.
- Ruff, Mark Edward: „Katholische Kirche im Dritten Reich“ – Kritik und Kritiker in der Adenauer-Ära, in Wilhelm Damberg/Karl-Joseph Hummel (Hg.): Katholizismus in Deutschland. Zeitgeschichte und Gegenwart (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 130). Paderborn 2015, S. 25–38.
- Rütters, Peter: Zum Sozialprofil der Bundespräsidenten, in: Historisch-Politische Mitteilungen 22 (2015), S. 117–151.
- Rüttgers, Jürgen: Im Anfang war die Union. Über den revolutionären Neuanfang der zweiten deutschen Demokratie, in: Die Politische Meinung. Sonderausgabe 3 (2015): Adenauer – Der bürgerliche Revolutionär, S. 29–33.
- Salten, Oliver: Die CDU in der DDR im Lichte der Forschung (1990–2015), in: Historisch-Politische Mitteilungen 22 (2015), S. 343–408.
- Schäuble, Wolfgang: Utopie „Großer Sprung“. Realistisch und pragmatisch: Ziel und Weg Europas formulieren und gestalten, in: Bernhard Vogel (Hg.): Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering. Weimar 2015, S. 445–452.
- Schmid, Thomas: Revolutionär der Normalität. Adenauer und sein unspektakulärer Weg, Deutschland in die Moderne zu führen, in: Die Politische Meinung. Sonderausgabe 3 (2015): Adenauer – Der bürgerliche Revolutionär, S. 113–116.
- Schomburg, Alena/Mykhalchyshyn, Zoriana/Herber, Verena: Angela Merkel, in: Thomas Birkner (Hg.): Medienkanzler. Politische Kommunikation in der Kanzlerdemokratie. Wiesbaden 2016, S. 263–301.
- Schramm, Julia: Fifty Shades of Merkel. Hamburg 2016.
- Schranz, Daniel: Antworten auf das Großstadttrauma. Der neu gewählte Oberbürgermeister von Oberhausen über Wahlerfolge in Großstädten und die Perspektiven der CDU an Rhein und Ruhr, in: Die Politische Meinung 60 (2015) 535, S. 94–97.
- Schroeder, Wolfgang: Die Rolle der Gewerkschaften im „Rheinischen Kapitalismus“, in: Hans Günter Hockerts/Günther Schulz (Hg.): Der „Rheinische Kapitalismus“ in der Ära Adenauer (Rhöndorfer Gespräche 26). Paderborn 2016, S. 97–120.
- Ders./Neumann, Arijana (Hg.): Politik und Regieren in Hessen. Wiesbaden 2016.
- Schuster, Franz: Thüringens Weg in die soziale Marktwirtschaft. Privatisierung, Sanierung, Aufbau. Eine Bilanz nach 25 Jahren. Mit einem Vorwort von Bernhard Vogel. Köln u. a. 2015.
- Schüssel, Wolfgang: Das Jahrhundert wird heller. Begegnungen und Betrachtungen. Wien 2015.

- Schwennicke, Christoph: Die Entrückte. Warum sich Angela Merkel in der Flüchtlingsfrage unerschütterlich zeigt – und wie sie dabei ihrer eigenen Partei immer fremder wird, in: Cicero November 2015, S. 30–34.
- Siebenmorgen, Peter: Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß. Berlin 2015.
- Sloterdijk, Peter: „Das kann nicht gut gehen“. Peter Sloterdijk über Angela Merkel, die Flüchtlinge und das Regiment der Furcht, in: Cicero Februar 2016, S. 14–23.
- Spohr, Kristina: How Kohl and Gorbachev Wrapped up German Unification while Bush Ensured NATO's Perpetuation beyond the Cold War, in: Hanns Jürgen Küsters (Hg.): Der Zerfall des Sowjetimperiums und Deutschlands Wiedervereinigung. Köln u. a. 2016, S. 255–259.
- Spöcker, Christoph: Helmut Kohl. Kleine Anekdoten aus dem Leben eines großen Politikers. München 2016.
- Sternberg, Thomas: Die Zukunft des politischen Katholizismus. Katholische Laien als politische Akteure, in: Karlies Abmeier/Petra Bahr (Hg.): Katholizismus. Eine politische Kraft. Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustin/Berlin 2016, S. 75–86.
- Stetter, Moritz (Bearb.): Erhard on my Mind. Antworten der Sozialen Marktwirtschaft gestern und heute. Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustin/Berlin 2015.
- Stratmann, Simon: Armutspolitik in Deutschland. Konzepte und Konflikte im Parteienwettbewerb. Studie zur Parteiprogrammatik seit den 1980er Jahren. Opladen 2015.
- Tauber, Peter: „Dienen ist auch eine Haltung“, in: The European 1/2015, S. 112–115.
- Ders.: „Destruktive Kräfte“. CDU-Generalsekretär Peter Tauber über Populisten und die „Botschaft des Protests“, in: Die Politische Meinung 61 (2016) 539, S. 45–50.
- Ders.: Wem gehören die deutschen Farben? Über die schwarz-rot-goldene Fahne, in: Civis mit Sonde 1/2016, S. 34–37.
- Thauerer, Eva: Über die geistigen Grundlagen des christlichen Menschenbildes, in: Mut 50 (2015) 564, S. 68–71.
- Thielen, Michael: Schritte aus dem Krisenmodus. Konsequenzen aus der Perspektive einer Politischen Stiftung, in: Die Politische Meinung 60 (2015) 534, S. 84–86.
- Ders./Wahlers, Gerhard: Demokratie braucht Demokraten. Zur Rolle der politischen Stiftungen, in: Bernhard Vogel (Hg.): Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering. Weimar 2015, S. 211–220.
- Thieme, Tom: Eliten und Systemwechsel. Die Rolle der sozialistischen Parteiführungen im Demokratisierungsprozess (Revolutionen in Geschichte und Gegenwart 1). Baden-Baden 2015.

- Tischner, Wolfgang: Ein Mann der Tat. Zum Stand der Erhard-Rezeption, in: Die Politische Meinung 61 (2016) 537, S. 122–125.
- Ders.: Nicht nur Ja und Amen. Adenauer und die Kirchen, in: Die Politische Meinung. Sonderausgabe 3 (2015): Adenauer – Der bürgerliche Revolutionär, S. 80–84.
- Ders.: Von der „Heerschau des katholischen Deutschland“ zur „Kirche in der Welt“ – Die Katholikentage von 1848 bis 2016 im Kontext der Stellung des Katholizismus in der deutschen Gesellschaft, in: Karlies Abmeier/Petra Bahr (Hg.): Politischer Katholizismus. Eine politische Kraft. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2016, S. 13–28.
- Ders.: Wohlstand für wen? Die Entwicklung des bürgerlichen Vermögens in Deutschland in historischer Perspektive, in: Die Politische Meinung 60 (2015) 532, S. 48–53.
- Träger, Hendrik: Die Parteipolitisierung des Bundesrates – mit besonderer Fokussierung auf die Zeit der Regierung Merkel II (2009–2013), in: Sebastian Bukow/Uwe Jun/Oskar Niedermayer (Hg.): Parteien in Staat und Gesellschaft. Zum Verhältnis von Parteienstaat und Parteiendemokratie. Wiesbaden 2016, S. 169–190.
- Vogel, Bernhard: Ein „europäisches Leben“. Zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering, in: Die Politische Meinung 60 (2015) 534, S. 108–110.
- Ders.: „Fest eingeschrieben als die Hauptstadt Deutschlands“. Adenauer und Berlin, in: Die Politische Meinung (2015) Sonderausgabe 3, S. 72–75.
- Ders. (Hg.): Hans-Gert Pöttering. Herzensangelegenheit Europa: Momente und Impressionen. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin [2016].
- Ders. (Hg.): Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering. Weimar 2015.
- Wentker, Hermann: Vom Gegner zum Partner. Gorbatschow und seine Politik im Urteil Helmut Kohls, in: Historisch-Politische Mitteilungen 22 (2015), S. 1–34.
- Wettig, Gerhard: Von der Ostpolitik zum Mauerfall. Die SPD und die Wiedervereinigung, in: Historisch-Politische Mitteilungen 22 (2015), S. 35–74.
- Wiemeyer, Joachim: Keine Freiheit ohne Gerechtigkeit. Christliche Sozialethik angesichts globaler Herausforderungen. Freiburg/Breisgau u. a. 2015.
- Wulff, Christian: „Deutschlands mögliche Aufgaben in der Weltinnenpolitik im 21. Jahrhundert“. Festvortrag am 27. November 2014 anlässlich des dreißigjährigen Bestehens der KAS-Auslandsinformationen, in: KAS-Auslandsinformationen 31 (2015) 7, S. 6–20.
- Zick, Rolf: Ein starkes Land im Herzen Europas. Die CDU in Niedersachsen: 1945 bis 2015. Sankt Augustin/Berlin 2016.
- Zimmer, Matthias: Nachhaltigkeit! Für eine Politik aus christlicher Grundüberzeugung. Freiburg/Breisgau 2015.



## Europa, Asien, Lateinamerika – Internationale Kooperationen

- Alemann, Ulrich von/Hummel, Hartwig/Heidbreder, Eva G. (Hg.): Ein soziales Europa ist möglich. Grundlagen und Handlungsoptionen. Wiesbaden 2015.
- Barroso, José Manuel Durão: The State of the European Union, in Bernhard Vogel (Hg.): Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering. Weimar 2015, S. 231–248.
- Barotte, Nicolas: François & Angela. Hollande contre Merkel. Histoire secrète d'un couple en crise. Paris 2015.
- Biti, Vladimir: Tracing global democracy. Literature, theory, and the politics of trauma. Berlin 2016.
- Bonfreschi, Lucia/Orsina, Giovanni/Varsori, Antonio (Hg.): European parties and the European integration process, 1945–1992. Brüssel 2015.
- Casanova, José: Europas Angst vor der Religion. 3., durchgesehene Auflage Wiesbaden 2015.
- Conrad, Benjamin (Hg.): Parlamentarier der deutschen Minderheiten im Europa der Zwischenkriegszeit (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 170). Düsseldorf 2015.
- D'Ottavio, Gabriele/Saalfeld, Thomas (Hg.): Germany after the 2013 elections. Breaking the mould of post-unification politics? Farnham u. a. 2015.
- Dowd, Robert A.: Christianity, Islam, and liberal democracy. Lessons from Sub-Saharan Africa. Oxford 2015.
- Fislage, Franziska: Wo sind die Europawähler? Studie zur niedrigen Wahlbeteiligung in neuen EU-Mitgliedsstaaten (Analysen und Argumente 165). Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2015.
- Friedrich, Ingo: Die europäische Flagge. Der Ursprung einer Erfolgsgeschichte, in: Bernhard Vogel (Hg.): Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering. Weimar 2015, S. 291–295.
- Grimm, Dieter: Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie. München 2016.
- Holtz-Bacha, Christina (Hg.): Europawahlkampf 2014. Internationale Studien zur Rolle der Medien. Wiesbaden 2016.
- Keller, Patrick: Deutsche Verantwortung in der internationalen Politik (I). Die deutsche OSZE-Präsidentschaft. Arbeitskreis Junge Außenpolitiker. Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustin/Berlin 2015.
- Ders.: Deutsche Verantwortung in der internationalen Politik (II). Themengebundene Partnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit. Arbeitskreis Junge Außenpolitiker. Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustin/Berlin 2015.

- Ders.: Deutsche Verantwortung in der internationalen Politik (III). Sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken. Arbeitskreis Junge Außenpolitiker. Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustin/Berlin 2015.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Internationale Sicherheitspolitik in der Auslandsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2015.
- Kosowska-Gastol, Beata: „From Mistrust to Cooperation“. Relations between the Christian Democratic and Conservative Parties at the European Level in the 1970s–1990s, in: Lucia Bonfreschi/Giovanni Orsina/Antonio Varsoi (Hg.): European parties and the European integration process, 1945–1992. Brüssel 2015, S. 259–276.
- Kühnhardt, Ludger: Die proto-konstitutionelle Etablierung der europäischen Innenpolitik. Rückblick und Ausblick auf Bedingungen föderaler Ordnung in Europa, in: Xuewu Gu/Hanns Jürgen Küsters (Hg.): Was Deutschland und die Welt im Innersten zusammenhält. Politik und Intellektuelle in der deutschen Zeitgeschichte und die Rolle Deutschlands in einer globalisierten Welt. Sankt Augustin/Berlin 2015, S. 39–60.
- Lamberts, Emiel: The Struggle with Leviathan. Social Responses to the Omnipotence of the State, 1815–1965 (Kadoc Studies on Religion, Culture and Society 18). Leuven 2016.
- Laschet, Armin u. a. (Hg.): Europa im Schicksalsjahr. Zwischenrufe zu Europa von Helmut Kohl, Angela Merkel, Martin Schulz, Reinhard Kardinal Marx, Jean-Claude Juncker, Donald Tusk, Ulrich Grillo u. a. Freiburg/Breisgau 2016.
- Neuss, Beate: Sicherheitspolitische Herausforderungen an ein gefährdetes Europa, in Bernhard Vogel (Hg.): Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering. Weimar 2015, S. 393–406.
- Oehring, Otmar: Zur Lage der Christen in Syrien und im Irak, in: KAS-Auslandsinformationen 31 (2015) 6, S. 67–82.
- Owen, J. Judd: Making religion safe for democracy. Transformation from Hobbes to Tocqueville. New York 2015.
- Sarkozy, Nicolas: La France, l'Allemagne, l'Europe, in: Bernhard Vogel (Hg.): Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering. Weimar 2015, S. 191–196.
- Traniello, Francesco: Katholizismus und politische Kultur in Italien. Münster 2016.
- Wiszniewski, Robert (Hg.): Challenges to representative democracy. A European perspective. Frankfurt/Main 2015.
- Wulff, Christian: Die bunte Vielfalt Europas ist Sache seiner Bürger, in: Bernhard Vogel (Hg.): Heimat – Vaterland – Europa. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Gert Pöttering. Weimar 2015, S. 493–498.



## Abstracts\*

*Hans-Peter Schwarz:* The role of party foundations for the German and European research of contemporary history (pp. 1–15)

This contribution traces the historical origins of the Archive for Christian-Democratic Policy and acknowledges the work achieved during the last 40 years. In the present as well as in the future the archives of the political foundations affiliated to a party are assigned for an important role: in the historical and political science discourse as well as – ideally – in current political debates.

*Richard Overy:* The end of World War II and the division of Europe: aspects of a European culture of remembrance (pp. 17–24)

In view of the Second World War can a common European culture of remembrance be possible as has been called for frequently in recent times? This essay describes how manifold and diverging the response to the question what, who, how and by whom should be remembered turns out to be – quite often within one and the same nation. In the face of the intricacy of these problems the agreement on central elements of a common European culture of remembrance seems to be exceedingly difficult and requires intensive even controversial public debates.

*Günther Heydemann:* The crisis in Ukraine – interim findings (pp. 25–38)

The emergence of the crisis, the motives of the participants, the consequences on the European and international system of states as well as the repercussions up to now in the states involved will be sketched out.

*Horst Friedrich Wünsche:* The history of ideas concerning Social Market Economy (pp. 39–76)

The article grapples critically with the allegation Social Market Economy is a concept which Ludwig Erhard devised without a substantial personal academic contribution by referring to neoliberal political references. The concepts of important academics who are adherents to neoliberalism will be sketched out and their possible influence on the wording of Erhard's politics will be considered. Finally core points of Erhard's concept of Social Market Economy will

---

\* Translated by Denise Lindsay.

be recapitulated which can be paraphrased with the terms liberty, solidarity and full employment as precondition to prosperity and social security.

*Oliver Salten*: The workgroup “Socialism out of Christian responsibility” and the Academic Working Group of the CDU in the GDR (1948–1954) (pp. 77–114)

During the transition of the CDU in Soviet occupation zone/GDR from a Christian influenced democratic to a Marxist-Leninist aligned bloc party with in the SED-state the workgroup “Socialism out of Christian responsibility” and Academic Working Group of the CDU which was to replace it quite soon played an important role. The latter was – in the face of the ongoing Stalinization of the GDR – meant to pool and control the party’s intellectual potential and to advance its centralisation. This contribution describes the development, progress, failure and dissolution of both committees during the years 1948 to 1954.

*Gerhard Wettig*: The zenith of the Berlin crisis 1961 (pp. 115–137)

Khrushchev’s main target in the Berlin crisis he unleashed was ultimately the removal of the Western alliance. He considered ousting the Western powers from Berlin a major step. Nevertheless he hesitated for a long time to close off West Berlin as requested by the SED with an eye to the international public. The Soviet Union’s interests were determinative for building the wall and not the prompting of the GDR government. Shortly afterwards Khrushchev deployed for the last time the instrument of war threat which had been used frequently before to force the West to relent. In view of the nuclear pre-eminence of the USA he soon refrained from doing so and strove now to employ the exposed West Berlin as leverage to gain medium-term recognition of the German partition and the conclusion of a peace treaty favourable for the Soviet Union.

*Torsten Kathke*: “It is madness how we currently administer the world”: Herbert Gruhl and *The Plundering of a Planet* (pp. 139–158)

The author brings the book published in 1975 by the former CDU Member of Parliament and co-founder of the Green Party into line with the context of time. In view of the discussion about environment and growth during the 1970s and an evolving sector for popular scientific diagnosis of the times the opus could gain a broad impact and serve the ecological movement and the deploying Greens as a point of reference. Gruhl however did not succeed in developing a personal political influence in accordance with the impact of his book.

*Anselm Kipp:* The influence of the main idea “Humanization of Work” on agenda and policies of the CDU (pp. 159–183)

The article describes how within the context of the CDU’s modernisation taking place during the 1970s the then much discussed topic of a “Humanization of Work” found its way into the party’s agenda. Questions of worker’s participation, restoring full employment, the possibility of self-development at the workplace as well as the improvement of working conditions took centre stage. In the Union’s view solving these problems were the priority tasks of co-determination and tariff partnership and less the field for legislative measures.

*Peter Rütters:* After the election in Thuringia 2014: the social profile of the members of the 6<sup>th</sup> state parliament (pp. 185–208)

Appointment, age structure, gender relation, level of schooling and education, background, experience in government and parliament of the delegates newly elected to the state parliament of Thuringia in 2014 will be investigated. In doing so a remarkable amount of continuity becomes apparent despite the FDP’s exit and the first-time entry of the AfD.

*Hanns Jürgen Küsters:* Introduction to the colloquy “Helmut Kohl and Israel” in the context of the series of events “Discussions on the Kohl era” (pp. 209–213)

In view of the incidents taking place during the era of National Socialism the initiation and development of relations between Israel and the Federal Republic of Germany seemed to present a nearly insoluble task. The central corner points as well as the international parameters of the German-Israeli relations will be outlined.

*Andreas Wirsching:* Helmut Kohl’s perception of Israel – historic legacy, political obligation (pp. 215–227)

Helmut Kohl’s policy towards Israel was based on a few fundamental principles: empathy for the victims of National Socialism, refusal of collective guilt allegations or sweeping judgements against “the” Germans, acceptance of a special responsibility resulting from the incidents taking place during the Nazi era but not an enduring moral guilt of Germany as well as the necessity to link the German-Israeli friendship with likewise friendly relationships to the Arab states. Kohl’s first visit to Israel in 1984 proved to be difficult but the reunification and the Middle East peace process during the 1990s contributed to a

marked improvement of the bilateral relationship. Kohl's second visit to Israel in 1995 took place without any dissonances.

*Mordechay Lewy:* Helmut Kohl's policy towards Israel from an Israeli point of view (pp. 229–240)

The composition describes the development of the bilateral relations during the Kohl era as seen by someone involved at least occasionally on the Israeli side. After taking office the chancellor managed despite initial irritations to improve and to intensify the at this point massively burdened relations and to even out the path for today's good political and economic ties.

*Johannes Gerster:* Germany and Israel before and after reunification. Experiences from the perspective of the German Bundestag (pp. 241–252)

The article describes the difficult but in the end positive development of the German-Israeli relations from the perspective of a German observer and participant. They were put to test from time to time amongst other things by Israeli apprehensions and respective statements of high-ranking politicians in the context of the fall of the wall and the reunification or by the immigration of Jews from Eastern Europe to Germany which was seen critically by Israel.

*Brigitte Kaff:* Richard Kantorowicz (1876–1949). Veterinary and Co-founder of the CDU in Berlin (pp. 253–259)

The Jewish veterinary Richard Kantorowicz, one of the most successful Berlin veterinaries in the German Empire and Weimar Republic, escaped deportation during the Nazi era despite numerous harassments most likely because of his marriage to an "Aryan". After the Second World War he who before had no party affiliation was one of the founders of the CDU in Berlin.

*Erik Lommatzsch:* Wilhelm Hahn (1909–1996). A minister of cultural affairs in the reflection of his memoirs (pp. 261–285)

In his day Wilhelm Hahn was one of the most high-profile ministers of cultural affairs in the Federal Republic of Germany. The Protestant theologian and clergyman born in the Baltic area who had been a member of the Confessing Church during the Nazi era initially became a member of the German Bundestag in 1962. In 1964 Kurt Georg Kiesinger appointed him as minister for cultural affairs in Baden-Wuerttemberg. In this role he was significantly involved in the expansion and modernisation of the educational system and was effective across state borders. He advocated a differentiated educational

system but opposed an inflationary increase of higher school-leaving qualifications and dealt critically and confrontationally with the so-called 1968s and their claims.





## Résumés\*

*Hans-Peter Schwarz:* Le rôle des fondations des partis politiques pour les recherches historiques allemandes et européennes (p. 1–15)

L'article ébauche la genèse des Archives pour une politique chrétienne-démocratique et apprécie le rendement de leur travail pendant les 40 ans passés. Aujourd'hui aussi bien qu'à avenir les archives des fondations politiques de divers partis auront un rôle important dans les discussions de l'histoire politique comme ce serait idéal dans les débats politiques actuels.

*Richard Overy:* The End of World War II and the Division of Europe: Aspects of a European Culture of Remembrance (p. 17–24)

Peut-il y avoir une culture mémorielle de la Seconde Guerre mondiale qui soit commune à l'Europe, ainsi que certains ont pu le réclamer à plusieurs reprises ces derniers temps? Et qui, quoi, comment et par qui faut-il commémorer? L'essai décrit la variété et la disparité des réponses à cette question, souvent même au sein d'une même nation. Eu égard à la complexité des problèmes, l'entente sur les éléments centraux d'une culture mémorielle européenne s'avère extrêmement complexe et requiert des débats publics intenses – et controversés.

*Günther Heydemann:* La crise en Ukraine – bilan provisoire (p. 25–38)

L'auteur retrace la genèse de la crise, les motivations des acteurs engagés, les répercussions sur la communauté européenne et internationale ainsi que les impacts jusqu'à ce jour sur les États concernés.

*Horst Friedrich Wiinsche:* L'histoire des idées de l'économie sociale de marché (p. 39–76)

La contribution examine avec un regard critique l'affirmation selon laquelle l'économie sociale de marché est un concept que Ludwig Erhard a forgé en s'appuyant sur des recommandations politiques néolibérales auquel il n'a lui-même rien apporté de substantiel sur le plan théorique. Elle rappelle les concepts de chercheurs importants de tendance néolibérale en évaluant leur influence potentielle sur la formulation de la politique d'Erhard. En conclusion, l'auteur récapitule les points clés du projet d'économie sociale de marché

---

\* Traduit par Valentine Meunier.

d'Erhard, dans lequel la liberté, la solidarité et le plein emploi étaient la condition de la prospérité et de la sécurité sociale.

*Oliver Salten*: Le groupe de travail »Socialisme par responsabilité chrétienne« et le groupe de travail scientifique de la CDU en RDA (p. 77–114)

Le groupe de travail »Socialisme par responsabilité chrétienne« et son rapide successeur, le groupe de travail scientifique de la CDU, ont joué un rôle important lors de la mutation de la CDU, parti chrétien-démocrate, en un parti du bloc, d'obédience marxiste-léniniste, de l'État SED. Dans un contexte de stalinisation croissante de la zone d'occupation soviétique/RDA, le groupe de travail scientifique avait pour mission d'unir et de contrôler le potentiel intellectuel du parti et d'accélérer sa centralisation. L'article dépeint l'émergence, le développement, l'échec et la dissolution de ces deux groupes dans les années 1948–1954.

*Gerhard Wettig*: L'apogée de la crise de Berlin en 1961 (p. 115–137)

L'objectif principal de Khrouchtchev dans la crise de Berlin, qu'il déclencha, était en fine d'éradiquer l'Alliance atlantique. Chasser les puissances occidentales de Berlin constituait à ses yeux une étape importante sur cette voie. À cause de l'opinion publique internationale, il hésita en revanche longuement à barricader Berlin-Ouest comme le réclamait le SED. Ce furent pourtant les intérêts de l'URSS qui présidèrent à la construction du Mur et non la pression du gouvernement est-allemand. Peu après, Khrouchtchev brandit une dernière fois la menace d'une guerre, instrument employé plusieurs fois auparavant, pour forcer l'Ouest à faire des concessions. Mais la supériorité atomique des États-Unis l'incita rapidement à abandonner cette tactique et à utiliser Berlin-Ouest comme moyen de pression pour faire reconnaître à moyen terme la division allemande et signer un traité de paix avantageux pour l'Union soviétique.

*Torsten Kathke*: »C'est pure folie que la manière dont nous exploitons actuellement le monde«: Herbert Gruhl et *Ein Planet wird geplündert* [Le pillage de la planète] (p. 139–158)

L'auteur réinscrit dans son contexte l'ouvrage de l'ancien député de la CDU et cofondateur des GRÜNEN paru en 1975. À cette époque, marquée par le discours sur l'environnement et la croissance des années 1970 comme par un marché croissant pour les diagnostics contemporains vulgarisateurs, l'ouvrage bénéficia d'un grand écho au point de devenir une référence du mouvement écologique et des GRÜNEN, alors en train de se constituer. Gruhl, pour sa

part, ne parvint pas à exercer une influence politique à la hauteur de celle de son livre.

*Anselm Kipp*: L'influence du leitmotiv de »l'humanisation du travail« sur le programme et la politique de la CDU (p. 159–183)

L'article retrace la manière dont le thème très discuté d'une »humanisation du monde du travail« dans les années 1970 a été intégré au programme de la CDU alors en pleine modernisation. Au cœur de ces préoccupations se trouvaient la cogestion, le retour au plein emploi, l'épanouissement personnel sur le lieu de travail et l'amélioration des conditions de travail. Pour l'Union, ces problèmes devaient moins être réglés par une intervention législative que par la cogestion en entreprise et les partenaires sociaux.

*Peter Rütters*: Après les élections de 2014 en Thuringe: le profil social des députés du 6<sup>e</sup> Landtag (p. 185–208)

L'auteur analyse la nomination, la pyramide des âges, la proportion des sexes, le niveau scolaire et de formation, l'origine, l'expérience gouvernementale et parlementaire des députés élus au Landtag de Thuringe en 2014. L'étude révèle une importante continuité en dépit de la sortie du FDP et de l'entrée inédite de l'AfD.

*Hanns Jürgen Küsters*: Introduction au colloque »Helmut Kohl et Israël« dans le cadre du cycle »L'ère Kohl en débat« (p. 209–213)

La mise en place et le développement de relations entre Israël et la République fédérale d'Allemagne semblaient être une tâche quasi insurmontable eu égard aux atrocités du régime nazi. La contribution rappelle des points clés ainsi que les conditions-cadres internationales des relations germano-israéliennes.

*Andreas Wirsching*: La vision d'Israël d'Helmut Kohl – entre héritage historique et engagement politique (p. 215–227)

La politique israélienne d'Helmut Kohl reposait sur quelques principes fondamentaux : empathie pour les victimes du national-socialisme, rejet des déclarations sur une faute collective ou des condamnations globales »des« Allemands, acceptation d'une responsabilité particulière découlant des atrocités du Troisième Reich, mais pas d'une culpabilité morale et pérenne de l'Allemagne, et la nécessité de lier l'amitié germano-israélienne à des relations également amicales avec les États arabes. Si la première visite de Kohl en Israël en 1984 fut encore très épineuse, la réunification et le processus de paix au Proche-

Orient des années 1990 améliorèrent considérablement les relations bilatérales. La deuxième visite de Kohl en 1995 se déroula par conséquent sans anicroche.

*Mordechay Lewy*: Helmut Kohl et les relations germano-israéliennes dans la perspective israélienne. (p. 229–240)

L'article dépeint l'évolution des relations bilatérales pendant l'ère Kohl depuis la perspective d'un acteur impliqué, au moins temporairement, dans le camp israélien. Après sa prise de fonction, et en dépit de tensions initiales, le chancelier parvint à améliorer et à intensifier les relations alors fortement grevées entre les deux États et à ouvrir la voie aux bonnes relations politiques et économiques d'aujourd'hui.

*Johannes Gerster*: L'Allemagne et Israël avant et après la réunification. Expériences dans la perspective du Bundestag. (p. 241–252)

L'article retrace l'évolution difficile, mais à terme positive, des relations germano-israéliennes depuis la perspective d'un observateur et acteur allemand. Ces relations furent mises plusieurs fois à l'épreuve, notamment en raison de craintes israéliennes et de déclarations d'acteurs politiques de haut rang sur la chute du Mur et la réunification ou du scepticisme d'Israël quant à l'immigration de Juifs d'Europe de l'Est en Allemagne.

*Brigitte Kaff*: Richard Kantorowicz (1876–1949). Vétérinaire et cofondateur de la CDU berlinoise (p. 253–259)

Richard Kantorowicz, vétérinaire juif de Berlin, qui fut l'un des plus courus de la ville sous l'Empire et la République de Weimar, subit de nombreuses vexations et arrestations sous le régime nazi. Il put échapper à la déportation, sans doute en raison de son mariage avec une »aryenne«. Après la Seconde Guerre mondiale, Kantorowicz, jusque-là sans appartenance partisane, fut l'un des cofondateurs de la CDU berlinoise.

*Erik Lommatzsch* Wilhelm Hahn (1909–1996). Un ministre de l'Éducation au miroir de ses mémoires (p. 261–285)

Wilhelm Hahn fut l'un des ministres de l'Éducation les plus marquants de la République fédérale d'Allemagne de l'époque. Ce théologien et pasteur protestant né dans les pays baltes, membre de l'Église confessante sous le Troisième Reich, fut d'abord député au Bundestag en 1962. En 1964, Kurt-Georg Kiesinger le nomma ministre de l'Éducation du Bade-Wurtemberg. À ce poste,

il s'impliqua massivement dans le développement et la modernisation du système éducatif. Son action dépassa largement les frontières régionales. Il défendit un enseignement différencié tout en rejetant l'inflation de diplômes de l'enseignement supérieur et s'opposa résolument aux soixante-huitards et à leurs revendications.



## Zusammenfassung

*Hans-Peter Schwarz:* Die Rolle von Parteistiftungen für die deutsche und europäische Zeitgeschichtsforschung (S. 1–15)

Der Beitrag skizziert die Entstehungsgeschichte des Archivs für Christlich-Demokratische Politik und würdigt die in den vergangenen 40 Jahre geleistete Arbeit. Auch gegenwärtig und zukünftig kommt den Archiven der parteinahen politischen Stiftungen eine wichtige Rolle zu: im geschichts- und politikwissenschaftlichen Diskurs ebenso wie – idealerweise – in aktuellen politischen Debatten.

*Richard Overy:* The End of World War II and the Division of Europe: Aspects of a European Culture of Remembrance (S. 17–24)

Kann es hinsichtlich des Zweiten Weltkrieges eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur geben, wie sie in jüngerer Zeit des Öfteren angemahnt worden ist? Der Essay beschreibt, wie vielfältig und unterschiedlich die Antwort auf die Frage ausfällt, was, wer, wie und durch wen erinnert werden solle – oftmals auch innerhalb ein- und derselben Nation. Angesichts der Komplexität der Probleme gestaltet sich die Verständigung über zentrale Elemente einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur außerordentlich schwierig und bedarf intensiver, auch kontroverser öffentlicher Debatten.

*Günther Heydemann:* Die Krise in der Ukraine – eine Zwischenbilanz (S. 25–38)

Skizziert werden die Genese der Krise, die Motive der Beteiligten, die Auswirkungen auf das europäische und internationale Staatensystem sowie die bisherigen Folgen in den betroffenen Staaten.

*Horst Friedrich Wünsche:* Zur Ideengeschichte der Sozialen Marktwirtschaft (S. 39–76)

Der Beitrag setzt sich kritisch mit der Behauptung auseinander, bei der Sozialen Marktwirtschaft handle es sich um ein Konzept, das Ludwig Erhard ohne substanziellen eigenen theoretischen Beitrag anhand neoliberaler Politikempfehlungen entwickelt habe. Die Konzepte bedeutender, dem Neoliberalismus zuzurechnender Wissenschaftler werden skizziert und ihr möglicher Einfluss auf die Formulierung der Erhardschen Politik abgewogen. Abschließend werden Kernpunkte von Erhards Konzept der Sozialen Marktwirtschaft rekapitu-



liert, die sich mit den Begriffen Freiheit, Solidarität und Vollbeschäftigung als Voraussetzung für Wohlstand und soziale Sicherheit umschreiben lassen.

*Oliver Salten:* Der Arbeitskreis „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ und der Wissenschaftliche Arbeitskreis der CDU in der DDR (1948–1954) (S. 77–114)

Bei der Umwandlung der CDU in der SBZ/DDR von einer christlich geprägten demokratischen Partei zu einer marxistisch-leninistisch ausgerichteten Blockpartei im SED-Staat spielten der Arbeitskreis „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ und der ihn bald ersetzende Wissenschaftliche Arbeitskreis der CDU eine wichtige Rolle. Letzterer sollte angesichts der zunehmenden Stalinisierung der DDR das intellektuelle Potenzial der Partei bündeln und kontrollieren und ihre Zentralisierung vorantreiben. Der Beitrag schildert Entstehung, Entwicklung, Scheitern und Auflösung dieser beiden Gremien in den Jahren 1948–1954.

*Gerhard Wettig:* Der Höhepunkt der Berlin-Krise 1961 (S. 115–137)

Hauptziel Chruschtschows in der von ihm entfesselten Berlin-Krise war letztlich die Beseitigung der atlantischen Allianz. Die Verdrängung der Westmächte aus Berlin betrachtete er als wichtigen Schritt dorthin. Mit der von der SED geforderten Abriegelung West-Berlins zögerte er allerdings mit Blick auf die internationale Öffentlichkeit lange. Dennoch waren für den Mauerbau die Interessen der UdSSR ausschlaggebend, nicht das Drängen der DDR-Regierung. Kurz darauf setzte Chruschtschow letztmals das zuvor mehrfach verwendete Instrument der Kriegsdrohung ein, um den Westen zum Einlenken zu bringen. Angesichts der nuklearen Überlegenheit der USA ging er hiervon aber bald ab und trachtete nun, das exponierte West-Berlin als Druckmittel für die mittelfristige Anerkennung der deutschen Teilung und den Abschluss eines für die Sowjetunion vorteilhaften Friedensvertrages einzusetzen.

*Torsten Kathke:* „Daß es ein Wahnsinn ist, wie wir zur Zeit die Welt bewirtschaften“: Herbert Gruhl und *Ein Planet wird geplündert* (S. 139–158)

Der Autor ordnet das 1975 erschienene Buch des damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten und GRÜNEN-Mitgründers in den Kontext der Zeit ein. Angesichts des Umwelt- und Wachstumsdiskurses der 1970er Jahre und eines gewachsenen Marktes für populärwissenschaftliche Gegenwartsdiagnosen konnte das Werk breite Wirkung entfalten und der Ökologie-Bewegung und den sich formierenden GRÜNEN als Referenzpunkt dienen. Gruhl gelang es

indes nicht, einen der Wirkung seines Buches entsprechenden persönlichen politischen Einfluss zu entfalten.

*Anselm Kipp:* Der Einfluss der Leitidee von der „Humanisierung der Arbeit“ auf Programmatik und Politik der CDU (S. 159–183)

Der Beitrag schildert, wie im Zuge der sich in den 1970er Jahren vollziehenden Modernisierung der CDU auch das seinerzeit stark diskutierte Thema einer „Humanisierung der Arbeitswelt“ Eingang in die Programmatik der Partei fand. Im Fokus standen dabei Fragen der Mitbestimmung, der Wiederherstellung von Vollbeschäftigung, die Möglichkeit der Selbstentfaltung am Arbeitsplatz sowie der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Union sah die Lösung dieser Probleme als vorrangige Aufgabe von betrieblicher Mitbestimmung und Tarifpartnerschaft, weniger als Feld gesetzgeberischen Eingreifens.

*Peter Rütters:* Nach der Wahl in Thüringen 2014: Zum Sozialprofil der Abgeordneten des 6. Landtags (S. 185–208)

Untersucht werden Nominierung, Altersstruktur, Geschlechterverhältnis, Schul- und Bildungsniveau, Herkunft, Regierungs- und Parlaments Erfahrung der im Jahre 2014 neu gewählten Abgeordneten des Landtags von Thüringen. Dabei zeigt sich, trotz des Ausscheidens der FDP und des erstmaligen Einzugs der AfD ein bemerkenswertes Maß an Kontinuität.

*Hanns Jürgen Küsters:* Einführung zur Tagung „Helmut Kohl und Israel“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Die Ära Kohl im Gespräch“ (S. 209–213)

Die Anbahnung und der Ausbau von Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland stellte angesichts der Geschehnisse der NS-Zeit eine nahezu unlösbar scheinende Aufgabe dar. Skizziert werden zentrale Eckpunkte sowie die internationalen Rahmenbedingungen des deutsch-israelischen Verhältnisses.

*Andreas Wirsching:* Helmut Kohls Israelbild – Historisches Erbe, politische Verpflichtung (S. 215–227)

Helmut Kohls Politik gegenüber Israel beruhte auf einigen Grundprinzipien: Empathie für die Opfer des Nationalsozialismus, Ablehnung von Kollektivschuldbehauptungen oder Pauschalverurteilungen gegenüber „den“ Deutschen, Akzeptanz einer aus den Geschehnissen der NS-Zeit resultierenden besonderen Verantwortung, nicht aber einer dauerhaften moralischen Schuld Deutschlands sowie die Notwendigkeit, die deutsch-israelische Freundschaft

mit ebenfalls freundschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Staaten zu verbinden. Gestaltete sich Kohls erster Israel-Besuch 1984 noch sehr schwierig, so trugen die Wiedervereinigung und der Nahost-Friedensprozess der 1990er Jahre zu einer deutlichen Verbesserung der bilateralen Beziehungen bei. Kohls zweiter Besuch in Israel 1995 verlief daher ohne jegliche Missfälle.

*Mordechai Lewy:* Helmut Kohls und die deutsch-israelischen Beziehungen aus israelischer Perspektive (S. 229–240)

Der Beitrag schildert die Entwicklung der bilateralen Beziehungen in der Ära Kohl aus der Perspektive eines zumindest zeitweilig auf israelischer Seite Beteiligten. Dem Kanzler gelang es nach seinem Amtsantritt, trotz anfänglicher Irritationen das zu diesem Zeitpunkt stark belastete Verhältnis zu verbessern und zu intensivieren und den Weg für die heutigen guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu ebnen.

*Johannes Gerster:* Deutschland und Israel vor und nach der Wiedervereinigung. Erfahrungen aus der Sicht des Deutschen Bundestages (S. 241–252)

Der Beitrag stellt aus der Perspektive eines deutschen Beobachters und Beteiligten die schwierige, aber letztlich positive Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen dar. Sie wurden wiederholt auf die Probe gestellt, unter anderem durch israelische Befürchtungen und entsprechende Äußerungen hochrangiger Politiker in Zusammenhang mit Mauerfall und Wiedervereinigung oder durch die in Israel kritisch betrachtete Einwanderung von Juden aus Osteuropa nach Deutschland.

*Brigitte Kaff:* Richard Kantorowicz (1876–1949). Tierarzt und CDU-Mitbegründer in Berlin (S. 253–259)

Der jüdische Veterinär Richard Kantorowicz, in Kaiserreich und Weimarer Republik einer der erfolgreichsten Berliner Tierärzte, entging während der NS-Zeit trotz zahlreicher Schikanen und Verhaftungen der Deportation, möglicherweise aufgrund seiner Ehe mit einer „Arierin“. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte er, der zuvor keiner politischen Partei angehört hatte, zu den Mitgründern der CDU in Berlin.

*Erik Lommatzsch:* Wilhelm Hahn (1909–1996). Ein Kultusminister im Spiegel seiner Erinnerungen (S. 261–285)

Wilhelm Hahn war seinerzeit einer der profiliertesten Kultusminister der Bundesrepublik Deutschland. Der im Baltikum geborene evangelische Theologe

und Geistliche, der während der NS-Zeit Mitglied der Bekennenden Kirche gewesen war, wurde zunächst 1962 Mitglied des Deutschen Bundestages. 1964 berief ihn Kurt-Georg Kiesinger zum Kultusminister von Baden-Württemberg. In dieser Funktion war er maßgeblich an Ausbau und Modernisierung des Bildungswesens beteiligt und wirkte auch über die Landesgrenzen hinaus. Er trat für ein differenziertes Bildungswesen ein, lehnte aber eine inflationäre Ausweitung höherer Abschlüsse ab und setzte sich kritisch und konfrontativ mit den sogenannten 1968ern und ihren Forderungen auseinander.



## Mitarbeiter dieses Bandes

- Johannes Gerster*, Dr. phil. h. c., ehem. Vorstand der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag und früherer Leiter des Auslandsbüros Israel der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Jurist, Publizist, Mainz
- Günther Heydemann*, Dr. phil., Professor em. für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Leipzig, bis 30.9.2016 Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden
- Brigitte Kaff*, Dr. phil., ehemalige Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Referatsleiterin Publikationen im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Torsten Kathke*, Dr. phil., Mitglied der Forschungsgruppe „Ökonomisierung des Sozialen“, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
- Anselm Kipp M. A.*, Sachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit und Forschungsförderung bei der Arbeitsgemeinschaft für Krebsbekämpfung der Träger der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung im Lande Nordrhein-Westfalen, Bochum
- Hanns Jürgen Küsters*, Dr. rer. pol., Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin; apl. Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Mordechai Lewy*, israelischer Diplomat, Botschafter a. D., Historiker
- Erik Lommatzsch*, Dr. phil., Akademischer Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Mannheim
- Richard Overy*, PhD, Professor em. für Geschichte der Neuzeit an der Universität Exeter
- Peter Rütters*, Dr. phil., Privatdozent am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin
- Oliver Salten*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Hans-Peter Schwarz*, Dr. phil., Professor em. für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte, Gauting
- Gerhard Wettig*, Dr. phil., früherer Forschungsbereichsleiter am Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Kommen
- Andreas Wirsching*, Dr. phil., Professor für Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, München

*Horst Friedrich Wunsche*, Dr. rer. pol., 1973–1977 Wissenschaftlicher Mitarbeiter von Ludwig Erhard, langjähriger Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn







AUCH ALS eBOOK!

HANS-GERT PÖTTERING

»**WIR SIND ZU UNSEREM GLÜCK  
VEREINT**«

MEIN EUROPÄISCHER WEG

„Wir sind zu unserem Glück vereint“ – orientiert an diesem Leitspruch hat Hans-Gert Pöttering sich über Jahrzehnte hinweg für die friedliche Einigung Europas engagiert. Von der ersten Direktwahl 1979 bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 2014 gehörte der CDU-Politiker als einziger Abgeordneter ununterbrochen dem Europäischen Parlament an. In führenden Positionen, etwa als Parlamentspräsident (2007–2009), hat er die friedliche Einigung Europas begleitet und die Entwicklung der Europäischen Union mitgestaltet. Er war u.a. maßgeblich an der Erweiterung der Europäischen Union um die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie am Zustandekommen des Vertrags von Lissabon beteiligt. Hans-Gert Pötterings Weg in der Europapolitik, sein Einsatz und seine Leidenschaft für das vereinte Europa spiegeln seine Überzeugung wider, dass das vereinte Europa die gegenwärtigen und die zukünftigen Herausforderungen bewältigen wird.

2016. 2., DURCHGESEHENE UND AKTUALISIERTE AUFLAGE.

576 S. 72 FARB. ABB. GB. MIT SU. 170 X 240 MM.

ISBN 978-3-412-50196-9 [BUCH] | ISBN 978-3-412-50212-6 [E-BOOK]



ISBN 978-3-412-50799-2 | [WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM](http://WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM)